Wiener Stadt-Bibliothek

57291 F

F57291
Der 1959 6

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

WIENER STADTBIBLIOTHEK

Noch immer keine neue "Rathaus-Regierung"

1. Dezember (RK) Die Parteienverhandlungen im Wiener Rathaus über die Bildung des neuen Wiener Stadtsenates konnten auch gestern abend nach mehrstündiger Beratung nicht abgeschlossen werden. Die Verhandlungen werden Mittwoch abend fortgesetzt.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen Mittwoch, den 2. Dezember, um 14 Uhr, im Concordia-Haus, 1, Bankgasse 8, eine Pressekonferenz stattfindet, bei der Generaldirektor Otto Binder über eine für Österreich neuartige Lebensversicherung spricht, die von der Wiener Städtischen Versicherungsanstalt in diesen Tagen herausgebracht wird. Es handelt sich dabei um die sogenannte Aufbauversicherung. Dieser steuerbegünstigten Lebensversicherung liegt ein elastisches Prämiensystem zugrunde, das allen Bevölkerungsgruppen mit unregelmäßigem Einkommen (Gewerbetreibende, Künstler, Saisonberufe usw.) besondere Vorteile bietet.

\- - -

Weihnachts-Skikurse des Landesjugendreferates Wien

1. Dezember (RK) Das Landesjugendreferat Wien veranstaltet in der Zeit vom 26. Dezember bis 3. Jänner mehrere Weihnachtsskikurse für Anfänger und Fortgeschrittene. Die Kurse werden geschlossen geführt. Der Unterricht erfolgt nach dem österreichischen Skilehrplan. So sind für die Weihnachtszeit Kurse im Gebiet um Saalbach, am Prebichl, Zauchensee, Obertraun und Kitzbühel angesetzt.

Besondere Beachtung verdient ein Skikurs für Fortgeschrittene im Alter von 16 bis 25 Jahren, den das Landesjugendreferat in dem Schweizer Wintersportzentrum Davos abhält. Den Teilnehmern wird durch ein besonders günstiges Abonnement die permanente Benützung der Räthischen- und der Parsennbahn bis auf den Weißfluhgipfel ermöglicht. Voraussichtlich wird auch ein Ausflug nach St. Moritz und auf das Diavolezzahaus im Gebiet des Piz Bernina und Piz Palü gemacht. Die Unterbringung der Kursteilnehmer erfolgt in Mehrbettzimmern in der Pension Galmand.

Aber auch für die ersten Jahrgänge der skibegeisterten Wiener Jugend wird vom Landesjugendreferat gesorgt. Für die 12 bis 15jährigen ist ein Weihnachtsskikurs in Donnersbachwald unweit des steirischen Ennstales vorgesehen. Zur Vorbereitung aller Kurse werden im Beisein der Eltern, Teilnehmer, Kursleiter und Skilehrer Besprechungen abgehalten, bei denen der genaue Reiseplan bekanntgegeben und entsprechende Fachberatung erteilt wird.

Anmeldungen können im Landesjugendreferat Wien, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, Telefon 45-16-61, Klappe 2747, jeden Montag, Mittwoch und Freitag, von 9 bis 17 Uhr, vorgenommen werden. Anmeldeschluß für alle Kurse ist Montag, der 7.Dezember.

\- - -

Morgen Eröffnung in der Secession:

"Das gute Bild für jeden"

1. Dezember (RK) Morgen, Mittwoch, den 2. Dezember, um 16 Uhr, wird Bürgermeister Jonas die vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit den Wiener Künstlerverbänden in der Secession veranstaltete 10. Ausstellung "Das gute Bild für jeden" eröffnen. Die Ausstellung wird auch heuer wieder eine stattliche Anzahl künstlerisch gelungener Bilder aller Zielrichtungen zu erschwinglichen Preisen bieten und so zur Geschmacksbildung des vorweihnachtlichen Käuferpublikums beitragen.

Morgen um 15 Uhr findet in den Klubräumen im Souterrain des Secessionsgebäudes eine Presseführung statt, bei dem Stadtrat Mandl über den Sinn und Zweck dieser Bilderschau sprechen wird.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Presseführung und zur Eröffnung einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

\- - -

Parkplatz der Apa aufgehoben

1. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung hat sich in ihrer heutigen Sitzung mit den Auswirkungen der jüngsten Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes auf die bestehenden Halte- und Parkverbote beschäftigt. Der Verfassungsgerichtshof hat nämlich in seinem Erkenntnis vom 17. Oktober 1959, mit dem er die Bestrafung einer Fahrzeuglenkerin wegen Nichtbeachtung des in Wien 1, Börsegasse 11, verfügten Halteverbotes mit der Ausnahme zugunsten der Fahrzeuge der Austria-Presse-Agentur für gesetzwidrig erklärt hat, darauf hingewiesen, daß ein Parkverbot, das nicht der Vermeidung einer Verkehrsbehinderung, sondern lediglich der Erleichterung der geschäftlichen Tätigkeit einzelner Personen oder Unternehmungen oder ihrer Bequemlichkeit dient, im Gesetz keine Deckung findet.

./.

Die Landesregierung hat daher in der heutigen Sitzung auf Antrag des Stadtrates Sigmund die Kundmachung des Wiener Magistrates über die Parkplätze dahin geändert, daß das Parkverbot zugunsten der Austria-Presse-Agentur in Wien 1, Börsegasse 11, aufgehoben worden ist.

Über die übrigen strittigen Parkplätze wird nach Durchführung der noch notwendigen Erhebungen entschieden werden.

\- - -

Weitere Förderung der Wiener Unterhaltungsmusik

Jeden Tag Konzerte im Café Kaisergarten und Café Westbahnhof

1. Dezember (RK) Das Kulturamt der Stadt Wien bemüht sich seit geraumer Zeit um die Wiederbelebung echter Wiener Unterhaltungsmusik in Kaffeehäusern und Restaurants. Bekanntlich klagen die auswärtigen Besucher, aber auch viele Wiener, darüber, daß konzertante Aufführungen von Operettenmelodien, Walzern und dergleichen in Gaststätten Wiens ganz selten sind.

Deshalb hat der Wiener Stadtsenat heuer im Sommer grundsätzlich beschlossen, Konzerte mit Wiener Unterhaltungsmusik aus dem Erträgnis der Vergnügungssteuer für Musikautomaten zu fördern. Bereits im Oktober sind 158.000 Schilling als Subventionen an drei Lokale, die seit vergangenem Sommer solche Konzertaufführungen veranstalten, bewilligt worden. Es waren dies Hübners Kursalon im Stadtpark, der Parkkeller Hietzing und das Café-Restaurant Arabia-Palais Auersperg.

In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates beantragte Stadtrat Mandl weitere Subventionen in der Gesamthöhe von 96.000 Schilling für zwei Lokale, Davon soll 36.000 Schilling das Café-Restaurant Kaisergarten auf dem Opernring erhalten. In diesem Unternehmen spielt seit 1. Dezember, jeweils zwischen 20 und 24 Uhr, eine kleine Kapelle. 60.000 Schilling erhält das Café Westbahnhof, 15, Mariahilfer Straße 127a, das sich ebenfalls entschlossen hat, jeden Abend, zwischen 20 und 24 Uhr, Konzerte mit Wiener Musik zu veranstalten. Der Wiener Stadtsenat hat den Antrag angenommen.

./.

Bei dieser Gelegenheit teilte Stadtrat Mandl mit, daß sich weitere Betriebe, wie das Hotel Europa, das Hotel Imperial und der Parkkeller Hietzing, der bisher nur an Sonn- und Feiertagen Frühschoppenkonzerte veranstaltet und nun das ganze Jahr hindurch Wiener Musik bringen will, ihr Interesse an dieser Aktion mitgeteilt haben.

\- - -

Neue Wasserrohrstränge beim Bahnhof Hauptzollamt

1. Dezember (RK) Im Zusammenhang mit dem großen Bauvorhaben auf dem Gelände des Bahnhofes Hauptzollamt werden auch neue und größere Wasserrohre gelegt. Auch der Wasserrohrstrang über die Stubenbrücke wird gegen einen bedeutend leistungsfähigeren ausgetauscht. Der Amtsführende Stadtrat für Öffentliche Einrichtungen Koci stellte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates diesen Antrag. Die Kosten für die Erd- und Baumeisterarbeiten, für das Legen der Rohre, für Isolierungsarbeiten sowie für die Anschaffung der Rohre und Armaturen werden zusammen mit einer Million Schilling angenommen.

\- - -

Große Warenkäufe der Gemeinde Wien

1. Dezember (RK) Auf Antrag des Amtsführenden Stadtrates für Wirtschaftsangelegenheiten Bauer genehmigte heute der Wiener Stadtsenat verschiedene Ankäufe, für die zusammen 768.000 Schilling notwendig sind. Es handelt sich dabei um Reinbaumwoll-Buntwaren für die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, um Uniformstoffe für städtische Bedienstete, darunter auch Hosenstoffe für die Feuerwehr, ferner 130 Garnituren Matratzen für das Franz Josef-Spital und 60.000 Birkenrutenbesen für die Straßenpflege.

\- - -

Europa-Gedanke in den Volkshochschulen

1. Dezember (RK) Im Volksheim Hohe Warte fand ein Wochenend-Seminar statt, an dem Wiener Volkshochschulleiter, die Leiter der Dozentenfachgruppen und einige Gäste teilnahmen. Einleitend sprach der Bildungsreferent der Arbeiterkammer Wien und der Direktor der Volkshochschule Ottakring, Dr. Fellinger, über die Notwendigkeit, die Einigung Europas im gesamten Volkshochschulprogramm zu betonen. In längerer Diskussion wurden der Gebrauch einschlägiger Lehrmittel, die Einladung ausländischer Fachleute und die Zusammenarbeit mit der UNESCO besprochen. Demnach soll zu Beginn des Wintersemesters 1960/61 eine repräsentative Vortragsreihe über den Europagedanken beginnen und die Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit den Organisatoren des jährlichen Europa-Gespräches im Wiener Rathaus intensiviert werden. Die Tagung der österreichischen und internationalen Volkshochschulleiter im Sommer 1960 wird sich mit Europafragen beschäftigen. Verschiedene Arbeitskreise sollen laufend das gleiche Thema behandeln.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 1. Dezember

1. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: Inland 7, Jugoslawien 32. Neuzufuhren: Inland 4.577, DDR 150, Jugoslawien 150, Polen 2.453, Ungarn 280. Gesamtauftrieb: 7.649. Verkauft alles. Auslandsschlachthof: 1.134 aus Bulgarien, Preis 12 bis 13 S, 208 aus Rumänien, Preis 12.20 bis 13.30 S.

Preise: Extremware 14.- S, 1. Qualität 13.50 bis 14 S, 2. Qualität 13 bis 13.50 S, 3. Qualität 12.30 bis 13 S, Zuchten 12 bis 12.70 S, Altschneider 10.50 bis 11 S, DDR 12.70 bis 13.50 S, Polen 13.20 bis 13.50 S, Jugoslawien 12.20 bis 13.40 S, Ungarn 12.60 bis 13.40 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um sechs Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.30 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um sieben Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.29 S.

\- - -

Die schönste Fichte Kärntens für den Wiener Rathausplatz

Feierlicher Empfang bei der Spinnerin am Kreuz

1. Dezember (RK) Der Kärntner Weihnachtsbaum für den Wiener Rathausplatz ist heute nachmittag, begleitet von einer Eskorte der Verkehrspolizei, in Wien eingetroffen. Dem 16 Meter-Riesen, auf einem mit dem Wappen Kärntens und der Bundeshauptstadt geschmückten Spezialfahrzeug geladen, wurde vor der Einfahrt in die Stadt bei der Spinnerin am Kreuz von der zahlreich versammelten Bevölkerung ein festlicher Empfang bereitet. Zunächst sang der Chor der Schule Knöllgasse einige Weihnachtslieder, wonach Bezirksvorsteher Wrba eine kurze Begrüßungsansprache hielt. Er bezeichnete die Ankunft des weihnachtlichen Sendboten aus Kärnten als eines der schönsten Ereignisse, die sich je bei der Spinnerin am Kreuz, dem historischen Boden Wiens, zugetragen haben.

Der Abgesandte der Kärntner Landesregierung, der den Baum von Kärnten bis nach Wien begleitete, Oberregierungsrat Dr. Lichem, übergab dann das Weihnachtsgeschenk formell in die Obhut der Stadt Wien. Die Kärntner, sagte er, sehen in diesem Geschenk ein Symbol der Verbundenheit ihrer Heimat mit der Bundeshauptstadt Wien.

Stadtrat Mandl übernahm dann die Fichte in Vertretung des Bürgermeisters. Der Kärntner Landeshauptmann Wedenig, sagte er, war im Vorjahr zu Weihnachten in Wien und war dabei, wie wir auf dem Rathausplatz den größten Weihnachtsbaum Wiens entzündet haben. Er war der Vater des Gedankens, daß jedes Jahr ein Bundesland zum Zeichen der Verbundenheit mit Wien einen Weihnachtsbaum spenden sollte. Heute nehmen wir mit Freude dieses großartige Geschenk der Kärntner Landesregierung an und hoffen, daß dieser schöne Gedanke auch Anklang in allen Bundesländern finden wird. Bevor sich der Tieflader in Richtung Rathausplatz in Bewegung setzte, dankte Stadtrat Mandl allen Begleitern des Transportes, besonders auch der Wiener Polizei, die an der Spitze mit Polizeigeneral Lehmann die schwierige Aufgabe ausichgenommen hatte, den Baumriesen durch den dichten Großstadtverkehr unversehrt an seinen Standort zu lotsen. Um 16 Uhr ist dann der Weihnachtsbaum ohne Zwischenfall auf dem Rathausplatz angekommen. Beim Abladen stellte sich heraus, daß die Assistenz der Feuerwehr in Anspruch genommen werden muß. Der herbeigeholgt 15 Tonnen-Kran setzte dann den Baum mühelos und behutsam auf den Boden des Rathausplatzes.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Vorsorge für das Alter:

"Wiener Städtische" erfand die "Aufbauversicherung"

Man zahlt wieviel und wann es einem paßt!

2. Dezember (RK) Ein großer Personenkreis, dem sowohl Selbständige als auch Arbeitnehmer angehören, bezieht heute Einkommen, die sehr stark von der Konjunktur abhängig sind. Einkommen aus Überstunden, Honoraren und Geschäftserträgnissen würden sicherlich zur Schaffung einer Altersvorsorge verwendet werden, wenn die Betreffenden nicht Scheu davor hätten, dauernde Bindungen einzugehen, die sie zur Leistung gleich hoher Zahlungen in den folgenden Jahren verpflichten. Dieser Personenkreis ist heute außerordentlich groß und die Wiener Städtische Versicherung will durch die Schaffung der "Aufbauversicherung" dieser Zeiterscheinung Rechnung tragen.

Generaldirektor Binder von der Wiener Städtischen Versicherung sprach heute im "Presseclub Concordia" vor in- und ausländischen Journalisten über dieses neue Versicherungssystem, das auf der Welt erstmalig ist. Wie der Generaldirektor ausführte, besteht das Neue und Wesentliche an der Aufbauversicherung darin, daß der Versicherungsnehmer keinerlei feste Zahlungsverpflichtungen eingeht. Er zahlt wieviel und wann es ihm paßt. Er kann, ohne Verlust der bis dahin erreichten Versicherungssummen mit den Zahlungen auch ganz aussetzen. Er kann andererseits jedes Jahr seine Beitragszahlungen so bemessen, daß er die Steuerabziehungsmöglichkeiten voll ausschöpfen kann.

Die Aufbauversicherung bietet eine Grundsumme und eine Ergänzungssumme. Die Grundsumme ist nach den üblichen versicherungstechnischen Methoden gebildet, während in der Ergänzungssumme die günstige Verzinsung jener Mittel zum Ausdruck kommt, die die

./.

"Städtische" durch die langfristige Veranlagung der ihr anvertrauten Gelder erreicht. Die "Städtische" verpflichtet sich zur Zahlung dieser Ergänzungssumme so lange die durchschnittliche Verzinsung ihrer Kapitalanlagen 4 ½ Prozent übersteigt. Nach menschlichem Ermessen ist jedoch auf Jahrzehnte hinaus ein Sinken der Kapitalerträgnisse unter 4 ½ Prozent nicht zu erwarten. Die Aufbauversicherung bietet insofern einen weiteren Vorteil, als bei Tod infolge Unfall die doppelte Versicherungssumme, die sich aus dem Grund- und dem Ergänzungskapital zusammensetzt, ausbezahlt wird.

Die Aufbauversicherung, die in ihrer Art ein Novum ist, kann für sich allein abgeschlossen werden. Sie hat jedoch nicht den Zweck, die üblichen Lebensversicherungen als Alters- und Hinterbliebenenvorsorge zu ersetzen, sondern stellt vielmehr eine ideale Ergänzung für die Lebensversicherung mit laufender Prämienzahlung dar, weil der Versicherungsnehmer die Aufbauversicherung aus seinen jeweiligen Einkommensspitzen dotieren kann.

Die "Städtische" hat den Namen Aufbauversicherung gewählt, da mit Hilfe dieser Versicherungsform gleichsam Stein auf Stein gefügt werden kann, um allmählich ein höheres Kapital für das Alter und für die Versorgung der Hinterbliebenen zu bilden als der einzelne heute mit festen Prämien zu versichern wagt.

Generaldirektor Binder erklärte in seinem Schlußwort, daß gerade mit dieser Form der Lebensversicherung eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt werden soll. Wohl ist überall eine gewisse Geldflüssigkeit vorhanden, doch handelt es sich in den meisten Fällen um kurzfristiges, bestenfalls mittelfristiges Kapital. Durch diese Versicherungsform wird aber langfristiges Kapital gebildet, das jetzt sehr knapp ist und für verschiedene wichtige Zwecke, wie zum Beispiel für die Wohnbauförderung dringend benötigt wird. Die "Wiener Städtische" glaubt mit ihrer Neueinführung mithelfen zu können, diese dringend benötigten langfristigen Kapitalien im Dienste der österreichischen Volkswirtschaft zu bilden.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß in den Räumen der Concordia, 1, Bankgasse 8, morgen Donnerstag, den 3. Dezember, um 14 Uhr, eine Pressekonferenz stattfindet, in der die Amtsführenden Stadträte für Finanzen und Städtische Unternehmungen wichtige und interessante Einzelheiten über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1960 mitteilen werden.

\- - -

Georg Bilgeri zum Gedenken

2. Dezember (RK) Auf den 4. Dezember fällt der 25. Todestag eines Pioniers des österreichischen Skisports, Oberst Georg Bilgeri.

Am 11. Oktober 1873 in Bregenz geboren, trat er in den Militärdienst und ließ sich als Offizier aktivieren. In Hall begann er mit der Ausbildung der Gebirgsjäger im Skifahren. Dabei entwickelte er seine eigene Technik und konstruierte mittellange Skier. Er verbesserte auch die starre Metallbindung durch Federung. Diese ist als "Bilgeri-Bindung" sehr bekannt geworden. Durch die Tätigkeit, die er als Ausbildner der Armee, der Gendamerie und des Forstpersonals ausübte, wurde der Skisport auch unter der Zivilbevölkerung populär. 1910 erschien sein "Lehrbuch des Alpinen Skilaufs", das bis zu seinem Tode bereits in 70.000 Exemplaren verbreitet war. Während des ersten Weltkrieges fungierte Bilgeri als zentraler Organisator der alpinen Ausbildung und alpiner Referent der Südarmee. Nach 1918 widmete er sich ganz der Verbreitung des Skisports. Sein Hauptquartier war die Berlinerhütte im Zillertal. Er wurde aber oft ins Ausland berufen und warb auf seinen Vortragsreisen für das Skiparadies Österreich. In Schweden, in der Schweiz und in der Türkei wurden von ihm Ausbildungskurse veranstaltet. Georg Bilgeri, der sich unter Einsatz seines Lebens mehrmals an alpinen Rettungsexpeditionen beteiligte, hat seine Tätigkeit als Skilehrer bis zuletzt ausgeübt. Bei einem Kurs am Patscherkofel bei Innsbruck erlitt er einen Blutsturz, an dessen Folgen er starb.

\- - -

Pferdemarkt vom 1. Dezember

2. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 186 Stück, hievon 7 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 170, als Nutztiere 6 verkauft, unverkauft blieben 10 Stück.

Preise: Schlachttiere, Fohlen 12.- bis 13.70 S, Extremware 7.60 bis 9.40 S, 1. Qualität 7.20 bis 7.50 S, 2. Qualität 6.60 bis 7.10 S, 3. Qualität 5.80 bis 6.50 S. Nutztiere 6.30 bis 6.80 S.

Herkunft der Tiere: Wien 4, Niederösterreich 84, Oberösterreich 34, Burgenland 34, Steiermark 12, Kärnten 9, Tirol 3, Salzburg 6.

Auslandsschlachthof: 33 Stück aus Bulgarien, Preis 6.- bis 6.30 S, 24 Stück aus UdSSR, Preis 6.30 bis 6.80 S, 20 Stück aus Rumänien, Preis 6.- bis 6.50 S, 18 bulgarische Maultiere, Preis 3.50 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für Schlachtpferde um 28 Groschen und für Schlachtfohlen um 65 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Schlachtpferde 6.99 S, Schlachtfohlen 12.48 S. Gesamtdurchschnittspreis, Pferde: 6.98 S.

\- - -

Zum zehnten Male: "Das gute Bild für jeden"

2. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas nahm heute nachmittag in der Secession die Eröffnung der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" vor, die von der Stadt Wien gemeinsam mit den Wiener Künstlerverbänden bereits zum zehnten Male veranstaltet wird. Der Vizepräsident der Wiener Secession, Prof. Matulla, konnte bei dieser Gelegenheit namhafte Ehrengäste begrüßen, darunter den Landtagspräsidenten Marek, den Stadtschulratspräsidenten Dr. Zechner, mehrere Gemeinderäte sowie Vertreter der Künstlerschaft.

Bürgermeister Jonas verwies in seiner Eröffnungsrede auf den Unterschied zwischen der ersten Ausstellung im Jahre 1950 und der diesjährigen Jubiläumsausstellung. Wenn wir heute, sagte er, unter wesentlich besseren Voraussetzungen die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" veranstalten können, hat sie dennoch nichts an ihrer Existenzberechtigung verloren. Sie ist genau so wertvoll wie damals, und wir sind heute wie damals den Künstlern dafür dankbar, daß sie sich bereit erklären, ihre Kunstwerke zu denkbar niedrigsten Preisen im Rahmen dieser Ausstellung abzugeben. Als ein besonderes Verdienst dieser Ausstellung bezeichnete er die erfreuliche Tatsache, daß sich bei dieser Gelegenheit die vielen Wiener Künstlervereinigungen unter einen Hut begeben. Es sind dies die Künstlerverbände Art-Club, die Berufsvereinigung bildender Künstler, der Freie Berufsverband der bildenden Künstler Österreichs, die Gemeinschaft bildender Künstler-Wiener Kunsthalle, die Gesellschaft bildender Künstler-Künstlerhaus, die Künstlergruppe "Der Kreis", der Neue Hagenbund, die Vereinigung bildender Künstler-Wiener Secession, die Vereinigung bildender Künstlerinnen und der Österreichische Künstlerbund.

In den neun vorangegangenen Ausstellungen, sagte der Bürgermeister, ist es gelungen, 2.920 Bilder, Graphiken, Kleinplastiken und Keramiken zu verkaufen. Somit wurde eine Brücke zwischen den Wienern und den bildenden Künstlern geschlagen und wir hoffen, daß in diesem Jahr und in den kommenden Ausstellungen "Das gute Bild für jeden" der Erfolg noch größer sein wird. Die Gemeinde

./.

Wien wird auch in Zukunft diese und ähnliche Veranstaltungen, die dem künstlerischen Schaffen den Weg in die Wohnungen der Wiener ebnen, gerne unterstützen. Mit dem Wunsche, die diesjährige Ausstellung möge so erfolgreich sein wie ihre Vorgänger, erklärte er sie für eröffnet.

Vor der Eröffnung bot das Kulturamt der Stadt Wien den Vertretern der in- und ausländischen Presse bei einem Rundgang Gelegenheit, die ausgestellten 300 Kunstwerke zu besichtigen. Senatsrat Dr. Thoenig und Dr. Weissenberger gaben einen Überblick über den Verlauf der bisherigen Ausstellungen, deren Erfolge auch in den Zahlen der verkauften Werke zum Ausdruck kommen. So wurden bei der ersten Ausstellung vor neun Jahren 245 Werke, im Jahre 1955 381 und im vergangenen Dezember bereits 462 Werke verkauft. Auch in diesem Jahr werden wieder Käuferprämien ausgesetzt: jeder 50. Käufer kann sich von einem der Künstler, deren Namen auf einer Liste beim Ausstellungseingang verzeichnet sind, gratis eine Porträtskizze anfertigen oder anstelle dessen sich in der Ausstellung ein Bild nach freier Wahl aussuchen. In der Ausstellung werden diesmal auch Rahmen verkauft, sodaß jeder Käufer auch sogleich den Rahmen erwerben kann. Die Ausstellung bleibt bis 31. Dezember bei freiem Eintritt von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Der Höchstpreis der ausgestellten Aquarelle, Graphiken, Druckgraphiken, Kleinplastiken und Keramiken beträgt wieder, wie alljährlich, 500 Schilling.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Ein Appell des Städtebundes an den Nationalrat

Zur Frage der Gewerbekapitalsteuer

3. Dezember (RK) Der Hauptausschuß und der Finanzausschuß des Österreichischen Städtebundes traten gestern Mittwoch im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz der Bürgermeister Jonas, Wien, und Dr. Speck, Graz, zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um eine Reihe bedeutender Fragen zu beraten.

Nach einem Bericht von Vizebürgermeister Slavik, Wien, über gegenwärtig in Beratung stehende Steuerfragen beschlossen der Hauptausschuß und der Finanzausschuß einstimmig folgende Resolution: "Durch die zuwartende Haltung des Bundesministeriums für Finanzen nach Veröffentlichung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 18. Oktober 1958 - nicht durch das Erkenntnis selbst - ist die Gewerbesteuer vom Gewerbekapital zum Gegenstand einer Auseinandersetzung zwischen den Gemeinden und der Bundesfinanzverwaltung geworden, wobei den Gemeinden nicht nur die Höhe des ihnen drohenden Steuerverlustes nicht zugemutet werden kann, sondern auch das Vertrauen in die Vorgangsweise des wichtigsten Vertragspartners erschüttert wird.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß der Österreichische Städtebund, der Österreichische Gemeindebund und die Finanzreferenten der Bundesländer noch vor dem 30. Juni 1959, dem Ablauf der vom Verfassungsgerichtshof gesetzten Frist, die Forderung erhoben haben, Vorbereitungen zur gesetzlichen Neuregelung dieser Steuer zu treffen, das Bundesministerium für Finanzen aber statt dessen den bekannten Erlaß vom 17. Juni 1959 herausgegeben und damit bekundet hat, daß es für sich selbst auf die Gewerbekapitalsteuer verzichten, durch die Verweigerung der

./.

Wiedereinführung aber gleichzeitig die Basis des nach außerordentlich schwierigen und zeitraubenden Verhandlungen zustandegekommenen Finanzausgleiches erschüttern will. Wenn schon der Verzicht des Bundes auf die ihm zustehenden 40 Prozent dieser Steuer im Hinblick auf die verschiedenen unerfüllbaren Wünsche einzelner Ressorts der Bundesverwaltung als unverständlich bezeichnet werden muß, wird die Vorgangsweise des Bundesministeriums für Finanzen unannehmbar, wenn es bereit ist, Steuerquellen der Gemeinden aufzugeben.

Der Österreichische Städtebund hat am 3. September 1959 die parlamentarischen Fraktionen ersucht, diesem Problem besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Er sieht sich nunmehr gezwungen, einen offiziellen und offenen Protest an den Bundesgesetzgeber zu richten.

Der Österreichische Städtebund appelliert mit allem Nachdruck an den österreichischen Nationalrat, im Wege eines Beschlusses das Bundesministerium für Finanzen mit der Wiederherstellung der Gewerbesteuer vom Gewerbekapital zu beauftragen."

Magistratsrat Dr. Schütz, Wien, berichtete über den Stand der Beratungen über den Entwurf des neuen Straßenpolizeigesetzes und über die Stellungnahme, die das Sekretariat des Städtebundes gegenüber dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau abgegeben hat; ein weiterer Bericht des gleichen Referenten behandelte den vom Städtebund ausgearbeiteten Entwurf einer Gemeinde-Verfassungsnovelle, der gegenwärtig mit dem Österreichischen Gemeindebund beraten wird.

Nach einem Bericht von Bürgermeister Dr. Koref, Linz, über die gegenwärtigen Arbeiten des Internationalen Gemeindeverbandes genehmigte sodann der Hauptausschuß Richtlinien über die Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen mit der Presse, die von einer Pressekommission des Österreichischen Städtebundes ausgearbeitet worden waren.

Im Rahmen der von Sekretär Schweda vorgelegten Sekretariatsberichte beschloß der Hauptausschuß, zu der im Jänner 1960 in Straßburg stattfindenden III. Europäischen Gemeinde-Konferenz des Europarates die Bürgermeister Jonas, Dr. Koref und DDr. Lugger zu entsenden.

\- - -

F, J und T fahren über die Zweierlinie

3. Dezember (RK) Samstag, den 5., und Sonntag, den 6. Dezember, kann die Landstraßer Brücke wegen Bauarbeiten auch von Straßenbahnzügen nicht befahren werden.

Dadurch sind nachstehende Verkehrsmaßnahmen erforderlich:

Die Züge der Linie F werden am Samstag, dem 5. Dezember, jene der Linie T am Samstag, dem 5., und Sonntag, den 6. Dezember, in beiden Fahrtrichtungen zwischen Landstraßer Hauptstraße und Bellariastraße über die Linie 2, die Züge der Linie J gleichfalls an beiden Tagen und in beiden Fahrtrichtungen zwischen Landstraßer Hauptstraße und Josefstädter Straße über die Linie 2 abgelenkt.

Die nur früh und abends verkehrenden Züge der Linien 74 und 75 werden nicht zum Schwarzenbergplatz, sondern ebenfalls ab Landstraßer Hauptstraße, Invalidenstraße über die Linie 2 geführt und kehren am Heumarkt bei der Johannesgasse um.

Die Anschlüsse zwischen den Zügen der genannten Linien und jenen der Ringlinien sind in beiden Richtungen nur durch Zurücklegen der erlaubten Gehstrecke über die nicht gesperrten Gehsteige der Landstraßer- und Stubenbrücke zu erreichen. Dies gilt besonders für die Anschlüsse zwischen den ersten und letzten Zügen dieser Linien.

\- - -

Parteienverhandlungen abgeschlossen! Am 11. Dezember Konstituierung des Wiener Gemeinderates

3. Dezember (RK) Die Parteienverhandlungen im Wiener Rathaus, die gestern, Mittwoch, um 20 Uhr, begonnen wurden, sind heute, kurz nach Mitternacht, abgeschlossen worden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird den zuständigen Parteikörperschaften heute abend zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die konstituierende Sitzung des neuen Wiener Gemeinderates wird am Freitag, dem 11. Dezember, stattfinden. Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 werden voraussichtlich am 16. Dezember beginnen.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 7. bis 13. Dezember

3. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 7. Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Tonis Georgiou (Händel, Schubert, Schumann, Chopin, Hadzidakis, Schostakowitsch, Prokofieff)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Jazzkonzert
	Mozartsaal (KH) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus IV der KHG; Wr. Konzerthausquartett
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Dr. Eva Badura-Skoda "Urtextprobleme" in Meisterwerken des 18. und 19. Jahrhunderts (mit Lichtbildern)
Dienstag 8. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Klavierabend Elly Ney (Beethoven: Andante F-dur, Sonaten Es-dur, op. 31/3 und C-dur, op. 53; Brahms: Sonate f-moll op. 5)
	Mozartsaal (KH) 15.30	Arbeitersängerbund Döbling: Chorkonzert (Händel: Frohsinn und Schwermut)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: 3. Konzert im Zyklus IV; Wr. Konzerthausquartett (Haydn: Streichquartett G-dur op. 77/1; Pfitzner: Sextett op. 150; Brahms: Streichsextett B-dur, op. 18)
	Schubertsaal (KH) 15.30	Liechtenthaler Männergesangsverein: Chorkonzert
	Schubertsaal (KH) 19.30	Bachgemeinde Wien: 4. Abend im Kantatenzyklus; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter (J.S.Bach: Cembalokonzerte A-dur und f-moll; Brandenburgisches Konzert Nr. 3; Kantate Nr. 151 "Süßer Trost")

./.

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mittwoch 9. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr. Symphoniker, Johanna Matz (Sprecherin), Dirigent Miltiades Caridis (Berger: Drei Schubertfenster; Prokofieff: Peter und der Wolf; Dvořák: 5. Symphonie)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Josef Dichler (Bach, Mozart, Chopin, Ravel, Otaka, Berg, Honegger, Granados)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Hausmusikabend der Violinklasse Margarete Biedermann, Zw.X
Donnerstag 10. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Dirigent Miltiades Caridis (Wiederholung vom 9.Dez.)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Klavierabend Jeanne Manchon, Paris (Franck, Debussy, Schumann)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 5. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wr. Symphoniker, Elli Lewinsky (Cello), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Beethoven, Breval, Rimsky-Korssakow, Prokofieff, Wagner)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Carl Nödl "Musik und zeitgenössische Dichtung"
Freitag 11.Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM, Dirigent Miltiades Caridis
	Brahmssaal (MV) 19.30	Universitätssängerschaft "Waltharia": Chorkonzert, Dirigent Augustin Kubizek (Gallus, Schütz, Buxtehude, J.N.David, Kubizek, O. di Lasso)

./.

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Freitag 11.Dez.	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 6.Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen, Dirigent Milo Wawak (Wiederholung vom 10.Dez.)
	Gr.K.H.Saal 15.30	Theater der Jugend: Konzert der Mozart-Sängerknaben
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: 5.Konzert im Zyklus II; Klavierabend Paul Badura-Skoda (Haydn: Sonate c-moll; Schubert: Sonate B-dur; Beethoven: Hammerklaviersonate)
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Öffentliche Reifeprüfung - Violine (Externisten)
	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Hausmusikabend der Klavierklasse Stefanie Regler
Samstag 12.Dez.	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: Furtwängler-Gedächtniskonzert, Dirigent Dr. Karl Böhm (Beethoven: 8. Symphonie; R. Strauss: Sinfonia domestica)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM, Dirigent Miltiades Caridis
	Brahmssaal (MV) 19.30	Wiener Akademie-Kammerchor: Abschiedskonzert, Dirigent Thomas Christian David (Schütz, de Pres, de la Rue, Palestrina, Bach, Mozart, Brahms, Debussy, Hindemith)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Österr. Arbeitersängerbund: Chorkonzert und Schiller-Feier
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: 1. Klavierabend der Klasse Bruno Seidlhofer (Werke von Chopin)
	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 7.Orchesterkonzert für Schüler der 3. Klassen, Dirigent Milo Wawak (Wiederholung vom 10. Dezember)
Sonntag 13.Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Furtwängler-Gedächtniskonzert, Dirigent Dr. Karl Böhm (Wiederholung vom 12. Dez.)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Chor-Orchesterkonzert; Kammerorchester und Chor der Musikalischen Jugend, Dirigent Günther Theuring (Vivaldi: Gloria; Honegger: Weihnachtskantate)

\- - -

3. Dezember (RK)

Vorschau auf das Budget der Stadt Wien für 1960

Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik und der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, legten heute im "Presseclub Concordia" den in- und ausländischen Journalisten den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien, bzw. die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1960 vor.

Hoheitsverwaltung: 5.501,372.800 S Einnahmen - 5.678,256.400 S Ausgaben

Der Voranschlag der Hoheitsverwaltung (Verwaltungsgruppe I bis XI) für das Jahr 1960 rechnet mit ordentlichen Einnahmen von 5.501,372.800 S (1959: 5.279,450.200 S) und ordentlichen Ausgaben von 5.678,256.400 S (1959: 5.445,944.400 S). Es ist somit ein Abgang von 176,883.600 S (1959: 166,494.200 S) zu erwarten.

Die Einnahmen sind gegenüber dem Voranschlag 1959 um 4.2 Prozent und die Ausgaben um 4.3 Prozent höher. Der veranschlagte Abgang beträgt 3.1 Prozent der Ausgaben.

Die Einnahmen

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (1960: 1.820,000.000 S), die im Voranschlag 1959 mit 30 Prozent beteiligt waren, erreichen nun nach dem auf fünf Jahre abgeschlossenen Finanzausgleich 36.5 Prozent der um die weiterzugebenden Darlehen bereinigten Einnahmensumme.

Die städtischen Steuern und Abgaben (1960: 1.155,165.000 S) sinken in ihrem Anteil dadurch, daß im Finanzausgleichsgesetz 1959 40 Prozent der Gewerbesteuer als Bundesgewerbesteuer abgespalten wurden, von 30 Prozent im Voranschlag 1959 auf 23.2 Prozent im Voranschlag 1960. Die Ansätze bei den einzelnen Abgaben sind, mit Ausnahme der Gewerbesteuer, auf Grund der Ergebnisse des laufenden Jahres durchwegs höher angenommen.

./.

Es werden erwartet an Gewerbesteuer 516 Millionen S, Lohnsummensteuer 240 Millionen S, Grundsteuer 135 Millionen S, Vergnügungssteuer 85 Millionen S, Getränkesteuer 110 Millionen S, Anzeigenabgabe 31 Millionen S, Ankündigungsabgabe 6,5 Millionen S, Erträgnis des Sportgroschens 1,6 Millionen S, und Gefrorenessteuer 3 Millionen S. Die Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh mit 1,8 Millionen S, Ausgleichsabgabe auf Frischfleisch mit 4,3 Millionen S und die Ortstaxe mit 5,5 Millionen S bleiben im Ansatz gleich, die Hundeabgabe wurde dem heurigen Ergebnis entsprechend mit 4,2 Millionen S veranschlagt.

Die Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren und Gebühren für die Benützung der städtischen Einrichtungen und Betriebsentgelte (1960: 621,045.800 S) sind an der bereinigten Einnahmensumme mit 12.5 Prozent (1959: 12.2 Prozent) beteiligt.

Es entfallen auf Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Amtstaxen 12.5 Millionen S und auf Gebrauchsgebühren 54 Millionen S. Die Verwaltungsgruppe III erwartet Gebühren mit 2,584.700 S, die Verwaltungsgruppe IV einschließlich der Pflegegebühren in den Erziehungs- und Altersheimen 45,885.000 S, die Verwaltungsgruppe V 268,304.300 S, die Verwaltungsgruppen VI und VII 55,588.200 S. Die öffentlichen Einrichtungen der Verwaltungsgruppe VIII veranschlagen 145,709.700 S als Betriebsleistungen für Dritte und die Verwaltungsgruppen IX bis XI rechnen mit Gebühren in der Höhe von 36,473.900 S.

Aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds werden Darlehen mit 23,538.000 S erwartet, für vorfinanzierte Bauvorhaben sollen 6,270.600 S zugezählt werden.

Die verschiedenen Einnahmen (1960: 850,082.300 S), die 17 Prozent Anteil an obiger Zwischensumme haben, setzen sich folgendermaßen zusammen: Kulturgroschen und Finanzzuweisungen 16 Millionen, Beiträge und Ersätze 341,898.500 S, Einnahmen aus dem Immobiliarbesitz 194,590.300 S, Einnahmen aus dem beweglichen Vermögen 246,655.500 S, Erlöse 18,413.500 S, Strafen, Zwangsverfahrengebühren, Säumniszuschläge 8,592.500 S, Verwaltungskostenbeiträge sonstiger Stellen 5,125.000 S, verschiedene Einnahmen 2,839.900 S, einmalige Einnahmen 15,967.100 S.

./.

Die Ausgaben

In der folgenden Übersicht sind die Ausgaben nach den wichtigsten Aufwandgruppen aufgegliedert. Wegen der besseren Vergleichsmöglichkeit mit dem Vorjahr sind die weitergegebenen Darlehen separat ausgewiesen.

	Voranschlag 1959 S	Anteil %	Voranschlag 1960 S	Anteil %
Personalaufwand	1.496,967.800	30.4	1.657,219.700	32.1
Sachaufwand	1.851,147.300	37.5	1.855,517.700	35.9
Investitionen	1.210,129.300	24.5	1.351,019.000	26.2
Darlehen	372,700.000	7.6	299,500.000	5.8
Zwischensumme	4,930,944.400	100.0	5.163,256.400	100.0
Weitergegebene Darlehen	515,000.000		515,000.000	
Gesamtsumme	5.445,944.400		5.678,256.400	

Das Personal

Der Personalstand wird gegenüber dem Voranschlag 1959 von 33.662 aktiven Angestellten auf 34.693 ansteigen. Der Stand der Pensionisten wird mit 15.153 (1959: 14.800) angenommen. Entsprechend der Steigerung des Personalstandes und der Vorsorge für den 14. Monatsbezug ergibt sich ein Gesamtpersonalaufwand von 1.657,219.700 S, das ist eine anteilmäßige Steigerung von 30.4 Prozent im Vorjahr auf 32.1 Prozent im Voranschlag 1960.

Finanzwesen

Die Ausgaben dieser Verwaltungsgruppe sind mit 1.059,406.600 S die höchsten aller Verwaltungsgruppen. Für Darlehen, Betriebskredite und Beteiligungen sind 45 Millionen, für zinsenfreie Instandsetzungsdarlehen 50 Millionen vorgesehen. Entsprechend der Leistung des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 mit 90 Millionen, sind, unter Zuschuß von 50 Prozent aus den Mitteln des Landes Wien und unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Rückflüsse, 144,5 Millionen S für Wohnbauförderungsdarlehen veranschlagt. Für Zusatzdarlehen zu Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und für die Neue Wiener Wohnbauaktion sind 80 Millionen angenommen. Da die Mittel

./.

aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds 60 Prozent der Bausumme, die Zusatzdarlehen 30 Prozent und die Eigenmittel des Bauwerbers mindestens zehn Prozent betragen, wird damit ein Baukapital von 250 Millionen (150 + 75 + 25) zur Verfügung stehen.

Der Anlehensdienst, zu dem die Friedhöfe mit 313.700 S, die Schlacht- und Viehhöfe mit 217.000 S, die Wasserwerke mit 5,171.500 S, die Wiener Stadtwerke mit 18,206.200 S und die "Newag" mit 435.500 S beitragsverpflichtet sind, wird für Tilgung 19,551.400 S und für Verzinsung 8,108.100 S erfordern. Der Schuldendienst wird sich auf 66,148.500 S belaufen, wovon 833.000 S auf Tilgung und Verzinsung von Hypothekarkrediten, 3,106.300 S auf Tilgung von Wohnhauswiederaufbaudarlehen, 34,096.700 S auf Tilgung und Verzinsung der für die Stadtwerke aufgenommenen Darlehen und 28,112.500 S auf Verzinsung der an die Österreichischen Bundesbahnen gegebenen Darlehen entfallen. Für Subventionen ist ein Ansatz von 4,5 Millionen Schilling angenommen; die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben ist mit 100 Millionen Schilling dotiert.

Grundlage für ein neues Stipendienwerk der Gemeinde
Doppelt so viel Geld für Festwochen 1960

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, werden mit 303,661.200 S angenommen. Für Begabtenförderung auf kulturellem Gebiet durch Stipendien und Schulgeldbeihilfen sind 2,6 Millionen bestimmt, die die Grundlage für ein neues Stipendienwerk bilden werden. Für Förderung von Wissenschaft, Kunst, Volksbildung und Sport sind 11,7 Millionen, für Fremdenverkehrsförderung 6,260.000 S und für Förderungsbeiträge aus dem Kulturgroschen und aus der Vergnügungssteuer 14 Millionen vorgesehen. Der Ansatz für die Wiener Festwochen mit vier Millionen S ist gegenüber 1959 verdoppelt.

Weitere interessante Posten sind: Fünf Millionen als zweite Baurate für den Bau des Volksheimes 10, Arthaberplatz, 2,5 Millionen für das Volksheim 19, Heiligenstädter Straße. Für die Planung von fünf weiteren Volksheimen sind zusammen 500.000 S angesetzt. Die dafür vorgesehenen Plätze sind: 5, Theodor Körner-Hof, 16, Ottakringer Straße, 21, Siemensstraße, 22, Schüttaustraße, und 23, Mauer. Außerdem werden 200.000 S für die Planung des Internationalen Studentenheimes Döbling vorbereitet.

./.

Für die Musiklehranstalten werden 12,1 Millionen aufgewendet werden, dazu kommen noch 2,4 Millionen für die Erneuerung der Zentralheizung im Konservatorium der Stadt Wien.

In der Modeschule der Stadt Wien in Hetzendorf wird die Instandsetzung des Kupferdaches fortgesetzt.

In der Denkmalpflege sind wieder 300.000 Schilling für die Instandsetzung des Stephansdomes vorgesehen. Die Wiederherstellung der Mauer des St. Marxer Friedhofes, die Instandsetzung des Wehrturmes am Leopoldsberg und die Wiederherstellung von Denkmälern und Installationen zu ihrer Anleuchtung werden insgesamt 1,2 Millionen erfordern. Zur Fertigstellung des Zentraldepots des Archivs in der Kandlgasse und für Inventaranschaffungen in diesem Gebäude werden 3,8 Millionen bereitgestellt.

Für den Körpersport sind rund 32 Millionen Schilling bereitgestellt. Davon entfallen 5,5 Millionen auf den Stockwerksaufbau, die Einfriedung und die gärtnerische Ausgestaltung des Stadions. Für Jugendspielplätze sind 2,1 Millionen vorgesehen, neue Anlagen dieser Art sollen in der Krottenbachstraße und in der Paradisgasse im 19. Bezirk geschaffen werden. Der Jugendspielplatz 17, Lidlgasse, wird fertiggestellt, der Bau des Segelflugzeughangars am Hochwasserschutzdamm wird fortgesetzt.

Das Landesjugendreferat wird für Kinder- und Jugendlager und für das Jugendfilmabonnement und für die Jugendbetreuung 480.000 Schilling ausgeben. Für den Ankauf von zehn Bungalows und für sonstiges Inventar sind 120.000 Schilling vorgesehen.

Von den Ausgaben für Schulen entfallen auf den Personalaufwand 70,343.600 S, auf den Sachaufwand 75,968.100 und auf den Investitionsaufwand 31,370.000 S.

Für die Fertigstellung der Schule für Körperbehinderte, 18, Czartoryski-Schlößl, sind 4 Millionen S, für die Schule 2, Max Winter-Platz, 200.000 S veranschlagt. Der Neubau der Schule 21, Siemensstraße, wird mit einer Baurate von 500.000 S fortgesetzt. Weitere Bauraten sind für 21, Franklinstraße, mit 5 Millionen S und für 23, Mauer, mit 1,5 Millionen S vorgesehen. Durch Aufstockung der Schule 17, Knollgasse, erwachsen Kosten von 1,3 Millionen S. Der Einbau von Zentralheizungen sowie die Verbesserung bestehender Zentralheizungen und die

./.

planmäßige Fortsetzung der Modernisierungsaktion in den Schulen wird 8,6 Millionen S erfordern. Für den Umbau der Schule 7, Burggasse, in ein modernes, pädagogisches Institut, sind 6 Millionen S bereitgestellt.

Ferner sind für verschiedene bauliche Herstellungen in den Berufsschulen 3,465.000 S, davon je 100.000 S für die Planung einer Berufsschule für Fleischhauer und des III. Zentralberufsschulgebäudes vorgesehen. Für die Anschaffung von Möbeln, Büchern und Lehrmitteln, Maschinen und Werkzeugen sind 1,860.000 S angenommen.

Neue Kindergärten - Nun auch Kipferln zum Kaffee

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, sind, obwohl durch das Ausgleichsgesetz die Veranschlagung der Ausgleichszulage für Rentner nach dem ASVG und GSPVG in der Höhe von 55 Millionen entfiel, mit 589,231.800 S um rund sieben Millionen höher angesetzt als im Voranschlag 1959. Für das Jugendamt sind 42,832.200 S vorgesehen. Für etwa 17.000 Säuglingswäschepakete werden 3,7 Millionen gebraucht werden.

Für die Kindergärten sind 91,835.600 (1959: 81,7 Millionen S) veranschlagt. Mit einem Aufwand von 14,1 Millionen wird neben den verschiedenen baulichen Herstellungen der Neubau von zwölf Kindergärten und zwei Tageserholungsstätten fortgesetzt und der Neubau von zwei Kindergärten, 12, Tivoligasse und 21, Roda-Roda-Gasse, begonnen werden. Die Inventaranschaffungen werden mit 1,5 Millionen angenommen. In der Erholungsfürsorge sind 4,8 Millionen veranschlagt, es sollen 7.050 Kinder in 13 verschiedenen Heimen, 1.000 Kinder in acht Tageserholungsstätten und 530 Kinder in italienischen Heimen untergebracht werden.

Die Ausgaben für Erwachsenenfürsorge werden mit 119,406.100 S veranschlagt. Für den Betrieb von 73 Tagesheimstätten für alte Leute werden 1,9 Millionen gebraucht. Es werden neben dem sogenannten sorgenfreien Tag zum Kaffee zweimal wöchentlich Kuchen und viermal wöchentlich Kipferln verabreicht werden. 56 Millionen beträgt der Ansatz für Dauerunterstützungen und 6,3 Millionen jener für Geld- und Sachaushilfen. Für die Wohlfahrtskrankenpflege sind sechs Millionen angenommen.

./.

Die Wohlfahrts- und Krankenanstalten

Den Ausgaben für die in den Verwaltungsgruppen IV und V geführten Wohlfahrts- und Krankenanstalten mit 1.045,761.700 S stehen Einnahmen von 529,587.800 S gegenüber. Der Abgang von 516,173.900 S, der aus Steuermitteln zugeschossen werden muß, erhöht sich noch um die auf den eigenen Fürsorgeverband entfallenden Pflegegebühren von 116,826.900 S auf 633 Millionen S. Für Investitionen sind bei den Erziehungsheimen 10,4 Millionen S, bei den Altersheimen 11,8 Millionen S, bei den Herbergen für Obdachlose 600.000 S, bei den Krankenanstalten 57 Millionen S, beim Allgemeinen Krankenhaus 16,2 Millionen S (hievon entfallen auf den Neubau zehn Millionen), bei den Heil- und Pflegeanstalten neun Millionen S und beim Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst 1,2 Millionen S bereitgestellt.

1.75 Milliarden für das Baugewerbe und die Baunebengewerbe

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, sind um 114,473.900 S auf 1.008,219.400 (1959: 893,7 Millionen) S gestiegen. Werden die aus den einzelnen Verwaltungsgruppen für die Sicherung der Vollbeschäftigung im Baugewerbe und in den Baunebengewerben in Betracht kommenden Ansätze zusammengezogen, ergibt dies eine Summe von 1.758,424.500 (1959: 1.626,575.500) S. Das sind 31 Prozent des Budgetvolumens. Diese Summe setzt sich folgendermaßen zusammen: Darlehen und Zuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954: 144,5 Millionen S, sonstige Darlehen und Zuschüsse zur Wohnbauförderung 80 Millionen, zinsenfreie Instandsetzungsdarlehen 50 Millionen, Wohnhausbau und sonstige einmalige Bauvorhaben 1.217,4 Millionen, laufende Erhaltung und Instandsetzung 266,5 Millionen.

Mit den für den Wohnhausbau bereitgestellten Mitteln sollen im kommenden Jahr 4.500 Wohnungen übergeben werden. Rechnet man noch die in der Verwaltungsgruppe II veranschlagten Mittel für Wohnbauförderung (144,5 Millionen), die Zusatzdarlehen zu den Darlehen aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die im Rahmen der Neuen Wiener Wohnbauaktion bereitgestellten Mittel hinzu, so sind für weitere 5.000 Wohnungen Förderungsmittel vorhanden. Im Wiener Budget für 1960 sind daher Mittel für insgesamt 9.500 Wohnungen gesichert.

./.

Für den Straßenbau sind 183 Millionen eingesetzt, das sind um 28.8 Prozent mehr als 1959. Es werden bedeutende Bauvorhaben durchgeführt, so die Personendurchgänge unter dem Ring bei der Bellariastraße, Babenbergerstraße, Operngasse, Schottentor. Weitere große Straßenbauvorhaben sind: innerer und äußerer Gürtel einschließlich Schleife der Straßenbahnlinie 118 und Seitenfahrbahn Uhlplatz, Altmannsdorfer Straße, Gaßmannstraße bis Breitenfurter Straße, äußerer Währinger Gürtel von Czermakgasse bis Schulgasse und Prager Straße; Rampenstrecken und neue Brücke über die Nordwestbahn von Autokaderstraße bis Rußberggasse. Ausgebaut werden: die Wientalstraße von Hackinger Steg bis Auhofbrücke, Neuwaldegger Straße von Artariastraße bis Exelbergstraße, beim Bahnhof Floridsdorf von Schöpfleuthnergasse bis Schloßhofer Straße, Vorplatz, Schloßhofer Straße von Fahrbachgasse bis Am Spitz.

Auch im Brücken- und Wasserbau sind bedeutende Beträge bereitgestellt: für die Heiligenstädter Brücke als Baurate fünf Millionen, für die Stadionbrücke fünf Millionen, für die Salztorbrücke 2,5 Millionen und für Planungsarbeiten an der dritten Brücke über den Donaustrom 700.000 Schilling. Die Abfahrt von der Reichsbrücke zum Kaisermühlendamm wird mit einem Aufwand von 6,7 Millionen fertiggestellt werden. Für Brücken im Zuge von Großverkehrsstraßen sind vier Millionen als Baurate und für Bauvorhaben der Schnellbahn ein Beitrag von 3,3 Millionen an die ÖBB vorgesehen. Für Schutzwasserbauten sind 14,1 Millionen bereitgestellt, die Fortsetzung der Liesingbach-Regulierung wird 5,7 Millionen, die Beseitigung der Hochwasserschäden aus 1959 noch 5,8 Millionen erfordern. Für Verkehrsbauten werden 28,7 Millionen aufgewendet werden.

Für die Garten- und Parkanlagen wird die Gemeinde Wien im nächsten Jahr 77 Millionen ausgeben. Unter anderem werden die Grünanlagen am linken und rechten Donaukanalufer im 2., 3. und 20. Bezirk, der Schweizer Garten im Zusammenhang mit dem Schnellbahnbau und der Volkspark am Laaer Berg neu gestaltet.

./.

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, werden 122,219.300 S (1959: 112,981.400 S) betragen. Der Betrieb und die Instandhaltung der öffentlichen Beleuchtung wird 36,4 Millionen kosten. Für Neu- und Umbauten sind 18,4 Millionen, für die Weiterführung der Elektrifizierung der Gasbeleuchtung 5,5 Millionen vorgesehen.

Die Erhaltung und der Betrieb von Anlagen für Verkehrsregelung und Verkehrsschutz sowie der Neu- und der Umbau von Verkehrsanlagen im Zusammenhang mit Straßenbauten werden zusammen 7,5 Millionen kosten.

Neue Bäder - Erstes Baujahr der Müllverbrennungsanlage

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, stiegen gegenüber 1959 um 18.8 Prozent, und zwar auf 612,083.700 S.

Vorgesehen ist neben vielen neuen Kanalbauten das vierte Baulos des Kaiser Ebersdorfer-Sammelkanals.

Die Wasserwerke rechnen mit Ausgaben von 203,7 Millionen. Die Erhaltung der baulichen Anlagen und die Reinigung der Wasserleitungsanlagen kostet immer mehr Geld. Die Arbeiten am Grundwasserwerk Freudenau werden fortgesetzt, die Vorarbeiten für den Neubau eines Grundwasserwerkes in der Schwarzlackenau und die Vorarbeiten für den Neubau einer dritten Wiener Wasserleitung werden begonnen. Bedeutende Beträge sind auch für den Ausbau des Rohrnetzes, für die Ausgestaltung der Fernleitungsanlagen, der Kraftwerke und der Wientalwasserleitung bereitgestellt.

Die Bäder erwarten Ausgaben von 59,8 Millionen. Das Sommerbad Laaer Berg erhält den letzten Schliff, drei neue Kinderfreibäder werden errichtet und das nicht mehr repräsentative Strandbad Alte Donau wird abgerissen und neu gebaut. Es wird auch mit der Modernisierung des Amalienbades begonnen, während das Sommerbad Krapfenwaldl und das Strandbad Angelibad Kabinenzubauten erhalten und auch sonst verschönert werden.

Die Stadtreinigung und der Fuhrpark rechnen mit Ausgaben von 272,8 Millionen, denen Einnahmen von 72,4 Millionen gegenüberstehen. Die größte Aufwendung ist jene für die Müllver-

./.

brennungsanlage auf dem Flötzersteig, für die für das kommende Jahr 73 Millionen eingesetzt sind. Für den Ankauf von Straßenpflegegeräten und Maschinen, Mülltonnen und Zubehör, für die Erneuerung des Fahrparkes sind ebenfalls bedeutende Beträge vorgesehen.

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

Der Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, werden Ausgaben in der Höhe von 233,269.500 S erwachsen. Davon entfallen auf die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser 215,5 Millionen.

Für die weitere Anschaffung von Waschmaschinen in den städtischen Wohnhäusern sind 2,1 Millionen vorgesehen.

Bei den Wäschereien und Badeanlagen in den städtischen Wohnhäusern ist für Inventaranschaffungen eine Million veranschlagt.

Wirtschaftsangelegenheiten

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, sind mit 143 Millionen um zehn Millionen höher als im Voranschlag 1959. Der höhere allgemeine Sachaufwand erklärt sich aus der Verbesserung der Beheizung und Beleuchtung und aus der Neuausstattung verschiedener Dienststellen mit entsprechendem Inventar. Die städtische Bäckerei wird den vorhandenen Hochdruckkessel gegen einen größeren austauschen.

Die Märkte veranschlagen für die baulichen Herstellungen 3,9 Millionen. Davon entfallen auf die offenen Märkte 1,6 Millionen, auf die Großmarkthalle 1,5 Millionen und auf den Zentralviehmarkt 600.000 Schilling. Für die Planung des neuen Großmarktes werden 150.000 Schilling angenommen. Bei den Schlachthöfen werden neben den mit drei Millionen angesetzten Ausgaben für umfangreiche Erhaltungsarbeiten größere bauliche Herstellungen im Betrage von 5,2 Millionen notwendig sein. Die Anschaffung von 84 elektrischen Schlachtwinden für den Rinderschlachthof wird 1,9 Millionen erfordern. Im Auslandsschlachthof wird der Umbau der Dampfmaschinen auf elektrischen Betrieb und der Umbau der Kältemaschinenanlage von Kohlensäure auf Ammoniak mit einer Rate von einer Million begonnen.

./.

Große Grundkäufe für das städtische Wohnbauprogramm

Die Ausgaben der Verwaltungsgruppe XI sind mit 285,459.900 S um rund 71 Millionen höher als 1959 angesetzt. Von diesen Mehrausgaben entfallen allein auf den durch das neue Finanzausgleichsgesetz erhöhten Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei 96,9 Millionen.

Der Aufwand für die Feuerwehr wird rund 83 Millionen betragen. In der Zentralfeuerwache Am Hof sind größere bauliche Herstellungen vorgesehen. Wenn die Planung der neuen Hauptfeuerwache Leopoldstadt und der Feuerwache Kaiser-Ebersdorf weit genug fortgeschritten ist, werden hiezu noch zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Zur Sicherung der Durchführung des großen Wohnbauprogrammes der Gemeinde Wien sind für Grunderwerbungen 70 Millionen veranschlagt.

\- - -

Die Wiener Stadtwerke im Jahre 1960

Der Voranschlag der Wiener Stadtwerke weist bei einem Gesamtaufwand von 3.114,725.000 Schilling und Gesamterträgen von 2.916,960.000 Schilling einen Abgang von 197,765.000 Schilling aus. Er ist damit um 8,944.000 Schilling günstiger als der Voranschlag für 1959 (Abgang 206,709.000 Schilling). Berücksichtigt man aber, daß im Voranschlag 1960 für den 14. Monatsgehalt 68,801.000 Schilling und für die Auswirkungen der 45-Stundenwoche 16,023.000 Schilling enthalten sind, für welche Positionen im Budget 1959 noch nichts vorgesehen war, so ergibt sich, daß der Voranschlag 1960 überwiegend aus diesen beiden Titeln um 93,768.000 besser ausfällt als der für das Jahr 1959. Wären der 14. Monatsgehalt und die Auswirkungen der 45-Stundenwoche nicht zu berücksichtigen gewesen, dann hätte sich anstatt eines Abganges von 197,765.000 Schilling nur ein solcher von 112,941.000 Schilling ergeben. Gegenüber den Abschlüssen für 1957 und 1958, welche Abgänge von 424,271.000 Schilling und 242,014.000 Schilling aufwiesen, und einem Budgetansatz für 1959 mit einem Defizit von 206,709.000 Schilling ist demnach eine wesentliche Besserung der Gesamtsituation der Wiener Stadtwerke eingetreten.

Die Erträge der Wiener Stadtwerke steigen gegenüber dem Budget 1959 um insgesamt 33,320.000 Schilling, wobei an Mehrerträgen 88,2 Millionen Schilling auf die E-Werke, 15,5 Millionen Schilling auf die Verkehrsbetriebe und 3,520.000 Schilling auf die Städtische Bestattung entfallen, während bei den Gaswerken eine Erlösminderung um 73,9 Millionen Schilling, hervorgerufen in der Hauptsache durch einen Koksminderabsatz infolge einer geänderten Erzeugungsweise (mehr Erdgas!) und einer Preisminderung beim Koksverkauf eintritt.

Die Aufwandentwicklung gegenüber 1959 zeigt bei den E-Werken einen Mehraufwand um 56,2 Millionen Schilling, bei den Verkehrsbetrieben von 42,5 Millionen Schilling und bei der Städtischen Bestattung um 3,480.000 Schilling, während bei den Gaswerken eine Reduktion des Aufwandes um 77,8 Millionen Schilling zu verzeichnen ist. - Mehraufwand insgesamt 24,38 Millionen Schilling.

./.

Aus der Differenz zwischen einem Mehrerlös von 33,320.000 Schilling und einem Mehraufwand von 24,380.000 Schilling ergibt sich die Verbesserung um rund 8,940.000 Schilling gegenüber dem Voranschlag 1959.

Die Subventionen der E-Werke, Gaswerke und der Bestattung an die Verkehrsbetriebe werden sich im Jahre 1960 auf insgesamt 163 Millionen Schilling belaufen, von denen 130 Millionen Schilling in der Erfolgsrechnung und 33 Millionen Schilling im Finanzplan ausgewiesen sind. Für 1959 waren Subventionen in der Höhe von 180,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Der Abgang von 197,765.000 Schilling verteilt sich auf die vier Unternehmungen wie folgt:

E-Werke	- 3,540.000	Schilling
Gaswerke	- 21,515.000	"
Verkehrsbetriebe	- 173,054.000	"
Bestattung	+ 344.000	"
	- 197,765.000	Schilling

Würden die im Erfolgsplan enthaltenen Subventionen von 130 Millionen Schilling (E-Werke: 95 Millionen Schilling, Gaswerke: 35 Millionen Schilling) nicht gewährt werden, dann würden sich folgende Überschüsse bzw. Abgänge ergeben:

E-Werke	+ 91,460.000	Schilling
Gaswerke	+ 13,485.000	"
Verkehrsbetriebe	- 303,054.000	"
Bestattung	+ 344.000	"
	- 197,765.000	Schilling

Vergleicht man den obigen Abgang der Verkehrsbetriebe ohne Subventionen für 1960 per 303,054.000 Schilling mit jenem für 1959 per 276,105.000 Schilling, so ergibt sich eine Differenz von 26,849.000 Schilling, die aus einer Erlössteigerung um 15,5 Millionen Schilling und einem Mehraufwand von rund 42,5 Millionen Schilling resultiert, wobei von letzterem allein 27,2 Millionen Schilling auf den erhöhten Personalaufwand infolge 14. Monatsgehalt und 45-Stundenwoche entfallen.

Produktions- und Leistungsannahmen

Bei den Elektrizitätswerken wird mit einer Steigerung des Stromverkaufes von 1.521 Millionen Kilowattstunden im Vorjahr auf 1.611 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1960 gerechnet,

./.

das sind um rund 90 Millionen Kilowattstunden oder um 5.9 Prozent mehr.

Die Gaswerke präliminieren eine Verkaufsmenge von 519 Millionen Kubikmeter, das sind gegenüber dem Vorjahr von 512,1 Millionen Kubikmeter um rund 6,9 Millionen Kubikmeter oder 1.3 Prozent mehr, wobei hinzugefügt werden muß, daß der Ansatz für 1959 zu hoch geschätzt war und bis Ende dieses Jahres nicht erreicht werden dürfte.

Die Verkehrsbetriebe rechnen gemäß den im Jahre 1959 bis jetzt vorliegenden Erfahrungen mit einer Erhöhung der Frequenz auf Straßenbahn und Stadtbahn auf 483 Millionen Fahrten (1959: 472 Millionen Fahrten), während beim Autobusbetrieb eine Steigerung von 33,850.000 Fahrten auf 35,000.000 Fahrten angenommen wird.

Erhöhung des Personalstandes in Auswirkung der 45-Stundenwoche

Die Wiener Stadtwerke präliminieren für 1960 19.537 Bedienstete, von denen 3.961 auf die E-Werke, 2.242 auf die Gaswerke, 12.786 auf die Verkehrsbetriebe und 548 auf die Bestattung entfallen. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1959 ergibt sich eine Gesamtsteigerung um 485 Bedienstete, die aus einer Erhöhung bei den E-Werken um 12, bei den Verkehrsbetrieben um 580, bei der Bestattung um drei und aus einer Reduzierung bei den Gaswerken um 110 resultiert. Die Erhöhung bei den Verkehrsbetrieben um 580 Bedienstete geht fast ausschließlich auf die Auswirkung der 45-Stundenwoche im Fahrdienst zurück, wobei es allerdings noch fraglich erscheint, ob bei den derzeitigen Arbeitsmarktverhältnissen Neuaufnahmen in dem erwähnten Ausmaß möglich erscheinen, bzw. ob das Unternehmen nicht gezwungen sein wird, an Stelle einer Freizeitgewährung Überstunden bezahlen zu müssen. - Bei den Pensionsparteien wird eine Steigerung von 19.344 auf 19.531, somit um 187 Pensionsparteien angenommen. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten wird somit im Jahre 1960 39.068 gegen 38.396, somit um 672 mehr umfassen. - In den Personalständen der Teilunternehmungen sind insgesamt 122 Jugendliche enthalten. - Das tatsächliche Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionsparteien, ermittelt per 31. Oktober 1959, hat sich neuerlich und zwar auf 106.2 Prozent (Vorjahr 103.9) verschlechtert, wobei bei den Verkehrsbetrieben auf 100 Aktive bereits 115 (Vorjahr: 114) Pensionsparteien entfallen. ./.

Gigantisches Investitionsvolumen

War das freie Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke für 1959 mit rund 702 Millionen Schilling als kaum mehr überbietbar anzusehen, ist für das Jahr 1960 Vorsorge getroffen worden, daß nicht weniger als rund 903 Millionen Schilling investiert werden können. Die Finanzierung dieses gigantischen Investitionsvolumens wird mit 426 Millionen Schilling aus Fremd-Krediten und mit 477 Millionen Schilling aus den laufenden Einnahmen vorgenommen. Im einzelnen investieren die E-Werke 368,8 Millionen Schilling, die Gaswerke 129,560.000 Schilling, die Verkehrsbetriebe 400,586.000 Schilling und die Bestattung 4 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag 1959 ergibt sich bei den E-Werken eine Steigerung um 105,041.000 Schilling, bei den Gaswerken um 19,160.000 Schilling, bei den Verkehrsbetrieben um 77,647.000 Schilling und bei der Bestattung eine Verminderung um 100.000 Schilling. Insgesamt ist das Investitionsvolumen für 1960 um 201,748.000 Schilling höher angenommen worden als das für 1959.

Schienenbremsen-Programm gesichert

Besondere Sorge hat die Sicherstellung der zweiten Rate in der Höhe von 164,560.000 Schilling für die Erneuerung des Wagenparks, verursacht durch die Straßenbahnverordnung 1957 (Schienenbremsen-Programm), gemacht. Das Gesamtprogramm beläuft sich auf 481,820.000 Schilling, von denen bis Ende 1959 76,935.000 Schilling bereits ausgegeben sein werden. Für 1961 und etwa mit einer Ausnahmegenehmigung für 1962 verbleiben noch 240,325.000 Schilling, die hoffentlich in diesen beiden Jahren ebenso wie die Rate für 1960 durch Fremdkredite oder andere Möglichkeiten sichergestellt werden können. Bei der Durchführung des Schienenbremsen-Programms handelt es sich aber nicht nur um die Sicherstellung der finanziellen Mittel, sondern vor allem auch darum, ob die österreichische Industrie in der Lage ist, ein solches gewaltiges Programm termingemäß zu effektuieren.

./.

Investitionspläne der Teilunternehmungen

Die Elektrizitätswerke investieren unter anderem für:

Umspann- und Unterwerke (ohne Bahnversorgung)	126,130.000 S
Bahnversorgung	5,950.000 "
Leitungsnetze ohne Bahnversorgung	103,725.000 "
Leitungsnetze für Bahnversorgung	4,100.000 "
Kundendienst (Meßeinrichtungen, Zähler etc.)	13,195.000 "
60-MW Anlage (Fünf-Jahresplan)	76,000.000 S

Entsprechend dem nach wie vor steigenden Verbrauch wird auch im Jahre 1960 der Bau von Umspann- und Unterwerken in forciertem Tempo fortgesetzt. Fertiggestellt wird die Erweiterung des Umspannwerkes Leopoldstadt und das Umspannwerk Traiskirchen. Fortgesetzt wird der Bau der Umspannwerke in der Kendlerstraße, in Leopoldau, Penzing, Stadlau und die Erweiterung des Umspannwerkes Weißgerber. Begonnen wird mit der Errichtung eines 110-kV Umspannwerkes in der Leopoldstadt und am Eisenstadtplatz in Favoriten. Für Umschaltungen sind im Erfolgsplan 11,6 Millionen Schilling gegenüber 5,460.000 Schilling im Wirtschaftsplan 1959 vorgesehen.

Die Gaswerke verwenden die ihnen zur Verfügung stehenden Investitionsbeträge unter anderem für:

Rohrleitungen für Wohnhausbauten	12,800.000 S
Rohrleitungen für Siedlungen und Randgebiete .	3,200.000 "
Rohrleitungen wegen Straßenbauten	3,000.000 "
Rohrauswechslungen	30,200.000 "
Rohrleitung zum Gasbehälter Wienerberg	3,500.000 "
Ausgestaltung des Erdgas-Rohrleitungsnetzes. .	6,000.000 "
Erdgas-Spaltanlagen in Simmering und Leopoldau	7,500.000 "
Fortsetzung des Gasbehälterbaues am Wienerberg	17,000.000 S

Besonders auffällig unter den Investitionen der Gaswerke ist der Anteil für neue Rohrleitungen und Rohrauswechslungen. Auf letztere entfallen mit 30,2 Millionen Schilling um 11,2 Millionen Schilling mehr als für 1959.

Die Verkehrsbetriebe investieren von den ihnen zur Verfügung stehenden 400,586.000 Schilling:

für die Straßenbahn	292,196.000 Schilling
für die Stadtbahn	42,690.000 "
für den Autobusbetrieb	65,700.000 Schilling

./.

Für die Straßenbahn werden im Vergleich zum Voranschlag 1959 um 56,077.000 Schilling und für den Autobusbetrieb um 29,923.000 Schilling mehr, hingegen für die Stadtbahn um 8,353.000 Schilling weniger ausgegeben.

Für Gleisanlagen der Straßenbahn (Projekte der Verkehrsbetriebe, des Stadtbauamtes und im Zusammenhang mit der Schnellbahn) sind 46,383.000 Schilling und für Gleisanlagen der Stadtbahn (einschließlich der Gleisanlagen für den Bahnhof Hauptzollamt) 3,140.000 Schilling reserviert.

Für die Erneuerung des Fahrparks werden insgesamt 288,040.000 Schilling zur Verfügung gestellt, wovon auf:
die Straßenbahn . . . . . 211,320.000 Schilling
die Stadtbahn . . . . . 30,580.000 "
den Autobusbetrieb . . . . . 46,140.000 Schilling entfallen.

An neuen bzw. total umgebauten Wagen können hiefür beschafft werden: für die Straßenbahn 238 Trieb- und Beiwagen, darunter sechs vierachsige Gelenktriebwagen, 16 sechsachsige Gelenktriebwagen und 77 Großraum-Beiwagen; für die Stadtbahn 69 umgebaute Trieb- und Beiwagen; für den Autobusbetrieb 30 Großraumautobusse und 30 Doppeldecker-Autobusse. Die Anschaffung der letzteren kommt dann in Frage, wenn der erste Prototyp, der voraussichtlich im Februar 1960 fertig sein wird, sich im Verkehr bewährt hat.

An interessanten Details sind im Investitionsplan der Verkehrsbetriebe noch enthalten: der zweigleisige Ausbau der Linie 167, eine Umkehrschleife in Pötzleinsdorf, der Umbau und die Mittellage in der Prager Straße-Eisenbahnerberg, die Anschaffung von 20 Wochenkarten-Automaten, die Genehmigung des zweiten Bauabschnittes der neuen Zentralwerkstätte (85 Millionen Schilling), die Errichtung der ersten automatischen Waschanlage für Autobusse in der Garage Vorgarten, diverse Gleisanlagen (Schottentor, Uhlplatz, Schöpfleuthnergasse-Schloßhofer Straße und Anlage Rennweg-Ungargasse-Fasangasse), Herstellung der Bahnsteige und Einbau von zwei Rolltreppen in der Haltestelle Hauptzollamt, für die Zentralwerkstätte (1. Bauabschnitt) 18 Millionen Schilling, Fertigstellung der Autobusgarage in der Raxstraße und Ankauf eines Grundstückes für eine weitere Großgarage für 100 Autobusse (18 Millionen Schilling).

./.

Der Dreizehner wird Ende 1960 umgestellt

Bei termingemäßer Lieferung der für das kommende Jahr vorgesehenen 60 neuen Autobusse werden außer der Linie 73 (nach Kaiser-Ebersdorf) auch die Linien 61 (anfangs 1960) und 13 (Ende 1960) auf den Autobusbetrieb umgestellt werden. Auf letzterer ist der Einsatz von Doppeldecker-Autobussen geplant.

Zusammenfassung

Unter der Voraussetzung, daß die präliminierten Ansätze im wesentlichen eingehalten werden können, wird das Jahr 1960 die Wiener Stadtwerke zwar keinesfalls zu dem Ideal eines ausgeglichenen Abschlusses der Wiener Stadtwerke führen, es kann aber trotzdem gesagt werden, daß die Gesamtprognose wesentlich günstiger ist als in den Vorjahren. Die Erfüllung des großen Investitionsprogrammes wird ohne Zweifel weitere Möglichkeiten der Rationalisierung gewährleisten, die sich in Zukunft sicherlich in einer wirtschaftlicheren Gebarung auswirken werden.

\- - -

Wiener Budget zur öffentlichen Einsicht aufgelegt

3. Dezember (RK) Der Voranschlagsentwurf der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 ist ab morgen, Freitag, den 4. Dezember, bis einschließlich Donnerstag, den 10. Dezember, im Rathaus, 2. Stock, Tür 451, innerhalb der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht aufgelegt.

\- - -

Rindernachmarkt vom 3. Dezember

3. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 4 Stiere, 57 Kühe, Summe 61, Gesamtauftrieb: 61. Verkauft wurden 16 Kühe, Summe 16. Unverkauft blieben 4 Stiere, 41 Kühe, Summe 45. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 3.Dezember

3. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 85, Ausland: Polen 175, Gesamtauftrieb: 260. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise. Polnische Schweine notierten von 13.- bis 13.40 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Geehrte Redaktion!

Montag abend, 7. Dezember, wird der Kärntner Weihnachtsbaum, der in dieser Woche nach Wien kam, vor dem Rathausplatz feierlich übergeben werden. Um 17.30 Uhr beginnt vor dem beleuchteten Rathaus ein Platzkonzert, das abwechselnd die Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien und eine Kärntner Trachtenkapelle bestreiten werden. Um 18 Uhr wird der Kärntner Landeshauptmann Wedenig sprechen und die Lichter des Baumes entzünden. Danach wird Bürgermeister Jonas für das freundliche Geschenk danken. Im Anschluß an die feierliche Übergabe werden vom Rathaus-Glockenspiel aus Weihnachtslieder zu hören sein.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu der Übergabe des Weihnachtsbaumes zu entsenden.

\- - -

Großer Verkaufserfolg bei der Ausstellungseröffnung

"Das gute Bild für jeden"

4. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien in der Wiener Secession veranstaltete Ausstellung "Das gute Bild für jeden", brachte bereits an ihrem Eröffnungstag, am 2. Dezember, einen besonderen Verkaufserfolg. Die zahlreichen Besucher wandten sich nach den Eröffnungsworten von Bürgermeister Jonas mit großem Interesse den ausgestellten Kunstwerken zu und kauften bis abends - also in knapp drei Stunden - 54 Bilder im Gesamtwert von mehr als 21.000 Schilling. Auch kleinere keramische Arbeiten waren stark gefragt.

Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" ist bis 31.Dezember bei freiem Eintritt täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Der Höchstpreis der zum Verkauf angebotenen Arbeiten beträgt 500 Schilling. In den Ausstellungsräumen werden auch Rahmen verkauft. Jeder fünfzigste Käufer kann sich von einem namhaften Künstler gratis eine Porträtskizze anfertigen lassen oder in der Ausstellung ein Bild in freier Wahl kostenlos erhalten.

\- - -

Paul Gauguin-Ausstellung für Wien gesichert

4. Dezember (RK) Das Kulturamt der Stadt Wien konnte die umfangreichen Verhandlungen zur Vorbereitung einer Paul Gauguin-Ausstellung in Wien in ein konkretes Stadium überleiten. Demnach werden die Werke des großen französischen Malers von Mitte Mai bis Anfang Juli in den Parterreräumen des Oberen Belvedere der Öffentlichkeit zugänglich sein. Paul Gauguin wurde 1848 in Paris geboren und starb 1903 auf der Südseeinsel Fatu-Iwa. Seine Bilder werden für die österreichische Bundeshauptstadt ein besonders kulturelles Ereignis sein. Durch die Reglosigkeit der von ihm gemalten Personen, ihren Ernst und ihren starren Gesichtsausdruck, kam Gauguin der archaischen Kunst nahe. Auf der Suche nach geeigneten Ausdrucksmitteln und mit seinem überragenden Talent zur Vereinfachung eilte er allen Auffassungen seiner Zeit voraus.

./.

Seine Komposition unterscheidet sich von der Zentral- und Tiefenkomposition der klassischen Meister ebenso stark wie sich diese von der Komposition des Mittelalters distanzierten. Gauguin ist eine Vielzahl von Entdeckungen und Grenzerweiterungen der modernen Kunst in ihrer Gesamtheit zu verdanken.

Das Kulturamt der Stadt Wien setzt mit der Gauguin-Ausstellung die Bemühungen fort, die 1958 die Bilder von van Gogh dem Publikum zugänglich gemacht und in diesem Jahr zur Ausstellung des norwegischen Malers Edvard Munch geführt haben. Für die kommenden Jahre sind weitere Ausstellungen großer Maler in Wien geplant.

\- - -

Europa-Dokumente für Verein und Schule

4. Dezember (RK) Das Kulturamt der Stadt Wien hat die seinerzeit bei den Europa-Gesprächen im Rahmen der Wiener Festwochen hergestellten Tonbänder zu einer Kurzfassung vereinigt und stellt diese Schulen und Vereinen als Informationsmittel zur Verfügung. Damit soll ein weiter Personenkreis an den Problemen der europäischen Einigung interessiert werden.

Dem gleichen Zweck dienen auch die bei den Europa-Gesprächen im Wiener Rathaus angefertigten Bilder und die zu diesem Zweck vom Europarat zur Verfügung gestellten schriftlichen Unterlagen.

Durch die Zusammenstellung dieser Dokumentation und ihre Ausleihe wird vor allem dem Wunsch vieler Vortragender der Wiener Volkshochschulen entsprochen, die ihren Hörern die Schwierigkeiten bei der Integration Europas erklären wollen. Auch die Wiener Schuljugend soll dadurch ihre Kenntnis in allen einschlägigen Fragen vertiefen können.

\- - -

Jugendamt-Fürsorgerinnen verkaufen keine Bücher!

Eine Täuschung der Wiener Bevölkerung

4. Dezember (RK) Der Leiter des Jugendamtes der Stadt Wien, Senatsrat Prof. Tesarek, hat an Polizeipräsident Holaubek ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf aufmerksam macht, daß sich in verschiedenen Wiener Bezirken Frauen mit Legitimationen des Österreichischen Kinderschutzvereines als Fürsorgerinnen ausgeben und Bücher zum Verkauf anbieten, deren Reinerträgnis dieser Organisation zukommen soll. Nach Ansicht des Leiters des Jugendamtes handelt es sich dabei außerdem um ziemlich wertlose Bücher.

Die Bevölkerung wird durch dieses Vorgehen insofern getäuscht, als sie annimmt, daß es sich dabei um Fürsorgerinnen des Jugendamtes der Stadt Wien handelt. Prof. Tesarek stellt am Schluß seines Schreibens fest, daß sich keine Organe des Jugendamtes der Stadt Wien an irgendwelchen Sammlungen beteiligen und bittet, die Polizeikommissariate davon zu verständigen.

\- - -

Titelverleihungen an Ärzte

4. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat Dr. Arthur Stadler den Titel Obermedizinalrat und Dr. Cecilie Grünbaum und Dr. Leopold Potnik den Titel Medizinalrat verliehen. Dr. Artur Zerzawy wurde der Titel Veterinärrat verliehen. Landeshauptmann Jonas überreichte heute früh im Rathaus den verdienten Ärzten die Dekrete.

\- - -

Beileid zu der französischen Katastrophe

4. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat anläßlich der schweren Katastrophe, die über die französische Stadt Frejus hereingebrochen ist, an den französischen Botschafter in Wien, de Crouy-Chanel, ein Beileidstelegramm gerichtet.

\- - -

Original-Kärntner Trachtenkapelle auf dem Rathausplatz

4. Dezember (RK) Wie bereits **mitgeteilt,** wird bei der festlichen Übergabe des vom Bundesland Kärnten gespendeten Weihnachtsbaumes auch eine Kärntner Kapelle mitwirken. Es handelt sich um die Feldkirchener Trachtenkapelle, deren Mitglieder Original-Glantaler Tracht tragen. Die Kapelle wird unter Leitung ihres Dirigenten Dipl.-Ing. Willi Macha am Montag, dem 7. Dezember, ab 17.30 Uhr auf dem Wiener Rathausplatz gemeinsam mit der Musikkapelle der Feuerwehr der Stadt Wien unter dem Dirigenten Otto Wacek spielen. Auf dem Programm stehen Werke von Karl Pauspertl, Viktor Hruby, Alfons Czibulka, Sepp Panzer, Johannes Brahms, Adam Müller, Franz Zelwecker und Anton Seifert. Außerdem werden weihnachtliche Volksweisen zu hören sein.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die letzten Ehejubilare des Jahres

Zehn Diamantene und 177 Goldene Ehepaare kommen ins Rathaus

5. Dezember (RK) Nächste Woche, am Montag, Mittwoch und Donnerstag, werden nachmittags im Stadtsenatssitzungssaal zehn Diamantene und 177 Goldene Ehepaare durch Bürgermeister Jonas geehrt. Damit wird die Reihe der in diesem Jahr von der Stadtverwaltung zu Ehren der Wiener Ehejubilare veranstalteten Rathausempfänge beendet sein. Insgesamt wurden heuer 930 Wiener Paare anläßlich ihres Ehejubiläums geehrt. Darunter befanden sich ein Steinernes Ehepaar, drei Eiserne und 54 Diamantene Hochzeitspaare. Die meisten Ehejubilare stellte Favoriten, nämlich 69, gefolgt von Ottakring mit 68 und Rudolfsheim-Fünfhaus mit 60 Paaren. Der Anteil entspricht ungefähr der Bevölkerungszahl dieser Bezirke.

Vor 50 Jahren wurden in Wien 19.104 Ehen geschlossen, und das Jahr 1909 darf als eine Durchschnittszahl der im Zeitraum von 1905 bis 1915 in Wien geschlossenen Ehen angenommen werden. Demnach hat jede 21. der um 1910 geschlossenen Ehen die Aussicht, den Goldenen Hochzeitstag zu erleben. Wären über diese Generation nicht zwei Weltkriege gekommen, müßte die Schar der Ehejubilare heute sicherlich noch viel größer sein. Aber auch so ist sie, wie der Statistik zu entnehmen ist, erfreulich hoch. Um die Jahrhundertwende gab es in Wien jährlich höchstens nur 100 Goldene Hochzeiten.

\- - -

Ehrung von Gewerkschaftsjubilaren der Gemeinde

5. Dezember (RK) Eine Ehrung von Gewerkschaftsjubilaren für 25- und 40jährige Mitgliedschaft veranstaltet die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Hauptgruppe I, Hoheitsverwaltung. Die Feier findet Mittwoch, den 9. Dezember, um 19.30 Uhr, im Großen Konzerthaussaal statt. Die Festansprachen halten Bürgermeister Jonas und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalrat Pölzer. Bei der Feier werden auch das Große Blasorchester der Feuerwehr der Stadt Wien unter der Leitung von Musikdirektor Wacek und das Salonorchester Toni Dattler mitwirken.

\- - -

Die Straßenbahn am 8. Dezember

5. Dezember (RK) Dienstag, den 8. Dezember, (Maria Empfängnis), gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine zu 4.- Schilling im Tarifgebiet I oder II und auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit.

Die Kurz-, Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesem Tage ungültig. Auch auf den Autobuslinien sind sämtliche Wochenkarten ungültig, es gelten aber die Übergangsfahrscheine Straßenbahn (Stadtbahn) - peripherer Autobus zum Preise von 3.20 Schilling, 3.60 Schilling und 4.- Schilling.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 2.20 Schilling-Fahrschein (im Vorverkauf 2.- Schilling).

\- - -

Am Freitag um 9 Uhr:

Punkt 3 - Wahl des Bürgermeisters

Die Tagesordnung der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates

5. Dezember (RK) Wie bereits mitgeteilt, wird der Wiener Gemeinderat am Freitag, dem 11. Dezember, um 9 Uhr, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. Die Tagesordnung umfaßt vorläufig 20 Punkte. Die Sitzung beginnt mit der Bestellung provisorischer Schriftführer und der Angelobung der Mitglieder des Gemeinderates. Nach der Wahl der Vorsitzenden wird unter Punkt 3 die Wahl des Bürgermeisters vorgenommen werden. Weiter umfaßt die Tagesordnung die Wahl der Schriftführer, der Stadträte und der Vizebürgermeister, die Bestimmung der Verwaltungsgruppen und andere im Zusammenhang mit der Konstituierung notwendige Wahlen.

In dieser ersten Sitzung des Gemeinderates wird Bürgermeister Jonas auch eine grundsätzliche Erklärung abgeben, zu der die Redner der vier im Rathaus vertretenen Fraktionen Stellung nehmen werden.

Im Anschluß an den Gemeinderat wird der Wiener Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. Seine Tagesordnung umfaßt die Wahl der Präsidenten sowie der Mitglieder des Immunitätskollegiums, des Unvereinbarkeitsausschusses und die Wahl von 12 Mitgliedern des Bundesrates.

\- - -

"Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung"

5. Dezember (RK) Soeben ist das dritte Heft der "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" des Jahrganges 1959 erschienen. In den "Mitteilungen" sind viele statistische Daten über die Monate Juli bis September, jedoch auch bereits das genaue Ergebnis der Gemeinderatswahl vom 25. Oktober enthalten.

\- - -

Beileid zum Ableben von Hubert Marischka

5. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat noch gestern, sofort nach Bekanntwerden der Trauerbotschaft vom Ableben Hubert Marischkas, an die Witwe des Verstorbenen ein Beileidsschreiben gerichtet. Darin heißt es unter anderem: "Mit Ihnen und Ihrer Familie trauert ganz Wien um Hubert Marischka, der bis in sein hohes Alter vermöge seines meisterlichen Könnens, vor allem aber durch seinen liebenswürdigen Humor und Charme, die Wiener Operette und auch den Wiener Film mit unvergleichlichem Zauber zu erfüllen wußte.

\- - -

Gesperrt bis Sonntag, 11 Uhr!

Bürgermeister Jonas zum "Concordia"-Jubiläum

5. Dezember (RK) Bei der Feier, die am Sonntag, dem 6. Dezember, vormittag, im Wiener Burgtheater zum 100jährigen Bestandsjubiläum der "Concordia" stattfindet, hält Bürgermeister Jonas folgende Rede:

"Der Presseclub Concordia mit seiner ehrenvollen und stolzen Vergangenheit verdient als Vereinigung geistig arbeitender Menschen unsere volle Hochachtung. Die im vergangenen Jahr vollzogene Fusionierung der Concordia mit dem Österreichischen Presseclub zum "Presseclub Concordia" ist das wichtigste Ereignis in der jüngeren Geschichte dieser Vereinigung. Ich habe aus diesem Anlaß den neuen Vorstand und andere prominente Journalisten und Schriftsteller in das Rathaus eingeladen und mich bei ihnen bedankt, daß sie in den letzten Jahren den für die Bevölkerung der Bundeshauptstadt wichtigen Problemen immer mehr ihr Interesse zugewandt haben. Gerade heuer, im hundertsten Jahr ihres Bestandes, hat die Concordia neben ihren traditionellen Aufgaben eine weitere wichtige Tätigkeit entfaltet. Sie packt die brennendsten Probleme unserer Zeit an und stellt sie vor den Augen der Bevölkerung in ihrer vollen Bedeutung dar. Mit ihren

./.

Pressekonferenzen gibt sie auch den Verwaltern großer Gemeinschaften, den Politikern, die Möglichkeit, ihre Anliegen auszusprechen, auszusprechen zu dem Zweck, daß die dargelegten Probleme von den Meistern des geschriebenen Wortes richtig und sinnvoll den verschiedenen Leserschichten vermittelt werden.

Mit dem Heranwachsen einer gefestigten Generation von Kommunalberichterstattern bei den wichtigsten Blättern hat sich zwischen Presse und Rathaus ein freundschaftliches und offenherziges Verhältnis entwickelt, in dem selbstverständlich die politischen und weltanschaulichen Unterschiede als Distanzen bestehen bleiben, dem menschlichen Kontakt jedoch keine Grenzen gesetzt sind.

Ich habe die Gelöbnisformel der Concordia durchgelesen. Jeder, der seinen Namenszug darunter setzt, geht auch die Verpflichtung ein, stets für die Freiheit der Meinungsäußerung einzutreten und jeder Art der Unterdrückung des freien Wortes entgegenzuwirken. Allein schon dieses Bekenntnis bildet einen moralischen und geistigen Bereich, in dem sich die Concordia und die demokratisch verwaltete Stadt finden.

Im hundertsten Jahr des Bestehens der Concordia zeigt sich jedenfalls der Beginn einer neuen Blütezeit für die Wiener Journalistik. Es sind große und schöne Aufgaben, die einer freien Presse in einem freien Staat gestellt sind. Gerade in unserer Zeit der Hast und der Eile ist die Zeitung nicht nur die wichtigste Informationsquelle. Sie trägt auch das ihre dazu bei, die Bildung des Lesers zu vervollkommnen, sein Wissen zu erweitern und ihn im wahrsten Sinn des Wortes "auf dem laufenden" zu halten über die unübersichtliche und verwirrende Entwicklung in unserer Welt, über den Fortschritt, der jeden Tag erzielt wird. Man könnte die Zeitung mit Recht das "Lexikon des Tages" nennen.

Und noch eines in diesem Zusammenhang: wir alle wünschen das freie Wort, wir könnten es in einem demokratischen Staatswesen nicht missen und wir treten dafür ein, daß es nicht unterdrückt wird. Aber setzen wir uns doch auch dafür ein, daß das freie Wort ein gutes Wort ist, daß es konstruktiv und positiv und bejahend ausgesprochen wird. Hier sehe ich jedenfalls eine schöne Aufgabe für den "Presseclub Concordia": die Pflege des guten freien Wortes. Und für die Erfüllung aller ihrer Aufgaben möchte ich Ihnen heute an Ihrem Jubiläumstag alles Gute wünschen."

\- - -

Einzeldarlehen statt Städtedarlehen

5. Dezember (RK) Der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes hat in seiner Sitzung vom 2. Dezember nach einem Bericht von Generalsekretär Stadtrat Heller beschlossen, von der beabsichtigten Ausgabe einer Städteanleihe aus Gründen einer Kostenersparnis abzusehen und den Gemeinden, die seinerzeit ihr Interesse an der Teilnahme an der Städteanleihe mitgeteilt haben, zu empfehlen, ihren Finanzierungsbedarf für kommunale Aufgaben durch Aufnahme von Darlehen bei hiefür in Betracht kommenden Kreditinstituten zu decken. In diesem Zusammenhang teilte Generalsekretär Heller mit, daß sich die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien bereiterklärt hat, Darlehen in der Höhe der 1. Tranche (100 Millionen Schilling) der seinerzeit geplanten Städteanleihe zu gewähren.

\- - -

Die Radiorede des Bürgermeisters

5. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas gibt morgen Sonntag, um 19.45 Uhr, in der Sendereihe "Wiener Probleme" im Ersten Programm einen Überblick über die Entwicklung Wiens in diesem Jahr.

\- - -

Schwimmer-Besuch im Rathaus

5. Dezember (RK) Die bayrische Schwimmerauswahl, die heute und morgen einen Länderkampf gegen die besten österreichischen Schwimmer austrägt, besuchte heute vormittag das Wiener Rathaus. Die jungen Sportler wurden im Roten Salon von Stadtrat Sigmund empfangen, der sie im Namen des Bürgermeisters herzlich willkommen hieß. Zur Erinnerung an den Wiener Aufenthalt erhielten die Gäste Bilderalben. Im Anschluß an den Empfang wurde das Rathaus besichtigt.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Erste Wiener Bilanz 1959

Bürgermeister Jonas über die Leistungen der Gemeinde Wien

7. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 6. Dezember, über die Leistungen der Gemeinde Wien in diesem Jahr.

Der Bürgermeister führte aus: "Nächste Woche wird der am 25. Oktober neugewählte Wiener Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten und seine verfassungsmäßigen Organe wählen, womit die fünfjährige Arbeitsperiode des Gemeinderates eingeleitet ist. Eine Woche später wird sich der Gemeinderat bereits mit dem Budget für das Jahr 1960 beschäftigen. In diesen Verhandlungen werden die gesamte Finanzgebarung der Stadt und die Aufgaben der einzelnen Verwaltungsgruppen für das kommende Jahr besprochen und beschlossen. Ich würde wünschen, daß Sie diesen Verhandlungen mit wirklicher Aufmerksamkeit folgen, und zwar deshalb, weil in ihnen doch über die kleineren und größeren Sorgen unserer Bevölkerung entschieden wird. Nichts wäre schlechter als zu glauben, daß die Wähler am Wahltag ohnedies entschieden hätten und alles weitere sei nun Sache der gewählten Mandatare. In einer gesunden demokratischen Gemeinde sollen die Gemeindebürger den öffentlichen Angelegenheiten ihr Interesse ständig zuwenden. Dadurch bleibt das gute Verhältnis zwischen Bevölkerung und Rathaus bestehen und auf beiden Seiten wird das Verständnis in jeder Richtung gefördert.

Heute will ich Ihnen als eine Art Vorbereitung für die Budgetverhandlungen im Gemeinderat, einen Bericht über die Entwicklung im nun zu Ende gehenden Jahr 1959 geben. Ich will dabei auch einen Vergleich mit dem vergangenen Jahr anstellen, weil

./.

nur so der Unterschied gegenüber der Vergangenheit deutlich gemacht werden kann. Vor allem kann ich die erfreuliche Feststellung machen, daß die wirtschaftliche Lage weiterhin günstig geblieben ist, ja sogar noch eine leichte Besserung erfahren hat. Über den November des Jahres 1958 berichtete ich Ihnen, daß die Gebietskrankenkasse Wien 619.000 erwerbstätige Mitglieder zählt. Von Jahr zu Jahr glaubt man, daß der höchste Stand an Arbeitskräften erreicht und eine weitere Steigerung nicht mehr zu erzielen sei. Doch hat sich im Laufe des heurigen Jahres die Zahl der Beschäftigten wieder erhöht. Sie ist um 12.000 auf 631.000 Ende Oktober dieses Jahres gestiegen. Das ist eine imponierende Zahl. Sie beweist, daß in unserer Stadt mit dem Aufgebot aller Kräfte und sehr fleißig gearbeitet wird. Die private Wirtschaft nimmt an diesen großen Leistungen ebenso teil wie die öffentliche. Die gesamte Bevölkerung hat davon den wirtschaftlichen Erfolg.

So wie die Zahl der Beschäftigten als Maßstab für die günstige wirtschaftliche Entwicklung verwendet werden kann, sind auch andere Anzeichen für die relativ gutgebliebene Lebenshaltung vorhanden. Hiefür kann man als ein besonders auffallendes Anzeichen die Tatsache vermerken, daß die Spareinlagen wieder zugenommen haben. Während im November des vergangenen Jahres der Einlagenstand bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 2.214 Millionen Schilling betrug, stieg er bis Ende November 1959 um 608 Millionen Schilling auf 2.822 Millionen Schilling. Es ist besonders erfreulich, daß bei dem gleichen Institut die Zahl der jugendlichen Sparer eine weitere Zunahme erfahren hat. Sie ist von 68.000 im Vorjahr auf mehr als 100.000 gestiegen. Alle diese Anzeichen bestätigen, daß die Bevölkerung ein absolutes Vertrauen in unsere wirtschaftliche Situation besitzt und den Wert des Sparens als eine Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens erkannt hat, daß sie Reserven anlegt, plant und wirtschaftlich denkt.

In den letzten Jahren wird gerne auch die Vermehrung der Kraftfahrzeuge als Maßstab für die wirtschaftliche Besserung verwendet. Das kann man auch heuer wieder machen, denn die Zahl der Kraftfahrzeuge ist in einem Jahr um rund 23.500 auf 230.200 gestiegen. In dieser Gesamtzahl sind 86.400 Motorräder und

./.

Mopeds und 117.000 Personenkraftwagen enthalten. Für die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse war die Vermehrung der Personenkraftwagen von entscheidender Bedeutung. Sie haben sich von 98.500 auf 117.000 vermehrt, das heißt, es sind 18.500 Personenkraftwagen in einem Jahr oder 1.540 Wagen pro Monat dazugekommen. Es ist ganz klar, daß sich dadurch die Parkraumnot sehr vergrößert hat und daß die Anstrengungen der Stadtverwaltung noch mehr als bisher darauf gerichtet sein müssen, die Flüssigkeit des Verkehrs zu sichern. Hoffentlich gibt das bereits in parlamentarischer Behandlung befindliche neue Straßenpolizeigesetz der Gemeinde Wien bessere Handhaben, für eine größere Sicherheit und für mehr Ordnung auf den Straßen zu sorgen. Ich muß aber die Bevölkerung neuerlich darauf aufmerksam machen, daß die allerbesten Gesetze und behördlichen Anordnungen nichts nützen, wenn die Menschen unachtsam oder rücksichtslos sind. Es ist bekannt, das ungefähr 90 Prozent aller Verkehrsunfälle auf menschliches Versagen zurückzuführen sind. Jeder einzelne von uns sollte sich verantwortlich fühlen für die Sicherheit im Verkehr. Wir müssen alle dafür eintreten, daß auf der Straße eine viel strengere Ordnung zu herrschen hat. Die Unfallszahlen dieses Jahres sind wieder eine furchtbare Mahnung. Von November 1958 bis Ende Oktober 1959 gab es im Wiener Straßenverkehr 14.195 Verletzte und 237 Tote. Diese Zahlen beweisen, daß wider alle Vernunft das Morden auf der Straße weitergeht, so als ob die Wiener sich selbst den Krieg erklärt hätten. Man möge nicht mit der Ausrede kommen, daß in anderen Großstädten die Unfallszahlen gleich oder noch höher sind. Andere Städte mögen uns ein Vorbild im Guten sein. Schlechte Beispiele dürfen wir nicht nachahmen, sondern müssen es aus eigener Verantwortlichkeit besser machen. Ich bitte deshalb bei dem heutigen Anlaß wieder alle unsere Mitbürger, dafür zu sorgen, daß die Gefahren auf der Straße und damit die Opfer des Verkehrs vermindert werden. Vor allem muß es aber ein selbstverständliches Gebot der Anständigkeit sein, auf unsere älteren Frauen und Männer noch mehr Rücksicht zu nehmen.

Um die Verkehrsverhältnisse zu verbessern, hat die Gemeinde im heurigen Jahre einen noch größeren Betrag für Straßenbauten ausgegeben, und zwar 165 Millionen Schilling. Es wurden damit

./.

mehr als 3,700.000 Quadratmeter Verkehrsflächen umgebaut oder verbessert. Zu den ganz großen durchgeführten Arbeiten gehört das Verkehrsbauwerk auf dem Südtiroler Platz, der Umbau des Gürtels bei der Alser Straße, am Zimmermannplatz und Uhlplatz, der Umbau der Thaliastraße, der Heiligenstädter Straße, der Neubau der Kreuzung Hernalser Hauptstraße-Wattgasse, die Triester Straße, die Straße von der Reichsbrücke in den Lobauer Ölhafen und eine unabsehbare Reihe von kleineren und mittleren Straßenbauarbeiten. Eine weitere Sanierung der Verkehrsverhältnisse werden die bereits begonnenen Fußgänger-Tunnels bei der Bellaria, bei der Babenberger Straße und bei der Operngasse und das große Verkehrsbauwerk am Schottentor mit sich bringen.

Ich freue mich, daß ich meinen vorjährigen optimistischen Bericht über die Steigerung der Geburtenzahlen heuer wiederholen kann. Im vergangenen Jahre wurden 15.270 Kinder geboren und heuer werden es 16.420 sein. Heuer werden also um 1.150 Kinder mehr geboren als im Vorjahr, das heißt, es kommen heuer pro Monat um 95 Kinder mehr zur Welt als im vergangenen Jahre. Wenn wir die Geburtenzahl des Jahres 1954 zum Vergleich heranziehen, in dem es nur 11.400 Geburten gab, und feststellen, daß wir heuer um 5.000 Geburten mehr haben als damals, so dürfen wir uns über diese Veränderung aufrichtig freuen. Wir können mit einem Gefühl größerer Sicherheit an die Zukunft denken, je mehr junges und frisches Leben wir um uns haben.

Eine der großen Aufgaben der Gemeindeverwaltung war wieder die Ermöglichung werteschaffender Investitionen. Für diesen Zweck wurden sehr große Beträge ausgegeben, darunter 1.626 Millionen Schilling, die dem Baugewerbe und den Baunebengewerben zugeflossen sind. Wie wichtig die Arbeitsbeschaffungspolitik der Gemeinde ist, braucht wohl nicht näher erklärt werden. Tatsache ist, daß davon die wirtschaftliche Existenz vieler zehntausender Familien abhängt, ebenso die Existenz vieler großer und kleiner Unternehmungen. Wie groß die Bedeutung der städtischen Aufträge ist, geht schon aus dem Umstand hervor, daß zeitweise mehr als 13.000 Arbeiter und Angestellte auf den städtischen Baustellen beschäftigt waren.

Weil der Bedarf an Wohnungen unverändert groß geblieben ist, waren die Bauaufgaben der Gemeinde hauptsächlich wieder auf den

./.

Bau von Wohnungen konzentriert. Das Programm sieht vor, daß bis zum Jahresende mehr als 4.500 Wohnungen fertiggestellt sein werden und daß ungefähr 8.000 Wohnungen in Arbeit sind. Für diesen Zweck allein werden 520 Millionen Schilling ausgegeben. Ich darf noch daran erinnern, daß gerade im Wohnungsbau unsere Bemühungen für die Winterarbeit besonders erfolgreich sind. Durch die Verwendung von Winterbauhallen und Thermoblocs konnte der allergrößte Teil der Bauarbeiter auf den städtischen Baustellen durchgehend beschäftigt werden. Selbstverständlich wird auch für die kommende Winterperiode so weit als möglich vorgesorgt, daß die Arbeiten weitergeführt werden können. Jedenfalls unternimmt die Gemeinde alle Anstrengungen, der Wohnungsnot wirksam zu Leibe zu rücken. Durch den Bau der Gemeindewohnungen und durch die Förderung von Genossenschaftswohnungen und Eigenheimbauten werden jedes Jahr viele tausende Wiener Familien von ihren Wohnungssorgen befreit.

Aber neben der erfreulich großen Zahl von fertiggestellten Wohnungen werden wir zum Abschluß dieses Jahres noch viele andere Erfolge aufweisen können. Der Umfang der durchgeführten Arbeiten ist so groß, daß ich bloß die wichtigsten Ergebnisse berichten kann. Auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens verzeichnen wir die Fertigstellung der Schulen in Hadersdorf-Weidlingau und auf dem Max Winter-Platz, der Sonderschule für körperbehinderte Kinder in Währing und des Schüler-Internates in der Brigittenau. Begonnen wurde die Sonderschule in der Franklinstraße in Floridsdorf und der Umbau des Pädagogischen Instituts in der Burggasse am Neubau. Außerdem wurden während der Schulferien 24 Schulen instandgesetzt und modernisiert. Für die erholungsbedürftigen Schulkinder wurde durch den Umbau des Schlosses Tribuswinkel ein schönes Heim geschaffen und für unsere Kinder wurden Kindergärten und Horte errichtet, und zwar im 17. Bezirk in der Roggendorfgasse, im 21. Bezirk am Bruckhaufen und im 22. Bezirk in Kagran.

Für die Erholungs- und Sportbedürfnisse der Bevölkerung dienen zwei besondere wichtige Neuerungen, und zwar die Fertigstellung des Stadionausbaues auf mehr als 94.000 Plätze und das Sommerbad auf dem Laaer Berg, das schon in den ersten Wochen seiner Benützung einen durchschlagenden Erfolg erzielt hat. Aus

./.

der Fülle der anderen erfreulichen Ereignisse greife ich wahllos heraus die Eröffnung des Historischen Museums der Stadt Wien, die Fertigstellung der Feuerwache in Döbling, die Inbetriebnahme des großen Wasserbehälters in Neusiedl am Steinfeld, die Eröffnung des Blindengartens im Wertheimsteinpark in Döbling, die Fortsetzung der Liesingbach-Regulierung und die Eröffnung der Zubauten im Krankenhaus Floridsdorf.

Ich konnte Ihnen nur eine kleine Auswahl berichten. Aber schon daraus können Sie ersehen, welche Fülle von Arbeiten auf allen Gebieten des großstädtischen Lebens von der Gemeinde Wien durchgeführt wurden. Wir sind damit wieder ein großes Stück weitergekommen, und alle, die auf ihre Weise mitgeholfen haben, diese großen Leistungen zu erreichen, dürfen darauf stolz sein. Natürlich waren manche Arbeiten, vor allem die Straßenumbauten und -neubauten mit Schwierigkeiten, ja wahrscheinlich auch mit manchem Ärger der Passanten verbunden. Aber jetzt, da die Arbeiten abgeschlossen sind, freuen sich doch alle darüber, daß mit dem Neuen auch viele Vorteile verbunden sind.

Kein Kriegsspielzeug zu Weihnachten!

Heuer will ich, wie in den vergangenen Jahren vor dem Weihnachtsfest, mich wieder an die Mütter und Väter wenden, um ihnen zu sagen, daß sie ihren Kindern kein Kriegsspielzeug unter den Weihnachtsbaum legen sollen. Der Krieg ist schon für die Erwachsenen eine schreckliche Angelegenheit; um wieviel schrecklicher ist es, wenn man das Gemüt der Kinder mit den Gedanken des Krieges und der Waffen belastet und verzerrt. Es gibt eine so reiche Auswahl auch pädagogisch richtiger Spielsachen, daß es den Eltern nicht schwer fallen kann, für ihr Kind das richtige zu finden.

\- - -

Konstituierung der Wiener Bezirksvertretungen

7. Dezember (RK) Zwischen 10. und 18. Dezember werden sich die 23 Wiener Bezirksvertretungen konstituieren. Bei diesen Sitzungen, an denen der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Sigmund teilnimmt, werden auch die Bezirksvorsteher und ihre Stellvertreter gewählt werden.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Die von der Gemeinde Wien gebaute Straßenschleife, die die Reichsbrücke mit dem Kaisermühlendamm verbindet, wird Donnerstag dieser Woche, 10. Dezember, um 12.30 Uhr, durch Stadtrat Heller dem Verkehr übergeben werden.

Treffpunkt auf der Reichsbrücke bei der Einmündung der neuen Straßenschleife.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

\- - -

Karl Godlewski zum Gedenken

7. Dezember (RK) Auf den 8. Dezember fällt der 10. Todestag des letzten Ballettmeisters der Wiener Hofoper Prof. Karl Godlewski.

Am 20. November 1862 in Lemberg geboren, fand er mit 14 Jahren in einem Moskauer Zirkus als Springer und Clown Verwendung. Daneben bildete er sich in Tanz und Mimik aus. Seit 1883 trat er als Kunstspringer und Clown im Zirkus Renz in Berlin auf. Seine Sprünge sollen fast unglaubliche Leistungen erreicht haben. Godlewski konnte sich aber auch nach seiner Verpflichtung an die Wiener Hofoper als Tänzer durchsetzen und wirkte in zahlreichen Balletten mit. 1889 gründete er eine Schule für Gesellschaftstanz, die von der Jugend der Hocharistokratie besucht wurde. 1904 wurde er zum k.k. Hoftanzlehrer ernannt. Er trat als einer der ersten für den modernen Gesellschaftstanz ein. Sein Kampf für den Tango endete gleichfalls erfolgreich. 1918 wurde Godlewski als Nachfolger Hassreiters Ballettmeister und leistete dem Institut in der schwierigen Übergangszeit wertvolle Dienste. Jetzt konnte er sich nicht nur ausführend, sondern auch schöpferisch betätigen. Eine ganze Reihe von Choreographien bekannter Ballette geht auf ihn zurück. Nach seiner Pensionierung arbeitete Karl Godlewski als Tanzlehrer weiter. Aus seiner Schule sind berühmte Tanzstars und Filmschauspielerinnen hervorgegangen.

Im Jahre 1955 beschloß der Gemeinderatsausschuß III, das Andenken Karl Godlewskis durch eine Straßenbenennung zu ehren. So erhielt im 22. Wiener Gemeindebezirk eine Verkehrsfläche zwischen der Erzherzog Karl-Straße und dem Promenadenweg die Bezeichnung Godlewskigasse.

\- - -

Ausstellung zum 250. Todestag von Abraham a Sancta Clara

7. Dezember (RK) Anläßlich des 250. Todestages des berühmten Wiener Barockredners und humorvollen Schriftstellers Abraham a Sancta Clara veranstaltet die Wiener Stadtbibliothek im Dezember eine Lesesaalausstellung. Gezeigt werden unter anderem seltene Drucke und Illustrationsproben des 17. und 18. Jahrhunderts aus den reichen Beständen der Wiener Stadtbibliothek.

Die Ausstellung ist von Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr im Lesesaal der Wiener Stadtbibliothek, 1, Rathaus, 1.Stock, Zimmer 333, frei zugänglich.

\- - -

Kranz der Stadt Wien für Ludwig Anzengruber

Am Donnerstag Gedenkfeier im Zentralfriedhof

7. Dezember (RK) Das Mariahilfer Heimatmuseum veranstaltet am Donnerstag, dem 10. Dezember, um 14.15 Uhr, im Wiener Zentralfriedhof, Gruppe XIV A, Nummer 1, zum 70. Todestag von Ludwig Anzengruber eine Gedenkfeier, bei der auch Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hofrat Dr. Loewner anwesend sein wird. Es wird auch ein Kranz der Stadt Wien niedergelegt werden. Alle Verehrer Ludwig Anzengrubers sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.

\- - -

Freitag Verkehrsbefragung an den beiden Donaubrücken

7. Dezember (RK) Die Stadtbauamtsdirektion - Gruppe Stadtplaner - läßt am kommenden Freitag, dem 11. Dezember, durch Organe der Bundespolizeidirektion Wien in der Zeit von 6 bis 20 Uhr an der Reichsbrücke und an der Floridsdorfer Brücke eine Verkehrsbefragung nach Ziel und Ursprung der Fahrt durchführen. Die Auskünfte dienen der Erfassung des Binnenverkehrs und haben nur statistischen Charakter für die Verkehrsplanung.

Die Kraftfahrer werden im eigenen Interesse gebeten, für diese Mitarbeit Verständnis aufzubringen.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 7. Dezember

7. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche, Inland: 4 Stiere, 41 Kühe, Summe 45. Neuzufuhren: Inland 143 Ochsen, 188 Stiere, 720 Kühe, 137 Kalbinnen, Summe 1.188; Ungarn 1 Stier, 51 Kühe, 8 Kalbinnen, Summe 60; Polen 39 Stiere. Gesamtauftrieb: 143 Ochsen, 232 Stiere, 812 Kühe, 145 Kalbinnen, Summe 1.332. Verkauft: 142 Ochsen, 223 Stiere, 798 Kühe, 141 Kalbinnen, Summe 1.304. Unverkauft Inland: 1 Ochse, 9 Stiere, 14 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 28.

Preise: Ochsen 9 bis 12.10 S, Extremware 12.20 bis 13 S (16 Stück), Stiere 11 bis 12.50 S, Extremware 12.60 bis 13.20 S (20 Stück), Kühe 7.40 bis 10.40 S, Extremware 10.50 bis 11.20 S (28 Stück), Kalbinnen 9 bis 12.50 S, Extremware 12.60 bis 13 S (17 Stück), Beinlvieh Kühe 6.60 bis 8.60 S, Ochsen und Kalbinnen 8.80 bis 10.20 S. Der Durchschnittspreis für Inlandrinder ermäßigte sich bei Ochsen um einen Groschen, bei Stieren um zwei Groschen und erhöhte sich bei Kühen um 17 Groschen, bei Kalbinnen um 34 Groschen je kg. Er beträgt: Ochsen 11.11 S, Stiere 11.98 S, Kühe 8.98 S, Kalbinnen 11.68 S je kg. Beinlvieh erhöhte sich um 20 Groschen je kg. Polnische Stiere notierten von 11.80 bis 12.60 S, ein ungarischer Stier 12.80 S, ungarische Kühe von 9.50 bis 11 S, ungarische Kalbinnen von 10.60 bis 12 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Jonas ehrte 23 Dienstjubilare der Stadtverwaltung

9. Dezember (RK) 23 Beamte der Hoheitsverwaltung und der Städtischen Unternehmungen wurden heute vormittag anläßlich ihres 40jährigen Dienstjubiläums durch Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus geehrt. Seitens der Stadtverwaltung nahmen an der Feier im Roten Salon die Stadträte Bauer, Dkfm. Nathschläger, Riemer und Sigmund sowie Magistratsdirektor Dr. Kinzl teil. Die Wiener Stadtwerke waren durch Generaldirektor Dr. Ing. Horak vertreten. Weiter waren Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für Personalangelegenheiten, Vertreter der Gewerkschaft sowie Familienangehörige der Jubilare erschienen.

Der städtische Personalreferent Stadtrat Riemer begrüßte die Dienstjubilare, unter ihnen Oberamtsrat Jelinek von den Wiener Verkehrsbetrieben, der bereits auf 50 Dienstjahre bei der Gemeinde Wien zurückblickt. Dann hielten Stadtrat Dkfm. Nathschläger im Namen der Städtischen Unternehmungen und Gemeinderat Schiller als Vertreter der Gewerkschaft Ansprachen.

Bürgermeister Jonas dankte den Jubilaren für ihre treuen Dienste zum Wohle der gesamten Wiener Bevölkerung und wünschte ihnen auch weiterhin die besten Erfolge in ihrer Arbeit.

Im Namen der Jubilare sprach Obersenatsrat Dr. Ledl.

Im künstlerischen Teil der Feier wirkte das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien mit.

Obersenatsrat Dr. Ledl wurde heute früh vor der offiziellen Ehrung durch den Bürgermeister in der Magistratsdirektion vom Kreise seiner Mitarbeiter zu seinem 40jährigen Dienstjubiläum herzlich beglückwünscht. Magistratsdirektor Dr. Kinzl würdigte die außerordentlichen Verdienste des Jubilars als langjähriger

./.

Leiter des Büros der Magistratsdirektion sowie für die seinen Mitarbeitern entgegengebrachte Kollegialität. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Jubilar trotz den vielen Dienstjahren jung geblieben ist und wünschte ihm für die Zukunft beste Gesundheit und viele Erfolge in seiner verantwortungsvollen Tätigkeit.

\- - -

Die Gewerkschaft ehrte Stadtrat Riemer und Magistratsdirektor Dr. Kinzl

9. Dezember (RK) Das Präsidium der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und die Exekutive der Hauptgruppe I überreichten heute vormittag dem städtischen Personalreferenten Stadtrat Riemer und Magistratsdirektor Dr. Kinzl aus Anlaß ihrer 40jährigen Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsbewegung ein Diplom und die Goldene Nadel.

Die Auszeichnungen wurden vom 1. Vorsitzenden der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Nationalrat Pölzer mit dem Dank und den besten Glückwünschen der Gewerkschaft überreicht. Der Stadtrat und der Magistratsdirektor bedankten sich für die ihnen zuteil gewordene Ehrung.

\- - -

Neue Darlehen der Wiener Landesregierung für Wohnbauförderung

9. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung genehmigte heute auf Antrag von Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik die Gewährung von Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 in der Höhe von 13,205.000 Schilling. Damit wird der Bau von 113 Wohnungen gefördert.

\- - -

Die letzte Sitzung des alten Wiener Stadtsenates

Bürgermeister Jonas dankte Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Nathschläger

9. Dezember (RK) In der nun zu Ende gegangenen fünfjährigen Periode des Wiener Gemeinderates fand heute unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas die letzte Sitzung des Wiener Stadtsenates statt. Dieser Körperschaft gehörten zuletzt an: Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Slavik, Vizebürgermeister Weinberger, die Stadträte Bauer, Glaserer, Heller, Maria Jacobi, Koci, Lakowitsch, Mandl, Dkfm. Nathschläger, Riemer und Sigmund.

Am Schluß der Sitzung erinnerte Bürgermeister Jonas in einer kurzen Ansprache daran, daß während der fünf Jahre seit 1954 auf sozialistischer Seite fünf Persönlichkeiten entweder in andere Funktionen berufen worden oder durch Tod ausgeschieden sind. Es sind dies die Stadträte Dr. Migsch (Personalangelegenheiten), Resch (Finanzwesen), Vizebürgermeister Honay (Wohlfahrtswesen), Thaller (Bauangelegenheiten), Afritsch (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten).

Bei der ÖVP hat sich im Stadtsenat während der letzten fünf Jahre kein Wechsel ergeben, doch werden zwei Persönlichkeiten in dem nun kommenden Stadtsenat nicht mehr aufscheinen. Es sind dies Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Vizebürgermeister Weinberger hat volle drei Funktionsperioden die Geschäftsgruppe für das Gesundheitswesen geleitet. Stadtrat Dkfm. Nathschläger gehörte seit mehr als zwei Funktionsperioden dem Stadtsenat an; länger als ein Jahr führte er die Geschäftsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten und seither die für die Städtischen Unternehmungen.

"Wenn auch die Wogen der politischen Gegensätze und Differenzen in den Stadtsenat hinein spürbar waren", sagte der Bürgermeister, "so glaube ich doch feststellen zu können, daß beide Herren sich bemühten, so weit es ihnen möglich war, die sachlichen Grundsätze zu Wort kommen zu lassen. Trotz den bestehenden politischen Gegensätzen haben sie auch immer einen menschlichen Ton gefunden. Dafür danke ich ihnen im Namen des Stadtsenates.

./.

Vor allem danke ich aber Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Dkfm. Nathschläger für die Arbeit, die sie im Interesse der Wiener Bevölkerung und der Verwaltung geleistet haben. Wir wünschen beiden auf dem weiteren Lebensweg das Allerbeste und vor allem Gesundheit. Mögen sie immer mit einem Gefühl der Genugtuung an ihre lange Tätigkeit im Rathaus zurückdenken!"

Die beiden scheidenden ÖVP-Mandatare dankten für die Abschiedsworte des Bürgermeisters. Vizebürgermeister Weinberger: "Mit einem lachenden und einem weinenden Auge!" - Stadtrat Dkfm. Nathschläger: "Die Stadt Wien lebe, blühe und gedeihe!"

\- - -

Dauerbefürsorgte der Gemeinde sehen Wiener Eisrevue

9. Dezember (RK) Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien hat die Dauerbefürsorgten unserer Stadt zur Wiener Eisrevue in die Stadthalle eingeladen. Die Vorstellung findet Mittwoch, den 23. Dezember, um 16 Uhr, statt.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

9. Dezember (RK) Freitag, den 11. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Karl Lakowitsch.

\- - -

Diamantene und Goldene Ehepaare im Wiener Rathaus

9. Dezember (RK) Heute nachmittag wurden im Wiener Rathaus die Diamantenen und Goldenen Ehepaare Wiens aus den Bezirken 11 bis 16 durch Bürgermeister Jonas im Beisein der Stadträte Glaserer, Riemer und Sigmund sowie der Bezirksvorsteher zu ihrem Ehrentag beglückwünscht. Die Ehejubilare aus den Bezirken 1 bis 10 waren bereits Montag Gäste der Stadtverwaltung. Die letzte Gruppe ist für morgen in den Stadtsenatssitzungssaal eingeladen. Insgesamt sind es zehn Diamantene und 177 Goldene Ehepaare, die letzten von den 930 Jubelpaaren, die im Jahre 1959 im Wiener Rathaus geehrt worden sind.

Bürgermeister Jonas sagte bei der heutigen Feier, die Stadtverwaltung freue sich darüber, daß bei uns von Jahr zu Jahr immer mehr Eheleute ihr Ehejubiläum feiern können. Noch vor dem ersten Weltkrieg wurden in Wien jährlich 90 bis 100 Goldene Hochzeiten gefeiert, jetzt sind es immer schon 900 bis 1.000. Dies verdanken wir den großen Fortschritten der Medizin und den sozialen Gesetzen sowie auch der vernünftigeren Lebensweise, die man sich zurechtgelegt hat. Er dankte den Jubilaren dafür, daß sie nicht nur für ihre Familien gesorgt, sondern durch ihre Arbeit auch dazu beigetragen haben, die Stadt am Leben zu erhalten. Denn alles was die Großstadtbevölkerung zum Leben braucht, sagte der Bürgermeister, könne durch kein Zauberrezept, sondern nur durch gemeinsame Arbeit geschaffen werden. Unsere Alten waren mit dabei, als wir mit großen Anstrengungen ein neues Leben in Wien aufzubauen begonnen haben. Seit 1954 verzeichnen wir jedes Jahr um 1.000 Geburten mehr. Dies ist auch Wiens größte Hoffnung und Zuversicht für die Zukunft.

Abschließend wünschte der Bürgermeister seinen Gästen ein frohes Weihnachtsfest und die beste Gesundheit für die kommenden Jahre. Zur Erinnerung an das mit den Stadtvätern gemeinsam gefeierte Ehejubiläum überreichte er jedem Paar ein Diplom der Stadt Wien. Die nächsten Ehrungen von Ehejubilaren im Wiener Rathaus finden im Frühjahr 1960 statt.

\- - -

Schweinemarkt vom 9.Dezember

9.Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 3.969, Ausland: DDR 150, Jugoslawien 150, Polen 2.129, Ungarn 175, Gesamtauftrieb: 6.573. Verkauft: 6.573.

Auslandsschlachthof: Bulgarien 1.469, Preis 12.20 bis 13.30 S, Rumänien 207, Preis 12.40 bis 12.50 S.

Preise: Extremware 14 S, 1.Qualität 13.70 bis 14 S, 2.Qualität 13.30 bis 13.70 S, 3.Qualität 12.50 bis 13.30 S, Zuchten 12.50 bis 13 S, Altschneider 11 bis 11.50 S, Ausland: DDR 13.30 bis 13.50 S, Jugoslawien 12.70 bis 13.20 S, Polen 13.30 bis 13.50 S, Ungarn 13 bis 13.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 24 Groschen und beträgt nunmehr 13.54 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 8 Groschen und beträgt nunmehr 13.37 S je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die besten Plakate des Monats November

10. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien berufene Jury hat für November zwei Plakate zu Bestleistungen des Monats erklärt. Es handelt sich hiebei um "SECESSION 59", eine Graphik im Zwei-Bogen Hochformat von Hans Fabigan in Wien, gedruckt bei F. Adametz, ebenfalls in Wien. Das zweite Plakat heißt "DAS FAMILIENHAUS" und wurde von Georg Schmid in Wien entworfen. Der Druck der Graphik erfolgte bei Josef Eberle in Wien im Ein-Bogen Hochformat. Beide Plakate werden auf den von der Gewista für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Werbeflächen affichiert.

\- - -

Autobusverkehr am Silbernen und Goldenen Sonntag

10. Dezember (RK) Am Silbernen Sonntag, dem 13. Dezember, und am Goldenen Sonntag, dem 20. Dezember, werden in der Zeit von 8.45 bis 19 Uhr folgende Autobus-Taglinien betrieben: 4 Westbahnhof - Stephansplatz - Praterstern, 5 Stephansplatz - Floridsdorf Am Spitz, 7 Südbahnhof - Stephansplatz - Franz Josefs-Bahnhof, 8 Hernalser Gürtel - Stephansplatz - Sechskrügelgasse (Rochuskirche).

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 14. bis 20. Dezember

10. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 14.Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 2.Konzertes des Musikvereinsquartettes (Beethoven)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Orchesterkonzert: Wr.Symphoniker, Julius Katchen (Klavier), Dirigent Robert Rudolf (Berlioz: Carneval Romain; Hovannes: Prelude und Fuge; Mozart: Jupitersymphonie; Brahms: 2. Klavierkonzert)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: Bläserkammermusikvereinigung der Wr.Symphoniker (Telemann: Sonate c-moll; Brockt: Bläserquintett op. 56; Roussel: Divertissemente op. 6; Francaix: Bläserquintett; Beethoven: Quintett op. 16 für Klavier und Bläser), mitw.: Hans Graf (Klavier)
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Richard Hauser (Werke von Brahms)
Dienstag 15.Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 2. Konzertes des Musikvereinsquartettes (Beethoven)
	Musikakademie Vortragssaal 19.00	Internat. Gesellschaft für neue Musik: "In memoriam Josef Matthias Hauer"; Ilona Steingruber (Sopran), Friedrich Cerha (Violine), Ivan Eröd (Klavier), Kammerensemble des österr. Rundfunks (Werke von J.M.Hauer, L.Spinner und E.Wellesz)
Mittwoch 16.Dez.	Brahmssaal (MV) 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 2.Konzert des Musikvereinsquartettes (Beethoven: Streichquartette op. 18 Nr. 2 G-dur; op. 95 f-moll; op. 127 Es-dur)
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Violoncello-Vortragsabend der Klasse Frieda Litschauer (Boccherini, Brahms, Hindemith)

./.

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mittwoch 16.Dez.	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Opernfragment-Abend der Klasse Kammersänger Peter Klein
	Radio Wien Gr.Sendesaal 20.15	Österr.Rundfunk - Studio Wien: Chor-Orchesterkonzert; Gr.Wr. Rundfunkorchester, Chor von Radio Wien, Jeanne Manchon (Klavier), Dirigent Miltiades Caridis (Eeder: Pezzo sereno; d'Indy: Symphonie sur un theme montguard; Berlioz: Oratorium "Des Heilands Kindheit")
	Musikhaus Doblinger Barocksaal 19.30	Musikverlag Doblinger: 2.Abend im Haydn-Zyklus des Steinbauer-Quartettes
Donnerstag 17.Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Orgelkonzert Franz Schütz, mitw. Helga Dernesch (Sopran), Mitglieder des Staatsopernchores und ein Streicher-Ensemble der Wr. Philharmoniker, Leitung Fritz Sedlak (Reger, Wolf, Schmidt)
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Wladyslaw Kedra (Bach, Beethoven, Brahms, Chopin)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Opernfragment-Abend der Klasse Kammersänger Peter Klein
	Amerika-Haus 17.30	Musikstunde mit Schallplatten Howard University Choir, Leitung Warner Lawson (Spirituals)
Freitag 18.Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 8.Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wr.Symphoniker, Elli Lewinsky (Cello), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Beethoven, Breval, Rimsky-Korssakow, Prokofieff, Wagner)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Wohlfahrtsdienst der ÖVP: Orchesterkonzert; Gisela Rathauscher (Sopran), Dora Mayerhofer (Gesang), Kurt Birsak (Klarinette), ein Konzertorchester, Leitung Erwin Czeppe (Haydn und Mozart)

./.

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Freitag 18.Dez.	Gr.K.H.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 3.Aufführung des Tanzspiels "Christine und der Wanderzirkus" (für Schüler der zweiten Klassen)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: 1.Konzert im Zyklus III; Wr.Symphoniker, Wr. Singakademie, Marie-Therese Escribano (Sopran), Hilde Konetzni (Sopran), Anton Dermota (Tenor), Kostas Pascalis (Bariton), Edith Bertschinger (Violine), Dirigent Hans Swarowsky (Burt: Espressione orchestrale op. 10; Liebermann: Capriccio für Sopran und Solovioline; Dallapiccola: "Il prigioniero")
	Mozartsaal (KH) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Weihnachtskonzert; Barockensemble der Musikalischen Jugend, Dirigent Gerhard Kramer (Corelli: Weihnachtskonzert; Buxtehude: Kantate; Schütz: Verkündigungsszene, Weihnachtshistorie)
	Musikakademie Vortragssaal 18.00	Akademie für Musik u.d.K.: Weihnachtskonzert der Lied- und Oratoriumsklasse Dr. Erik Werba
Samstag 19.Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 5. Abonnementkonzertes des N.Ö. Tonkünstlerorchesters, Dirigent Dr. Gustav Koslik
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert, Dirigent Norman del Mar (Purcell: Orchestersuite; Debussy: La mer; de Falla: Dreispitz; Britten: Purcell-Variationen)
	Schubertsaal (KH) 19.30	Schülerkonzert der Knabenhauptschule Arzbergerstraße
	Musikakademie Vortragssaal 17.00	Akademie für Musik u.d.K.: Klarinettenkonzert der Klasse Karl Österreicher (Werke von Hasenöhrl, Jettel, Wildgans, Jelinek)
Sonntag 20.Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö.Tonkünstlerorchester: 5.Sonntag-Nachmittagskonzert; Hilde Zadek (Sopran), Grace Hoffman (Alt), Anton Dermota (Tenor), Paul Schöffler (Baß), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Händel: "Der Messias")

./.

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Sonntag 20.Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: Jubiläumskonzert des Orchestervereins der GdM, mitw. Singverein der GdM, Dirigenten Dr. Reinhold Schmid und Siegfried Bernet (Bach: Kantate; Mozart: Ouverture zu "Die Zauberflöte"; Haydn: Symphonie Nr. 101 D-dur)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert, Dirigent Norman del Mar (Wiederholung vom 19. Dez.)
	Mozartsaal (KH) 11.00	Wiener Kammerorchester: 3.Konzert im Haydn-Mozart-Lanner-Zyklus; Clara Reganzini (Klavier), Dirigent Paul Angerer (Mozart: Sechs deutsche Tänze, Klavierkonzert F-dur, Cassation B-dur; Lanner: Neapolitaner-Walzer op. 146)
	Mozartsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: J.S.Bach: "Weihnachtsoratorium"; Kammerorchester, Chor und Solisten der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter
	Radio Wien Gr.Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Studio Wien: Orchesterkonzert; Wr. Symphoniker, Ricardo Odnoposoff (Violine), Dirigent Kurt Wöss (Kodaly: Thema und Variationen über ein ungarisches Volkslied; Dvořák: Violinkonzert a-moll; Schmidt: 4. Symphonie)

\- - -

"Das gute Bild" - fast ausverkauft!

10. Dezember (RK) In der ersten Woche nach der Eröffnung der vom Kulturamt der Stadt Wien in der Secession veranstalteten Ausstellung "Das gute Bild für jeden" wurden 232 Bilder und 71 Keramiken zum Gesamtpreis von 108.365 Schilling verkauft. Damit wurden alle in den vergangenen zehn Jahren bei gleicher Gelegenheit erzielten Verkaufserfolge übertroffen. Die Ausstellung wurde in den ersten acht Tagen von 14.843 Personen besucht.

Die in der Ausstellung angebotenen Werke werden bekanntlich von den Wiener Kunstverbänden eingereicht und durch eine eigene Jury geprüft. Diese Jury hat schon vor Ausstellungsbeginn eine Anzahl künstlerischer Arbeiten zusätzlich ausgewählt, um damit eine Reserve für verkaufte Bilder und Keramiken zu schaffen. Dieser Ersatz genügt heute nicht mehr. Das Kulturamt hat sich daher an die Künstlerverbände zwecks weiterer Einreichungen und einer entsprechenden Nachbeurteilung gewendet.

\- - -

Österreichs Gärtnernachwuchs wird in Wien ausgebildet

Wirkungskreis der Wiener städtischen Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt

10. Dezember (RK) Die Bundesinnung der Gärtner und Naturblumenbinder hat verlangt, daß der Wirkungskreis der Wiener städtischen Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder, 21, Kagran, auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt wird. Die Landesregierungen der übrigen Bundesländer haben bereits grundsätzlich zugestimmt. Wie der Amtsführende Stadtrat für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung Mandl in der Sitzung der Wiener Landesregierung mitteilte, liegt diesem Verlangen die Tatsache zugrunde, daß in den Bundesländern keine öffentlichen fachlichen Berufsschulen dieser Art bestehen und die Schüler dieser Gewerbe allgemein gewerbliche Berufsschulen besuchen müssen, an denen sie keine fachliche Ausbildung erhalten.

Für den Besuch der Wiener Berufsschulen kommen aus den Bundesländern außerhalb Wiens im Schuljahr 1959/60 etwa 80 Lehrlinge für alle drei Schulstufen in Frage. Der Unterricht soll in Form eines Lehrganges erfolgen, der sieben Wochen hindurch je 50 Unterrichtsstunden dauert. Später will man den Unterricht auf acht Wochen ausdehnen, in denen dann immer nur 45 Stunden unterrichtet wird.

Stadtrat Mandl stellte sodann den Antrag auf Erweiterung des Sprengels der Wiener öffentlichen Berufsschule für Gärtner und Naturblumenbinder in Kagran auf das gesamte Bundesgebiet. Die Landesregierung hat diesem Antrag zugestimmt.

Die Wiener Lehrlinge dieser Berufsschule sollen wie bisher auch weiterhin den Unterricht wöchentlich einmal zu neun Stunden in den 40 Wochen eines Schuljahres erhalten.

Der Schulkostenbeitrag für die Teilnehmer aus den Bundesländern wurde mit 400 Schilling pro Lehrling und Lehrgang unter der Bedingung festgesetzt, daß auch die anderen Bundesländer den genannten Betrag zur Grundlage der Beitragsberechnung für alle anderen Berufsschulen nehmen, deren Schulsprengel sich auf mehrere Bundesländer oder auf ganz Österreich erstrecken. Die vom Land Wien zu tragenden 50 Prozent des Lehrerpersonalaufwandes werden den Landesregierungen anteilmäßig entsprechend den Schülerzahlen zur Refundierung vorgeschrieben.

\- - -

Die neue Auffahrt zur Reichsbrücke ist fertig

10. Dezember (RK) Die neue Auffahrtsrampe vom Hubertusdamm zur Reichsbrücke wurde heute mittag dem Verkehr übergeben. Stadtrat Heller selbst, assistiert von Bezirksvorsteher Horacek und den leitenden Beamten des Stadtbauamtes, räumte die letzten Straßensperren weg. Vom Kaisermühlendamm kann man nun unter der Reichsbrücke durch und in einem weiten Bogen auf die Reichsbrücke in Richtung zur Stadt gelangen.

Stadtrat Heller dankte den Beteiligten für die rasche Arbeit, die hier geleistet wurde und wies auf die mannigfaltigen Vorteile des neuen Straßenbauwerks hin. Durch die nunmehr fertiggestellte Straßeneinbindung bei der Reichsbrücke wird die Straße "Am Kaisermühlendamm" für die Richtung zur Stadt kreuzungsfrei angeschlossen. Darüber hinaus ist ein Rampenbauwerk in Arbeit, das für die Fahrtrichtung von der Stadt gleichfalls eine kreuzungsfreie Verbindung schaffen wird.

Die Straße "Am Kaisermühlendamm", die vor allem der Zufahrt zum Hafen Lobau dient, ist zehn Kilometer lang. Davon liegt auf einer Strecke von 800 Meter ein alter Straßenbelag, der vorläufig belassen wird, während der Rest eine Betonfahrbahndecke erhält. Im Jahre 1957 wurde bereits ein Teilstück mit einer Länge von 1.3 Kilometer fertiggestellt. Der Bauabschnitt 1959 umfaßte mehr als sieben Kilometer mit einer Gesamtfahrbahnfläche von mehr als 63.000 Quadratmeter.

Die Fahrbahn ist in der Regel 7.5 Meter breit, mit einer Parkspur im verbauten Gebiet. Für die Fußgänger wurde gleichfalls vorgesorgt und längs der Straße auf der Krone des Hubertusdammes in den Neubaustrecken ein befestigter Gehweg vorgesehen.

Die neue Einbindung bei der Reichsbrücke dient nicht nur der Verbesserung des Verkehrs zum Hafen - die Zufahrt wird um 1.4 Kilometer kürzer - sie ermöglicht auch eine bessere Verbindung von der Reichsbrücke nach Stadlau, Aspern und Eßling sowie zum angrenzenden Teil des Marchfeldes durch Ausschaltung der engen Fahrbahn der Erzherzog Karl-Straße zwischen Wagramer

./.

Straße und Stadlau, sowie der schienengleichen Übergänge über die Ostbahn.

Auch für die Badesaison ist eine Verkehrsverbesserung zu erwarten, da durch Benützung der Straße "Am Kaisermühlendamm" die Abfahrt vom städtischen Strandbad "Gänsehäufel" unter Vermeidung der ungünstigen Kreuzung Wagramer Straße - Schüttaustraße erfolgen kann.

Die Kosten der Herstellung der Betonstraße einschließlich der Gehsteige und sonstigen Nebenanlagen betragen 25,4 Millionen Schilling. Dazu kommen noch die Baukosten für das Rampenbauwerk bei der Reichsbrücke und die Aufwendungen für die Schaffung der neuen Eisenbahnbrücke für die Ostbahn im Zuge der Stadlauer Donaubrücke, mit einem Gesamtkostenerfordernis von 11,8 Millionen Schilling.

Da mit Jahresende auch das kurze Straßenstück unter der obengenannten neuen Ostbahnbrücke dem Verkehr übergeben werden wird, steht von diesem Zeitpunkt an die neue Zufahrtsstraße zum Hafen Lobau von der Reichsbrücke bis zur Raffinerie Lobau dem Verkehr zur Verfügung.

\- - -

Beileid zum Tod des Düsseldorfer Oberbürgermeisters

10. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat heute an den Rat und Verwaltung der Landeshauptstadt Düsseldorf ein Telegramm folgenden Inhaltes gerichtet:

"Zu dem schweren Verlust, der die Landeshauptstadt Düsseldorf durch das Ableben ihres Oberbürgermeisters Georg Glock getroffen hat, übermittle ich im Namen der österreichischen Bundeshauptstadt den Ausdruck aufrichtiger und tiefer Anteilnahme."

\- - -

Große Textilkäufe für die Säuglingswäschepakete der Gemeinde Wien

10. Dezember (RK) Auf Antrag der städtischen Wohlfahrtsreferentin Stadtrat Maria Jacobi bewilligte der Wiener Stadtsenat 1,077.100 Schilling zur Beschaffung von Textilien für die Ausgabe von Säuglingswäschepaketen im vierten Vierteljahr 1959. Mit diesem Betrag werden 100.000 Windeln, 20.000 Babyhemden, 20.000 Babyjäckchen, 10.000 Stück Flanelle, 5.000 Strampelanzüge, 5.000 blaue und rosa Decken, 5.000 Gummieinlagen, 5.000 Packungen Hautpuder und 5.000 von den neueingeführten Säuglingstaschen aus Plastik gekauft.

\- - -

Pferdemarkt vom 9. Dezember

10. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 202 Stück, hievon 17 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 179, als Nutztiere 13 verkauft, unverkauft blieben 10 Stück.

Preise: Schlachttiere, Fohlen 13.50 bis 14.20 S, Extremware 7.50 bis 10.50 S, 1. Qualität 7.10 bis 7.40 S, 2. Qualität 6.60 bis 7 S, 3. Qualität 6 bis 6.50 S. Nutztiere 6.40 bis 7.80 S.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 10º, Oberösterreich 22, Burgenland 29, Steiermark 7, Kärnten 22, Tirol 2, Salzburg 10.

Auslandsschlachthof: 40 Stück aus Polen, Preis 6.50 bis 6.80 S, 18 Stück bulgarische Maultiere, Preis 3.- S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für Schlachtpferde um einen Groschen und erhöhte sich für Schlachtfohlen um 1.39 S je Kilogramm. Er beträgt: Schlachtpferde 6.98 S, Schlachtfohlen 13.87 S je Kilogramm. Gesamtdurchschnittspreis: Pferde 6.96 S je Kilogramm.

\- - -

Rindernachmarkt vom 10. Dezember

10. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 1 Ochse, 9 Stiere, 14 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 28. Neuzufuhren Inland: 1 Stier, 51 Kühe, Summe 52; Polen 8 Stiere, Summe 8. Gesamtauftrieb: 1 Ochse, 18 Stiere, 65 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 88. Verkauft wurden: 9 Stiere, 13 Kühe, Summe 22. Unverkauft blieben: 1 Ochse, 9 Stiere, 52 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 66. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 10. Dezember

10. Dezember (RK) Inland und Ausland kein Auftrieb.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Arbeit des neuen Gemeinderates

Programmatische Rede des Bürgermeisters nach seiner Wiederwahl

11. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hielt heute nach der Konstituierung des Wiener Gemeinderates und seiner Wiederwahl folgende programmatische Rede:

"Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wiederwahl zum Bürgermeister erwiesen haben. Mit diesem Dank verbinde ich das Versprechen, daß ich immer bemüht sein werde, es zu rechtfertigen. Ihr Vertrauen verpflichtet mich ebenso wie das Gelöbnis, das ich heute abgelegt habe.

Auch im Namen der anderen Herren und Frauen des Präsidiums, des Gemeinderates und der soeben gewählten Mitglieder des Stadtsenates, der Vizebürgermeister und Stadträte, danke ich Ihnen. Auch sie werden mit allen ihren Kräften bemüht sein, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und ihre Pflichten im Interesse der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung zu erfüllen.

Dank an die scheidenden Stadtsenatsmitglieder

Mit der neuen Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates scheidet Herr Vizebürgermeister Lois Weinberger als Mitglied des Stadtsenates aus. Als amtsführender Stadtrat leitete er die Geschäftsgruppe für das Gesundheitswesen. Dieses wichtige Amt unterstand ihm seit der Konstituierung des Wiener Gemeinderates nach dem Kriege, also seit Februar 1946. Kraft dieser beiden hohen Funktionen in der Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien konnte er am Wiederaufbau des Gesundheitswesens in Wien an entscheidender Stelle mitwirken. Unter seiner Leitung wurden in

./.

jahrelanger zäher Arbeit die großen Kriegszerstörungen an den Krankenanstalten und Wohlfahrtsanstalten beseitigt. Mit dem Besserwerden der wirtschaftlichen Verhältnisse konnten diese Anstalten, die in den ersten Jahren nach dem Krieg unter dem Mangel an Medikamenten, Lebensmitteln, Spitalswäsche schwer zu leiden hatten, wieder auf einen Leistungsstand gebracht werden, der dem Gesundheitswesen einer Großstadt entspricht. Herr Vizebürgermeister Weinberger scheidet nun nach mehr als 14jähriger Tätigkeit als amtsführender Stadtrat aus diesen beiden Funktionen aus, er gehört aber weiterhin dem Gemeinderat als Mitglied an.

Aus seinem Amte scheidet weiters Herr Stadtrat Diplomkaufmann Richard Nathschläger. Vom März 1949 bis zum Herbst 1950 leitete er die Geschäftsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten und anschließend bis heute die Geschäftsgruppe "Städtische Unternehmungen". Daneben übte er mehrere wichtige Funktionen in selbständigen Wirtschaftsbetrieben aus, die der Stadt Wien entweder ganz oder zum großen Teile gehören. Der Umfang und der Aufgabenbereich der ihm unterstandenen Unternehmungen sind außergewöhnlich groß. Als er dieses Amt übernahm, waren wohl schon manche Kriegsfolgen überwunden. Es bestanden aber immer noch große Schwierigkeiten und Hindernisse für ein halbwegs normales Funktionieren der Stadtwerke. Es waren damals schon die ersten Anzeichen des Wirtschaftsaufschwunges zu spüren, die zu einer beträchtlichen Steigerung des Bedarfes der gewerblichen Betriebe an Strom und Gas führten, wozu noch die wachsenden Ansprüche der Wiener Haushalte dank des steigenden Lebensstandards hinzukamen. In dieser Zeit mußten bereits die Grundlagen gelegt werden für eine Leistungssteigerung der Stadtwerke, wie wir sie früher wohl nie erlebten. Die Stadtwerke durften hinter der Entwicklung nicht zurückbleiben. Noch schwieriger hatten es in dieser Zeit die Verkehrsbetriebe, die in dieser Beziehung das Schicksal mit den Verkehrsunternehmungen fast aller anderen Großstädte teilen. Herr Stadtrat Nathschläger war persönlich vom besten Willen beseelt und ist mit großem Fleiß und Ernst seiner Funktion gerecht geworden. Herr Stadtrat Nathschläger scheidet nicht nur aus dem Stadtsenat, sondern auch aus dem Gemeinderat.

Im Namen der Stadt Wien spreche ich beiden scheidenden Stadträten für ihre verdienstvolle und langjährige Tätigkeit,

./.

die sie in schwerster Zeit im Interesse der Stadt und ihrer Bevölkerung vollbracht haben, den herzlichsten Dank aus und wünsche ihnen Glück und Erfolg auf ihrem weiteren Lebensweg.

Die Aufgaben der kommenden Jahre

Mit der heutigen Konstituierung ist der Gemeinderat in seine verfassungsmäßigen Rechte eingetreten und damit beginnt eine neue Periode der demokratisch gewählten Volksvertretung in Wien. Im 14. Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, im 4. Jahre nach Abschluß des Staatsvertrages, können wir an die Voraussetzungen und Bedingungen, die der neugewählte Gemeinderat für seine Aufgaben vorfindet, schon einen wesentlich anderen Maßstab anlegen. Obwohl die Folgen der Kriegs- und Besatzungszeit noch lange nachwirken werden, hat für uns die Zeit der Provisorien endgültig vorbei zu sein und an die Stelle der großen Wiederaufbauleistungen treten jene Aufgaben, die der rasche Aufschwung und das beschleunigte Tempo der Entwicklung uns stellen.

Bereits nächste Woche wird der Haushaltsplan der Stadt Wien für das Jahr 1960 beraten werden, der erstmalig zur Gänze nach dem fünfjährigen Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erstellt ist. Im Voranschlag werden alle Verwaltungsgruppen ihre Arbeiten für das nächste Jahr beschließen lassen müssen, die in ihrem Umfang und in ihrer Vielfalt die Bedeutung der Großstadtaufgaben erkennen lassen.

In diesem Zusammenhang will ich mir erlauben, dem Gemeinderat für die bevorstehende fünfjährige Verwaltungsperiode jene Aufgaben in großen Zügen zu umreißen, die schon voraussehbar sind und die sich durch die obwaltenden Verhältnisse als notwendig und wünschenswert erweisen. Ich gebe gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, daß es uns möglich sein wird, diese Aufgaben ungestört zu verfolgen, damit wir an der weiteren glücklichen Entwicklung unserer Heimatstadt planmäßig wirken können.

Großzügige Arbeitsbeschaffung

An die Spitze unserer Aufgaben stelle ich die Fortsetzung aller unserer Bemühungen, die auf eine möglichst umfangreiche Arbeitsbeschaffung gerichtet sind. Auch die geringste Arbeits-

./.

losigkeit wäre ein Luxus, den sich unser kleines Land nicht leisten darf. Die Arbeitsbeschaffung ist besser als die Arbeitslosenunterstützung, sie macht einen Teil der Fürsorge überflüssig; die Arbeitsbeschaffung sichert am besten die materiellen Grundlagen der Familien. Deshalb wollen wir alles dazu beitragen, daß durch die Investitionen der Stadt Wien möglichst viele Dauerarbeitsplätze geschaffen werden und daß die gewerbliche Wirtschaft, auch die Klein- und Mittelbetriebe, beschäftigt werden. Unsere Bestrebungen gehen noch darüber hinaus, denn wir wollen die Voraussetzungen für die Ansiedlung neuer gewerblicher Betriebe und Industrieunternehmungen möglichst günstig gestalten. Durch die Förderung der Wiener Messe und aller Einrichtungen, die dem Fremdenverkehr zu dienen haben, wollen wir zusätzliche Beiträge für die Vollbeschäftigung leisten.

Die Arbeitsbeschaffungspolitik der Gemeinde und die Förderung der Wirtschaft hat nicht nur das Ziel, die Vollbeschäftigung zu bewahren. Durch den immer rascher werdenden Integrationsprozeß in Europa werden schon jetzt große Probleme an die Wiener Wirtschaft herangetragen, die für die kommende Entwicklung von außerordentlicher Bedeutung sind. Wir müssen alles daransetzen, daß Wien seine wirtschaftliche Stellung behauptet und verstärkt, weil es damit nicht nur für sich, sondern für ganz Österreich eine bedeutungsvolle Aufgabe löst. Die Gemeinde Wien will sich auch in dieser Hinsicht ihren Pflichten nicht entziehen und von diesem Gesichtspunkt aus ist ihr Investitions- und Arbeitsbeschaffungsprogramm beeinflußt.

Weiterhin Bekämpfung der Wohnungsnot

Eine unverändert große Aufgabe ist der Gemeindeverwaltung durch die noch immer bestehende Wohnungsnot gestellt. Ich glaube mit einiger Vorsicht sagen zu dürfen, daß die Wohnungsnot wohl ihren würgenden Charakter der ersten Nachkriegsjahre verloren hat, doch ist sie noch immer drückend genug. Vor einiger Zeit wurde gesagt, die Wohnungsnot sei nunmehr weniger eine quanitative als eine qualitative. Diese Formulierung ist sicher zu einem Teil zutreffend, denn die Wünsche, die von der Bevölkerung an die Qualität der Wohnung gestellt werden, entstehen aus den Bedürfnissen der Gegenwart mit ihren gesteigerten Ansprüchen.

./.

Aber - und das ist nun das besondere an unserer Situation - diese Wünsche steigen wesentlich rascher, als sie befriedigt werden können.

Die Gemeinde Wien hat seit dem zweiten Weltkrieg unter großen Anstrengungen und unter Aufbietung von Milliardenbeträgen ein außerordentlich großes Wohnbauprogramm durchgeführt. Es sind bisher mehr als 56.000 Wohnungen gebaut worden, womit zweifellos die Wohnungsnot viel von ihrer Schärfe verloren hat. Dank dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds konnte der größte Teil der zerbombten Wohnungen wieder aufgebaut werden. Durch die Leistungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, des Wohnbauförderungsgesetzes 1954, an denen die Gemeinde mit ihren Förderungskrediten beteiligt ist, und der Neuen Wiener Wohnbauaktion, die der Gemeinderat im vergangenen Jahr beschlossen hat, wurden außerordentlich wirkungsvolle Beiträge zur Lösung des Wohnungsproblems geleistet, die umso begrüßenswerter sind, als bei dieser Förderung der Genossenschafts- und Eigenheimbauten auch privates Baukapital in Erscheinung tritt, wodurch auch zunehmendes Verantwortungsbewußtsein und der Bauwille weiter Bevölkerungskreise offenbar wird.

In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde durch besondere günstige Kredite in der Höhe von mehreren hundert Millionen Schilling die Instandsetzung und Modernisierung privater Wohnhäuser ermöglicht. Das hat die Reparaturkosten wesentlich gesenkt, den Wohnwert dieser Häuser vergrößert und gleichzeitig auf die Verschönerung des Stadtbildes einen wohltätigen Einfluß ausgeübt. Diese Kreditaktionen sollen auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Wie groß der Wohnungsbedarf trotz aller bisherigen Anstrengungen ist, zeigen die Wohnungsbewerbungen, die bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung angemeldet sind. Am 1. Dezember lagen 10.860 sehr dringende und 25.800 dringende Fälle vor, zusammen also 36.660. Diese Zahl ist um 3.000 höher als zu Beginn des Jahres 1959. Diese bedauerliche Steigerung der dringenden und dringendsten Bewerbungen, deren Erfüllung sich die Bevölkerung von der städtischen Wohnhäuserverwaltung erwartet, hängt zweifellos damit zusammen, daß Mitte 1958 das Neuvermietungsgesetz vom Nationalrat nicht verlängert wurde und deshalb abgelaufen ist. Seit dieser Zeit fehlt der Gemeindeverwaltung jede

./.

gesetzliche Grundlage, auch die allerdringendsten Wohnungsfälle durch Einweisung in leerstehende Privatwohnungen zu lösen. Die Vermietung freier Privatwohnungen ist dem Ermessen des Hausbesitzers oder Hausverwalters überlassen. Zwar wurde damals von den Hausbesitzerverbänden behauptet, daß nach dem Fallen des Neuvermietungsgesetzes die Hausbesitzer ihre Wohnungen ohne Protektion und ohne sogenannte Ablösebeträge nur an die Wohnungsbedürftigen vergeben werden, ja eine dieser Erklärungen verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Hausbesitzer würden es besser und gerechter machen als das Wohnungsamt der Stadt Wien. Die Praxis sieht leider anders aus. Seit dem Fallen des Neuvermietungsgesetzes gibt es tausende leerstehende Wohnungen. Durch Umwandlung in Büros und Geschäftslokale werden Wohnungen ihrem Zweck entzogen. Der Ablösewucher treibt ungeahnte Blüten. Am vergangenen Sonntag, dem 6. Dezember, waren in einer einzigen Wiener Zeitung allein 644 kleine Inserate, in denen freie Wohnungen angeboten wurden. Bei einigen dieser Inserate waren auch Ablöseforderungen bekanntgegeben, die unwahrscheinlich hohe Beträge, in einem Fall sogar 130.000 Schilling, erreichten. Diese Tatsachen beweisen, daß sich in Form der Wohnungsvermittlungsbüros ein Wohnungszwischenhandel eingeschaltet hat, der die Wohnungen weiterhin bewirtschaftet! Nur mit einem großen Unterschied. Die Wohnungsämter der Gemeinden haben die Zuweisungen der Wohnungen kostenlos und an die nach gesetzlichen Vorschriften geprüften bedürftigen Wohnungsbewerber vorgenommen, während die Hausbesitzer und Wohnungsvermittler die Bedrängnis der Wohnungssuchenden zu völlig unberechtigten Forderungen ausnützen. Daß bei einer solchen Methode die Wohnungsbedürftigkeit des Bewerbers eine sehr untergeordnete Rolle spielt, liegt in der Natur der Sache. Ich beginge eine schwere Unterlassungssünde, würde ich am heutigen Tage Regierung und Nationalrat auf diese bedauerlichen Umstände nicht aufmerksam machen und würde ich nicht neuerlich einen gesetzlichen Schutz gegen den Wohnungswucher und gegen den Ablösewucher verlangen.

./.

Ich muß noch auf einen anderen bedauerlichen Umstand hinweisen und daraus eine Forderung ableiten: es betrifft den schwunghaften Handel mit sogenannten Rücktrittswohnungen. Es ist nicht der Sinn des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, der mit Beiträgen der österreichischen Mieter und mit Steuergeldern dotiert wird, daß er zu geschäftlichen Transaktionen und zu völlig ungerechtfertigten finanziellen Vorteilen ausgenützt wird. Es wird immer offenkundiger, daß auf diesem Gebiete sich bereits die Spekulation breitgemacht hat. Die Forderung nach einer Beseitigung dieser zwielichtigen Umstände wird immer dringender, da sie leider auch die Möglichkeit zu Betrügereien großen Stils bieten, wie das Beispiel der Terrain-Gesellschaft zeigt, deren bedauernswerte Opfer um ihr Geld gekommen sind. Mit der nachträglichen Verhaftung der Beschuldigten ist den um alle Hoffnungen gebrachten Wohnungsbewerbern leider nicht gedient. Die Gesetzgebung muß Vorsorge treffen, daß alle diese unwürdigen Zustände von vornherein verhindert werden.

Städtebauliche Entrümpelung

Die Wiener Stadtverwaltung hat in den vergangenen Jahren ihre Bautätigkeit nicht nur im Sinne einer Vermehrung, sondern auch einer Erneuerung der Wohnungen durchgeführt. Dadurch hat sie auch zur qualitätsmäßigen Verbesserung der Wohnverhältnisse beigetragen. Mit großen Assanierungsbauten im 3., 4., 9., 10., 14. und 16. Bezirk hat sie bereits eine wahre städtebauliche Entrümpelung vorgenommen. Diese Aufgabe wird sie auch in Zukunft fortzusetzen haben, genau so wie sie es als eine ihrer vornehmsten Pflichten zu betrachten hat, die Wohnungsnot weiterhin aktiv zu bekämpfen. Sie wird ihr großes soziales Wohnbauprogramm fortsetzen und eine verstärkte Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues und des Baues von Eigenheimen ermöglichen.

Allerdings begegnen diese Aufgaben immer größeren Schwierigkeiten bei der Bodenbeschaffung. Diese Schwierigkeiten behindern nicht nur die Assanierung von Wohngebieten und den Bau von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, sondern erschweren auch schon die Ausführung von Verkehrsassanierungen. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung ist bereits allgemein

./.

so anerkannt, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 17. Juli 1959 die Beschlußfassung über ein Bodenbeschaffungsgesetz und ein Assanierungsgesetz angekündigt hat. Von dem Zustandekommen dieser Gesetze wird es in entscheidender Weise abhängen, ob die Stadt Wien und die anderen österreichischen Städte ihre großen Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Verkehrswesens erfüllen können.

Die Entwicklung des Verkehrswesens stellt die Gemeindeverwaltungen vor immer größere Aufgaben. Die Motorisierung ermöglicht die Intensivierung der Wirtschaft und diese verlangt nach einer weiteren Steigerung des Verkehrs. Es ist eine Wechselwirkung, die insbesondere in den alten und gewachsenen Städten zu großen Schwierigkeiten führt. Auf manchen Gebieten hat der Verkehr bereits ein Eigenleben entwickelt, er ist fast zum Selbstzweck geworden und damit werden zusätzliche Probleme geschaffen. Die schwachen Blechwände eines Überlandautobusses können die stärksten Stadttore sprengen. Das Gefüge historischer Stadtteile, die ein unverlierbarer kultureller Schatz der Städte sind, sollte nicht ungeprüft und bedenkenlos allen Forderungen des Verkehrs preisgegeben sein. Die historisch und kulturell bedeutsamen Teile unserer Stadt müssen bewahrt werden - bei aller wünschenswerten und notwendigen Förderung des öffentlichen und privaten Verkehrs.

Die grundsätzlichen Bedürfnisse und Entscheidungen wollen wir uns durch eine wissenschaftlich fundierte Stadt- und Verkehrsplanung erarbeiten. Ich halte es aber für meine Pflicht, unseren Mitbürgern mit aller Offenheit zu sagen, daß die Verkehrsaufgaben immer mehr Geld erfordern. Da wir nicht die Absicht haben, neue Steuern einzuführen, können die Kosten der Verkehrsbauten nur durch Zurückstellung anderer Aufgaben gedeckt werden. Wohl werden wir uns weiterhin bemühen, vom Bund eine stärkere Beteiligung bei der Lösung der Wiener Verkehrsprobleme zu erreichen, etwa durch einen Anteil Wiens am Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer, durch die Erklärung von Landesstraßen zu Bundesstraßen, durch die Kostentragung des Bundes bei den Einrichtungen der Autobahn auf Wiener Boden und durch eine beschleunigte Fertigstellung der Schnellbahn in Wien. Trotzdem bliebe noch außerordentlich viel an Straßenbauten und Verkehrsbauten übrig, was zu einer beträchtlichen Steigerung der hiefür notwendigen Ausgaben führen wird.

./.

Verkehrsprobleme

Die verkehrsmäßige Lage Wiens im internationalen Straßenverkehr wird durch den Bau der Autobahn in stärkster Weise berührt. Da schon in absehbarer Zeit die Entscheidung über die Führung der Autobahntrasse im Wiener Verkehrsraum fallen wird, will ich die verantwortlichen Bundesdienststellen noch einmal auf die lebenswichtige Bedeutung dieser Frage aufmerksam machen und darauf hinweisen, daß eine Lösung, die die echten Verkehrsbedürfnisse mißachtet, für Wien auf unabsehbare Zeit einen unwiederbringlichen Schaden verursachen würde. Vor allem muß ich darauf dringen, daß die Entscheidung über die Trassenführung nicht ohne die Gemeinde Wien gefällt wird.

Die Ausführung einiger dringend notwendiger Verkehrsaufgaben ist in greifbare Nähe gerückt. Ich zähle hiezu vor allem die Fertigstellung der Schnellbahn, die für einen großen Teil der berufstätigen Wiener Bevölkerung eine wesentliche Verkürzung der Fahrzeiten bringt. Bekanntlich hat die Stadt Wien dem Bund eine Vorfinanzierungsaktion ermöglicht, mit der der Bau der Schnellbahn bereits begonnen wurde. Leider ist die Fortsetzung des Baues im kommenden Jahre durch Maßnahmen des Bundes in Frage gestellt. Ich richte heute an den Herrn Finanzminister das dringende Ersuchen, den Weiterbau an der Schnellbahn dennoch zu ermöglichen. Um die Wirkung der Schnellbahn zu verbessern, wollen wir sie an zwei Stellen mit unserer Stadtbahn verbinden. Die bereits begonnene Umstellung von Straßenbahnlinien auf den Autobusbetrieb werden wir fortsetzen. Wenn keine außerordentlichen Schwierigkeiten auftauchen, wollen wir bei den Wiener Verkehrsbetrieben ein einheitliches Tarifsystem einführen und damit für die Bevölkerung der Außenbezirke eine Erleichterung schaffen.

Der Straßenverkehr soll durch den Ausbau und durch die Modernisierung des Straßennetzes eine weitere Entwicklung erfahren. Die letzten kriegszerstörten Donaukanalbrücken werden wieder aufgebaut und damit die letzten Spuren des Krieges beseitigt. Zur Befriedigung des bereits vorhandenen Verkehrsbedarfes wird eine neue Donaubrücke gebaut werden, um das Gebiet links der Donau mit der übrigen Stadt besser zu verbinden. Diese Maßnahme soll gleichzeitig dazu dienen, die begrüßenswerten Siedlungs- und Bauwünsche und die notwendigen Bedürfnisse für eine Ansied-

./.

lung gewerblicher Betriebe in ein städtebaulich wünschenswertes Gebiet zu lenken. Zu dem gleichen Zweck sollen in diesem Gebiet die Kanalisierungs- und Wasserversorgungsanlagen beschleunigt ausgebaut und seine soziale und kulturelle Bedeutung verstärkt werden. Diesen Zweck wollen wir vorerst durch eine bessere Versorgung mit Schulen und durch die Errichtung eines Hallenbades erreichen. Dieser Teil unseres städtebaulichen Programmes ist so groß und umfangreich, daß er in einer fünfjährigen Wahlperiode nicht vollendet werden kann. Hiezu wird trotz allen Fleißes eine weitere Reihe von Jahren notwendig sein.

Für die Gesundheit der Wiener

In den nächsten Jahren werden wir auf allen Gebieten, die mit der Gesundheit der Wiener Bevölkerung zusammenhängen, unsere Bemühungen verstärken müssen. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wird trotz allen vorhandenen Schwierigkeiten doch in Schwung kommen und zum Zeichen dafür, daß die Gemeinde keine Vorsorge versäumt hat, ist bereits im nächstjährigen Budget ein Betrag eingesetzt, der höher ist, als er voraussichtlich gebraucht wird. Wir wissen uns hier eines Sinnes mit allen zuständigen Bundesdienststellen, die gleich uns keine Gelegenheit zur Beschleunigung des Projektes versäumen wollen. Es steht bereits fest, daß die Zahl der Betten in den neu zu erbauenden Kliniken um 500 geringer sein wird. Um diesen Ausfall rechtzeitig wettzumachen, wurde bereits heuer mit einem Ergänzungsbau im Verbande des Wilhelminenspitals begonnen, der 560 Betten aufnehmen wird. Damit soll von dieser Seite eine Störung in der Bettenversorgung vermieden werden. Die Wiener Bevölkerung soll die Gewißheit haben, daß die Gemeindeverwaltung sehr bemüht sein wird, im Einvernehmen mit den Bundesdienststellen den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses so rasch und so zweckentsprechend als möglich durchzuführen, damit den Notwendigkeiten der gesundheitlichen Betreuung, aber auch der wissenschaftlichen Bedeutung der Wiener medizinischen Schule Rechnung getragen wird.

Den Aufgaben der Bevölkerungshygiene wird eine Kehrichtverbrennungsanlage dienen, deren Bedeutung und Aufgabe der Öffentlichkeit bereits bekanntgegeben wurde. Die grundsätzlichen Planungsarbeiten sind beendet, der Standort ist bestimmt und die

./.

ersten großen Aufträge zum Beginn der Bauarbeiten sind bereits vergeben. Die Bauzeit dieser Anlage ist verhältnismäßig kurz, und zwar mußte sie auf die Inbetriebnahme des Erweiterungsbaues im Wilhelminenspital abgestimmt werden. Die Kehrichtverbrennungsanlage soll nämlich ein Fernheizwerk speisen, das die umliegenden großen Krankenanstalten der Stadt Wien mit Wärme zu versorgen hat.

Weiteren volkshygienischen Bedürfnissen soll eine Verbesserung der Wasserversorgung dienen. Die bereits erschlossenen Grundwasservorkommen in der Schwarzlackenau und in der Freudenau sollen nach der Genehmigung durch die Wasserrechtsbehörde an unser Leitungsnetz angeschlossen werden und die Wasserwerke werden sich weiterhin bemühen, zusätzliche Wasserversorgungsmöglichkeiten sicherzustellen. Die Wasserwerke werden sich sogar ernstlich mit der Projektierung einer dritten Wiener Wasserleitung beschäftigen müssen.

Einige Gebiete unserer Stadt, die früher zu Niederösterreich gehörten und durch eine andere Wasserleitung versorgt werden, sind durch höhere Wassertarife benachteiligt. Die Gemeinde wird ernstlich versuchen, einheitliche Wassergebühren einzuführen, die die Benachteiligung der ehemaligen Randgemeinden aufhebt.

Fürsorge für jung und alt

Die sozialen Bestrebungen haben im demokratischen Wien immer eine große Rolle gespielt. Die besonderen Bemühungen der Stadtverwaltung galten unseren alten Mitbürgern, deren materielle Existenz durch die Fürsorgerente gesichert werden muß, denen aber vor allem die Furcht vor dem einsamen Alter genommen werden soll. Durch die anhaltend gute Wirtschaftslage und durch das Inkrafttreten des ASVG sind die Einkommensverhältnisse eines großen Teiles unserer alten Mitbürger auf eine andere Grundlage gestellt worden. Das hat zu einer wesentlichen Verminderung der Fürsorgerentenempfänger geführt. Während am 1. Jänner 1951 fast 36.000 Dauerunterstützte gezählt wurden, sind es jetzt nur mehr 9.600. Aber der öffentliche Fürsorgeapparat hat sich nicht wesentlich verändert. Es stellt sich als notwendig und zweckmäßig heraus, den geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und einen Umbau

./.

des behördlichen Fürsorgeapparates vorzunehmen, um einen unnützen Aufwand an Zeit, Geld und Arbeitskraft zu vermeiden.

In den letzten Jahren haben wir eine Reihe von Heimstätten für alte Menschen erbaut, in denen unsere gesunden älteren Mitbürger eine Wohnung finden, die ihren speziellen Bedürfnissen angepaßt sind. Solche Heimstätten sollen in verbesserter Form auch in Zukunft gebaut werden und außerdem werden wir Wohnheime schaffen, die pensionatsartigen Charakter haben sollen.

Eine gesunde und fortschrittliche Gemeindeverwaltung widmet sich mit Vorliebe allen jenen Aufgaben, die mit der Förderung der Familie, mit der Fürsorge für Mütter und Kinder, mit dem Erziehungs- und Schulwesen zusammenhängen. Auf diesem Gebiete hat Wien in den vergangenen Jahrzehnten Vorbildliches geleistet und wir werden unsere Bemühungen verstärkt fortsetzen. Wir wollen damit die Verantwortlichkeit der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder in keiner Weise in Frage stellen. Im Gegenteil! Wir halten an ihr fest! Aber wir werden doch, soweit es möglich ist, die Eltern in ihren Aufgaben unterstützen und werden ihnen manche Möglichkeiten für die Erziehung ihrer Kinder in die Hand geben, die sie aus eigener Kraft nicht bereitstellen könnten. Hiezu gehören Kindergärten und Horte ebenso wie Spielplätze und Freibäder, aber vor allem die Modernisierung des Schulwesens überhaupt. Nach der Beseitigung der umfangreichen Kriegsschäden in den Schulen und nach der Modernisierung einer großen Zahl von alten Schulen können wir weitere Schritte tun, um das Wiener Schulwesen wieder auf einen international anerkannten Stand zu heben und damit unserer Jugend die bestmögliche Vorbereitung für das Leben zu vermitteln. Um unserer Lehrerschaft diese Aufgaben zu erleichtern, soll das Wiener Pädagogische Institut ein neues Heim erhalten, dem die Pädagogische Zentralbücherei angeschlossen sein wird. Um das Berufsschulwesen zu verbessern und ihm mehr Raum zu geben, wird ein drittes zentrales Berufsschulgebäude errichtet werden. Dies soll ein weiterer Beitrag für die Erziehung unseres gewerblichen Nachwuchses sein.

Förderung von Wissenschaft und Kunst

Die Gemeinde Wien will in Zukunft ihrer moralischen Verpflichtung als Universitäts- und Hochschulstadt in vermehrtem Um-

./.

fang nachkommen. Dies schon im Hinblick auf das 600jährige Jubiläum der Wiener Universität im Jahre 1965. Die schon bisher gewährten Stipendien für die studierende Jugend sollen erweitert und in einem "Stipendienwerk der Stadt Wien" zusammengefaßt werden. Um die Wohnungsprobleme der von auswärts kommenden Studenten zu erleichtern, wird die Stadt Wien ein Studentenheim errichten, das vorerst 300 Studenten aufnehmen wird, von denen ungefähr die Hälfte Ausländer sein sollen, um der internationalen Bedeutung unserer Universität Rechnung zu tragen. Wir wollen damit gleichzeitig auch einen Beitrag für die internationale Verständigung leisten.

Der Erwachsenenbildung, vor allem den Wiener Volkshochschulen wollen wir in den nächsten Jahren eine vermehrte Förderung zu dem Zweck angedeihen lassen, die Volkshochschulen zu einem organischen Netz über ganz Wien zu erweitern. Wir wollen damit erreichen, daß die Allgemeinbildung unserer erwachsenen Bevölkerung möglichst hoch wird, und daß alle unsere Mitbürger die Möglichkeit haben, die großen Kulturgüter Wiens in Anspruch zu nehmen. Wir werden auch ein Planetarium schaffen, das den Schulen und den Volksbildungsanstalten für die Bereicherung ihres Unterrichtes und ihrer Kurse zur Verfügung stehen soll.

Der internationale Ruf Wiens ist auf seinen Leistungen in Wissenschaft und Kunst begründet. Diesen Ruf wollen wir im freien Wettstreit der Geister weiterhin wahren und womöglich noch vermehren. Deshalb werden wir uns bemühen, eine neue Blütezeit des kulturellen Wien herbeizuführen. Wir haben dazu schon im nächsten Jahre Gelegenheit anläßlich der zehnten Wiener Festwochen seit dem zweiten Weltkrieg. Sie sollen der Welt unseren ungebrochenen Kulturwillen zeigen und uns selbst unsere Kulturverpflichtungen noch stärker bewußt machen.

Konstruktive Zusammenarbeit

Hoher Gemeinderat! Am Tage meiner Wiederwahl zum Bürgermeister der Stadt Wien gilt mein erster Gruß und mein Dank vor allem der Wiener Bevölkerung und allen Bediensteten der Stadt Wien, in der Hoheitsverwaltung und in den städtischen Unternehmungen und Betrieben. Es ist ein Dank für die verantwortungsbewußte Mitarbeit am Wiederaufbau und Neubau Wiens und für das

./.

große Verständnis gegenüber den Schwierigkeiten, die immer wieder überwunden werden müssen. Ich richte an sie alle die herzliche Bitte, an die bevorstehenden großen Aufgaben der nächsten fünf Jahre mit ihrer bewährten Arbeitsbereitschaft und mit dem gleichen Verständnis heranzutreten. Unsere Mitarbeiter in allen Gemeindedienststellen dürfen das beruhigende Gefühl haben, daß alle Organe der Stadtverwaltung den Willen haben, ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber dem Personal im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. Dafür wurden in den vergangenen Jahren manche Beispiele gegeben. Aber dafür darf die ganze Bevölkerung mit Recht erwarten, daß sie bei allen ihren berechtigten Anliegen von den Gemeindebediensteten bereitwilligst Rat und Hilfe bekommt. Es ist mir persönlich ein wirkliches Bedürfnis, das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Rathaus immer besser zu gestalten, weil die Bereitschaft unserer Mitbürger für die verständnisvolle und verantwortungsvolle Zusammenarbeit um so größer ist, je mehr sie die Gemeindedienststellen als wirklichen Helfer und Ratgeber betrachten können.

In diesem Zusammenhang danke ich auch der Presse für ihr bisheriges verständnisvolles Verhältnis zur Gemeindeverwaltung und bitte sie, ihre Bestrebungen auch in Zukunft nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern und vor allem die grundsätzlichen Probleme der Großstadtverwaltung in objektiver Weise zu diskutieren.

Wenn wir den Wiederaufbau und den Neubau Wiens seit dem zweiten Weltkrieg beurteilen, dann können wir in der Entwicklung deutlich die Konturen eines großen Konzeptes erkennen. Sie mögen nicht immer ganz bewußt entstanden und verfolgt worden sein, aber jedenfalls haben sie den Bedürfnissen der Zeit entsprochen und haben sich organisch eingefügt in den großen uns vorschwebenden Plan. Die großen Leistungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens und der Wohlfahrt, der Gesundheit und des Sportes, der Schule und Kultur, stellen sich würdig an die Seite aller jener werteschaffenden Investitionen, die die bessere Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser, mit elektrischem Strom und mit Gas zum Ziele haben. Dazu gehören auch die großen Anstrengungen für die Modernisierung des öffentlichen und privaten Verkehrs.

./.

Der ununterbrochene Fluß der Arbeit bringt es mit sich, daß wir Werke, die in der vergangenen Wahlperiode begonnen wurden, in den nächsten Jahren zu vollenden haben, genau so wie wir auch jetzt Aufgaben beginnen werden, deren Vollendung erst nach längerer Zeit möglich sein wird. Die Voraussetzungen für den großen Neubau und Umbau Wiens müssen uns durch die ungebrochene und weiterhin günstige wirtschaftliche Grundlage geschaffen werden. Der Gemeinderat wird sicher alle Möglichkeiten wahrnehmen, um in gemeinsamer Arbeit diese Voraussetzungen zu sichern.

Der Gemeinderat mit seinen Ausschüssen ist im Sinne unserer demokratischen Verfassung der entscheidende Faktor im Geschehen der nächsten fünf Jahre. Seine Beschlüsse, die in demokratischer Zusammenarbeit zustande kommen und damit den Volkswillen ausdrücken sollen, sind verbindlich für den Bürgermeister, für die Vizebürgermeister und die Amtsführenden Stadträte ebenso wie für alle anderen Stellen des Wiener Magistrats. Die beiden großen Parteien, die seit dem Jahre 1945 die Verwaltung der Stadt gemeinsam führen, haben ein System der Zusammenarbeit entwickelt, das bei Wahrung und Betonung der eigenen Grundsätze und Anschauungen doch ermöglicht hat, den überwiegenden Teil der Wiener Bevölkerung zu einem fruchtbaren und erfolgreichen Wiederaufbau zusammen zu führen. Es ist meine feste Überzeugung, daß damit der demokratischen Entwicklung in unserer Gemeinde ein großer Dienst erwiesen wurde. Die beiden Parteien sind nach dem Wahltag übereingekommen, diese Zusammenarbeit fortzusetzen. Wir sollten eine unserer großen Aufgaben darin erblicken, den Weg für eine möglichst konstruktive Zusammenarbeit immer offen zu halten.

Pioniere des Fortschritts

Der neugewählte Gemeinderat steht vor einer Arbeitsperiode, die ihm große Leistungen und Verpflichtungen abverlangen wird. Sie werden verbunden sein mit einer Reihe von Leistungen, die der Gemeinderat im Interesse der Entwicklung unserer Vaterstadt von allen unseren Mitbürgern verlangen muß. Österreich hat durch seinen Beitritt zur Freihandelszone in den europäischen Integrationsprozeß aktiv eingegriffen und die Bundeshauptstadt Österreichs soll hiebei mit ihren charakteristischen Fähigkeiten und

./.

Einrichtungen mitarbeiten. Ich bin überzeugt, daß die Liebe der Wiener zu ihrer Vaterstadt sie weiterhin befähigen wird zu dem großen Verständnis und zur Fortsetzung der umfangreichen Leistungen, die besonders nach dem Kriege den Ruf Wiens in der Welt neuerlich begründet haben. Wien und die Wiener haben sich wieder Achtung errungen durch die großen Erfolge beim Wiederaufbau ihrer kriegszerstörten Stadt, durch ihre Treue zur Demokratie und durch ihre großen kulturellen und sozialen Leistungen. Wir wollen weiterhin Pioniere des kulturellen und des sozialen Fortschrittes sein und wollen hiefür alle Schichten unserer begabten und fleißigen Bevölkerung gewinnen. Und vielleicht werden wir, wenn wir in unserem eigenen Hause demokratische Ordnung halten, für Jugend und Alter sorgen und den sozialen Frieden bewahren, ein bescheidenes Beispiel geben für das Zusammenleben der Völker, für die internationale Verständigung und für den Frieden in der Welt.

\- - -

Stadtrat Dr. Otto Glück

11. Dezember (RK) Der Otto Glück wurde am 29. November 1918 als Sohn eines Oberleutnants der Reserve in Linz an der Donau geboren. Er besuchte die Volksschule und das Realgymnasium in Steyr, das er im Jahre 1937 mit der Matura dort beendete. Im selben Jahr begann er in Graz mit dem Medizinstudium und setzte es im Jahre 1938 in Wien fort. Er promovierte in Wien am 28. März 1942 mit ausgezeichnetem Erfolg.

Anschließend arbeitete er bis Mai 1942 in der chirurgischen Universitätsklinik bei Prof. Denk. Einer Kriegsdienstverpflichtung folgend kam er nach Bremen. Dort war er vier Monate an der medizinischen Klinik (Prof. Ströbe), zwei Jahre und vier Monate an der chirurgischen Klinik (Prof. Smith) und drei Monate an der gynäkologischen Klinik (Prof. Hirsch-Hoffmann). Im Mai 1945 kehrte er nach Österreich zurück und bekleidete im Krankenhaus in Kirchdorf an der Krems bei Dr. Jutz eine Assistentenstelle. Von November 1945 bis April 1951 war er an der II. Universitäts-Frauenklinik in Wien bei Prof. Kahr und Prof. Zacherl angestellt.

An dieser Klinik veröffentlichte er auch einige wissenschaftliche Arbeiten. Am 19. Februar wurde ihm der Facharzt durch die Wiener Ärztekammer anerkannt.

Seit 5. Mai 1952 versah er den Dienst als ärztlicher Sekretär des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen und hatte diese Stelle bis 11. Dezember 1959 inne.

Am 2. März 1953 wurde er von der Gemeinde Wien mit der Funktion eines Konsiliarfacharztes für Gynäkologie betraut und leitet seit 1. Juni 1953 ein gynäkologisches Ambulatorium der Wiener Gebietskrankenkasse im 16. Bezirk.

Im Jänner 1959 wurde er zum Primararzt der gynäkologischen Abteilung der Krankenanstalt zum Göttlichen Heiland bestellt.

\- - -

Stadtrat Anton Schwaiger

11. Dezember (RK) Anton Schwaiger wurde am 3. Juli 1911 als Sohn eines Melkers in Wien geboren. Nach Besuch von fünf Volksschulklassen in Ebbs, Tirol, wo er in den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren bei Verwandten Aufnahme gefunden hatte, absolvierte er vier Klassen humanistisches Gymnasium in Wien, 16, Maroltingergasse, trat dann in das Schottengymnasium über und maturierte dort im Jahre 1931. Anschließend betätigte er sich bei den Aktionen "Jugend in Not" und "Jugend am Werk". Dann wurde er 1934 zum Sekretär des "Reichsbundes der katholisch-deutschen Jugend", Bundesverband Wien, bestellt und nach dessen Überführung in die Katholische Aktion war er der Sekretär der Katholischen Jugend Wiens.

1937 trat Schwaiger in die Dienste der Stadt Wien, wo er im Jugendamt tätig war. 1938 legte er an der Universität Wien die Prüfung aus Staatsverrechnungswissenschaften ab. 1939 wurde er aus politischen Gründen entlassen und fand als kaufmännischer Angestellter bei der AEG-Union Beschäftigung, wo er dann bis zur Einberufung zum Militärdienst 1943 als kaufmännischer Leiter mehrerer Bauabteilungen tätig war. Nachdem Schwaiger als Soldat bis 1945 in Holland, Polen, Italien und Ungarn den Krieg mitgemacht hatte, war er wieder kurze Zeit bei der AEG-Union beschäftigt und kam hierauf in das Sozialministerium. Sofort nach 1945 widmete er sich auch wieder der politischen Arbeit und wurde zum ersten Landesjugendführer der Österreichischen Jugendbewegung, Wien, gewählt.

Bei den ersten Wahlen 1945 wurde Schwaiger als Listenführer der ÖVP-Ottakring in den Wiener Gemeinderat entsandt, dem er seither ununterbrochen angehört. 1946 kehrte er wieder als Beamter in das Rathaus zurück, wurde Sekretär des Vizebürgermeisters Weinberger und 1948 zum Amtsrat befördert. 1949 wurde er - wie alle Gemeinderäte, die Magistratsbeamte sind - vom Dienst beurlaubt und übte seither die Funktion des Sekretärs des Klubs der Wiener ÖVP-Mandatare bis zu seiner Berufung zum Stadtrat der Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, aus.

Als Gemeinderat ist Schwaiger seit 1945 Mitglied des Wohnungsausschusses und seit 1949 auch Mitglied des Finanzausschusses und des Ausschusses für die Städtischen Unternehmungen. Er gilt als guter Kenner der Rathausverwaltung und wurde von seiner Fraktion besonders bei heiklen und strittigen Fragen immer wieder als Debattenredner nominiert.

\- - -

Konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates

11. Dezember (RK) Der neue Wiener Gemeinderat trat heute vormittag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Gemeinderäte waren in dunkler Kleidung erschienen. Die sozialistischen Gemeinderäte hatten rote Nelken, die Gemeinderäte der ÖVP Edelweiß und die Gemeinderäte der FPÖ Abzeichen im Knopfloch.

GR. Jonas übernahm den Vorsitz. Vor Beginn der Konstituierung gedachte er der verstorbenen Gemeinderäte Leopold Glinz und Josef Wiedermann, die jahrzehntelang im Dienste der Wiener Bevölkerung gearbeitet haben.

Leopold Glinz, der am 31. Juli verschieden ist, hat dem Wiener Gemeinderat vom Juli 1946 bis zu den Wahlen im Jahre 1949 und vom Juni 1951 bis zu seinem Tode angehört. Er widmete sich schon in jungen Jahren der Gewerkschaftsbewegung der Eisenbahner und wurde bereits im Jahre 1926 zum Obmann der Verkehrsexekutive des Franz Josefs-Bahnhofes gewählt. 1934 wurde seine gewerkschaftliche Tätigkeit durch die Februarereignisse unterbrochen, er wurde vom Dienst suspendiert. Ab dem Jahre 1945 bekleidete er wieder verschiedene hohe Funktionen innerhalb der Gewerkschaft der Eisenbahner. Die Kenntnisse, die er sich während dieser Zeit erworben hat, waren maßgebend für seine Wahl in den Gemeinderatsausschuß für Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform sowie in die Gemeinderätliche Personalkommission im Jahre 1954. Außerdem war er Mitglied der Gemeinderatsausschüsse für Gesundheitswesen und für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Am 22. November wurde Josef Wiedermann, nachdem er bereits von seiner neuerlichen Wahl in den Gemeinderat in Kenntnis gesetzt worden war, vollkommen unerwartet aus seiner vielfältigen Arbeit für die Wiener Bevölkerung abberufen. Ihre Sorgen und Bedürfnisse hat er als Sohn einer kinderreichen Arbeiterfamilie und später als Vorstandsmitglied des Vereines Arbeiterheim Döbling, als Personalvertreter der städtischen Badewarte und in vielen anderen Funktionen gründlich kennengelernt und wurde deshalb in den Jahren 1945, 1949 und 1954 in den Gemeinderat

./.

entsendet. Während diesen 14 Jahren gehörte er den Gemeinderatsausschüssen für Finanzwesen, Bauangelegenheiten und Öffentliche Einrichtungen als Mitglied, dem Ausschuß für Gesundheitswesen als Vorsitzender-Stellvertreter und dem Ausschuß für Baupolizeiliche und sonstige technische Angelegenheiten in der letzten Funktionsperiode als dessen Vorsitzender an. In all seinen Funktionen zeichnete er sich durch seine ruhige und überlegte Handlungsweise, seinen unermüdlichen Arbeitswillen und stete Hilfsbereitschaft aus.

Er erfreute sich dadurch großer Beliebtheit, vor allem bei der Bevölkerung Döblings, seines Wohnbezirkes, und wurde innerhalb der Gemeindeverwaltung als Mensch und als Mitglied dieses Hauses geachtet.

Die Gemeinderäte hatten sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben und die Worte der Gedenkens stehend angehört.

In Erledigung der Tagesordnung wurden zunächst die Gemeinderäte Mistinger (SPÖ) und Bittner (ÖVP) als provisorische Schriftführer bestellt. Die Mitglieder des neugewählten Wiener Gemeinderates leisteten sodann das Gelöbnis "der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beobachten und ihre Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen."

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden zunächst die Vorsitzenden des Gemeinderates gewählt. Ein von GR. Dr. Stemmer gestellter Antrag, die Wahlen durch Erheben der Hand vorzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Eine Ausnahme bildet die Wahl des Bürgermeisters, die mittels Stimmzettel erfolgt. Als Vorsitzende des Gemeinderates wurden ohne die Stimmen der FPÖ und der KLS gewählt: von der SPÖ Franz Jonas, Bruno Marek, Helene Potetz und Karl Fürstenhofer, von der ÖVP Ing. Arch. Johann Lust und Dr. Dipl.-Ing. Franz Hengl.

Die Wahl des Bürgermeisters

Nun übernahm GR. Marek den Vorsitz zur Durchführung der Wahl des Bürgermeisters. Als Wahlprüfer fungierten die Gemeinderäte Dr. Bohmann (SPÖ), Haim (ÖVP), Nesset (FPÖ) und Hausner (KLS). Der Vorsitzende stellte fest, daß die Wahlurne leer ist und läßt

./.

die einzelnen Gemeinderäte durch die Schriftführer zur Stimmenabgabe aufrufen. Nachdem alle Abgeordneten ihre Stimmzettel abgegeben hatten, unterbricht GR. Marek für kurze Zeit die Sitzung, um die abgegebenen Stimmen zählen zu lassen. Von den 100 abgegebenen Stimmen lauteten 90 auf Gemeinderat Jonas, zwei waren Splitterstimmen und acht Stimmzettel waren leer. Franz Jonas ist somit auf die Dauer der Wahlperiode des Gemeinderates zum Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien gewählt. Die Gemeinderäte der SPÖ und der ÖVP hatten sich von ihren Sitzen erhoben und spendeten der Wiederwahl von Bürgermeister Jonas starken Beifall. Bürgermeister Jonas gab sodann die Erklärung ab, die Wahl anzunehmen.

Nachdem Bürgermeister Jonas sein Gelöbnis abgelegt hatte, nahm der Gemeinderat eine Reihe weiterer Wahlen zur Konstituierung vor.

Zu Schriftführern wurden die Gemeinderäte Leopold Mistinger, Maria Hirschler, Maria Hlawka und Josef Windisch (SPÖ) sowie Franz Walzer und Heinrich Kowarsch (ÖVP) gewählt.

Die Wahl der Stadträte

Zu Stadträten wurden gewählt: Franz Glaserer, Kurt Heller, Maria Jacobi, Franz Koci, Hans Mandl, Hans Riemer, Rudolf Sigmund, Felix Slavik (SPÖ) und Franz Bauer, Dr. Otto Glück, Karl Lakowitsch und Anton Schwaiger (ÖVP).

Zu Vizebürgermeistern wählte der Gemeinderat die Stadträte Felix Slavik und Hans Mandl.

Hierauf wurde die Zahl der Verwaltungsgruppen mit zwölf festgesetzt.

Sodann wurden die Gemeinderatsausschüsse eingesetzt. Diese Kollegien werden jeweils 12 Mitglieder umfassen, von denen acht der SPÖ und vier der ÖVP angehören.

Weiter wählte der Gemeinderat zwölf Mitglieder der Gemeinderätlichen Personalkommission, neun Mitglieder und neun Ersatzmitglieder des Disziplinarkollegiums, 14 Mitglieder in den Vorstand, drei Mitglieder des Überwachungsausschusses und den Vorsitzenden und zwei Beisitzer des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien, neun Miglieder des Kuratoriums des Wiener Jugendhilfswerkes, drei Mitglieder des Beirates der Neuen Wiener Wohnbauaktion und vier Mitglieder und vier Ersatzmitglieder für die Disziplinarkommission für die Lehrer der öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen.

./.

Nach einer kurzen Unterbrechung, während der der neue Stadtsenat beriet, gab Vorsitzender GR. Marek den Vorschlag des Stadtsenates zur Besetzung der Verwaltungsgruppen bekannt:

Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, Stadtrat Hans Riemer;

Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, Vizebürgermeister Felix Slavik;

Verwaltungsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, Vizebürgermeister Hans Mandl;

Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, Stadtrat Maria Jacobi;

Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, Stadtrat Dr. Otto Glück;

Verwaltungsgruppe VI, Bauangelegenheiten, Stadtrat Kurt Heller;

Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Stadtrat Karl Lakowitsch;

Verwaltungsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, Stadtrat Franz Koci;

Verwaltungsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, Stadtrat Franz Glaserer;

Verwaltungsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, Stadtrat Franz Bauer;

Verwaltungsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Stadtrat Rudolf Sigmund;

Verwaltungsgruppe XII, Städtische Unternehmungen, Stadtrat Anton Schwaiger.

Hierauf ergriff Bürgermeister Jonas zu einer grundsätzlichen Erklärung das Wort. (Die Rede des Bürgermeisters brachten wir bereits auf den Seiten 2420 bis 2435 der heutigen "Rathaus-Korrespondenz".)

Die Erklärungen der Parteien

Nach der Rede des Bürgermeisters sprach als erster Redner GR. Lauscher im Namen der Fraktion der Kommunisten und Linkssozialisten (KLS). Er führte aus, daß nach den Wahlen im Mai eine Teuerungswelle eingesetzt habe. Es werde zu den ersten Aufgaben des Wiener Gemeinderates gehören, dafür einzutreten, daß die arbeitende Bevölkerung einen größeren Anteil an der Konjunktur erhält. Die Kommunisten wenden sich jedenfalls energisch gegen alle Maßnahmen, die eine Verschlechterung der Lebenshaltung bedeuten könnten. Sie sind gegen die geplanten Tariferhöhungen bei Bahn und Post und ebenso gegen die beabsichtigten Tariferhöhungen bei den Stadtwerken. Es sei auch unmöglich, eine Erhöhung der Mietzinse ins Auge zu fassen.

./.

Die Wirtschaftskonjunktur bringt der Gemeinde die Möglichkeit, brennende Probleme zu lösen. Am dringendsten ist noch immer die Wohnungsfrage. Um die Wohnungsnot zu überwinden, wäre die Verstärkung des sozialen Wohnbaues notwendig, die Beseitigung des Wohnungswuchers, ein modernes Bodenbeschaffungsgesetz, ein zentraler Reparaturfonds und eine gerechte Entschädigung für die Bombengeschädigten und für die Opfer des Faschismus sowie Förderungsmaßnahmen für die Siedler.

Der Redner tritt auch für einen Einheitstarif von 2.20 S ein, der für Straßenbahn, Autobus und Schnellbahn gelten soll. Vor allem der Ausbau der Schnellbahn wäre vordringlich.

Um das Leben der arbeitenden Frauen zu erleichtern, verlangt GR. Lauscher mehr Säuglingskrippen, Kindergärten und Horte, genügend Heimschulen und mehr Lehrwerkstätten. Auch sollten Klubräume für die heranwachsende Jugend in den Wohnhausanlagen der Gemeinde geschaffen werden, um den Einfluß der Straße entgegenzuwirken. Überhaupt gehöre die mangelnde Bekämpfung von Schmutz und Schund zu den negativsten Erscheinungen der Wiener Gemeindepolitik. Eine zweite Schulreform wäre notwendig, damit alle Fähigkeiten und Talente sich voll entfalten können. Das Stipendienwesen müßte großzügig erweitert werden.

Wir sind für Europa, fuhr der Redner fort, aber nicht für ein Rumpfeuropa. Hier hat Wien die Aufgabe, ein Mittler der kulturellen Leistungen zu sein und die Wiener Jugend mit den großen Werken der Geisteswelt aus Ost und West vertraut zu machen.

Unser Gesundheitsdienst ist dringend ausbaubedürftig, und vor allem die Spitalsbettennot müßte endlich beseitigt werden. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wurde durch die oftmaligen Verschiebungen zu einer Farce erniedrigt. Unsere Krankenschwestern brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Den alten Wienern soll ein schöner und sorgenfreier Lebensabend bereitet werden. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für eine Erhöhung der Renten ein.

Von der Gemeinde Wien verlangt er ferner verschiedene Maßnahmen auf personalrechtlichem Gebiet und in der Finanz- und Tarifpolitik. Heute sind jedenfalls günstige Voraussetzungen dafür gegeben, eine weitblickende soziale Gemeindepolitik durchzuführen. Wenn die demokratische Entwicklung Wiens nicht ernsthaft bedroht erscheint, so hat das seine Ursache nicht nur in den

./.

Friedenswillen der Völker, sondern auch in den großartigen Erfolgen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, für die das Bemühen, den Frieden zu sichern, eine Selbstverständlichkeit ist. Die Kommunisten haben schon bisher in diesem Sinne gewirkt. Auch die Stadt Wien hat viele Möglichkeiten, im Interesse des Friedens zu wirken. Die Neutralität unseres Landes gibt uns dazu die besten Möglichkeiten. Der Redner begrüßt, daß Österreich nicht der EWG beigetreten ist, meint aber, daß der Beitritt zur Kleinen Freihandelszone den Interessen unseres Landes nicht entspricht. Eine unabhängige österreichische Wirtschaftspolitik könnte unseren Handel mit West und Ost zu unserem größten Vorteil entwickeln.

Der Redner wendet sich dann gegen die FPÖ, die er als Interessenvertreter des westdeutschen Imperialismus bezeichnet. (Gegenrufe bei der FPÖ: "Sie haben keine Ahnung!")

In der heute beginnenden Tätigkeitsperiode werden wir uns noch mit vielen wichtigen Problemen unserer Stadt beschäftigen. Die Kommunisten treten für die Verstärkung der Gemeindeautonomie ein, gegen die Beschränkung der Steuerhoheit, für die Erweiterung der Kompetenzen der Bezirksvertretungen und für die Demokratisierung der Wahlordnung. Die Fünf-Prozent-Klausel bringt keine wirkliche Wahlgerechtigkeit. Die Sozialisten bleiben auch in der neuen Periode mit der Volkspartei in der Koalition. Weinberger wurde zwar abserviert, aber man hat der ÖVP einen besonderen Gefallen erwiesen und ihr als Trost für ihre Wahlniederlage den zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter geboten. (Stadtrat Lakowitsch: "Entspricht der Verfassung!") Das bestätigt, was wir vor der Wahl gesagt haben, daß die Verluste der ÖVP und der Gewinn der Sozialisten keine wirkliche Änderung bringen. Die FPÖ wird im Wiener Gemeinderat Opposition spielen. Am liebsten wäre sie aber auch in Wien der dritte Koalitionspartner geworden.

Abschließend bekannte sich GR. Lauscher zu den Grundsätzen einer fortschrittlichen Kommunalpolitik. Als einzige echte Opposition in diesem Haus werden wir wie bisher das Recht der arbeitenden Bevölkerung auf ein besseres Leben mit Nachdruck vertreten.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) vertritt die Meinung, die Freiheitliche Partei sei die einzige demokratische Opposition im Wiener

./.

Gemeinderat. Eine andere gebe es nicht, weil jenen, die sich bisher als Oppositionspartei gebärdeten, der Charakter des Demokratischen fehlt. Für seine Fraktion seien die Ausführungen des GR. Lauscher daher auch keine Beleidigung. Sie wisse, daß die Kommunisten jeden, der nicht ihrer Meinung ist und der ihre Politik in Ungarn, Ostdeutschland und so weiter mißbilligt, als Faschist und Neonazi titulieren. Die Freiheitliche Partei vertrete acht Prozent der Wiener Bevölkerung und wenn sie mit einer geringeren Anzahl von Mandaten im Wiener Gemeinderat vertreten ist, dann sei dies nur auf das Wahlgesetz zurückzuführen. Der Ausbau der Demokratie in Wien würde eine Änderung des Wahlrechtes erfordern. Die FPÖ sei auch nicht der Ansicht, daß die von Bürgermeister Jonas besonders betonte Zusammenarbeit der beiden großen Parteien einen Vorteil für Wien biete. Es gebe bekanntlich auch ein Zuviel an Koalition. In Wien wäre eine klare sozialistische Mehrheit vorhanden und es sei daher nicht einzusehen, warum hier eine Koalition notwendig ist. Umso verwunderlicher sei diese Koalition auch, wenn man bedenkt, wie verschieden die Wahlprogramme der beiden Parteien waren. Die Aufteilung der einzelnen Verwaltungsgruppen sei leider nicht nach den technischen Gegebenheiten erfolgt, sondern ausschließlich nach den Gesichtspunkten der Koalition. So könnten zum Beispiel die Agenden der Verwaltungsgruppe VII ohne weiteres teils von der Gruppe VI und teils von der Gruppe VIII erledigt werden. Der Redner erhebt die Forderung, den Text des Koalitionspaktes zu veröffentlichen. Die Wiener Bevölkerung habe ein Recht, diese Abmachung kennenzulernen. Zu den Ausführungen des Bürgermeisters über das Programm der nächsten Jahre werde während der kommenden Budgetdebatte ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme sein. Die Freiheitlichen haben nicht die Absicht, nach dem Vorbild eines Abgeordneten des alten österreichischen Reichsrates zu handeln, der sagte: "Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber ich mißbillige sie". Die Freiheitlichen seien bereit das anzuerkennen was gut ist, sie werden aber stets Kritik üben an dem, was schlecht ist. Das Ergebnis der Arbeit der Gemeindeverwaltung während der letzten Jahre sei nicht überall befriedigend gewesen. So ist die Wohnungsnot noch immer drückend, die Ablösen für Altwohnungen steigen ins Unendliche, die Spitalsbettennot wurde nicht behoben und das Verkehrsproblem ver-

./.

schärft sich immer mehr.

Abschließend zitiert der Redner einen Ausspruch des seinerzeitigen Bundespräsidenten Dr. Renner, der die Politiker Österreichs dazu ermahnte, "die Meinung der Opposition nicht zu bagatellisieren und von vornherein als nichtig abzutun". Ohne Opposition gibt es nun einmal keine Demokratie und auch die Opposition meint es ernst mit unserer Heimatstadt und mit unserer Heimat Österreich. Der Redner kommt sodann auf die Ausführungen des GR. Lauscher zurück und stellt fest, daß sich seine Fraktion natürlich zur deutschen Nation bekennt; in dieser Beziehung sei sie einig mit den großen Staatsmännern der Vergangenheit, wie Otto Bauer und Ignaz Seipel. Das ändert jedoch nichts daran, daß sich die Freiheitliche Partei genauso zu unserer Heimat Österreich und zu ihrer Eigenständigkeit bekennt, daß sie sich ferner zu einem Vereinten Europa der Zukunft bekennt, das allerdings nicht durch Reden, sondern nur durch entsprechende Maßnahmen aufgebaut werden kann. Seine Partei sehe mit Besorgnis in die Zukunft angesichts des nicht wegzuleugnenden kulturellen Verfalles, des Verfalles der Werte und der großen wirtschaftlichen Probleme, die uns in der Zukunft bevorstehen werden. Die Freiheitliche Partei wird ihr Bestes dazu tun, um an der Lösung dieser Probleme im Wiener Gemeinderat mitzuarbeiten.

Stadtrat Lakowitsch sprach im Namen der Österreichischen Volkspartei. Er führte unter anderem aus: "Mit der heutigen Konstituierung des Gemeinderates beginnt eine neue Periode der nach demokratischen Grundsätzen gewählten Volksvertretung in Wien. Sie findet für ihre Tätigkeit wesentlich andere Bedingungen vor als dies am Beginn der abgelaufenen Funktionsperiode des Gemeinderates im Dezember 1954 der Fall war. Damals war unser Land und diese Stadt noch von vier Militärmächten besetzt und unsere Freiheit nur fiktiv. Durch den Abschluß des Staatsvertrages und den Abzug der Besatzungsmächte erlangte unser Land und unsere Stadt erst die wirkliche Freiheit wieder. Unter dieser Voraussetzung kann nun der neugewählte Gemeinderat seine Tätigkeit beginnen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich den beiden aus dem Stadtsenat ausgeschiedenen Mitgliedern unserer Partei, Vizebürgermeister Weinberger und Stadtrat Dkfm. Nathschläger, den herzlichsten Dank für ihre im Interesse der Stadt geleistete Arbeit aus-

./.

sprechen. (Beifall)

Im Jahre 1945 wurde die Verfassung der Stadt Wien in der Fassung vom Jahre 1931 wieder in Kraft gesetzt. Sie ist also nicht jüngsten Datums, und vielleicht mag es darauf zurückzuführen sein, daß sie noch Bestimmungen enthält, die mit unserer heutigen Auffassung von Demokratie zum Teil im Widerspruch stehen. Enthält sie doch Bestimmungen, die dem jeweiligen Bürgermeister Möglichkeiten und Macht in die Hand geben, die in einem demokratisch geordneten Gemeinwesen kaum eine Berechtigung haben. Sie enthält aber auch Bestimmungen, die der stärksten Partei in diesem Haus Rechte einräumen, die sich sehr nachteilig auch für starke Minderheiten auswirken. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die verschiedenen Bürgermeister der Stadt Wien, die seit dem Jahre 1945 dieses Amt bekleideten, von diesen Bestimmungen kaum Gebrauch gemacht haben.

Die zweite Grundlage unserer Tätigkeit als Wiener Gemeinderat, die Geschäftsordnung, die wohl auch schon aus dem Jahre 1928 stammt, atmet weit mehr demokratischen Geist als die Verfassung.

Und nun zur Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien. Von ihr kann man auch nicht behaupten, daß sie zweckmäßig ist, daß sie einer einfachen Verwaltung Rechnung trägt, daß sie unnütze Arbeit, wie umständlichen Aktenlauf und ähnliches, verhindert, Doppelgeleisigkeiten vermeidet, kurz gesagt, einer zweckmäßigen Verwaltung Rechnung trägt. Man sollte sich der Mühe unterziehen, sie gänzlich zu überarbeiten und dabei mehr Augenmerk auf Zweckmäßigkeit als politische Macht legen.

Die Vertreter der Österreichischen Volkspartei im Wiener Gemeinderat werden ihre Tätigkeit in der nun begonnenen Funktionsperiode unter die Verpflichtung stellen, die ihnen 332.000 Männer und Frauen in dieser Stadt durch die Abgabe ihrer Stimme für die Österreichische Volkspartei auferlegt haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit all diesen Männern und Frauen für das erwiesene Vertrauen danken. Wir werden mit allen Kräften bemüht sein, durch unsere Tätigkeit dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber nicht an einer bedauerlichen Erscheinung, die bei den letzten Wahlen zu Tage getreten ist, vorbeigehen. Das ist die große Zahl der Nichtwähler. Sie läßt den Schluß zu, daß es in großen Kreisen der Bevölkerung

./.

am Interesse für kommunalpolitische Fragen mangelt. Der neugewählte Gemeinderat wird hier vor der Aufgabe stehen, durch seine Tätigkeit dieses Interesse zu wecken.

Und nun zu den ganz großen Problemen, die dringend eine Lösung erfordern. In erster Linie die Schaffung von Wohnraum, um damit die Obdachlosigkeit zu beseitigen, Menschen, die noch in schlechten Wohnungen leben müssen, in den Besitz lichter und gesunder Wohnungen zu setzen, und wir bekennen uns daher zu einer Fortführung des sozialen Wohnbaues. Das große Problem, das im Gefolge dieser so errichteten Wohnungen aufscheint, ist das einer gerechten Vergabe. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß dies niemals nur durch einen Politiker vorgenommen werden kann, sondern daß hier ein überparteiliches Forum über die Zuweisung von solchen Wohnungen nach rein objektiven Gesichtspunkten und nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden hat. (Beifall bei der ÖVP.) Wir bekennen uns aber auch dazu, daß alle Bauwilligen in ihren Bestrebungen Wohnraum zu schaffen, weitgehendst zu fördern sind durch die Gewährung von Bausparprämien, Steuerbegünstigungen, aber auch durch Vergabe von Baurechten auf Liegenschaften, die sich im Besitz der Stadt Wien befinden. Man wird mir hier vielleicht entgegenhalten, daß eine unerläßliche Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgaben ein Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz seien. Wir haben auch hiezu immer unseren Standpunkt eindeutig bekanntgegeben. Wir verurteilen eine durch nichts zu rechtfertigende Bodenpreisspekulation und werden bei der Abwehr einer solchen jederzeit zu einer Zusammenarbeit bereit sein. (Beifall.) Allerdings dürfen die dadurch notwendigen Maßnahmen nicht so beschaffen sein, daß sie nur einem Teil oder einer Stelle, gleichgültig, ob dem Staat oder einer Stadt, zugute kommen. Auch hier gleiche Voraussetzungen und gleiches Recht aller Bürger vor dem Gesetz und Achtung des persönlichen Eigentums.

Die zweite große Aufgabe, mit der wir uns befassen werden müssen, ist das Verkehrsproblem. Ich weiß, daß die Entwicklung des Verkehrs ein solches Tempo angenommen hat, daß ein Großteil der erforderlichen Maßnahmen nicht rechtzeitig wirksam werden kann. Aber gerade dadurch ergibt sich die Notwendigkeit, weit vorausschauend zu planen. Nicht zuletzt ist ja auch das Verkehrs-

./.

problem eine der Ursachen gewesen, daß sich die Stadt Wien einem Stadtplaner verschrieben hat. Meines Wissens war eine der ersten Aufgaben, die ihm gestellt wurden, die, einen Generalverkehrsplan vorzulegen. Noch haben wir diesen nicht zu Gesicht bekommen. Mag sein, daß ein Zeitraum von eineinhalb Jahren noch nicht ausreichend ist, um einen solchen brauchbaren Plan zu erstellen, aber so lange ein solcher nicht besteht, werden alle nachfolgenden Planungen nur sehr schwierig durchzuführen sein. Nicht entscheidend ist die Frage, ob Kurzparkzone oder Parkometeruhren, entscheidend ist das Schaffen der nötigen Verkehrsflächen. Und hier wird wohl unausbleiblich sein, daß man ernsthaft an die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene herangehen wird müssen. Der Österreichische Städtebund hat im September eine verkehrstechnische Studienreise gemacht, die ihn in eine Reihe von Städten geführt hat. Der darüber vorliegende Bericht enthält einzelne interessante Feststellungen, so zum Beispiel bei der Stadt München: an dieser Stelle ist der Ausbau einer zweiten Ebene durch Verlegung der Massenverkehrsmittel unter die Erde in Zukunft vorzusehen. Bei der Stadt Frankfurt: es ist vorzusehen, in der City das Massenverkehrsmittel in die zweite Ebene zu legen. Diese Feststellungen, die von wirklichen Fachleuten frei von jeder politischen Bindung getroffen wurden, können doch wohl kaum überhört werden.

Bei dieser Gelegenheit einige Worte über die Stadtplanung. Bekanntlich wurden dem Stadtplaner drei Jahre zeit zur Erstellung seines Planes gegeben. Daß innerhalb der Planungsjahre das Leben in dieser Stadt weitergehen muß und durch beabsichtigte Planungsmaßnahmen nicht behindert werden darf, halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Ist doch die Stadt einem lebenden Organismus zu vergleichen, von dem man nicht einzelne Teile, wenn auch nur vorübergehend, zum Tode verurteilen kann. Unsere derzeitige Bauordnung für die Stadt Wien sieht die Möglichkeit vor, daß in Planungsgebieten eine zweijährige Bausperre verhängt wird, die um zweimal je ein weiteres Jahr verlängert werden kann und somit eine Dauer von vier Jahren erreichen kann. Von dieser Bestimmung darf man aber nur sehr sparsam und in den unerläßlichsten Fällen Gebrauch machen.

Hinsichtlich des Wohlfahrtswesens vertreten wir den Stand-

./.

punkt einer grundsätzlichen Änderung des Fürsorgesystems. Die Betreuung alter und kranker Leute hätte vorwiegend individuell durch private Organisationen zu geschehen, denen allerdings eine beträchtliche Förderung aus öffentlichen Mitteln zukommen müßte. Erst wenn diese individuellen Betreuungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, soll die Fürsorge in Anstalten der Gemeinde Wien subsidär einsetzen. Im Gesundheitswesen sind alle bisherigen Maßnahmen sinnvoll fortzusetzen, nicht nur im Interesse der kranken Bevölkerung, sondern auch in der Abwehr der Erkrankung gesunder Menschen. Eine Vermehrung der Spitalsbetten, die Errichtung von Spitalsneubauten sind unerläßliche Notwendigkeiten. Wir wollen hoffen, daß nun auch der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses möglichst bald in ein konkretes Stadium tritt.

In der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels als Luftreservoir unserer Stadt erblicken wir ebenfalls eine unerläßliche Maßnahme im Interesse der Gesundheit der Wiener Bevölkerung.

Daß Wien im Hinblick auf seine große kulturelle Tradition der Kulturpolitik besonderes Augenmerk zuzuwenden hat, darf wohl als Selbstverständlichkeit angenommen werden. Dabei ist es mit der Pflege des Erbes allein nicht getan. Im Bewußtsein dieser Tradition und Aufgabe ist es kaum zu verantworten, daß immer wieder ein anderes Theater der Spitzhacke zum Opfer fällt, ohne daß dafür an seiner Stelle neue Kulturstätten errichtet werden.

Eine kulturelle Aufgabe ist aber auch die Sorge um die Erhaltung des alten historischen Stadtbildes von Wien.

Die gegenwärtige Personalpolitik im Wiener Rathaus ist ebenfalls ein Kapitel, über das man kaum sprechen kann, ohne Kritik üben zu müssen. Immer mehr macht sich in der Bevölkerung ein Unbehagen bemerkbar, hervorgerufen durch die Art und Weise der Stellenbesetzung. Wir können uns kaum einen ernstlichen Grund vorstellen, der das Personalreferat der Gemeinde daran hindert, die zu besetzenden Stellen öffentlich auszuschreiben.

Zu einem Sorgenkind der Bevölkerung Wiens sind die Unternehmungen der Stadt Wien geworden. Wir bekennen uns hier zu der Auffassung, daß gewisse Gemeindebetriebe im Interesse der Allgemeinheit von der Gemeinde geführt werden müssen, aber wir lehnen überall dort eine Führung durch die Gemeinde ab, wo dieses allge-

./.

meine Interesse nicht besteht und wo die Privatwirtschaft zweifelsohne bessere Leistungen und damit bessere Erfolge erbringen könnte.

Wir begrüßen daher den Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien, denn es kann doch niemals Aufgabe einer Gemeindeverwaltung sein, Bier zu brauen.

Die im Besitz der Gemeinde Wien verbleibenden Betriebe müssen sauber und rationell geführt werden. Gas- und E-Werk haben die Kriegsschäden überwunden und bereiten weder in wirtschaftlicher noch finanzieller Hinsicht große Schwierigkeiten. Das große Sorgenkind der Stadtwerke sind nach wie vor die Verkehrsbetriebe. Wir wollen aber hoffen, daß bei weiterem Anhalten der derzeitigen günstigen wirtschaftlichen Situation erforderliche Lösungsmöglichkeiten gefunden werden können.

Wir freuen uns, hier feststellen zu können, daß unseren langjährigen Forderungen nach anderen Finanzierungsmethoden, nämlich solchen, die nicht nur einer Generation allein aufgelastet werden, endlich Rechnung getragen wurde.

Die Ankündigung des Herrn Bürgermeisters, bei den Verkehrsbetrieben ein einheitliches Tarifsystem einzuführen und damit für die Bevölkerung der Außenbezirke eine Erleichterung zu schaffen, nehmen wir gerne zur Kenntnis. Auch wir sind der Meinung, daß alle Bürger dieser Stadt eine gleichmäßige Behandlung finden sollen, auch wenn sie in jenen Teilen wohnen, die ehemals Randgemeinden waren.

Nach diesen Gemeinderatswahlen ist die Österreichische Volkspartei vor der Frage gestanden, ob die im Jahre 1945 begonnene Zusammenarbeit mit der Mehrheitspartei dieses Hauses in der bisherigen Form aufrechterhalten werden soll. Wir haben uns dazu entschlossen und ich darf einiges über die Gründe, die uns dazu bewogen haben, sagen:

Die Tatsache, daß Österreich infolge seiner geographischen Lage im Spannungsfeld der internationalen Weltpolitik steht und daß Wien nicht zum ersten Male in seiner ruhmreichen Geschichte zur östlichsten Stadt der freien Welt und damit zu einer Bastion der Freiheit wurde, hat uns zu einer weiteren Zusammenarbeit bestimmt. Denn nur in einer wahren Zusammenarbeit in der Führung unseres Landes und unserer Stadt kann allen wirklich gedient

./.

werden. Mitarbeiten an den Problemen, ringen um die besten Lösungen, sind die bestimmenden Momente für unsere künftige Tätigkeit. Allerdings muß es eine wirkliche Zusammenarbeit sein, eine Zusammenarbeit im demokratischen Geist, wo sich der Starke nicht als Befehlender und der Schwache nicht als Befehlsempfänger fühlen darf.

Alles für eine sachliche Kritik, aber auch ebenso alles gegen eine destruktive Opposition.

Nichts darf bloß deshalb abgelehnt werden, weil es von der Minderheit vorgeschlagen wird. Wenn die Zusammenarbeit von solchen Überlegungen geleitet sein wird, wird sie ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung der Freiheit sein. Beiderseits guter Wille und ehrliche Partnerschaft werden es in mündlicher Diskussion ermöglichen, Gegensätze auszugleichen. Sie so rechtzeitig auszugleichen, daß es nie mehr dazu kommt, daß in diesem Lande und in dieser Stadt der Bruder gegen den Bruder aufsteht. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Das soll nicht heißen, daß nicht jeder mit allem Eifer und mit allen Argumenten für seine Sache und den Auftrag seiner Wählerschaft eintritt. Nur wenn es uns gelingt, die Zusammenarbeit in diesem Sinne zu gestalten, werden wir in der Lage sein, die großen Probleme, vor deren Lösung diese Stadt steht, sinnvoll und zur Zufriedenheit zu verwirklichen. Bei allen Überlegungen, die wir anstellen, bei allen Handlungen, die wir vornehmen, muß eines im Mittelpunkt stehen und das ist der Mensch und seine Würde. Alles für unser ewig junges, unser heißgeliebtes Wien." (Beifall.)

Vizebürgermeister Slavik sprach für die Sozialistische Fraktion. Er führte aus: In der größten Not nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in dieser Stadt der Zerstörung, des Hungers und des Elends die Verantwortung zu übernehmen, war für keine Partei leicht. Die Sozialisten haben sich, gestützt auf die Erfahrungen auf kommunalpolitischem Gebiet aus der Zeit der Ersten Republik, schon vom ersten Tag an der Stadt zur Verfügung gestellt und die Hauptverantwortung für den Wiederaufbau dieser Stadt übernommen. Seinerzeit die Sozialdemokratische Partei und dann die Sozialistische Partei konnten dieser Stadtverwaltung große Kommunalpolitiker zur Verfügung stellen.

./.

Unter der Führung einer starken sozialdemokratischen Mehrheit ist in der Ersten Republik aus der damals vermeintlich sterbenden Stadt wieder ein blühendes Gemeinwesen geworden. Nach 1945 fanden wir eine Stadt vor, die schwerste Kriegsschäden aufzuweisen hatte, an die wir uns heute kaum noch erinnern. Vergleichen wir heute das Bild unserer Stadt mit dem aus jenen Tagen, dann können wir ermessen, welch unerhört große Arbeit in den vergangenen 14 Jahren geleistet wurde. Ich glaube, daß die Anerkennung der Bevölkerung allgemein ist, gleichgültig welcher Partei der einzelne angehört. Es kann heute wohl kaum einen Wiener geben, der auf dem Standpunkt steht, es ist planlos, es ist nicht zielstrebig gearbeitet worden. Darum ist es zu bedauern, daß im "Kleinen Volksblatt" am 5. Dezember dieses Jahres zu lesen war: Die Rathausmehrheit wird ihre Politik im alten Schlendrian weiterführen. In dieser Form sollte die Bevölkerung nicht informiert werden. Es ist auch nicht gut für die ÖVP selbst, denn wer sollte eine solche Meinungsäußerung als wahr hinnehmen. Vergessen wir doch nicht, daß unsere Bevölkerung mit uns gearbeitet, mit uns gedacht, mit uns verantwortet hat und daß sie, unabhängig davon, zu welcher Partei sie sich weltanschaulich zählt, stolz darauf ist, was in Wien in den letzten 14 Jahren geleistet wurde.

Der Erfolg war ausschließlich ein Wiener Erfolg, die Leistung war ausschließlich ein Erfolg der Wiener Bevölkerung. Deshalb sind alle Behauptungen, daß der Bund der Stadt Wien Geld zur Verfügung stellt, wie dies erst am 4. Dezember die "Österreichische Neue Tageszeitung" erklärte, völlig aus der Luft gegriffen.

Zuerst galt es 1945 die ärgsten Schäden zu beseitigen und die ärgste Not zu lindern, dann erst konnte langsam mit dem Aufbau begonnen werden. Heute dürfen wir feststellen, daß wir nicht nur die Kriegsschäden im wesentlichen behoben haben, sondern daß allein die Stadt Wien 56.000 neue Wohnungen geschaffen hat. Auf diese Leistungen dürfen wir wirklich stolz sein. (Beifall bei der SPÖ.) Nach Überwindung der großen Schwierigkeiten ist die Stadt Wien auch drangegangen, große Neuschöpfungen auszuführen. Der Wasserspeicher am Steinfeld ist eines der größten Bauwerke, das auf diesem Gebiet geschaffen wurde. Es entstanden neue

./.

Schöpfungen, so das Museum der Stadt Wien, die Stadthalle, die Körperbehindertenschule und andere. Auch bedeutende Verkehrsbauten wurden ausgeführt. Die Mariahilfer Straße, der Gürtel, die Kreuzung beim Ringturm, der Südtiroler Platz und viele andere Straßen und Plätze wurden umgebaut. Unsere besondere Obsorge haben auch die Grünflächen gefunden, die nicht nur von den Wienern, sondern auch von Besuchern aus aller Welt bewundert werden.

Über all diesen großen Leistungen stand für uns die Sorge mitzuhelfen, daß unsere Industrie und unser Gewerbe dauernd Aufträge bekommen und wir in die Lage versetzt werden, die Vollbeschäftigung in unserer Stadt zu erhalten. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Und als in einer kritischen Situation vor etwa zwei Jahren eine Wirtschaftskrise zu kommen drohte, hat sich der Gemeinderat zu einem großen Investitionsprogramm entschlossen. 2 Milliarden wurden zusätzlich der Wirtschaft zur Verfügung gestellt, und wir dürfen stolz darauf sein, daß in einer Zeit, in der in anderen Ländern, auch in unserem Bundesgebiet, die Arbeitslosigkeit stieg, bei uns in Wien die Vollbeschäftigung aufrechterhalten werden konnte.

Infolge der großen Leistungen in den ersten 14 Jahren stand die Wiener Bevölkerung mit immer mehr Liebe zu ihrer Heimatstadt und zu ihrem Heimatland. So hat gerade der Oktober 1950 bewiesen, daß Österreich, und vor allem Wien, zu einem Hort der Freiheit geworden ist, und so hat gerade Wien in diesen kritischen Tagen einen entscheidenden Beitrag zum Abwehrkampf gegen die Diktaturgelüste geleistet. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ.) Da mutet es etwas komisch an, wenn in der "Österreichischen Neuen Tageszeitung" vom 10. Dezember steht, daß die Mandatare der Volkspartei im Wiener Rathaus um ihr Amt wahrlich nicht zu beneiden seien, da es ihnen obliege, den enger gewordenen Raum der Freiheit in dieser Stadt gegen die massierten Angriffe des sozialistischen Kollektivismus zu verhindern. (Hört, Hört-Rufe bei der SPÖ.)

Die Leistungen der Sozialistischen Partei haben den Sozialisten am 25. Oktober eine neuerliche Stärkung gebracht. Die Sozialisten verfügen nun im Wiener Gemeinderat über 60 Mandate. Der Abstand zur zweitstärksten Partei beträgt 27 Mandate.

./.

Wenn von verschiedenen Seiten Kritik an der Fünf-Prozent-Klausel geübt wurde, ist dazu zu sagen, daß die Sozialisten der Meinung waren, daß ein Gemeinderatsmandat leichter zu erreichen sein müsse als ein Nationalratsmandat. Dadurch sollen auch jene Parteien, die eine gewisse Stärke erreicht haben, in diesem Hause vertreten sein können. Es sei nicht überraschend, daß sich GR. Lauscher in seiner heutigen Rede hauptsächlich mit Bundesproblemen beschäftigt habe, ist doch seine Partei im Nationalrat nicht mehr vertreten. Er benützt daher dieses Forum, um auch über parlamentarische Probleme zu sprechen. Wenn Kritik daran geübt wurde, daß die Stadt Wien den Schnellbahnbau den Österreichischen Bundesbahnen überläßt, ist zu sagen, daß die Gemeindeverwaltung auf fremdem Eigentum nicht bauen könne. Die Stadt Wien habe sich jedoch bereiterklärt, den Österreichischen Bundesbahnen über das Finanzministerium die notwendigen Gelder in Höhe von 685 Millionen Schilling vorschußweise gegen eine Verzinsung mit 3 1/2 Prozent zur Verfügung zu stellen. Von den Vertretern der Österreichischen Volkspartei wird immer die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene gefordert. Wien verfügt aber bereits durch die Stadtbahn über eine zweite Verkehrsebene und finanziert nun auch den Schnellbahnbau. Der Vizebürgermeister richtet in diesem Zusammenhang an Stadtrat Lakowitsch die Bitte, den Finanzminister wenigstens dazu zu bewegen, die Vorfinanzierung durch die Gemeinde Wien anzunehmen. Der Finanzminister hat nämlich abgelehnt, diese Vorfinanzierung weiter zuzulassen. Durch diese Maßnahme würde der Schnellbahnbau um mindestens ein Jahr verzögert werden.

Die Ausführungen des Stadtrates Lakowitsch haben von einer sehr beschränkten Zusammenarbeitsbereitschaft gezeigt. So sagte der Stadtrat, daß seine Fraktion deshalb mit den Sozialisten zusammenarbeite,"weil Österreich hier an der östlichsten Grenze der freien Welt liegt". Die Sozialisten sind nicht aus diesem Grunde für eine Zusammenarbeit, sondern weil sie der Meinung sind, daß das österreichische Volk nicht gegeneinander sondern miteinander arbeiten soll. (Beifall bei der SPÖ).

./.

Seine Partei habe daher nicht einen Moment einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie bereit sei, die Koalition im Rathaus fortzusetzen. Natürlich stand sie auf dem Standpunkt, daß das Wahlergebnis berücksichtigt werden müsse. Dem Kräfteverhältnis wurde Rechnung getragen. Weniger demokratisch gehe man auf diesem Gebiete in einzelnen Bundesländern vor, in denen die Volkspartei die Mehrheit habe.

Die Verhandlungen im Wiener Rathaus waren nicht leicht, sind aber trotzdem erfolgreich abgeschlossen worden. Hoffentlich kehrt jetzt nicht nur in unserem Haus der Frieden ein und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, sondern hoffentlich findet jetzt auch der "Wahlkampf" in den Zeitungen der ÖVP ein Ende und ebenso die ewigen Beschimpfungen und Beleidigungen von 55 Prozent der Wiener Bevölkerung. (Beifall bei der SPÖ.) Die Sozialisten im Rathaus stehen selbstverständlich voll und ganz hinter den Erklärungen unseres Bürgermeisters. Der Redner versicherte Bürgermeister Jonas er werde in den Sozialisten treue und aufrechte Helfer im Wiener Rathaus finden, damit das von Bürgermeister aufgezeigte Programm auch durchgeführt werden kann. (Beifall bei der SPÖ.) Der Bürgermeister könne sich auf die Sozialistische Fraktion auch verlassen, wenn es im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt und unseres Landes schwierige Probleme zu lösen gibt. Wir wissen, daß wir vor großen Aufgaben stehen. Nach wie vor steht für die Sozialisten das Wohnungsproblem an erster Stelle. Wir sind nicht schuld daran, daß es in Wien noch immer eine Viertelmillion "Bassenawohnungen" gibt. Es muß uns jedoch wohl jeder bestätigen, daß wir uns schon in der Ersten Republik bemüht haben, so rasch wie möglich die Wohnungsnot zu mildern und sie zu überwinden. Wir wollen in den nächsten 5 Jahren alles daran setzen, damit 45.000 Wohnungen gebaut werden können. Wir sind gerne bereit auch mehr Wohnungen zu bauen, wenn dies technisch möglich sein sollte. Vorläufig rechnet man mit 4 Milliarden Schilling um das Wohnbauprogramm in den nächsten 5 Jahren durchführen zu können.

Auf dem Wohlfahrtssektor ist eine geänderte Situation durch die im Parlament beschlossenen Gesetze eingetreten. Es wird daher notwendig sein, die Wohlfahrtsorganisation der Stadt Wien durch Einführung neuer Methoden zu verbessern und auszubauen.

./.

Auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens erwarten die Stadt Wien schwere finanzielle Belastungen. Vizebürgermeister Slavik kam in diesem Zusammenhang auf den Bau des Allgemeinen Krankenhauses zu sprechen und richtete einen dringenden Appell an alle Fachleute, ihre Beratungen zu beschleunigen, damit wir endlich mit dem Bau beginnen können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Das Geld und die Vereinbarung mit dem Bund sind da. Beratet nicht so lange bis die Vereinbarung vielleicht gefährdet wird! Stellt alle Streitpunkte vorläufig zurück und einigt euch über die Durchführung der ersten Arbeiten, damit wir beginnen können!

Der Redner wies auch darauf hin, daß in Wien 14.9 Betten auf 1000 Einwohner kommen, während im Durchschnitt in anderen Städten 12 Betten auf 1000 Einwohner entfallen. In den österreichischen Bundesländer sind es sogar nur 8.9 Betten. Man sollte daher nicht nur von der Vermehrung der Bettenzahl reden; wir müssen uns auch um die Organisation kümmern, um die Situation zu verbessern.

Der Redner griff dann noch einmal das Thema Schnellbahn auf und wies darauf hin, daß die baulichen Herstellungen im wesentlichen abgeschlossen sind. Schon aus diesem Grund wäre es unklug, den Weiterbau einzustellen. Der Vizebürgermeister machte auch darauf aufmerksam, daß durch die Einstellung der Arbeiten die halbe Belegschaft der Simmering-Graz-Pauker-Werke in Graz in ihren Arbeitsplätzen gefährdet sei, weil dort die Triebwagen für die Schnellbahn in Auftrag gegeben wurden.

Zum Autobahnbau bemerkte der Redner, daß im Parlament beschlossen wurde, die Autobahn Salzburg - Wien zu bauen und daß niemand von einem Bau Salzburg - Auhof geredet hat. Wir können es nicht hinnehmen, daß ein Bundesland anders behandelt wird, als das andere. Der Bau der Autobahn in Wien ist auch ein Teil unserer gesamten Verkehrsplanung. Solange wir daher nicht wissen, wo die Autobahn gebaut wird, ist auch unsere Verkehrsplanung gefährdet.

Als Beispiel für die Benachteiligung Wiens auch auf anderen Gebieten führte Vizebürgermeister Slavik an, daß im Bundesbudget 100 Millionen Schilling für die Förderung "unterentwickelter Gebiete" vorgesehen sind. 50 Millionen Schilling werden dafür für die Jauntalbahn in Kärnten verwendet von den übrigen 50 Millionen Schilling bekommt Wien nichts.

./.

Es scheint fast, als ob man sich im Finanzministerium bemüht hat, die Bestimmungen so zu formulieren, damit Wien leer ausgeht.

Zu Verkehrsproblemen zurückkommend betonte Vizebürgermeister Slavik, daß man sich über eines einig sein sollte: Raum für den Verkehr, ja! - Zerstörung Wiens für den Verkehr, nein! Er schließe sich hier den Ausführungen von Stadtrat Lakowitsch an. Auch der Autofahrer muß bereit sein, einige Minuten zu gehen, weil uns die Erhaltung der Schönheit Wiens wichtiger sein muß, als Chrom und Blech.

Wir werden unser Augenmerk selbstverständlich auch der Kultur unserer Volksbildung und dem Schulwesen zuwenden. Unsere Jugend wird überhaupt vielleicht manchmal falsch betrachtet. Er möchte, so sagte der Vizebürgermeister, den Redakteuren hier zurufen: Schreibt nicht so groß, wenn irgendwo etwas passiert, wo Jugendliche beteiligt sind. Früher sagte man zu den Halbstarken Pülcher. Aber wir hätten uns energisch dagegen verwahrt, mit den Pülchern in einen Topf geworfen zu werden. Auch heute ist der überwiegend große Teil unserer Jugend absolut in Ordnung und soll nicht als halbstark bezeichnet werden. (Allgemeiner Beifall.) Unseren jungen Menschen soll nicht fad sein, und wir wollen ihnen helfen eine Beschäftigung zu finden. Wir wollen sie zur Demokratie erziehen, denn einmal müssen ja die Jungen die Verwaltung unserer Stadt weiterführen.

Was die Frage der Kredite anlangt, so seien die Sozialisten nicht gegen Kreditoperationen. Sie treten aber nur dort dafür ein, wo der Bevölkerung daraus keine zusätzliche Belastung erwächst. Wir haben bei den Stadtwerken bewiesen, daß dies möglich ist. Man kann aber nicht Investitionen durch Kredite finanzieren, bei denen schon in 20 Jahren die Zinsen mehr ausmachen, als der ganze Kredit.

Abschließend bemerkte der Redner, die Sozialisten wollen alles daransetzen, um die Interessen Wiens so wirkungsvoll wie nur möglich zu vertreten. Aus diesem Grunde verlangen sie auch ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz. Er freue sich deshalb über die Erklärung von Stadtrat Lakowitsch, daß auch die ÖVP bereit ist, die Sozialisten dabei zu unterstützen. Leider müsse er feststellen, daß Nationalrat Weinmayer bei einer Tagung der Hausbesitzer erklärt hat, daß das Bodenbeschaffungsgesetz den

./.

Sozialisten nicht konzessionslos übergeben werden, sondern mit einer Mietenreform gekoppelt werden soll. Die sozialistischen Unterhändler werden nicht bereit sein, einem solchen Druck zu weichen.

Die Sozialisten sind zur Zusammenarbeit bereit und wollen alle Kräfte und allen Fleiß für die Stadt Wien und ihre Bevölkerung zur Verfügung stellen, schloß Vizebürgermeister Slavik. Wir rufen alle Wiener und alle Parteien auf: Helft mit bei der Weiterentwicklung unserer Stadt, damit der Jugend Wiens eine schöne Zukunft gesichert werden kann! (Beifall bei der SPÖ.)

Konstituierende Sitzung des Wiener Landtages

Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung hielt der Wiener Landtag seine konstituierende Sitzung ab, die von dem bisherigen Präsidenten, Abgeordneten Marek, eröffnet wurde.

Der erste Punkt der Tagesordnung sieht die Wahl des ersten Landtagspräsidenten sowie die des zweiten und dritten Präsidenten des Wiener Landtages vor. Gemäß den Bestimmungen der Gemeindewahlordnung 1959 entfallen die Stellen des ersten und dritten Präsidenten auf die Sozialistische Partei Österreichs, die Stelle des zweiten Präsidenten auf die Österreichische Volkspartei. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Stemmer werden die Wahlen durch Erheben der Hand vorgenommen. Während der Wahl des ersten Präsidenten übernimmt Abg. Mühlhauser den Vorsitz. Der Wahlvorschlag der SPÖ für den ersten Präsidenten lautet auf den Abgeordneten Bruno Marek. Der Wahlvorschlag wurde wie alle weiteren Wahlvorschläge ohne die Stimmen der FPÖ und KLS angenommen. Präsident Marek übernimmt unter lebhaften Beifall den Vorsitz. Als zweiter Präsident wurde von der Österreichischen Volkspartei der Abgeordnete Karl Mühlhauser und als dritter Präsident von der Sozialistischen Partei die Abgeordnete Helene Potetz vorgeschlagen. Auch der zweite und der dritte Präsident wurden unter dem Beifall von SPÖ und ÖVP gewählt.

Im weiteren Verlauf der Tagesordnung erfolgt die Wahl von neun Mitgliedern des Immunitätskollegiums.

./.

Die Sozialistische Partei Österreichs hat die Abgeordneten Adolf Planek, Dr. Josef Bohmann, Frieda Nödl, Dr. Josef Jakl, Bruno Marek und Leopold Mistinger vorgeschlagen, die Österreichische Volkspartei die Abgeordneten Dkfm. Dr. Kurt Fiedler, Dr. Carl Freytag und Dr. Dipl.-Ing. Franz Hengl. Die Genannten wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gewählt.

Als Mitglieder des Unvereinbarkeitsausschusses wurden gewählt von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Dr. Josef Bohmann, Hans Bock, Harry Jodlbauer, Leopoldine Schlinger, Wilhelm Svetelsky und Karl Rösner, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Carl Freytag, Dr. Franz Weninger und Dkfm. DDr. Pius Prutscher.

Sodann erfolgte die Wahl von zwölf Mitgliedern des Bundesrates. Nach dem Proporz entfallen acht Mandate auf die Sozialistische Partei und vier Mandate auf die Österreichische Volkspartei. Von der Sozialistischen Partei wurden gewählt Otto Skritek, Alfred Porges, Rudolfine Muhr, Franziska Krämer, Dr. Hertha Firnberg, Dr. Fritz Koubek, Univ.-Prof. Dr. Hans Thirring und Josef Kratky, von der Österreichischen Volkspartei Fritz Eckert, Franz Gabriele, Albert Römer und Ing. Rudolf Harramach.

Damit ist die Konstituierung des Wiener Landtages beendet.

Präsident Marek bringt die bisherigen Leistungen des Landtages auf gesetzgeberischem Gebiet in Erinnerung, wobei er unter anderem das Naturschutzgesetz, das Fremdenverkehrsförderungsgesetz, das Jugendwohlfahrtsgesetz, das Kinogesetz, das Blindenbeihilfengesetz, das Feuerpolizeigesetz, das Krankenanstaltengesetz, hervorhebt.

Vom neugewählten Landtag soll ein Abschnitt der Bauordnung, der sich mit Kommassierungen beschäftigt, novelliert werden, die dringend notwendig gewordene Regelung des Elektrizitätswesens soll vorgenommen, ein Straßenverwaltungsgesetz und ein Jugendschutzgesetz geschaffen werden.

./.

Das Wiener Kinogesetz soll in einigen Bestimmungen abgeändert werden, um der Tatsache des immer bedeutender werdenden öffentlichen Fernsehens gerecht zu werden und hinsichtlich der Prädikatisierung von Filmen Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens in Übereinstimmung mit dem zu beschließenden Jugendschutzgesetz mit anderen Bundesländern zu schaffen. Eine Novelle zum Blindenbeihilfengesetz soll den blinden Mitbürgern gewisse Vorteile bringen. Diese nur beispielsweise angeführten Probleme der Landesgesetzgebung werden an Landtag und Landesregierung große Anforderungen stellen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und Präsident Marek schließt die Sitzung um 13.50 Uhr.

\- - -

Führung durch das Historische Museum der Stadt Wien

11. Dezember (RK) Der Direktor der Museen der Stadt Wien, Dr. Franz Glück, führt Sonntag, den 13. Dezember, um 10 Uhr, durch das Historische Museum. Treffpunkt auf dem Karlsplatz vor dem Museumseingang.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

11. Dezember (RK) Dienstag, den 15. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Maria Jacobi.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die neuen Preisträger der Dr. Karl Renner-Stiftung

12. Dezember (RK) Die Dr.Karl Renner-Stiftung, die der Wiener Gemeinderat anläßlich des 80. Geburtstages des großen österreichischen Staatsmannes errichtet hat, um die Erinnerung an sein Werk lebendig zu erhalten, ist im Bewußtsein unserer Bevölkerung schon tief verwurzelt. Mit ihr wurde eine Ehrung gefunden, die für Leistungen ganz besonderer Art bestimmt ist, deren Einmaligkeit jede andere Auszeichnung ausschließt. Der Grad ihrer Popularität drückt sich - der Volksmund hat damit ein treffendes Wort geprägt - in der Bezeichnung "Wiener Nobelpreise" aus. Der Kreis derer, die in den Genuß der Stiftung treten können, ist praktisch unbegrenzt, der Rahmen so weit gezogen, daß jeder Standes- und Rangunterschied aufgehoben erscheint. Der höchste Würdenträger gilt nicht mehr und nicht weniger als der schlichte Privatmensch, den niemand kennt. Hier liegt der Schwerpunkt, die Eigenart und der wahre Sinn der ganzen Einrichtung. Das ist der Grund, warum sie so schnell volkstümlich wurde.

Vier Personen und drei Personengemeinschaften bilden den Mittelpunkt des festlichen Aktes, der anläßlich der feierlichen Übergabe der Urkunde an die diesjährigen Preisträger im Rathaus stattfinden wird. Ihre Auswahl erfolgte, so wie bisher immer, in vollem Einklang mit den im Statut der Stiftung festgelegten Bestimmungen. Heuer wird jedoch nicht der unbekannte Held des Alltags, der in einem stillen Wirkungskreis treu seine Pflicht erfüllt, in der Stunde der Bewährung über sich hinauswächst und

./.

damit ein Vorbild für die anderen wird, ins Licht der Öffentlichkeit gestellt, sondern der schöpferische Mensch und die Gemeinschaftsarbeit, die dem Gesamtwohl nützt. Diesmal wird einerseits ein Wirken berücksichtigt, das vor den Landesgrenzen nicht halt macht, sondern über sie hinausdringt und ein internationales Echo erweckt, andererseits eine besonders aktive soziale Tätigkeit, die, von ihrem Zentrum Wien ausgehend, allen Mitbürgern des gesamten Bundesgebietes ohne Ansehung der Person zugute kommt. Es handelt sich um ein Schaffen, das sich über ein ganzes Leben erstreckt, um das bewußte Herausstellen von Leistungen, die das Ansehen, das Österreich und seine Hauptstadt Wien auf wissenschaftlichem, künstlerischem, sozialem oder wirtschaftlichem Gebiete genießen, in bedeutsamer Weise erhöht haben.

Die vier Einzelpersonen erhalten Geldbeträge in der Höhe von je 10.000 Schilling, die drei Personengemeinschaften je 20.000 Schilling. Die Preisverteilung findet im Jänner 1960 statt.

Die Einzelpersonen:

Flugzeugkonstrukteur und Textiltechniker Igo Etrich wurde am 25. Dezember 1879 in Trautenau, Böhmen, als Sohn eines Industriellen geboren. Durch ihn erhielt er die Möglichkeit, sich eine Flugzeugwerkstätte einzurichten und Versuche mit Gleitfliegern ohne menschliche Besatzung durchzuführen. In der Folge übersiedelte er nach Wien, wo ihm das Handelsministerium auf dem Rotundengelände einen Pavillon zur Verfügung stellte. 1905 bekam er das erste Patent für einen Apparat mit 12 Meter Spannweite. 1906 baute er sein erste Motorflugzeug, den "Praterspatz", und erreichte damit Flüge bis zu 100 Meter. Eine neue Konstruktion führte zur "Etrich-Taube", mit welcher der Pilot Karl Illner sämtliche Rekorde im Hoch- und Dauerfliegen gewann und für den Flug Wien - Horn - Wien auch den Preis der Stadt Wien errang. Vor dem ersten Weltkrieg gründete Etrich die Etrich-Flieger-Werke in Liebau und die "Brandenburger-Flieger-Werke". 1913 konstruierte er seine "Schwalbe", die in acht Minuten 1000 Meter steigen konnte. Mit ihr unternahm er einen Europarundflug, der ihn bis nach Paris und London führte.

./.

Nach 1918 betätigte er sich, da die Friedensverträge die Flugzeugproduktion verboten, in der Textilindustrie und brachte seine Fabriken in Trautenau durch eine Erfindung auf höchste Leistungsfähigkeit. 1944 wurde ihm das Ehrendoktorat der Technischen Hochschule in Wien verliehen. 1945 enteignet und anschließend aus der Tschechoslowakei ausgewiesen, übersiedelte er völlig mittellos nach Bayern und lebt gegenwärtig in Freilassing. Igo Etrich gehört zu den Pionieren der Luftfahrt und hat für die Entwicklung des österreichischen Flugwesens besondere Bedeutung. Die moderne Aviatik hätte ohne ihn nicht ihr heutiges Niveau erreicht. Seine "Taube" ist im Wiener Technischen Museum ausgestellt.

Univ.Prof. i. R. Dr. Ferdiand Kadecka ist einer der ersten Juristen Österreichs und als Strafrechtslehrer eine unbestrittene Autorität von internationalem Format. Die Hauptarbeit seines Lebens galt der Erneuerung des österreichischen Strafrechts. Er wurde am 16. Juli 1874 in Wien geboren und absolvierte die rechtswissenschaftlichen Studien. 1912 trat er von der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Laufbahn in die Gesetzesabteilung des Justizministeriums über, die er von 1918 bis 1934, zuletzt als Sektionschef, leitete. In dieser Zeit wurde das österreichische Strafrecht durch wichtige Gesetze bereichert, die seine rechtspolitische Auffassung widerspiegeln. Prof. Kadecka ist der Schöpfer des Jugendgerichtsgesetzes und der geistige Vater einer ganzen Reihe anderer Entwürfe und Novellen, die zu einer völligen Neuorientierung des österreichischen Strafrechts im Rahmen einer Gesamtreform hätten führen können. Hierher gehören u.a. das Tilgungsgesetz, das Gesetz über die bedingte Verurteilung und den bedingten Strafnachlaß, das Arbeitshausgesetz. Sie alle zeigen neben meisterhafter Formulierung die klare Tendenz, vom Vergeltungsprinzip abzurücken, den Rechtsbrecher für die menschliche Gemeinschaft zurückzugewinnen. Einige von ihnen haben noch im Jahre 1953 dem deutschen Gesetzgeber wertvolle Anregungen gegeben. Bereits 1922 erfolgte seine Habilitierung an der Wiener Universität, wo er nach dem Ausscheiden aus dem Ministerialdienst den Lehrstuhl für Strafrecht übernahm und auch als Dekan fungierte. Selbst nach Erreichung der Altersgrenze hielt

./.

er noch lange Vorlesungen und arbeitet bis heute als Herausgeber kommentierter Gesetzesausgaben sowie als fruchtbarer Fachautor. Für seine Leistungen wurden ihm wiederholt besondere Ehrungen zuteil. Die Universitäten Berlin und Wien verliehen ihm das Ehrendoktorat der Staatswissenschaften. Heuer erhielt er das goldene Ehrenzeichen für Kunst und Wissenschaft sowie die Ehrenmedaille der Stadt Wien.

Prof. Fritz Kreisler, einer der größten Virtuosen seiner Zeit und Hauptvertreter der berühmten Wiener Geigerschule, wurde am 2. Februar 1875 in Wien geboren. Seit frühester Kindheit pflegte er das Violinspiel und wurde von namhaften Lehrern, wie Joseph Hellmesberger und Leo Delibes, unterrichtet. Mit 12 Jahren erhielt er in Paris den Premier Grand Prix. Zwei Jahre später machte ihn eine große Tournee auch in Amerika bekannt. Weitere Kunstreisen folgten bis zu Beginn des ersten Weltkrieges, den er im Schützengraben mitmachte. Als Invalider entlassen, machte er sich in den Vereinigten Staaten ansässig, verbrachte dann 14 Jahre in Europa und kehrte 1939 für immer nach den USA zurück. Prof. Fritz Kreisler, der die ganze Welt durch seine Kunst bezaubert hat, ist auch als Komponist hervorgetreten. In seinem Schaffen kultivierte er die gleiche melodische, elegante und beseelte Wiener Note, die sein Geigenspiel auszeichnete. Zu seinen Operetten "Sissy" und "Apfelblüten" gesellen sich zahlreiche weltberühmt gewordene Violinstücke, wie "Caprice viennois", "Liebesleid und Liebesfreud", "Schön Rosamrin", in deren Wiedergabe er von niemand erreicht wurde. Eine glückliche Hand bewies er auch in der Bearbeitung von alten Wiener Tanzweisen und Stücken alter Meister, deren vornehme, aller äußerlichen Virtuosität bare Art seiner künstlerischen Auffassung besonders gemäß war. Von der ganzen Welt gefeiert und verehrt, hat Prof. Kreisler seine Heimat immer hoch in Ehren gehalten und für deren notleidende Künstler, Kinder und Kranke eine intensive, karitative Tätigkeit entfaltet, die er mit vielen großzügigen Hilfsaktionen bis heute fortsetzt. Wiener Spitäler, Jugendheime und Musikvereinigungen verdankten ihm in den Nachkriegsjahren tatkräftige Unterstützung durch Geld- und Sachspenden.

./.

Generalmusikdirektor Prof. Dr. h. c. Bruno Walter, der seit Jahrzehnten zu den besten Dirigenten der Welt gehört, wurde am 15. September 1876 in Berlin geboren, wo er am Stein'schen Konservatorium eine sorgfältige musikalische Ausbildung genoß und sich durch eifriges Selbststudium vervollkommnete. An der Oper in Hamburg lernte er Gustav Mahler kennen, mit dem ihn bis zu dessen Tod treue Freundschaft verband. Der weitere Weg führte den jungen Künstler nach Breslau, Riga und Berlin, wo er als Kapellmeister außerordentliche Erfolge errang. 1901 leistete er dem Ruf Mahlers Folge und trat ein Engagement an der Wiener Hofoper an. In diesem Wirkungskreis arbeitete er bis 1912 höchst verdienstvoll. 900 mal stand er während jener Zeit am Dirigentenpult und bewährte sich als hervorragender Musikerzieher, sodaß er schon damals bei den Wienern als legitimer Erbe Gustav Mahlers galt. Anschließend wurde er als Generalmusikdirektor Leiter der Münchner Oper, deren Mozart- und Wagneraufführungen durch ihn berühmt wurden. Die nächste Station war die Charlottenburger Oper in Berlin. Schon in der Wiener Zeit hatten seine Gastspiele begonnen, die ihn an der Spitze der berühmtesten Orchester in alle Ländern der Erde führte. Besonders gern konzertierte er mit den Wiener Philharmonikern. Hat sich seine Haupttätigkeit in den letzten 15 Jahren nach Amerika verlagert, so ist seine Verbundenheit mit Österreich und Wien, wo sein Aufstieg zum Meisterdirigenten begann, deshalb nicht weniger fest. Sein Name bleibt für alle Zeiten mit einer Glanzzeit der Wiener Oper und mit den Salzburger Festspielen verknüpft, zu deren Weltruf er durch seine Mitarbeit entscheidend beitrug. Bruno Walter ist seit 1956 Träger des Ehrenringes der Stadt Wien.

Die Personengemeinschaften:

Das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Wien blickt auf eine 345jährige Tradition gemeinnützigen humanitären Wirkens zurück. Der Portugiese Johannes Cindad (Johannes von Gott) ist der Begründer des Ordens, der sich vor allem der Krankenpflege widmet. Das Spital und Kloster in Wien wurde 1614 durch den italienischen Laienbruder und namhaften Chirurgen Fra Gabriele Ferarra errichtet. Die Wiener Niederlassung, die aus einem kleinen Spital, einem Kloster, einer Kirche und einer Apotheke bestand, lag im Gebiet der heutigen Taborstraße. Schon bald

./.

mußten Erweiterungen vorgenommen werden. 1655 fielen Kirche, Kloster und Spital einer Feuerbrunst zum Opfer. Der Neubau erfolgte binnen Jahresfrist. Die Pestepidemie von 1679 und die 2. Türkenbelagerung von 1683 hemmten die weitere Entwicklung. Erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts besserten sich die Verhältnisse durch umfangreiche Schenkungen. Im 18. Jahrhundert wurden auch zahlende Patienten aufgenommen. Während der Franzosenkriege gerieten die Brüder in finanzielle Schwierigkeiten, sodaß die Regierung aushelfen mußte. Die Entwicklung Wiens zur modernen Großstadt machte es notwendig, das alte Konventsspital durch einen Neubau zu ersetzen und diesen den Anforderungen der Zeit entsprechend einzurichten. Um den während des ersten Weltkrieges gestellten hohen Anforderungen zu genügen, mußte ordensfremdes geistliches und weltliches Pflegepersonal herangezogen werden. In diesen Jahren standen 600 Betten für verwundete Soldaten und 100 für kranke Zivilisten bereit. In der Folgezeit verwandelte sich die Anstalt in ein modernes Großstadtspital und stellte während der durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufene Arbeitslosigkeit die karitativen Aufgaben ganz in den Vordergrund. 1936 wurden im Armenambulatorien über 90.000 Kranke behandelt. Von 6.317 Neuaufnahmen bestand ein Drittel aus Gratispatienten, 180.000 Bedürftige wurden von der Armenausspeisung verpflegt. Im zweiten Weltkrieg diente das Haus wieder als Lazarett und wurde bei Fliegerangriffen mehrmals beschädigt. Das Jahr 1946 brachte den Abschluß der Wiederinstandsetzung und mit 127.697 Verpflegstagen gleichzeitig die bis dahin größte Arbeitsleistung der Anstalt seit ihrem Bestand. Derzeit besitzt das Krankenhaus 400 Betten. Im Vorjahr wurden 140.310 Verpflegstage und 5.700 aus der stationären Pflege Entlassene gezählt. Die Zahl der Brüder und Novizen beträgt 30, sodaß der interne Betrieb auf fremdes Personal angewiesen ist. Als Entschädigung für die öffentlichen Sammlungen werden die von der Fürsorge zugewiesenen Patienten nach wie vor kostenlos gepflegt. Das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Wien konnte während seines langen Bestehens viel Not und Elend lindern. Es ist aus der Geschichte der Wiener Spitäler nicht hinweg zu denken.

./.

Der Flugrettungsdienst wurde von der 1954 im Rahmen der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit des Bundesministeriums für Wien gegründeten Abteilung 6 aufgebaut, um bei Bergnot, Naturkatastrophen, Unglücksfällen ungewöhnlichen Ausmaßes oder besonderer Art den Betroffenen Hilfe oder Rettung zu bringen. Zunächst mußte ein für den Einsatz speziell geschultes Personal von Piloten und Flugzeugmechanikern aufgestellt werden. Hiefür wurden Beamte der Bundespolizei und Bundesgendarmerie auserwählt, die ehemalige Flieger waren. Sie erlernten in der Schweiz die Technik der Gletscherlandung und erhielten jene Ausrüstung, die Operationen im Hochgebirge erfordern. Auch besondere alpinistische Kenntnisse und Erfahrungen mußte sich die Gruppe aneignen. Neben Motorflugzeugen werden Hubschrauber eingesetzt, die bis zu einer Höhe von 3000 Meter vordringen können. Alle sind mit Funkeinrichtungen und verschiedenen Hilfsmitteln, wie Tragbahren, Abwurfvorrichtungen, Floßsäcken, etc. versehen. Zur Steigerung ihrer Aktionsfähigkeit sind die sechs Motorflugzeuge und drei Helikopter auf die drei Einsatzstellen Wien, Meidlinger Kaserne, Flughafen Salzburg-Maxglan, Flughafen Innsbruck-Kranebitten vorteilt. Außenlandungen im Hochgebirge stellen an das fliegerische Können und an den persönlichen Mut höchste Anforderungen. Nur unbedingte Einsatzbereitschaft kann das Risiko vermindern und die Erfolgsschancen vermehren. Der Flugrettungsdienst hat bis heute bei 275 Einzelnotfällen und bei sechs großen Katastrophen rund 150 Hilfsaktionen mit über 250 Such-, Aufklärungs-, Bergungs-, Rettungs-, Transport- und Versorgungsflügen gestartet. Das Stammpersonal besteht aus zehn Piloten und Mechanikern, die unter den schwersten Bedingungen arbeiten. Die Retter aus der Luft sind eine Handvoll beherzter Männer. Perfekt ausgebildet im Fliegen, im Springen, im Landen, im Klettern und im Samariterdienst, halten sie sich Tag und Nacht bereit. Sie rechnen damit, daß es oft nur um Minuten geht. Eine Zeitungsnotiz oder ein Bericht liest sich leicht. Was sich dahinter verbirgt, ist aber ein auf Gnade oder Ungnade geführter erbarmungsloser Kampf mit der Natur. Die Retter aus der Luft müssen oft mit Fallschirmen abspringen, um Verunglückte in unwegsamen Gebieten zu suchen und zu bergen. Es gehört zu ihren täglichen Pflichten, das eigene Leben aufs Spiel zu setzen, um anderen zu helfen.

./.

Die Erfinder des L.D.Verfahrens. Eine Gruppe österreichischer Ingenieure, Wissenschaftler und Metallurgen entwickelte in jahrelanger Arbeit das inzwischen weltbekannt gewordene L.D.Verfahren. Diese technische Großtat ist für die österreichische Volkswirtschaft, aber auch für die gesamte internationale Stahlproduktion von entscheidender Bedeutung. Die Verleihung des Preises der Dr.Karl Renner-Stiftung stellt eine der Leistung angemessene Ehrung dar. Darin teilen sich der Wiener Dipl.-Ing. Ortwin Cuscoleca, der Salzburger Dipl.-Ing. Felix Grohs, Dipl.-Ing.Dr.mont.Robert Hauttmann aus Kammer am Attersee, Dipl.-Ing. Fritz Klepp aus Leitendorf bei Leoben, Dipl.-Ing. Wolfgang Kühnelt aus Wien, Dipl.-Ing. Dr.mont. Rudolf Rinesch aus Bismarckhütte in Oberschlesien, Dipl.-Ing. Kurt Rösner aus Eisenerz und Hochschulprof. Dipl.-Ing.Dr.mont.Herbert Trenkler aus Königshof, C.S.R. Der seit langem erwogene Plan des Ausbaues der österreichischen Grundstoff- und Schlüsselindustrie erforderte eine gute fundierte Rohstoffbasis. Wesentlich hiefür ist die Bereitstellung der notwendigen Stahlmenge und Stahlqualität. Nach der Verstaatlichung der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie wurden in den Jahren 1948 - 1949 von führenden Technikern der beiden großen österreichischen Eisenhüttenwerke, der VÖEST in Linz und der Alpine Montangesellschaft in Donawitz, systematische Versuche großen Umfanges gemacht, um durch Aufblasen von technisch reinem Sauerstoff auf Roheisen in einem Tiegel hochwertigen Stahl zu erzeugen. Das neue Verfahren benötigt zur Stahlerzeugung nur sehr wenig Schrott und verringert die Investitionskosten um einen enormen Prozentsatz. 1953 wurden die neuen L.D. Stahlwerke, deren Bau und Betriebsführung nur den dritten Teil dessen kostet, was für ein Siemens-Martin-Stahlwerk von gleicher Leistungsfähigkeit aufgewendet werden muß, bei der VÖEST und Alpine in Betrieb gesetzt. Trotzdem gehörte viel Mut dazu, diesen Schritt ins Neuland zu wagen und eine Entscheidung von so außerordentlicher nationalökonomischer Bedeutung zu fällen. Seither ist das Verfahren noch wesentlich verfeinert worden. 1958 war die Rohstahlerzeugung mit 2,393.161 Tonnen bereits 3.7 mal größer als 1937. Schon frühzeitig hat sich auch das Ausland für die neue Methode interessiert, die ein Produkt aus Not und österreichischem Erfindergeist ist. Mit Ende August 1959 standen auf der ganzen Welt bereits 16 L.D. Stahlwerke in zehn Ländern in Betrieb. ./.

Weitere 26 L.D.-Stahlwerke, verteilt auf zwölf Länder, sind in Planung oder Bau bzw. in Fertigstellung. Die Ausarbeitung des L.D.-Verfahrens, das in allen bedeutenden Industrieländern der Erde Eingang gefunden hat, stellt eine Pionierleistung ersten Ranges in einer Zeit sprunghaften technischen Aufstieges dar.

\- - -

Reibungslose und sachliche Zusammenarbeit mit der Presse

Österreichischer Städtebund beschloß Richtlinien - Kritik an der Stadtverwaltung soll nicht verhindert werden - Geheimniskrämerei verboten

12. Dezember (RK) Der Hauptausschuß des Österreichischen Städtebundes, der vor kurzem in Wien tagte, genehmigte einstimmig Richtlinien über die Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen mit der Presse. Die Richtlinien wurden von der "Pressekommission" des Städtebundes ausgearbeitet. Sie sollen den Mitgliedsgemeinden einen Leitfaden für ihre publizistische Arbeit geben. Es wird jedoch darin auch Grundsätzliches über die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Presse ausgesagt.

So heißt es zum Beispiel im Punkt 1: "Dienst an der Gemeinschaft der Bürger ist das Leitmotiv jeder kommunalen Tätigkeit. Daraus ergibt sich die Pflicht der Gemeinde, die Öffentlichkeit über alle Vorgänge auf der Ebene der Gemeinde möglichst frühzeitig, oft und umfassend zu informieren. Nur so kann jenes Vertrauen zwischen Bürgern und Verwaltung entstehen, das zu einer gerechten Beurteilung der Aufgaben und Leistungen der Gemeinde führt. Aus der Anteilnahme der Gemeindebürger an kommunalen Problemen soll sich eine bewußte Mitverantwortung am kommunalen Geschehen ableiten.

Die Presse ist die bedeutendste Informationsquelle für die Öffentlichkeit; sie trägt wesentlich zur Bildung der öffentlichen Meinung bei. Jede Stadtverwaltung sollte an einer reibungslosen und sachlichen Zusammenarbeit mit der Presse interessiert sein. An ihr liegt es, die Einrichtungen zu schaffen, die eine solche Zusammenarbeit ermöglichen und sichern."

Oder im Punkt 3, der die Zusammenarbeit mit der Presse zum Gegenstand hat: "Nur durch Offenheit und Vertrauen wird die

./.

Öffentlichkeit zur Mitarbeit bei der Durchführung kommunalpolitischer Pläne gewonnen werden können. Dieses Vertrauensverhältnis verbietet jede Geheimniskrämerei. Die Informationstätigkeit hat vielmehr so weit zu gehen, als dies rechtlich und sachlich vertretbar erscheint."

Und zum Schluß wird nachdrücklich festgestellt: "Es wäre falsch, zu versuchen, Kritik an der Stadtverwaltung zu verhindern. Grundsätzlich ist von der Presse der gleiche gute Wille vorauszusetzen, der in der Verwaltung herrschen muß. Bei gegensätzlichen Auffassungen oder unrichtigen Darstellungen soll daher die Ausschöpfung der durch das Preßgesetz eingeräumten Möglichkeiten der letzte Weg sein; die persönliche Aussprache und Bereinigung ist immer vorzuziehen.

Es muß das eminente Interesse jeder Gemeinde sein, ihre Aufgaben in engstem Kontakt mit ihren Bürgern zu lösen. Jeder Weg ist richtig, der zu einem solchen engen Kontakt führt. Aus ihm muß das Wissen um die gemeinsame Verantwortung aller Bürger für das Leben in der Gemeinschaft erwachsen.

Die Gemeinden als Keimzellen der Demokratie und die Presse als wichtiger Grundpfeiler der demokratischen Verfassung müssen in gemeinsamer, verantwortungsbewußter und harmonischer Zusammenarbeit darnach streben, die Bevölkerung zu positiver und aufgeschlossener Mitarbeit in kommunalen Angelegenheiten heranzuziehen, im wohlverstandenen Interesse der lebendigen Entfaltung und gesunden Entwicklung unserer Heimat."

Durch den Beschluß des Hauptausschusses werden die Richtlinien den Mitgliedsgemeinden des Städtebundes, das sind alle größeren Städte in Österreich, zur Anwendung empfohlen. Damit hat der Österreichische Städtebund sein Verständnis für die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit mit der Presse deutlich unter Beweis gestellt.

\- - -

In- und ausländische Journalisten im Wiener Rathaus

12. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas gab gestern abend im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses für die Vertreter der in- und ausländischen Presse einen Empfang, bei dem er ihnen die in den gestrigen konstituierenden Sitzungen des Wiener Gemeinderates und des Landtages gewählte Vizebürgermeister, Stadträte, die Vorsitzenden des Gemeinderates, die Präsidenten des Wiener Landtages sowie die Fraktionsführer vorstellte. Der Bürgermeister hieß die Journalisten im Namen der Stadtverwaltung herzlich willkommen und dankte ihnen für ihr Erscheinen.

\- -.- -

Freie Ärztestellen

12. Dezember (RK) In der Krankenanstalt Rudolfstiftung der Stadt Wien wird die Stelle eines Assistenten an der Augenabteilung vergeben.

Im Wilhelminenspital der Stadt Wien wird eine Assistentenstelle an der Lupus- und dermatovenerologischen Abteilung vergeben. Bewerbungsgesuche um diese Stellen müssen bis spätestens 15. Jänner 1960 bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, abgegeben werden.

\- - -

Puppenkinder werden "adoptiert"

12. Dezember (RK) Dienstag, den 15. Dezember, um 15 Uhr, wird das Jugendamt der Stadt Wien im Rahmen einer Weihnachtsfeier im städtischen Kindergarten "Im Stadtpark" einer Gruppe von Wiener Mädchen Puppen in Pflege übergeben. 23 Mädchen, die vor einem Jahr Puppen in Pflege übernommen haben, wird Stadtrat Maria Jacobi die "Adoptionsurkunden" überreichen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu dieser Feier einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

\- - -

Wiener Imker bei B ürgermeister Jonas

12. Dezember (RK) Die leitenden Funktionäre des Verbandes für Bienenzucht in Wien, Präsident Richter, Vizepräsident Ing. Nußbaumer und Ing. Typpelt, statteten heute früh Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus einen Besuch ab, um ihn über die Leistungen der Wiener Imker im abgelaufenen Jahr zu informieren. Wien zählt bekanntlich mit seinen rund 12.000 Bienenvölkern zu den größten und bedeutendsten Bienenstädten Europas. Die Vertreter der Wiener Imker überreichten dem Bürgermeister bei dieser Gelegenheit als Geschenk ein Kistchen mit Produkten der Wiener Bienenzucht. Bürgermeister Jonas dankte für das Geschenk und wünschte dem Landesverband und seinen Mitgliedern in ihrer weiteren Tätigkeit die besten Erfolge.

\- - -

Gustav Karl Bienek - ein Sechziger

12. Dezember (RK) Am 14. Dezember feiert Gustav Karl Bienek seinen 60. Geburtstag zugleich mit seinem 40jährigen Berufsjubiläum als Publizist, Journalist und Schriftsteller.

Gustav Karl Bienek, der einer uralten wappentragenden Wiener Familie entstammt, die bereits 1362 dem "Inneren Rat von Wien" angehörte und senatorischen Rang besaß, kam als junger Heimkehrer aus dem ersten Weltkrieg zur Literatur und war mit den bedeutendsten Erscheinungen der Zeit: Peter Altenberg, Arthur Schnitzler, Stephan Zweig, Franz Werfel, Roda-Roda, Hans Heinz Ewers, Leo Perutz, Egon Erwin Kisch, Egon Dietrichstein und vielen anderen aus dem Literatenkreis der Cafés Central und Herrenhof freundschaftlichst verbunden. Seine Erlebnisberichte aus Südosteuropa, die später in den Novellenbänden "Im Schatten Romanettis" und "Das lachende Abenteuer" ihren Niederschlag gefunden haben, machten die europäische Öffentlichkeit zuerst auf ihn aufmerksam. Gustav Karl Bienek darf auf ein Lebenswerk von zwölf Romanen und Novellen, drei aufgeführten Bühnenwerken und von tausenden Essays, Artikeln und Kurzgeschichten hinweisen. Er ist einer der am meisten gelesenen österreichischen Autoren. Seine Bücher "Die Nacht von Olmütz", "Das Wasserzeichen", "Der geheimnisvolle Herr von B...", "Die Rabengasse" und die in vier Sprachen verfilmte Novelle "Die Flucht des Giovanni Testa" haben ihn zu einem Lieblingsautor besonders der Wiener und österreichischen Leserschaft gemacht. G.K.B. - wie er seine Artikel zu zeichnen pflegt - hat sich aber auch in die Geschichte der Wiener Journalistik eingetragen. Als vieljähriger Kulturredakteur der Arbeiter-Zeitung, der Weltpresse und der "Zeit", als Kunst- und Theaterkritiker hat er in den schweren Jahren nach dem Krieg selbstlos und unbeirrbar für Österreich und Wien gewirkt. Der jugendliche Sechziger ist nun seit vier Jahren als Presse- und Kulturreferent der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien tätig und stellt sein reiches lokalhistorisches Wissen der internationalen Werbung für Wien zur Verfügung.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen, Dienstag, 15. Dezember, um 14 Uhr, der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Rudolf Sigmund, im "Presseclub Concordia", 1, Bankgasse 8, über das Problem der Ladezonen in den Wiener Straßen spricht. An der Pressekonferenz werden auch Vertreter des Polizeipräsidiums, der Bundeshandelskammer und der Arbeiterkammer teilnehmen.

\- - -

Budgetdebatte beginnt am Mittwoch

14. Dezember (RK) Mittwoch, den 16. Dezember, tritt der Wiener Gemeinderat um 10 Uhr zusammen und wird zunächst den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958 beraten sowie die Rechnungsabschlüsse der Städtischen Unternehmungen. Nach Beendigung dieser Beratungen wird Vizebürgermeister Slavik dem Gemeinderat den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 vorlegen und im Anschluß daran Stadtrat Schwaiger die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das kommende Jahr. Als Sitzungstage sind jeweils in der Zeit von 9 bis 19 Uhr vorgesehen: Donnerstag, der 17., und Freitag, der 18. Dezember, Montag, der 21., Dienstag, der 22., und Mittwoch, der 23. Dezember.

\- - -

Das Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien

14. Dezember (RK) Das 15. Stück des Landesgesetzblattes für Wien, das soeben erschienen ist, enthält die Wiederverlautbarung des Dienstrechtes der Beamten der Stadt Wien. Das Landesgesetzblatt ist um 18 Schilling im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

Das 16. Stück des Landesgesetzblattes enthält zwei Kundmachungen, durch die das Schienenparkverbot und die Halteverbotszone bei der APA aufgehoben wird. Die Aufhebung des Schienenparkverbotes in der jetzigen Fassung tritt allerdings erst mit Ablauf des 15. April 1960 in Kraft. Dieses Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag und in der Verkaufsstelle der Staatsdruckerei erhältlich.

\- - -

Geschenkberatung für den Weihnachtskauf

14. Dezember (RK) Der Verband Österreichischer Konsumentenorganisationen VÖKO veranstaltet auch heuer wieder gemeinsam mit der Haushaltsbudgetberatung der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der SW-Aktion, morgen Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag im AEZ von 11 bis 14 Uhr, im VÖKO, 16, Lerchenfelder Gürtel 37, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 17 bis 19 Uhr und Samstag von 15 bis 18 Uhr, eine Weihnachtsgeschenkberatung, die den Konsumenten beim Weihnachtseinkauf helfen soll.

Die Käufer werden über die Einteilung des Weihnachtsbudgets, über alle Haushaltsgeräte, über moderne Möbel und Einrichtungsgegenstände, über Geschenke von Büchern und Spielzeug, über Wäsche, Kleidung, Lederwaren, Sportartikel, Fotoapparate und Zubehör, Radio- und Fernsehgeräte, Schallplatten usw. beraten. Experten geben Auskunft über Kinderbücher und Spielzeug, Hauswirtschaftslehrerinnen und Hausfrauen helfen mit Ideen, wenn der Geldbeutel schmal, der Wunsch Freude zu machen aber groß ist. Soll noch rasch etwas gebastelt werden, hilft ein Fachmann mit Schnitten und Arbeitsanleitung.

\- - -

Der erste Schnee

14. Dezember (RK) Die Niederschläge, die in der Nacht von Samstag auf Sonntag als Regen begannen, gingen im Laufe des Sonntags in Schnee über, der in den südlichen und westlichen Randbezirken bei Temperaturen knapp über dem Gefrierpunkt liegen blieb. Da die der Jahreszeit entsprechenden geringen Bereitschaften in den Garagen nicht ausreichten, wurden gegen 17 Uhr durch den Rundfunk die Bediensteten der Straßenpflege und des städtischen Fuhrparks zum sofortigen Dienstantritt aufgefordert. Im Laufe des Abends wurde mit 763 eigenen Bediensteten die Schneesäuberung und Bestreuung der Übergänge begonnen. Der städtische Fuhrpark stellte 62 Fahrzeuge bereit, die teils als Pflüge und teils als Streufahrzeuge eingesetzt wurden.

Heute früh wurde der Dienstbeginn für 6 Uhr angeordnet. Die Schneeräumung wurde mit 1.030 Mann eigenem Personal und 182 aufgenommenen Schneearbeitern - mehr hatten sich nicht gemeldet - fortgesetzt. An Fahrzeugen waren 78 Pflüge und Lastwagen zum Streuen und zur Schneeabfuhr im Einsatz.

\- - -

Antrittsbesuch beim Bürgermeister

14. Dezember (RK) Der portugiesische Botschafter Abilio Pinto de Lemos stattete heute vormittag Bürgermeister Jonas seinen Antrittsbesuch ab.

\- - -

Amtseinführung von Stadtrat Schwaiger

14. Dezember (RK) Im Wiener Ringturm nahm heute vormittag Vizebürgermeister Mandl in Vertretung des Bürgermeisters die Verabschiedung von Stadtrat a.D. Dkfm. Nathschläger und die offizielle Amtseinführung von Stadtrat Schwaiger als Amtsführender Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen vor. Im großen Sitzungssaal des Ringturmes hatten sich die Mitglieder des Ausschusses für die Städtischesn Unternehmungen mit Landtagspräsident Marek an der Spitze, die Direktoren und die leitenden Beamten der Unternehmungen eingefunden. Generaldirektor Dr. Horak dankte in seiner Begrüßungsansprache dem scheidenden Stadtrat für die menschliche Anteilnahme, die er allen Mitarbeitern entgegengebracht habe. Stadtrat Schwaiger versicherte er die loyalste Mitarbeit aller Direktoren.

Vizebürgermeister Mandl überbrachte die Grüße des Bürgermeisters und wünschte dem neuen Stadtrat, daß er einen Weg finden möge, um allen Schwierigkeiten Herr zu werden, die diese große Geschäftsgruppe mit sich bringe.

Stadtrat a.D. Dkfm. Nathschläger nahm in bewegten Worten Abschied von seinen Mitarbeitern.

Stadtrat Schwaiger führte aus, daß er mit Freude und Stolz, aber auch mit einem gebündelten Maß von Sorgen die Geschäftsgruppe übernehme. Er verspreche jedoch, seine ganze Kraft der ehrenvollen Aufgabe zu widmen, die man ihm zugedacht habe.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 14. Dezember

14. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 1 Ochse, 9 Stiere, 52 Kühe, 4 Kalbinnen, Summe 66. Neuzufuhren: Inland 144 Ochsen, 186 Stiere, 690 Kühe, 123 Kalbinnen, Summe 1.143; Ungarn 35 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 40; Polen 16 Stiere. Gesamtauftrieb: 145 Ochsen, 211 Stiere, 777 Kühe, 132 Kalbinnen, Summe 1.265. Verkauft wurden 145 Ochsen, 211 Stiere, 776 Kühe, 132 Kalbinnen, Summe 1.264. Unverkauft eine Kuh.

Preise: Ochsen 9.60 bis 12.20 S, Extremware 12.30 bis 12.90 S (20 Stück), Stiere 11.20 bis 12.70 S, Extremware 12.80 bis 13.50 S (22 Stück), Kühe 7.50 bis 10.50 S, Extremware 10.60 bis 11.30 S (22 Stück), Kalbinnen 8.60 bis 12.50 S, Extremware 12.60 bis 13 S (19 Stück), Beinlvieh, Kühe 6.70 bis 8.70 S, Ochsen und Kalbinnen 9 bis 10.20 S. Der Durchschnittspreis für inländische Rinder erhöhte sich bei Stieren um 12 Groschen, bei Kühen um 17 Groschen und ermäßigte sich bei Ochsen um vier Groschen, bei Kalbinnen um 15 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 11.07 S, Stiere 12.10 S, Kühe 9.15 S, Kalbinnen 11.53 S; Beinlvieh verteuerte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm, polnische Stiere notierten von 11.80 bis 12.30 S, ungarische Kühe von 10.30 bis 11 S, ungarische Kalbinnen von 10.30 bis 11.50 S.

\- - -

Amtseinführung von Stadtrat Dr. Glück

14. Dezember (RK) Im Büro des Amtsführenden Stadtrates für das Gesundheitswesen am Schottenring fand heute nachmittag die offizielle Amtseinführung von Stadtrat Dr. Glück statt. Gleichzeitig verabschiedete sich Vizebürgermeister a.D. Gemeinderat Weinberger von den leitenden Beamten seiner Geschäftsgruppe.

Obersenatsrat Dr. Ledl sprach in Vertretung des Magistratsdirektors und hob hervor, daß Vizebürgermeister a.D. Weinberger einer der "ältesten" öffentlichen Funktionäre der Republik Österreich ist. Er war einer der ersten Bundesminister und hat dann noch 14 Jahre hindurch seine Kraft der Wiener Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt. Dem neuen Stadtrat versicherte Dr. Ledl im Namen der Beamtenschaft, daß sie so wie bisher alles tun werde, um eine erfolgreiche Führung dieser wichtigen Geschäftsgruppe zu gewährleisten.

Danach sprachen Obersenatsrat Dr. Weber, der Leiter des Anstaltenamtes, und das Mitglied des Zentralvorstandes der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Zangl.

Vizebürgermeister a.D. Weinberger verabschiedete sich von seinen Mitarbeitern und dankte ihnen für ihre Hilfe. Er habe sich bemüht, das Wiener Gesundheitswesen wieder aufzubauen und den modernen Verhältnissen anzupassen. Milliarden von Schillingen sind im Laufe seiner Amtszeit für den Ausbau des städtischen Gesundheitsdienstes ausgegeben worden. Seinem Nachfolger wünschte Weinberger für seine Tätigkeit alles Gute. Er werde ihn gerne beraten, aber niemals versuchen ihn zu beeinflussen. Stadtrat Dr. Glück dankte seinem ehemaligen Chef und bat die leitenden Beamten, ihm bei seiner Amtsführung zu unterstützen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Geehrte Redaktion!

Als zweite Sonderausstellung eröffnet das Historische Museum der Stadt Wien auf dem Karlsplatz am Sonntag, dem 20. Dezember, "Das Kind und seine Welt". Für die Vertreter der Presse besteht die Möglichkeit, die Ausstellung bereits Freitag, den 18. Dezember, zwischen 9 und 16 Uhr, kennenzulernen. Beamte des Museums werden für Anfragen zur Verfügung stehen.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

\- - -

Die städtischen Dienststellen in der Feiertagszeit

15. Dezember (RK) Die Stadtkassen bleiben wegen Abschlußarbeiten in der Zeit vom 18. bis einschließlich 31. Dezember für den Parteienverkehr geschlossen.

Für die Erledigung unabweisbarer Fälle und für die Ausgabe von Postsparkassen-Erlagscheinen während der üblichen Amtsstunden wird Vorsorge getroffen, sodaß die Einzahlung von Abgaben keine Unterbrechung erleidet.

In der Ehe- und Familienberatungsstelle des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, Magistratsabteilung 12, 1, Gonzagagasse 23, entfallen vom 24. Dezember bis 4. Jänner die Beratungsstunden. Letzte Beratung in diesem Jahr ist am Dienstag, dem 22. Dezember, erste Beratung im kommenden Jahr am Dienstag, dem 5. Jänner.

\- - -

Gutes Benehmen sehr gefragt

15. Dezember (RK) Der Wunsch vieler junger Menschen, ihr gutes Benehmen in allen Lebenslagen unter Beweis zu stellen, wird durch den ausgezeichneten Besuch der "Schule für gutes Benehmen" bestätigt, die im Arbeitsjahr 1958/59 37 Kurse mit mehr als 3.000 Teilnehmern abhalten konnte. Das Kulturamt gewährt im Rahmen des "Jugendabonnements der Stadt Wien" eine 50prozentige Ermäßigung der Kursgebühren. Die Kursteilnehmer waren im Arbeitsjahr 1958/59 zu zwei Dritteln Schüler von Berufsschulen oder berufsbildenden Lehranstalten. Das restliche Drittel der Besucher bestand aus 300 Mittelschülern, 200 Angehörigen des Bundesheeres und ungefähr 500 Erwachsenen verschiedener Berufsgruppen.

Die Kurse fanden in der Stadthalle, in der Wiener Urania, in den Volkshochschulen Wien-West, Alsergrund und Margareten sowie in den Zentralberufsschulgebäuden Hütteldorfer Straße und Mollardgasse statt. Da von den meisten Besuchern eine Fortsetzung der Übungen gewünscht wurde, plant die "Schule für gutes Benehmen" im Sommersemester 1960 einen Perfektionskurs abzuhalten, um den Interessenten die Möglichkeit zur Vervollkommnung zu geben.

\- - -

Das Kind und seine Welt

Neue Sonderausstellung im Museum der Stadt Wien

15. Dezember (RK) Sonntag, den 13. Dezember, wurde die Ausstellung "Zehn Jahre Neuerwerbungen" im Historischen Museum der Stadt Wien geschlossen. Das zweite Stockwerk bleibt weiterhin zur Einrichtung der Grundaufstellung des Museums mit dem 19. und 20. Jahrhundert für die Besucher nicht zugänglich. Dagegen wird Sonntag, den 20. Dezember, die neue Sonderausstellung "Das Kind und seine Welt", eröffnet.

Während der Feiertage ist das Museum zu folgenden Zeiten zugänglich: 24. Dezember von 9.15 bis 12 Uhr, 25. Dezember geschlossen, 26. und 27. Dezember von 9.15 bis 13 Uhr, 31.Dezember von 9.15 bis 12 Uhr und 1. Jänner von 9.15 bis 13 Uhr.

\- - -

50. Todestag von Matthäus Much

15. Dezember (RK) Am 17. Dezember starb in Wien der Prähistoriker Reg.Rat Dr. Matthäus Much.

Am 18. Oktober 1832 in Göpfritz, N.Ö., geboren, studierte er an der Wiener Universität Rechtswissenschaften und trat als Jurist in den Staatsdienst. Im Laufe der Jahre wandte er sich immer mehr der urgeschichtlichen und archäologischen Forschung zu, die dann sein ausschließliches Arbeitsgebiet wurde. Als Konservator und Mitglied der Zentralkommission für Kunst und historische Denkmale erwarb er sich besondere Verdienste um die prähistorische Durchforschung des alten Österreichs und legte in jahrzehntelanger Tätigkeit eine der größten urgeschichtlichen Privatsammlungen an. Auch seine fachwissenschaftlichen Veröffentlichungen über die europäische Kupfersteinzeit, über den vorgeschichtlichen Bergbaubetrieb in den Ostalpenländern, über Pfahlbauten in den Voralpen und vieles andere machten ihn im In- und Ausland sehr bekannt.

\- - -

An einem einzigen Tag sieben Millionen KWH

15. Dezember (RK) Wie der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Schwaiger der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilt, haben die Wiener E-Werke einen neuen Rekord aufgestellt. Am 10. Dezember überstieg der Tagesbedarf an elektrischer Energie im Wiener Versorgungsgebiet zum ersten Male sieben Millionen Kilowattstunden. Das bedeutet, daß innerhalb der letzten vier Jahre der maximale Tagesstrombedarf um 40 Prozent gestiegen ist. Im November 1955 wurde zum ersten Male die Fünf-Millionen-Kilowattstunden-Grenze erreicht. Im Jänner 1957 wurde die Sechs-Millionen-Kilowattstunden-Grenze überschritten.

\- - -

Filmerziehung der Wiener Jugend

15. Dezember (RK) Die Arbeiten des Landesjugendreferates Wien auf dem Gebiete der Filmerziehung haben erstmals auch Anerkennung durch eine der großen Verleihfirmen gefunden. Für die Premiere des schwedischen Filmes "Dschungelsaga" von Arne Sucksdorff wurden dem Landesjugendreferat sechshundert Karten zur Verfügung gestellt, damit die Spielfilmreferenten der Wiener Schulen Gelegenheit zur Prüfung des betreffenden Streifens erhalten. Über Einladung des Referates besuchten daher zahlreiche Gemeinderäte, die Vertreter der Wiener Lehrerschaft und Beamte der Stadtverwaltung die betreffende Vorführung und informierten sich für die Besprechung der "Dschungelsaga" in Schulklassen und Jugendgruppen.

Die Notwendigkeit der filmpädagogischen Betreuung der Wiener Jugend wird in diesem Zusammenhang durch das zehnte Heft der Wiener Schriften betont, das dieser Tage erschienen ist und eine Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft "Jugend und Film" beim Landesjugendreferat Wien unter dem Titel "Großstadtjugend und Kino" enthält. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden den Jugendlichen verschiedener Altersstufen eine Anzahl von Fragen vorgelegt, deren Beantwortung ein interessantes Beispiel

./.

für den Einfluß des Films auf die Psyche junger Menschen ergibt. Demnach schwankt die Zahl der regelmäßigen Kinobesucher innerhalb der Altersstufen zwischen 11 und 18 Jahren von achtzig bis dreiundneunzig pro hundert. Unter regelmäßigen Kinobesuchen wird ein mehrmaliger Aufenthalt in einem Lichtspieltheater pro Monat verstanden.

Aus dieser besonderen Anziehungskraft des Films für Jugendliche ergeben sich eine Fälle weiterer Fragen und Antworten, die in dem Heft "Großstadtjugend und Kino" statistisch ausgewertet werden.

\- - -

80. Geburtstag von Prof. Paul Gelmo

15. Dezember (RK) Am 17. Dezember vollendet der Chefchemiker der Österreichischen Staatsdruckerei Oberbaurat i.R. Prof. Dr. Ing. Paul Gelmo das 80. Lebensjahr.

Als Sohn einer Südtiroler Familie in Wien geboren, absolvierte er die Fachstudien an der Technischen Hochschule, wo er sich während seiner Assistentenzeit besonders mit Farbenchemie beschäftigte. Dabei gelang ihm 1906 die Darstellung der Sulfonamide, ohne daß er ahnte, welche ungeheure Bedeutung diese später für die Heilmittelkunde erlangen sollten. Gelmo hat seine Entdeckung bereits 1908 veröffentlicht. 30 Jahre später glückte es dem deutschen Chemiker und Arzt Prof. Dr. Domagk, der dafür den Nobelpreis erhielt, diese Verbindung für die Herstellung von Prontosil, Cardiazol und Supranol zu verwenden. Paul Gelmo wertete seine Erfindung nicht finanziell aus, sondern trat in den Dienst der Staatsdruckerei. Diese wurde durch seine Mitarbeit zu einem Institut von Weltgeltung. Er war für die Herstellung der Farben für die österreichischen Briefmarken und des Papiers verantwortlich. Als gründlicher Kenner der Rohstoffe und Produktionsmethoden wurde er 1909 mit dem Lehrauftrag für Chemie und Technologie des Papiers und der Zellulose an die Wiener Technische Hochschule verpflichtet. Während der beiden Weltkriege schuf er die chemisch-technischen Voraussetzungen für die ungestörte Arbeit der Staatsdruckerei. 1945 wurde sein Laboratorium vollständig zerstört, doch konnte er in kurzer Zeit den Betrieb wieder aufnehmen. 1953 wurde ihm das goldene Doktordiplom der Technik verliehen. Bis heute arbeitet er als freier wissenschaftlicher Schriftsteller weiter.

\- - -

Die neue Wiener Landesregierung angelobt

Vizebürgermeister Slavik und Stadtrat Lakowitsch zu Vertretern des Landeshauptmannes bestimmt

15. Dezember (RK) Heute mittag trat im Rathaus der neue Wiener Stadtsenat als Landesregierung zu seiner ersten Sitzung zusammen. Vor Antritt ihres Amtes wurden die Mitglieder der Landesregierung von Landeshauptmann Jonas auf die Bundesverfassung angelobt.

Hierauf stellte der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Sigmund den Antrag, Vizebürgermeister Slavik und Stadtrat Lakowitsch als Vertreter des Landeshauptmannes zu bestimmen. Wie er in der Begründung seines Antrages ausführte, ist die Stellvertretung des Landeshauptmannes im § 137, Absatz 3, der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien geregelt. Danach wird der Landeshauptmann durch das vom Stadtsenat (als Landesregierung) bestimmte Mitglied vertreten. Damit nicht jedesmal ein Beschluß der Landesregierung eingeholt werden muß, empfiehlt es sich, die Vertreter des Landeshauptmannes festzulegen. Nach den stattgefundenen Beratungen werden im Sinne der genannten Gesetzesstellen als Vertreter von Landeshauptmann Jonas in Angelegenheiten der Vollziehung des Landes Vizebürgermeister Slavik und Stadtrat Lakowitsch vorgeschlagen. Eine Rangordnung soll hiebei nicht festgelegt werden. Der Landeshauptmann soll selbst bestimmen, wer ihn jeweils zu vertreten hat.

Die Landesregierung hat diesen Antrag einstimmig angenommen.

\- - -

Stadtplanungskommission wurde neu bestellt

15. Dezember (RK) Die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission ist bekanntlich eine beratende Körperschaft mit dem Zweck, die allgemeinen Richtlinien für die Durchführung der dem Stadtplaner übertragenen Aufgaben zu erlassen. Die Kommission besteht aus dem Bürgermeister, den Amtsführenden Stadträten der Geschäftsgruppe II (Finanzwesen), VI (Bauangelegenheiten), VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten), XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten), XII (Städtische Unternehmungen) und sechs Gemeinderäten, die der Stadtsenat auf die Dauer der Wahlperiode zu bestellen hat. Weiter gehören der Kommission an: der Magistratsdirektor, der Generaldirektor der Stadtwerke, der Stadtbaudirektor, der Stadtplaner und der Leiter der Magistratsabteilung 18. Der Bürgermeister ist der Vorsitzende der Kommission. Er kann fallweise auch andere Amtsführende Stadträte, Gemeinderäte, städtische Bedienstete und private Fachleute beiziehen.

In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates wurden wieder sechs Gemeinderäte auf die Dauer der Wahlperiode des Wiener Gemeinderates neu bestimmt. Es sind dies die Gemeinderäte der SPÖ Hans Bock, Karl Fürstenhofer, Adolf Planek und Dipl.-Ing. Franz Witzmann und die Gemeinderäte der ÖVP Ing. Johann Lust und Dkfm. DDr. Pius Prutscher.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

15. Dezember (RK) Donnerstag, den 17. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Anton Schwaiger.

\- - -

Personalnachrichten

15. Dezember (RK) Anläßlich ihrer Versetzung in den Ruhestand hat der Wiener Stadtsenat heute dem Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Heinrich Engelhardt den Titel Senatsrat und den Amtsräten Rupert Armstorfer, Franz Klissenbauer, Karl Muck und Anton Richter den Titel Oberamtsrat verliehen.

Aus dem gleichen Anlaß hat der Wiener Stadtsenat dem Obermagistratsrat Leopold Strasser Dank und volle Anerkennung, dem Obermagistratsrat Regierungsrat Prof. Karl Lust-Prean, dem Oberamtsrat Alois Kautsky, dem Technischen Oberamtsrat Ing. Johann Krenn und dem Amtsrat Eduard Hummel Dank und Anerkennung ausgesprochen.

\- - -

Gemeinde Wien baut große Straßenbrücke über die Nordwestbahn

Gefährlicher S-Bogen der Prager Straße verschwindet

15. Dezember (RK) In der heutigen Sitzung des Wiener Stadtsenates beantragte Stadtrat Heller den Neubau der Straßenbrücke über die Nordwestbahn im Zuge der Prager Straße. Die jetzige Brücke, die über den sogenannten Eisenbahnerberg führt, ist veraltet und mit acht Meter Fahrbahnbreite und einspurigem Straßenbahnverkehr viel zu schmal. Außerdem bildet sie eine scharfe S-Kurve und ist damit den Anforderungen des modernen Verkehrs nicht mehr gewachsen. Es gibt dort auch immer wieder Verkehrsunfälle.

Stadtrat Heller erläuterte das neue Projekt. Die geplante Brücke soll etwa 90 Meter südöstlich der bestehenden errichtet werden und damit dem Verlauf der Prager Straße folgen. Der scharfe S-Bogen wird damit zur Gänze vermieden werden. Die Brücke wird Platz haben für vier Fahrspuren, zwei Straßenbahngleise und für je einen Gehweg auf beiden Seiten.

Die neue Brücke muß vier Gleise der Nordwestbahn überbrücken. Der Kreuzungswinkel mit der Bahn ist wegen der Lage der Prager Straße nach Ausschaltung des S-Bogens sehr schräg, etwa 22 Grad. Die Stützweite schwankt von 42 bis 57 Meter. Die Brücke wird auch

./.

Kabel des Kabelbauamtes sowie E-Werkskabel und zwei Gasrohrleitungen zu tragen haben. Die Kosten werden mit 12 Millionen Schilling angenommen. Die Durchführung wurde der Union-Baugesellschaft übertragen. Mit den Vorbereitungsarbeiten wird noch heuer begonnen. Der Bau ist so geplant, daß auf dieser Strecke möglichst wenige Verkehrsunterbrechungen eintreten. Mit der Fertigstellung der Brücke ist 1961 zu rechnen.

\- - -

Auch für sie wird der Weihnachtsbaum erstrahlen ....

Das Wiener Jugendamt bereitet Weihnachtsfreuden

15. Dezember (RK) In jedem Erziehungsheim gibt es Kinder, die zu den Weihnachtsferien von niemandem abgeholt werden und in der Anstalt bleiben müssen. Und wie überall gibt es auch in Wien Eltern, die ihren Kindern selbst das bescheidenste Weihnachtsgeschenk nicht kaufen können. 100 solche Wiener Kinder, die daheim keine Weihnachtsfreuden zu erwarten haben, traten heute früh ihre vorzeitigen Weihnachtsferien an, die sie zum ersten Male im neuen städtischen Kindererholungsheim in Tribuswinkel verbringen werden. Zu ihrer Verabschiedung auf dem Rathausplatz hatte sich Stadtrat Maria Jacobi eingefunden, die ihnen eine gute Erholung und viel Freude an den ihnen unter dem Weihnachtsbaum bevorstehenden Überraschungen wünschte.

Jeder Bub und jedes Mädchen durfte nämlich vor der Abfahrt einen persönlichen Wunsch auf einem Wunschzettel bekanntgeben, Die Fürsorgerinnen waren auch heuer wie schon in den früheren Jahren bestrebt, jeden Wunsch nach Möglichkeit restlos zu erfüllen. Und so können auch diesmal die kleinen Weihnachtsgäste des Jugendamtes damit rechnen, daß das ersehnte Spielzeug von der Puppe bis zur Bastlerwerkstätte und Sportausrüstung unter dem Weihnachtsbaum zu finden sein wird. Bei vielen wird es noch mehr sein, als sie sich gewünscht haben.

Donnerstag früh wird Stadtrat Maria Jacobi auf dem Westbahnhof einen zweiten Weihnachtsturnus mit 140 Wiener Kindern verabschieden. Diese Gruppe wird die Weihnachtsferien im städtischen Erholungsheim in Ischl verbringen. Auch diese Kinder erwartet ein reich gedeckter Gabentisch. Das Jugendamt der Stadt Wien hat allein für den Ankauf von Weihnachtsgeschenken für diese Kinder 25.000 Schilling bereitgestellt.

\- - -

"Das gute Bild für jeden", gut besucht

Neue Bilder und neue Keramiken

15. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien in der Secession veranstaltete Ausstellung "Das gute Bild für jeden" erfreut sich unvermindert regen Zuspruchs. Seit 2. Dezember haben fast 22.000 Menschen die Bilder und Keramiken besichtigt und über 130.000 Schilling für den Ankauf von fast 400 Werken ausgegeben. Die Jury, die alle in der Secession angebotenen Arbeiten überprüft, hat in den letzten Tagen genügend neue Bilder und Keramiken ausgewählt, um dem weihnachtlichen Käufersturm gewachsen zu sein. Durch diesen Wechsel der Exponate bietet die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" ständig neue Eindrucke und macht daher auch den Besuch jener Kunstfreunde lohnend, die schon vor einigen Tagen in der Secession Exponate besichtigt und angekauft haben.

\- - -

Naturschutz für interessante Wiener Bäume

Blutbuche, Sommerlinde, Pyramideneiche und Baumhaseln

15. Dezember (RK) Die Pflege des Naturschutzes in Wien durch den Magistrat wird in drei Bescheiden deutlich, die kürzlich zur Erhaltung wertvoller Pflanzen erlassen wurden. Der Magistratsabteilung 7 als Naturschutzbehörde obliegt es nach dem Gesetz, sogenannte Naturdenkmäler in das Grundbuch und in das Naturschutzbuch einzutragen. Jede Veränderung oder Beseitigung des betreffenden Naturdenkmales ist damit an die vorherige Bewilligung des Magistrates gebunden.

Im 13. Bezirk, Auhofstraße 241, befinden sich eine prächtige Blutbuche und eine Sommerlinde, die nunmehr durch den erwähnten Bescheid Naturdenkmäler werden sollen. Die beiden Bäume sind 120 bis 150 Jahre alt und geben durch ihre Größe und Seltenheit der Umgebung ein besonderes landschaftliches Gepräge.

Das gleiche Schicksal wurde einer Pyramideneiche in Wien,14., Bahnhofstraße 2,zuteil. Sie ist 22 m hoch, 70 cm stark und wird wegen ihrer Seltenheit allgemein bewundert.Schließlich wurden in Wien, 23,Liesing,Josef Schöffel-Gasse 36,und Dirnhirngasse 5,insgesamt drei Baumhaseln von der M.Abt.7 zum Naturdenkmal erklärt, da auch diese Gewächse durch Form,Wuchs und Seltenheit ein landschaftliches Charakteristikum darstellen._

Schweinemarkt vom 15. Dezember

15. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 5.319, DDR 192, Jugoslawien 150, Polen 2.049, Ungarn 299, Gesamtauftrieb: 8.009. Verkauft wurde alles.

Auslandsschlachthof: 1.162 bulgarische Schweine, Preis 12.50 bis 13.40 S, 258 rumänische Schweine, Preis 12.50 bis 12.60 S.

Preise: Extremware 14.- S, 1. Qualität 13.60 bis 14.- S, 2. Qualität 13.20 bis 13.60 S, 3. Qualität 12.50 bis 13.20 S, Zuchten 12.- bis 12.80 S, Altschneider 11.- bis 11.50 S, ausländische Schweine notierten: DDR 13.20 bis 13.50 S, Jugoslawien 12.90 bis 13.50 S, Polen 13.30 bis 13.50 S, Ungarn 12.90 bis 13.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 8 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.46 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um einen Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.38 S.

\- - -

46 stolze Puppenmütter im Stadtpark

15. Dezember (RK) Stadtrat Maria Jacobi verteilte heute nachmittag im städtischen Kindergarten "Im Stadtpark" an 23 Wiener Mädchen im Alter von 10 bis 12 Jahren "Adoptionsurkunden" für ihre Puppenkinder, die sie jetzt vor einem Jahr im Auftrag des Wiener Jugendamtes in Pflege übernommen haben. Zur Belohnung für die gute Betreuung ihrer Puppen durften sie ihre "Pflegekinder" als Weihnachtsgeschenk behalten.

Zugleich wurden an 23 neue "Pflegemütter" Puppen in Pflege gegeben, mit dem Auftrag, sie mögen von den Mädchen mit der gleichen Sorgfalt und Liebe betreut werden, wie es ihre Vorgängerinnen getan haben. Der vorweihnachtlichen Feier im Stadtpark wohnten mehrere Gemeinderäte sowie die leitenden Beamten des Wiener Jugendamtes bei.

\- - -

Behörden diskutieren mit der Presse über das Ladezonen-Problem

15. Dezember (RK) Auf Anregung des Amtsführenden Stadtrates für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Sigmund trafen heute Vertreter der Wiener Presse im "Presseclub Concordia" unter dem Vorsitz von Chefredakteur Dr. Lorenz mit den Vertretern der Polizeidirektion, des Magistrates, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeiterkammer zu einer Diskussion über das Problem der Ladezonen in den Wiener Straßen zusammen.

Stadtrat Sigmund bezeichnete einleitend das zur Diskussion gestellte Thema als ein Sorgenkind der Stadtverwaltung. Nachdem der Verfassungsgerichtshof die Verordnung über die Parkverbote aufgehoben hatte, muß sich die Stadtverwaltung nun neuerlich mit dieser schwierigen Frage beschäftigen. Er betonte, daß derzeit noch keine Beschlüsse gefaßt wurden und daß niemand voraussagen könne, was geschehen wird. Die Stadtverwaltung sei aber daran interessiert, vor der Beschlußfassung möglichst viele Meinungen aus Kreisen der wichtigsten Interessenten zu hören, damit sie

./.

dann ihre Entscheidung leichter fassen kann.

Der Stadtrat beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Situation auf dem Sektor des Lastwagenverkehrs, die, wie er sagte, vor allem in der Inneren Stadt sich immer unerfreulicher gestalte. Er setzte sich mit der Frage der Ent- und Beladungszonen auseinander und führte eine Reihe von Beispielen aus der täglichen Praxis an. Es geht um die wichtige Frage, sagte er, welchen Interessen, ob dem Personenkraftwagenverkehr oder dem Lastwagenverkehr, der Vorrang gegeben werden soll, wobei er seine persönliche Meinung vertrat, daß dabei die Wirtschaft auf keinen Fall in ihrer Arbeit gehemmt werden dürfe. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes wäre die bisherige Form des Parkens in den Straßen Wiens nicht mehr beizubehalten und man stehe daher vor neuen Entscheidungen, die durchgeführt werden müssen, auch wenn sie mancherorts als unangenehm empfunden werden.

In der Diskussion der Pressevertreter mit den Experten der Behörden kam es in vielen Punkten zu einer Übereinstimmung, so in der Ansicht, daß das Schienenparkverbot und die Kurzparkzone große Vorteile brachten. Was die Ladezonen betrifft, müsse den Geschäftsleuten die Ladetätigkeit, soweit sie als solche tatsächlich bezeichnet werden kann, ausreichend ermöglicht werden. Es wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß eine generelle Lösung des Ladezonenproblems kaum zu erreichen sein wird. Von Seiten der Polizei wurde der Wunsch vorgebracht, für jeden Häuserblock eine günstige Ladezone zu schaffen, um den Firmen die Lieferungen zu erleichtern. Der Vertreter des Wiener Magistrats gab der Erwartung Ausdruck, daß es gelingen werde, in das angekündigte Straßenpolizeigesetz neue Momente hineinzubringen, die es ermöglichen werden, die Bestimmungen über die Ladezonen differenzierter zu gestalten. Von Seiten der Handelskammer wurde mit Genugtuung festgestellt, daß sich kein Debattenredner gegen die Ladezonen ausgesprochen hat. Die Handelskammer ist gegen die Privatparkplätze, aber für die Beibehaltung der für die Wirtschaft geradezu lebenswichtigen Ladezonen. Dieser Ansicht schloß sich auch die Arbeiterkammer an. Die Ladezonen, so wurde erklärt, sollen nach rigoroser Prüfung bestehen bleiben, nicht zuletzt auch im Interesse der Arbeitnehmer, deren Arbeitsbedingungen sich mit der Aufhebung der Ladezonen katastrophal verschlechtert haben.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wiener Baumriesen im Naturschutzbuch

16. Dezember (RK) In der Hartmanngasse 3 in Margareten, erstreckt sich hinter der Häuserfront ein Garten, der drei Götterbäumen, einer Bergulme und einer Robinie seit über 80 Jahren zur Heimat wurde. Die Götterbäume sind noch in Brusthöhe ungefähr einen halben Meter dick und 20 Meter hoch. Die Bergulme hat bei gleichem Durchmesser eine Höhe von 21 Meter und die hoch- und schmalkronig entwickelte Robinie ist nur einen Meter niedriger. Der Magistrat der Stadt Wien hat alle fünf Gewächse zum Naturdenkmal erklärt und deren gesetzlichen Schutz in Grundbuch und Naturschutzbuch eintragen lassen.

In der Schüttelstraße 5, im 2. Bezirk, befindet sich die "Franz Mair-Hof" benannte Wohnhausanlage der Gemeinde Wien, in deren Bereich eine 17 Meter hohe Platane als Solitär eine besondere landschaftliche Eigenheit darstellt. Der Magistrat der Stadt Wien hat diesen Baum gleichfalls zum Naturdenkmal erklärt und in das Naturschutzbuch eintragen lassen. Der Schwarzenberg-Garten im 3. Bezirk beherbergt einen Mammutbaum, dessen Form, Größe und Seltenheit zur Zierde des ganzen Parks geworden sind. Auch dieser Baumriese wurde zum Naturdenkmal erklärt.

\- - -

Der Rechnungsabschluß 1958

Sitzung des Wiener Gemeinderates

16. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat heute vormittag zusammen, um zunächst über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958 und über die Bilanzen der Städtischen Unternehmungen 1958 zu beraten. Es lagen drei Anträge der KLS vor, und zwar "betreffend Ausbaggerung des Wasserlaufes des Mühlwassers", betreffend "Errichtung eines Übergangssteges über die neue Autostraße am Hochwasserschutzdamm in Kaisermühlen", betreffend "Errichtung einer Brücke über die alte Neufahrt".

Erfolgreiche Gebarung im Jahr 1958

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) legte hierauf den Rechnungsabschluß 1958 vor. Er bezeichnete die Gebarung für dieses Jahr als sehr erfolgreich, da die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag um 13.6 Prozent etwas mehr gestiegen war, als die Ausgaben, die sich um 12 Prozent erhöhten.

Der Rechnungsabschluß wurde fristgerecht im Oktober 1959 fertiggestellt und dem Stadtsenat vorgelegt. Anläßlich der öffentlichen Auflage haben sechs Personen von dem Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht und zwei sogenannte Erinnerungen zu Protokoll gegeben. Der Referent beantragte, diese Erinnerungen den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zuzuweisen. Er machte gleichzeitig darauf aufmerksam, daß einige Wünsche bereits im Budget für 1960 erfüllt sind.

Der Voranschlag rechnete für das Jahr 1958 mit einem Abgang von 183,5 Millionen Schilling. Der Verbesserung der Einnahmen mit 572 Millionen steht ein Mehr auf der Ausgabenseite von 528,3 Millionen gegenüber. Aus der Allgemeinen Rücklage mußten daher 139,8 Millionen zum Ausgleich der Jahresrechnung entnommen werden. Die höheren Ausgaben waren durch verschiedene im Voranschlag nicht vorgesehene größere Finanzoperationen verursacht, die der Arbeitsbeschaffung dienten.

Bei den Einnahmen machten die Ertragsanteile 1.495,3 Millionen Schilling aus, die eigenen Steuern 1.482,3 Millionen und die

./.

Gebühren und sonstigen Einnahmen 1.811,4 Millionen. Die eigenen Steuern brachten infolge des günstigen Beschäftigtenstandes um 241,9 Millionen Schilling mehr ein, als vorgesehen war.

Bei der Besprechung der Ausgaben hob Vizebürgermeister Slavik die Aufwendungen für das Personal besonders hervor. Der Personalstand der Aktiven ist von 32.745 auf 32.213, also um 532 Personen gesunken. Dies zeigt die ständigen Bemühungen der Gemeinde, die Ausgaben für Verwaltung und Personal so gering wie möglich zu halten. Für 1960 ist jedoch mit einem steigenden Personalaufwand zu rechnen, da die Einführung der 45-Stunden-Woche Neuaufnahmen erforderlich macht.

Abschließend sagte Vizebürgermeister Slavik, die Entwicklung habe zu Anfang 1958 nicht gerade sehr gut ausgesehen. Es war jenes Jahr, in dem der Gemeinderat sich mit der Frage beschäftigen mußte, in welcher Form man die Wirtschaft ankurbeln kann, um die Rezession abzufangen und eine Arbeitslosigkeit zu verhindern. Wir dürfen heute rückschauend sagen, daß wir Erfolg hatten und im Jahre 1958 mehr Menschen eine gesicherte Existenz fanden, als in den Jahren vorher. Von den größeren Investitionen nannte der Referent den Weiterbau des städtischen Museums, der Stadthalle, des Stadions und den Wasserspeicher. Hierauf stellte Vizebürgermeister Slavik die formellen Anträge zur Erledigung des Rechnungsabschlusses, der mit einer Einnahmen- und Ausgabensumme von 4.928,860.949'09 Schilling abschließt.

Bei der Abstimmung wurde der Rechnungsabschluß 1958 ohne Debatte einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Rechnungsabschluß der Städtischen Unternehmungen

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) referierte sodann über die Rechnungsabschlüsse der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista für das Jahr 1958. Eine Gegenüberstellung der Erfolge laut Wirtschaftsplan und Rechnungsabschluß 1958 zeigt folgendes Bild: Die verkauften Strom- und Gasmengen im Jahre 1958 haben die des Jahres 1957 nicht unwesentlich überschritten. Die Frequenzen der Verkehrsbetriebe haben ebenfalls eine Steigerung erfahren. Nur bei den Gaswerken ist der Verkauf von Koks abermals zurückgegangen. Die Vorausschätzungen für das Jahr 1958 laut Voranschlag waren zum Teil zu optimistisch erstellt und wurden nur beim Stromabsatz und den Verkehrsleistungen überschritten.

./.

Die E-Werke präliminierten für das Wirtschaftsjahr 1958 einen Abgang von 101,067.000 Schilling, der tatsächliche Verlust betrug jedoch nur 8,8 Millionen Schilling. Die Gaswerke veranschlagten einen Abgang von 37,2 Millionen Schilling, tatsächlich weist der Rechnungsabschluß einen solchen von 71,2 Millionen Schilling aus. Die Verkehrsbetriebe rechneten mit einem Abgang von 173,9 Millionen Schilling, tatsächlich betrug er jedoch nur 162,4 Millionen. Die Bestattung erzieltenicht wie veranschlagt einen Abgang von rund zwei Millionen, sondern einen Überschuß von 441.254 Schilling. Das Brauhaus der Stadt Wien rechnete mit einem Überschuß von 314.000 Schilling, tatsächlich weist es nur einen solchen von 264.181 Schilling aus. Die Gewista erzielte einen Überschuß von 186.577 Schilling, der um 2.322 Schilling unter dem Voranschlag liegt. Alle sechs Unternehmungen zusammengenommen weisen einen bilanzmäßigen Abgang von 241,5 Millionen Schilling aus und haben somit um 72,2 Millionen günstiger abgeschnitten als für das Jahr 1958 veranschlagt war.

Die Stromabgabe war im Jahr 1958 um 8.95 Prozent höher als 1957, der Gasverkauf stieg um 5.55 Prozent. Dazu ist zu bemerken, daß der Heizwert des Stadtgases im Jahr 1958 erhöht wurde. Beim Koksverkauf ergab sich gegenüber 1957 ein Rückgang um 21.15 Prozent. Dieser Rückgang ist ausschließlich eine Folge des vermehrten Erdgaseinsatzes bei der Stadtgaserzeugung. Bei den E-Werken wurden Investitionen mit einem Gesamtaufwand von 273 Millionen, bei den Gaswerken von 107 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben von 104,9 Millionen und bei der Städtischen Bestattung von vier Millionen Schilling vorgenommen. Durch die Gasgeräteaktion wurden im Berichtsjahr 2.161 Installationen mit einem Wert von 32,9 Millionen Schilling in Auftrag gegeben. In der Badezimmeraktion wurden 4.524 Badezimmer und Installationen bestellt. Die Gas- und Elektrogeräteaktion hat im Jahre 1958 einen Gesamtbestellwert von 71,9 Millionen Schilling ergeben. Für die Straßenbahn wurden im Berichtsjahr 21 Umbau-Triebwagen und für die Stadtbahn an Umbauwagen vier Trieb- und sieben Beiwagen geliefert. Ein Stadtbahnbeiwagen wurde neu gebaut.

./.

Stadtrat Schwaiger stellt fest, daß die Rechnungsabschlüsse der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses und der Gewista vom Kontrollamt genauest überprüft und für richtig befunden wurden. Er stellte daher folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Vermögensrechnung vom 31. Dezember 1958 und die Erfolgsrechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1958 der Wiener Stadtwerke werden genehmigt.

Der Verlust des Geschäftsjahres 1958 der Elektrizitätswerke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe von zusammen 242.456,095·63 Schilling und der Gewinn der Bestattung von 441.254·10 Schilling wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Gewinn der Bestattung von 441.254·10 Schilling wird im Jahre 1959 der freien Rücklage zugewiesen.

Zum Rechnungsabschluß des Brauhauses der Stadt Wien stellt der Referent fest, daß der Bierabsatz im Berichtsjahr wegen der überaus guten Obst- und Weinernte fiel. Der Erlös aus Lohnmälzungen infolge größerer Lohnmälzungsaufträge erhöhte sich jedoch. Der Redner stellt den Antrag, den Rechnungsabschluß des Brauhauses der Stadt Wien für das Geschäftsjahr 1958 zu genehmigen. Der Jahresgewinn von 264.181,08 Schilling ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Gewista verzeichnete eine Umsatzsteigerung um rund 18,2 Prozent. Diese Umsatzsteigerung konnte im wesentlichen durch die Neueinführung der Werbung mittels Emailtafeln auf Abfallkörben und durch den weiteren Ausbau der übrigen Reklamezweige erzielt werden. Der Referent stellt den Antrag, die Vermögensrechnung vom 31. Dezember 1958 und die Erfolgsrechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1958 der Gewista zu genehmigen. Der ausgewiesene Jahresgewinn von 186.577·22 Schilling ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge ohne den Stimmen der KLS angenommen.

\- - -

Wiener Männergesangverein sang für Steinhof-Pfleglinge

16. Dezember (RK) 100 Mitglieder des Wiener Männergesangvereines gaben für die Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof ein Konzert. 600 Zuhörer hatten im festlich geschmückten Saal des Gesellschaftshauses Platz genommen. Die Volkslieder, Chöre von Schubert, Johann und Josef Strauß, wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Verwalter Oberamtsrat Melzer dankte den Sängern auch dafür, daß sie sich unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatten. "An der schönen blauen Donau" war der Abschluß der Veranstaltung, die viel Freude brachte.

\- - -

Neuer Wohnungstausch-Anzeiger

16. Dezember (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die soeben erschienen ist, enthält wieder auf 28 Seiten Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken. In Spezialrubriken sind Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern verzeichnet. Der Tauschanzeiger ist um 1.50 Schilling in den Wiener Trafiken und im Tauschreferat, 1, Rathausstraße 2, erhältlich. Eine Einschaltung für die nächste Nummer, die am 3. Februar erscheint, kann bis spätestens 21. Jänner im Tauschreferat vorgenommen werden.

\- - -

Beginn der Budgetverhandlungen im Rathaus

Voranschlag der Bundeshauptstadt für das Jahr 1960

16. Dezember (RK) Nach der Behandlung des Rechnungsabschlusses 1958 begann der Wiener Gemeinderat mit den Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960. Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) stellte zu Beginn seines Hauptreferates fest, daß der Voranschlag in der Zeit vom 4. bis 10. Dezember zur öffentlichen Einsicht aufgelegt war. 16 Gemeindemitglieder, 13 Männer und drei Frauen, haben vom Recht der Einsicht Gebrauch gemacht und neun sogenannte Erinnerungen abgegeben. Alle Wünsche und Erinnerungen wurden nach Geschäftsgruppen geordnet und diesen zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Vizebürgermeister Slavik stellte sodann fest, daß man bei der Zusammenstellung des Rohentwurfes des Voranschlages auf eine Summe von mehr als sechs Milliarden gekommen ist, wobei sich ein Abgang von 690 Millionen Schilling ergeben hätte. Auch diesmal wurde aber an dem Grundsatz festgehalten, die finanzielle Sicherstellung zu wahren und zu verhindern, daß Gelder gebunden werden für solche Arbeiten, von denen man annehmen kann, daß sie im kommenden Jahr nicht zu Ende geführt werden können. Wir waren bestrebt, sagte er, die Wünsche mit den Möglichkeiten auszugleichen. Der Voranschlag für 1960 sieht kein außerordentliches Budget vor, denn wir sind der Meinung, daß sich dadurch die Übersichtlichkeit nur erschweren würde, sollte mit zwei Budgets operiert werden. Bei der Erstellung des Voranschlages mußte vor allem berücksichtigt werden, daß ein neuer Finanzausgleich wirksam geworden ist, der sehr wesentliche Veränderungen auf der Einnahmeseite und auf der Ausgabeseite mit viel negativen aber auch positiven Auswirkungen mit sich bringt. Er verwies darauf, daß der Finanzausgleich die Aufteilung der gemeinschaftlichen Abgaben vornimmt und trat der oft vorgebrachten Meinung entgegen, daß Wien dabei vom Bund Geschenke erhalte. Er verweist darauf, daß die Gemeinden auf 40 Prozent der Gewerbesteuer zugunsten des Bundes verzichten, dagegen aber bei anderen Ertragsteilen höhere Einnahmen bekommen werden. Diese und andere Merkmale des Finanzausgleiches mußten bei der Aufstellung des Budgets 1960 berücksichtigt werden.

./.

Vizebürgermeister Slavik stellte fest, daß die Gewerbesteuerreform für die Gemeinden mit einem Verlust verbunden sein wird. Dennoch, so erklärte er, freuen wir uns, daß mit der Hinaufsetzung des steuerfreien Betrages auf 18.000 Schilling ab 1. Jänner 1960 in Wien rund 140.000 Personen steuerfrei ausgehen werden. Vizebürgermeister Slavik gab unter Beifall seiner Genugtuung über diesen Kompromiß zum Ausdruck.

Der Redner sprach dann über drei viel diskutierte Bauprojekte Wiens, die bereits in Angriff genommen worden sind, für die aber im Voranschlag nur geringe Beträge eingesetzt wurden. Als erstes dieser Projekte nannte er den Bau des Allgemeinen Krankenhauses, mit dem man sich schon jahrelang beschäftigt. Dem grundsätzlichen Übereinkommen, wonach die Baukosten zur Hälfte vom Bund und zur zweiten Hälfte von der Gemeinde Wien getragen werden, gingen sehr langwierige Verhandlungen voran. Seit der Einigung über die Finanzierung am Anfang 1958 sind wir bereits bei der dritten Budgetverhandlung angelangt. Man müsse mit Bedauern feststellen, daß auch im kommenden Jahr mit dem Bau noch nicht begonnen werden kann. Das Raum- und Funktionsprogramm für das Allgemeine Krankenhaus ist noch immer nicht da. Wird es am 15. Jänner 1960, wie versprochen, vorgelegt werden, und haben wir dann das Glück, daß es in Ordnung sein wird, könnte man einen Wettbewerb ausschreiben. Die Architekten und die Jury werden auch einige Zeit brauchen. Dann erst können die Ausschreibungen durchgeführt werden. Vizebürgermeister Slavik erklärte, daß er diese Verzögerungen außerordentlich bedauern müsse und appellierte an alle mit den Vorarbeiten für diesen wichtigen Bau beschäftigten Experten, sie mögen endlich über alle Auseinandersetzungen hinwegkommen.

Über den Karlsplatz und den Umbau der Lastenstraße wurde auch schon sehr viel diskutiert, aber wir haben noch nicht die Unterlagen, um annehmen zu können, daß diese Bauvorhaben im nächsten Jahr begonnen werden können. Zeichnungen allein genügen in diesem Fall nicht. Es würde mich sehr freuen, hätten wir 1960 Gelegenheit, dem Gemeinderat einen zusätzlichen Antrag über den Umbau des Karlsplatzes und der Lastenstraße vorzulegen. Wir können diese Mittel aber nur dann zur Verfügung stellen, wenn wir wissen, daß mit den Arbeiten tatsächlich in absehbarer Zeit begonnen werden kann. ./.

Wir nehmen auch große Projekte des laufenden Jahres in das kommende Jahr hinüber. Bürgermeister Jonas hat bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates einen Plan über die Entwicklung Wiens für die nächsten Jahrzehnte entworfen. Wir haben bereits im Voranschlag darauf Rücksicht genommen, und zwar besonders auf die Entwicklung des linken Donauufers. Das Jahr 1960 soll die erste Stufe zur Durchführung eines Fünfjahresplanes sein, einer entscheidenden Stufe für die Weiterentwicklung unserer Stadt. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn wir heute mit der Zeit vor 14 Jahren vergleichen, so können wir auch feststellen, daß der Ausbau Wiens bisher planmäßig verlaufen ist.

Wir hatten weiter bei der Aufstellung des Budgets die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs und damit auch Wiens zu berücksichtigen. Es hat viele Diskussionen um EWG und Kleine Freihandelszone gegeben, und wir sind nun der Kleinen Freihandelszone beigetreten. Damit ist Österreich in eine enge wirtschaftliche Verbindung mit einer Reihe von Staaten gekommen, mit denen wir bisher zum Teil sehr wenig Kontakt hatten. Wir müssen jedenfalls damit rechnen, daß sich auf einzelnen Gebieten auch Schwierigkeiten ergeben. Deshalb müssen wir alles unternehmen, um die dauernde Existenzsicherung der Wiener zu gewährleisten.

Wir werden uns auch noch mehr als bisher bemühen, alle Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industriebetrieben zu schaffen. Dazu gehört die Versorgung mit Strom, Gas, die Erschließung der Verkehrswege, die Wasserversorgung und die Kanalisation. Auf lange Sicht gesehen lohnt sich dieser Aufwand für die Stadt Wien, weil dadurch immer mehr Dauerarbeitsplätze für die Bevölkerung geschaffen werden. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben im Budget auch für den Weiterbau der Schnellbahn vorgesorgt, weil wir der Überzeugung sind, daß sich die Vernunft durchsetzen muß. Alle Mitglieder des Gemeinderates werden wohl einer Meinung sein, daß wir die Bundesregierung dringend ersuchen müssen, den Bau der Schnellbahn in Wien fortzusetzen.

Ein anderes Problem ist der Bau der Autobahn. Die Festlegung der Trasse ist für uns eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der weiteren Verkehrsplanung in Wien. Es ist notwendig, daß man sich so rasch wie möglich über die end-

./.

gültige Trasse einigt. Dabei dürfen selbstverständlich die Interessen Wiens nicht außer acht gelassen werden. Damit

Damit im Zusammenhang steht auch die Bewerbung Österreichs um die Weltausstellung. Sie soll nicht in unserer Stadt, aber im Raum um Wien durchgeführt werden, und zwar steht dabei Laxenburg im Vordergrund der Betrachtungen. Vizebürgermeister Slavik versicherte, daß die Stadt Wien nicht eifersüchtig ist. Wir werden vielmehr gerne bereit sein, alle Bestrebungen zu unterstützen, die die Weltausstellung nach Wien bringen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Wir versprechen uns davon die Verbesserung der Beziehungen zu vielen anderen Staaten und eine Steigerung unseres Fremdenverkehrs auch in den kommenden Jahren.

Neben den positiven Aspekten gibt es natürlich auch negative Seiten bei der Aufstellung eines Budgets. In der Öffentlichkeit ist die Meinung weit verbreitet, daß es bei uns vor allem auf dem Bausektor zu langsam vorwärts geht. Der Referent sagte, er möchte dazu feststellen, daß gegenwärtig unsere Bauindustrie in ihrer Kapazität auf allen Gebieten ausgeschöpft ist. Es wäre heute völlig sinnlos,willkürlich höhere Beträge einzusetzen. Dadurch könnten nicht mehr Wohnungen gebaut und mehr Straßen hergestellt werden. Es würde nur noch länger dauern. Hier muß man allen Verantwortlichen der Bauwirtschaft sagen: versucht umzudenken! Wir müssen rationalisieren, wir müssen die Erfahrungen des Auslandes ausnützen, und so die Voraussetzungen dafür schaffen, daß mehr Wohnungen gebaut werden und daß die Straßen rascher fertiggestellt werden können. Dann werden wir im Gemeinderat auch neue Wege finden, um die Finanzierung neuer Projekte sicherzustellen.

Die Umgestaltung Wiens vollzieht sich aber nicht nur auf baulichem Gebiet. Wir müssen auch die Veränderung der sozialen Lage unserer Bevölkerung berücksichtigen und den dadurch veränderten Wünschen Rechnung tragen. Es werden daher auch Reformen auf dem Gebiet der Fürsorge und des Gesundheitswesens durchzuführen sein.

Nicht abgeschätzt kann auch heute die Entwicklung im Bezug auf den Osten werden. Niemand könne zum Beispiel heute sagen, ob der Ausbau der Wiener Hafenanlagen rentabel sein wird. Aber als

./.

Optimisten und als Freunde des Friedens müssen wir Vorsorge treffen, für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West, um dann als der gegebene Umschlagplatz funktionieren zu können.

Zum Abschluß seiner allgemeinen Ausführungen betonte Vizebürgermeister Slavik, daß bei allen Überlegungen über den Voranschlag für das Jahr 1960 die Entwicklung Wiens in den kommenden Jahren berücksichtigt wurde.

Den Bericht über die Zahlen des Voranschlages der einzelnen Geschäftsgruppen wolle er diesmal den Amtsführenden Stadträten überlassen. Er wolle nur noch einmal mitteilen, daß der Entwurf für das Jahr 1960 Einnahmen von 5.501,4 Millionen und Ausgaben von 5.678,3 Millionen vorsieht. Der Gebarungsabgang von 176,9 Millionen beträgt nur 3.1 Prozent der Ausgaben. Es handelt sich also praktisch um ein ausgeglichenes Budget, wenn man berücksichtigt, daß 100 Millionen Schilling für unvorhergesehene Ausgaben eingesetzt sind.

Die Einnahmen gliedern sich in 1.820 Millionen Ertragsanteile, 1.155,2 Millionen Gemeindeabgaben, 2.011,2 Millionen Gebühren und sonstige Einnahmen und 515 Millionen an Darlehen für die Stadtwerke und die Bundesbahn. Auch die Einnahmen wurden durchwegs höher als im laufenden Jahr angenommen.

Zur Verwaltungsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, bemerkte Vizebürgermeister Slavik, daß hier diesmal ein geringerer Ansatz zu finden ist. Dies komme jedoch nur daher, weil große Bauprojekte fertig geworden sind, wie die Stadthalle, das Stadion und das Museum, die in den vergangenen Jahren in dieser Gruppe budgetiert waren.

Beim Wohlfahrtswesen erwähnte der Referent die Kunst einer Frau als Verwalterin. Stadtrat Jacobi habe es trotz dem Ausfall von 50 Millionen Schilling an Ausgleichszulagen nach dem ASVG verstanden, die Höhe des Fürsorgebudgets 1959 noch zu übertreffen.

Zum Gesundheitswesen bemerkte der Finanzreferent, daß die Stadt Wien derzeit leider zu den Subventionsträgern der Krankenkasse gehöre. Das ist aber wohl eine Aufgabe, die der Bund zu erfüllen hätte (Beifall bei der SPÖ). Heute zahlen die Krankenkassen der Stadt Wien 56 Schilling pro Tag und Patient.

./.

Die Eigenkosten betragen jedoch für die Stadtverwaltung 164 Schilling, sodaß Wien täglich pro Patient 108 Schilling draufzahlen muß.

Abschließend führte Vizebürgermeister Slavik aus, er habe seine Aufgabe darin gesehen, den Gemeinderat mit den großen Problemen unserer Stadt vertraut zu machen. Wien ist heute neben dem Bund der größte Verwaltungskörper in unserem Land. Unsere Aufgabe ist es, mitzuüberlegen, wie die wirtschaftliche Entwicklung Osterreichs in unserer Stadt in der Zukunft sein wird. Er glaube, daß das Budget für 1960 alle Voraussetzungen berücksichtigt und er hoffe, daß die wirtschaftliche Entwicklung richtig eingesetzt wurde. Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien soll auch dazu beitragen, die Existenz unserer Bevölkerung in den kommenden Jahren möglichst weitgehendst zu sichern! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Hierauf stellte der Referent die formellen Anträge.

Die Generaldebatte

GR. Lauscher (KLS) bezeichnet es als erfreulich, daß die Stadt Wien im kommenden Jahr in der Lage sein wird, nicht nur die begonnenen Arbeiten fortzusetzen und zu beenden, sondern auch neue Aufgaben in Angriff zu nehmen. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gibt dazu die Möglichkeit. Manche Dinge, die im Jahre 1960 verwirklicht werden sollen, wie zum Beispiel die Schaffung einer dritten Wiener Wasserleitung, der Bau des 3. Zentralberufsschulgebäudes, des Volksgartens am Laaer Berg und die Aufschließung von Floridsdorf und Donaustadt, gehen auf wiederholte Anträge seiner Fraktion zurück. Diese Tatsache freue ihn besonders, weil sie zeigt, daß die Tätigkeit seiner Fraktion in diesem Hause Früchte trägt. Trotzdem lasse der Voranschlag viele berechtigte Wünsche und Forderungen der arbeitenden Bevölkerung offen. Die Arbeiter und Angestellten haben nur einen bescheidenen Nutzen aus der augenblicklichen Konjunktur ziehen können. Die sozialistische Gemeindeverwaltung hat die sozial Schwachen benachteiligt und hat der Politik des Finanzministers, durch die Wien immer benachteiligt wird, nicht genug Widerstand entgegengesetzt. Entgegen den Wahlversprechungen, den sozial Schwächeren zu helfen, hat die Gemeindeverwaltung seit 1954 eine Reihe von Tarif- und Gebührenerhöhungen vorgenommen.

./.

So zum Beispiel wurden der Straßen-, Gas- und Stromtarif zweimal während der letzten Wahlperiode erhöht. Es wurden ferner die Hauskehrichtabfuhrgebühren, die Transportgebühren für den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, die Verpflegsgebühren in den Jugendfürsorgeanstalten, in den Obdachlosenheimen und in den Altersheimen erhöht und die Mietzinse für Gemeindeneubauwohnungen mit sogenannter besserer Ausstattung. Durch alle diese Erhöhungen wurden der arbeitenden Bevölkerung jährlich hunderte Millionen Schilling aus der Tasche gezogen. Auf der anderen Seite jedoch verzichtet die Gemeinde auf Milliardenbeträge zugunsten des Bundes.

Im Frühjahr dieses Jahres kam es nach langen Verhandlungen zwischen der Gemeinde, den Ländern und dem Bund zum Abschluß eines neuen Finanzausgleiches, der für eine Zeit von fünf Jahren abgeschlossen wurde. Es sei jedoch bedauerlich und undemokratisch, daß die Mitglieder des Wiener Gemeinderates keine Möglichkeit hatten, zu diesem Finanzausgleich Stellung zu nehmen. Der neue Finanzausgleich brachte keinen Gewinn für Wien. Er verewige vielmehr das Unrecht gegen Wien. Der Finanzminister habe es verstanden, den Löwenanteil an sich zu reißen. Die Besteuerung des Luxus durch die einmal namhafte Mittel für den Wohnungsbau aufgebracht wurden, sei durch den Finanzausgleich unmöglich gemacht worden. Diese Benachteiligung Wiens zeige sich besonders auf dem Gebiete der Gewerbesteuer, der Mineralölsteuer und des Zuschlages zur Mineralölsteuer, in der Beitragsleistung des Bundes für die öffentlichen Krankenanstalten und das Allgemeine Krankenhaus, im öffentlichen Gesundheitsdienst usw. Die Gemeinde brauche gesetzlich verankerte Steuereinnahmen, eine Finanzautonomie, die auch die Vorschreibung und Einhebung von Luxussteuern ermöglicht. Die arbeitenden Menschen dieser Stadt brauchen eine Steuerpolitik, die ihren Interessen Rechnung trägt und die Kapitalisten sollen zu ausreichenden Steuerleistungen herangezogen werden.

Auf dem Wohnungssektor verlangen die Sozialisten den gesetzlichen Schutz für die Wohnungsablösen und gegen den Ablösewucher. In Wahrheit soll er aber nur von der Verantwortung der Sozialistischen Partei an diesen Zuständen ablenken. Diese skandalöse Entwicklung haben wir in diesem Hause vorausgesagt. Vergeblich haben wir die sozialistischen Mandatare beschworen, das Außerkrafttreten des Wohnungsanforderungsgesetzes und des Neuvermietungs-

./.

gesetzes zu verhindern. Die Führung der Sozialistischen Partei war nicht bereit, bei ihrem Koalitionspartner die Interessen der Wohnungssuchenden durchzusetzen. Und wenn man glaubt, heute bei der Partei der Hausherren, der Österreichischen Volkspartei, durch gutes Zureden mehr Verständnis zu finden, gibt man sich wieder Illusionen hin und gibt man schon wieder die Interessen der Wohnungslosen preis. Wir verlangen neuerlich, den Interessen der Wohnungslosen und der Mieter Rechnung zu tragen.

Niemand kann leugnen, daß die Entwicklung des Verkehrs in Wien der Rathauskoalition sozusagen über den Kopf gewachsen ist. Maßnahmen, die schon vor Jahren notwendig gewesen wären, werden erst heute und sehr schleppend in Angriff genommen. Wir haben schon 1953 das Schnellbahnprojekt gefordert; es wurde zunächst bagatellisiert und erst nach Jahren aufgegriffen. Auch die Tariffrage ist bisher ungelöst. Seit Jahren haben wir die Inbetriebstellung von Autobussen und die Einstellung der Straßenbahn verlangt, um endlich dieses Hindernis zu beseitigen. Es hieß, das ist unmöglich; jetzt ist es möglich, die ersten Schritte in dieser Richtung wurden jetzt getan. Wir haben einen Einheitstarif verlangt. Man hat gelächelt. Knapp vor den Wahlen hat sich der Herr Vizebürgermeister für den Einheitstarif ausgesprochen. Es ist aber offensichtlich nichts vorgekehrt, ihn im kommenden Jahr zu verwirklichen. Auch hat der Vizebürgermeister nichts über die Höhe des Einheitstarifs gesagt. Unser Standpunkt ist: 2.20 Schilling sind genug.

GR. Lauscher wendet sich dann gegen Ausführungen des Vizebürgermeisters Slavik bei der konstituierenden Sitzung, wo er sagte, daß GR. Lauscher sich mit Bundesproblemen beschäftigt habe, da seine Partei im Nationalrat nicht mehr vertreten ist, und erklärt: Er hat dabei offensichtlich den grundsätzlichen Standpunkt unserer Fraktion übersehen, von dem wir uns seit 1945 leiten lassen, nämlich daß die Probleme Wiens untrennbar mit der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung verbunden sind.

Abschließend befaßt sich der Redner mit der Einstellung der Koalitionsparteien zueinander und sagt: Wir können immer wieder nur darüber staunen, welche Illusionen die führenden Funktionäre der Sozialistischen Partei über die Österreichische Volkspartei haben.

./.

Aus der Rede des neuen Leiters der ÖVP-Fraktion im Stadtsenat, des Stadtrates Lakowitsch, gehe hervor, daß das österreichische Bürgertum und seine Partei nur unter dem Zwang der neuen Kräfteverhältnisse in Mitteleuropa, der Existenz sozialistischer Staaten an den Grenzen unseres Landes, die Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei bejaht und daß sich die österreichische Bourgeoisie nicht grundlegend gewandelt hat. Das bekräftigt uns in der Überzeugung, alles zu tun, das Klassenbewußtsein der Arbeiter und Angestellten zu stärken, den Kampf um einen größeren Anteil an der Konjunktur, für den Ausbau der Sozialgesetzgebung, für eine fortschrittliche Wiener Kommunalpolitik und gegen Reaktionen, Klerikalismus, Neofaschismus und für eine demokratische und friedliche Entwicklung unseres Landes zu organisieren. GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt als zweiter Debatteredner einleitend fest, daß die Zustimmung zum Voranschlag wegen des Koalitionszwanges im vorhinein gesichert ist. Er bezeichnet unter lebhaften Zwischenrufen der SPÖ die Budgetdebatte als zwecklos. Die Ansätze, sagte er, wurden bis zur letzten Post von den Magistratsabteilungen ohne Mitwirkung der Volksvertreter ausgearbeitet. Wir haben es zwar mit einer gefälligen Fassade zu tun, in Wirklichkeit sei sie aber die Diktatur eines Kreises politischer Manager. Zur ÖVP gewandt meint der Redner, sie müßte sich darüber klar sein, daß selbst bei der Schaffung eines Budgetausschusses der Mandatar an dem Voranschlagsentwurf nichts ändern könnte. Er stellt fest, daß so wie im Parlament auch im Rathaus den Entscheidungen die Koalitionsfessel angelegt wurden. Seine Fraktion habe nie daran gezweifelt, daß die ÖVP nach den letzten Wahlen wieder einem Koalitionspakt eingehen werde, auch wenn Stadtrat Lakowitsch als Grund dafür den Eisernen Vorhang und andere Argumente anführte. Der Redner meint, daß der Zug zum Futtertrog eben stärker gewesen ist. Er verweist darauf, daß immer wieder das Jahr 1934 als Argument für das Bestehen der Koalition angeführt wird, was er sehr bedauerlich finde. Daraus ergebe sich die Alternative: Koalition oder Barrikaden. Es ist kein Wunder, daß die Bevölkerung langsam die Geduld an dieser Koalition verliert, denn sie weiß, daß sie nicht mitentscheiden und mitreden kann. Die desinteressierte Bevölkerung sei Zeuge einer Staatsteilung und werde zur Ver-

./.

teidigung dieser Demokratie keinen Finger rühren. (Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Zum Budget selbst sagt er, daß den Beschlüssen im Gemeinderat nur eine formelle Bedeutung zukomme und wirft die Frage auf, wie man bei einem Abgang von 176 Millionen Schilling von einem ausgeglichenen Budget reden kann. Er bedauere, daß man in Zeiten der Hochkonjunktur ein defizitäres Budget vorlegt. Der Redner erklärt, daß Wien zu stark von der Finanzpolitik des Bundes abhängt,denn volle 36,5 Prozent der Einnahmen erhalten wir nicht auf Grund der eigenen Budgethoheit. Die Ursache dieser Entwicklung ist im Finanzausgleich zu suchen. Die Gewerbesteuer, erklärte der Redner, kommt zu 60 Prozent den Gemeinden zu. Wenn der Bund sie aber nicht einhebt, dann bekommen sie eben weniger. Auch bei der Einkommensteuer, die vom Verfassungsgerichtshof als gesetzwidrig aufgehoben wurde, ist es nicht anders. Er stellt fest, daß seit Jahren ein stiller Ausgleich zu ungunsten der Länder im Gange ist, was beim neuen Finanzausgleich wieder deutlich in Erscheinung getreten ist. Das Abzweigen von 40 Prozent der Gewerbesteuer bezeichnete er als eine arge Enttäuschung für Wien und erinnerte daran, daß die FPÖ im Parlament dagegen gestimmt hat.

Aus dem Bereich der Abgaben kritisiert er die Getränkesteuer und die Vergnügungssteuer. Beide werden als drückend empfunden. Die progressive Vergnügungssteuer, sagt er, sei schuld daran, daß in Wien niemand Lust zur Veranstaltung von großen internationalen Sportereignissen hat. Sie ist im Vergleich mit anderen Großstädten exorbitant hoch und sollte daher herabgesetzt werden. Im Zusammenhang mit der Vergnügungssteuer verweist er noch darauf, daß bei uns immer weniger echte Wiener Musik zu hören ist, was auch von den ausländischen Gästen Wiens kritisiert werde. Der Redner unterstreicht die Ausführungen des Bürgermeisters, daß die Wohnungsnot in Wien heute nicht so sehr ein Problem der Quantität als vielmehr der Qualität sei. Vor allem handelt es sich um die Unterbringung der Notstandsfälle. Dr. Schmidt verlangt eine unparteiische und objektive Vergebung der Wohnungen und schlägt vor, zu diesem Zweck eine Kommission unter richterlichem Vorsitz einzusetzen.

./.

Bei der Lösung von Verkehrsfragen könne man überhaupt kein Konzept erkennen. Schon bei der Verkehrsenquete im Jahre 1955 wurde eine zweite Verkehrsebene verlangt. Aber bis heute weiß man nicht einmal, wie diese zweite Verkehrsebene aussehen soll.

Auch das Gesundheitswesen sei kein Ruhmesblatt für unsere Stadt. Wir sehen täglich die katastrophalen Auswirkungen der Bettennot und müssen erleben, daß sich die Rettungsmannschaften um den Patienten streiten. Die Unterbezahlung der Ärzte und des Pflegepersonals sei ebenfalls ein sehr trauriges Kapitel.

Bei der Gruppe Kultur bemängelt Dr. Schmidt, daß die Ausgaben um zehn Prozent gekürzt wurden. In Wien wie auch beim Bund wird also die Kultur zum Stiefkind der Verwaltung gemacht.

Der Redner beschäftigt sich dann auch mit dem Jugendproblem und verlangt eine Stärkung der Autorität der Erzieher. Wir werden den jungen Menschen auch von den Pflichten sagen müssen, die die Jugend gegenüber den Mitmenschen, gegenüber dem ganzen Volk hat. Vor allem gilt es, die jungen Leute vor verderblichen Einflüssen zu schützen.

Abschließend sagt GR. Dr. Schmidt, der Voranschlag 1960 sei für die FPÖ eine arge Enttäuschung. Wesentliche Forderungen seiner Partei wurden nicht berücksichtigt, wichtige Fragen wurden nicht gelöst. Seine Fraktion könne daher dem Budget nicht zustimmen.

GR. Bittner (ÖVP) erklärt, der Voranschlag erlaube die erfreuliche Feststellung, daß der Haushalt dieser Stadt ausgeglichen und die Stadtverwaltung dank der Steuerkraft der Bevölkerung in der Lage ist, viele kommunale Aufgaben zu erfüllen. Das Budget spiegelt die allgemeine gute Wirtschaftslage unseres Landes wider. Der Finanzausgleich bringe unserer Stadt auf Grund des neuen Finanzausgleiches mehr Mittel als bisher.

Als erfreulich bezeichnet der Redner auch die höheren Ansätze für die Förderung von Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, die Verdoppelung des Betrages für die Wiener Festwochen, die vielen Millionen für Fortsetzungs- und Neubauten von Schulen und Volksheimen, von Spitälern, die Brücken-, Wasser- und Straßenbauten, die weitere Ausgestaltung der Gärten, den Ausbau der Kanal- und Wasserwege, der öffentlichen Beleuchtung, die Anschaffungen von Straßenreinigungsmaschinen, den Bau von 9.500 Wohnungen usw. ./.

Nicht vergessen dürfe man das große Investitionsprogramm der Stadtwerke und die Planung der nächsten großen Bauaufgaben, wie Großmarkthalle, dritte Wasserleitung, drittes Berufsschulgebäude und das Allgemeine Krankenhaus.

GR. Bittner stellt fest, daß die beiden großen Parteien seit 1945 eine Koalition bilden. Für die Volkspartei war es zwar nicht immer leicht, sich gegenüber der absoluten Mehrheit der Sozialisten zu behaupten, man habe aber trotz verschiedener Weltanschauungen in gemeinsamer Arbeit für die Stadt viel Positives geleistet. Die Kritik, die die Vertreter der Volkspartei an verschiedenen Einrichtungen und Praktiken der Stadtverwaltung üben, werde aus Verantwortung und nicht zu billiger Propagandawirkung gemacht. Natürlich gibt es Interessengegensätze zwischen Bund und allen Bundesländern. Natürlich vertritt der Bund seine Interessen und die Länder die ihren. Unrichtig sei jedoch, wenn immer wieder behauptet wird, die ÖVP in diesem Hause würde nicht oder nicht energisch genug die Wiener Interessen dem Bund gegenüber vertreten. Die Wiener ÖVP-Mandatare vertreten voll und ganz alle berechtigten Interessen und Ansprüche dieser Stadt sowohl dem Bund als auch allen anderen Ländern gegenüber. Sie haben auch wiederholt in Verhandlungen viel für Wien erreicht. Die Volkspartei sei der Meinung, daß die öffentliche Hand eine der Gemeinschaft dienende Funktion auszuüben haben. Sie bekenne sich zum Subsidiaritätsprinzip auch in der Kommunalpolitik. Man soll nicht immer alles selber machen wollen, sondern helfen, die Privatinitiative zu unterstützen. So haben zum Beispiel zwei sozialistisch verwaltete Städte wie München und Hamburg weite Bereiche des Fürsorgewesens in den Händen privater, meist religiöser Organisationen belassen, die von den Stadtverwaltungen unterstützt werden.

Besonderes Augenmerk müsse man der Erhaltung des Antlitzes unserer Stadt zuwenden. Wien wird in Zukunft mehr als bisher seinem Ruf als Stadt der Wissenschaft gerecht werden müssen. Dazu wird es notwendig sein, Wohngelegenheiten für in- und ausländische Studenten zu schaffen. Der geplante Bau eines Studentenheimes ist sehr zu begrüßen und es ist zu hoffen, daß er nur einen Anfang weiterer Bemühungen auf diesem Gebiet darstellt.

./.

Der Redner fordert ferner, die Privatschulen einer öffentlichen Schule gleichzusetzen, der Lösung des Wohnungsproblems vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken und alle Bauwilligen zu unterstützen. Alles getan werden müsse auch, um den Althausbestand zu erhalten und zu modernisieren. Auf dem Verkehrssektor dürften nicht bloße Milderungen erzielt werden, sondern endgültige und zufriedenstellende Lösungen. Die Stadtplanung müsse ihre ganze Kraft auf die Schaffung eines Generalverkehrsplanes konzentrieren.

In der Frage der Schaffung einer zweiten Verkehrsebene denken bei einer Mehrheitspartei manche doch anders als früher. Wir sind der Meinung, daß es unbedingt zu einer zweiten Verkehrsebene kommen muß, weil nur so wirklich das Verkehrsproblem gelöst werden kann.

Wir haben auch das größte Interesse daran, daß der Bau sowohl der Autobahn als auch der Schnellbahn bald und energisch in Angriff genommen wird. Wien darf keine schlechtere Behandlung erfahren als die anderen Bundesländer. Als nächste Rate soll die Autobahn von Preßbaum bis zum Auhof gebaut werden. (Stadtrat Heller (SPÖ): Dort lösen wir den Verkehr auf?) Darüber werden wir weiter verhandeln. Wir sind durchaus bereit, mit Ihnen die Verantwortung zu teilen. Auch der Bau der Schnellbahn soll so rasch wie möglich weitergeführt werden. Wir hoffen nur, daß auch Minister Waldbrunner das gleiche Verständnis haben wird, denn es fällt in sein Ressort. (Zwischenrufe bei den Sozialisten). Diese Frage sollte ehestens in Angriff genommen werden.

Es ist notwendig, jene Atmosphäre zu schaffen, in der in voller Sachlichkeit alle unsere Probleme einvernehmlich gelöst werden können. (Beifall bei derÖVP). Weil wir der Meinung sind, daß dieser Voranschlag geeignet ist, der Bevölkerung Arbeit, Sicherheit und größeren Wohlstand und Optimismus für die Zukunft unseres geliebten Wien zu geben, wird meine Fraktion den Ansätzen dieses Voranschlages ihre Zustimmung erteilen.

GR. Marek (SPÖ) schildert in anschaulicher Weise den Aufstieg Wiens aus der Zeit von 1945, als die Hoffnungslosigkeit die Wiener Bevölkerung zu lähmen drohte, bis in die Gegenwart. Im Jahre 1945 wurde mit Einnahmen von 251 Millionen gerechnet, heute haben wir über die Verwendung von 5.501 Millionen zu entscheiden.

./.

Bis Ende 1960 werden wir im Interesse der Wirtschaft und des Wohlstandes der Wiener Bevölkerung insgesamt 45.7 Milliarden eingenommen und 45.9 Milliarden ausgegeben haben. So steht das Budget im Zeichen der Arbeitsbeschaffung. Wenn die ÖVP 1954 in ihrer Wahlbroschüre meinte, die Sozialisten präsentieren den Wienern die Wünsche aus einem Traumbüchl, dann muß ich sagen: durch unsere Arbeit sind die Träume Wirklichkeit geworden. (Beifall bei der SPÖ). Und 1959 haben uns 558.521 Frauen und Männer legitimiert, die Arbeit, die wir 1945 begonnen haben, fortzusetzen. Sie haben uns damit gleichzeitig das Vertrauen ausgesprochen, das uns eine Verpflichtung ist. Das Wahlprogramm, das wir den Wienern vorgelegt haben, ist das Regierungsprogramm der Mehrheit dieses Hauses.

Der Redner wendet sich dann der Besprechung einzelner Probleme zu und erklärt zum Schulwesen: Wir haben unerhörte Beträge für die Ausgestaltung der Schulen aufgebracht. Aber so vorbildlich diese Tätigkeit ist, wird es auch Aufgabe der Pädagogen sein, der Jugend jenes Staatsbewußtsein beizubringen, das in dem Satz gipfelt: Ihr seid Bürger Österreichs und habt alle Ursache, stolz zu sein. Und wir haben nicht nur ein österreichisches Vaterland, wir haben auch ein österreichisches Wien, und für dieses österreichische Wien werden wir mit ganzer Liebe arbeiten. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Marek begrüßt den Appell Vizebürgermeister Slaviks zur Beschleunigung beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses und fordert eine allseitige Unterstützung. Er beschäftigt sich mit den von der ÖVP im Wahlkampf vorgebrachten Vorwürfen, daß die Sozialisten im Wiener Rathaus wenig für die Planung übrig hätten, und wendet sich gegen die gleichfalls im Wahlprogramm der ÖVP enthaltenen Feststellung, daß es in Wien eine Verwaltung "eines entfremdenden sozialistischen Bonzentums" gebe. Der Redner erklärt, daß solche Methoden im Interesse der Zusammenarbeit nicht gebraucht werden sollten. Er wendet sich auch gegen die Ansicht, daß eine Koalition mit Vorbehalt eingegangen werden könnte. Wenn die Kommunisten oder die Freiheitlichen die Frage stellen, sagte er weiter, wann wir endlich einmal etwas von der Wiener Stadtplanung sehen werden, dann könne man sie noch hinnehmen. Aber eine solche Frage, aus-

./.

gesprochen von Stadtrat Lakowitsch, muß doch befremdend wirken. GR. Marek meint, daß Stadtrat Lakowitsch bekannt sein müßte, daß die Planung in Ausarbeitung gegeben wurde und für die Fertigstellung dieser Arbeit eine Frist gesetzt ist. Die Planungsarbeiten sind bis jetzt termingemäß verlaufen. Er beschäftigt sich dann mit Äußerungen, die die Benachteiligung Wiens betrafen, und meint, daß wir es hier mit Ressentiments aus früheren Zeiten zu tun haben. Sonst könnte man sich die Behandlung der Bundeshauptstadt wie etwa bei der Planung der Autobahn nicht vorstellen.

Zum Assanierungsprogramm der Gemeinde Wien erklärt er, die Sozialisten wären üble Demagogen, würden sie nicht alles daransetzen, die Sünden des vergangenen Jahrhunderts zu beseitigen. Angesichts der großen Leistungen der Gemeinde Wien im Wiederaufbau könne er nicht verstehen, warum die ÖVP in ihrem letzten Wahlprogramm Wien als Stadt ohne Wohnraum bezeichnete. Vergleiche, die mit deutschen Städten und ihren Planungen angestellt werden, sind hier kaum am Platze. Dort wurden Städte vollkommen verwüstet und die Stadtplaner konnten unter völlig anderen Voraussetzungen planen. Er erinnerte dann daran, daß nach den Erhebungen aus dem Jahre 1901 in Wien 563.000 Wohnungen gezählt wurden. Es wurden aber damals auch in einem einzigen Jahr 29.000 Delogierungen und 60.000 Bettgeher registriert. Die damalige Gemeindeverwaltung hatte für die Wohnungssorgen der Bevölkerung kein Gehör. Es ist begreiflich, wenn man weiß, daß im damaligen Wiener Gemeinderat 75 Gemeinderäte Hausbesitzer waren.

In diesem Zusammenhang setzt sich GR. Marek für eine baldige Schaffung des Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes ein.

Der Generaldebatteredner der SPÖ begrüßt auch die vom Vizebürgermeister Slavik angekündigte Errichtung eines internationalen Studentenheimes mit 300 Betten, ebenso seine Erklärung, daß im Jahre 1966 hier eine Weltausstellung stattfinden wird.

An der Rede des Vertreters der Kommunisten bemängelte er vor allem das Fehlen einer konstruktiven Kritik. Zur Forderung seines Vorredners, man solle eine Reihe städtischer Fürsorge-

./.

einrichtungen subsidiär von privaten Organisationen leiten lassen, erklärte er, daß seine Fraktion sich dagegen ausspreche. (Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es solle endlich damit Schluß gemacht werden, die Sozialisten zu diffamieren und zu beleidigen, die die Verantwortung tragen. Der Redner erklärte, daß die Sozialisten stolz sind, von der Wiener Bevölkerung dazu berufen worden zu sein, in den nächsten Jahren an der Ausgestaltung unserer Stadt mitzuarbeiten. Wir bejahen selbstverständlich die Zusammenarbeit, aber in einer anderen Atmosphäre. Wir versichern, daß das Wahlprogramm der SPÖ, das das Regierungsprogramm des Wiener Gemeinderates ist, durchgeführt werden wird. In diesem Sinn geben wir die Zustimmung zu den Ansätzen des Voranschlages und in diesem Sinn wollen wir an die Arbeit gehen! (Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Slavik dankte in seinem Schlußwort für die gute Beurteilung, die der Voranschlag im Gemeinderat gefunden hat. Er hoffe, daß alle Wünsche im Jahre 1960 in Erfüllung gehen werden, die man an das Budget knüpft.

Hierauf beschäftigte sich der Referent mit den Ausführungen der Debattenredner und sprach zunächst zu GR. Lauscher. Wenn dieser gemeint hat, es könnte noch mehr gemacht werden, so muß dazu gesagt werden, daß die Stadt Wien ihre Finanzkraft nicht in einem Jahr erschöpfen will. Außerdem aber wurde schon gesagt, daß wir auf dem Bausektor technisch gar nicht mehr leisten können.

Zu der Kritik an den Tariferhöhungen: es wird kaum eine Stadt geben, in der der Stromtarif effektiv niedriger ist als im Jahre 1937. Die Erhöhung des Gaspreises wiederum ist unter der Kalorienerhöhung geblieben, was also eigentlich eine Ermäßigung bedeutet. Eine echte Tariferhöhung ist die bei den Verkehrsbetrieben, die heute noch unser Sorgenkind sind. Der Referent weist auch den Vorwurf der Zinserhöhung bei Gemeindewohnungen zurück, da es sich hier doch um viel besser ausgestattete Wohnungen handelt.

Was die Vorwürfe über den Finanzausgleich betrifft, meinte Vizebürgermeister Slavik, habe er hier kein schlechtes Gewissen. Die Ertragsanteile sind um 410 Millionen Schilling gestiegen.

Die Gemeindeautonomie kann nur auf einer sicheren finan-

./.

ziellen Grundlage basieren. Und das war eben der Grund für die Änderung des Finanzausgleiches: die Unsicherheit für die kleinen und mittleren Gemeinden zu beseitigen, die oft auf Gedeih und Verderb mit einer einzigen Firma verbunden sind.

Was die Staatsvertragsverpflichtungen anlangt, so wird es wohl niemanden in Österreich geben, der darüber begeistert ist. Aber schließlich standen wir vor der Frage, einen Staatsvertrag zu bekommen oder nicht. Und da war es wohl besser, die Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

Neuvermietungsgesetz: die Sozialisten waren bereit, dieses Gesetz weiter bestehen zu lassen. Die Kommunisten hätten also besser die Vertreter der ÖVP beschwören sollen.

Zu der konkreten Frage nach dem neuen Straßenbahntarif müsse er GR. Lauscher leider noch um etwas Geduld bitten. Er habe schon einmal gesagt, der Einheitstarif muß kommen und er wird kommen, aber die Fachleute müssen zuerst sagen, welchen Tarif sie sich vorstellen. Es gibt ja zum Beispiel auch einen einheitlichen Tarif der auf Zonen aufgebaut ist. Auch beim Wassertarif wollen wir eine einheitliche Gestaltung.

GR. Lauscher habe sich auch sehr viel mit Fragen der Bundespolitik beschäftigt. Der Referent meint, er könne das verstehen, denn die Kommunisten haben kein anderes Forum mehr, um über diese Dinge zu sprechen.

Vizebürgermeister Slavik kommt sodann auf die Rede des FPÖ-Gemeinderates Dr. Schmidt zu sprechen, der viele Dinge grundlegend falsch beurteilte. Die Budgetdebatte sei keinesfalls zwecklos und der Voranschlag liege nur aus dem Grund bereits gedruckt vor, weil eine große Zahl von Voranschlägen gebraucht werde, die man nicht alle mit der Hand schreiben könne. Es stehe allen Gemeinderäten während der Budgetberatungen das Recht zu, Abänderungsanträge und Vorschläge zu erbringen. Es ist selbstverständlich, daß nicht die Parteisekretariate diesen Voranschlag erstellen, sondern daß er in monatelanger Arbeit von den einzelnen Magistratsabteilungen erstellt wird. Der heurige Rohentwurf dieses Voranschlages wies einen Abgang von rund 700 Millionen Schilling auf. Er wurde dann solange korrigiert, bis man nach der Dringlichkeit der Aufgaben zu einem annehmbaren Voranschlag kam, der den finanziellen Gegebenheiten entspricht. Es handelt sich bei diesem Voranschlag um ein Produkt demokratischer Überlegungen. Es sei daher nicht nötig, daß die FPÖ Lehren

./.

über demokratische Formen erteilen will. Die verantwortlichen Männer und Frauen in diesem Hause haben bereits viele Systeme kennengelernt und sind dadurch zu überzeugten und fanatischen Demokraten geworden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Wenn GR.Schmidt meinte, SPÖ und ÖVP seien in diesem Hause auf Gedeih und Verderb verbunden, könne man nur erwidern, daß man mit der Sozialistischen Partei nur auf Gedeih verbunden sein könne. (Beifall bei der SPÖ.) Die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien habe sich im ganzen Lande bewährt und ist der Hauptfaktor für den günstigen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg unseres Landes und unserer Stadt.

Zur Kritik an der Finanzpolitik ist zu sagen, daß die Finanzpolitik sich der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung anpassen müsse. Die einheitliche Einhebung der Hebesätze für die Gewerbesteuer für das ganze Bundesgebiet habe gleichfalls ihren guten Grund. Es wird dadurch das Abwandern von Industrieunternehmungen verhindert. Zur Frage der Getränkesteuer ist zu sagen, daß diese allein vom Konsumenten bezahlt wird. Es wurden 9.780 Revisionen bezüglich der Einhebung der Getränkesteuer durchgeführt. Hievon wurde das Ergebnis in nur 63 Fällen nicht freiwillig anerkannt. Bei der Vergnügungssteuer wurden 907 Überprüfungen durchgeführt. Hier wurden vier Überprüfungsergebnisse nicht freiwillig anerkannt. Man kann also sagen, daß die Steuermoral in Wien sehr gut ist. Erst durch diese Steuermoral kann eine wirkliche Steuergerechtigkeit entstehen. Zur Kritik, daß zu wenig Wiener Musik in den Wiener Kaffeehäusern gebracht werde, ist zu sagen, daß die Stadtverwaltung hier bereits eine Aktion eingeleitet hat, die Abhilfe schaffen soll. Wenn GR. Dr. Schmidt den Bau von rund 9.000 Wohnungen jährlich als zu gering bezeichnet, könne man ihm nur erwidern, daß die Wohnungsnot in Wien lange nicht so groß wäre, wären während des Krieges nicht 86.000 Wohnungen zerstört worden. Was hätte außerdem in dieser Zeit noch alles gebaut werden können. Es wäre dann heute der Mangel an Wohnungen behoben. Noch nicht behoben sei der Qualitätsmangel. Es ist leider in den alten Häusern vielfach nicht möglich, Klosette und Wasseranschlüsse in den einzelnen Wohnungen herzustellen.

./.

Die Gemeindeverwaltung hat sich auch auf diesem Gebiet bemüht und für diesen Zweck Kredite gewährt. Die Beamten, die mit der Vergebung der Gemeindewohnungen beschäftigt sind, bemühen sich nach einer möglichst gerechten Beurteilung der einzelnen Wohnungsfälle. Es sei aber schwer, aus 35.000 Bewerbern die Bedürftigsten herauszufinden.

Vizebürgermeister Slavik wandte sich dann entschieden gegen eine Darstellung, als ob die Empfehlungen der Verkehrsenquete nicht berücksichtigt würden. Von den 109 Empfehlungen sind 76 bereits in Arbeit, zum Teil auch durchgeführt. Es wurden bereits verschiedene Kreuzungen umgebaut - Opernkreuzung, Südtiroler Platz, Praterstern usw. - an Parkgaragen wird gearbeitet, ebenso an der Schnellbahn und an der Umstellung von Straßenbahn auf Autobusbetrieb. Freilich wird es auch nach der Fertigstellung des Generalverkehrsplanes noch Jahre dauern, bis alle Probleme gelöst sind. Eine große Rolle spielt die Trassenführung der Autobahn, und erst wenn die Autobahn festgelegt sein wird, wird es zu einer endgültigen Planung des Straßennetzes kommen. Die Fachleute sind jedenfalls sehr bemüht, die Empfehlungen der Verkehrsenquete zu verwirklichen.

Bei der Jugenderziehung ist die beste Methode Verständnis und Liebe für die Kinder. Die Jugend wird vielfach völlig falsch beurteilt. Die Pülcher waren früher nicht besser als heute die Halbstarken. Aber die andere Jugend stellt sich eine Nacht lang um Theaterkarten an oder spart tausende Schilling für einen Rettungswagen usw. Über diese 90 oder 95 Prozent der Jugend sollen wir uns freuen (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

ÖVP-GR. Bittner schließe aus der Charta der Menschenrechte, daß die privaten Schulen genauso zu behandeln sind wie die öffentlichen. Das ist völlig falsch. In der Charta heißt es, daß auch die Religionsfreiheit in der Schule gewährleistet sein muß. Es wird niemand behaupten können, daß bei uns die Religionsausübung in der Schule in irgend einer Form behindert wird.

Wir sind nicht dagegen, daß die private Fürsorge mit herangezogen wird. Soweit sie auf das Opfer derjenigen aufgebaut ist, die sich dafür zur Verfügung stellen, sagen wir ja dazu. Soweit sie auf Vereinsmeierei aufgebaut ist und vielleicht nur ein Nebeneinkommen auf Kosten der öffentlichen Hand beschafft werden soll, sagen wir nein.

Hierauf wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP das 2. Hauptstück - Finanzwesen - angenommen. Die neun Erinnerungen werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. ./.

1. Hauptstück: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform

Über die Ansätze der Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform referierte Stadtrat Riemer (SPÖ). Er stellte fest, daß das Personalreferat so wie im Jahre 1958, auch in diesem Jahr im Zeichen der Arbeitszeitverkürzung stand. Während im Vorjahr die Arbeitszeit, vor allem in jenen Dienststellen auf 45 Stunden wöchentlich gekürzt wurde, wo diese Kürzung ohne Personalvermehrung und sonstige Personalmehrkosten möglich war, wurde im Jahre 1959 die Kürzung der Arbeitszeit auch in den übrigen Dienststellen und Unternehmungen vorgenommen, wo damit eine Vermehrung des Personals verbunden war. Die Durchführung dieser Absicht, die den Wünschen des Personals entgegenkommen wollte, war eine Aufgabe ganz großer Dimension und sie konnte bei der starken Differenzierung des Gemeindedienstes nur Zug um Zug realisiert werden.

Wo die sofortige Durchführung der 45-Stunden-Woche durch organisatorische Maßnahmen, Vereinfachungen und Ersparnisse erreicht werden konnte, wurde sie sofort in die Praxis umgesetzt. In allen anderen Fällen wurden die Grundsätze der 45-Stunden-Woche festgelegt, die Dienstpläne darnach umgebaut und für die sich daraus ergebenden Mehrdienstleistungen über 45 Stunden die entsprechenden Vergütungssätze vereinbart. Wo eine Abgeltung in Freizeit möglich ist, wird sie in dieser Form gegeben, wo aber der noch vorherrschende Personalmangel dies nicht gestattet, wird diese Mehrarbeitsleistung der Übergangszeit finanziell abgegolten. Dieser Ausweg mußte vorerst im Pflegedienst, bei der Feuerwehr und insbesondere für das Betriebspersonal der Verkehrsbetriebe getroffen werden. Es kann sich dabei freilich nur um eine Übergangsmaßnahme handeln, denn das Personal wünscht die vermehrte Freizeit und es liegt auch im Interesse des Dienstes, daß die Überstunden wieder verschwinden und der Dienst von einem ausgeruhten und nach jeder Richtung leistungsfähigen Personal versehen wird.

Die Bediensteten anderer Dienstzweige, wo die 45-Stunden-Woche schon eingeführt war, haben den Wunsch vorgebracht, den

./.

Samstag ganz freizugeben und zur reinen Fünf-Tage-Woche überzugehen. Nach Prüfung der Gegebenheiten konnte im allgemeinen diesem Wunsch entsprochen werden und seit November dieses Jahres gilt daher im Verwaltungsdienst der Stadt Wien und der Städtischen Unternehmungen, wo nicht Interessen des Publikums entgegenstehen, die Fünf-Tage-Woche. Derzeit haben rund 45 Prozent der städtischen Angestellten das auf diese Weise verlängerte Wochenende. Der Wunsch des städtischen Personals nach der gekürzten Arbeitszeit wurde also grundsätzlich für alle Bediensteten erfüllt. Finanziell bedeutet dies freilich eine spürbare Belastung. Die restlose Einführung der 45-Stunden-Woche zwingt zur Erhöhung des Personalstandes in den Spitälern und Wohlfahrtsanstalten um rund 800, bei den Verkehrsbetrieben um rund 500 Bedienstete. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gemäß einer im Vorjahre gegebenen Zusage der Verwaltung zur Entlastung der Krankenschwestern weitere Posten für Stationsgehilfinnen geschaffen werden sollen. Es sind dafür im Dienstpostenplan für 1960 zusätzliche 140 Dienstposten vorgesehen.

Für 1960 ist also mit einer beträchtlichen Erhöhung des Personalstandes zu rechnen. Sie ist bedeutender als im abgelaufenen Jahr, und zwar steigt der Personalstand beim Magistrat um 1.031 Dienstposten auf 34.693 Bedienstete, bei den Wiener Stadtwerken um 421 Dienstposten auf 19.295 Bedienstete. Insgesamt wird die Stadt Wien im Jahre 1960 einen Personalstand von 53.988 gegen 52.536 Bedienstete des Vorjahres aufweisen. Die Vermehrung geht restlos auf den Personalmehrbedarf, der durch die Einführung der 45-Stunden-Woche in den kontinuierlichen Dienststellen und Betrieben erwachsen ist, zurück.

Eine spürbare Steigerung erfährt aber auch die Zahl der Empfänger von Pensionen und Ruhegenüssen. Beim Magistrat steigt die Zahl der Pensionisten von 14.800 auf 15.153, bei den Stadtwerken von 19.344 auf 19.531.

Die Stadt Wien wird also im nächsten Jahr für 34.684 Pensionisten zu sorgen haben. Das sind um 540 mehr als im Jahre 1959. Auffallend ist das neuerliche Ansteigen der Zahl der Pensionisten der Wiener Stadtwerke, wo 19.295 Aktiven 19.531 Pensionisten gegenüberstehen. Der Personalaufwand des Magistrates beträgt für das kommende Jahr 1.657 Millionen Schilling, das

./.

sind 32.1 Prozent gegenüber 1.497 Millionen Schilling, das sind 30.4 Prozent des Jahres 1959.

Es ergibt sich also eine Steigerung des Personalaufwandes des Magistrates um 160 Millionen Schilling.

Der Personalaufwand für das Jahr 1960 zeigt somit ein stärkeres Ansteigen als die Entwicklung des Personalstandes gegenüber 1959. Dies ist darauf zurückzuführen, daß nicht nur die Bezüge für eine größere Bedienstetenzahl zu präliminieren waren, sondern hier wirkt sich der volle 14. Monatsbezug aus, der 1960 zum ersten Male fällig wird. Die Steigerung der Personaltangente von 30.4 Prozent des Vorjahres auf 32.1 Prozent darf wohl als beherzigenswerte Mahnung aufgefaßt werden. Sie bleibt aber immerhin noch unter 33 Prozent der Gesamtausgaben die in der internationalen Kommunalpolitik als normaler und gesunder Personalkostensatz gelten.

Der Personalaufwand der Wiener Stadtwerke weist selbstverständlich auch eine entsprechende Steigerung auf, und zwar von 1.221 Millionen Schilling auf 1.315.1 Millionen Schilling.

Magistrat und Stadtwerke zusammen rechnen somit für das kommende Jahr mit Personalauslagen von 2.972 Millionen Schilling, also fast drei Milliarden. Für Ruhe- und Versorgungsbezüge werden davon 758.4 Millionen Schilling, das ist rund ein Viertel, aufgewendet.

Auch das Jahr 1959 stand wieder im Zeichen einer weitgehenden Verjüngung des städtischen Personals. Aus dem magistratischen Dienst sind 1.139, aus den Diensten der Wiener Stadtwerke 1.116 Bedienstete ausgeschieden. Der Abgang war in diesem Jahr beim Magistrat milder als im Jahr vorher, dagegen bei den Stadtwerken radikaler, was umso stärker trifft, als es sich bei den Stadtwerken hauptsächlich um ausscheidende Verkehrsbedienstete handelt, für die nur sehr schwer ein Ersatz gefunden werden kann. Von den 2.255 ausgeschiedenen Bediensteten sind 1.274 in den dauernden Ruhestand getreten.

./.

621 Vertragsbedienstete sind wegen Erreichung der Altersgrenze ausgeschieden und in die Rente gegangen. Die Zahl der aus dem aktiven Dienst in den Ruhestand getretenen Bediensteten beträgt also 1.895, das sind nicht weniger als 84 Prozent. Durch Tod sind 102 Bedienstete abgegangen, das sind fünf Prozent der Ausgeschiedenen. Bedauerlicherweise haben drei Bedienstete der Stadtwerke in Ausübung ihres Dienstes bei Unfällen tödliche Verletzungen erlitten.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 2.239 neue Bedienstete aufgenommen, für den Magistrat 1.392 Bedienstete, darunter 97 Maturanten und 90 Stenotypisten, für die Stadtwerke 847 Bedienstete. Es gilt aber nicht nur für die Ausgeschiedenen Ersatz zu schaffen, sondern manche durch Pensionierung frei gewordene Stelle muß innerhalb eines Kalenderjahres mehrmals besetzt werden. Dies gilt insbesondere für Pflegerinnen und Hauspersonal in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten und für unsere Schaffnerinnen. In diesen Dienstzweigen ist leider eine starke Fluktuation zu bemerken. Bei den im Verkehrsdienst stehenden Bediensteten der Wiener Stadtwerke war im Oktober dieses Jahres ein Personalmanko gegenüber dem Stellenplan 1959 von 350 Bediensteten; gegenüber dem Stellenplan 1960, der den erhöhten Personalbedarf auf Grund der 45-Stunden-Woche aufweist, ergibt sich sogar ein Personalmanko bei den Verkehrsbetrieben von 800 Bediensteten.

Der städtische Dienst leidet aber auch empfindlichen Mangel an Technikern. Immer wieder bleiben Dienstposten für Diplomingenieure, insbesondere im Baufach, Maschinenbau und bei der Wiener Feuerwehr unbesetzt und können trotz öffentlicher Ausschreibung lange Zeit nicht besetzt werden. Das Personalreferat wird daher in Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Dienststellen der Stadt Wien neue Wege zur Beschaffung des entsprechenden Akademikernachwuchses suchen müssen.

Die Stadt Wien übt auch die Diensthoheit über 5.417 Pflichtschullehrer und 963 Berufsschullehrer aus.

Die Dienstordnung für die Bediensteten der Bundeshauptstadt Wien einschließlich der Besoldungsordnung hat im Jahre 1959 zwei Novellierungen erfahren. Die 15. Novelle zur Dienstordnung hat vor allem die Mindestpensionen auf die im ASVG vor-

./.

gesehenen Sätze erhöht, durch die 16. Novelle zur Dienstordnung wurde der volle 14. Monatsbezug begründet und die Haushaltszulage auch für ledige weibliche Bedienstete, die einen Haushalt führen, eingeführt.

Als ein Schmerzenskind auf dem Gebiete des Dienstrechtes bezeichnet Stadtrat Riemer die Kindergärtnerinnen. Durch eine Bestimmung im Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz aus dem Jahre 1948 sind die Kindergärtnerinnen aus dem Dienstrecht der Stadt Wien ausgeschieden worden; der Bund hat es aber bis heute verabsäumt, dienstrechtliche Bestimmungen für die Kindergärtnerinnen zu schaffen. Dadurch ist diese große Bedienstetengruppe praktisch ohne systematisches Dienstrecht, weil dem Land Wien durch das Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz des Bundes die Kompetenz zur Regelung dieser Dienstrechtsmaterie entzogen warden ist. In der Praxis genießen die Kindergärtnerinnen als Bedienstete des Landes Wien freilich den gleichen Schutz wie früher. Im Einvernehmen mit der Gewerkschaft wurde ein Ausweg gesucht, der es möglich macht, auch den Kindergärtnerinnen zur Anrechung ihrer Vordienstzeiten zu verhelfen. Die wöchentliche Arbeitszeit der Kindergärtnerinnen wird ab Jänner 1960 um zwei Stunden gekürzt.

Stadtrat Riemer befaßt sich hierauf mit dem Problem der Mangelberufe und bespricht zunächst die Situation auf dem Sektor der Krankenpflegerinnen. Es trifft nicht zu, wie manchmal angenommen wird, daß wir derzeit weniger Pflegerinnen haben als früher. Wir haben viel mehr als jemals vorher im Dienste der Stadt Wien waren. Im Jahre 1937 waren in den Spitälern und in den Wohlfahrtsanstalten, über die die Stadt Wien heute verfügt, 3.955 Schwestern tätig, heute sind es 6.038. Unsere Situation hat sich also absolut verbessert. Aber die moderne Medizin braucht viel mehr Schwestern, und wir würden daher, obwohl wir heute mehr Schwestern haben, noch mehr Schwestern brauchen. So müssen wir uns heute zum Teil mit Hilfsschwestern behelfen. Es ist auch nicht richtig, daß sie so schlecht bezahlt sind.

./.

Eine Krankenschwester, die ihre dreijährige Diplomausbildung, die ihr bezahlt wird, beendet hat und mit 20 ½ oder 21 Jahren in den städtischen Dienst tritt, erhält monatlich 1.550 Schilling brutto, wozu noch Erschwerniszulagen oder Gefahrenzulagen kommen. Eine Gleichstellung der Krankenschwestern mit den Maturanten würde allerdings das ganze Bezugsschema des öffentlichen Dienstes in Bewegung bringen. Wer also von einer Gleichstellung spricht, erweckt Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Bei den Propagandisten dieser Forderungen kann es sich nur um Menschen handeln, die die Problematik des öffentlichen Dienstes nicht kennen oder diese Forderungen aus durchsichtigen Gründen vertreten. Die Arbeit der Pflegerinnen wird durch verschiedene Maßnahmen in den Anstalten auch durch Einstellung von Stationsgehilfinnen, erleichtert. Jährlich erhalten 100 Schwestern eine Gemeindewohnung. Es sei aber auch an die Vorgesetzten der Krankenschwestern appelliert, Erschwernisse des Pflegedienstes, die sich aus Unregelmäßigkeiten im Tagesablauf ergeben können, zu vermeiden. Das Gebot der Stunde heißt: Mehr Ausbildungsplätze für Krankenpflegerinnen. Die Stadt Wien hat diesem Erfordernis durch die Eröffnung der siebenten Krankenpflegeschule Rechnung getragen. Gleichsam als Reservoir für diese neue Schule haben wir im Herbst die Vorschule für soziale Frauenberufe eröffnet. Dieser neue Schultyp ist mit einem erfreulichen Erfolg ins Leben getreten.

Entgegen verschiedenen Pressenachrichten kann ich dem Gemeinderat die beruhigende Mitteilung machen, daß kein Grund zur Besorgnis ist, daß wir zuwenig Ärzte haben. Da in den letzten Jahren weniger junge Ärzte die Universität verlassen, leiden die Spitäler wohl an ärztlichem Nachwuchs. Die Stadt Wien hat aber dieser Erscheinung dadurch Rechnung getragen, daß die Spitalsärzte nicht mehr sofort nach Beendigung ihrer Spitalsausbildung das Krankenhaus verlassen müssen, sondern daß sie bleiben können, wenn sie wollen und der Bedarf vorhanden ist. Die Stadt Wien hat auch der Tatsache Rechnung getragen, daß die Anästhesie eine radikale Entwicklung durchgemacht hat. In den Wiener Krankenanstalten sind 18 Dienstposten für Narkosefachärzte systemisiert, von denen 17 besetzt sind. Erst vor wenigen Monaten hat die Stadtverwaltung über Wunsch der Ärztekammer und der Spitalsvertretung weitere 36 Dienstposten für Narkosehilfsärzte, die in Ausbildung zu Narkosefachärzten stehen, neu geschaffen. ./.

Von diesen konnten bisher 29 besetzt werden. Die Stadtverwaltung ist also hier nicht in Verzug, vielmehr mangelt es an Ausbildungsmöglichkeiten. An dem Ärztemangel sind aber die ärztlichen Standesvertretungen nicht unschuldig. Als vor einigen Jahren vorübergehend mehr junge Ärzte aus den Universitäten kamen als augenblicklich gebraucht wurden, ist eine laute Abschreckungspropaganda gegen das Medizinstudium gemacht worden. Man war so kurzsichtig und übersah, daß das Überangebot an jungen Ärzten, durch Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse bedingt, nach kurzer Zeit überwunden sein wird, und jetzt haben wir den Mangel.

In der Ärztefrage muß die Stadtverwaltung vor allem zwei Grundsätze verfolgen: der notwendige ärztliche Dienst in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Stadt muß sichergestellt sein und die Besoldung der städtischen Ärzte darf den Rahmen der Besoldungsnormen des öffentlichen Dienstes nicht sprengen.

Auch andere öffentlich Bedienstete mit Akademikerbildung müssen häufig Mehrdienste leisten und können nicht für jede Überstunde eine separate Bezahlung bekommen. Den Ärzten in den Spitälern wird die Möglichkeit zu einer Vertiefung ihrer Ausbildung geboten, deren Früchte sie schließlich später in ihrer Praxis ernten können. Den Ärzten, als einziger Gruppe städtischer Bediensteter, ist die Möglichkeit eingeräumt, aus dem öffentlichen Dienst in dem Augenblick auszuscheiden, den sie von ihrem persönlichen Standpunkt aus als den günstigsten für die Schaffung einer besseren Position erblicken.

Um den ärztlichen Dienst in den Anstalten zu sichern und gleichzeitig den Wünschen der Ärzte entgegenzukommen, wurden im abgelaufenen Jahr mehrmals Verhandlungen mit den Ärztevertretungen geführt, in denen eine Reihe von Verbesserungen vereinbart wurde. Vor allem wurde die Verlängerung des Dienstverhältnisses der Ausbildungsärzte vereinbart. Rettungsärzte, Anaesthesisten und Prosekturadjunkten wurden der Vertragsbedienstetenordnung unterstellt, und somit in ein unbefristetes Dienstverhältnis mit zweijähriger Gehaltsvorrückung genommen.

./.

Die Gemeinde Wien hat jedenfalls bewiesen, daß sie den Ärzten gegenüber zu größtem Entgegenkommen bereit ist.

Aus den zahlreichen Verbesserungen für Gemeindebedienstete möchte ich nur einige von besonderer allgemeiner Bedeutung herausheben. Bekanntlich erhält seit Mai vorigen Jahres jeder Bedienstete, wenn er 25 Dienstjahre vollendet hat, eine Jubiläumsgabe in der Höhe eines halben Monatsbezuges, bei Vollendung des 40. Dienstjahres eine solche in der Höhe eines vollen Monatsgehaltes. Diese wird auch beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst nach 35 zurückgelegten Dienstjahren ausgezahlt. Im Berichtsjahr sind an 3.305 Jubilare unter diesem Titel 7,3 Millionen Schilling flüssig gemacht worden. Von großer Bedeutung ist die Anrechnung von Vordienst- und Behinderungszeiten. Fast 34.000 Ansuchen sind eingebracht worden. Von diesen konnten von den Personalabteilungen bisher 14.000 Ansuchen positiv erledigt werden.

Auch in diesem Jahre wurden wieder an Opfer des Faschismus Beamtenentschädigungen ausbezahlt und laufende Zuwendungen bewilligt. 21 emigrierten ehemaligen städtischen Bediensteten wurden außerordentliche Versorgungsgenüsse neu bewilligt. Weitere 88 emigrierte ehemalige Bedienstete erhielten eine Nachzahlung solcher Versorgungsgenüsse im Ausmaß von zusammen 7,6 Millionen Schilling. An 15 Personen wurden Beamtenentschädigungen in der Höhe von zusammen 335.000 Schilling, an weitere 471 Personen Nachzahlungen auf Grund des erhöhten Teuerungszuschlages im Gesamtausmaß von 240.000 Schilling ausgezahlt.

Die Gemeinde Wien beschäftigt in einigen Betrieben auch Arbeiter und Angestellte, die auf Grund von Kollektivverträgen entlohnt werden. Verhandlungen über diese Dienst- und Besoldungsverhältnisse haben für die Forstarbeiter, für die Bediensteten der Gewista, für die Bäckereiarbeiter und für die Bediensteten der WÖK stattgefunden. Auch der Vertrag mit dem Verband der geistlichen Ordensschwestern wurde verhandelt und die Bestimmungen an die durch die Einführung der 45-Stunden-Woche eingetretenen neuen Verhältnisse angepaßt. Darüber hinaus ist eine Erhöhung des Urlaubszuschusses von 50 auf 75 Prozent der monatlichen Barentschädigung zugestanden worden.

Die Zahl der Disziplinarverfahren ist leider auch in diesem Jahr wieder größer geworden. Sie beträgt 482 Fälle gegenüber 404 des Jahres 1958. ./.

Im Zunehmen sind allerdings vor allem die Disziplinarverfahren, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind. Rückläufig ist auch die Zahl der Beschwerden von Beamten und Pensionsparteien gegen die Gemeinde Wien bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts. Im laufenden Jahr sind nur 23 solcher Beschwerden eingebracht worden, gegenüber 77 im Jahre 1954.

Nicht unbeträchtlich ist die Unterstützung des Sports, die in der Form von Sonderurlauben für Bedienstete der Gemeinde Wien, die an internationalen sportlichen Wettkämpfen mitwirken, geleistet wird.

Größtes Augenmerk wurde auch heuer wieder der fachlichen Ausbildung und Fortbildung des städtischen Personals zugewendet. In verschiedenen Kursen sind 809 Beamte erfaßt worden. Im Rahmen der Jugendbetreuung wurden 28 Einzelvorträge durchgeführt, die von 989 Bediensteten besucht waren. In der Verwaltungsakademie wurden 21 Kurse mit 707 Teilnehmern durchgeführt. Der freiwilligen Fortbildung dienten 33 Kurse für Stenographie, Maschinschreiben und Rechtschreiben mit 1.200 Teilnehmern.

Auf dem Gebiete der Vorgesetztenschulung wurde die gute Zusammenarbeit mit dem Psychotechnischen Institut fortgesetzt. In diesem Jahr wurden 27 Seminare mit 811 Teilnehmern abgehalten.

Auch die Bemühungen auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung wurden fortgesetzt. Die Buchhaltungen und die betriebswirtschaftlichen Abteilungen der Stadtwerke wurden auf das Lochkartenverfahren umgestellt. Eine zentrale Gehaltsverrechnung wurde errichtet, die nunmehr auch die Gehälter und Nebenbezüge der aktiven Bediensteten im Lochkartenverfahren abrechnet. Die Wiener Stadtwerke besitzen zwei große Rechenzentren mit modernen Lochkartenmaschinen und Elektronenrechnern. Das eine Rechenzentrum verrechnet den Strom- und Gasverbrauch aller Wiener Konsumenten, das andere, dessen Ausbau noch nicht ganz abgeschlossen ist, besorgt neben der Verrechnung der Gehälter und Pensionen der Stadtwerkebediensteten eine Reihe betriebswirtschaftlicher Rechenaufgaben.

./.

Mit Jänner 1960 wird ein solches Rechenzentrum auch im Rathaus im Rahmen der Magistratsdirektion-Amtsinspektion eingerichtet.

Mit 1. Jänner 1960 erfolgt eine Neuordnung in der Organisation der offenen Fürsorge. Durch diese Neuordnung können im bürokratischen Apparat rund 60 Beamte eingespart werden. Außerdem werden 46 Funktionäre mit Monatsbezug entbehrlich.

Im Entwurf des Voranschlages für 1960 findet sich zum erstenmal ein detaillierter Dienstpostenplan. Damit wird einem Wunsch entsprochen, den manche Debatteredner in den Budgetverhandlungen früherer Jahre geäußert haben.

Abschließend dankte Stadtrat Riemer allen Bediensteten der Stadt Wien und der Unternehmungen, die immer ihr Bestes gegeben haben im Dienst der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung (allgemeiner Beifall).

(In der Debatte sprach hierauf GR. Maller (KLS). Den Bericht über seine Ausführungen bringen wir in unserer morgigen Ausgabe. Um 18.55 Uhr unterbrach der Vorsitzende, GR. Fürstenhofer, die Beratungen, die morgen, Donnerstag, mit der Debatte zur Geschäftsgruppe I fortgesetzt wird. Als erster Redner spricht GR. Dr. Broesigke, FPÖ).

\- - -

Pferdemarkt vom 15. Dezember

16. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 156 Stück, hievon 12 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 145, als Nutztiere 7 verkauft, unverkauft blieben 4 Stück.

Preise: Schlachttiere, Fohlen 12.80 bis 14.50 S, Extremware 7.30 bis 9.20 S, 1. Qualität 7.- bis 7.20 S, 2. Qualität 6.50 bis 6.90 S, 3. Qualität 5.80 bis 6.40 S, Nutztiere 6.80 bis 7.- S.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 73, Oberösterreich 18, Burgenland 34, Steiermark 20, Kärnten 4, Salzburg 5.

Auslandsschlachthof: 18 Stück bulgarische Maultiere, Preis 3.50 S je Kilogramm.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für Schlachtpferde um zwei Groschen und für Schlachtfohlen um 25 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Schlachtpferde 6.96 S, Schlachtfohlen 13.62 S je Kilogramm. Gesamtdurchschnittspreis, Pferde: 6.96 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wieder ein großes Stück der Thaliastraße umgebaut

Ab Sonntag in beiden Richtungen befahrbar

17. Dezember (RK) Heuer ist wieder ein großes Stück der Thaliastraße in Ottakring umgebaut worden. Die Decke der Fahrbahn dieser wichtigeten Verkehrsstraße im Westen von Wien entspricht nun allen Anforderungen. Wie wir von der Magistratsabteilung 28, Straßenbau, erfahren, kann die Thaliastraße ab Sonntag, den 20. Dezember, wieder in beiden Richtungen durchgehend befahren werden.

\- - -

Neue Zweiganstalt der Zentralsparkasse in Favoriten

17. Dezember (RK) Samstag, den 19. Dezember, um 7.45 Uhr, eröffnet die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien eine neue Zweiganstalt in Wien 10, Favoritenstraße 210. Damit wird den wirtschaftlichen Erfordernissen des großen Bezirkes Favoriten Rechnung getragen. Die neue Zweiganstalt soll in Hinkunft nicht nur die Möglichkeit bieten, Geldgeschäfte rasch und bequem abzuwickeln, sie soll auch ein wirtschaftlicher Mittelpunkt des Bezirksteiles rund um den Laaer Berg werden. Mit dem Bau wurde auch ein kleiner Beitrag zur Verschönerung und Modernisierung der Geschäftsstraßen des 10. Bezirkes geleistet.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 21. Dezember bis 10. Jänner

17. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 21.Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 9.Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wr.Symphoniker, Elli Lewinsky (Cello), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Beethoven, Bréval, Rimsky-Korssakow, Prokofieff, Wagner)
	Gr.M.V.Saal 19.30	ÖVP-Frauenbewegung: Festkonzert
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert; Orchester der Musikalischen Jugend, Dirigent Norman de Mar (Berg: Kammerkonzert; Honegger: Pacific 231; Schönberg: Variationen; Ravel: La Valse)
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Adventstunde
Dienstag 22.Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Kulturamt - Theater der Jugend: 10.Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen, Dirigent Milo Wawak (Wiederholung vom 21. Dezember)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Franz Schmidt-Konzert Steinbauer-Quartett, Bruno Seidlhofer (Klavier), Alfred Prinz (Klarinette), (Klavierquintett G-dur, Quintett B-dur)
Sonntag 27.Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö.Tonkünstlerorchester: a.o. Orchesterkonzert;Walter Klien (Klavier), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Beethoven: Leonoren-Ouverture Nr. 3, 3. Klavierkonzert, 7. Symphonie)
	Kammersaal (MV) 16.00	**Konzertvereinigung** blinder Künstler: Weihnachtskonzert

./.

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 28.Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Wiederholung des Beethoven-Konzertes des N.Ö.Tonkünstler-orchesters, Dirigent Dr. Gustav Koslik
Dienstag 29.Dez.	Schubertsaal (KH) 19.30	Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert
Donnerstag 31.Dez.	Gr.M.V.Saal 20.00	Wiener Philharmoniker: Silvester-Konzert, Dirigent Willi Boskovsky (Voraufführung des Strauß-Konzertes)
Freitag 1.Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)
Samstag 2.Jänner	Mozartsaal (KH) 19.30	Musikalische Jugend Österreichs Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus IV der KHG; Wr.Konzert-hausquartett
Sonntag 3.Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert; Holländisches Jugendorchester, Pieter van Meckeln (Violine), Dirigent Nico Hermans (Schubert: 3.Sympho-nie; Mozart: Violinkonzert A-dur; Beethoven: 5. Symphonie)
		+
Montag 4.Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert, Dirigent Nico Hermans (Wiederholung vom 3.Jänner)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: Liederabend Murray Dickie, am Flügel Dr. Erik Werba (Purcell, Schumann, Wolf, R.Strauss)
Dienstag 5.Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 5.Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie der GdM; Dirigent Josef Krips
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: 4.Konzert im Zyklus IV; Wr.Konzert-hausquartett, Paul Badura-Skoda (Klavier), (Reger: Streichtrio op. 77b; Brahms: Klavierquintett g-moll op. 25; Schubert: Forellen-quintett A-dur)

./.

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Mittwoch 6.Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 5.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wr.Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Dirigent Josef Krips (Weber: Ouverture zu "Euryanthe"; Mendelssohn: Violinkonzert; Mahler: 1.Symphonie)
	Gr.K.H.Saal 15.00 und 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Orchesterkonzert; Orchester der Musikalischen Jugend, Dirigent Nico Hermans (Schubert: 8.Symphonie; Dvořák: Cellokonzert; Mozart: Symphonie Es-dur KV. 543)
	Radio Wien Gr.Sendesaal 11.00	Österr. Rundfunk - Studio Wien: Chorkonzert; Gr.Wr. Rundfunkorchester, Chor von Radio Wien, Dirigent Hans Swarowsky (Elgar: Der Traum des Gerontius)
Donnerstag 7.Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 5.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie", Dirigent Josef Krips (Wiederholung vom 6. Jänner)
	Gr.K.H.Saal 18.00 und 20.30	Musikalische Jugend Österreichs: Jazzkonzerte der "Feetwarmers Düsseldorf"
	Schubertsaal (KH) 19.30	Wiener Streichtrio: Kammermusikabend, mitw. Eduard Mrazek (Klavier), (Boccherini: Streichtrio Es-dur op. 38; Quaranta: Streichtrio 1955; Beethoven: Klavierquartett Es-dur op.16; Brahms: Klavierquartett A-dur op. 26)
Freitag 8.Jänner	Gr.M.V.Saal 19.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 5. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM, Dirigent Josef Krips
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Jazzkonzert der "Feetwarmers Düsseldorf"
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wr.Konzerthausgesellschaft: Liederabend Ira Malaniuk, am Flügel Dr. Erik Werba (Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert, Brahms, R.Strauss, ukrainische Komponisten)

./.

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Freitag 8.Jänner	Albertina 19.30	Kammerkonzert: Eduard Melkus (Violine) und Paul Angerer (Orgel) spielen Werke von Heinrich Biber
Samstag 9.Jänner	Gr.M.V.Saal 16.00	Gesellschaft der Musikfreunde: 2.Konzert im Karajan-Zyklus; Wr.Philharmoniker, Singverein, Dirigent Herbert Karajan (Strawinsky: Canticum sacrum; Bruckner: 7. Symphonie)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 6. Konzertes des N.Ö. Tonkünstlerorchesters, Dirigent Hans Swarowsky
Sonntag 10.Jänner	Gr.M.V.Saal 11.00	Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Karajan-Zyklus (Wiederholung vom 9. Jänner)
	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö.Tonkünstlerorchester: 6.Sonntag-Nachmittagskonzert: Gilopez Kabayao (Violine), Dirigent Hans Swarowsky (R.Strauss: Till Eulenspiegel; Mendelssohn: Violinkonzert; Brahms: 4.Symphonie)
	Gr.K.H.Saal 19.30	Musikalische Jugend Österreichs: Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus I der KHG, Dirigent Rafael Kubelik (Beethoven: 9.Symphonie)
	Mozartsaal (KH) 11.00	Musikalische Jugend Österreichs: Chorkonzert; Österr. Kammerchor, Kammerorchester der Musikalischen Jugend, Dirigent Günther Theuring (J.S.Bach: Kantaten Nr. 61 und 131, Brandenburgisches Konzert Nr. 3)
	Mozartsaal (KH) 15.30	Erster Männergesangverein der städtischen E-Werke: Chorkonzert
	Palais Palffy 19.30	1.Konzert im Zyklus "Klaviermusik vergangener Zeiten"; es spielen Isolde Ahlgrimm und Eta Harich-Schneider

\- - -

Tagung österreichischer Volksbüchereien

17. Dezember (RK) Vom 15. bis 18. Dezember tagen im Jugendgästehaus der Stadt Wien in Hütteldorf die vom Verband österreichischer Volksbüchereien unter seinem Obmann Staatsbibliothekar Dr. Stickler eingeladenen Vertreter der großen Volksbibliotheken in Österreich. Auch die Experten der städtischen Bibliotheken von Bregenz bis Eisenstadt, die Leiter vieler Dorf- und Gemeindebibliotheken und die Betreuer der im Borromäus-Werk vereinigten Pfarrbibliotheken sind dabei. Das Programm der Tagung sieht Vorträge von Dr. Hans Ruppe über musische Erziehung, von Dr. Heinz Schöny über das Kunstbuch und den Bildband in der Volksbücherei, von Dr. Lieselotte Eltz über das Abenteuerbuch sowie verschiedene Kurzreferate und praktische Übungen in der Wiener Städtischen Bücherei, 16, Rosa Luxemburg-Gasse 4, vor.

Der Leiter der Städtischen Büchereien, Obermagistratsrat Dr. Müller, behandelt aktuelle Fragen der "Freihandbücherei", die sich beim österreichischen Leserpublikum steigender Beliebtheit erfreut. Diese Bibliotheksart ist durch den direkten Zutritt des Lesers zum Bücherregal gekennzeichnet, wo er die nach Sachgebieten geordneten Werke nach eigenem Belieben herausnehmen und durchblättern kann. Erst nach dieser Prüfung begibt sich der Betreffende zur Entlehnungsstelle, wo das von ihm ausgesuchte Werk entsprechend vermerkt wird.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

17. Dezember (RK) Dienstag, den 22. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen Maria Jacobi.

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus

Debatte über Personal

17. Dezember (RK) GR. Maller (KLS) führt aus, die Gruppe I gehört zu den schwierigsten der Stadtverwaltung. Gleichzeitig ist sie jene Verwaltungsgruppe, die am unmittelbarsten mit den Menschen zu tun hat. Präpotenz und Ignoranz setzen sich auf die Dauer hier nicht durch, wie die kurze Amtszeit von Dr. Migsch bewiesen habe. Der Stadtrat für die Verwaltungsgruppe I muß sich immer vor Augen halten, daß die Gemeindebediensteten nicht seine Angestellten sind, sondern im Dienste der Wiener Bevölkerung stehen. Der Dienstgeber hat daher diesen Menschen gegenüber eine ganz besondere Verpflichtung.

Der Redner bedauerte, auch heuer feststellen zu müssen, daß es über die einseitige Führung dieser Geschäftsgruppe immer wieder Klagen gibt. Er zeigte eine Karte vor, auf der unter anderem nach der Parteizugehörigkeit des Bediensteten gefragt wird. Das geht aber, so meint der Redner, den Dienstgeber gar nichts an. Niemand hat ein Recht, den Bediensteten zu fragen, welcher Partei er angehört.

In der Geschäftsgruppe I herrsche ein System der Einschüchterung und der Diskriminierung. Es gibt allzu viele Beweise dafür, daß Menschen eingeschüchtert, gedemütigt, diszipliniert und verfolgt werden. Der Redner führt daher als Beispiel den Fall eines Hilfsarbeiters an, der der Kommunistischen Partei angehört und der zu Unrecht versetzt wurde. Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß die Annoncen mit denen die Stadtwerke Bedienstete suchen, nur in den Zeitungen der Koalitionsparteien erschienen sind. Der Redner richtet die Anfrage an Stadtrat Riemer, warum diese Einschaltung nicht auch in der "Volksstimme" gebracht wurde. Es seien ihm ferner Fälle bekannt, in denen Facharbeiter sich um die Aufnahme in den Gemeindedienst bemühten, aber mit dem Bemerken abgewiesen wurden, daß derzeit kein Bedarf besteht.

Kritik müsse auch an der Lohnpolitik der Gemeinde geübt werden. Die derzeitigen Löhne der Gemeindebediensteten sind weit hinter der Teuerung zurückgeblieben. Während der Lebenskosten-

./.

index offiziell das 7.6fache gegenüber der Vorkriegszeit beträgt, stiegen die Löhne und Gehälter der Gemeindebediensteten nur auf das rund Sechsfache. Als völlig unzureichend bezeichnet der Redner die Anfangsbezüge der Gemeindebediensteten. Es könne keinem Bediensteten ein Mindestbezug von 1.020 Schilling monatlich zugemutet werden. Diese niedrigen Anfangsbezüge tragen auch dazu bei, daß die Gemeinde nicht die nötigen Arbeitskräfte findet, die sie braucht. Der Redner fordert auch eine Erhöhung der Versorgungsbeträge für Kriegsversehrte, eine Erhöhung der Zulagen und die Auflegung eines Stellenplanverzeichnisses. Das Problem der Vertragsbediensteten bedürfe gleichfalls dringend der Regelung. Es müsse für sie nach einer gewissen Anzahl von Dienstjahren ein Kündigungsschutz geschaffen werden, eine Besserung in der Regelung des Krankengeldes usw. Durch den Mangel an Personal ist die Einführung der 45-Stunden-Woche bei der Gemeinde Wien leider auch nur teilweise durchgeführt worden. Die Fünf-Tage-Woche werde aber von fast allen Bediensteten angestrebt. Es gehe auch nicht an, daß bei den Urlauben die Samstage als Urlaubstage mitgezählt werden. Als ein besonders unwürdiges Problem bezeichnet der Redner die Frage der sogenannten Leiharbeiter. Diese Arbeiter werden von einzelnen Privatfirmen ausgeborgt. Sie sind vollkommen rechtlos und wirken außerdem noch als Lohndrücker. Es sei ausgesprochen asozial, daß private Unternehmungen aus dem Verleih von Arbeitskräften Einnahmequellen haben.

Der Redner zählt dann verschiedene offene Fragen auf, so auf dem Gebiet der Dienstkleider, bei der Gewährung von unverzinslichen Gehaltsvorschüssen, bei der Gewährung von Pensions- und Versorgungsbezügen für die Hinterbliebenen und Opfer des Faschismus usw. Er legt einen Beschlußantrag betreffend Einstufung verschiedener Gartenarbeiter vor, setzt sich für die Wiedereinführung der 36stündigen Wochendienstzeit bei Kindergärtnerinnen und einen vorzeitigen Dienstschluß bei den Verkehrsbetrieben am Weihnachtsabend ein. Weiter bittet er den Stadtrat um Aufklärung über verschiedene Personalverschiebungen und erklärt abschließend: Aus dem Voranschlag ist zu ersehen, daß viele berechtigte Forderungen der Bediensteten der Stadt Wien nach wie vor unberücksichtigt sind. Wir sind daher nicht in der Lage, den Ansätzen des ersten Hauptstückes unsere Zustimmung zu geben. ./.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) warf zunächst die Frage der Wiener Bezirksvertretungen auf, die nach dem Gesetz Selbstverwaltungskörper darstellen sollen. Die Bezirksräte hätten jedoch im wesentlichen nur eine Erhebungstätigkeit für den Magistrat durchzuführen.

Der Redner kritisiert, daß im Voranschlag eine Zunahme der Zahl der Bediensteten um 1.031 verzeichnet ist und hält fest, daß zum erstenmal seit einer Reihe von Jahren eine Erhöhung des Personalstandes eintritt. Es sollte ein wesentlicher Leitsatz für die Personalpolitik der Gemeinde sein, den Personalstand nicht zu erhöhen. Mehrbelastungen wie sie durch die 45-Stunden-Woche eintreten, sollten durch entsprechende Einsparungen ausgeglichen werden.

Dr. Broesigke bemängelt auch die Personalpolitik der Stadt Wien, die zweifellos zu hart sei. Es komme oft vor, daß die Stadt Wien vor dem Arbeitsgericht oder dem Verwaltungsgerichtshof bei Prozessen Unrecht behält. Auch ist die Frage der Anrechnung der Dienstzeiten von 1938 bis 1945 bei der Stadt Wien noch immer nicht zur Gänze gelöst. Der Redner fragt, wieviele Fälle derzeit noch offen sind.

Abschließend erklärt GR. Dr. Broesigke, daß seine Fraktion wegen der Personalvermehrung und der Personalpolitik der Gemeinde zu den Ansätzen nicht die Zustimmung geben könne.

GR. Wohlmuth (ÖVP) führt aus, daß im kommenden Budget eine wesentlich höhere Summe für die Personalausgaben eingesetzt ist, und zwar wegen des 14. Monatsgehaltes, der Einführung der 45-Stunden-Woche sowie einiger Neuaufnahmen. Seine Fraktion stehe sowohl dem 14. Gehalt wie auch der 45-Stunden-Woche positiv gegenüber. Bei den Unternehmungen scheitert die Durchführung der 45-Stunden-Woche allerdings noch am Personalmangel; das sei kein Wunder, wenn man weiß, daß der Anfangsgehalt netto 950 bis 980 Schilling beträgt.

Bei Anstellungen, Postenvergebungen und Beförderungen sollte nur die Fähigkeit und die Würdigkeit, aber nicht die Bindung an eine politische Gruppe entscheidend sein. Bei der Gemeinde wird jedoch primär immer wieder auf die politische Seite Gewicht gelegt. Eine politisierte Verwaltung ist aber nicht im Interesse der Bevölkerung gelegen. (Beifall bei der ÖVP). Als Beispiel führt der Redner den Fall eines Straßenbahners an, der um die Pragmatisierung eingereicht hatte. Er wurde vom Arzt zweimal "minder gesund"

./.

erklärt. Auf dem Bahnhof hat man ihm daraufhin nahegelegt, der SPÖ beizutreten und siehe da, nach einigen Wochen war der Bedienstete pragmatisiert. (Hört- Hört-Rufe bei der ÖVP). Auch bei den Leiterpostenbesetzungen und bei Beförderungen ist immer wieder die politische Einstellung maßgebend.

Man hat in der letzten Zeit viel über die Ausschreibung von Posten gehört. Die ÖVP ist dafür. Bei der Gemeinde fällt hier die Systemlosigkeit auf. Es wäre zu klären, wie die Ausschreibung erfolgt und wer darüber entscheidet. Der Redner begrüßt es, daß heuer zum erstenmal ein Stellenplan vorgelegt wurde. Aus diesem Stellenplan ersehe man jedoch, daß besonders bei den technischen Abteilungen die Besetzung sehr dünn und die Aufstiegsmöglichkeit nicht sehr groß ist. Man müßte auch dafür sorgen, daß zum Beispiel Operationsschwestern, die eine sehr verantwortungsvolle Arbeit leisten, in der Gruppe B eingestuft werden. Gleichfalls schlecht eingestuft seien die Fürsorgerinnen. Auch das Kapitel der Kindergärtnerinnen bedürfe einer Lösung. Stiefmütterlich behandelt werden laut Stellenplan auch die Magistratischen Bezirksämter. Der Redner fordert ferner das Recht der Einsichtnahme der Bediensteten in ihre Dienstbeschreibung, die Gewährung von Gehaltsvorschüssen ohne Zinsen und die Erhöhung der Anfangsgehälter speziell bei den technischen Abteilungen. Es werde der Gemeinde Wien kaum möglich sein, einen Diplomingenieur zu bekommen, wenn sie ihm einen Anfangsgehalt von 1.800 Schilling bezahlt. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, in Mangelberufen die niedrigen Anfangsgehälter durch irgendwelche Zulagen zu erhöhen. Einer Kritik unterzieht der Redner die Diensträume verschiedener Abteilungen. Bei einer Überprüfung durch das Arbeitsinspektorat würde die Gemeinde Wien hier in vielen Fällen sehr schlecht wegkommen.

Abschließend dankt GR. Wohlmuth allen Angestellten und Bediensteten der Hoheitsverwaltung und des Magistrates für ihre vorbildliche Haltung in ihrer Dienstausübung. Seine Fraktion werde diesem Kapitel die Zustimmung geben.

GR. Traxler (SPÖ) unterstreicht besonders, daß heuer viele große Wünsche und Forderungen des städtischen Personals dank der verständnisvollen Zusammenarbeit der Gemeindeverwaltung, der Gewerkschaft und dem Personal erfüllt werden konnten. Es ist nicht

./.

immer leicht, auch berechtigte Wünsche zu erfüllen, denn schließlich muß die Verwaltung ja für die Bedeckung sorgen. Mit umso größerer Freude begrüße man daher die Erfüllung des 14. Monatsgehaltes. Die Personalpolitik der Gemeinde Wien hat sicher auch dazu beigetragen, daß auch die Bundesangestellten in den Genuß des 14. Monatsbezuges kommen. Es sei selbstverständlich, daß da und dort vielleicht noch manche berechtigte Wünsche vorhanden sind. Im Rahmen des Möglichen werden auch diese erfüllt werden. Die Sozialisten haben auch den Bediensteten gegenüber nie vergessen, daß im Mittelpunkt aller ihrer Handlungen der einzelne Mensch steht. (Beifall bei der SPÖ). Viele Maßnahmen, die gerade Stadtrat Riemer durchgeführt hat, haben bei der Stadt Wien ein gutes Betriebsklima geschaffen. Als sogenanntes heißes Eisen bezeichnet der Redner das Ärzteproblem und das Problem der Krankenschwestern. Zum Kapitel Ärzte ist zu sagen, daß die Sozialisten den Stand der Ärzte achten und schätzen. Sie anerkennen seine Leistungen, können sich aber nicht immer mit den Methoden einiger Ärzte abfinden. Der Redner verweist darauf, daß zum Beispiel jährlich vor den Budgetverhandlungen die alarmierendsten Nachrichten in der Presse über das Ärzteproblem erscheinen. So wurde kürzlich einerseits von einer ungeheuren Überbelastung der Spitalsärzte gesprochen, gleichzeitig aber verlangen gerade diese Spitalsärzte die Ausübung der ärztlichen Praxis, für die wahrlich viel Zeit erforderlich ist. Der Redner richtet die Bitte an die seriöse Presse, daß man nicht nur die Meinung der Ärztevertreter - die nicht immer die aller Ärzte ist - veröffentlicht, sondern auch die Meinung der Wiener Spitalsverwaltung zur Kenntnis nehmen solle. Die Sozialisten wollen eine positive und aufbauende Kritik überall aber keine unsachliche und zersetzende, die letzten Endes das Wesen der Demokratie zerstört.

Zu den Vorwürfen des GR. Wohlmuth, daß Sozialisten in der Gemeindeverwaltung bevorzugt würden, ist zu sagen, daß natürlich auch die Sozialisten gute Qualitäten aufweisen und entsprechend ihrem Können eingesetzt werden. Zur Forderung der öffentlichen Postenausschreibung könne man nur sagen, daß im Parlament seit langem ein diesbezüglicher Antrag vorliege, die Abgeordneten der Volkspartei ihn aber "verschimmeln" lassen. (Beifall bei der SPÖ). ./.

Abschließend setzte sich GR. Traxler mit den Debattebeiträgen der Oppositionsparteien auseinander. Er stellte fest, daß die beiden Oppositionsparteien nur dank der von den Sozialisten beantragten Abänderung der Wahlordnung in den Gemeinderat kommen konnten. Hätten die Sozialisten, sagte er, nicht diesen Beschluß gefaßt, würde ein Schriftsteller in der Lage sein ein zweites Buch "Vom Winde verweht" schreiben können. Zu den Ausführungen der Opposition meinte er, ihre Vertreter sollten nicht so viel von Demokratie sprechen. Wenn sie sachliche Kritik üben, und wenn sie sich was nützliches einfallen lassen, erklärte er, wird immer ihre Stimme gehört. Die Lizitationspolitik muß aber abgelehnt werden. Sie sollten auch nicht auf die Vergeßlichkeit der Öffentlichkeit spekulieren und im Gemeinderat weder russisch noch großdeutsch, sondern wienerisch sprechen. Abschließend dankte er im Namen der sozialischen Fraktion allen Gemeindebediensteten für ihre Tätigkeit und erklärte, die Sozialisten werden den Ansätzen der Gruppe Personalangelegenheiten ihre Zustimmung geben.

Stadtrat Riemer stellte in seinem Schlußwort mit Befriedigung fest, daß die Debatteredner für die Führung des Personalreferates durchwegs anerkennende Worte gefunden haben, und daß nur wenige Beschwerden vorgebracht wurden.

Zu den Ausführungen von KLS-Gemeinderat Maller, in denen Klage über eine einseitige Personalpolitik der Gemeinde Wien geführt wurde, setzte er sich in einzelnen Punkten auseinander. Die von ihm vorgelegte Photokopie eines Fragebogens identifizierte er als das Formular einer der sieben Hauptgruppen der Gewerkschaft. Es handelt sich also um kein amtliches Formular, und der Stadtrat stellte fest, daß es auch von keiner Dienststelle der Stadt Wien verwendet wurde. Zur Disziplinarangelegenheit eines Hilfsarbeiters, für den GR. Maller eingetreten ist, erklärte er, daß dieser Bedienstete wegen Sabotage an öffentlichem Eigentum gemaßregelt wurde. Die Versetzung dieses schuldig gesprochenen Bediensteten auf einen anderen Arbeitsplatz bezeichnete er als eine sehr humane Behandlung und warf die Frage auf, was mit einem Arbeiter in der Volksdemokratie, der mutwillig Schaden anrichtet, geschehen würde. Er gibt auch seinem Befremden über die Erklärung Mallers Ausdruck, daß der 14. Monatsgehalt der Gemeinde Wien "abgerungen" werden mußte.

./.

Er stellt fest, daß sich die Verwaltung glücklich schätzt, daß es ihr gelungen ist, diese Forderung zu erfüllen. Zum Nebeneinanderstellen von Gehältern und steigenden Aktienkursen erklärt Stadtrat Riemer, die Gestaltung der Löhne könne sich nicht nach den Börsenkursen richten. Er lehnt mit Nachdruck einen solchen Vergleich ab, gleichfalls die Äußerung über die "schandbaren" Anfangsgehälter der Gemeindebediensteten. Im Zusammenhang bestätigt der Referent, daß mit Vertretern der Gewerkschaft über eine Novelle der Vertragsbedienstetenordnung verhandelt wird, die diese Bedienstetenkategorie nach der Erlangung einer gewissen Mindestdienstzeit vor dem Abbau schützen soll. Die Fünf-Tage-Woche erklärt er weiter, wurde überall dort, wo sie organisatorisch möglich war, eingeführt und man sei bestrebt, diese auch in anderen Sparten der Gemeindeverwaltung zu verwirklichen. Zur Anfrage über die Angestellten von kommunalisierten privaten Bestattungen sagt er, daß dieses Personal von der Städtischen Bestattung übernommen oder abgefertigt wurde. Ein Teil ist anderswo untergekommen. Zur Forderung, man möge bei den Wiener Verkehrsbetrieben am 24. Dezember den Betrieb frühzeitig beenden, erklärt er, diese Frage wurde so geregelt, daß alle Bediensteten zu einer gewissen Zeit den Weihnachtsabend mit ihren Familien feiern werden können. Dies wurde durch einen Dienstwechsel ermöglicht.

Der FPÖ-Redner habe die Praxis der Personalverwaltung kritisiert, aber bei vielen Rechtsfällen handelt es sich um "Modellprozesse". Wir haben also Interesse daran, das Erkenntnis eines Gerichtes zu erwirken, das dann richtunggebend für ähnlich gelagerte Fälle sein kann.

Was die Dienstzeitanrechnung betrifft, so haben wir viele Fälle erledigt, wo die gesetzlichen Möglichkeiten gegeben waren.

Der Redner der ÖVP habe sich ausführlich mit der alten Behauptung beschäftigt, daß die Personalpolitik der Stadt Wien einseitig und ungerecht sei. Ich kann darauf nur sagen, betonte Stadtrat Riemer, daß es sich immer wieder um Gerede handelt und kein Schatten eines Beweises erbracht wird. Wir schreiben die meisten Posten aus und jeder kann sich darum bewerben; niemand wird gefragt, welcher Partei er angehört.

Wenn jemand befördert wird, dann ist das im allgemeinen ein Beamter, der seit vielen Jahren bei der Gemeinde tätig ist. ./.

Es ist natürlich, daß man mit der Zeit auch weiß, welche politische Einstellung er hat. So war es möglich, eine kleine Erhebung durchzuführen, die selbstverständlich keinen Anspruch auf hundertprozentige Genauigkeit stellt, da wir uns nicht als Spitzel betätigen. Nach dieser Erhebung wurden in den letzten fünf Jahren insgesamt 238 Ernennungen auf Leiterposten vorgenommen. Davon gehören nach ihrem eigenen Bekenntnis 68 der ÖVP an. Von 23 weiteren Beamten wissen wir nicht, welche politische Einstellung sie haben. (GR. Mühlhauser, ÖVP: "Das ist aber wieder nur eine Behauptung von Ihnen!")

Was die Postenausschreibung betrifft, so waren es die Sozialisten, die die Forderung vor Jahren schon zuerst erhoben haben und daraufhin ist die Forderung der ÖVP gekommen: Wenn beim Bund, dann auch bei der Gemeinde Wien. Wir werden uns selbstverständlich nicht wehren, dieselben Methoden auch bei uns durchzuführen. Aber wir haben im Parlament und in den Landtagen der anderen Bundesländer keine Möglichkeit gesehen, uns gegen die einseitige Bevorzugung der ÖVP-Leute zu wehren, als durch das Verlangen nach Postenausschreibung.

Die Verzinsung der Vorschüsse beträgt 3 ½ Prozent. So billig bekommt man nirgendwo sonst einen Kredit. Wir können aber auf die Verzinsung nicht verzichten, um Mißbräuche zu verhindern.

Was den Zustand der Diensträume betrifft, so wurden schon mehrere Magistratsabteilungen modernisiert und mit völlig neuem Mobilar ausgestattet.

Abschließend dankte Stadtrat Riemer den Debatterednern dafür, daß doch viele anerkennende Worte über die Personalverwaltung gesagt wurden und ersuchte um Zustimmung zu den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 1. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der Antrag der KLS wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

\- - -

3. Hauptstück: Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

Hierauf legte Vizebürgermeister Mandl seinen Bericht über das Budget der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, vor. Vizebürgermeister Mandl stellte einleitend fest, daß der Ansatz seiner Gruppe gegenüber dem Vorjahr um 32 Millionen Schilling geringer geworden ist. Statt der 334,876.000 Schilling des Jahres 1959 umfaßt der Kulturetat des Jahres 1960 einen Gesamtaufwand von 303,215.000 Schilling.

Das hat aber schon der Finanzreferent festgestellt und die Erklärung für diese Verminderung gegeben. Wir konnten im letzten Jahr einige Großbauten vollenden, die in den Bereich dieser Geschäftsgruppe fielen.

Da sind zunächst die Stadthalle und die Aufstockung des Stadions; hier ergibt sich allein ein Entfall von 49 Millionen Schilling. Es wurden fertiggestellt die Schule in Hadersdorf-Weidlingau und die große Schule für körperbehinderte Kinder, die beide einen Aufwand von abermals rund 48 Millionen Schilling erforderten. Das sind also insgesamt rund 100 Millionen.

Wenn nun die tatsächliche Verringerung des Ansatzes nur 32 Millionen umfaßt, so zeigt sich deutlich, daß es gelungen ist, eine Reihe wichtiger Positionen zu erhöhen.

Wir Wiener haben die Verpflichtung, für die Erhaltung unseres wertvollen Kulturbesitzes Sorge zu tragen und vor allem im Stadtkern die kulturhistorisch wertvollen Bauwerke vor dem Verfall zu retten. Die Stadtverwaltung tut was sie kann. 1,2 Millionen Schilling sind im Jahre 1960 vorgesehen für die Instandsetzung des Wehrturmes auf dem Leopoldsberg, des St. Marxer Friedhofes, des Laudongrabes in Hadersdorf, der Pestsäule in der Linzer Straße usw.

Darüber hinaus enthält das Budget wieder Beiträge für die Restaurierung des Stephansdomes (sechste Rate), der evangelischen Kirche und diverser Profanbauten.

Aber alle diese Leistungen reichen nicht aus, unsere kulturhistorisch bedeutsamen Bauwerke zu erhalten und vor dem Verfall zu schützen. Ich meine, daß das Problem nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller Wiener zu lösen ist. Da hat zum Beispiel der

./.

Salzburger Landtag ein Gesetz beschlossen, wonach jeder in Salzburg wohnhafte und dort seine Einkünfte beziehende Bürger zum Bau des als notwendig erkannten Kurmittelhauses für eine Zeitspanne von zehn Jahren monatlich einen Betrag von 4.50 Schilling zu entrichten hat. Ich könnte mir nun vorstellen, daß wir Wiener eine ähnliche Aktion zur Rettung unserer Altstadt unternehmen. Nach überschlägigen Schätzungen der Fachleute wäre zur Sanierung der wichtigsten Objekte ein Betrag von etwa 50 Millionen notwendig. Wenn jeder Wiener Haushalt monatlich etwa zwei Schilling opferte, so käme in drei Jahren ein Betrag von rund 50 Millionen Schilling zustande, gerade so viel als wir brauchen würden, um das Notwendigste zu tun. Natürlich denke ich nicht daran, dem Besitzer eines denkmalgeschützten Hauses die gesamten Erhaltungskosten abzunehmen. Wenn ich nun noch überlege, daß man die einlaufenden Beträge in einen Fonds legen könnte, zu dem auch die großen Geldinstitute, die großen Wirtschaftsunternehmungen etwa steuerbegünstigte Beiträge leisten könnten, wäre ein Weg gegeben, der aus der Diskussion zur Tat führen könnte. Ich bitte die zuständigen Fachleute und die Öffentlichkeit, ihn frei von politischen Sentiments zu diskutieren.

Was nun die drei stadteigenen Institutionen zur Sammlung, Bewahrung und Auswertung des Kulturgutes unserer Stadt betrifft, so ist ihre Entwicklung und Tätigkeit durchaus erfreulich.

Die Stadtbibliothek ist mit der sehr mühevollen Aufarbeitung jahrelang in Kisten lagernder Sammlungen fertig und an deren wissenschaftlicher Auswertung tätig.

Das neue Depotgebäude des Archivs der Stadt Wien soll im September nächsten Jahres fertiggestellt und zum Bezug reif sein.

Das Historische Museum der Stadt Wien ist in der kurzen Zeit seines Bestandes zum Besitz der Wiener geworden. Seit Eröffnung am 23. April dieses Jahres zählen wir bis zum heutigen Tag 41.382 Besucher.

In den nächsten Tagen wird eine Ausstellung "Das Kind und seine Welt" eröffnet, der die Ausstellungen "Das Wiener Zeughaus" und "Die Wandlung des Wiener Stadtbildes im 19. Jahrhundert" folgen werden. Nach Neujahr wird die endgültige Aufstellung im zweiten Stock in Angriff genommen, sodaß die Lücke in der Geschichte der Stadt Wien von Maria Theresia bis zur Gegenwart geschlossen wird.

./.

Das Schwergewicht unserer Tätigkeit liegt ja nach wie vor in der Förderung des kulturellen Lebens. Wenn auch die Pflege und Förderung der Wissenschaft im allgemeinen Bundesangelegenheit ist, so wissen wir doch, daß auch die Bundeshauptstadt die Verpflichtung hat, in ihrem Bereiche zu helfen, wo sie nur kann. Wir gaben und geben einen namhaften Betrag der Akademie der Wissenschaften. Der Notring der wissenschaftlichen Verbände ist durch unsere Hilfe in der Lage, das Erscheinen von 30 wissenschaftlichen Zeitschriften zu sichern, die Herausgabe von 20 wissenschaftlichen Publikationen und die Durchführung von 50 Vortragsabenden bedeutender Gelehrter des Auslandes zu ermöglichen. Wir unterstützen die Internationalen Hochschulkurse, das Institut für Wissenschaft und Kunst, die Biologische Station auf dem Wilhelminenberg. Wir zahlten die Ausrüstung eines Mitgliedes der Daulaghiri-Expedition 1959. Wir leisten einen beträchtlichen Beitrag an die Internationale Mozartstiftung zur Herausgabe einer neuen Mozart-Gesamtausgabe. Wir ermöglichten zehn jungen Gelehrten, Expeditionen durchzuführen, deren Ergebnis ihrer wissenschaftlichen Arbeit, aber auch der Wiener Volksbildung zugute kam. Und wir werden in Hinkunft versuchen müssen, auf dem Gebiete der Bildungsarbeit noch mehr zu tun wie bisher.

Wir haben im Budget 1960 für die Förderung der Wiener Volksbildung einen Betrag von 2,1 Millionen Schilling eingesetzt; er soll der täglichen Arbeit dienen. Die Wiener Volkshochschulen konnten im letzten Schuljahr in 3.200 Kursen 65.000 Hörer und in rund 8.000 Einzelveranstaltungen mehr als eine Million Teilnehmer zählen - eine beachtliche Leistung, die volle Anerkennung verdient. Die Wiener Volkshochschulen haben derzeit ein Budget von rund 14 Millionen Schilling, rund 25 Prozent davon werden durch Subventionen, rund 75 Prozent durch Eigenaufbringung gedeckt.

./.

Die hohen Ausgaben zwingen mitunter, Veranstaltungen aufzunehmen, die mit Bildungsarbeit schon gar nichts mehr zu tun haben. Es wird daher eine Überprüfung der bestehenden Einrichtungen nicht zu umgehen sein. Vielleicht kann das große Raumprogramm, das die Stadtverwaltung nach langen Beratungen mit den Vertretern der Volksbildung und den Bezirksvorstehungen beschlossen hat, ein erster Schritt dazu sein. Zwei neue Volksbildungshäuser werden in Wien 10, Arthaberplatz, und 19, Heiligenstadt, gebaut. Sie werden 11,9 Millionen Schilling kosten.

Im Laufe der nächsten Jahre sollen Volksheime errichtet werden in 21, Siemensstraße (Ausbau der bestehenden Einrichtungen), 22, Schüttaustraße in Kaisermühlen, 16, Alt-Ottakring, 23, Mauer, Ölzeltgasse, mit städtischer Bücherei, 5, Heu- und Strohmarkt (Saalbau). Die Baukosten werden zusammen 23,9 Millionen Schilling ausmachen. Darüber hinaus ist die Renovierung der alten Volkshochschul-Gebäude Urania, Ottakring und Alsergrund vorgesehen. Wir hoffen, mit der Durchführung dieses Programmes Wien auf dem Gebiete der Volksbildung wieder jene beispielgebende Bedeutung gegeben zu haben, die es einmal hatte, und wir schaffen damit die Voraussetzungen für die so notwendig gewordene Begegnung im geistigen Bereich.

Eine äußerst dringende und wichtige Aufgabe für das Jahr 1960 ist eine gründliche Reform des Stipendienwesens. Es sollen alle Gelder zu einem "Stipendienwerk der Stadt Wien" zusammengefaßt werden. Für das Jahr 1960 wird ein Betrag von 2,6 Millionen Schilling zur Vergabe von Stipendien für Wiener Studierende an Hochschulen, Mittelschulen und Fachschulen zur Verfügung stehen. Wir wollen mit den sogenannten "Streu-Stipendien" - das sind kleine Beträge an möglichst viele Studierende - aufhören und mit sogenannten "Unterhalts-Stipendien", abgestuft nach sozialer Leistung und vielleicht auch nach Studienerfolg, dem Werkstudententum zu Leibe rücken. Dabei soll auch Rücksicht auf den zweiten Bildungsweg genommen werden. Wie weit wir "Arbeits-Stipendien" und "Forschungs-Stipendien" in unser Stipendienwerk einbeziehen werden, steht noch nicht fest. Wir können bei unseren Reformbetreibungen nur langsam vorgehen, weil ja derzeit rund 180 Hochschüler, 250 Mittelschüler und 175 Fachschüler, also rund 600 Studenten, Stipendien der Stadt Wien beziehen, die aus-

./.

laufen müssen.

Derzeit erhalten an den Hochschulen 7.200 bedürftige Studenten von 17 verschiedenen Körperschaften Wiens Stipendien. Man muß versuchen, auch hier zu einer gewissen Abstimmung oder zumindest Übersicht zu kommen.

Die Stadtverwaltung hat sich auch entschlossen, ein internationales Studentenheim zu bauen, das 300 Einzelzimmer enthalten und ausbaufähig gestaltet werden soll.

Die Bildenden Künste werden durch Aufträge und Ankäufe im Wert von 7,1 Millionen Schilling in ihren Bestrebungen, die Kontakte zwischen Bild und Betrachter herzustellen, unterstützt. Der Referent glaubt, daß wir uns neben dem, was wir im Bereich der Schule an Erziehungs- und Bildungsfunktionen sehen, heute schon und in den nächsten Jahren noch stärker wie bisher mit den Problemen unserer Jugend werden befassen müssen. Es wird von Kennern unserer Jugend mit Recht behauptet, daß unsere Jugend in ihrer Mehrzahl absolut positiv und aufgeschlossen den Problemen des Lebens gegenüber steht. Es gibt Dutzende Beweise dafür. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Er erinnert an die 21.000 Jugendabonnementen, an die musikalische Jugend mit ihren 27.000 Abonnenten und ihren 150.000 Konzertbesuchern im Jahr und an die großartigen Leistungen unserer Berufsschüler bei den verschiedenen Sozialaktionen. Dank der Arbeit unserer Jugendorganisationen, des Bundesjugendringes und anderer Vereinigungen offizieller und privater Art geschieht viel. Wir müssen diesen Organisationen danken und ihre Tätigkeit fördern. Das Landesjugendreferat tut das nach besten Kräften.

Im nächsten Jahr sollen zwei Klubhäuser für Jugendklubs als erste Versuchseinrichtungen geschaffen werden. Das Landesjugendreferat plant weiter, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, eine Ausstellung "Jugend und Alkohol", die später als Wanderausstellung in allen Landeshauptstädten gezeigt werden soll.

Wir müssen unsere Anstrengungen verstärken. Es darf uns nichts zu viel und zu teuer sein, was helfen kann, unsere Jugend reif zu machen für ihre spätere Aufgabe.

./.

Der Wiener Fremdenverkehr

Die Entwicklung des Wiener Fremdenverkehrs ist außerordentlich erfreulich. Der Zustrom ausländischer Gäste steigt von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1958/59 waren 805.765 Gäste in Wien. Es kann angenommen werden, daß die Zahl der ausgewiesenen 2,249.000 noch weit höher war. Außerordentlich gut ist auch der Besuch unserer Jugendgästehäuser in Pötzleinsdorf und Hütteldorf. Wir konnten im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr nicht weniger als 38.420 Jugendliche aus aller Welt begrüßen. Seit Eröffnung des ersten Hauses im Jahre 1950 waren 188.401 junge Menschen aus allen Teilen der Erde zu Gast.

Am stärksten ist die Welt unserer Stadt zugewandt bei den Wiener Festwochen, deren Zehn-Jahr-Jubiläum wir im nächsten Frühjahr besonders großartig begehen wollen. Sie haben sich aus bescheidenen Anfängen zur künstlerischen Repräsentanz unserer Stadt entwickelt und niemand mehr könnte sich heute Wien ohne seine festlichen Wochen denken.

Wir legen in diesem Jahr die weitere Gestaltung der Wiener Festwochen in die sachkundige Hand des Sektionschefs Dr. Hilbert, und wir hoffen, daß er dem Werk dienen wird, mit der gleichen Hingabe und der gleichen Liebe zu Wien, wie wir das bisher getan haben.

Die Wiener Festwochen strahlen nicht mur in ihrem künstlerischen Bereich weit über die Grenzen unserer Stadt. Durch die Einbeziehung der Europa-Gespräche ist Wien wieder zum Boden europäischer Diskussion geworden. Im "Europa-Gespräch 1960" wollen wir wieder eine weltweite Diskussion führen und das Thema "Die Funktion der Kunst in der modernen Gesellschaft" behandeln, ein zeitgemäßes Thema, das größtem Interesse begegnet.

Wir alle lieben diese Stadt, sagte Vizebürgermeister Mandl abschließend, diese europäische Kulturmetropole, aus ganzem Herzen und sind bestrebt, ihren Ruhm und ihren Glanz zu mehren. Das haben wir bisher getan und das werden wir auch weiterhin tun.

Die Schulgalerien sind zu einer bewährten Einrichtung geworden, ebenso wie die Weihnachtsverkaufsschau in der Secession. Es werden auch mit der SW-Möbelaktion Besprechungen aufgenommen, in welcher Form das gute Bild in die Aktion einbezogen werden könnte.

./.

Für die Förderung der Musik werden 8,6 Millionen ausgegeben. Die Wiener Symphoniker konnten einen der bedeutendsten jungen Dirigenten, Wolfgang Sawallisch, als ständigen Dirigenten gewinnen. Die Musiklehranstalten haben ihre Aufgaben zufriedenstellend erfüllt. Ihr jahrelanger Leiter, Regierungsrat Prof. Lustig-Prean, hat es in vorbildlicher Art verstanden, der Musikerziehung und der musikalischen Volksbildung zu dienen. Er scheidet mit Jahresende wegen Erreichung der Altersgrenze aus seinem Amte. Die Stadtverwaltung dankt ihm herzlich für seine Arbeit und hofft, daß er auch in Zukunft mit Rat und Tat zur Seite stehen wird. Vizebürgermeister Mandl spricht sodann über den Werdegang des neuen Direktors der Musiklehranstalten, Erwin Weiß, dem er viel Erfolg für die kommende Arbeit wünscht.

Für die Wiener Theater werden im kommenden Jahr 6,4 Millionen aufgewendet. Selbstverständlich fließt auch die von allen Kulturinstituten geleistete Vergnügungssteuer im Wege von Subventionen wieder zurück. Großes Augenmerk wird auch dem zeitgenössischen Literaturschaffen zugewendet. Neben den Städtischen Büchereien hat sich auch der Büchereiautobus sehr bewährt. Ein zweiter Büchereiautobus wird im Jahre 1961 in Auftrag gegeben werden.

Die Sportstelle konnte die zwei Großbaustellen Stadthalle und Stadion abschließen. Es konnten vier neue Ballspielplätze errichtet werden, sodaß die Sportstelle nun 54 Anlagen verwaltet. Für 1960 ist die Errichtung von vier Kinderspielplätzen und eines Jugendspielplatzes vorgesehen. Die Modernisierung der Turnsäle in den Schulgebäuden wird fortgesetzt. In der Stadthalle fanden bis 1. Dezember etwa 1.750 Veranstaltungen mit rund 2,5 Millionen Besuchern statt. Dank des guten Erträgnisses der Hallen-Veranstaltungen konnten die Mieten für den Trainungsbetrieb rückwirkend auf 1. Jänner dieses Jahres um 15 Prozent ermäßigt werden.

Zur Verwaltung der Schulen: 1954/55 wurden 368 Schulen mit 4.026 Klassen und 126.370 Schülern verwaltet, 1959/60 332 Schulen mit 3.062 Klassen und 87.570 Schülern. Für 1963/64 ist der tiefste Stand mit etwa 76.500 Schülern zu erwarten. Für Neubauten, Modernisierungs- und Erhaltungsarbeiten wurden auf dem Schulsektor während der letzten fünf Jahre 252 Millionen Schilling

./.

ausgegeben. Auch in den nächsten Jahren steht der Schulneubau im Vordergrund. Im Jahre 1960 sind Schulneubauten in Wien 21, Franklinstraße, 16, Grundsteingasse, und 23, Mauer, geplant, ferner ein Zubau zur Schule, 21, Jedlesee, ein Turnsaalneubau, 3, Paulusplatz, und die Aufstockung der Schule, 17, Knollgasse. In Hinkunft sollen keine Knaben- oder Mädchenschulen mehr gebaut werden, sondern ein einheitlicher Schultyp. Jede Schule muß ausbaufähig sein und über den Schulbetrieb hinaus für kulturelle Zwecke verwendet werden können.

Der Umbau des Pädagogischen Institutes wird im Herbst 1960 vollendet sein. Das vollkommen umgestaltete Haus wird dann auch die Pädagogische Zentralbücherei enthalten.

Die Berufsschulen hatten nach einem Höchstschülerstand im Schuljahr 1957/58 mit 45.566 Schülern in diesem Schuljahr nur mehr 40.511 Lehrlinge. Diese Zahl wird 1966/67 einen Tiefstand von etwa 24.000 erreichen. In manchen Berufskategorien ist der Lehrlingsschwund besorgniserregend. So hat zum Beispiel die Uhrmacherlehrwerkstätte in diesem Jahr keine erste Klasse eröffnen können. Die Berufsschule für Gärtner und Blumenbinder in Kagran wurde vor kurzem zur Bundesberufsschule erklärt. Der Lehrgarten wurde neu gestaltet und ist einzigartig. Ein Problem, das die Schulverwaltung seit längerem beschäftigt, ist die Verlängerung des Berufsschulunterrichtes auf die Dauer der Lehrzeit. Es soll der Jugend die bestmögliche Ausbildung gegeben werden, damit sie im immer härter werdenden Konkurrenzkampf auch in Hinkunft bestehen kann. Die Berufsschule für Friseure wird mit einer modernen Werkstätte ausgestattet, die Berufsschule für Großhandel bezieht nach Renovierung das Gebäude 15, Krauergasse, und die Fleischer werden im Bereich von St. Marx ein neues Berufsschulgebäude erhalten. Intensiv wird an der Ausarbeitung des Raumprogrammes für das große dritte Berufsschulgebäude gearbeitet.

Die Modeschule der Stadt Wien hat ihren internationalen Ruf noch verstärken können. Sie wird derzeit von 268 Schülerinnen besucht, von denen 31 aus dem Ausland kommen. In diesem Jahr wurde der Schule endlich das Öffentlichkeitsrecht verliehen.

./.

Debatte über Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

Als erster Debatteredner spricht GR. Lauscher (KLS). Er bemängelt, daß Wien auch heuer zum Unterschied von anderen Festspielstädten vom Bund stiefmütterlich behandelt wird und für die Festwochen keine Subvention bekommt. Zum Kapitel Jugend und Schulprogramm kritisiert er einige materielle Unzukömmlichkeiten in den Schulen, so die Schulmöbel, die immer in derselben Serienerzeugung hergestellt werden, obwohl es sich erwiesen hat, daß zum Beispiel die Tische zu klein sind. Man müsse in dieser Hinsicht den Wünschen der Lehrerschaft mehr Rechnung tragen. Der Redner verlangt die Vermehrung der Brausebäder in den Turnsälen und meint, man müsse auch mehr Aufmerksamkeit der Reinigung der Schulhäuser schenken. Auf dem erzieherischen Gebiet müßte sich die Gemeinde Wien rigoros für die Schaffung des Typs der staatlichen Bildungsschule für Kinder bis zum 14. Lebensjahr einsetzen. Er begrüßt die Reform des Stipendienwesens und verlangt zugleich mehr Heimschulen. Wenn man auch nicht behaupten kann, sagt er, daß unsere Jugend in den Schulen kriegerisch oder faschistisch erzogen wird, müßte trotzdem mehr als bis jetzt das Augenmerk dem Gedanken des Friedens und der Völkerversöhnung zugewendet werden. Der Klerikalismus komme in der Erziehung unserer Pflichtschuljugend immer mehr zu Worte.

So sehr die Einrichtung der Sonderschulen für körperbehinderte Kinder begrüßt werden kann, erscheint es uns als ernster Mangel, daß sich niemand um das berufliche Weiterkommen der Schulentlassenen aus diesen Schulen kümmert.

Zu den Berufsschulen sagt der Redner, er begrüße die Planung eines dritten Zentralberufsschulgebäudes und die Investitionen in der Mollardschule. Gleichzeitig weist er auf die Dringlichkeit der Anschaffung neuer Maschinen hin. Er regt ferner eine Verminderung der Zahl der Lehrlinge in den Berufsschulklassen an, um eine bessere Ausbildung zu gewährleisten.

Kritische Worte findet GR. Lauscher über die Sportförderung. Man hat zwar Millionenbeträge für die Stadthalle und das Stadion ausgegeben, aber die Förderung der Amateursportverbände vernachlässigt. Der Redner stellte einen Antrag, in dem die Herabsetzung der Vergnügungssteuer für Amateursportveranstaltungen und die gänzliche Befreiung für Veranstaltungen des Jugendsportes verlangt wird. Ein weiterer Antrag beschäftigt sich mit der Schaffung von Jugendzentren in Wien. ./.

Zu dem Problem der Schundfilme erklärt der Sprecher, es sei bedauerlich, daß vor allem die Kiba weder ernsthaft etwas für den guten Film, noch etwas gegen den schlechten Film unternimmt. Wien spielt 40 Prozent der Filmeinnahmen Österreichs ein. Würde in Wien die Kiba keine Schundfilme bringen, wären sie auch im übrigen Österreich kaum anbringlich. Die wirklich guten Filme werden jedoch schon nach kurzer Zeit abgesetzt. GR. Lauscher stellt den Antrag, für gute Filme Steuerbegünstigungen zu gewähren. Der Redner wendet sich auch gegen jene Druckerzeugnisse, die der Kriegsverherrlichung dienen.

Die Tätigkeit der Volksbildungsinstitutionen bezeichnet der Redner als sehr erfreulich, ebenso den Neubau von Volksbildungsheimen. Er bemängelt jedoch die niedrigen Honorare der Dozenten. Er vermiße ferner eine wirklich staatsbürgerliche Erziehung in den Volksbildungsstätten.

Dann wendet sich GR. Lauscher der Frage zu, ob Wien noch eine Theaterstadt ist. Bis 1913 gab es in unserer Stadt ein Sitzplatzangebot für 23.000 Personen. Heute besteht davon nicht einmal mehr die Hälfte. Im Gegensatz dazu nimmt in allen großen Städen der Welt die Zahl der Sitzplätze für Sprechbühnen zu. Es stimme also nicht, daß die Kinos eine so große Konkurrenz darstellen. Der Redner erneuert die Forderung nach Übernahme eines Theaters durch die Gemeinde Wien. Er hoffe, die Mitteilung stimme, daß die Gemeinde das Theater an der Wien als Festspielhaus kaufen will.

Ferner regt GR. Lauscher an, auch an Denkmälern ähnlich wie an historisch interessanten Gebäuden erläuternde Tafeln anzubringen.

Den Vorschlag von Vizebürgermeister Mandl zur Rettung der Altstadt lehnt der Sprecher der kommunistischen Fraktion ab, weil der Rentner ebensoviel zahlen müßte, wie der Bankdirektor. Für die Finanzierung müßte ein anderer Weg gefunden werden.

Bei den Wiener Festwochen müsse man anerkennen, daß sie wirkliche Festwochen für die Wiener Bevölkerung geworden sind. Er begrüße es, daß auch zeitgenössische österreichische Musik gebracht wird und daß Orchester aus Ost und West in Wien zu hören sind. Kritik übt der Redner an den Europagesprächen, die in Wahrheit Rumpf-Europa-Gespräche sind. Man sollte auch Vertreter der östlichen Nachbarländer und der Sowjetunion zu diesen Gesprächen einladen.

./.

Abschließend erklärt GR. Lauscher, daß trotz mancher Kritik die Kommunisten den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen werden.

Hierauf nimmt der Redner der kommunistischen Fraktion zu Ausführungen Stellung, die Stadtrat Riemer in seinem Schlußwort machte. Es handelt sich dabei um den Fall des Hilfsarbeiters. Erregt weist GR. Lauscher die Anschuldigung der Sabotage zurück. Dieser Verdacht bedeute eine Ehrabschneidung ebenso wie der geäußerte Verdacht, daß andere Bedienstete der Gemeinde Wien, die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, Sabotage üben könnten. Auch die Kommunisten erfüllen im Interesse unserer Stadt treu ihre Pflicht. Es ist eine Schande, Kommunisten der Sabotage an Wien zu verdächtigen. Der Redner erinnert daran, welche Opfer gerade die Kommunisten nach 1945 gebracht haben. Wir stehen zur demokratischen Verwaltung, ruft er, wir lehnen jede Sabotage ab! (Zwischenrufe bei der SPÖ: "Und was war 1950!"). Abschließend fordert GR. Lauscher Stadtrat Riemer auf, seine diskriminierenden Äußerungen zurückzunehmen.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) vertritt die Meinung, daß diese Geschäftsgruppe bei der Vergebung der Budgetmittel hätte weitaus mehr Berücksichtigung finden müssen. Zu begrüßen seien die beiden geplanten Maler-Ausstellungen und die Erhöhung des Betrages für die Begabtenförderung. Vom architektonischen Standpunkt und vom Standpunkt des Stadtbildes sei es notwendig, daß Bauwerk, Bild und Plastik in einem geplant werden und nicht hintereinander. Großen Wert müsse man auch auf die Bewahrung des kulturellen Erbes unserer Stadt legen. Es muß versucht werden, die Kunstwerke der Vergangenheit und der Gegenwart an die Bevölkerung heranzubringen. Der Redner erhebt die Forderung nach Einrichtung eines städtischen Theaters. Die Unterbringung des Theaters der Jugend bezeichnet er als nicht zufriedenstellend. Die Errichtung eines Stundentenheimes für Ausländer sei zu begrüßen, doch müßten vorerst inländische Studenten den Vorrang haben. Viele junge Leute kommen aus den Bundesländern und müssen für Untermieten gigantische Beträge zahlen. Die Erhaltung des historischen Antlitzes unserer Stadt sei allen ein Anliegen, doch dürfe man hiefür nicht neue Steuerquellen schaffen, sondern müße aus den ordentlichen Budgetmitteln Beträge aufbringen. Der Redner richtet die Frage an Vizebürgermeister Mandl, warum die Ausgrabungen im unterirdischen Museum abgebrochen wurden. ./.

Auch das Volkskundemuseum werde sehr stiefmütterlich behandelt. Bei den Schulrenovierungen müsse man bekriteln, daß viele Arbeiten nicht während der Ferien gemacht werden und daher der Schulbetrieb sehr oft gestört wird. Der Redner stellt fest, daß einige Pflichtschullehrer in Kursen als Erziehungsberater ausgebildet wurden, obwohl es unter den Wiener Lehrern eine größere Zahl von akademisch ausgebildeten Psychologen gibt. Er fragt an, warum diese nicht als Erziehungsberater verwendet werden. Eine weitere Forderung sei die Auflegung der drei Lehrerzeitungen an den Schulen, damit den Lehrkräften alle einschlägigen Fachzeitschriften zur Verfügung stehen. Begrüßenswert sei es, daß es keinen Wechselunterricht mehr gibt. Leider seien aber viele Schulen noch in einem sehr schlechten Zustand. Großes Augenmerk müsse man der Bekämpfung von sogenanntem Schmutz und Schund auf dem Gebiete der Literatur und des Films zuwenden. Die Jugend sei nicht schlecht. Es zeigt sich aber in vielen Fällen, daß schlechte Filme und Schundliteratur sich oft nachteilig auswirken.

GR. Dr. Broesigke stellt abschließend fest, daß das Kulturbudget viele erfreuliche Erhöhungen enthält, daß es aber noch nicht die Höhe hat, die im Interesse unserer Stadt zu wünschen wäre. Seine Fraktion könne daher den Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) meint, daß diese Geschäftsgruppe die Aufgabe habe, das geistige und kulturelle Leben Wiens zu verwalten und dafür zu sorgen, daß kulturelles Leben in dieser Stadt blühen und gedeihen kann. Es müssen alle Kräfte des Geisteslebens eingeschaltet werden, die zur Entwicklung der geistigen Kultur gehören, also auch die Religion und alles was dazu gehört. Die Rednerin richtet die Bitte an Vizebürgermeister Mandl, man möge bei all den erfreulichen Planungen nicht darauf vergessen, geeignete Plätze für die Entwicklung des religiösen Lebens und die Erbauung von Kirchen zur Verfügung zu stellen. Mit Freude müsse man feststellen, daß auf dem Gebiete der Modernisierung der Schulen und des Neubaues von Schulen große Fortschritte erzielt wurden. Trotzdem bestehe auch auf diesem Gebiet noch ein großer Nachholbedarf. 57 Prozent

./.

der Wiener Pflichtschulen befinden sich noch in alten Gebäuden. Sie warnt davor, daß in den Pflichtschulen Mädel und Buben in gemeinsamen Klassen unterrichtet werden. Die Schulgalerien, deren Einrichtung sich sehr bewährt hat, sollten auch auf die Privatschulen ausgedehnt werden.

Die Rednerin beschäftigt sich dann mit der schon mehrere Male von der ÖVP vorgetragenen Forderung, die Gemeinde Wien möge auch privaten Schulen Lehrmittel kostenlos zur Verfügung stellen (Beifall bei der ÖVP). Sie verweist darauf, daß vor einigen Wochen der Kulturausschuß einen Antrag zur Bücherspende an die Schule der Vereinigten Nationen zugestimmt habe und bemerkt dazu, daß es sich hier um eine Spende für Kinder handelte, deren Eltern nicht Wiener Steuerzahler sind.

Den geplanten Bau eines Studentenheimes bezeichnet sie als begrüßenswert und setzt sich zugleich für eine Subventionierung von Studentenheimen ein, die von verschiedenen Organisationen geführt werden. Sie begrüßt auch die Reform des Stipendienwesens und verlangt, man müsse hier zu einer Begabtenförderung übergehen. Sie verweist darauf, daß auch von anderen Institutionen Stipendien bereitgestellt werden. Als gutes Beispiel hiefür nennt sie die Stipendien der Kammer der gewerblichen Wirtschaft.

Sie beschäftigt sich dann mit der Jugend und stellt fest, daß die heutige Generation ebenso tüchtig und anständig ist, wie die Generationen vor ihr. Sie brauche aber Betreuung, und zwar nicht nur von der Gemeinde Wien, sondern auch von anderer Seite. Das Jugendabonnement bezeichnet sie als eine schöne Einrichtung. Erstaunlich sei, daß die Zahl der Interessenten alle Erwartungen übertroffen hat. Die Rednerin meint, es sollten mehr Konzertveranstaltungen gemacht werden. Sie regt aber auch eine stärkere kulturelle Betreuung der alten Menschen an, wie sie bereits mit der Einladung der Dauerbefürsorgten zu Theatervorstellungen erfreulich begonnen wurde.

Zum Thema Volksbildung stellt GR. Nora Hiltl fest, daß der Bau von neuen Kulturhäusern von großer Bedeutung ist. Sie bemängelt aber zugleich die Unterbringung mancher Zweigstellen der Volksbildungshäuser in unzulänglichen Schulräumen und die geringe Bezahlung der Dozenten. Die Gemeinde Wien, sagte sie, habe eine große Aufgabe dem Theater gegenüber. Sie macht darauf aufmerksam, daß die Wiener Theater im Zusammenhang mit der Einführung der 45-Stunden-Woche unter Genehmigung des 14. Monatsgehaltes vor einer schweren Frage stehe, bei der sie die Hilfe der Stadtverwaltung brauchen werden.

Die Leistungen der Wiener Symphoniker finden ihr uneingeschränktes Lob, doch glaubt sie, daß ihnen durch weitere Subventionen die Möglichkeit gegeben werden sollte, ihre Konzerttätigkeit im Ausland zu intensivieren. Sie beschäftigt sich dann mit der Ausschreibung der Direktorenstelle am Konservatorium der Stadt Wien und kritisiert, daß diese Ausschreibung eine zu kurze Frist hatte und in die Sommermonate verlegt war. Ihrer Meinung nach hätte man diese Stellenausschreibung auch in ausländischen Zeitungen erscheinen lassen müssen, damit auch die im Ausland lebenden Österreicher davon erfahren. Sie bedauert, daß damit viele ernste Bewerber, darunter auch im Ausland bekannte Persönlichkeiten, bei der Besetzung des Direktorenpostens übergangen worden sind.

Die städtischen Büchereien bezeichnet die Rednerin als eine wichtige Einrichtung unserer Volksbildung. Sie setzt sich für eine bessere Gehaltseinstufung ihrer Bibliothekare ein, und stellt einen entsprechenden Antrag.

Zum Kapitel Museen richtet sie an den Amtsführenden Stadtrat die Bitte, auch die Heimatmuseen, die in Wien eine große Aufgabe zu erfüllen haben, mehr als bis jetzt zu unterstützen. Sie hüten viele Kostbarkeiten lokaler Natur, die sehr erhaltungswürdig sind. Manche Heimatmuseen sind räumlich sehr dürftig untergebracht. Sie regt an, man solle überlegen, ob man nicht die Kustoden für ihre Tätigkeit bezahlen sollte. Sie verweist dann auf die Notwendigkeit zur Erhaltung unseres Stadtbildes und stellt fest, daß bei den Bauarbeiten auf den Gartenbaugründen die schönsten Teile des alten Stadtgrabens vernichtet wurden. Auch kirchliche Bauten, die renovierungsbedürftig sind, wie die Peterskirche und Maria am Gestade, sollten eine Subvention der Stadt erhalten. Ebenso müsse man Wege finden, um unterstützungsbedürftigen Künstlern höhere Ehrenpensionen zu geben. Die Wiener Stadthalle bezeichnete sie als Bauwerk, daß allgemein Bewunderung und Anerkennung findet. Sie erinnert aber daran, daß sie für drei Zwecke erbaut wurde, nämlich als Sporthalle, als Kongreßhalle und als Halle für Kulturveranstaltungen. Sie bezeichnet es als sehr problematisch, wenn in der Stadthalle verschiedene Revuen und Zirkusdarbietungen aufgeführt werden, die mit Kultur nichts zu tun haben und noch dazu anderen Unternehmungen Konkurrenz machen. Das Plakat der kommenden Wiener Eisrevue findet sie geschmacklos.

./.

Abschließend gab die Rednerin im Namen ihrer Fraktion die Zustimmung zum Kulturbudget.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) verglich einleitend die Aufwendungen des Bundes und der Gemeinde Wien für kulturelle Zwecke. Im Verhältnis zum Gesamtbudget macht beim Bund das Kulturbudget 7,86 Prozent aus und bei der Gemeinde Wien 5.35 Prozent. Das ist auf den ersten Blick enttäuschend. Wenn man aber die Personallasten herausschält und den Sachaufwand übrigläßt, so ergibt sich beim Bund ein Kulturbudget von 645,4 Millionen, das sind 1.4 Prozent und bei der Gemeinde Wien von 210,6 Millionen, das sind 3.8 Prozent. Diese Zahlen einander gegenübergestellt, zeigen deutlich, daß auf diesem Gebiet in Wien außerordentlich viel geschieht.

Der Redner spricht dann über die Mittelschulmisere in Wien, deren Ursachen er anerkenne. Man dürfe jedoch nicht versuchen, wie es das "Kleine Volksblatt" getan hat, dabei wieder die Gemeindeverwaltung zu beschuldigen. Wien hat dem Bund Geld für Mittelschulbauten angeboten, in zwölf städtischen Schulgebäuden sind Mittelschulen untergebracht und 130 Klassenzimmer wurden dem Bund für Mittelschulzwecke überlassen. Der Zug der Mittelschule ist allgemein, nicht nur in Wien, sondern in ganz Europa, entsprechend der Entwicklung unserer Zeit festzustellen. Aber die Ursachen für die Mittelschulmisere - starke Geburtenjahrgänge und Vernachlässigung des Neubaues - gelten auch für die Pflichtschulen in Wien; nur mit einem Unterschied: bei den Pflichtschulen ist etwas geschehen, um die Probleme zu meistern. Mehr als 30 neue Schulen sind entstanden und viele Renovierungen und Modernisierungen wurden durchgeführt, die fast einem Neubau gleichkommen.

In diesem Zusammenhang: Dr. Broesigke hat gefragt, warum man Instandsetzungsarbeiten nicht in den Sommermonaten durchführt. Auch wir hätten dies lieber, doch sind gerade im Sommer die Bauarbeiter voll beschäftigt.

Zu den Ausführungen von GR. Lauscher über die Absolventen der Sonderschulen meinte der Redner, entscheidend sei, daß man diese Kinder so weit wie möglich zu normalen Menschen erzieht, die im Konkurrenzkampf mit Gesunden auf vielen Gebieten bestehen können. Im übrigen gibt es auch einen guten Kontakt mit dem Arbeitsamt. Dr. Stemmer weist dann Ausführungen zurück, die gestern in der Debatte gemacht wurden, nach denen die Deklaration der Menschenrechte so etwas wie eine Verpflichtung der Stadt Wien enthalte, den Kindern der Privatschulen Bücher und Hefte unentgeltlich zu geben.

./.

Besonders begrüßt der Redner den Neubau des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien und beschäftigt sich dann mit den Bundeserziehungsanstalten. Früher gab es im Einzugsgebiet von Wien fünf solcher Anstalten, doch ist nur eine einzige in der Boerhaavegasse übriggeblieben. Wir hoffen sehr, daß die Bundeserziehungsanstalten bald wieder errichtet werden, wie es Minister Dr. Drimmel in der Budgetdebatte im Parlament angekündigt hat.

Allgemein zur Kulturpolitik der Gemeinde Wien bemerkt der Redner, daß Vizebürgermeister Mandl in den letzten zehn Jahren versucht hat, eine expansive Kulturpolitik zu betreiben und Bevölkerungsschichten zu erfassen, die bisher unberücksichtigt geblieben waren. Das beginnt bei den Schülerkonzerten und dem Jugendabonnement und geht weiter über die Gewerkschaftskonzerte, Theater in den Außenbezirken, die Musikschulen, die Festwochen in den Bezirken und den Bücherautobus. Schon diese Aktionen allein rechtfertigen es, daß wir Vizebürgermeister Mandl für seine sehr weit gespannte Kulturpolitik unseren herzlichen Dank aussprechen (Beifall bei der SPÖ).

Der Redner unterstreicht auch die Ausführungen des Referenten auf dem Gebiet des Stipendienwesens. Es hat keinen Sinn, kleine Beträge in großen Mengen unter die Studenten zu streuen, durch die dem einzelnen nicht geholfen ist. Es geht vielmehr darum, den Begabten bei der Bewältigung seines Studiums wirklich zu helfen. Es handelt sich dabei um keine Fürsorgeleistung, sondern um eine soziale Verpflichtung der Gesellschaft (Beifall bei der SPÖ).

Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Bau eines Studentenheimes meint GR. Dr. Stemmer, es müsse in den anderen Bundesländern doch ein gewisses Interesse dafür bestehen, daß die von dort stammenden Studenten in Wien ordentlich wohnen können. Man könnte also wohl dafür einen finanziellen Beitrag leisten.

GR. Dr. Stemmer kommt sodann auf die Bestellung von Herrn Erwin Weiss als Direktor des Konservatoriums der Stadt Wien zu sprechen, über die in der Debatte Kritik geübt wurde. Die fachliche Qualität von Erwin Weiss stehe außer Zweifel. Wären die Jahre des Faschismus nicht gewesen, wäre er in unserem Land bereits seit langem bekannt und nicht erst jetzt, nachdem er aus

./.

dem Ausland zurückkam. Eben seine fachliche Qualität und nicht, daß er der Sozialistischen Partei angehört, waren dafür ausschlaggebend, daß er zum Direktor des Konservatoriums bestellt wurde.

Abschließend stellt GR. Dr. Stemmer fest, daß seiner Meinung nach auf dem Sektor der Kultur, der Bildung und Erziehung viel wertvolle Arbeit geleistet wurde. Er dankt dem zuständigen Stadtrat, seinen Mitarbeitern und den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses III. Seine Fraktion werde den Ansätzen zustimmen. (Beifall bei der SPÖ).

Vizebürgermeister Mandl dankt in seinem Schlußwort den Debatteredner für die Sachlichkeit, mit der sie das Kulturproblem behandelt haben. In der Hauptsache wurden Subventionen verlangt, und zwar für den Sport, für die Jugendorganisationen, die Volksbildung, das Theater, Auslandsfahrten für Orchester, Studentenheime, Filme, Privatschulen usw. Es müßten sich jedoch die Menschen einmal der Tatsache bewußt werden, daß man für Kultur, Bildung, Sport und Wissenschaft eben auch einen Preis bezahlen müsse wie für alle anderen Dinge im Leben (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Er sei bemüht, überall zu helfen. Aber schließlich sei es doch unmöglich, zum Beispiel dem Sportler für seine sportliche Tätigkeit Geld zu geben. Es könnte dann ein Photograph um einen Film kommen usw. usw. Der Vizebürgermeister warnt davor, auf dem Kultursektor zu einer Art Rententum zu kommen. Weitere Wünsche der Debatteredner, die immer wieder laut wurden, waren die Kulturbetreuung der alten Leute, Theaterveranstaltungen usw. Dazu müße man feststellen, daß die Gemeinde Wien kein Veranstaltungsunternehmen ist.

Eine Reihe der Anfragen von GR. Lauscher können hier nicht beantwortet werden, daß sie nicht in die Kompetenz der Stadtverwaltung fallen. Die Schulverwaltung stellt für den Schulbetrieb wohl die nötigen Einrichtungsgegenstände, die Lehrmittel usw. zur Verfügung, hat jedoch auf ihn selbst keinen Einfluß. Für die körperbehinderten Kinder gebe es Sonderschulen. Es sei jedoch die Aufgabe dieser Schulen, die Kinder langsam in die Gemeinschaft als gleichberechtigte Mitglieder einzuführen.

./.

GR. Lauscher verlangte auch die Aufhebung der Vergnügungssteuer. Dazu ist zu sagen, daß die kleinen Sportorganisationen von der Vergnügungssteuer nicht entscheidend betroffen werden. Die großen Vereinigungen aber, wie etwa die Staatsliga, von der Vergnügungssteuer zu befreien, wäre eine Ungerechtigkeit gegenüber anderen Vereinigungen, wie zum Beispiel Caritas, Kinderfreunde usw.

Vizebürgermeister Mandl kommt sodann auf das Thema Schmutz und Schund zu sprechen und stellt fest, daß es hier sehr schwer sei, eine einheitliche Meinung zu erzielen. Das Unterrichtsministerium hat zum Beispiel Beschwerde darüber geführt, daß die Wiener Filmzensur Filme zulasse, die für die Jugend nicht geeignet sind. Einige dieser Filme wurden aber zum Beispiel vom deutschen katholischen Filmdienst als wertvoll bezeichnet. Im übrigen bemühe sich die Stadtverwaltung sowohl den schlechten Film als auch das schlechte Buch durch gute Werke zu ersetzen.

Zur Ansicht, daß die Stadt Wien den Theatern größere Zuschüsse geben müsse, ist zu sagen, daß die Stadtverwaltung bei den Eintrittspreisen des Theaters in der Josefstadt 60 Prozent des Gesamtpreises trägt, beim Volkstheater 40 Prozent und beim Raimundtheater 35 Prozent..

Daß Verhandlungen über den Kauf des Theaters an der Wien geführt werden sei richtig. Man wollte jedoch nicht darüber sprechen, da es bei einem Kauf oder Verkauf nie gut ist, wenn in der Öffentlichkeit viel darüber gesprochen wird. Wenn das Theater an der Wien zu einem vernünftigen Preis zu haben sein wird, wird es die Stadt Wien erwerben. Überspitzte Forderungen müssen jedoch im Interesse der Wiener Steuerzahler abgelehnt werden. Zur Anfrage des GR. Dr. Broesigke stellt Vizebürgermeister Mandl fest, daß in der Römischen Ruinenstätte die Arbeiten vollendet wurden, die man sich vorgenommen hatte.

Vizebürgermeister Mandl beschäftigt sich dann mit dem von GR. Nora Hiltl vorgebrachten Vorwurf wegen der Bücher- und Lehrmittelspende an die Vereinten Nationen und stellt fest, daß es sich um eine Musterkollektion gehandelt hat, wie sie von allen Ländern der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt worden ist. Was die Darbietungen mancher Veranstaltungen in der Wiener

./.

Stadthalle betrifft, meint er, könne man einiges kritisieren. Über die beanstandeten Plakate der Wiener Eisrevue klärt er die Debatteredner in auf, daß die Leitung der Stadthalle hiefür nicht verantwortlich ist.

Den Antrag von GR. Lauscher auf Aufhebung der Vergnügungssteuer für sportliche Betätigung empfiehlt er abzulehnen, seine beiden weiteren Anträge der Zuweisung an die Gemeinderatsausschüsse.

Zum Abschluß setzt sich der Referent mit der Ansicht des FPÖ-GR. Broesigke über die Aufgabe der Stadtverwaltung bei der Erhaltung des alten Besitzstandes unserer Stadt auseinander. Er erklärt, dies könne nicht Hauptaufgabe unseres Bemühens, sondern nur eine unserer Aufgaben sein. Er meint, daß Wien, auch wenn sie sehr viele Kulturdenkmäler besitzt, nicht zu einem Museum werden darf, in dem dann der Wiener unter einem Glassturz zu bewundern wäre. Wenn es uns gelungen ist, Wien zu einer internationalen Kongreßstadt zu machen, muß es auch weiterhin unsere Aufgabe bleiben, die Stadt über eine moderne, lebendige Gegenwart in eine hoffnungsvolle Zukunft zu führen.

Zum Schluß bittet der Referent, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe zuzustimmen. Sie werden ohne die Stimmen der FPÖ angenommen. Ein Resolutionsantrag von GR. Lauscher wird abgelehnt, die beiden weiteren einstimmig zur Behandlung an die Gemeinderatsausschüsse weitergeleitet. Auch der Resolutionsantrag von GR. Hiltl betreffend die Umstufung der Bibliothekare der städtischen Büchereien in die Verwendungsgruppe B wird einstimmig dem Gemeinderatsausschuß für Personalangelegenheiten zugewiesen.

\- - -

4. Hauptstück: Wohlfahrtswesen

Die städtische Wohlfahrtsreferentin, Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ), referierte sodann über das Kapitel IV, Wohlfahrtswesen. Sie hob einleitend hervor, wie bedeutend die Leistungen des verstorbenen Wohlfahrtsreferenten Vizebürgermeister Honay waren, der dieses Amt durch viele Jahre geführt und ihm mit all seinen Kräften gedient hat. Besonders die Betreuung unserer alten und ältesten Mitbürger hat durch ihn viele neue Impulse erhalten. Er hat sich damit in den Herzen der Wiener ein unvergängliches Denkmal gesetzt (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Es muß unser Ziel bleiben, das Wiener Wohlfahrtswesen in einer lang erprobten Tradition weiterzuführen und damit das Bewährte zu bewahren. Wir wollen aber vor allem der Gegenwart dienen und aus den gewonnenen Erkenntnissen für die Zukunft entscheidend planen. Wenn Wohlfahrtspflege erfolgreich sein soll, muß sie ihre Methoden und ihre Einrichtungen den Gegebenheiten der Zeit so gut wie möglich anpassen: immer von neuem müssen wir feststellen, wie die Menschen leben, welche Nöte sie bedrängen und welche Hilfe als lebenswichtig im Sinne unserer Zeit gegeben werden muß. Nur damit können wir allen Menschen die Möglichkeit sichern, im gesellschaftlichen Leben gut bestehen zu können.

Seit 1945 sind wohl entscheidendste soziale Veränderungen in unserem Land vor sich gegangen. Vollbeschäftigung, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz und Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, sichern nicht nur die Lebenshaltung, sondern auch den Lebensabend des größten Teiles unserer Bevölkerung. Trotzdem gibt es noch immer viele Menschen, die entweder dauernd oder fallweise unserer materiellen Hilfe bedürfen. Ihnen wollen wir natürlich auch weiterhin nach Möglichkeit ihre Lage verbessern. Aber im großen und ganzen sind wir schon lange über das bloße materielle Helfen hinausgewachsen.

Das ist deutlich erkennbar in allen Gebieten der Wiener Wohlfahrtspflege, ob sie für das Kind, für den Jugendlichen, für den greisen Menschen entweder vorbeugend helfend oder heilend geleistet wird.

./.

Im Mittelpunkt unserer Betrachtungen muß nach wie vor die Familie stehen. Unsere Hauptaufgabe wird und muß bleiben, sie zu stützen. Vor allem jene Familie, in der die Mutter berufstätig ist, denn immer wieder müssen wir feststellen, daß diese Mütter häufig überfordert sind.

Alle Institutionen der Wohlfahrtspflege, welche der Familie dienen, können aber immer nur Hilfsinstitutionen sein, um eben die Kraft der Familie zu stärken.

Bei einem gleichzeitigen Steigen der Geburtenrate von 14.480 im Jahre 1957 auf etwa 16.000 Neugeborene in diesem Jahr, sank die Säuglingssterblichkeit in Wien von 4.8 Prozent im Jahre 1957 auf 4.1 Prozent im Jahre 1958. Heute ist es schon sicher, daß im laufenden Jahr zum erstenmal in der Geschichte unserer Stadt die Säuglingssterblichkeit auf weniger als 4 Prozent gesunken ist.

Die nicht geringen Ausgaben für die 54 Mutterberatungsstellen, in denen 90.128 Kinder betreut werden, machen sich somit bezahlt. Die Beratung unserer Schwangeren ist auch deshalb so bedeutungsvoll, weil in unseren Familien noch immer das "einzige Kind" vorherrscht. Viele Frauen erleben nur ein einziges Mal Schwangerschaft, Entbindung und die Pflege ihres Neugeborenen. Das ist ein wichtiger Grund, der Fürsorge so große Aufmerksamkeit zu schenken, um entscheidende Fehler während der Schwangerschaft oder bei der Pflege des Neugeborenen vermeiden zu helfen.

In der Schwangerenberatung ist der Arzt führend. Aber die Mitarbeit der Fürsorgerin wird auch in der veränderten Geschäftseinteilung - die Schwangerenberatung wird ja nunmehr der Verwaltungsgruppe V übergeben - nicht entbehrt werden können.

Die Ausgaben für unsere Säuglingswäschepakete sind natürlich gestiegen. Da wir ein weiteres Steigen der Zahl der Geburten erwarten, ist für das Jahr 1960 ein Betrag von 3.655.000 Schilling vorgesehen. Die Säuglingsausstattung erhielt auch eine neue Hülle in Form einer Plastiktasche, die allgemeine Anerkennung gefunden hat.

./.

Eine weitere Folge der Geburtensteigerung und der Berufstätigkeit der Frau ist das Verlangen nach **Säuglingskrippen.**

Die Gesamtausgaben für das Kindergartenwesen der Stadt Wien sind groß. Sie betragen 92,5 Millionen Schilling. Insgesamt werden im Jahre 1960 16 Gruppen in Kindergärten und sieben Gruppen in Tagesheimschulen gebaut, eingerichtet und eröffnet werden. Immer mehr Mütter können so ihre Kinder bei uns unterbringen. Am 2. Dezember hat die Zahl der eingeschriebenen Kinder das erste Mal die Grenze von 16.000 erreicht. Gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr sind dies um 600 Kinder mehr. Auch die Einrichtung der Tagesheimschule, dieser guten Kombination von Schule und Hort, hat sich bestens bewährt. Lehrer und Erzieher arbeiten eng zusammen. Schularbeit und Freizeit sind gut abgestimmt. Trotzdem muß hier dasselbe gesagt werden, wie bei den Einrichtungen für die Kleinstkinder: dieser Typus einer Schule soll nicht zur allgemeinen Norm werden. Diese Schulen sollen nur jenen Müttern helfen, deren Kinder während ihrer Berufstätigkeit unbeaufsichtigt sind. Diese Kinder wollen wir mit dieser Schule vor den Gefahren der Straße schützen.

In einer wohldurchdachten Sprengelaufteilung arbeiten 316 Fürsorgerinnen und 120 Verwaltungsbeamte des Jugendamtes. Wo immer eine sittliche oder soziale Gefährdung aufscheint, machen sie aufmerksam und greifen helfend ein, helfend für das Kind. Wobei dies oft gar nicht so einfach ist und häufig auf den größten Widerstand der Eltern stößt.

Und nur allzu oft wenden sich solche Eltern an die Öffentlichkeit mit einer völlig falschen Darstellung. Und leider werden diese Berichte oft ungeprüft wiedergegeben. Es entsteht dadurch leicht ein falsches Bild der Arbeit des Jugendamtes. Stadtrat Maria Jacobi stellt fest, daß die Obsorge für alle gefährdeten Kinder für die Stadtverwaltung eine besondere Verpflichtung bedeutet (Beifall SPÖ). Sie gibt Antwort auf die Frage, warum und in welchen Fällen Kinder von der Fürsorge abgenommen wurden. Der wirtschaftliche Notstand, sagte sie, spielt bei der Übernahme heute kaum eine Rolle. Dagegen steigen die Fälle, in denen die Trunksucht der Eltern eine bedeutende Rolle spielen.

./.

Den Fürsorgerinnen unserer Stadt, die diese schwere, verantwortungsvolle und manchesmal wenig gewürdigte Sozialarbeit leisten, spricht sie für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit herzlichsten Dank aus.

Derzeit befinden sich 5.270 Kinder in der Pflege der Gemeinde Wien. 4.124 in Heimen, und zwar 2.400 in städtischen und 1.146 bei Pflegefamilien. Sie stellt mit Freude fest, daß die Anmeldung von Pflegeeltern eine steigende Tendenz zeigt und dankt diesen Pflegeeltern, die unsere Kinder mit so viel Liebe umsorgen.

Im Budget sind für Pflegegelder und Pflegebeiträge 7,4 Millionen Schilling, für Verpflegskosten in privaten Heimen 17,2 Millionen Schilling, in städtischen Heimen 34,9 Millionen Schilling, vorgesehen. Die Ausgaben für Bekleidung und Sachbeihilfen betragen zwei Millionen Schilling. Die Gesamtausgaben betragen hiefür 64,3 Millionen Schilling, denen Einnahmen von nur 18,5 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Viele unserer Pflegekinder sind sehr begabte Kinder, für die ein erhöhter Schulaufwand geleistet wird und die für den Besuch höherer Schulen Stipendien oder Zuschüsse erhalten. Wir trachten, all diesen Kindern, die das Wichtigste im Leben eines Menschen, nämlich das Elternhaus, vermissen müssen, das Gefühl zu geben, daß sie eine große Mutter haben, nämlich die Gemeinschaft aller Wiener. (Allgemeiner Beifall).

Außer unseren Pflegekindern hat die Stadt Wien noch etwa 25.000 Mündel zu betreuen. Die Summe von 47 Millionen Schilling, die die Gebarung der 17 Bezirksjugendämter auf diesem Sektor aufweist, sind Beträge, die oft unter sehr schwierigen Umständen für die Mündel eingebracht werden.

Für die Erholungsfürsorge der Stadt Wien sind für das Jahr 1960 4,3 Millionen Schilling vorgesehen. Das bedeutet, daß 7.300 Kinder Ferienaufenthalte in Heimen in den schönsten Gegenden Österreichs verbringen können, und daß weitere 500 gesundheitlich besonders gefährdete Kinder in italienische Heime untergebracht werden können.

Insgesamt werden durch das Wiener Jugendhilfswerk mit den angeschlossenen Verbänden auch im nächsten Jahr wieder mehr als 30.000 Kinder ihren notwendigen Kinderurlaub genießen können.

./.

Und nun zum Kapitel der "Allgemeinen Fürsorge", im besonderen zur Fürsorge für unsere alten Mitbürger.

Durch die entscheidenden sozialen Veränderungen in unserem Lande und besonders durch das ASVG ist in der Fürsorge für unsere alten Mitbürger der Stadt Wien ein Wandel eingetreten, der sich am besten in folgenden Zahlen zeigt: Im Jahre 1946 war die Zahl der Dauerbefürsorgten fast 46.000. Ende 1958 waren es nur mehr 12.000 Befürsorgte. Im Laufe dieses Jahres ist die Zahl weiter gesunken. Am 1. Dezember 1959 zählen wir nur noch 9.878 Befürsorgte. Für Dauerunterstützungen werden 56,5 Millionen Schilling ausgegeben. Das ist um eine Million mehr als im Vorjahr. Es wird weiter auch unser Bestreben sein, so weit wie möglich noch individueller zu helfen. Für die Blindenbeihilfe ist ein Betrag von 8,2 Millionen, um 400.000 Schilling mehr als im vergangenen Jahr, vorgesehen. Wir haben mit Zustimmung von Vizebürgermeister Slavik eine Novellierung zum Blindenbeihilfengesetz eingebracht, die weitere Verbesserungen bringen wird. Dafür ist ein Betrag von vier Millionen notwendig.

Es bleibt weiter ein Ziel der Wohlfahrtspflege, allen Körperbehinderten zu helfen. In arbeitstherapeutischen Kursen werden 100 Männer und Frauen angelernt, verschiedene Tätigkeiten auszuüben. Leicht körperbehinderte Personen finden nach Abschluß eines solchen Kurses mit Hilfe des Arbeitsamtes, das sich hier besonders bemüht, Beschäftigung in der Industrie.

Das Erträgnis der Opferfürsorgeabgabe wird voraussichtlich in diesem Jahr 3,3 Millionen Schilling und im Jahr 1960 3,5 Millionen betragen. Davon entfallen 80 Prozent auf Kriegsopfer und deren Hinterbliebene, 12 Prozent auf Opfer des Nationalsozialismus und acht Prozent auf Zivilinvalide.

Für die Tagesheimstätten ist ein Kostenaufwand von fast zwei Millionen Schilling vorgesehen. Derzeit werden 73 Tagesheime geführt, um zwei mehr als im Vorjahr. Im Winter 1958/59 zählten wir durchschnittlich 4.300 Besucher täglich, von denen 75 Prozent Sozialrentner waren. In den kommenden Wintermonaten rechnen wir mit einer Steigerung auf 4.500. Natürlich gibt es auch weiter monatlich den sogenannten sorgenfreien Tag, im Jänner und März sogar zwei sorgenfreie Tage in allen Tagesheimen.

./.

Heuer werden auch zu Weihnachten drei Tagesheimstätten offen sein, um allen alten Menschen zu dienen, die an diesem Tag sonst ganz allein sein müßten.

Während des Sommers werden wir wieder mit den Besuchern der Tagesheime Ausflüge in die Umgebung Wiens veranstalten. Im vergangenen Jahr haben 10.000 Personen an diesen Ausflügen teilgenommen.

Eine zumindest ebenso große Freude bereitete die Landaufenthaltsaktion unseren 3.000 Urlaubern, die je 14 Tage in einem von den ausgewählten Gasthöfen verbringen konnten.

Natürlich wird auch für den Muttertag und für das Weihnachtsfest wieder vorgesorgt. Im letzten Jahr nahmen 1.798 Mütter an der Muttertagsfeier teil, und 11.435 Pakete wurden zu Weihnachten verteilt.

Im Rahmen der allgemeinen Fürsorge bewährt sich auch unsere Ehe- und Familienberatung. Im laufenden Jahr wurden bis Ende November 83 Beratungsabende mit insgesamt 1.212 Beratungen abgehalten. 661 Frauen und 286 Männer haben die beratenden und helfenden Persönlichkeiten unserer Ehe- und Familienberatung in Anspruch genommen.

Auch die Hauskrankenpflege wird immer mehr in Anspruch genommen. Derzeit werden in 124 Fällen Pflege und Heimhilfe gewährt.

Abschließend erklärte Stadtrat Maria Jacobi, daß viele neue Aufgaben vor uns liegen. Unsere Kinder sollen nach den neuesten Erkenntnissen betreut und vor Vernachlässigung und Verwahrlosung geschützt werden.

Unsere alternden Menschen und es sind in Wien derzeit 170.000 zwischen 70 und 100 Jahren, haben wir vor der Vereinsamung zu schützen und ihnen jene Wohn- und Lebensmöglichkeit zu geben, in der sie sich wohlfühlen. Der weitere Ausbau von Heimstätten für alte Leute wird genauso notwendig sein, wie die Errichtung von Pensionisten- oder Wohnheimen. Daneben aber müssen wir versuchen, den alternden Menschen mit dem Leben in unserer Stadt in Verbindung zu bringen und ihm damit das Bewußtsein zu geben, daß er nicht neben, sondern inmitten einer großen Gemeinschaft lebt.

Jeder einzelne kann in seinem Lebenskreis mithelfen, daß in jedem Hilfsbedürftigen der Mensch gesehen wird. Ich möchte sehr gerne versuchen, zu einer fairen Zusammenarbeit mit den freiwilligen Fürsorgeverbänden zu kommen, die der Jugend und den kranken und alten Menschen dienen. ./.

Gerade in der Zeit der Vollbeschäftigung ist es wichtig, das soziale Verantwortungsgefühl für den Mitmenschen nicht erlahmen zu lassen.

Alle sind wir glücklich über den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes. Aber in unserem erst beginnenden Wohlstand besteht die Gefahr, daß manche Menschen vergessen, wie viele es gibt, die auf der Schattenseite des Lebens stehen und entbehren und leiden müssen. Ihnen, unseren bedürftigen, hilfesuchenden Mitbürgern zu dienen, das ist die große Aufgabe, die das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien zu erfüllen hat.(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Debatte über das Wohlfahrtswesen

GR. Lauscher (KLS) führt aus, er freue sich, daß unsere Fürsorge weiter ausgebaut werden kann, besonders aber, daß einige dringende Wünsche seiner Fraktion erfüllt werden sollen. Es wäre aber ein Fehler, in Selbstzufriedenheit zu verfallen und die trotzdem bestehenden ernsten Mängel zu übersehen.

So haben wir zum Beispiel viel zu wenig Säuglingskrippen und Krabbelstuben. Es müßte wenigstens für jeden Bezirk eine Säuglingskrippe geschaffen werden. Auch sind einige städtische Kindergärten äußerst sanierungsbedürftig.

Der Redner begrüßt die Erhöhung des Pflegegeldes und regt an, den Pflegemüttern dadurch soziale Sicherheit zu geben, daß man sie krankenversichert, wie das zum Beispiel in Paris üblich ist. Er begrüßt ferner die Änderung des Adoptionsrechtes und hofft, daß die Neuregelung bald in Kraft treten wird.

In den städtischen Erziehungsheimen seien zu wenig pädagogisch ausgebildete Kräfte. Es müsse unablässig an der Verbesserung der Methoden im Kampf gegen die Jugendverwahrlosung gearbeitet werden. In diesem Zusammenhang ist die Übernahme der Jugendfürsorgeanstalten in die Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen sehr erfreulich. Der Redner erhebt die Forderung nach Errichtung von Heimen für jugendliche Arbeiter und Hilfsarbeiter. Dringend würde die Stadt Wien auch ein Therapieheim für Kinder und Jugendliche brauchen. Er erhebt die Frage, warum die Zahl der Verpflegstage der durch das Wiener Jugendhilfswerk auf Erholung geschickten Kinder von Jahr zu Jahr geringer wird. Er-

./.

füllt sollten auch die Weihnachtswünsche unserer blinden Mitbürger werden. Die Zivilblinden und ihre Begleitpersonen sollten freie Beförderung auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln an allen Tagen bekommen, unabhängig von ihrem Einkommen oder dem ihrer Familie. Ein weiterer Wunsch ist die Novellierung des Blindenbeihilfengesetzes. Die Blindenbeihilfe einschließlich des Hilfslosenzuschusses müßten in voller Höhe gewährt werden und nicht als Ausgleichszulage. Auf dem Gebiete der Erwachsenenfürsorge müßte viel in der Betreuung unserer alten Mitbürger geschehen. Die Tagesheimstätten sollten auch während der Sommermonate geführt werden, Heimhelferinnen und Heimpflegerinnen müßten für die alten Leute zur Verfügung stehen. Sollte sich die Unterbringung von alten Leuten in neuen Wohnungen notwendig erweisen, müßte man sie in ihrem Bezirksbereich belassen und nicht in eine neue Umgebung verpflanzen. In den Altersheimen müßten für die Pfleglinge vielmehr Schwestern zur Verfügung stehen. Als begrüßenswert bezeichnet es der Redner, daß vom Arbeiterkammertag bereits Vorschläge für eine Novellierung des ASVG ausgearbeitet wurden. Durch den Ausbau der Sozialgesetzgebung wird die Fürsorge der Gemeinde in großem Maße erleichtert.

Abschließend erklärt GR. Lauscher, daß seine Fraktion den Ansätzen der Gruppe IV zustimmen werde.

GR. Nesset (FPÖ) begrüßt die Ansätze des 4. Hauptstückes. Einleitend stellt er fest, daß Frau Stadtrat Jacobi Dr. Broesigke mißverstanden hätte. Dieser habe im Kapitel 1 - Personal - über die Ansätze der Entschädigungen für die Bezirksfürsorgeamts-Vorstände und deren Stellvertreter gesprochen und war der Ansicht, daß diese Post auf Grund der zu erwartenden Neuorganisation des gesamten Fürsorgewesens hinfällig wäre. Er habe nicht angenommen, daß etwa der gesamte Umfang der öffentlichen Fürsorge dadurch verringert wird. Der Redner begrüßt es, daß nun ein Großteil der Agenden der Fürsorgeamtsvorstände und deren Stellvertreter auf die Bezirksvorstehungen übergeht. Die Arbeit der Fürsorgeräte sei aber trotz der immer kleiner werdenden Zahl von Dauerbefürsorgten gewaltig.

./.

Sie müssen sich nicht nur um die Dauerbefürsorgten kümmern, sie wirken auch bei der Erstellung der Mittellosigkeitszeugnisse mit und haben jährlich vier Haussammlungen durchzuführen. Auf dem Sektor des Flüchtlingswesens hat die Gemeindeverwaltung Einnahmen von 1,096.000 Schilling und Ausgaben von 1,503.000 Schilling veranschlagt. Es sei die selbstverständliche Aufgabe unserer Stadt, jenen Menschen zu helfen, die aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen müssen. Bei den Einbürgerungen müsse man jedoch darauf achten, nicht Personen einzubürgern, die durchaus nicht als politische Flüchtlinge im moralischen Sinn anzusehen sind.

Der Redner kritisiert, daß die Lehrer an Sonderschulen auch Aufsichts- und Hilfsdienste leisten müßten. Abschließend stellt er fest, daß im Wiener Fürsorgewesen ein aufrechter Wille vorhanden ist und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß diese Tätigkeit im selben Geiste weitergeführt werden wird. Er erklärt, daß seine Fraktion den Ansätzen der Verwaltungsgruppe IV zustimmt.

Dann sprach GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP). Sie begrüßt die Erhöhung der Pflegekosten für Pflegekinder, bedauert aber zugleich, daß sich immer noch zu wenig Pflegemütter melden. Sie glaubt, man würde sich überlegen müssen, die Pflegekosten noch weiter zu erhöhen. Zugleich begrüßt sie die erhöhten Aufwendungen für die Instandsetzungen in Horten und Kindergärten. Auch im Kindergartenwesen sollte mit Rücksicht auf die hohe Zahl der berufstätigen Mütter noch mehr getan werden. Die Sprecherin setzt sich für die Errichtung eines Heimes für entlassene kriminelle Jugendliche ein, damit jungen Menschen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, der Weg zurück ins Leben möglichst erleichtert werden kann. Es fehlt vor allem an Übergangsheimen, in denen die Jugendlichen so lange bleiben können, bis sie Unterkunft und Beschäftigung gefunden haben. In diesem Zusammenhang verweist sie auch auf den Mangel an geschulten Fürsorgerinnen. Dieser Zustand wird sich solange nicht bessern, als der Anfangsgehalt einer Fürsorgerin nur 1.000 Schilling beträgt.

./.

Die Regreßpflicht bezeichnet die Rednerin als sehr umstritten, besonders dort, wo Enkelkinder zur Beitragsleistung für Großeltern herangezogen werden. Sie verlangt daher eine individuelle Behandlung jedes einzelnen Falles.

Dr. Marga Hubinek gibt ihrer Befriedigung Ausdruck über die Budgetansätze für bauliche Herstellungen in Altersheimen. Nur müsse man in dieser Richtung noch größere Anstrengungen unternehmen. Sie verweist dabei auf das Beispiel einer privaten Organisation, die erst vor kurzem in ihrem Heim kleine freundliche Räume für eine oder zwei Personen geschaffen hat. Sie ist der Meinung, daß sich auf dem Gebiet der Altersfürsorge die Zusammenarbeit der privaten Organisationen mit den städtischen Stellen sehr segensreich gestalten würde. Dabei könnte auch manches zur Linderung der gegenwärtigen Spitalsbettennot getan werden. Die Rednerin erklärt, daß die Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV zustimmen wird.

Als letzter Debatteredner sprach GR. Mistinger (SPÖ). Er stellt einleitend fest, daß zum erstenmal in der Geschichte der Stadt Wien eine Frau das Kapitel Wohlfahrtswesen referiert.

Der Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtswesen war seit 1945 bemüht, den richtigen Weg in der Fürsorge zu finden, im Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit gegenüber unserer hilfsbedürftigen Bevölkerung. Diese Arbeit war von Erfolg begleitet, umso mehr, als sie sich auf eine große Tradition stützen konnte.

GR. Mistinger bezeichnete es als eine große Freude für alle Sozialarbeiter, daß in diesem Jahr die Säuglingssterblichkeit unter vier Prozent gesunken ist.

Zum Kapitel Pflegekinder setzt sich der Redner mit den Behauptungen auseinander, daß die Pflegegelder nicht ausreichend sind. Er glaubt, daß allein durch die Erhöhung dieser Pflegebeiträge das Problem nicht gelöst werden kann. Für das Pflegekinderwesen werden im kommenden Jahr 64 Millionen Schilling ausgegeben. Er begrüßt die Anregung, man solle den Pflegeeltern Mittel bereitstellen, damit sie ihren Pflegekindern nach eigener Wahl Kleider kaufen können. Zum Vorwurf, daß in den letzten vier Jahren die städtischen Kindererholungsheime weniger Verpflegstage aufzuweisen hatten, bemerkt er, daß sich hier bereits die gebesserte soziale Lage der Bevölkerung auswirkt. ./.

Übrigens handelt es sich hier auch um kinderarme Jahrgänge. GR. Mistinger wandte sich gegen die Vorwürfe, daß die Gemeinde Wien in den Kindergärten nicht genug sozial vorgeht. Im Jahre 1958, sagte er, haben 48 Prozent der Kinder in den städtischen Kindergärten bloß einen bis sechs Schilling, 37 Prozent neun bis 15 Schilling und 15 Prozent bis zu 20 Schilling gezahlt. Für die Verköstigung bezahlten 30 Prozent der Kinder einen bis sechs Schilling und 70 Prozent 16 Schilling. Der Redner beschäftigte sich dann mit dem Jugendproblem und stellte die Frage, ob wirklich mit Berechtigung gesagt werden kann, daß die heutige Jugend schlecht ist. Er verweist auf die beispielhafte Haltung der Jugendlichen in den Berufsschulen, erinnert an die uneigennützige Mithilfe der Jugendlichen bei der Schuttbeseitigung in den kritischen Jahren der Nachkriegszeit, an ihre Hilfsbereitschaft bei den Überschwemmungen in Wien und meint, daß diese Jugend ihren richtigen Weg finden wird, so wie auch die Generation vor ihr ihn gefunden hat.

Das entscheidende bei unserer Altenbetreuung ist, dafür zu sorgen, die Vereinsamung der alten Leute zu bekämpfen. Wir haben die Tagesheimstätten geschaffen, die Urlaube für die alten Leute, die Mütterehrungen usw. Ich bin aber überzeugt, sagte der Redner, daß hier erst ein Anfang gemacht wurde. Wir dürfen nicht stehen bleiben, sondern müssen versuchen, neue Wege zu gehen. Aus diesem Grund werden wir den Ansätzen der Verwaltungsgruppe IV selbstverständlich unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Redner kritisiert dann noch die Wahlbroschüre der ÖVP, um, wie er sagt, zu zeigen, mit welcher Leichtfertigkeit man bei der Volkspartei Wahlprogramme produziert. Er hoffe, daß die Lehre, die die ÖVP am 25. Oktober erhalten hat, beherzigt werde und daß der Geist dieses Wahlprogrammes bei der Arbeit im Wohlfahrtsausschuß nicht zum Ausdruck kommen wird.

In ihrem Schlußwort dankt Stadtrat Maria Jacobi für die positive Einstellung der Redner zu den Ansätzen der Gruppe Wohlfahrtswesen. Sie bespricht dann im einzelnen die Ausführungen der Debattenredner und weist darauf hin, daß die Einrichtung der Säuglingskrippen nach dem Bedarf abgestimmt werden muß. Wir wissen auch genau, welche Kindergärten renoviert werden müssen. Wir sind dabei, diese Arbeiten durchzuführen, aber alles kann man halt nicht auf einmal machen.

./.

Erzieher gibt es leider nicht nur in Wien zu wenig, sondern auf der ganzen Welt. Es wird aber sicher Aufgabe der Gemeinde Wien sein, diesen Beruf für die Jugend wieder interessant zu machen.

Die Einkommensgrenze bei den Blinden vollkommen fallen zu lassen hält, die Referentin nicht für vertretbar. Bei den meisten Blinden komme ohnehin die Begünstigung in Anwendung.

Zu den Ausführungen von GR. Dr. Marga Hubinek bemerkt die Referentin, daß Vizebürgermeister Honay schon im Frühjahr mitgeteilt habe, die ersparten Gelder bei der Reorganisation des Fürsorgewesens würden hundertprozentig der Fürsorge zufließen. Wenn die ÖVP-Rednerin gemeint hat, die Richtsatzerhöhung sei noch immer viel zu gering, sei bemerkt, man könne von allem sagen, daß es zu wenig ist. Jedenfalls läßt sich die Rente eines Sozialrentners durchaus mit einer Rente nach dem ASVG vergleichen. Bei der Gemeinde sind es mit den verschiedenen Zuschlägen für ein Ehepaar 870 Schilling, nach dem ASVG 855 Schilling. Wir kommen wirklich unserer Verpflichtung nach, den Hilfsbedürftigen das Notwendige für ihren Lebensunterhalt zu geben.

Was die Regreßpflicht anlangt, so wurde hier niemals rigoros vorgegangen. Wir sind stets bestrebt, diese Regreßpflicht nach sozialen Grundsätzen zu beurteilen.

Es waren auch nicht finanzielle Erwägungen, die uns zur Reorganisation des Fürsorgewesens bestimmt haben. Wir haben uns vielmehr die Frage gestellt, wie wir das Los der Befürsorgten verbessern können. Und deshalb haben wir Einsparungen beim Fürsorgeapparat durchgeführt. Zur Forderung nach Erhöhung der Pflegegelder für Kinder in Familienpflege stellt Maria Jacobi fest, daß genaue Berechnungen darüber angestellt wurden, was ein Ehepaar mit einem Kind durchschnittlich monatlich für das Kind ausgibt. Bei einem Kind sind es monatlich 597 Schilling, bei einem Ehepaar mit zwei Kindern pro Kind 509 Schilling und bei drei Kindern je Kind 425 Schilling. Die Gemeinde Wien bezahlt nun 13mal jährlich 500 Schilling Pflegegeld pro Kind, dazu 1.000 Schilling jährlich für Bekleidung, das sind also jährlich 7.500 Schilling, beziehungsweise monatlich 625 Schilling. Bei Großfamilien beträgt das Pflegegeld 650 Schilling monatlich plus 1.000 Schilling einmal im Jahr. ./.

Frau Stadtrat Jacobi fordert Frau GR. Hubinek auf, ihre Fraktion zu bewegen, in Niederösterreich für eine Erhöhung der Pflegegelder einzutreten. Dort werden pro Kind nämlich nur 300 Schilling bezahlt. Ein Heim für entlassene kriminelle Jugendliche wäre sicher dringend notwendig. Von heute auf morgen läßt sich jedoch so etwas nicht machen. Vielleicht könnten hier private Fürsorgeorganisationen helfend einspringen. Zur Forderung auf vermehrte Einstellung von Fürsorgerinnen ist zu sagen, daß leider keine Fürsorgerinnen zu finden sind. Die Forderung bezüglich der Tagesheimstätten und damit im Zusammenhang die Forderung für Pensionisten Wohnheime zu schaffen, sei von der Sozialistischen Partei bereits in ihrem Wahlprogramm enthalten. Die Sozialisten vertreten seit 1918 den Grundsatz, daß es die Pflicht der Gemeinschaft sei, den Hilfsbedürftigen zu helfen. Dieser Grundsatz gelte heute genauso wie vor 40 Jahren (Beifall bei der SPÖ). Aus diesem Grund bittet sie die Ansätze der Gruppe IV anzunehmen.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 4. Hauptstückes einstimmig angenommen.

(Vorsitzender GR. Marek unterbrach die Sitzung um 19.15 Uhr. Sie wird morgen, um 9 Uhr, mit den Beratungen über das 5. Hauptstück: Gesundheitswesen - Referent Stadtrat Dr. Glück - fortgesetzt.)

\- - -

Naturschutz für Kastanienallee in Kaiser-Ebersdorf

17. Dezember (RK) In Simmering biegt von der Kaiser-Ebersdorfer Straße die Thürnlhofstraße zum Ortsfriedhof Kaiser-Ebersdorf ab, die an ihrer nördlichen Seite von einer besonders schönen Kastanienreihe gesäumt ist. Zwischen der Baumreihe und der Fahrbahn befindet sich ein tief eingeschnittener Wasserabzugsgraben, sodaß die Entfaltung der Äste verkehrstechnisch kein Hindernis bildet. An einer Strecke von insgesamt 350 Metern erheben sich 73 Roßkastanienbäume, die mit wenigen Ausnahmen schön geformt oder gut ausgeschnitten sind. Nur dort, wo eine Starkstrom- oder eine Schwachstromleitung die Baumreihe durchbricht, finden sich im Astwerk kleinere Lücken. Die Bäume sind durchwegs gesund und lassen ein hohes Lebensalter erwarten.

Auf Grund des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Natur hat der Magistrat der Stadt Wien diese Roßkastanienallee zum Naturdenkmal erklärt und ihren gesetzlichen Schutz in das Grundbuch und in das Naturschutzbuch der Stadt Wien eintragen lassen. Damit bleibt Kaiser-Ebersdorf ein harmonischer Landschaftsteil für viele Jahre erhalten.

\- - -

Diplomverleihung in der Schwesternschule Rudolfsstiftung

17. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas sprach heute vor 34 Krankenschwestern, die die Schwesternschule in der städtischen Krankenanstalt Rudolfsstiftung absolviert haben und heute ihre Diplome erhielten.

Die Feier wurde musikalisch von einem Quartett des Konservatoriums der Stadt Wien umrahmt.

\- - -

Rindernachmarkt vom 17. Dezember

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 1 Kalb, Summe 1. Neuzufuhren Inland: 3 Ochsen, 16 Stiere, 96 Kühe, Summe 115. Gesamtauftrieb: 3 Ochsen, 16 Stiere, 97 Kühe, Summe 116. Verkauft wurden: 2 Ochsen, 16 Stiere, 49 Kühe, Summe 67. Unverkauft blieben: 1 Ochse, 48 Kühe, Summe 49. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 17. Dezember

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 114; Ausland, Polen: 149, Gesamtauftrieb: 263. Verkauft wurden: 213, unverkauft Polen 50.

Auslandsschlachthof: 326 bulgarische Schweine, Preis 12.50 bis 13.- S, Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

Polnische Schweine notierten mit 13.30 S je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus

5. Hauptstück: Gesundheitswesen

18. Dezember (RK) Die heutigen Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurden unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas mit dem Referat des Amtsführenden Stadtrates Dr. Glück (ÖVP) über die Ansätze der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, eingeleitet.

Er stellte einleitend fest, daß auch im Sektor des Gesundheitswesens, der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung folgend, sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben gestiegen sind. Während für das Jahr 1959 Einnahmen in der Höhe von 479 Millionen Schilling und Ausgaben von 954 Millionen Schilling vorgesehen waren, erwarten wir in diesem Jahr als Einnahmen einen Betrag von 495 Millionen Schilling und Ausgaben in der Höhe von 973,5 Millionen Schilling.

Die Einnahmen setzen sich aus folgenden Teilen zusammen: Pflegegebühren 320 Millionen Schilling (einschließlich des klinischen Mehraufwandes in der Höhe von rund 37 Millionen Schilling), Zweckzuschüsse des Bundes 27 Millionen Schilling. Die Ausgaben gliedern sich in Personalaufwand, 400 Millionen Schilling, das sind 55 Prozent, Sachaufwand, 292 Millionen Schilling, das sind 33 Prozent, und neue Investitionen und Bauten, 88 Millionen Schilling, das sind 12 Prozent.

./.

Beim Wilhelminenspital wurde bereits im laufenden Jahr mit dem Neubau einer großen Abteilung, die 560 Betten umfassen soll, und den dazugehörigen Zubauten begonnen. Diese Arbeiten werden 1960 weitergeführt werden, wofür ein Betrag von 24 Millionen Schilling vorgesehen ist.

Für das Bauvorhaben Allgemeines Krankenhaus hat die Gemeinde Wien im Jahre 1960 20 Millionen Schilling bereitgestellt. Dieses wichtige Projekt bezeichnet er als den Kernpunkt der gegenwärtigen Gesundheitspolitik. Nachdem seit mehr als einem Menschenalter vom Neubau des nunmehr fast 180 Jahre alten Allgemeinen Krankenhauses gesprochen wurde, ist jetzt der Zeitpunkt der Realisierung gekommen. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Nun gilt es, in rascher sachlicher Zusammenarbeit die letzten Unklarheiten zu beseitigen.

Er ist der Meinung, daß die Errichtung einer Station für Gehirnverletzte im Rahmen der Klinik Hoff notwendig sein wird.

Der Referent regt die Schaffung einer internen Auffangstation an, in der ein ärztliches Team mit den üblichen ambulanten Untersuchungsmethoden die Spitalsbedürftigkeit der eingelieferten Patienten festzustellen hätte. Behandlungsbedürftige Fälle werden aufgenommen, weiter durchuntersucht und sofort ärztlich versorgt. Sobald es ihr Zustand zuläßt, werden sie in das zuständige Bezirksspital verlegt. Dieses interne Auffangspital soll möglichst zentral errichtet werden. Dafür würde sich die Wiener Poliklinik in besonderer Weise eignen, wenn der bombengeschädigte und abgetragene Teil für dieses Zweck neu ausgebaut würde. Es wäre aber auch denkbar, ein anderes bereits vorhandenes Objekt für diesen Zweck zu adaptieren. Durch die Errichtung einer internen Auffangabteilung wird zweierlei erreicht: es wird einerseits in Hinkunft vermieden werden, daß ernstlich erkrankte Patienten von einem Spital zum anderen fahren müssen, bis sie endlich Aufnahme finden und andererseits soll diese Maßnahme zu einer rigoroseren Aufnahmekontrolle in unseren Spitälern beitragen.

In einem Symposium der Weltgesundheitsorganisation über das moderne Krankenhaus führte er weiter aus, wurde zur Linderung der Bettennot, die ja auch anderen Großstädten zu schaffen macht, folgendes empfohlen: Um die Patienten vorzeitig entlassen zu können, übernimmt vorerst noch das Spital die medizinische Betreuung beziehungsweise Nachbehandlung der Patienten auch in deren Heim.

./.

Damit soll den freien Ärzten keineswegs Konkurrenz gemacht werden. Handelt es sich doch nur um Patienten, die sonst sowieso im Krankenhaus verbleiben müßten. Auch gilt diese Maßnahme nur für den Fall, daß der zuständige praktische Arzt, bezw. Facharzt nicht selbst in der Lage ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Der Referent empfiehlt, diesen Vorschlag der Weltgesundheitsorganisation zu überprüfen.

Die Bettennot steht mit der Veränderung unserer Bevölkerungsstruktur im Zusammenhang. Es ist den medizinischen Fortschritten zu verdanken, daß das Durchschnittsalter der Menschen höher wurde und wir heute schon elf Prozent mehr Siebzigjährige haben als vor dem Kriege. Mit dem steigenden Prozentsatz, den unsere alten Mitmenschen innerhalb der Gesamtbevölkerung ausmachen, steigt die Belastung unserer Spitäler in doppelter Hinsicht. Die rund 6.200 Plätze in den Altersheimen, sagte er, über die wir zur Zeit verfügen, reichen zur Aufnahme der alten Leute nicht mehr aus. So kommt es, daß viele chronisch erkrankte Menschen, die an sich in das Altersheim gehören würden, noch in den Spitälern liegen und Spitalsbetten blockieren, die für akute Fälle gebraucht würden. Man sollte auch, meinte er, private Organisationen, die sich mit der Pflege von alten Personen beschäftigen, moralisch und finanziell unterstützen und ihre Existenz sichern, wie zum Beispiel das Haus der Barmherzigkeit.

Zur Situation in den Heil- und Pflegeanstalten, bemerkte er, daß auch in diesen Anstalten sich in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres ein Steigen der Aufnahmezahlen gezeigt hat. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf ein Steigen der Fälle von Altersschwachsinn zurückzuführen.

Für das kommende Jahr ist der Anschluß des Pavillon VII sowie des Pavillon XI an die Fernheizung in Aussicht genommen. Hiemit ist nahezu die Hälfte aller Pavillons modernisiert und der neuen Fernheizung angeschlossen. Der Ausbau des Fernheiznetzes soll im kommenden Jahr weiter fortgesetzt werden, daneben aber bereits mit den Vorbereitungsarbeiten für den Anschluß des Heizsystems der Anstalt an die Müllverbrennungsanlage begonnen werden. In den baulich neugestalteten Pavillons werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kredite moderne medizinische

./.

Apparate, neue Einrichtungsgegenstände und Möbel angeschafft In die Kompetenz des Anstaltenamtes fällt auch der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst.

Wie aus der bisherigen monatlichen Statistik zu ersehen ist, ergibt die Gegenüberstellung der Leistungen des Jahres 1958 mit den voraussichtlichen Ziffern des Jahres 1959 beim Rettungsdienst ein leichtes Steigen, wogegen der Krankenbeförderungsdienst einen geringen Rückgang an Transporten aufweist. Mit den im Budget 1959 genehmigten Mitteln konnte nach Durchführung der nötigen Adaptierungsarbeiten die vorgesehene Aufstellung einer ortsfesten Funkstelle auf einem der Türme des Arsenals erfolgen und in Betrieb genommen werden. Sechs weitere Ambulanzwagen wurden in diesem Jahr angekauft. Für das Jahr 1960 ist weiters eine Vermehrung der Touren vorgesehen. Die weitere Zunahme der Ausfahrten, aber auch das sprunghafte Steigen des Straßenverkehrs, wodurch die Inanspruchnahme des Vorranges durch die Fahrzeuge des Rettungsdienstes immer mehr illusorisch wird, und eine Verlängerung der Fahrzeiten verursacht, machen eine Vermehrung notwendig.

Bei dieser Gelegenheit verweist er auf verschiedene Pressemeldungen, die über einen "Rettungskrieg" lanciert wurden. Er ersucht die Presse, bei Meldungen über das Gesundheitswesen vor allem mit der zuständigen Gesundheitsbehörde informative Rücksprache zu halten, um die Bevölkerung nicht durch Nachrichten, die manchmal irreführend sein können, unnötig zu beunruhigen. (Beifall der ÖVP)

In den Erziehungsheimen weiterhin wurden auch im vergangenen Jahr umfangreiche Investitionsarbeiten durchgeführt.

Stadtrat Dr.Glück bezeichnet es als begrüssenswert, dass es gelungen ist, die Verträge für unsere Spitalsärzte ganz wesentlich zum Vorteil für unsere kranken Mitbürger zu verlängern. Die Anstellungen von derzeit 17 Fachärzten für Anästhesie stellt eine ganz gewaltige Verbesserung und einen grossen Fortschrifft dar. Daß verschiedene Gruppen von Ärzten ein fixes Vertragsverhältnis bekommen, meint er, war gewiss ein Vorteil für die Ärzte, war aber eine Notwendigkeit, die einfach nicht mehr zu umgehen war. Wahrscheinlich wird es auch in nächster Zeit notwendig, in verschiedenen Spezialabteilungen die Ärzte in ein Vertragsverhältnis einzubeziehen. Er lehnt entschieden die Ansichten ab, daß manche Ärztevertreter ihr Berufsethos vermissen lassen. (Beifall ÖVP)

Als das brennendste Problem im Zusammenhang mit den Spitälern und Anstalten bezeichnete er den Mangel an Schwestern. Keine Kobaltkanone und kein neuer Röntgenapparat, sagte er, den wir für unsere Spitäler kaufen, kann die Krankenschwester ersetzen. Sie ist das Herz des Krankenhauses und ist heute mehr als eine mechanische Arbeitskraft. Er schätze den Wert der Verwaltungsarbeit der B-Beamten am Schreibtisch hoch ein. Er ist der Überzeugung, daß die Arbeit der Krankenpflegerinnen von der Operationsschwestern bis zur Saalschwester hinsichtlich Ausbildung und Verantwortlichkeit den Verwaltungsbeamten gleichzustellen ist. Es ist daher ein Erfordernis der Zeit, den veränderten Umständen Rechnung zu tragen und den Schwestern den Status der B-Beamten zu verleihen bezw. durch Sonderbegünstigungen unserer Schwestern dasselbe zu erreichen. In der sozialen und in der Folge auch finanziellen Aberkennung sieht er die erste und beste Maßnahme in dem unaufschiebbaren Bemühen, mehr junge Mädchen für den Dienst am Krankenbett zu gewinnen.

Eine zweite Maßnahme zur Erreichung desselben Zieles besteht darin, daß wir unsere Maturantinnen für die Krankenpflege interessieren müssen. Er ist der Ansicht, daß in unseren Schwesternschulen eigene Maturantinnenklassen mit einer verkürzten Ausbildungszeit geschaffen werden müßten. Eine weitere Maßnahme zur Förderung des Schwesternnachwuchses besteht darin, zu sorgen, daß die Schwestern ähnlich wie in der Schweiz und in anderen Ländern in der Nähe der Krankenhäuser familiengerechte Wohnungen bekommen.

Die Zahl der Mutterberatungsstellen des Wohlfahrtsamtes beträgt in Wien 53, die Zahl der Mutterberatungsärzte 37. Diese Stellen funktionieren ausgezeichnet und leisten Hervorragendes. Daneben nun die Schwangerenberatungsstellen. Nach jahrelangem Bemühen ist es Vizebürgermeister a. D. Weinberger gelungen, erst heuer und zwar am 1. April 1959 ie Schwangerenberatungsstellen durchzudrücken. Dabei ist es völlig klar, daß die Vorzüge eines Wohlfahrtsstaates nicht erst bei der Geburt, sondern schon beim Ungeborenen zu beginnen haben. Wie sehr wir mit dieser Behauptung Recht haben, zeigt die Säuglingssterblichkeit. Trotz bestens funktionierender Mutterberatungsstellen ist die Säuglingssterblichkeit im Vergleich zu anderen europäischen Großstädten unerfreulich hoch. In diesem Jahr beträgt sie 37 auf 1000. Das Fehlen einer gut funktionierenden Schwangerenberatung erklärt diese Zahl.

./.

Ein weiterer Ausbau dieser unbedingt notwendigen Stellen könnte hier einen Wandel schaffen. Man kann einwenden, es gibt in Wien genug Spitäler mit Ambulanzen, wo schwangere Frauen mit Recht bestens beraten und durchuntersucht werden. Ganz abgesehen davon, daß derselbe Einwand auch für die Säuglingsberatungsstellen zutrifft, stimmt es nicht. Die Erfahrung zeigt, daß ein sich gesund fühlender Mensch wesentlich weniger gern in ein Krankenhaus geht als in eine Beratungsstelle. Die schwangere Frau ist keine Patientin, sondern in den weitaus meisten Fällen ein gesunder Mensch. Weiterer Ausbau der Schwangerenberatungsstellen, die bisher so stiefmütterlich behandelt wurden, ist eine unbedingte Forderung, wobei ich der Meinung bin, daß diese Beratungsstellen in den ohnehin vorhandenen und wenig ausgenützten Räumen der Mutterberatungsstellen leicht Platz finden und auch dorthin und nur dorthin gehören.

Ein weiterer Voranschlag ist die Einführung eines sogenannten Schwangerenbuches. In diesem kleinen Büchlein, das bereits bis ins Detail ausgearbeitet wurde, werden der schwangeren Frau verschiedene Untersuchungen empfohlen. Der die Frau behandelnde Arzt oder das Fachambulatorium oder die Schwangerenberatungsstelle muß das Ergebnis der verschiedenen Untersuchungen eintragen. Diese harmlose und wenig Kosten verursachende Maßnahme könnte ganz wesentlich dazu beitragen, Erkrankungen zu erkennen, die während der Schwangerschaft auftreten.

Zum Seuchenreferat: Der im allgemeinen gutartige Verlauf bei an Scharlach und Diphtherie Erkrankten hat gottlob angehalten. Ein Anliegen aber, das unbedingt die größte Unterstützung bei allen zuständigen Stellen verdient, ist, die von Vizebürgermeister Weinberger im Vorjahr eingeführte Poliomyelitisschutzimpfung auf noch breiterer Basis als bisher durchzuführen. Von den 289.000 Angehörigen der aufgerufenen 18 Jahrgänge wurden bisher 91.000, das sind 31.5 Prozent, erfaßt. Mit diesen Zahlen können wir uns nicht zufrieden geben. Durch Propaganda, vor allem aber mit Hilfe der Tagespresse und in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde hoffe ich diese an sich zwar sehr erfreuliche, aber zu geringe Zahl der Geimpften erhöhen zu können. Ein Erfolg durch diese Schutzimpfung kann bereits jetzt eindeutig festgestellt werden.

./.

Ein weiteres Referat umfaßt den schulärztlichen Dienst. Gründliche Durchuntersuchung unserer schulpflichtigen Jugend soll helfen, späteres Siechtum und Arbeitsunfähigkeit zu verhüten. Auf der einen Seite steht also die große Bedeutung des Schularztes, auf der anderen Seite die Tatsache, daß diese verantwortungsvollen Ärzte täglich vormittags zwei Stunden beschäftigt werden, wobei die Praxis nicht im selben Bezirk der Schule sein soll, mit anderen Worten: lange Anfahrtszeit. Zwei Stunden hastige Arbeit, lange Rückfahrt und dafür im Monat eine Bezahlung von durchschnittlich 970 bis 1.000 Schilling. Ich glaube, Sie werden mir recht geben, wenn ich diesen Zustand kritisiere. Es wäre zu erwägen, die Beschäftigungszeit der Schulärzte von täglich zwei Stunden auf drei Stunden zu erhöhen. Wir würden damit gleich zwei Dinge erreichen. Erstens könnte sich der Schularzt mit mehr Ruhe seiner wichtigen Tätigkeit widmen und zweitens wäre die Entlohnung bedingt durch die höhere Stundenzahl ein höherer Anreiz für die Ausübung dieses Dienstes.

Dieselbe Bedeutung wie den Schulärzten kommt auch den Schulzahnärzten zu. Im Oktober 1959 konnte die neue fahrbare Schulzahnklinik in Betrieb genommen werden, im Jahre 1960 werden zwei neue Einheitsgeräte eingesetzt. Im Schuljahr 1958/59 wurden fast 80.000 Kinder untersucht. 56.3 Prozent davon waren behandlungsbedürftig. Der Personalstand beträgt immerhin 77, wovon allein 30 Personen auf Ärzte entfallen. Trotz diesem gut funktionierenden Team ist der für dieses Referat verantwortliche Leiter lediglich als teilbeschäftigter Facharzt bei der Gemeinde Wien angestellt. Diese Regelung kann man nicht gutheißen.

Infolge des großen Fortschrittes und der Bedeutung, den die Kieferorthopädie in letzter Zeit erlangt hat, wird die Schulzahnpflege ohne Berücksichtigung orthopädischer Belange nicht mehr zeitgemäß sein. Die Gründung einer eigenen kieferorthopädischen Station muß in Erwägung gezogen werden.

Die Zahl der an Lungentuberkulose Erkrankten sinkt weiterhin langsam. Besonders stark hat die Zahl der Neuaufnahmen an aktiver Tuberkulose bei Kindern und Jugendlichen abgenommen. Sicherlich ist dieser erfreuliche Zustand zum größten Teil der

./.

Schutzimpfung zu danken. Seit 1948 wurden über 250.000 Personen geimpft, darunter 70.000 Neugeborene. Für das Jahr 1960 ist die Fertigstellung von zwei neuen Tbc-Fürsorgestellen zu erwarten.

Ein Referat, das an Bedeutung ständig zunimmt, ist das Krebsreferat. In den vorhandenen sechs Untersuchungsstellen wurden im Jahre 1959 bis 31. Oktober an 390 Ambulanztagen 5.094 Personen untersucht. Hochinteressant ist das Ergebnis dieser Durchuntersuchungen. Bei 205 Kranken von den 5.094 Durchuntersuchten wurde ein Krebsverdacht, bei 413 Untersuchten eine vorkrebsige Erkrankung und bei 3.604 Personen anderweitige untersuchungs- und behandlungsbedürftige Erkrankungen festgestellt. Eine Vergrößerung der Zahl der Untersuchungsstellen, bezw. eine Vermehrung der Untersuchungstage in den vorhandenen Untersuchungsstellen scheint wegen der viel zu langen Wartezeit der angemeldeten Personen eine indirekte Forderung der Wiener Bevölkerung an ihre Stadtväter zu sein.

Abschließend erlauben Sie mir noch die Gelegenheit wahrzunehmen und meinem Vorgänger, Vizebürgermeister Weinberger, für die gewaltigen Leistungen, die unter seiner Führung und vielfach auf Grund seiner wertvollen Anregungen in diesem Ressort durchgeführt wurden, zu danken. (Beifall der ÖVP).

Ich habe mich bemüht, schloß Stadtrat Dr.Glück, Ihnen an Hand des Zahlenmaterials eine Skizze von der heutigen Situation unseres Gesundheitswesens zu geben. Ich habe mir erlaubt, auf die dringlichsten Aufgaben der Zukunft hinzuweisen. Ich bitte Sie, meine Vorschläge wohlwollend aufzunehmen. Ich hoffe, daß Sie den vorgeschlagenen Ansätzen meiner Gruppe Ihre Zustimmung erteilen (Beifall der ÖVP).

./.

Debatte über Gesundheitswesen

GR. Maller (KLS) stellt fest, daß seine Fraktion seit Jahren eine Reihe wertvoller Vorschläge auf dem Gesundheitssektor erstattet habe. Da diese leider noch nicht berücksichtigt wurden, müsse er wieder auf sie zurückkommen. So werden zum Beispiel zum Schaden der Patienten aus kleinlichen Motiven die Ambulanzen der Gemeindespitäler nicht entsprechend ausgenützt. Man läßt diese gut eingerichteten medizinischen Zentren einfach brach liegen, weil man verabsäumt hat, mit den Krankenkassen und der Ärzteschaft zu einer entsprechenden Vereinbarung zu kommen. Diese Maßnahme ist angesichts der überfüllten Warteräume der Kassenärzte und Kassenambulatorien unverständlich. Der Redner richtet die Frage an Stadtrat Dr. Glück, ob er bereit ist dafür zu sorgen, daß die Spitalsambulanzen wieder wie früher der hilfesuchenden Bevölkerung zur Verfügung stehen. Unbegreiflich sei es auch, daß man trotz der ungeheuren Überlastung der Unfallstation des Allgemeinen Krankenhauses im neu errichteten Unfallspital der Allgemeinen Unfallversicherung in Meidling ein Stockwerk wegen Unterbelag geschlossen hat. Auf der anderen Seite plant man aber die Errichtung einer dritten Unfallstation im Franz Josef-Spital, also in nächster Nähe des Meidlinger Unfallspitales.

Der Redner kommt sodann auf den Bau des Allgemeinen Krankenhauses zu sprechen. Er stellt fest, daß seit Jahren im Budget Mittel für diesen Bau angesetzt sind, die aber bisher nicht verwendet wurden. Er richtet an Stadtrat Dr. Glück die Frage, was er zu unternehmen gedenke, um die Vorarbeiten für den Bau des Allgemeinen voranzutreiben und eine weitere Verschärfung auf dem Spitalsbettensektor zu verhindern. Eine weitere Frage sei die, was mit den Beträgen geschehen ist, die in den vergangenen Jahren für die sogenannte erste, zweite und dritte Baurate für das Allgemeine veranschlagt waren.

Ein schweres Problem auf dem Gesundheitssektor sei auch der Personalmangel nicht nur bei den Schwestern, sondern auch bei den Fürsorgerinnen, den technischen Assistentinnen und letzten Endes auch bei Ärzten.

./.

Die Qualität der Spitalspflege lasse heute da und dort schon zu wünschen übrig. Die Überlastung der Spitalsärzte habe sich verschiedentlich auch schon zum Schaden der Patienten ausgewirkt. Man müßte hier geeignete Maßnahmen finden, um genügend Ärzte für die Spitäler zu bekommen. Derzeit kommen auf einen Arzt schon 50 oder 60 Krankenbetten. Laut Bettenschlüssel sollten es nicht mehr als 30 sein. Der Redner kommt sodann auf die Unfallziffern der letzten Jahre zu sprechen. Groß sei die Zahl der tödlichen Gasunfälle. Im Jahre 1957 gab es in Wien 190 tödliche Gasunfälle und 244 Selbstmorde mit Leuchtgas. Darüber hinaus gab es noch viele Leuchtgasvergiftungen leichterer und schwerer Art, von denen sich etliche nachteilig auf die weitere Gesundheit der Betroffenen auswirken. Der Redner stellt daher den Antrag, unverzüglich mit der Leitung der Wiener Stadtwerke in Verbindung zu treten, um die Entgiftung des Leuchtgases zu erwirken. Es gebe heute schon die technische Möglichkeit hierzu. Die Kosten, die nicht sehr hoch wären, müßten von der Stadtverwaltung getragen werden.

Der Redner sagt, er freue sich über den Erfolg der Impfung gegen die Kinderlähmung. Die Aktion müsse selbstverständlich fortgesetzt werden, da bisher leider nur eine Minderheit geimpft wurde. Der Redner bemängelt auch die unzureichende Werbung für die Impfaktion. Er regt ferner an, das neue Mittel gegen Kinderlähmung, das in der Sowjetunion erprobt wurde, zu studieren.

GR. Maller stellte den Antrag, die unterschiedliche Zuteilung von Taschengeld in den Altersheimen zu beseitigen.

Abschließend bemerkt der Redner, er hoffe, daß der neue Stadtrat Dr.Glück den Mut hat, ein bißchen frischen Wind in das Gesundheitsamt zu bringen und sich sozusagen als Geburtshelfer eines neuen und besseren Abschnittes für das Wiener Gesundheitswesen zu betätigen. Die Haltung der Kommunisten wird sich nach den Taten des Stadtrates richten. Einstweilen müsse er jedoch die Ansätze zu diesem Kapitel ablehnen.

GR. Dr.Schmidt (FPÖ) führt aus, die Unzufriedenheit über das Gesundheitswesen in unserer Stadt sei sehr groß. Am ärgsten ist der drückende Bettenmangel. Es wäre notwendig, hier etwas Entscheidendes zu tun. Der Redner schlägt vor, ein eigenes Spital für die alten Kranken zu errichten, oder wenigstens bestehende ./.

Spitalsabteilungen für diese Zwecke umzuorganisieren. Daneben sollten Rekonvaleszentenheime errichtet werden. Die Spitäler sollten eine Bettenreserve für dringende Fälle bereithalten und schließlich sollte ein Weg gefunden werden, damit die Krankenkassen auch für ihre Patienten entsprechend zahlen.

Nach einer Kritik der sanitären Zustände in den Wiener Spitälern wendet sich der Redner der Schwangerenberatung zu. Die Zahl dieser Beratungsstellen ist für eine Millionenstadt wie Wien viel zu gering. Zwar ist die Säuglingssterblichkeit gesunken, aber noch immer viel zu hoch. Es wäre Aufgabe einer eingehenden Beratung, die werdende Mutter auf die möglichen Gefahren für das Kind während der Schwangerschaft hinzuweisen. Auch sollten Brutkästen für Frühgeburten auf allen Säuglingsstationen zu finden sein.

Erfreulich sind die Ergebnisse der Kinderlähmungsimpfaktion. Man sollte mehr Werbung dafür machen.

GR. Dr. Schmidt spricht dann über das Ärzteproblem und macht für den Ärztemangel und die daraus sich ergebende Überbeanspruchung die schlechte Bezahlung verantwortlich. Ebenso drückend ist der Schwesternmangel, aber auch hier wird sich nichts ändern, solange die Schwestern nicht besser eingestuft werden, oder ihre Arbeitslast verringert wird. Der Redner begrüßt jedoch die Errichtung der Vorschule für soziale Frauenberufe, ebenso wie die Einrichtung der externistischen Pflegeschule.

Den "Rettungskrieg" bezeichnet er als eine beschämende Angelegenheit für Wien. Es wäre hoch an der Zeit hier eine Lösung zu finden. Diese Lösung sollte darin bestehen, die vorhandenen Einrichtungen zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit zu bringen.

Abschließend erklärt Dr. Schmidt im Namen seiner Fraktion, das Gesundheitswesen in Wien sei heute noch derart problematisch, daß diesem Kapitel leider die Zustimmung nicht gegeben werden könne.

./.

Als nächster Debatteredner zum Kapitel Gesundheitswesen spricht GR. Prim.Dr. Eberle (ÖVP). Er beantwortet einleitend zwei Anfragen seines Vorredners, und zwar über die Spitalsambulatorien und über die geringe Ausnützung des Unfallkrankenhauses Meidling. Zur ersten Frage stellt er fest, daß die Spitalsambulanzen unter anderem auch wegen dem Ärztemangel nicht voll ausgenützt werden können. Ein anderes Hindernis hiefür sind auch die ASVG-Bestimmungen. Der Redner erinnert dann daran, daß er sich gegen den Bau des Unfallkrankenhauses ausgesprochen hat und die Errichtung einer solchen Anstalt in einem Gebiet am Stadtrand, wo es keine Spitäler gibt, befürwortete. Er beschäftigt sich im Verlauf seiner weiteren Ausführungen mit der Bettennot sowie mit dem Ärzte- und Schwesternmangel in den Wiener Spitälern und verlangt, man möge diese gordischen Knoten ohne Leidenschaft behandeln. Er benützt zugleich die Gelegenheit,um dem ehemaligen Amtsführenden Stadtrat für das Gesundheitswesen.Weinberger im Namen der Wiener Ärzteschaft seinen Dank auszusprechen. Seit dem Krieg ist eine lange Zeit vergangen, sagte er, und leider oder Gott sei Dank haben wir vieles vergessen. 1945 schien uns das Aufbauprogramm in unserem Gesundheitswesen schier aussichtslos. Weinberger hat aber aus einem Nichts sehr vieles gemacht, was wir anerkennen müssen. So ist es ihm vor allem gelungen zu verhindern, daß namhafte Wiener Arzte ins Ausland gingen. Das Ressort Gesundheitswesen ist sicherlich ein sehr schwer zu leitendes Amt und erfordert umfassendes Wissen. Der Redner weist dann entschieden die Angriffe eines Teiles der Presse auf die Person des ehemaligen Gesundheitsreferenten ab.

GR. Prim.Dr. Eberle stellt dann fest, daß die Verhandlungen bei der Einstellung neuer Ärzte in den Wiener Spitälern, vor allem der Anästhesisten von Erfolg begleitet waren. Er bedauert, daß erst vor kurzem eine Wiener Narkoseärztin sehr hart verurteilt wurde und meint, man müßte auch die Ingenieure bei einem Versagen der Narkoseapparate verantwortlich machen. Zur Frage des Ärztemangels stellt er fest, daß in Österreich auf 501 Einwohner ein Arzt entfällt. Das ist das günstigste Verhältnis überhaupt. Er meint, man könne von keinem Ärztemangel sprechen, sondern von einer schlechten Verteilung der

./.

Ärzte. In Wien habe man erst sehr spät erkannt, daß es von Vorteil ist, die Spitalsärzte vertraglich länger ans Krankenhaus zu binden. Man tat dies erst, als die Ärztenot sich bemerkbar machte.

Er beschäftigt sich dann mit der Tätigkeit der Rettungsärzte und verweist auf die Schwierigkeit ihrer Berufsausübung. Er begrüßt in diesem Zusammenhang, daß sich die österreichische Presse um die Gesundheit der Bevölkerung sehr annimmt. Er richtet aber zugleich an die Presse den Appell, sie möge sich immer nur an die Wahrheit halten und sich häufiger bei den zuständigen Stellen richtig informieren lassen. Er bittet, sie möge auch den Ärzten eine gute Presse sein. (Beifall ÖVP). Er will dabei nicht verschweigen, daß auch Ärzten Fehler unterlaufen können und bittet zu beachten, daß auch sie nur Menschen sind.

Zum Schulärztlichen Dienst erklärt er, daß die Schulärzte heute noch nicht das leisten können, was im Interesse der Kinder, der Eltern und der Schule notwendig wäre. Er glaubt, daß zur Erfüllung dieser Aufgaben dem Schulärztlichen Dienst etwa 100 Millionen Schilling fehlen. Er stellt den Antrag, man möge die Beschäftigungszeit der Schulärzte von zwei auf drei Stunden wöchentlich erhöhen.

Der Redner kommt dann auf die Krankenpflegerinnen zu sprechen, deren Angelegenheiten er als ein komplexes Problem bezeichnet, daß ohne Zweifel auch sehr stark mit der heutigen Hochkonjunktur zusammenhängt. Er sei der Auffassung, daß Wien, so wie alle anderen westeuropäischen Städte diese Frage von der materiellen Seite her anschneiden müßte. Trotz Zulagen zum Gehalt seien unsere Krankenpflegerinnen noch immer schlecht bezahlt. Er bringt seinen vor einem Jahr im Gemeinderat vorgebrachten Antrag in Erinnerung, man möge die Schwestern als Maturantinnen einstufen und ein eigenes Gehaltsschema für Heilberufe schaffen. Im Zusammenhang weist er auch darauf hin, daß die Schwestern durch die Heranziehung zu Nebenarbeiten sehr belastet werden und ist der Meinung, man müßte mehr Bedienungspersonal in den Spitälern einstellen. Er begrüßt die Heranziehung der Stationshilfen, meint aber, daß diese noch lange keine Bedienerinnen sind. Was die Unterkunftsmöglichkeiten für Krankenpflegerinnen betrifft, erklärt der Redner, daß sie immer noch nicht ausreichend sind, anerkennt aber, daß von der Gemeinde Wien auf diesem Gebiet schon sehr viel gemacht worden ist.

Als völlig ungelöst dagegen bezeichnet er die Urlaubsfrage der Krankenpflegerinnen. Wenn eine Schwester auf Urlaub geht, sagt er, müssen die übriggebliebenen Krankenschwestern die Arbeit der Urlauberin übernehmen. Er begrüßt die neue Krankenpflegeschule für Erwachsene im Franz Josef-Spital, obwohl, wie er sagt, die Ärzte auch hier einige Bedenken anzumelden hätten. Abschließend zur Schwesternfrage gibt er der Meinung Ausdruck, man sollte für die Krankenpflegerinnen gewisse Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Er glaube, es wäre ohne weiters möglich, die Schwestern bei gewissen Operationen als Assistentinnen mitwirken zu lassen und damit ihr Einkommen zu verbessern.

Dr. Eberle kommt sodann auf die 45-Stunden-Woche zu sprechen. So sehr sie für den einzelnen Bediensteten zu begrüßen ist, mache sie den Krankenanstalten viel zu schaffen. Der Redner ersucht auch, jährlich für jede Krankenanstalt einen bestimmten Betrag für die Modernisierung und Ausgestaltung zur Verfügung zu stellen. Es werden in den Spitälern auch mehr Schreibkräfte und mehr technische Assistentinnen gebraucht. Zu erwägen wäre, ähnlich wie es bei den Flugzeugen und teils bei der Bahn die Stewardessen sind, für die Krankenanstalten Menschen einzusetzen, die sich um die Patienten kümmern. Die Bettennot sei nicht nur auf die Überalterung unserer Bevölkerung zurückzuführen, sondern auch darauf, daß Mann und Frau arbeiten und niemand Zeit hat, zu Hause einen Patienten zu betreuen. Im Spital stehen auch jederzeit ein Arzt, Pflegepersonal und die nötigen Medikamente zur Verfügung. Auf dem Gebiete der Schaffung von Alterskrankenhäusern, bezw. Alterskrankheitenabteilungen komme man nur langsam vorwärts. In Speising wäre jetzt ein Haus zu erwerben, das sich für diesen Zweck eignen würde. Wichtig wäre es, nicht nur Ärzte für Kinderkrankheiten, sondern auch Fachärzte für Alterskrankheiten zu haben. Zum geplanten Neubau des Allgemeinen Krankenhauses ist zu hoffen, daß man hier bald zu einer Einigung kommt, damit der Bau endlich in Angriff genommen werden kann. Man müsse unbedingt darauf achten, daß in diesem Spital keine großen Säle für die Patienten gebaut werden (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Der Redner kommt dann auf die Gesundenuntersuchung zu sprechen, deren Ausbau für die Gesundheit unserer Bevölkerung von großem Wert wäre. Ausgebaut müssen auch die Schwangeren-Beratungsstellen werden. Wenn sich jede schwangere Frau rechtzeitig und gründlich untersuchen läßt, sei damit eine Gewähr für eine gesunde Geburt und damit für eine geringere Säuglingssterblichkeit gegeben. Der Redner stellt den Antrag, daß sofort in allen Mutterberatungsstellen der Gemeinde Wien auch eine Schwangeren-Beratungsstelle eingerichtet wird. Großes Augenmerk müsse auch der Behandlung der Rheumaerkrankungen zugewendet werden. Die Krankheit verursacht viele tausend Stunden an Arbeitsausfall und macht die Menschen gebrechlich. Die Mütter wären noch mehr aufzuklären, wie wichtig es ist, wenn sie ihre Säuglinge rechtzeitig in ihrer Mutterberatungsstelle oder bei einem Arzt untersuchen lassen. Besonderes Augenmerk müsse auch der Bekämpfung des Alkoholismus, vor allem bei Jugendlichen, zugewendet werden. Von der Errichtung einer Trinkerheilstätte habe man leider nichts mehr gehört. Kümmern müsse man sich auch um die sogenannten Bluter. Vielleicht könnte man diese Menschen unter die Gruppe der Körperbehinderten einreihen. Der Frage des Lärmes, des Staubes und der Abgase müsse man Bedeutung beimessen. Der Redner ersucht Bürgermeister Jonas, den Sozialminister dazu zu veranlassen, das dringend notwendige Gesetz über die Lärm- und Abgasebekämpfung dem Parlament baldigst vorzulegen.

GR. Dr. Eberle stellt sodann den Antrag, das von der Gemeinde Wien erworbene fahrbare Röntgengerät für Reihenuntersuchungen in Großbetrieben einzusetzen. Es wäre schade, ein so teures und wertvolles Gerät nicht genügend auszunützen. An Stadtrat Bauer richtet er die Anfrage, ob er mitteilen kann, wie es mit dem Ausschenken der Schulmilch bestellt ist. Von Seiten der Eltern kamen in letzter Zeit Klagen, daß die Kinder nach dem Genuß der Schulmilch Verdauungsstörungen bekommen. Vielleicht wäre es möglich, zur Schulmilch ein Stück Brot oder Gebäck dazuzugeben. Eine weitere Bitte auf dem Schulsektor wäre eine Überprüfung der Turnsäle. Sie sollen sehr zugig und schlecht geheizt sein. Es käme dadurch zu Verkühlungen der Kinder.

Der Redner kommt sodann auf die Wichtigkeit der Impfungen, besonders der Kinderlähmungsimpfungen zu sprechen. ./.

Es müsse alles darangesetzt werden, über die gefährdetsten Altersgrenzen hinaus alle Kinder und Erwachsenen zu impfen. Die Eltern müßten auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß sich ein wirklicher Impfschutz erst nach der dritten Impfung einstellt. Für die anfallskranken Kinder ersucht der Redner ein der Gemeinde Wien gehörendes Haus, das verkauft werden soll, einzurichten. Es gebe wohl eine Abteilung für anfallskranke Kinder, doch können in ihr nicht alle Kinder untergebracht werden.

Abschließend stellt GR. Dr. Eberle fest, daß seine Fraktion den Ansätzen die Zustimmung geben werde.

GR. Stefanie Peschl (SPÖ) stellt fest, daß sie alle Vorschläge, die auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gemacht werden, freudig begrüße, dienen sie doch dem Wohl der Wiener Bevölkerung. Auf dem Sektor der Lehrlingsheime könne man sagen, daß sie vorbildlich ausgebaut und modernisiert wurden. Auch in der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof und in Ybbs wurden umfangreiche Erneuerungen durchgeführt. Der Wiederaufbau ist fast abgeschlossen, am Ausbau wird jedoch weitergearbeitet. Das Problem der Altersheime bedürfe sicherlich noch einer Lösung. Während früher in den Altersheimen von 100 Aufgenommenen 84 gesund waren, sind heute von 100 Aufgenommenen 84 bis 86 krank. Das Altersheim ist heute in seiner Funktion eigentlich ein Altersspital und dadurch entstanden verschiedene Engpässe. Die Stadtverwaltung sei jedoch ständig um eine Lösung bemüht. Viel geleistet wurde auf dem Gebiete der Fondskrankenanstalten. Es handelte sich hier um alte Spitäler, die vielfach noch dazu im Krieg zerstört oder beschädigt wurden. Für den Wiederaufbau der städtischen Spitäler und der sogenannten Fondskrankenanstalten wurden von 1946 bis Ende 1958 348,3 Millionen Schilling aufgewendet, für Inventaranschaffungen 271,8 Millionen Schilling. Zum viel diskutierten Spitalsbettenmangel ist zu sagen, daß es gewisse Spitzenzeiten gibt, in denen die Not an Spitalsbetten besonders groß ist. Im Winter sind die Menschen viel anfälliger und besuchen mehr die Krankenhäuser.

./.

Außerdem gibt es etliche Patienten, die in den Spitälern während des Winters sogenannte Stammkundschaften sind. Am Spitzenbedarf während der Hochsommermonate sind die vielen Verkehrsunfälle schuld und der Umstand, daß einzelne Abteilungen während der Sommermonate renoviert werden müssen. Zu all diesen Dingen kommt noch, daß auf 100 Wiener 17 Nichtwiener in den Spitälern liegen. Das soll lediglich eine Feststellung, keine Kritik sein. Die Stadt Wien sei stolz, daß ihre Spitäler einen so guten Ruf besitzen. Auf die Bettennot wirke sich jedoch der Belag durch Nichtwiener ebenfalls aus. Die Rednerin bezeichnet es daher als besonders erfreulich, daß heuer der Grundstein zum Erweiterungsbau des Wilhelminenspitales gelegt werden konnte.

Sie kommt sodann auf den Bau des Allgemeinen Krankenhauses zu sprechen. Bereits im Jahre 1954 wurden darüber die ersten Verhandlungen geführt. Man kam auch verhältnismäßig bald zu einer finanziellen Einigung. Es sei umso bedauerlicher, daß sich nun die Ärzte nicht einigen können. Das Raumprogramm wurde einer Korrektur unterzogen und soll bis zum 15. Jänner 1960 unterbreitet werden. Es ist also zu hoffen, daß mit dem Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses bald begonnen werden kann.

GR. Stefanie Peschl wandte sich gegen den FPÖ-Debatteredner, der, wie sie sagt, viel zu neu in diesem Haus ist, als daß er so überheblich reden dürfte.

Der Pflegerinnenmangel sei kein Wiener Problem, sondern herrsche in ganz Europa. Wir müssen daher viele Wege gehen, um dieses Problem zu lösen. Die Rednerin wehrt sich in diesem Zusammenhang dagegen, daß die Pflegerinnen der Altersheime im Wahlprogramm der ÖVP diffamiert werden.

Was die Angleichung des Kostgeldes in den Altersheimen betrifft, so wird in der nächsten Sitzung des Wiener Gemeinderates ein diesbezüglicher Antrag vorgelegt werden.

Abschließend erklärt die Sprecherin der Sozialisten, daß ihre Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe V zustimmen werde. (Beifall bei der SPÖ).

In seinem Schlußwort dankt Stadtrat Dr. Glück allen Debatterednern für ihre Stellungnahmen und ihre Anregungen.

./.

Er freue sich besonders, daß GR. Dr. Eberle seine Anregungen, die er in seinem Referat gegeben hat, positiv beurteile.

Zu den Ausführungen von GR. Maller sagt der Referent, daß es auf dem Gebiet des Gesundheitswesens immer Probleme geben werde, weil sich auch die moderne Wissenschaft immer weiterentwickelt. Die Verwechslung der Narkosegase im Franz Josef-Spital war ein sehr bedauerlicher Zwischenfall. Aber Irrtümer und Fehler werden sich immer ereignen. Unser Bestreben kann es nur sein, diese Fehler auf das mögliche Minimum einzuschränken.

Über den "Rettungskrieg" sagt der Referent, daß sich beim Roten Kreuz in der nächsten Zeit organisatorische Änderungen anbahnen, die eine wesentliche Einschränkung, vielleicht sogar eine Stillegung der Tätigkeit des Roten Kreuzes auf Wiener Boden zur Folge haben können. Wir werden bestrebt sein, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, die "Touren" beim städtischen Rettungsdienst zu vermehren.

Die Anträge der Kommunisten sls auch die Anträge der ÖVP ersucht Stadtrat Dr. Glück den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zuzuweisen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 5. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die Anträge der KLS und der ÖVP werden einstimmig den zuständigen Ausschussen zur Behandlung zugewiesen. Die Anfrage der ÖVP wird, wie der Vorsitzende GR. Dr. Ing. Hengl mitteilt, dem Bürgermeister zur Beantwortung übermittelt werden.

\- - -

6. Hauptstück: Bauangelegenheiten

Hierauf beginnt Stadtrat Heller mit seinem Referat über die Ansätze der Geschäftsgruppe VI, Bauangelegenheiten. Er weist zu Beginn seiner Ausführungen auf die Schwierigkeiten hin, die durch die vorhandene konjunkturbedingte Anspannung auf dem Arbeitsmarkt entstanden sind. Die Konjunktur im Bauhaupt-, vor allem aber in den Baunebengewerben, hat ein Ausmaß erreicht, das nach seiner Ansicht eine übergeordnete Koordination zumindest der öffentlichen Bauträger unbedingt notwendig macht. Der Wunsch nach Anwerbung ausländischer Arbeiter kann dieses Problem nicht lösen, denn zu den in Österreich bezahlten Löhnen und unter den in Österreich vorhandenen sonstigen Bedingungen ist heute kein leistungsfähiger ausländischer Arbeiter in unser Land zu bringen. Die italienischen Bauarbeiter, die man früher sehr viel bei uns antraf, sind heute, sofern sie nicht im eigenen Lande beschäftigt werden, in der Schweiz und in Deutschland tätig und würden kaum dazu zu bewegen sein, ihre dortigen Stellungen aufzugeben und nach Österreich zu kommen.

Das Ablehnen jedweder übergeordneten Planung auf dem Gebiete der Bauwirtschaft hat uns viele Schwierigkeiten gebracht und auch viel Geld gekostet. Die Baukosten haben sich im Vergleich zum Jahre 1958 erhöht. Wenn dazu auch die Einführung der 45-Stunden-Woche beigetragen hat, für die die öffentlichen Auftraggeber im Februar dieses Jahres eine fünfprozentige Erhöhung der Baupreise anerkannt haben, so gehen jedoch die tatsächlichen Preiserhöhungen weit über diese fünf Prozent hinaus.

Die Gemeinde Wien ist daher nicht in der Lage, ungerechtfertigte Preiserhöhungen, die durch Preisabsprachen zustande kommen, widerspruchslos hinzunehmen.

./. .

Obwohl wir seit Jahren einen harten Kampf gegen ungesetzliche Kartellbildungen führen, mußten wir auch in diesem Jahre wieder Preisabsprachen feststellen, die uns zu Gegenmaßnahmen zwangen. So hat zum Beispiel der Einbau von Badewannen in unsere Gemeindewohnungen und die damit zusammenhängende kontinuierliche Bestellung von einigen Tausend Badewannen jährlich nicht, wie man annehmen sollte, zu einer Herabsetzung der Preise, sondern eher zu einer Steigerung geführt und erst die Bestellung von zweihundert Badewannen im Ausland hat auf diesem Sektor wieder normale Verhältnisse geschaffen. Ähnlich erging es uns auch bei den Aufzügen. Auch hier wurde versucht, das vorhandene Monopol einiger Firmen geradezu schamlos auszunützen. Der Referent erklärt, daß wir nicht ruhen werden, bevor nicht auch auf diesem Gebiete Ordnung geschaffen ist.

Zur Ehre der übergroßen Zahl unserer Wiener Gewerbe- und Industrieunternehmungen muß aber gesagt werden, erklärt er, daß wir die besten Erfahrungen mit den Wiener Wirtschaftstreibenden gemacht haben, die sich immer wieder bemühen, für die Stadt gute Leistungen zu angemessenen Preisen zu erbringen.

Anläßlich meiner vorjährigen Budgetrede habe ich eine Reihe neuer Wege angekündigt, die zu gehen wir im vergangenen Jahre natürlich auch versucht haben. Zum Teil waren diese Wege von Erfolg begleitet, zum Teil hat uns die überhitzte Konjunkturlage einen Strich durch die Rechnung gemacht. Zum unternommenen Versuch, Wohnhausbauten durch Generalunternehmer aufführen zu lassen, sagt er, daß er leider vorläufig zurückgestellt werden mußte. Zu einem Bauvorhaben, das wir von einem Generalunternehmer ausführen lassen wollten, haben von sieben eingeladenen Wiener Großbaufirmen nur zwei ein Anbot gelegt. Die beiden Firmen haben sich zweifellos bemüht, und ich gebe ohne weiteres zu, daß ihre Anbote schärfstens kalkuliert waren. Trotzdem lagen ihre Preise 12 bis 15 Prozent über den Preisen, zu denen das Stadtbauamt derzeit Wohnungen errichtet.

Dagegen waren die Bestrebungen, die Bauzeiten im Hochbau zu verkürzen, erfolgreich. Die Durchschnittsbaudauer bei unseren Wohnhausbauten konnte um rund zwei Monate herabgesetzt werden.

./.

Gewaltige Schwierigkeiten bereitet nach wie vor die Baulandbeschaffung, vor allem das Freimachen der zur Verbauung bestimmten Liegenschaften. Da das von allen Einsichtigen geforderte Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz noch immer nicht zur Verfügung steht, treibt die Bodenspekulation nach wie vor ungeahnte Blüten. Wenn die Stadtverwaltung in ein bestimmtes Gebiet der Stadt eine Straße legen, einen Kanal oder irgendeine Versorgungsleitung herstellt, steigen automatisch an der gesamten Aufschließungsstrecke die Grundpreise und die Bevölkerung, mit deren Geldern diese Aufschließungsarbeiten durchgeführt werden, hat nunmehr für diese ihre Leistung auch noch höhere Grundpreise zu bezahlen. Mit diesen unhaltbaren Zuständen muß endlich Schluß gemacht werden.

Wir können auch auf die Dauer nicht Millionenbeträge für die Freimachung von Liegenschaften ausgeben. Im Jahre 1959 haben wir für 141 Freimachungsfälle 13.4 Millionen Schilling aufwenden müssen und derzeit werden in der Stadtbaudirektion noch 90 solcher Freimachungsfälle bearbeitet.

Unserem Verlangen nach endlicher Verabschiedung eines Baulandbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes wird entgegengehalten, es gäbe ohnedies gesetzliche Möglichkeiten zur Beschaffung von Bauland. Wir sind aber der Auffassung, erklärt Stadtrat Heller, daß 14 Jahre nach Kriegsschluß reichsrechtliche Bestimmungen für die Lösung derart wichtiger Fragen nicht verwendet werden sollten.

Auch das Assanierungsgesetz aus dem Jahre 1929 ist weitgehend überholt. Es geht jetzt nichst mehr darum, einzelne Baulücken, Baumasken, Ergänzungsflächen oder fehlende Straßenflächen bei mangelndem Verkaufswillen zu enteignen, sondern ganz allgemein darum, die Bauwilligen in die Lage zu versetzen, unbebaute Grundstücke, die baureif sind oder baureif gemacht werden können, auch gegen den Willen der Grundeigentümer gegen Entschädigung zu erwerben.

Dabei denkt niemand an eine Enteignung im wahrsten Sinne des Wortes. Der Grundeigentümer wird ja voll entschädigt, sei es durch Naturalleistungen oder mit Geld. Es wäre daher viel zweckmäßiger, nicht von Enteignung, sonder vielleicht von

Vermögensumwandlung zu sprechen.

Er kommt dann zum eigentlichen Voranschlagsentwurf für die Verwaltungsgruppe VI. Er sieht Ausgaben in der Höhe von 1.000,219.400 Schilling vor, denen Einnahmen in der Höhe von 133,095.400 Schilling gegenüberstehen. Die Ausgaben sind gegenüber dem Jahre 1959 um rund 115 Millionen Schilling gestiegen, das sind 12,8 Prozent.

Für die Erstellung des städtebaulichen Grundkonzeptes, für die den Stadtplaner ein Zeitraum von drei Jahren eingeräumt wurde, sind natürlich umfangreiche Vorarbeiten erforderlich, an denen mit aller Energie gearbeitet wird. Die große Linie der baulichen Entwicklung beginnt sich in ihren generellen Grundzügen bereits abzuzeichnen.

Auch die räumlichen Entwicklungstendenzen gehen in das Gebiet links der Donau und in die südlichen und südöstlichen Gegenden der Stadt. Hier Klarheit in den grundsätzlichen Fragen der Planung schaffen, war eine der wichtigsten Aufgaben des Jahres 1959.

Als eine der Voraussetzungen für die Neuordnung des Stadtraumes bezeichnet er ein gut funktionierendes Verkehrssystem. Der in Arbeit befindliche Generalverkehrsplan soll dieses umfassende Konzept für die Straßenführungen und den Ausbau unserer öffentlichen Verkehrsmittel vorbereiten. Er bemerkt hiezu, daß viele unserer Bauvorhaben des letzten Jahres bereits Teile dieses Generalverkehrsplanes sind. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die immer dringender notwendig werdende Verlegung des Naschmarktes, mit der sich die zuständigen Planungsstellen sehr beschäftigen. Es ist daran gedacht, Detailmärkte auf möglichst viele Stellen der Stadt aufzuteilen, den Großmarktbetrieb aber mit allen seinen Funktionen in das Gebiet von St.Marx zu verlegen. Die Vorarbeiten stehen bereits vor dem Abschluß.

Unter den vielen Assanierungsgebieten unserer Stadt nimmt der historisch wertvolle Teil des 1.Bezirkes naturgemäß eine ganz besondere Stellung ein.

Hier überschneiden sich die privaten Interessen des einzelnen Eigentümers vielfach mit den Interessen an der Erhaltung des historischen Stadtzentrums und es ist nicht zu leugnen, daß die Ansichten im Einzelfall oft sehr geteilt sind. Er erklärt, daß das Stadtbauamt keinesfalls für eine rücksichtslose Demolierung des historisch und baukünstlerisch wertvollen Baubestandes eintritt, sondern dessen Erhaltung für notwendig und richtig hält. Wenn aber der Bund mit dem Denkmalschutzgesetz alle erhaltungswürdigen Gebäude, die im öffentlichen Eigentum stehen, kraft Gesetzes unter Denkmalschutz stellt, meint der Referent, wird er sich auch dazu bequemen müssen, zu den Instandsetzungs- und Erhaltungskosten Beiträge zu leisten. Es ist zu wenig, den Abbruch eines Bauwerkes aus Gründen des Denkmalschutzes zu verbieten, ohne gleichzeitig die Mittel bereitzustellen, die über den Aufwand hinausgehen, der dem Hauseigentümer und den Mietern wirtschaftlich zumutbar ist. Er glaube auch, daß zur Erhaltung unserer Altstadt unter anderem auch eine Novellierung des auch in anderer Hinsicht verbesserungsbedürftigen Denkmalschutzgesetzes aus dem Jahre 1923 notwendig ist.

Neben diesem Spezialgebiet der Sanierung der Wiener Altstadt werden uns auch weiterhin die Assanierungsaufgaben in vielen Gebieten der Stadt beschäftigen. Denn niemand, der die Assanierungsgebiete von Wien besichtigt, kann sich der Erkenntnis verschließen, daß nur großzügige Lösungen in diesen Gebieten zielführend sind. Wir werden nicht davor zurückschrecken dürfen, zur Lösung dieser Fragen auch neue Wege zu beschreiten. Die bisherigen Lösungen sind gut, sie haben uns aber auch viel, sehr viel Geld gekostet. Er ist der Auffassung, daß es dabei der Mitarbeit weit größerer Kreise als bisher bedarf. Nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch die gemeinnützige Wohnungswirtschaft und die Privaten werden sich an der Assanierung beteiligen müssen.

Auch im abgelaufenen Verwaltungsjahr hat die Stadtverwaltung wieder einen großen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot geleistet. Bis zum Jahresende wird das Stadtbauamt rund 4.500 Wohnungen fertiggestellt haben.

./.

Zu Beginn des Jahres 1959 hatten wir 8.500 Wohnungen im Bau und es ist uns gelungen, diesen Überhang auf ungefähr 7.300 Wohnungen herabzudrücken, mit dem wir nunmehr in das neue Jahr hinübergehen. Im Wohnbauprogramm 1959 wurde erstmalig der Versuch unternommen, von der bisher üblichen Bauweise abzugehen und einige Objekte in der Querwandbauweise auszuführen. Diese Bauweise erleichtert nämlich eine reichlichere Fassadengliederung, man kann durchgehende Loggienbänder anbringen und die Fensterflächen erstrecken sich vielfach über die ganze Raumbreite. Auch die Dachform haben wir etwas flacher gemacht. In der Farbgebung der Häuser ist ebenfalls eine gewisse Beruhigung eingetreten.

Die Wohnungsgrößen konnten im Jahre 1959 abermals hinaufgesetzt werden. Im normalen Wohnbauprogramm erreichen wir nunmehr eine Durchschnittswohnungsgröße von 55 Quadratmetern, im Wohnbauförderungsprogramm erhöht sich diese Durchschnitsgröße sogar auf 62 Quadratmeter. Es werden nunmehr Wohnungen bis zu einer Größe von 94 Quadratmeter gebaut.

Die einzelnen Wohnungstypen haben große Wohnräume, in den Wohnungen sind wieder Abstellräume vorgesehen, das Badezimmer hat eine direkte Belüftung und durch die Verbreiterung des Vorraumes wird die Unterbringung von Garderobeschränken ermöglicht. 92 freischaffende Architekten und zwei Mitarbeiter unserer eigenen Architekturabteilung waren im abgelaufenen Jahre mit der Planung unserer Wohnhausanlagen beschäftigt.

Nach dem zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Jahres 1959 wurde im Rahmen des kommunalen sozialen Wohnbauprogrammes mit dem Bau von 64.773 Wohnungen begonnen, 57.440 davon sind bereits fertiggestellt und 7.333 befinden sich in Bau. Sie wurden ausschließlich aus Gemeindemitteln errichtet. Die Stadtverwaltung verzichtet für ihre eigenen Bauvorhaben seit Jahren zugunsten der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen in Wien auf eine Finanzierungshilfe aus dem Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds.

... Mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wurden einige kriegszerstörte Objekte mit insgesamt 512 Wohnungen wiederhergestellt, 390 Wohnungen davon sind allerdings noch in Bau.

./.

Derzeit liegen für ganz Österreich noch immer 1.386 Ansuchen mit einer Darlehenssumme von 4,778.000 Schilling im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau auf. Davon entfallen allein auf Wien 373 Ansuchen mit rund 2,9 Milliarden Schilling.

Im Rahmen der Wohnbauförderung nach dem Bundesgesetz vom Jahre 1954 haben wir im abgelaufenen Jahre 770 Wohnungen gebaut, 400 davon sind derzeit noch in Bau.

Die Neue Wiener Wohnbauaktion hat in einer verhältnismäßig kurzen Zeit bereits den Bau von 1.805 Wohnungen gefördert.

Wir werden auch weiterhin alle Fragen des zeitgemäßen Wohnens unsere größte Aufmerksamkeit zuwenden. Alle neuen Baustoffe und Bauteile, die uns angeboten werden, werden beurteilt und, wenn sie Erfolg versprechen, auch ausprobiert.

Die Gemeinde Wien hat schon seit langem im sozialen Wohnungsbau die industrielle Vorfertigung zahlreicher kleinerer Elemente mit bestem Erfolg durchgeführt. Sie verfolgt seit Jahren die Entwicklung der Vollmontagebauweisen im Ausland mit größter Aufmerksamkeit, um sich für den Fall der Einführung anderswo gemachte Erfahrung zunutze zu machen.

Im Voranschlag für den Wohnhausbau im nächsten Jahre sind 530 Millionen Schilling vorgesehen. Wir haben die Absicht, wieder rund 4.500 Wohnungen selbst zu bauen. Zu den in Aussicht genommenen Bauvorhaben gehören unter anderem die Fortsetzung der Assanierung in Erdberg und Alt-Ottakring. Aus Wirtschaftlichkeitserwägungen haben wir auch versucht, im Wohnbauprogramm 1960 in erster Linie größere Flächen zur Verbauung heranzuziehen, so die Altmannsdorfer Straße in Inzersdorf.

Als weiteren Fortschritt haben wir in diesem Jahre einige Wohnhausanlagen mit Zentralheizungen ausgestattet, so zum Beispiel die große Wohnhausanlage auf dem Gelände des ehemaligen städtischen Reservegartens, die Wohnhausanlage am Eisenstadtplatz, die Wohnhäuser im Assanierungsgebiet von Alt-Ottakring, die Wohnhausanlage Klosterneuburger Straße-Adalbert Stifter-Straße in der Brigittenau, das Hochhaus am Machplatz, und die drei 13geschossigen Sternhäuser in der Schüttaustraße.

./.

Unsere Winterbaumaßnahmen im Winter 1958/59 - sieben Winterbauhallen und eine Unmenge von Thermoblocgeräten - haben es ermöglicht, die Arbeiteranzahl auf städtische Wohnbauten auf 95 Prozent der während der übrigen Jahreszeit durchschnittlich Beschäftigten zu erhalten. Auch für die Winterperiode 1959/60 ist die Durchführung eines Winterbauprogrammes vorbereitet. Es werden rund 80 Thermoblocs und zehn Winterbauhallen eingesetzt werden.

Im kommenden Jahre werden noch mehr als bisher auch Heimstätten für alte Menschen errichtet. Unsere bisher errichteten Heimstätten haben in der ganzen Welt Anerkennung gefunden und werden fast überall in Europa nachgeahmt.

Der Redner bedauert, daß wir auch in diesem Jahre mit dem Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses nicht beginnen konnten. Er beschäftigt sich dann ausführlich mit dem Verlauf der Planungsarbeiten. Die endgültige Entscheidung über das Programm und den durchzuführenden Architekturwettbewerb obliegt sodann dem Spitzenausschuß, der voraussichtlich Mitte Jänner wieder zusammentreten wird. Die Bauleitung hat bereits eine Reihe wichtiger Vorarbeiten geleistet. So wurden alle Pläne für den Architekturwettbewerb vorbereitet, Bodenuntersuchungen wurden angestellt und Modellaufnahmen und Luftbilder hergestellt. Er unterstreicht das große Interesse der Stadtverwaltung an der raschen Durchführung dieser Arbeiten. Das Stadtbauamt wird sich im kommenden Jahr neben den Vorbereitungsarbeiten für das neue Allgemeine Krankenhaus vor allem mit dem Krankenhausneubau auf dem Gelände des Wilhelminenspitales und mit Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten in den bestehenden Krankenhäusern zu beschäftigen haben.

Verkehrsbauten: Das tägliche Ansteigen der Kraftfahrzeuge - in Wien sind bereits 116.963 PKW, 25.710 LKW und 86.429 Krafträder und Mopeds im Verkehr - stellt gemeinsam mit der Änderung der Verkehrsstruktur unserer Stadt die Stadtverwaltung vor besonders schwierige Aufgaben. Für das Jahr 1960 sind 183 Millionen Schilling für den Straßenbau vorgesehen, das sind um 41 Millionen Schilling oder 28.8 Prozent mehr als im Jahre 1959.

./.

Der Generalverkehrsplan sieht vor, besonders an den Brennpunkten des Straßenverkehrs Lösungen auf lange Sicht durchzuführen. So wurde im Jahre 1959 das Verkehrsbauwerk am Südtiroler-Platz fertiggestellt. Desgleichen wurde die wichtige Kreuzung Gürtel - AlserStraße - Jörgerstraße und Hernalser Hauptstraße - Wattgasse verbessert, mit dem Umbau der Kreuzung Gürtel - JosefstädterStraße - Uhlplatz wurde begonnen. Der Gürtel entwickelt sich immer mehr zu einer wichtigen Ringschnellverbindung für die radialen Verkehrsströme. In diesem Jahr konnten auch die langjährigen, schwierigen Verhandlungen über den Erwerb und die Freimachung jener Liegenschaften abgeschlossen werden, die zur Verbindung des inneren Gürtels im Abschnitt zwischen Gumpendorfer Straße - Hollardgasse benötigt werden. Mit dem Beginn der Straßenbauarbeiten kann nach der Errichtung von Ersatzobjekten und der Abtragung der alten dort befindlichen Baulichkeiten, voraussichtlich im Jahre 1961, gerechnet werden. Für den Abschnitt des Gürtels zwischen Eichenstraße und Südtiroler-Platz, mit der Herstellung der zweiten Ausbaustufe des Matzleinsdorfer Platzes, liegen bereits Entwürfe vor, die noch mit dem Projekt der Schnellbahn und mit dem Umbau der Südbahnbrücke über die Triester Straße abgestimmt werden müssen. Damit wäre der Gürtel von Döbling bis Simmering voll ausgebaut. Für die Verlängerung des Gürtels nach Norden wurde die generelle Planung der großen Brückenverbindung zwischen Lichtenwerderplatz und Adalbert Stifter-Straße über das Gelände der Franz Josefs-Bahn und den Donaukanal ausgearbeitet. Der Ausbau des Flötzersteiges, als wichtigen Zubringer zur Westeinfahrt der Autobahn und seine zügige Einbindung in eine leistungsfähige Straße zum Gürtel ist in Vorbereitung.

Damit ist aber bereits ein Problem angeschnitten, das einer dringlichen Lösung bedarf. Beim geplanten Schnellstraßennetz in Wien handelt es sich um ein System der radialen und tangentialen Verbindungen, der derzeit am Stadtrand endenden Bundesstraßen untereinander.

./.

Gemäß eines Bundesverfassungsgesetzes obliegt dem Bund die Obsorge der für den Durchzugsverkehr wichtigen Straßen. Es geht auf die Dauer nicht an, erklärt der Referent, daß von dem rund 1.800 Kilometer umfassenden Wiener Straßennetz nicht einmal 15 Kilometer Bundesstraßen sind, obwohl die Länge des Bundesstraßennetzes in Österreich 9.603 Kilometer beträgt. Die bisherige krasse Benachteiligung Wiens ist mit dem Grundprinzip der völligen Gleichstellung aller Bundesländer völlig unvereinbar.

Ein besonderes Kapitel im städtischen Verkehr bilden die niveaugleichen Kreuzungen zwischen Straße und Eisenbahn. Im Stadtbereich bestehen 112 schienengleiche und 200 schienenfreie Kreuzungen dieser Art. Heuer ist es gelungen, eine Reihe von Straßenübergängen im 12. und 13. Bezirk zu verbessern. Außerdem wurden die Engpässe der Altmannsdorfer Straße und der Hetzendorfer Straße unter der Südbahn umgebaut.

Im Jahre 1960 soll auch die Brücke über die Nordwestbahn im Zuge der Prager Straße saniert werden. Weitere unzählige Kreuzungssanierungen bringen bedeutende finanzielle Belastungen für die Stadt mit sich.

Der Referent bedauert, daß der Autobahnbau in Wien im abgelaufenen Jahre seitens des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau nicht jene Unterstützung gefunden, die wir als gleichberechtigtes Bundesland verlangen können und müssen. Hat es vorerst eines mehrjährigen Kampfes bedurft, um Wien eine direkte Westeinfahrt der Autobahn zu sichern, so glaubt man damit genug getan zu haben um auf den Ausbau der Autobahneinführungen in Wien verzichten zu können. Vor allem in der Frage der Finanzierung der Autobahneinführung im Westen hat sich die ablehnende Haltung des Bundes leider wesentlich versteift. Nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen ist der Bund nur bereit, die Westeinfahrt der Autobahn von der Stadtgrenze bis zum Auhof zu bezahlen, während für die Finanzierung der Weiterführung in das Stadtinnere keine Zusagen erreicht werden konnten.

./.

Das ist um so unverständlicher, erklärt Stadtrat Heller, weil ja jedermann weiß, daß das Verkehrsaufkommen in Wien bedeutend größer ist als auf den Überlandstrecken der Autobahn. Die ablehnende Haltung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau gegenüber Wien geht sogar so weit, daß mir der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau anläßlich der letzten Besprechung über den Autobahnbau allen Ernstes mitteilte, er könne eventuelle Autobahnbrücken in Wien nur zweispurig ausbauen. Wenn man bedenkt, daß die Autobahnbrücken in allen übrigen Bundesländern selbstverständlich in der vollen Breite gebaut werden, und wenn man weiß, was derartige Flaschenhälse für den Verkehr bedeuten, dann kann man diese Absicht des Bundes nur als Ungeheuerlichkeit bezeichnen und ich muß schon heute den gesamten Gemeinderat dazu aufrufen, uns die nötige Unterstützung bei den künftigen Verhandlungen über den Autobahnbau in Wien nicht zu versagen.

Sind es bei der Westeinfahrt in erster Linie finanzielle Differenzen, so bestehen bei der Südeinfahrt seit neuestem, obwohl der Bund unseren generellen Planungen auch für diese Strecke bereits im Oktober 1958 zugestimmt hat, auch Differenzen hinsichtlich der Trassenführung. Wir verlangen, erklärt der Stadtrat, daß die Autobahnführungen im Raume Wien einem Gesamtkonzept folgen und daß dieses Gesamtkonzept auf die Interessen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten Wiens Rücksicht nimmt. Die direkte Einführung der Autobahn in die Triester Straße, wie sie nunmehr auf Grund einer Intervention Niederösterreichs vom Handelsministerium vorgeschlagen wird, ist keine befriedigende Lösung. Ebenso ist ein Autobahnring außerhalb des Stadtgebietes abzulehnen.

Er kommt dann auf das Wiener Verkehrskonzept zu sprechen. Die bestehenden Stadtstraßen sollen nicht zusätzlich belastet werden, sie sollen im Gegenteil durch zusätzliche leistungsfähige Schnellstraßen ergänzt und entlastet werden. Aus einem Teil des Wiener Gesamtkonzepts ergibt sich im Süden die tangentielle Führung der Südautobahn, die durch Anschlüsse an die Triester Straße - Laxenburger Straße - Favoritenstraße - Laaer Berg-Straße - Simmeringer Hauptstraße - Kaiser-Ebersdorfer Straße und die geplante Donaukanal-Schnellstraße eine fächer-

./.

förmige Verteilung des Verkehrs ermöglichen soll.

Die Stadt Wien sieht in der Durchführung eines solchen Projektes keine Benachteiligung Niederösterreichs. Es erscheint im Gegenteil sehr wichtig, die Industriegebiete Floridsdorf, Donaustadt und Simmering direkt mit den Industrien des Steinfeldes zu verbinden. Ein direktor Straßenzug in diesem Sinne wird sowohl Niederösterreich wie Wien viel größere wirtschaftliche Vorteile bringen als eine Umfahrung Wiens durch das Marchfeld.

Die Planungsarbeiten für die Umgestaltung des Karlsplatzes sind im wesentlichen fertig; sie werden die Stadtplanungskommission in ihrer nächsten Sitzung bereits beschäftigen. Das Projekt der Ausgestaltung des Lastenstraßenzuges zu einer äußeren Ringstraße, durch welches auch die Karlsplatzregulierung berührt wird, mußte bekanntlich, da die Berechnungen der Verkehrsbetriebe und des von der Gruppe Stadtplanung für die Durchrechnung des Projektes eingesetzten Fachmannes nicht übereingestimmt haben, zur neuerlichen Durcharbeitung übergeben werden.

Wir haben uns im vergangenen Jahr auch intensiv mit den Fragen zur Verbesserung des Massenverkehrs beschäftigt. Die Vorschläge der Alweg-Corporation, die uns ihre Projekte kostenlos zur Verfügung gestellt hat, werden derzeit mit den Projekten der Stadtbahnverlängerung auf einen gemeinsamen, vergleichbaren Nenner gebracht, geprüft und bezüglich ihrer Vor- und Nachteile miteinander verglichen. Wenn die Ergebnisse dieser Untersuchungen vorliegen, wird auch über die Ausgestaltung dieses wichtigen Verbindungsweges eine Entscheidung getroffen werden können.

In einigen Bezirken wurden Hauptverkehrsstraßen ausgebaut und die Hafenzufahrtstraße mit einer Auffahrtrampe auf die Reichsbrücke fertiggestellt. Im nächsten Jahr wird auch eine Abfahrtrampe von der Reichsbrücke gebaut werden.

./.

Außer den Großbauvorhaben haben wir mehr als zwei Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und 294.000 Quadratmeter Gehsteige instandgesetzt und verbreitert, und 580.000 Quadratmeter Verkehrsflächen einer Oberflächenbehandlung unterzogen. 155.000 Quadratmeter Fahrbahndecken und 83.000 Quadratmeter Gehwege haben neue Teppichbeläge erhalten und mehr als 300.000 Quadratmeter Siedlungsstraßen wurden instandgesetzt.

Das Baujahr 1960 wird neben einer Reihe anderer großer Straßenbauarbeiten die Bereinigung der Verkehrsbrennpunkte der Operngasse und auf der Kreuzung am Schottentor bringen. Im Anschluß an diese Arbeiten, soll mit dem Umbau der Lastenstraße begonnen werden. Eine gleichzeitige Durchführung der Arbeiten auf beiden Straßenzügen wäre wegen der notwendigen Verkehrsumleitungen unmöglich. Momentan sind wir bestrebt, die Projekte zur Erleichterung der Parkraumnot ehestens einer Verwirklichung zuzuführen.

Mehr Strom, mehr Gas, mehr Wasser erfordern eine Verstärkung der Verteilerleitungen. Daher war es im vergangenen Jahr notwendig, die Stadt an rund 13.000 Stellen aufzugraben. Es wird uns immer wieder vorgeworfen, daß wir bei diesen Tiefbauarbeiten unwirtschaftlich vorgehen und ich möchte daher einmal ganz offen zu dieser Frage Stellung nehmen. Bereits vor Erstellung des Voranschlagsentwurfes für das kommende Jahr werden für die Durchführung von Straßenbauarbeiten Besprechungen mit allen Dienststellen abgehalten, die Arbeiten auf oder unter den Straßen durchzuführen haben. Bei diesen Einbauten-Besprechungen werden die örtliche und zeitliche Reihenfolge der Arbeiten festgelegt und in einem Bauterminplan zusammengefaßt. Es ist nun leider nicht möglich, die Erneuerung dieser Anlagen oder ihre Instandsetzung vor Herstellung der Straßenbeläge in einer gemeinsamen Aufgrabung durchzuführen, da erstens der für die Lagerung des Aushubs und der Baumaterialien benötigte Raum nur in beschränktem Ausmaß zur Verfügung steht, die einzelnen Dienststellen würden sich bei gleichzeitiger Arbeit gegenseitig behindern und außerdem unterliegt jede dieser Leistungen anderen Betriebsbedingungen.

./.

Ähnlich wie der Chirurg nicht in der Lage ist, im menschlichen Körper gleichzeitig schwere Operationen des Darmes, des Kopfes und des Herzens durchzuführen, so können die Operationen an den Versorgungsorganen des Stadtkörpers nur nacheinander vorgenommen werden.

Immer wieder wird der Vorschlag gemacht, die Arbeiten auf den Straßen sollen im Mehrschichtbetrieb durchgeführt werden. Die Geschäftswelt wünscht, daß bei Nacht gearbeitet wird, um in ihrem Betrieb nicht gestört zu werden. Die Bewohner in der Nachbarschaft der Baustellen wollen und können aber auf ihre Nachtruhe nicht verzichten. Außerdem liegen heute die Verhältnisse am Arbeitsmarkt so, daß die Besetzung einer zweiten Arbeitsschicht durch den Mangel an Arbeitskräften gar nicht möglich ist. Vergessen wir nicht, daß letzten Endes Nutznießer aller dieser Arbeiten wieder die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Geschäftswelt sind, die besser versorgt werden und mit besseren Arbeits- und Verkehrsbedingungen rechnen können. Wir alle bemühen uns sehr, die Belästigung der Bevölkerung durch den Straßenbau und allem, was damit zusammenhängt, möglichst einzuschränken.

Das Baujahr 1959 war sehr wesentlich durch die vielen Niederschläge der Sommermonate beeinflußt, die ihren Höhepunkt in den Unwettern des 12. August fanden. Die Verheerung, die diese Unwetter insbesondere an den Hängen des Wienerwaldes in Döbling und am Bisamberg verursacht haben, haben allein für die dringendsten Instandsetzungen einen Betrag von 6,5 Millionen Schilling erfordert. Einer Weisung des Herrn Bürgermeisters entsprechend, haben sich die zuständigen Abteilungen des Stadtbauamtes bemüht, der von den Unwettern betroffenen Bevölkerung möglichst rasch und auf unbürokratische Weise zu helfen. Daß dies in vollem Umfange gelungen ist, danken wir in erster Linie dem unermüdlichen Einsatz der Bediensteten der dafür verantwortlichen Magistratsabteilungen.

Auch unsere Brücken- und Wasserbauabteilung hat im vergangenen Jahr große Aufgaben erfüllt. Der Wiederaufbau der Stadionbrücke schreitet rasch vorwärts, ebenso der Neubau der Heiligenstädter Brücke. Die Vorarbeiten für die Wiederherstellung der Salztorbrücke sind soweit gediehen, daß im nächsten Jahr mit den Arbeiten selbst begonnen werden kann. ./.

Im Zusammenhang mit dem Schnellbahnbau wird die Stubenbrücke umgebaut und in Verlängerung der Landstraßer Brücke wird an dem erforderlichen Umbau der Markthallenbrücke gearbeitet. Über die in Arbeit befindliche Brücke im Zuge der Prager Straße soll bereits Mitte 1961 der Straßenverkehr geleitet werden können. Die Vorarbeiten für die Projektierung und Ausschreibung der dritten Donaubrücke sind ebenfalls bereits aufgenommen.

Die Liesingbachregulierung soll um ein großes Stück erweitert werden. Auch andere Regulierungen sind vorgesehen.

Das noch allen in unliebsamer Erinnerung gebliebene Donauhochwasser vom Jahre 1954 hat im Oberlauf der Donau gewaltige Schäden hervorgerufen. Obwohl Wien dank seiner Schutzanlagen noch glimpflich davongekommen ist, hat dieses Hochwasser doch erneut aufgezeigt, daß ein totaler Schutz der Stadt vor noch größeren Hochfluten notwendig ist.

Ein guter Ruf verpflichtet, und Schönheit kostet manchmal viel Geld. Das kann von unserem Stadtgartenamt mit Fug und Recht behauptet werden. Rund 77 Millionen Schilling wollen wir im Jahre 1960 für unsere Gärten und Grünanlagen ausgeben. Derzeit haben wir rund 13 Millionen Quadratmeter Garten- und Grünfläche zu erhalten und zu betreuen. Im Jahre 1959 wurden 31 neue Gartenanlagen mit einer Fläche von 136.500 Quadratmeter errichtet. 16 öffentliche Gartenanlagen wurden umgestaltet und verbessert. Wir haben aber auch Ballspielplätze und Kleinkinderspielplätze gebaut und der Staubfreimachung von Wegen und Spielflächen in den Gartenanlagen unsere besondere Obsorge gewidmet. Daneben wurden 710 Alleebäume neu gepflanzt und 39 neue Blumenschalen aufgestellt.

Die neue Gartenanlage auf den Gründen des ehemaligen Kaisergartens und ein großer anschließender Parkplatz für die Praterbesucher werden im Frühjahr des nächsten Jahres fertig sein und der Wiener Bevölkerung zur Benützung übergeben werden können.

Auch die gärtnerische Ausgestaltung der Donaukanalufer wurde programmgemäß fortgesetzt.

Die interessanteste Gartenbaustelle im Jahre 1959 war der Blindengarten im Wertheimsteinpark, der mit einer Fläche von 6.000 Quadratmeter im Herbst dieses Jahres unseren blinden Mitbürgern als ein freudig begrüßtes Geschenk übergeben werden konnte. (Beifall). ./.

Im nächsten Jahr soll die Ausgestaltung der Donaukanalufer fortgesetzt werden. Am Franz Josefs-Kai wird unterhalb der Ruprechts-Kirche eine Terrasse und eine Grünanlage harmonisch in das Stadtbild eingefügt werden.

Der Schweizer Garten wird nach Abschluß des Schnellbahnbaues gänzlich umgestaltet werden und darüber hinaus sind in vielen Bezirken Umgestaltungen und Neuerrichtungen von Grünanlagen vorgesehen. Ebenso werden die Arbeiten im Reservegarten in Hirschstetten weitergeführt werden.

Die Bemühungen des Stadtgartenamtes um eine Verschönerung unserer Stadt werden leider nicht von allen gefördert und unterstützt. Ein großer Teil der Kosten, die für die Erhaltung unserer Grünanlagen und Gärten gewidmet sind, muß für die Behebung von mutwilligen Zerstörungen verwendet werden. Die Schäden, die jährlich von unverantwortlichen Elementen an unseren Grünanlagen verursacht werden, sind sehr groß, und ich muß auch von dieser Stelle um die Unterstützung der gesamten Bevölkerung gegen derartige Übergriffe bitten. Ich bitte auch, unsere Gärten nicht als Mistablagerungsstätten oder als Freigehege für herumtollende Hunde zu verwenden.

Derzeit sind Planungsarbeiten für mehrere Schulbauten im Gange. So wird heute schon am Bau eines Volkshochschulgebäudes in Favoriten und eines Volksheimes in Heiligenstadt gearbeitet. Fünf weitere Volksheime sind in Planung. Wir arbeiten auch an einer Lehrwerkstätte für "Jugend am Werk" in der Brigittenau.

Für das Jahr 1960 ist auch der Baubeginn für ein Ausflugsrestaurant auf der Bellevuehöhe in Döbling vorgesehen, ebenso der Baubeginn des internationalen Studentenheimes. Wir haben für die Planung dieses Studentenheimes ein interessantes Experiment durchgeführt, nämlich einen Wettbewerb unter dem Motto "Studenten planen für Studenten".

Natürlich werden wir auch wieder Instandsetzungs-, Erneuerungs- und Verbesserungsarbeiten an Märkten, Schlachthäusern, Amtsgebäuden und Schulen durchführen. Auch in den Spitälern sind umfangreiche Verbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten geplant. Die Arbeiten in den Schulen und Spitälern sind deshalb so schwierig, weil bei diesen Arbeiten der Betrieb nicht behindert werden darf.

./.

Im Voranschlag ist auch ein Betrag von zwei Millionen Schilling für bauliche Umgestaltungen im Schloßrestaurant Laxenburg vorgesehen. Wir wollen allerdings mit diesen Arbeiten zuwarten, bis eine Entscheidung über den Ort der nächsten Weltausstellung gefallen ist, weil wir dann gleich im Rahmen eines größeren Projektes planen und bauen können.

Alle unsere Bemühungen um eine Verbesserung und Verschönerung unserer Stadt, die Verwirklichung all unserer Absichten und Projekte hängt aber letztlich doch davon ab, ob unsere Arbeit von der Bevölkerung verstanden und gut geheißen wird. Deshalb versuchen wir, mit der Bevölkerung in einen möglichst unmittelbaren Kontakt zu kommen. Wir veranstalten Führungen, Ausstellungen und Pressekonferenzen und versuchen, durch Vorträge, Filme, Broschüren und durch die Herausgabe einer eigenen Bauzeitschrift der Fachwelt und der Öffentlichkeit unsere Probleme näherzubringen. Im vergangenen Jahre haben wir auch unsere fachlichen Kontakte mit dem Ausland weiter verstärkt.

Unser aller Bemühen soll es sein, dieses ererbte Kulturgut den geänderten Bedürfnissen unserer Zeit anzupassen. Unsere Arbeit gilt daher dem ständigen Neubau und Umbau der Stadt! Daß sie in fortschrittlichem, modernem und wienerischem Geiste gelingen möge, ist unser sehnlicher Wunsch! (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Hausner (KLS) ist der Ansicht, daß das Bauprogramm der Gemeinde den Notwendigkeiten nicht Rechnung trägt. Wenn für viele tausende Mitbewohner die Sorge um das Dach genommen werden soll oder ihre Wohnverhältnisse erleichtert werden sollen, dann muß der soziale Wohnungsbau wesentlich verstärkt werden und muß auch der genossenschaftliche Wohnungsbau noch eine stärkere Förderung erfahren. Auch muß getrachtet werden, der Erhaltung der Althäuser mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Leider erhält der kommunale Wohnungsbau durch die Errichtung von Hochhäusern mit Wohnungskosten, die sich die bedürftige Bevölkerung nicht leisten kann, eine gewisse Beschneidung.

./.

Und die Tatsache, daß die Sozialistische Partei im Sommer eine Diskussion über die Frage der Zweckmäßigkeit des kommunalen Wohnungsbaues abgeführt hat, zeigt, daß sich die SPÖ von der Verpflichtung, die wohnungsuchende Bevölkerung mit billigen und ausreichenden Wohnungen zu versorgen, irgendwie distanzieren will. Bei uns versucht man, kapitalistische Baumethoden wieder einzuführen. Mit den 1.5 Milliarden Schilling für die Neue Wiener Wohnbauaktion, wurden dem kommunalen Wohnungsbau 10.000 Wohnungen entzogen. (GR. Jodlbauer: Aber das stimmt doch nicht!)

Rund zwei Drittel der Wiener Wohnungen befinden sich in Althäusern, rund 91.000 Wohnungen müssen auf Grund ihres gesundheitsschädlichen Zustandes ersetzt werden. Die Instandsetzung kann und darf nicht wie bisher auf Kosten der Mieter gehen.

Aus den angeführten Gründen legt der Redner zwei Anträge vor, in denen verlangt wird, alle verfügbaren finanziellen Mittel für den Bau von Volkswohnungen heranzuziehen und eine großzügige Aktion zur Modernisierung der Althäuser in die Wege zu leiten. Auch verlangt er, die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds.

Das Gesicht der Altstadt müsse erhalten bleiben. Leider ist es hier so wie auf anderen Gebieten, daß gewisse Hausbesitzer damit spekulieren und auf das Sterben der Häuser warten. Ihnen ist ein möglichst großer Profit mehr wert als die Erhaltung der Objekte. Da als Ursache dafür, daß nicht schneller gearbeitet werden kann, Mangel an Bauarbeitern angegeben wird, legt der Redner einen weiteren Antrag vor, wonach sich die Gemeinde Wien an der Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von Fertigbauteilen beteiligen möge.

Der Redner begrüßt den geplanten Einbau von Zentralheizungen in Hochhäusern und regt an, in Zukunft auch andere größere städtische Wohnhausanlagen mit Zentralheizungen zu versehen. Zu begrüßen sei auch die Absicht, Kulturzentren in den Wohnhausanlagen zu errichten. Man solle hiebei besonders die Randbezirke berücksichtigen und dort auch Klubräume für die Jugend schaffen. Kritik übt der Redner an der vielfach sehr mangelhaften Ausführung der Tischler- und Installationsarbeiten in den Gemeindebauten. Als bedauerlich bezeichnet er, daß noch immer viele kriegszerstörte Häuser nicht aufgebaut werden konnten. Auch auf

./.

dem Verkehrssektor müße noch viel getan werden. Wenn auch im kommenden Jahr viele Verkehrsbauwerke geplant sind, so sind doch etliche, deren Lösung schon lange versprochen wurde, in den Ansätzen nicht berücksichtigt worden. Dazu gehört die Philadelphiabrücke, die Lobkowitzbrücke, die Hietzinger Brücke und die Lösung der Verkehrsmisere des 22. Bezirkes. Einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung des Verkehrs könnte man durch die Errichtung einer zweiten Verkehrsebene, egal ob über oder unter der Erde, erreichen. Dem Bund gegenüber müßte die Gemeinde Wien bezüglich des Autobahnbaues viel energischer vorgehen. Der Bund müsse sich seiner Verpflichtungen gegenüber der Hauptstadt unseres Landes bewußt werden.

Der Redner kommt sodann auf die Straßen und die öffentliche Beleuchtung in den Randbezirken zu sprechen und stellt fest, daß diese Gebiete von der Stadtverwaltung sehr stiefmütterlich behandelt werden. Es gebe sogar noch Siedlungen, in denen die Siedler für die Beleuchtung der Straßen und ihre Instandhaltung selbst aufkommen müssen. Die Gemeinde habe sich zwar jetzt entschlossen, die Straßen und die Beleuchtung dieser Siedlungen in ihre Obhut zu übernehmen, vorher müßte jedoch alles durch die Siedler in Ordnung gebracht werden. Der Redner richtet an Stadtrat Heller die Bitte, den Siedlern diese Belastung abzunehmen. Die geplante Aufschließung des 21. und 22. Bezirkes sei sehr zu begrüßen. Dieses Vorhaben sollte möglichst rasch durchgeführt werden. Der Bevölkerung dieses Gebietes und den Bezirksvertretungen müßte man die Möglichkeit geben, Vorschläge zu unterbreiten. Gleichzeitig müßten auch die nötigen Verkehrserschließungen erfolgen.

Abschließend stellt GR. Hausner fest, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI die Zustimmung geben werde. Mit dem vorgelegten kommunalen Wohnbauprogramm sei sie jedoch nicht zufrieden, weil es den Erfordernissen nicht entspreche.

GR. Nesset (FPÖ) stellt fest, die eminente Bedeutung des Bauwesens für eine Stadt wie Wien, sei schon aus dem Umfang und den Ansätzen dieser Gruppe erkenntlich. Seine Partei stehe vorbehaltlos hinter dem sozialen Wohnungsbau.

./.

Es werde aber in Zukunft notwendig sein, eine gesunde Verbindung zum Eigentumsbau etwa in der Form herzustellen, daß den Mietern von Gemeindewohnungen die Möglichkeit gegeben wird, diese Wohnungen als ihr Eigentum zu erwerben. Der Redner kommt dann auf die öffentlichen Arbeitsausschreibungen für die städtischen Bauten zu sprechen und hält es für zweckmäßig, bei Vergebung einer Arbeit von vornherein einen Richtpreis festzusetzen. Das wirtschaftlich tragbarste Offert, das dem Mittelpreis am nächsten kommt, sollte dann berücksichtigt werden. Unmöglich müßte es gemacht werden, daß unter dem Titel Regiearbeit Stunden verrechnet werden, die bereits in den Kostenvoranschlägen enthalten sind. Man müßte auch prüfen, ob man in Zukunft weiter bei dem System der Materialbeistellung bleiben soll.

Abschließend erklärte der Redner, daß seine Fraktion die Ansätze des Kapitels VI gutheiße. Er hoffe, daß so wie bisher, allerdings unter Ausschaltung aller Mängel, für die Allgemeinheit gebaut wird.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) setzt sich einleitend kritisch mit Fragen der Koalition auseinander. Miteinander arbeiten heißt auch miteinander planen, so sagt er. Der Generalredner der Sozialisten hat aber erklärt, das Wahlprogramm der SPÖ sei nun das Regierungsprogramm des Gemeinderates geworden. Soll aber hier im Haus nur das Programm einer Partei gelten? Ist es dann so unrichtig, wenn in der Wahlpropaganda der ÖVP von der Gefahr einer Alleinherrschaft gesprochen wurde? Man darf sich also nicht wundern, wenn man bei der Frage der Koalition gewisse Vorbehalte macht.

Der Redner spricht dann über die Wichtigkeit der Verkehrsplanung, der die Standortplanung vorausgehen muß. Als er die Gemeindebauten beim Matzleinsdorfer Platz in Bezug auf die Wohndichte mit den Bauten der Gründerzeit vergleicht, kommt es zu einigen Zwischenrufen von Seiten der Sozialisten. (Vizebürgermeister Slavik: "Wenn Sie den Matzleinsdorfer Platz mit einem Spekulationsbau um die Jahrhundertwende vergleichen, dann kann ich Sie nur bedauern!")

Der Redner begrüßt, daß in der Frage der Wohnungsgröße und der Familiengerechtheit der Wohnungen befriedigende Ansätze fest-

./.

zustellen sind. Was die Altenwohnungen betrifft, regt er an, solche Wohnungen überhaupt in das Parterre der Häuser einzugliedern, um die alten Leute noch mehr in die Hausgemeinschaft einzubeziehen, als es bei den Alterssiedlungen geschehen kann.

Über das Bodenbeschaffungsgesetz sagt GR. Dr. Prutscher, daß die Stellungnahme der ÖVP in diesem Haus seit zehn Jahren klar sei. Die Voraussetzung für ein Bodenbeschaffungsgesetz sei es, die größtmögliche Streuung von Grund und Boden zu erreichen, keineswegs aber die Konzentration von Grund und Boden, unter welchem Titel dies auch immer geschehen mag. (Vizebürgermeister Slavik: "Wir sind ja einig über das Gesetz mit ihrer Partei, aber es kann nicht beschlossen werden, weil andere Bedingungen daran geknüpft sind!")

GR. Dr. Prutscher kommt dann auch auf technische Fragen des Bauwesens zu sprechen, so auf den Kreisverkehr und macht dabei darauf aufmerksam, daß man in verschiedenen Städten des Auslandes bereits zu geregelten Kreuzungen übergegangen ist. Er schneidet dabei auch das Thema der zweiten Verkehrsebene an und stellt fest, daß unter den von Vizebürgermeister Slavik angeführten Empfehlungen der Verkehrsplanungsenquete, die bereits bearbeitet wurden, die zweite Verkehrsebene nicht aufscheint. Bei den bereits errichteten Passagen, sagt er, bemerken wir zwar Zugänge zu einer unterirdischen Bahn, aber Pläne über eine Trassenführung haben wir noch nirgends gesehen. Er verweist darauf, daß man sich in München unter sozialistischer Führung bereits für den Bau einer Untergrundbahn entschlossen hat. Auch eine verkehrstechnische Studienreise des österreichischen Städtebundes ins Ausland brachte das Urteil, daß die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene für Städte mit mehr als 700.000 Einwohner als unerläßlich erscheint. Er richtet an den amtsführenden Stadtrat die Bitte, bei der Planung der neuen Lastenstraße alle Vorschläge in Richtung einer zweiten Verkehrsebene genauestens prüfen zu lassen. Abschließend zu diesem Thema stellt er fest, daß bis jetzt in Wien selbst eine sachliche Überprüfung eines Untergrundbaues abgelehnt wird.

Er kommt dann auf den Straßenbau zu sprechen und gibt zu, daß bei einer so umfangreichen Koordinierung der Arbeiten, wie sie eben beim Straßenbau unvermeidlich ist, sich die Bautätigkeit schwierig gestaltet. ./.

Er meint, man sollte eine Studienkommission ins Ausland schicken, um die dortige Praxis im Straßenbau kennenzulernen und daraus auch für Wien Nutzen zu ziehen. Was die Stadtplanung betrifft, glaubt der Redner, daß weder die Kritiken des Stadtplaners noch die Kritiken der Beamtenschaft berechtigt sind. Die Ursache der Unzufriedenheit dürfte wo anders zu suchen sein. Wir müssen, sagte er, diese Dinge umfassender sehen und hoffen, daß die der Stadtplanung gestellten Aufgaben erfolgreich beendet werden. Es geht um ein Programm für die Zukunft und daher muß es ein gemeinsames Programm sein. Er begrüßt die Erklärung des Stadtrates, daß eine Firma von den Gemeindeaufträgen ausgeschlossen wird, wenn sie sich etwas zuschulden kommen läßt.

Abschließend erklärt sich GR. Dr. Prutscher im Namen seiner Fraktion zu einer vom gegenseitigen Vertrauen getragenen Zusammenarbeit bereit, von der er sich für die Zukunft viele positive Früchte verspricht (Beifall bei ÖVP). Er stellt fest, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten die Zustimmung erteilen wird.

GR. Billmaier (SPÖ) verweist auf den erfolgreichen Versuch der Gemeinde, auch im Winter zu bauen, und spricht die Hoffnung aus, daß auch auf privaten Baustellen die Bauarbeiter das ganze Jahr hindurch beschäftigt werden.

Er geht dann auf die Ausführungen der Vorredner ein und hält GR. Hausner, der die Bautätigkeit im Ausland, besonders in den Staaten des Ostblocks als beispielhaft hinstellte, entegegen, daß Delegationen von der dort herrschenden Wohnungsnot berichteten. Und wenn in einer Ost-Berliner Broschüre davon gesprochen wird, daß im Jänner 1953 die ersten 70 Mieter die neuerbauten Wohnungen in der Stalinallee bezogen, dann soll man nicht sagen, daß unser Wohnbauprogramm, nachdem im Jahre 1960 4.500 Gemeindewohnungen erbaut werden und der Bau weiterer 5.000 Wohnungen durch die Gemeinde gefördert wird, zu gering ist.

Natürlich ist alles zu wenig; aber wir werden uns mit der Tatsache abfinden müssen, daß wir das Maximum der Baukapazität ausnützen. Man wird dabei immer wieder versuchen müssen, zu einer Koordinierung auf dem Bausektor zu kommen, weil dadurch auch die Bauarbeiter zweckentsprechend eingesetzt werden können.

./.

Auch wäre es notwendig, beim Wohnbaus-Wiederaufbaufonds einen neuen Verteilerschlüssel festzulegen und so für Wien ein besseres Verhältnis zu schaffen. (Beifall bei den Sozialisten).

Der Kritik des GR. Prutscher an der Feststellung eines sozialistischen Redners, daß das sozialistische Wahlprogramm das Regierungsprogramm für die nächsten fünf Jahre sei, hält der Redner entgegen: Wir können für die Vergangenheit voll Stolz sagen, daß wir Sozialisten überall dort, wo wir die Mehrheit haben, die Versprechungen auch restlos erfüllen. (Beifall bei den Sozialisten). Von der zweiten Partei in diesem Hause kann man das nicht sagen, denn dort, wo sie die Möglichkeit hat, Wahlversprechungen durchzuführen, findet man Mittel und Wege, die Einlösung dieser Versprechen zu vereiteln.

Wenn Dr. Prutscher kritisiert, wie der Matzleinsdorfer Platz verbaut ist, dann muß man sagen: Es kommt nicht darauf an, wie hoch oder wie niedrig man baut, sondern es kommt darauf an, wieviel Licht, Luft und Sonne in die Wohnungen kommt. Und wenn im Wahlprogramm der ÖVP an Stelle der verstreuten Gemeindebauten zusammenhängende Wohnlandschaften, frei vom Durchzugsverkehr, gefordert werden, dann muß man fragen: Haben wir denn die Bauplätze zur Verfügung?

Dem FPÖ-GR. Nesset antwortet der Redner, daß es nicht auf Richtigkeit beruht, daß Offerte unbedingt dem Bestbieter gegeben werden. Fehlerhafte Offerte oder offensichtliche Unteranbote werden ausgeschieden. Es kommt auch vor, daß man einer Firma eine Arbeit nicht überträgt, weil sie auf Grund ihrer Kapazität nicht in der Lage wäre, sie auszuführen.

GR. Billmaier stellt zur Kritik einiger Redner fest, daß es leider eine allgemeine Erscheinung sei, daß man vieles, was im eigenen Land geschehe, nicht anerkenne. Man dürfe aber nicht vergessen, daß der Gedanke des sozialen Wohnhausbaues in der ganzen Welt mit unserer Stadt in Verbindung gebracht wird. Sind doch der soziale Wohnhausbau und viele Fürsorgemaßnahmen von Wien ausgegangen. Die Arbeit, die auf vielen Gebieten in Wien geleistet wird, hat auch im Ausland Anerkennung und Nachahmung gefunden. (Beifall bei der SPÖ). Die sozialistische Fraktion werde daher den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI zustimmen.

./.

Stadtrat Heller stellt in seinem Schlußwort fest, daß sowohl der Redner der Volkspartei als auch der Kommunistischen Partei die Erfolge auf dem Bausektor ihren Forderungen und Anregungen zuschreiben. Er müsse jedoch dazu sagen, daß der Wiederaufbau unserer Stadt mit den Namen Novy, Jonas und Thaller in baulicher Hinsicht und Resch und Slavik in finanzieller Hinsicht durch ihre kluge Finanzpolitik verbunden ist. (Beifall bei der SPÖ). Mit GR. Hausner stimme er darin überein, daß auf dem Wohnungssektor in unserer Stadt noch ein qualitativer und ein quantitativer Mangel bestehe. Leider kann man dieses Problem nicht nur als ein finanzielles bezeichnen. Die Lage auf dem Bausektor ist derzeit so, daß die Baukapazität vollkommen ausgeschöpft ist. Man bemühe sich aus diesem Grunde ständig, durch Reorganisationsmaßnahmen und andere technische Möglichkeiten dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Der Redner empfiehlt daher einen Antrag des GR. Hausner auf weitere Verstärkung des Wohnungsbaues den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen. Ein weiterer Antrag, der sich mit der Sanierung des Althausbestandes beschäftigt, sei überholt, da eine derartige Aktion seit langem durchgeführt wird. Der Redner empfiehlt, den Antrag gleichfalls den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen. GR. Hausner beschäftigte sich auch mit dem Problem des Wohnhauswiederaufbaues und einigen anderen Dingen, die jedoch Bundessache sind und in diesem Hause nicht erledigt werden können. Die Forderung des GR. Hausner bezüglich Verwendung von Fertigbauteilen sei gleichfalls überholt. Man werde in Wien einen Versuch mit Fertigbauteilen unternehmen, wenn die Voraussetzungen hiefür gegeben sind. Zur Kritik an der Qualität der Wohnhausbauten ist zu sagen, daß neben der ständigen Bauaufsicht eine sehr umfangreiche Abnahme dieser Bauten durchgeführt wird. Die Bauten werden von vielen Stellen kontrolliert und außerdem besteht eine zweijährige Haftzeit für die Firmen. Nach diesen zwei Jahren findet eine neuerliche Kommissionierung statt, bei der auch die Mieter die Gelegenheit haben, auf einzelne Fehler aufmerksam zu machen, damit die Mängel behoben werden.

Die Forderungen, die auf dem Verkehrssektor gestellt wurden, könnten kaum alle im Jahre 1960 erfüllt werden. Natürlich muß die Hietzinger Brücke in Ordnung gebracht werden. Das geschieht jedoch im Zusammenhang mit dem Autobahnbau. Der Bau der Philadelphiabrücke

./.

hängt wiederum mit dem Schnellbahnbau zusammen. Man beschäftigt sich mit diesen Fragen sehr eingehend, und sie werden bestimmt in den nächsten Jahren gelöst werden. Unberechtigt sei auch die Kritik an den Siedlungsstraßen. Allein im Jahre 1959 wurden 300.000 Quadratmeter Siedlungsstraßen gebaut, vielfach auch dort, wo keine rechtliche Verpflichtung vorhanden war. Seit dem Jahre 1951 wurden rund 100 Millionen Schilling für den Ausbau von Siedlungsstraßen ausgegeben.

Es wurden damit 1,6 Millionen Quadratmeter, bzw. rund 320 Kilometer Siedlungsstraßen in Ordnung gebracht. Mit dem Bestbieterproblem bei den Arbeitsvergebungen habe man sich schon eingehend beschäftigt, ebenso mit der Frage der Regiestunden. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß es am wirtschaftlichsten ist, bei dem Bestbietersystem zu bleiben. Die Materialbeistellung erfolgt in erster Linie nur dort, wo Engpässe bestehen.

Zur Kritik des GR. Dr. Prutscher, daß der Ringturm verkehrstechnisch an einer ungünstigen Stelle errichtet wurde, stellt Stadtrat Heller fest, daß es vom Verkehrsstandpunkt aus gesehen ebenso unklug sei, daß das Finanzministerium in der Kärntner Straße ein Bürogebäude errichtet. GR. Dr. Prutscher habe auch die Wohndichte am Matzleinsdorfer Platz kritisiert. Der Verbauungsgrad beträgt dort 25 Prozent, die Wohndichte 600 Einwohner pro Hektar. Zu der Zeit, als der Wohnhausbau errichtet wurde, entsprach die Wohndichte internationalen Maßstäben. Derzeit baut jedoch eine der Volkspartei angehörende Baugenossenschaft am Matzleinsdorfer Platz eine Wohnhausanlage, deren Wohndichte 1.600 Einwohner pro Hektar beträgt. Zurückzuweisen sei auch der Vorwurf, daß die Stadt Wien durch das Bodenbeschaffungsgesetz kommunalisieren will. Dieses Verlangen haben die Sozialisten nicht. Was die Bauzeit bei den Straßenreparaturen anlangt, so hat GR. Dr. Prutscher einen Antrag zu dieser Frage vorgelegt, in dem er das genaue Studium dieses Problems wünscht. Der Redner empfiehlt, den Antrag dem Gemeinderatsausschuß VI zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

./.

Bezüglich der Stadtplanung ist zu sagen, daß Prof. Schuster niemals Stadtplaner von Wien war. Er war Konsulent für Architektur und hat sich mit der Stadtplanung für Wien offiziell überhaupt nie beschäftigt. Dipl.-Ing. Schimka war Leiter der Magistratsabteilung 18. Er hat weder ein grundsätzliches Konzept vorgelegt, noch ein solches zurückgelassen. Man ist augenblicklich in den zuständigen Referaten beschäftigt, die notwendigen Unterlagen für das Generalkonzept für Wien und den Generalverkehrsplan auszuarbeiten.

Der Redner ersucht abschließend um gemeinsame Zusammenarbeit an dem großen Ziel, daß Wien dort, wo es schön ist, noch schöner wird, und dort, wo es den derzeitigen Verhältnissen nicht mehr entspricht, verbessert wird. Er bittet um Annahme der Ansätze.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe VI einstimmig angenommen. Die drei Anträge des KLS-GR. Hausner und der Antrag des ÖVP-GR. DR. Prutscher wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

\- - -

7. Hauptstück: Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

Als nächster Referent berichtet Stadtrat Lakowitsch über die Budgetansätze für die Verwaltungsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Einleitend berichtet er über die Tätigkeit der Magistratsabteilung 20 - Plan- und Schriftenkammer. Für die Bewilligung, in Baupläne Einsicht nehmen, bezw. Kopien von Bauplänen anfertigen zu dürfen, wurden 1958 Verwaltungsabgaben in der Höhe von 33.620 Schilling eingehoben. Es wurden 3.440 Pläne und Karten an städtische Dienststellen und 622 Pläne und Karten an Private abgegeben. Der Bestand der Stadtbauamtsbibliothek ist auf 9.600 Inventarnummern angestiegen. Der Jahresumsatz der Lichtpaus- und Plandruckanstalten und der kartographischen Anstalten wird heuer mehr als 700.000 Schilling betragen.

Der Ansatz der Ausgaben für Pläne, Pausen, Drucke, zeichnerische Erfordernisse und dergleichen, beträgt 730.000 Schilling und ist ausreichend. Für das Jahr 1960 ist ein Kredit von 780.000 Schilling vorgesehen, aus dem auch alle kartographischen Hilfsmittel zu beschaffen sind.

Für 1960 sind die Mittel zur Anschaffung einer Präzisions-Reproduktionsanlage, die 700.000 Schilling kostet, vorgesehen. Für den Ankauf von geodätischen Instrumenten werden 100.000 Schilling zur Verfügung stehen. Alle Anschaffungen dienen der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und werden sich leistungssteigernd auswirken. Moderne, zeitsparende Arbeitsverfahren wurden in den letzten Jahren in Wirtschaft und Verwaltung eingeführt. Mit modernen Luftbild-Auswertegeräten wird das Original der Karte hergestellt, das als Grundlage für die Vervielfältigung dient.

Als einen drückenden Übelstand bezeichnet der Referent, daß die Magistratsabteilung 20 den in den Fachabteilungen tätigen Vermessungsingenieuren und Technikern nicht das notwendige Vermessungshilfspersonal stellen kann. Der Mangel an Vermessungshilfspersonal wird sich in nächster Zeit, wo viele Verkehrsbauten

./.

und andere Großbaustellen umfangreiche Vermessungsarbeiten erfordern werden, unangenehm bemerkbar machen.

Die Arbeiten der Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung, im Jahre 1959 setzen sich zusammen aus Neubauten, Umbauten (infolge von Straßen-, Park-, Wohnhausneubauten usw.), Elektrifizierung der restlichen Gasbeleuchtung, Verbesserung der Beleuchtung von Hauptstraßen und Kreuzungen, Verbesserung der Beleuchtung in Randgebieten und Umschaltungen von Gleich- auf Drehstrom. Durch diese Arbeiten wurde im Jahre 1959 die öffentliche Straßenbeleuchtung in Wien um rund 7.400 Lichtstellen vermehrt. Ende 1959 werden daher rund 84.550 Lichtstellen in ganz Wien in Betrieb sein, und zwar rund 81.150 elektrische und 3.400 Gas-Lichtstellen.

Durch zahlreiche Straßenneubauten und durch die Errichtung neuer Wohnviertel durch die Gemeinde Wien oder private Genossenschaften wurden 1959 auch viele Neubauten von Straßenbeleuchtungsanlagen notwendig.

Die bemerkenswertesten Umbauten von Beleuchtungsanlagen im Jahre 1959 waren: der ober- und unterirdische Südtiroler Platz, der nunmehr ein Glanzstück der Wiener Straßenbeleuchtung darstellt. Er umfaßt rund 2.500 Leuchtstofflampen und auch eine bei Stromausfall selbsttätig wirkende Sicherheitsbeleuchtung, weiters Hoher Markt, Schwarzenbergplatz, Ausstellungsstraße, Mexikoplatz, Simmeringer Hauptstraße bis zum zweiten Tor des Zentralfriedhofes, u.a.

Im 10. Bezirk wurde heuer bereits die letzte Gaslaterne abmontiert.

Die Beleuchtung zahlreicher Hauptstraßen und Kreuzungen ist ihrer Verkehrsbedeutung entsprechend verbessert worden, so die äußere Triester Straße, die Simmeringer Hauptstraße, die Ausstellungsstraße, u.a. In den Randgebieten wurden 1959 rund 1.500 neue Lichtstellen installiert, und zwar in Ober-Laa, Eßling und in Liesing.

Rund 1.900 Lichtstellen mußten wegen der DW-Umschaltungen von Gleich- auf Drehstrom umgebaut werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich 1959 die internationale Entwicklungstendenz der Verkehrsraumbeleuchtung, nämlich das langsame und sichere Zurückdrängen der Glühlampenbeleuchtung zugunsten der

./.

Beleuchtung mittels Gasentladungslampen. Hochdruckquecksilberdampflampen sind zur Beleuchtung vieler Kreuzungen, der Wipplingerstraße, des Hohen Marktes und des Schwarzenbergplatzes, Natriumdampflampen für den Handelskai, die Triester Straße, Bitterlichgasse, Gadnergasse, Himberger Straße, Simmeringer Hauptstraße, verwendet worden. Es kommt jetzt schon immer häufiger vor, daß anläßlich der Elektrifizierung der Gasbeleuchtung der Sprung vom Gaslicht zur elektrischen Gasentladungslampe vollzogen wird.

Die Wiener E-Werke haben mit 89 Bediensteten den Betrieb, die Schadens- und Störungsbehebung der elektrischen Beleuchtung durchgeführt. Für die ständige Instandhaltung haben sie außer ihrem Personal sechs Privatfirmen herangezogen. Die Wiener Stadtwerke - Gaswerke haben die Arbeiten an der öffentlichen Gasbeleuchtung mit rund 68 Mann auf Grund detaillierter Vereinbarungen durchgeführt.

Im Jahre 1959 wurde die elektrische Installation von vielen Verkehrslichtsignalanlagen durchgeführt, so in der Marc Aurel-Straße - Wipplingerstraße, Wipplingerstraße - Renngasse, Landstraßer Hauptstraße - Wassergasse, auf dem Wiedner Gürtel - Blechturmgasse, in der Argentinierstraße - Gürtel, u.a.

In den nächsten drei Jahren wird die Elektrifizierung der restlichen Gaslaternen den Kernpunkt des Programmes der Magistratsabteilung 33 darstellen. So soll das Gebiet jenseits der Donau im nächsten Jahre "gasfrei" gemacht werden.

Die Beleuchtung der neuen Schottentorkreuzung und der drei Fußgängerdurchgänge unter dem Ring sind die umfangreichsten Bauvorhaben der nächsten Zeit. Dabei werden vielfach Leuchtstoff- und Hochdruckquecksilberdampflampen verwendet werden. Natriumdampflampen werden insbesonders im 21. und 22. Bezirk häufig verwendet werden.

Die Magistratsabteilung 35, Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten: Als Baubehörde für Bauten öffentlicher Körperschaften waren 463 Bauverhandlungen und 451 Baustellenerhebungen erforderlich. Das Ergebnis waren 382 Baubewilligungen und 83 baubehördliche Kenntnisnahmen. Es konnte die Beobachtung gemacht werden, daß in der Stadtplanung Kirchenbauten nicht berücksichtigt werden, sodaß sich Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer

./.

städtebaulichen Einordnung ergeben. Es wäre daher wünschenswert, daß schon bei Verfassung von Strukturplänen auch dieser Notwendigkeit Rechnung getragen wird.

Als Merkmal der anhaltenden Wirtschaftskonjunktur können die Leistungen der maschinentechnischen Gruppe herangezogen werden. Die Steigerung der Zahl bewilligter Aufzüge beträgt gegenüber dem Vorjahr 32 Prozent (531 Aufzüge in der Berichtszeit gegen 401 im gleichen Zeitraum 1958), die Anzahl der bewilligten und in Behandlung stehenden Ölfeuerungsanlagen beträgt 228, was einer Steigerung von 64 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Zahl der bewilligten Tankstellen auf Privatgrund ging zurück, sie beträgt 33 (im Vorjahr 75). Weitere 42 stehen noch in Behandlung. Die Magistratsabteilung 36, Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei für die Bezirke 1 bis 9 und 20: Insgesamt wurden im Berichtsjahr für die Errichtung von 3.325 Wohnungen die Baubewilligung und für 3.358 Wohnungen die Benützungsbewilligungen erteilt, wobei in der genannten Ziffer die fertiggestellten Wohnungen in den städtischen Wohnhausbauten nicht enthalten sind. Die Magistratsabteilung 37, Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei für die Bezirke 10 bis 19 und 21 bis 23: Die Bautätigkeit in den Außenbezirken Wiens hat neuerlich eine erhebliche Steigerung um zirka 16 Prozent erfahren. Im Berichtsjahr wurden um 26 Prozent mehr Objekte der Benützungsbewilligung übergeben als im Vorjahre. Der Verfall der Althäuser drückt sich in einer Steigerung der Zahl der Abtragungsbewilligungen um neun Prozent aus. Hingegen ist die Zahl der Bauaufträge leicht zurückgegangen, was mit der fortschreitenden Behebung der Teilkriegsschäden einerseits und mit dem Nachlassen der Anzeigen über feuchte Wohnungen andererseits zusammenhängen dürfte.

Im Berichtsjahr wurden für 8.100 Wohnungen Baubewilligungen und für 4.800 Benützungsbewilligungen erteilt.

Wie bereits erwähnt, nahm der Geschäftsumfang der Abteilung neuerlich zu. Es ist geradezu verwunderlich, daß es den Anstrengungen des praktisch nicht vermehrten Personals gelang, diese Steigerung zu bewältigen. Es ist unverständlich, daß gerade die Bediensteten der Baupolizei weiterhin als Stiefkind behandelt werden, obwohl bereits an höchster Stelle dieses Mißverhältnis eingesehen und Abhilfe zugesagt wurde.

./.

Eine Sofortregelung liegt nicht nur im Interesse der Bediensteten, sondern auch im Interesse des Dienstgebers.

Zur "wilden Bautätigkeit" ist festzustellen, daß trotz Mehrbelastung der Abteilung die Zahl der Baueinstellungen gegenüber dem Vorjahr kaum gesunken ist. Die Abteilung hat also diesen Sektor ihrer Tätigkeit nicht aus dem Auge verloren. Leider ist dem Ersuchen, durch entsprechende Vergütung der Dienstzeit an Samstagen und Sonntagen einen Überwachungsdienst einzurichten, der um diese Zeit erfahrungsgemäß am schlagkräftigsten wäre, bisher kein Erfolg beschieden gewesen.

Die Magistratsabteilung 39, Städtische Prüf- und Versuchsanstalt, war im Jahre 1959 noch intensiver beschäftigt als im Vorjahr. In größerem Umfange wurden Prüfungen für den Südtiroler Platz, für den Ausbau des Stadions, für das Sommerbad am Laaer Berg ausgeführt. Wärmeleitzahlbestimmungen und Trittschallmessungen wurden in fertigen Gebäuden vorgenommen.

Unter den Brandversuchen wäre die Prüfung einer Plexiglas-Kuppel erwähnenswert. Umfangreiche Untersuchungen sind mit Injektionsmörtel für Spannbetonbrücken gemacht worden. Auf den Straßenbahnlinien, die auf Autobusbetrieb umgestellt werden, sind zahlreiche Bodendruckproben vorgenommen worden.

Die Magistratsabteilung 40, Technische Grundangelegenheiten: Die Beschaffung geeigneter Grundstücke wird von Jahr zu Jahr schwieriger. In der Zeit vom 1. November 1958 bis 31. Oktober 1959 wurden auf der Grundlage von Schätzungen der Magistratsabteilung 40 1,410.000 Quadratmeter erworben und 280.000 Quadratmeter abgegeben.

Es muß immer wieder betont werden, daß die Stadt Wien gewisse für sie äußerst wichtige Areale nicht durch Kauf, sondern nur im Wege des Grundflächentausches beschaffen kann.

Die für Projekte der Stadtplanung erforderlichen Grundflächen machen die Erwerbung bedeutender, mehrere Millionen Quadratmeter umfassender Areale in verschiedenen Teilen Wiens und in verschiedenen Dringlichkeitsstufen nötig, vor allem in Liesing, Atzgersdorf, Erlaa, Siebenhirten, Favoriten, Ober-Laa-Stadt, Hirschstetten, Stadlau, Kagran, Groß-Jedlersdorf, Floridsdorf und Strebersdorf, aber auch in Teilen des 12., 15., 16. und 20. Bezirkes.

./.

Die Magistratsabteilung 41, Stadtvermessung: Die großen Anforderungen hielten auch im Jahre 1959 unvermindert an.

Von diesen Arbeiten dürften einige wohl allgemeines Interesse verdienen: So zum Beispiel wurden für das große Verkehrsbauwerk am Südtiroler Platz sämtliche Absteckungsarbeiten durchgeführt. Derzeit sind bereits die umfanreichen Vorarbeiten und Berechnungen für die Absteckungsarbeiten zum Umbau der Schottentorkreuzung im Gange. Das gleiche gilt für den Neubau der Straßenbrücke über die Nordwestbahn im Zuge der Prager Straße, wo wegen der schwierigen Konstruktion besonders genaue Messungen notwendig sind.

Die Vermessungsarbeiten in der wilden Siedlung "Augustiner-Wald", einem der schwierigsten Vermessungsgebiete Wiens, werden noch in diesem Jahr beendet.

Die im Vorjahr begonnenen provisorischen Stadtkartenwerke 1 : 10.000 und 1 : 5.000 wurden fertiggestellt und haben in erster Linie der Stadtplanung, aber auch vielen anderen Dienststellen bereits wertvolle Hilfe geleistet.

An Hand dieser Stadtkarte wird soeben ein neuer, vervielfältigungsfähiger Grundbesitzplan der Stadt Wien angefertigt.

Ein Übersichtsplan 1 : 10.000 aller Wiener Wahlsprengel wird als Hilfsmittel für die Stadtplanung und die Magistratsabteilung 66 zur Bearbeitung der Verkehrs- und Einwohnerstatistiken angefertigt.

Als Wettbewerbsgrundlage für das zentrale Gebiet von Floridsdorf wurde ein Plan in 22 Blättern im Maßstabe 1 : 500 hergestellt.

Die Anwendung der Luftbildmessung macht weiterhin gute Fortschritte. Für die neue Stadtkarte 1 : 2.000 ist nunmehr schon ein Fünftel des Wiener Stadtgebietes neu kartiert.

./.

Die Magistratsabteilung 43, Friedhöfe: Im Jahre 1959 machte die Konsolidierung der als Betrieb geführten Abteilung weitere Fortschritte. Die seinerzeit bei der Schillingseröffnungsbilanz durchgeführte Bestandaufnahme wurde ergänzt und das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen des Friedhofbetriebes, der Städtischen Friedhofgärtnerei und der Städtischen Steinmetzwerkstätte in einer neu angelegten Kartei festgehalten.

Der Voranschlag 1960 sieht Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 50 Millionen Schilling vor und ist somit ausgeglichen. Der Rechnungsabschluß wirft Einnahmen von insgesamt 43,138.000 Schilling aus. Da seit einigen Jahren keinerlei Erhöhung von Gebühren, Entgelten oder Preisen bei der Magistratsabteilung 43 eintrat, ist die Steigerung der Einnahmen um 6,862.000 Schilling oder fast 16 Prozent innerhalb der letzten zwei Jahre ausschließlich auf Maßnahmen der Betriebsleitung zurückzuführen.

Mit den im Jahre 1960 zur Verfügung stehenden neun Millionen Schilling für Bau- und Gartengestaltungszwecke kann nur ein halbwegs zufriedenstellender Zustand auf den städtischen Friedhöfen, nicht aber ein besonderes Aussehen der Anlagen und Gebäude erzielt werden. Es muß daher entweder eine weitere Steigerung der Einnahmen angestrebt oder es müssen für den Betrieb außerordentliche Mittel bereitgestellt werden.

Mit Hilfe der vor Jahresfrist abgeänderten Kundmachung über die Benützung der Friedhöfe konnte endlich eine tragbare Ordnung für den motorisierten Fahrzeugverkehr in den Friedhöfen geschaffen werden. Für Mopeds, Roller, Motorräder und übrigens auch für Fahrräder wurde ein generelles Fahrverbot erlassen und damit ein Großteil der Störungen von Ruhe und Ordnung ausgeschaltet. Für Personenkraftwagen wurde lediglich auf dem Wiener Zentralfriedhof wegen seiner großen Ausdehnung ein weitmaschiges Straßennetz zur Benützung freigegeben. Beobachtungen in den letzten zwei Jahren haben die seinerzeitige Annahme bestätigt, daß trotz aller Maßnahmen die Anzahl der in den Wiener Zentralfriedhof einfahrenden Personenkraftwagen ständig zunehmen wird. Schon damals wurde vom Gemeinderatsausschuß VII der Beschluß gefaßt, in absehbarer Zeit den Personenkraftwagenverkehr einzustellen und ein billiges, für alle Friedhofbesucher zur Verfügung stehendes öffentliches Verkehrsmittel einzurichten.

./.

Die beabsichtigte Fahrroute verläuft so, daß jede Stelle des Friedhofes höchstens 300 Meter und die drei Aufbahrungshallen sowie die Dr. Lueger-Gedächtniskirche höchstens 100 Meter von ihr entfernt sind. Die vor einiger Zeit in Angriff genommenen Vorarbeiten betreffen vorerst die aus Gründen der Verkehrssicherheit notwendige Schaffung eigener Fußgeherbankette entlang der Fahrstraßen. Dazu müssen etwa 3.200 Gräber verlegt, bezw. aufgelassen werden. Bei der weitaus größeren Zahl dieser Gräber sind keine Schwierigkeiten vorhanden, da ein Teil von ihnen seinerzeit nicht belegt worden ist, wegen Verwahrlosung und mangelndem Interesse von Hinterbliebenen eingezogen werden oder heimgefallen ist, bezw. in Kürze heimfallen wird. Es verbleiben somit einige 100 Gräber in aufrechtem Benützungsrecht. Von diesen ist bei mehr als 100 das Umlegungsverfahren im Einvernehmen mit den Hinterbliebenen bereits in die Wege geleitet oder durchgeführt. Diesbezügliche Beschwerden haben sich bisher nicht ergeben. Über die Art des Verkehrsmittels wird erst zum gegebenen Zeitpunkt eine Entscheidung getroffen werden.

Die Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten war bei der Projekterstellung zahlreicher Bauvorhaben und Planungen der Magistratsabteilung 28 und der Gruppe Stadtplaner beteiligt und hat weiter im Einvernehmen mit der Polizeidirektion Wien die Verkehrsmaßnahmen für alle Großbaustellen festgelegt. Als Straßenverwaltung hat die Abteilung in den abgelaufenen neun Monaten 823 Verkehrszeichenständer mit 2.860 Verkehrszeichen aufgestellt.

Zur Unterstützung der Wirtschaft auf dem Gebiete der Verladetätigkeit auf der Straße wurden Ladezonen geschaffen, die besonders zahlreich in den Bezirken 1, 6 und 7 aufscheinen. Ferner wurde die Kennzeichnung einer Kurzparkzone in einem Teilgebiet der Inneren Stadt durchgeführt.

Einen besonderen Platz im Arbeitsgebiet der Straßenverwaltung nehmen die Bodenmarkierungen ein. In einem eingangs erwähnten Zeitabschnitt wurden allein 7.100 Quadratmeter Bodenmarkierungen in Form von Leitlinien und Zebraübergängen sowie 1.166 Pfeilen in Nachtarbeit und 3.360 Quadratmeter sowie 50 Pfeilen in Tagesarbeit ausgeführt.

./.

Diese Arbeiten werden im kommenden Jahr eine wesentliche Steigerung erfahren. Künftighin sollen Verkehrszeichen, deren Sichtbarkeit während der Dunkelheit stark beeinträchtigt ist, in transparenter Art ausgeführt werden. Dies gilt auch für Wegweiser- und Vorwegweisertafeln.

Bei der Landesprüfstelle für das Kraftfahrzeugwesen wurden im Berichtszeitraum bisher 6.446 Kraftfahrzeuge einzelgeprüft und 905 sonstige Überprüfungen vorgenommen. Vor insgesamt 1.985 Lenkerprüfungskommissionen haben in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. September insgesamt 31.864 Kandidaten Prüfungen abgelegt. Die Gesamtzahl der Prüfungen beträgt 39.564, davon nicht bestanden 18.004.

Im Verwaltungsjahr 1959 war es infolge der beträchtlichen Erhöhung der im Voranschlag hiefür bereitgestellten Mittel erstmals möglich, eine größere Anzahl von Projekten zur Errichtung von automatischen Verkehrslichtsignalanlagen in Angriff zu nehmen. Auch der Umbau bestehender handgeregelter Signalanlagen auf automatischen Betrieb wurde fortgesetzt. An technischen Neuerungen sind zu erwähnen: Fortführung der Versuche zur Verbesserung der optischen Wirkung von Fußgängersignalen, Verbesserung der Grünpfeilwirkung, Versuche zur Einführung von Rot- und Gelbpfeilsignalen. Erprobung eines ausländischen elektronischen Schaltgerätes. Versuche zum Ersatz der konventionellen Schalttableaus durch vereinheitlichte und leicht zu bedienende Drucktastengeräte. Planungsarbeiten für die Errichtung einer künftigen Zentralstelle für eine "Grüne Welle - Gürtelstraße", Bestellung einer transportablen Signalanlage.

Begonnen wurde mit Planungsarbeiten für die Signalgruppe "Schottentor" und für Signalanlagen im Zuge der Ringstraße zwischen Bellaria und Oper sowie der Kreuzungsstellen rings um die Oper.

Projekte für das Verwaltungsjahr 1960: Signalgruppe "Uhlplatz", insgesamt fünf Kreuzungsstellen im Bereiche der inneren und äußeren Gürtelstraße, Ringstraße-Bellaria, Ringstraße-Äußeres Burgtor, Ringstraße-Babenbergerstraße, Ringstraße-Operngasse.

./.

Umbau der handgeregelten Anlage Lastenstraße - Wiedner Hauptstraße auf automatischen Betrieb und Zusammenschaltung mit neu zu errichtenden Anlagen an den Kreuzungsstellen Wiedner Hauptstraße - Friedrichstraße und Friedrichstraße - Nibelungengasse, bezw. Friedrichstraße - verlängerte Operngasse (Versuch einer Koordinierung mit den Signalen rings um die Staatsoper, bezw. im Zuge der Ringstraße). Währinger Straße - Spitalgasse - Nußdorfer Straße (Umbau auf automatischen Betrieb), Praterstern (drei koordinierte Signalanlagen an den Einmündungen der Praterstraße, Lassallestraße und Ausstellungsstraße in den Kreisring), Friedensbrücke - Rossauer Lände, Wallensteinplatz, Umbau auf automatischen Betrieb und Koordinierung mit den neu zu errichtenden Anlagen, Wallensteinplatz - Klosterneuburger Straße, sechs Kreuzungsstellen der Laxenburger Straße und Favoritenstraße mit der Landgutgasse, Quellenstraße und Gudrunstraße und Koordinierung mit den bestehenden automatischen Signalanlage am Columbusplatz, Mexikoplatz, Signalgruppe "Schottentor", im Anschluß an das Umbauprojekt im Raum Schottentor, umfassend neben der Hauptkreuzung Schottentor - Ringstraße noch etwa zehn bis vierzehn automatische und koordinierte Kreuzungsstellen im Raume Ringstraße - Universitätsstraße - Berggasse - Rossauer Lände, Schaffung einer zentralen Überwachungsstelle für die Signalgruppe und Koordinierung mit der bestehenden Signalgruppe "Ringturm", weitere kleinere acht bis zehn Signalanlagen auf Grund von Anträgen der Bezirksvorsteher und der Polizeidirektion Wien.

Die Magistratsabteilung 49, Stadtforstamt: In den Wienerwaldrevieren wurden im Rahmen der Arbeiten für die Verschönerung des Landschaftsbildes sämtliche Abzäunungen und Gitter abgetragen, Wege und Brücken hergerichtet und Bänke aufgestellt. Das knapp zugemessene Budget gestattet es jedoch nicht, den vielfachen Wünschen auf Ausgestaltung des Wald- und Wiesengürtels mit Bänken, Lagerwiesen und ansprechenden Hinweistafeln in noch höherem Maße zu entsprechen.

Im Revier Lobau wurden im Zuge der Ausbauarbeiten für den Ölhafen Wien nach Einholung der forstbehördlichen Genehmigung 450 Festmeter geschlägert und die Waldfläche freigemacht. Im Lainzer Tiergarten wurden weiter Straßen ausgebessert und die neu errichtete Straße von der Hermesvilla zum Rohrhaus mit einem Oberflächenbelag versehen.

./.

Das Rasthaus am Hirschgstemm konnte fristgerecht der Benützung übergeben werden und bildet zweifelsohne einen starken Anziehungspunkt für die Tiergartenbesucher. Die Besucherzahl des Lainzer Tiergartens ist von 174.000 im Jahre 1958 auf über 216.000 im Jahre 1959 gestiegen. Zur Frage des weiteren Schicksales der Hermesvilla ist weder der Presse noch dem Stadtrat auch nur eine einzige Zuschrift zugegangen, die sich für ihren weiteren Bestand ausgesprochen hätte. Diese Tatsache wäre einer Entscheidung über das künftige Schicksal der Hermesvilla mit Recht zugrundezulegen.

In den Quellschutzforsten wurden auch heuer wieder Forststraßen verlängert und instandgesetzt, Brücken und Durchlässe erneuert. Am Schütterboden auf der Rax wurde eine 500 Meter lange Schlagseilbahn als Zubringerbahn zur bestehenden Seilbahn errichtet. Dadurch ist es möglich, daß geschlägerte Holz raschest ohne Qualitätsverlust ins Naßtal und weiter zum städtischen Sägewerk Hirschwang zu bringen. Die wolkenbruchartigen Regenfälle in der Zeit vom 18. bis 21. Juli verursachten in den Quellgebieten der I. und II. Hochquellenleitung umfangreiche Schäden an Straßen, Brücken und Uferschutzbauten und Gebäuden. Der Gesamtschaden beträgt 740.000 Schilling.

Für das kommende Jahr ist unter anderem im Rahmen der Ausgestaltung des Landschaftsschutzgebietes Wiener Wald als Ausflugs- und Erholungsgebiet für die Großstadtbevölkerung die Aufforstung des Gebietes "Roter Berg" und die Instandsetzung der "Schwarzenbergallee" in Neuwaldegg vorgesehen.

Am Schluß seines Berichtes dankte der Referent den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für die stets von größter Sachlichkeit getragene Mitarbeit. Auch allen Angestellten und Arbeitern seiner Verwaltungsgruppe dankte er für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit und ersuchte um Annahme des Voranschlages der Verwaltungsgruppe VII (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas unterbricht hierauf um 19.10 Uhr die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Samstag, den 19. Dezember, um 9 Uhr, mit der Debatte über das Kapitel VII fortgesetzt werden. Als erster Redner spricht GR. Hausner (KLS). Die morgige Sitzung wird voraussichtlich bis 14 Uhr dauern.

\- - -

Neuer Rekord bei den Wiener E-Werken

18. Dezember (RK) Nachdem, wie bereits berichtet, erst vor wenigen Tagen die Wiener Elektrizitätswerke einen bisher nicht verzeichneten Tagesverbrauch von sieben Millionen Kilowattstunden erreicht haben, wurde am Mittwoch, dem 16. Dezember, eine neue Rekordleistung erzielt. An diesem Tag erreichte erstmalig die Spitzenleistung der Wiener E-Werke 400.000 Kilowatt, ein Wert, der seit dem Bestand der E-Werke noch nicht verzeichnet worden war. Bemerkenswert ist, daß im Kriegsjahr 1941 erstmalig eine Spitzenleistung von 200.000 Kilowatt, also die Hälfte des jetzigen Wertes, erreicht worden ist und daß im Jahre 1954 die Spitzenleistung erstmalig 300.000 Kilowatt betrug.

\- - -

150. Geburtstag von Anton Perger

18. Dezember (RK) Am 20. Dezember 1805 wurde in Wien der Maler und Kunstschriftsteller Anton Perger geboren.

Nach der in seiner Heimatstadt und in Rom verbrachten Studienzeit wirkte er als Professor für Anatomie an der Akademie der bildenden Künste. 1853 wurde er Skriptor, 1871 Kustos an der Hofbibliothek. Am 14. April 1876 ist er in Wien gestorben. Sein künstlerisches Schaffen ging neben seinem eigentlichen Beruf einher. Von ihm befinden sich vier Aquarelle und Hunderte von Zeichnungen im Historischen Museum der Stadt Wien. Bekannt sind auch die beiden Ölbilder "Das Wunder der Brotvermehrung" und das Gruppenbild der Mitglieder der Künstlervereinigung "Grüne Insel".

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Zwei Millionen Kilo Geflügel für Weihnachten

Wiener Märkte sind reich beschickt

19. Dezember (RK) Wie das Marktamt der Stadt Wien mitteilt, ist auch heuer der Lebensmittelmarkt für die bevorstehenden Weihnachtsfeiertage reichlich beschickt. So werden nicht nur 343 Tonnen inländische Süßwasserfische - größtenteils Karpfen, aber auch Schleien, Hechte und Welse - zur Verfügung stehen, sondern auch noch Zander-Lieferungen aus Polen erwartet. Der Markt ist ferner mit 320 Tonnen Seefischen - Kabeljau, Kabeljaufilet, Goldbarsch, Goldbarschfilet, Angler, Makrelen usw - bereits beliefert. Weitere 80 Tonnen dieser Fischsorten sind im Anrollen. An Sortenfischen wie Steinbutt, Schollen, Seezungen usw. sind 7 Tonnen bereits auf dem Markt, so daß mit einer gesamten Belieferung von mehr als 400 Tonnen Seefischen gerechnet werden kann. Sollten diese Mengen wider Erwarten nicht ausreichen, um eine unerwartet große Nachfrage zu decken, sind weitere Bezugsmöglichkeiten aus den Bundesländern gegeben.

Auch der Geflügelsektor weist wieder eine reichhaltige Beschickung auf. Aus dem Inlande stehen bisher rund 400 Tonnen Hühner - Back- und Brathühner, Pularden und Suppenhühner - sowie 130 Tonnen Gänse und 130 Tonnen Enten, zusammen somit 660 Tonnen Geflügel zur Verfügung. Dazu kommen Geflügelimporte und zwar 250 Tonnen Hühner, 300 Tonnen Gänse und 150 Tonnen Enten aus Ungarn, 330 Tonnen Hühner und 240 Tonnen Enten aus Holland sowie 150 Tonnen Gänse aus Polen. Der Geflügelmarkt wird daher mit mindest zwei Millionen Kilo beschickt sein.

./.

Inlandsanlieferungen und Importe aus Dänemark und Holland werden den zu den Feiertagen üblicherweise gesteigerten Eierbedarf decken, so daß Preiserhöhungen nicht zu erwarten sind.

Auch Wildbret wird heuer in größeren Mengen zur Verfügung stehen. So wurden bisher 72 Tonnen Hasen, 29 Tonnen Rehe, 79 Tonnen Hirsche und 9 Tonnen Gemsen auf den Markt gebracht.

Hinsichtlich Rind-, Kalb- und Schweinefleisch kann die erfahrungsgemäß verringerte Nachfrage ohne Schwierigkeit gedeckt werden.

Wenn auch im heurigen Jahre etwas weniger inländische Tafeläpfel auf dem Markte sind, so wurde durch Importe ein entsprechender Ausgleich getätigt. Darüber hinaus bieten die reichlichen Importe von italienischen und auch spanischen Orangen bei verhältnismäßig günstiger Preislage eine wertvolle Ergänzung des heimischen Obstmarktes. Auch die Gemüseaufbringung ist voll gesichert. Lediglich die Belieferung des Marktes mit Salat kann saisonbedingt nur durch Importe aus Italien und Spanien erfolgen.

Das Hauptgeschäft auf dem Lebensmittelsektor ist wohl erst in den letzten Tagen vor Weihnachten zu erwarten, doch kann heute schon gesagt werden, daß alle Vorkehrungen getroffen wurden, um den Wünschen der Wiener auch hinsichtlich der kulinarischen Genüsse vollauf gerecht zu werden.

\- - -

Die Radiorede des Bürgermeisters.

19. Dezember (RK) Morgen, Sonntag, spricht Bürgermeister Jonas um 19.45 Uhr im Ersten Programm von Radio Wien in der Sendereihe "Wiener Probleme" über die lebenswichtige Bedeutung der städtischen Betriebe und Unternehmungen.

\- - -

Wien - Stadt in Europa

Jahrbuch der Stadt Wien 1958 ist erschienen

19. Dezember (RK) Soeben ist das "Jahrbuch der Stadt Wien 1958" erschienen. Das Halbleinenbuch ist 580 Seiten stark. Der erste Teil des Buches heißt "Die Verwaltung der Stadt Wien im Jahre 1958". Er umfaßt 232 Seiten und 100 Illustrationen. Der zweite Teil ist das "Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1958" mit 348 Seiten. Das Buch ist beim Verlag für Jugend und Volk, 1, Tiefer Graben 7, zu beziehen. Es kostet 100 Schilling. Nachstehend bringen wir einen Auszug:

Das soeben erschienene Jahrbuch der Stadt Wien 1958 enthält in seiner Einleitung eine Würdigung des Europagedankens. Einer Schilderung der Bemühungen der Wiener Stadtverwaltung um Förderung dieser großen Idee, vor allem durch Abhaltung der Tagung der europäischen Presse im Februar 1958 und Veranstaltung des Europagesprächs im Juni 1958, folgt der Bericht über die Verleihung des Europapreises, den Bürgermeister Jonas im Oktober 1958 für die Stadt Wien empfing. Von Bedeutung ist ferner der Bericht über die anläßlich der 40. Wiederkehr des Gründungstages der Republik Österreich im Wiener Rathaus veranstaltete Festsitzung, in der Landtagspräsident Marek in einer großen Rede jener bedeutenden Männer gedachte, die in den schweren Tagen der Jahre 1918 und 1919 der demokratischen Idee in Österreich den Weg bahnten. Aus der Aufzählung wichtiger Veranstaltungen ist die 3. Pugwash-Konferenz hervorzuheben, deren Teilnehmer Gäste der Stadt Wien waren.

Einen breiten Platz nimmt der Abschnitt über das Bauwesen ein, in dem berichtet wird, daß die Gemeinde Wien im Jahre 1958 der Bauwirtschaft insgesamt 1.5 Milliarden Schilling zur Verfügung stellte. So konnte das bedeutendste Straßenbauprojekt seit Kriegsende, der Umbau des Südtiroler Platzes, im Rohbau fertiggestellt werden. Die umgebaute Kreuzung Schottenring - Kai wurde dem Verkehr übergeben, ebenso die neue Straßenbrücke über die Hafeneinfahrt Freudenau, die eine Spurweite des Hauptfeldes über dem Kanal von 89.4 Meter. Der große Wasserbehälter bei Neusiedl am Steinfeld wurde fertiggestellt. Der soziale Wohnungsbau wurde mit der Errichtung von mehr als 5.000 wohnungen fortgesetzt, die 50.000. seit Kriegsende fertiggestellte Wohnung wurde der Benützung übergeben. ./.

Auf dem Gebiete von Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung wird über eine bedeutsame Eröffnung berichtet: die Wiener Stadthalle auf dem Vogelweidplatz wurde am 21. Juni durch Bundespräsident Dr. Schärf feierlich ihrer Bestimmung übergeben, und seither haben darin die verschiedensten Veranstaltungen der Volksbildung, der Kunst und des Sportwesens stattgefunden. Die Gemeinde Wien hat überdies im Jahre 1958 weitere öffentliche Bauten fertiggestellt: eine neue Schule in Stammersdorf, die noch im gleichen Jahre eröffnet wurde, und das Historische Museum auf dem Karlsplatz, in dem auch die Einrichtung der Sammlungen so weit fertiggestellt wurde, daß die Eröffnung für das Frühjahr 1959 vorbereitet werden konnte. Auch das in Hietzing errichtete zweite Jugendgästehaus konnte seiner Bestimmung übergeben werden. Als wichtigste künstlerische Veranstaltung des Kulturamtes wird die Van Gogh-Ausstellung hervorgehoben, die von mehr als 140.000 Personen besucht wurde. Zur Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse in den Wiener Randbezirken wurde eine Autobusbücherei eingerichtet, die in kurzer Zeit mehr als 1.000 Leser gewann. Die Stiftung der Josef Kainz-Medaille, die alljährlich drei Vertretern der Schauspiel- und Regiekunst verliehen werden soll, und der Ankauf eines Glockenspiels für den Rathausturm sind in der Öffentlichkeit sichtbare Zeichen der kulturellen Aufgeschlossenheit der Wiener Stadtverwaltung; daneben aber zählt der Verwaltungsbericht eine Fülle von tiefenwirksamen Einrichtungen und Veranstaltungen auf, die der gesamten Bevölkerung dienen.

Auf dem Gebiet des Schulwesens wurden die Tabellen über die mittleren Lehranstalten erweitert, in jene über die Stipendien der Hochschüler wurde erstmals die Bezugsquelle aufgenommen. Die Veranstaltungen der neuen Wiener Stadthalle sind in einer besonderen Tabelle zusammengestellt.

Ebenso liest man im Bericht über das Wohlfahrtswesen von Einrichtungen in großer Zahl, die der Verwaltung die vielfältigsten Arbeiten verursachen; und das Echo, das der zur Brüsseler Weltausstellung entsandte Wiener Kindergarten in der Öffentlichkeit gefunden hat, ist auch zugleich ein Zeichen für die weit über die österreichischen Grenzen hinausreichende Anerkennung, die schon früher zahlreiche Fachleuchte zum Studium der Wiener Sozialeinrichtungen veranlaßt hat. ./.

Neben diesen ins Auge fallenden Leistungen der Gemeindeverwaltung schildert der Bericht die umfangreiche Kleinarbeit auf allen übrigen Verwaltungsgebieten, wie etwa Gesundheitswesen, Wirtschaftsangelegenheiten, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und Personalwesen. Die Städtischen Unternehmungen setzten die Arbeitsrationalisierung fort, als besondere technische Leistung ist die Qualitätsverbesserung des Stadtgases durch Aufnahme des Betriebes der Wasserdampfspaltanlage zu vermerken.

Der zweite Teil des Jahrbuches der Stadt Wien enthält in 342 statistischen Tabellen das Material, aus dem die zahlenmäßigen Unterlagen für demographische, soziale, wirtschaftliche, administrative und viele andere Fragen, soweit sie Wien betreffen, entnommen werden können. Die Darstellung folgt im wesentlichen der Einteilung des Vorjahres, doch wurden auch einige neue Tabellen aufgenommen.

So wurde z. B. die für die Kenntnis der Frühgeburtenfrequenz wichtige Aufteilung der Geborenen nach Länge und Gewicht bei der Geburt erstmals für ehelich und unehelich geborene Kinder getrennt vorgenommen.

Die Tabellen über die wirtschaftliche Struktur der Bevölkerung wurden durch eine Aufgliederung nach Fachgruppen der gewerblichen Wirtschaft vermehrt, auch über die in Wien befindlichen Lehrwerkstätten finden sich erstmals Angaben.

Aus den Ergebnissen der Straßenverkehrszählungen ist ersichtlich, daß an einem Tag weit mehr als 100.000 Fahrzeuge in die Innere Stadt hinein- und aus ihr herausfuhren. Stromzählungen des Spitzenverkehrs am Gürtel und Fahrtrichtungszählungen am Schottentor und Matzleinsdorfer Platz geben Aufschluß über die Frequenz dieser Straßen und Plätze.

Mit den Ergebnissen der letzten Nationalrats- und Gemeinderatswahlen sind bereits Daten des Jahres 1959 im Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien 1958 aufgenommen worden, das im allgemeinen Zahlen für 1958 enthält, wobei zu Vergleichszwecken auch die wichtigsten Ergebnisse für die zurückliegenden Jahre bis 1954 angeführt werden.

Dieses repräsentative Werk der Wiener Stadtverwaltung ist für jedermann interessant. Vor allem aber bietet es öffentlichen Dienststellen und größeren Unternehmungen wichtige Unterlagen für ihre Tätigkeit.

\- - -

Die Hilfsplätze des Wiener wintersport-Unfalldienstes

19. Dezember (RK) Die drei Wiener Landesverbände des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Österreichischen Bergrettungsdienstes und des Roten Kreuzes haben sich für diesen Winter zum 29. Mal vereinigt, um an schneereichen Wochenenden und Feiertagen verunglückten Wintersportlern in der Umgebung Wiens erste Hilfe zu bringen. Die Rettungsmänner des WUD werden wie bisher von Polizei und Gendarmeriestreifen bei ihrem Samariterdienst unterstützt. Bei schweren Unfällen wird der Wiener städtische Rettungsdienst verständigt, der den Transport in eines der nächsten Spitäler durchführt.

Die Arbeitsgemeinschaft ersucht alle Sportler dringend, durch Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme Unfälle zu vermeiden, damit sich der Sinn der gesunden Erholung nicht ins Gegenteil verkehre.

An folgenden 39 Punkten des Wienerwaldes befinden sich Hilfsstellen:

Ab Strebersdorf (Straßenbahn 132):	
Bisamberg	KF.Heim
Ab Nußdorf (Straßenbahn D):	
Eiserne Hand	Gasthaus Holzl
Ab Grinzing (Straßenbahn 38):	
Häuserl am Berg	Gasthaus Schluche
Krapfenwaldl	Offener Posten - Streifendienst
Ab Sievering (Straßenbahn 39):	
Jägerwiese	Gasthaus
Rohrerwiese	Gasthaus "Grüß di a gott, Wirt"
Dreimarkstein	Gasthaus
Weidlingbach	Offener Posten - Streifendienst
Ab Neuwaldegg (Straßenbahn 43):	
Hameau	Gasthaus
Rohrerhütte	Gasthaus
Schottenhof	Forsthaus
Sophienalpe	Gasthaus

./.

Ab Ottakring (Straßenbahn J):	
Jubiläumswarte	Gasthaus
Ab Hütteldorf (Straßenbahn 52):	
Rieglerhütte	Gasthaus
Weidlingau-Sprungschanze	Gasthaus Jäger
Hohe Wandwiese	Gasthaus
Augustinerwald	Gasthaus
Ab Ober-St. Veit (Straßenbahn 58):	
Auerhütte	Gasthaus Auerhütte
Himmelhof	Sanatorium Himmelhofstraße
Roter Berg	Eigene
Ab Mauer (Straßenbahn 60):	
Laab im Wald	Gasthaus
Roppersberg	Wallbergerhütte
Jäger von Dopplerwiese	Offener Posten - Streifendienst
Rother Stadl	Offener Posten - Streifendienst
Ab Rodaun (Straßenbahn 360):	
Bierhäuselberg	Gasthaus Fr. Senn
Kammersteinerhütte	Schutzhaus
Kugelwiese	Gasthaus Beran
Ab Simmering - Favoriten:	
Laaerberg	Offener Posten - Streifendienst
Ab Kaltenleutgeben:	
Talstation	Gasthaus Reiter
Weinerwiese	Gasthaus
Gaisberg	Gasthaus
Neuweg	Gasthaus Sporer
Giesshübl	Gasthaus Schmiedel
Langerwiese	Gasthaus
Norwegerwiese	Schutzhaus Höllenstein
Biermaier	Rettungswagen
Ellinghof	Rettungswagen
Ab Unter-Tullnerbach(Westbahn):	
Troppberg	Gasthaus
Ab Purkersdorf (Westbahn):	
Hochrahmalpe	Gasthaus

- - -

Wiener Gaswerke rechnen zu Weihnachten mit Rekord-Gasverbrauch

19. Dezember (RK) Mit Eintritt der kalten Jahreszeit steigt der Gasverbrauch in Wien rasch an. Besonders die Sonn- und Feiertage bringen in der Zeit von 10 Uhr bis 13 Uhr Bedarfsspitzen, zu deren Bewältigung alle Einrichtungen der Gasverteilung mit ihrer höchsten Leistungsfähigkeit in Betrieb stehen. Die Belastungsspitzen werden dadurch verursacht, daß viele Gasverbraucher in den Vormittagsstunden gleichzeitig kochen, braten oder backen, Warmwasser bereiten und immer mehr auch mit Gas heizen.

Heuer wurden in den Monaten Oktober und November gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahres um durchschnittlich 10 Prozent höhere Gasabgaben verzeichnet. Das berechtigt zu der Prognose einer Rekord-Gasabgabe zu Weihnachten. Es ist nun schon Tradition, daß der Christtag in der Zeit von 11 Uhr bis 12 Uhr die größte stündliche Gasabgabe des Jahres bringt, und zwar nicht nur in Wien, sondern auch in anderen Großstädten. So rechnen zum Beispiel die Hamburger Gaswerke mit einer Weihnachtsspitze von etwa 145.000 Kubikmeter je Stunde, was genügen würde, Klagenfurt einen Monat lang mit Gas zu versorgen. So enorm diese "Gänsebraten-Spitze", wie sie in Hamburg genannt wird, auch ist, sie würde den Verantwortlichen der Wiener Gaswerke keinesfalls "Gänsehaut" verursachen. In Wien wird längst mit einer weit höheren Weihnachts-Spitze gerechnet; sie wird heuer auf 215.000 Kubikmeter geschätzt, weil sie schon im Vorjahr 205.000 Kubikmeter betragen hat.

Die Direktion der Gaswerke richtet wie alljährlich an die Bevölkerung die Bitte, im eigenen Interesse verständnisvoll mitzuwirken, an Sonn- und Feiertagen und besonders zu Weihnachten die Gasentnahme gleichmäßig über einen größeren Zeitraum zu verteilen. So wird dann der Gasdruck nicht übermäßig absinken und die Leistungsfähigkeit der Gasgeräte nicht beeinträchtigt werden. Es wäre schon viel geholfen, wenn die Hausfrauen an Sonn- und Feiertagen mit dem Kochen nicht zu spät beginnen würden. Backwerk läßt sich meist schon einige Tage vorher zubereiten. In dieser kritischen Zeit sollte jede Gasentnahme für die Warmwasserbereitung und die Raumheizung aufs Notwendigste beschränkt werden.

\- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener Rathaus

Debatte über das 7. Hauptstück

19. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute vormittag die Budgetberatungen mit der Debatte über das Kapitel VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, fortgesetzt.

GR. Hausner (KLS) bezeichnet es als unverantwortlich, daß in fast allen Abteilungen dieses Ressorts zu wenig Arbeitskräfte vorhanden sind. Wenn die Reformmaßnahmen der Personalabteilung so aussehen, daß gerade bei so wichtigen Abteilungen wie die Baupolizei Einsparungen vorgenommen werden, so sei dies falsch.

Der Redner kritisert, daß man noch immer Gewerbebetriebe, deren Betriebsart die Ruhe der Bewohner stört, in Wohnhäusern zuläßt. Er fragt ferner, wie die Entscheidungen über die Räumung von Wohnhäusern zustandekommen und meint, es sollte mehr Wert darauf gelegt werden, Wohnraum zu erhalten, als abzureißen.

Zur Hebung der Verkehrssicherheit sollten mehr Fußgängerübergänge, vor allem auch auf den Einfallstraßen an der Peripherie angelegt werden.

Bei der öffentlichen Beleuchtung verweist GR. Hausner auf die Vernachlässigung bestimmter Randgebiete. Er führt den Fall einer Siedlung an, in der sich die E-Werke weigern, einige Häuser an das Stromnetz anzuschließen, während alle übrigen schon seit Jahren mit Elektrizität versorgt sind.

Der Redner wendet sich dann gegen die umfangreichen Schlägerungen in der Lobau und bringt einige Beschwerden über die Friedhofsverwaltung vor.

Abschließend erklärt GR. Hausner, daß seine Fraktion zu den Ansätzen des 7. Hauptstückes nicht ihre Zustimmung geben könne.

GR. Nesset (FPÖ) anerkennt die Leistungen der Gemeinde auf dem Gebiet der öffentlichen Beleuchtung, kritisiert aber, daß noch weite Teile Wiens in tiefes Dunkel getaucht sind, Es wird notwendig sein, hier Taten zu setzen.

./.

In der Bevölkerung herrsche größte Unklarheit darüber, welche Friedhöfe aufgelassen werden sollen. Man sollte bekanntgeben, wie lange die einzelnen Friedhöfe voraussichtlich noch belegt werden. Der Redner beklagt auch, daß die privaten Friedhofsgärtner weitestgehend ausgeschaltet worden seien und die Betreuung der Gräber auf vielen Friedhöfen ausschließlich in den Händen der städtischen Friedhofsgärtnerei liege.

Auf verkehrstechnischem Gebiet fordert der Redner eine stärkere Verkehrserziehung, in die Presse, Rundfunk und Schule eingeschaltet werden müßten, sowie bessere Absicherung von Schulen.

Eine genaueste Überprüfung verlangt er bei der Vergabe von Baubewilligungen. Es gehe nicht an, daß man in Gebieten, die bisher bestenfalls ein- oder zweistöckige Häuser hatten, plötzlich riesige Betonklötze hinstellt, die das gesamte Bild stören. Zum Stadtbild gehöre nicht nur die Innere Stadt, sondern auch der äußere Rahmen. Bei Baubewilligungen im Gebiet des Wald- und Wiesengürtels möge man in Zukunft rigoros vorgehen. Im Süden Wiens sei für Bauvorhaben genügend Land.

Die Freiheitlichen werden dieser Verwaltungsgruppe die Zustimmung erteilen.

GR. Ing. Lust (ÖVP) hebt die Bedeutung der Baupolizei hervor und verweist auf die Gefahren, die durch den Mangel an Bauingenieuren bei der Baupolizei entstehen. Er fordert Abhilfe durch bessere Bezahlung, bessere Aufstiegsmöglichkeit und Förderung jener Studenten der Technischen Hochschule, die die Absicht haben, bei der Gemeinde Wien eine Stellung anzunehmen.

Weiter verlangt er eine Novellierung der Bauordnung, da sie sich jeweils den zeitlichen und technischen Erfordernissen anpassen muß mit dem Ziel, nicht hemmend, sondern fördernd zu wirken. Die Zeit drängt, der werdende Generalstadtplan, die fortschrittlichen Baumethoden bringen eine neue Situation. Der Redner schlägt zur Beratung einer neuen Bauordnung die Einberufung einer Enquete vor.

Als ebenso reformbedürftig bezeichnet er das Garagengesetz und das Gebrauchsgebührengesetz.

./.

GR. Ing. Lust stellt fest, daß in Wien auf dem Sektor der öffentlichen Beleuchtung eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen ist. Man machte sich die neuesten Methoden der Beleuchtungstechnik zu eigen, und verstand es, sie auch zweckmäßig anzuwenden. Zum Kapitel Fortverwaltung meint er, man sollte die Anstrengungen bei der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels noch verstärken und regt den Ankauf des ganzen Deutschordens-Waldes an. Er spricht seine Genugtuung über den guten Besuch des Lainzer Tiergartens aus und schlägt vor, man möge anstatt der bisherigen drei Besuchstage fünf einführen. Ebenso wäre der Bau eines zweiten Rasthauses im Lainzer Tiergarten von Vorteil. Man möge sich auch bald darüber einigen, was mit der baufälligen Hermesvilla geschehen soll.

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen bedauert er, daß die finanziellen Mittel, die für die Verwaltung der Friedhöfe bereitgestellt werden, kaum zu deren Erhaltung ausreichen, geschweige zum Ausbau der Anlagen. Er kritisiert die unzulänglichen Verkehrsmöglichkeiten für Gewerbezweige, die in den Friedhöfen arbeiten. Er verlangt, einer Auswertung der kommunalen Friedhofsbetriebe Grenzen zu ziehen. Zur Frage eines öffentlichen Verkehrsmittels im Zentralfriedhof regt er an, die Route unter Berücksichtigung der Sicherheit der Friedhofsbesucher festzulegen.

Zum Kapitel Verkehrsfragen stellt er fest, daß sich mit der Lösung der Verkehrsplanung sehr viele Stellen befassen, so auch die Magistratsabteilung 46, die allerdings über einen großen Personalmangel klagt. Er meint, man müßte mit der Vermehrung des Personals auch eine Neuorganisierung dieser Abteilung durchführen. Er berührt auch die Frage der zweiten Verkehrsebene und verlangt, man möge dieses wichtige Verkehrsproblem aus der politischen Diskussion herausnehmen. Abschließend begrüßt er die angekündigten Verkehrssignalanlagen und verlangt, man möge auch alle wichtigen Fußgängerübergänge durch Lichtsignalanlagen sichern. Er erklärt dann, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe VII die volle Zustimmung erteilen wird.

Als letzter Debatteredner sprach dann GR. Mayr (SPÖ). Er stellt eingangs fest, daß die Abteilungen der Baupolizei zum großen Teil für das Wohl und Wehe der Sicherheit unserer Bevölkerung die Verantwortung trage und daß daher ihre Arbeit von größter Bedeutung ist. Die Stadtvermessung schaffe die Grundlagen für unsere Stadtplanung, deren Wichtigkeit allgemein anerkannt wird. Er wendet sich

./.

in diesem Zusammenhang gegen einige Vorwürfe und zieht dabei Vergleiche zwischen der Gegenwart und der Planung, wie sie in den Jahren nach 1934 in Wien von der damaligen autoritären Stadtverwaltung praktiziert wurde. Damals, sagte er, wurde auch ein Assanierungsgesetz beschlossen, nach dem dann geplant wurde. Er zeigt an Hand einiger Beispiele wie "geplant" wurde. Für Wien ist es in der heutigen Zeit unerträglich geworden, daß uns noch immer ein modernes, brauchbares Assanierungsgesetz vorenthalten wird. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die in der letzten Regierungserklärung versprochene Schaffung eines solchen Gesetzes nicht allzulange auf sich warten läßt.

Auf die Leistungen bei der öffentlichen Beleuchtung können wir stolz sein. Vergleicht man die 84.550 Lampen Wiens mit dem Stand der Straßenbeleuchtung in anderen Städten, dann können wir zufrieden sein. In Berlin zum Beispiel, daß flächenmäßig größer ist als die österreichische Bundeshauptstadt, wird schon der Stand von 64.800 Straßenlampen mit großer Befriedigung akzeptiert. Er begrüßt den schnell fortschreitenden Umbau der Gasbeleuchtung auf elektrisches Licht und stellt fest, daß es den Technikern der Stadtverwaltung gelungen ist, die Leuchten so zu entwickeln, daß sie auch gut in das Stadtbild passen. Er beschäftigt sich dann mit der Beleuchtung der Ausfahrtstraßen und den Bemühungen, diese wichtigen Verkehrswege durch modernste Lampen zu erhellen. So wird nun auch die äußere Triester Straße mit modernen Lichtquellen ausgestattet. Der Redner bedauert, daß dieses gute Licht nur bis zur Stadtgrenze reicht; darüber hinaus fehle jedwede Straßenbeleuchtung. Man komme dann eben ins "schwarze" Niederösterreich.

Der Redner begrüßt grundsätzlich jede Automatisierung der bestehenden Verkehrsanlagen. Auch er setzt sich für den besten und weitgehendsten Schutz der Fußgänger ein. Er stellt fest, daß die Lösung der Verkehrsaufgaben der Stadtverwaltung sehr teuer kommt, wie auch aus den für die Verkehrssignalanlagen bereitgestellten Ansätzen zu ersehen ist.

Der Redner kommt sodann auf die Autobahneinfahrt nach Wien zu sprechen, die keinesfalls beim Auhof ihr Ende finden dürfte. Die Wiener Bevölkerung müsse auf ihrem Recht bestehen, daß die Autobahn zumindest bis zum Gürtel geführt wird. Sollte es keine

./.

Möglichkeit geben, die Trasse außerhalb des Lainzer Tiergartens zu führen, so müßte als Äquivalent der Tiergarten auf der Laaber Seite vergrößert werden. GR. Mayr kommt sodann auf das Schienenparkverbot zu sprechen, das vom Verfassungsgerichtshof als ungesetzlich bezeichnet wurde. Er bezeichnet es für unser Stadtbild als untragbar, an allen Schienenstraßen Parkverbotstafeln aufzustellen. Vielleicht könnte - falls man das Schienenparkverbot beibehalten will - in das neu zu beschließende Straßenverkehrsgesetz ein Passus aufgenommen werden, der das Aufstellen von Parkverbotsschildern in den Schienenstraßen erübrigt. Der Redner richtet die Bitte an die Kraftfahrer, durch Disziplin ihren Teil zur flüssigen Verkehrsabwicklung beizutragen.

Er kommt sodann auf die Leistungen auf dem Friedhofssektor zu sprechen. Hier wurde in den letzten Jahren sehr viel getan. Natürlich wirken sich die neuen Gesetze und Verordnungen noch nicht so rasch aus und es gebe auf einigen Friedhöfen noch immer Steinmonumente zu sehen. Die Sozialisten werden versuchen einen Weg zu finden, um in nächster Zeit für die weitere Ausgestaltung der Friedhöfe größere Mittel zur Verfügung stellen zu können. Bezüglich der Benützung der Fahrwege durch Gewerbetreibende ist zu sagen, daß die Stadtverwaltung den Gewerbetreibenden weitgehend entgegengekommen ist. Man müsse jedoch auf den Friedhöfen etwas mehr Pietät an den Tag legen. Auch Personenkraftwagen sollten nur dann den Friedhof befahren, wenn sie wirklich gehbehinderte Personen befördern.

Auf dem Gebiete der städtischen Forste sei alles getan worden, um den Wald- und Wiesengürtel zu erhalten, den Waldbestand in den Quellgebieten zu schützen und bei den Schlägerungen keinen Raubbau zu treiben. Die Aufforstung am Laaer Berg habe sich gut bewährt. Es wäre zu wünschen, daß Niederösterreich in seinen von der Versteppung bedrohten Gebieten ähnliche Maßnahmen durchführen würde. Der Redner richtet den Appell an die Lehrer, Lehrausflüge in den Lainzer Tiergarten zu unternehmen. Es wäre auch zu wünschen, daß der Tiergarten an einigen Wochentagen zugänglich wäre.

Zur Kritik des KLS-Gemeinderat Hausner bezüglich Benachteiligung der Randbezirke stellt der Redner fest, daß die Stadt

./.

Wien in den Randbezirken große Leistungen vollbracht hat. Wären diese Gebiete nicht von Wien verwaltet, hätte man für all diese Neuerungen wahrscheinlich 50 Jahre gebraucht. (Beifall bei den Sozialisten.) FPÖ-Gemeinderat Nesset könne man bezüglich seiner Kritik an der Beleuchtung in Mauer nur erwidern, daß jetzt im 23. Bezirk um rund 2.000 Lampen mehr installiert sind, als im "Tausendjährigen Reich". Im übrigen setze sich der Bezirksvorsteher auch für weitere Verbesserungen ständig ein. Zur Forderung nach Abschrankungen vor den Schulen ist zu sagen, daß solche Abschrankungen bei allen Schulen vorhanden sind, die an Hauptverkehrsstraßen liegen. Im übrigen machen vor allen Schulen Wachebeamte Dienst, die den Kindern das Überqueren der Straßen ermöglichen. Besonders geschulte Wachebeamte halten während des Unterrichtes in den Schulen auch Vorträge und plaudern mit den Kindern über Verkehrserziehung. Zur Forderung nach Parkgaragen ist zu sagen, daß der Wiener vielfach kein Herz für sein Auto hat. Eine in Opernnähe errichtete Parkgarage sei während des Tages oft nur sehr schwach belegt.

Seine Fraktion werde den Ansätzen ihre Zustimmung geben.

Stadtrat Lakowitsch kommt in seinem Schlußwort auf die Ausführungen des KLS-Gemeinderat Hausner über die "wilden" Siedlungen zu sprechen. Man müßte hier endlich einmal zu einer Entscheidung kommen. Man müßte einen Zeitpunkt bestimmen und alle jene Baulichkeiten, die etwa vor zehn bis zwanzig Jahren nicht ganz den Vorschriften entsprechend errichtet wurden, sanktionieren. Gegen alle jene, die jetzt gegen die Vorschriften bauen, müßte man jedoch schärfstens vorgehen. Die Größe der Baulichkeiten in Kleingärten wurde durch das erst kürzlich beschlossene Kleingartengesetz festgelegt. Es müsse eben einen Unterschied zwischen Bauland und Kleingärten geben. Schließlich handelt es sich hier um die Gesundheit unserer Bevölkerung. Was die Lärmbelästigung durch Gewerbebetriebe in Wohnhäusern betrifft, so haben wir leider keine gesetzliche Regelung. Zur Kritik an der Baupolizei: die Beamten überlegen alles sehr genau, bevor sie sich zu einem Räumungsauftrag entschließen. Man darf ja auch die große Verantwortung nicht vergessen, wenn eine Räumung nicht angeordnet

./.

wird und es passiert dann etwas.

In der nächsten Zeit werden wieder durch Lichtsignale gesteuerte Fußgeherübergänge errichtet werden. Im übrigen sind nun bei jeder neuen Signalanlage eigene Fußgehersignale vorgesehen.

In den Siedlungsgebieten ist die Frage der öffentlichen Beleuchtung oft ein Streitobjekt. Die Gemeinde kann eben nur jene Wege beleuchten, die in ihrem Eigentum sind. Die Frage des Lichtanschlusses bei Siedlungen gehört in die Geschäftsgruppe XII.

Die Schlägerungen in der Lobau wurden vielfach mißverstanden, weil es sich zum großen Teil um das Überschwemmungsgebiet handelte, das bestandfrei gehalten werden muß, um ein rasches Abfließen bei Hochwasser zu gestatten. Diese Schlägerungen waren also unbedingt notwendig. Es handelte sich im übrigen dort nur um wildes Wachstum.

Was die Friedhöfe betrifft, so sind wir bemüht, von den Steinwüsten wegzukommen und ihnen das Aussehen von Gärten zu geben. Die Meinungen in der Bevölkerung gehen aber hier sehr weit auseinander. Es wird viel Aufklärung notwendig sein, die wegen des heiklen Themas nicht leicht durchführbar ist.

Der Referent beschäftigte sich dann mit den Ausführungen des FPÖ-Redners. Er betont, daß Bauen und die Überwachung des Bauens zwei grundverschiedene Dinge seien. Man muß selbstverständlich die Kontrolle von der Durchführung trennen.

Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Hauptverkehrsstraßen besser beleuchtet sein müssen als die Nebenstraßen, um die Gefahren des Straßenverkehrs herabzusetzen.

Die privaten Gärtner und Steinmetzen sind auf allen Wiener Friedhöfen zugelassen. Mit Ausnahme des Krematoriums können sie also unter den gleichen Bedingungen arbeiten, wie die städtische Gärtnerei.

Was die Gitter vor den Schulen anlangt, so ist dafür die Verwaltungsgruppe VI zuständig, er wisse aber, daß jedem solchen Ansuchen Rechnung getragen wird.

Stadtrat Lakowitsch klärt dann noch einige Irrtümer des Debatteredners der FPÖ auf und wendet sich hierauf den Ausführungen von GR. Ing. Lust zu, dessen Worte er unterstreicht. Eine Novellierung der Bauordnung wäre zweifellos notwendig, ebenso die Novellierung des Garagengesetzes, um den Garagenbau rationeller und damit die Garagierung billiger zu machen. ./.

Die Hermesvilla sollte man ohne Bedenken abtragen; ein zweites Rasthaus im Lainzer Tiergarten wäre sicher erforderlich.

Es werde auch nicht zu vermeiden sein, daß die Gemeinde Wien Parkgaragen errichtet.

In Erwiderung auf die Ausführungen des SPÖ-GR. Mayr erklärt der Stadtrat, daß die Strukturpläne, die mit der Stadtplanung ausgearbeitet werden, Kirchenbauplätze nicht vorsehen.

Es besteht heute schon die Möglichkeit, Liegenschaften, die für Verkehrsflächen notwendig wären, zu enteignen. Wenn von dieser Möglichkeit so wenig Gebrauch gemacht wird, so hat das seine Ursache darin, daß, wenn die Liegenschaft bebaut und das Gebäude bewohnt ist, den Menschen auch Wohnungen beschafft werden müssen.

Der Entwurf eines Straßenpolizeigesetzes liegt bereits im Parlament. Wir warten schnsüchtig auf die Verabschiedung, weil viele Maßnahmen, die getroffen werden, noch immer keine Rechtskraft haben, da uns das Gesetz fehlt. Im neuen Straßenpolizeigesetz ist auch vorgesehen, daß Kennzeichnungen für das Schienenparkverbot auch am Stadtrand erfolgen können. Auch für die Kennzeichnung der "Blauen Zone" enthält das Gesetz neue Bestimmungen.

Die städtischen Forste werden selbstverständlich immer nach dem Gesichtspunkt geführt, daß es sich um Wohlfahrtsforste handelt, die entweder als Ausflugsgebiet oder Quellschutzgebiet dienen. Die Aufforstung des Laaer Berges war eine einmalige Leistung. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe VII mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

\- - -

Die Wiener Bezirksvorsteher und ihre Stellvertreter

19. Dezember (RK) In den letzten Tagen haben sich die 23 Bezirksvertretungen konstituiert. Bei diesen Sitzungen, an denen in Vertretung des Bürgermeisters der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Sigmund teilnahm, wurden auch die Bezirksvorsteher und ihre Stellvertreter gewählt. Es sind dies:

1. Bezirk: Bezirksvorsteher Dr. Otto Friesinger (ÖVP), Bezirksvorster-Stellvertreter Rudolf Zehetbauer (SPÖ).

2. Bezirk: Bezirksvorsteher Hubert Hladej (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Leopold Wiltschnig (ÖVP).

3. Bezirk: Bezirksvorsteher Franz Seitler (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dkfm. Karl Koperger (ÖVP).

4. Bezirk: Bezirksvorsteher Franz Ramel (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter August Bergmann (SPÖ).

5. Bezirk: Bezirksvorsteher Franz Grubeck (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Walter Felder (ÖVP).

6. Bezirk: Bezirksvorsteher Rudolf Krammer (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hubert Feilnreiter (SPÖ).

7. Bezirk: Bezirksvorsteher Peter Platzer (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ralph Sandler (SPÖ).

8. Bezirk: Bezirksvorsteher Maria Franc (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Jira (SPÖ).

9. Bezirk: Bezirksvorsteher Roman Köchl (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Josef Pinter (SPÖ).

10. Bezirk: Bezirksvorsteher Karl Wrba (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Mithlinger (ÖVP).

11. Bezirk: Bezirksvorsteher Josef Haas (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Zahalka (ÖVP).

12. Bezirk: Bezirksvorsteher Wilhelm Hradil (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Steinweis (ÖVP).

13. Bezirk: Bezirksvorsteher Josef Fischer (SPÖ) Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ernst Florian (ÖVP).

14. Bezirk: Bezirksvorsteher Anton Figl (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Mitritsch sen. (ÖVP).

./.

15. Bezirk: Bezirksvorsteher Heinrich Hajek (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ludwig Hromada (ÖVP).

16. Bezirk: Bezirksvorsteher August Scholz (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Karl Kneisler (ÖVP).

17. Bezirk: Bezirksvorsteher Karl Panek (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Alois Losert (ÖVP).

18. Bezirk: Bezirksvorsteher DDr. Viktor Gräf (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Wilhelm Helm (SPÖ).

19. Bezirk: Bezirksvorsteher Karl Schwendner (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Karl Zink (ÖVP).

20. Bezirk: Bezirksvorsteher Franz Koblizka (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hans Maly (ÖVP).

21. Bezirk: Bezirksvorsteher Rudolf Hitzinger (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ing. Karl Marksteiner (ÖVP).

22. Bezirk: Bezirksvorsteher Rudolf Köppl (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Josef Gala (ÖVP).

23. Bezirk: Bezirksvorsteher Johann Radfux (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dr. Friedrich Sejchovsky (ÖVP).

\- - -

Gesperrt bis 19.30 Uhr:

Bürgermeister Jonas gratuliert dem Volkstheater

19. Dezember (RK) Heute abend wird Bürgermeister Jonas bei der Festvorstellung des Volkstheaters anläßlich des 70jährigen Jubiläums dieser Bühne folgende Rede halten: "Als Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien ist es mir eine aufrichtige Freude, einer der repräsentativen Bühnen unserer Stadt aus Anlaß des 70 Jahr-Jubiläums herzlich zu gratulieren und für die Zukunft das Beste zu wünschen.

Es ist allerdings schwer, in einer kurzen Geburtstagsrede dankend zu würdigen was an Impulsen von diesem Hause ausging und an großartigen Leistungen in ihm erbracht wurde.

Als das Stadttheater, in dem Heinrich Laube regierte, den Flammen zum Opfer gefallen war, beschlossen im November 1884 Männer der Literatur und des Wiener Kulturlebens - wie Anton Bettelheim und Ludwig Anzengruber - die Gründung einer neuen Bühne. Man kann sich heute eines Lächelns nicht erwehren, wenn man in einem drei Jahre später erschienenen Aufruf, liest, Zweck des neuen Instituts sei es, eine volkstümliche Bühne zu schaffen, die neben dem Hoftheater geistige Erholung bieten und es den Bürgern ermöglichen sollte, "ihre Frauen und Töchter von der leichten, schlüpfrigen Operettenkost und den hohlen, unwürdigen Freuden des Tingeltangels abzuziehen". Hinter diesem ehrbaren Fächer brachte Thalia ihr Anliegen vor, darüber weg aber zwinkerte sie - echt wienerisch charmant - dem Wiener Publikum zu, denn der Sinn der neuen Gründung war eigentlich ein ganz anderer. Er war zeitbedingt, man möchte sagen europäisch. 1887 hatte André Antoine in Paris das théatre libre ins Leben gerufen und in Berlin beschlossen Literaten eine gleiche Einrichtung unter dem Titel "Freie Bühne", zu deren Leiter der Naturalist Otto Brahm berufen wurde. Nach den Verhandlungen mit den Behörden, erfolgte am 14. März 1888 im ehemaligen Weghuberpark die Grundsteinlegung ohne sonderliche Feierlichkeit. Es war zu revolutionär was da geplant war: ein Theater des Volkes sollte es sein, das Volksstück sollte besonders zur Geltung kommen und vor allem sollte das Wiener Publikum mit Stücken vertraut gemacht werden, die wegen der Exklusivität der Hofbühne im

./.

Burgtheaterspielplan keine Aufnahme finden konnten. Die Architekten Fellner und Helmer hatten die Pläne geschaffen, und nach einigen geringfügigen Änderungen war ein intimer, geschmackvoller Theaterbau entstanden.

Am 14. September 1889 wurde der Schlußstein gelegt und vor einem festlichen Forum mit Beethovens "Weihe des Hauses" und der Vertonung des Bauspruchs, den der Männergesangverein vortrug, war die feierliche Eröffnung vollzogen. Getreu dem Grundsatz, der Wiener Volkskunst zu dienen - was bereits durch Veiths Deckengemälde betont wird - ging am selben Abend Anzengrubers Volksstück "Der Fleck auf der Ehr" vor geladenen Gästen in Szene.

Waren die beiden vorerwähnten Bühnen in Berlin und Paris vor allem avantgardistische Kampfinstitute, so blieben dem Volkstheater unliebsame Szenen und Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit im allgemeinen erspart. Allerdings ohne Kampf ging es auch hier nicht ganz, wie Zeitungsberichte beweisen. Kurios ist dabei, daß die erste Direktionskrise in einer Zeit erfolgte, in der das Volkstheater noch gar nicht existierte. Direktionskrisen scheinen also auch damals schon zum Theaterleben Wiens gehört zu haben. Man hatte Franz von Schönthan als ersten Direktor in Aussicht genommen, aber da ihm als neuem Pächter die Sicherstellungen zu gering waren, resignierte er noch vor Beginn seiner Tätigkeit, und die Wahl fiel auf den Journalisten Emmerich von Bukowics, der bis zu seinem Tode am 4. Juli 1905 in seinem Amte verblieb. Neben dem Gesellschaftsstück, dem zeitnahen Problemstück und dem klassischen Drama kamen, dem Gründungsprinzip entsprechend, auch immer wieder die Volksdichter zu Wort, von Raimund bis Nestroy, von Anzengruber bis Hawel und Karlweiß. Als besondere Seltsamkeit sei erwähnt, daß Richard Strauß' "Salome", von der Hoftheaterintendanz abgelehnt, anläßlich eines Gastspiels des Breslauer Opernensembles im Jahre 1906 auf der Bühne des Volkstheaters zur Erstaufführung gelangte. Durch geschickte Repertoiregestaltung und durch die Aufgeschlossenheit zeitkritischen Schöpfungen gegenüber war es dem Volkstheater möglich, in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in der Bühnen allerorts mit Schwierigkeiten zu ringen hatten, den Besucherkreis nicht nur zu erhalten, sondern sogar noch zu vergrößern.

Direktoren und Dramaturgen von der Begabung eines Hans Müller, Adolf Weiß, Karl Wallner, Rudolf Beer, Heinrich Glücksmann, und

./.

andere, schufen die Voraussetzung für die Bühnenerfolge. Den Hauptanteil aber trugen die Künstler, die an diesem Institut wirkten. Ihre Zahl ist groß und es gibt nicht wenige Sterne am Theaterhimmel, die, wenn sie schon nicht am Volkstheater ihren ersten Lorbeer errangen, so doch vorübergehend als Gäste auf seinen Brettern standen. Es ist unmöglich, in Kürze all die Namen zu nennen, die für die Wiener von Bedeutung waren. Luise und Ludwig Martinelli, Josef und Rudolf Schildkraut, Pepi Glöckner-Kramer, Josef Giampietro, Pauline Schweighofer, Altmeister Rudolf Tyrolt, Viktor Kutschera, Wilhelm Klitsch, Alexander Moissi, Leopoldine Konstantin, Alexander Girardi, Hansi Niese, Helene Odilon, Olga Lewinsky, Erika Wagner und viele andere der früheren Generation gehören ebenso hieher wie die, die in unsere Zeit hineinreichten oder noch hineinreichen: Raoul Aslan, der seinen Ruf am Volkstheater begründete, Karl Skraup, Anni Rosar, Paula Wessely, Luise Ullrich, Anton Edthofer, Otto Schmöle, Ferdinand Onno und nicht zu vergessen der ewige Jüngling Hans Jaray, um nur wenige zu nennen. Viele von ihnen sind bereits in die Ehrengalerie des Hauses übergegangen und viele werden künftig eingehen, sodaß, wie vorauszusehen ist, der Platz zu gering werden wird. Sechs Mitglieder: Helene Lauterböck, Paula Pfluger, Hans Frank, Egon Jordan, Benno Smytt und Oskar Wegrostek ehrt die Direktion anläßlich der Jubiläumsfeier durch eine goldgeprägte Medaille. Auch ich gratuliere im Namen der Stadt Wien den Damen und Herren zu dieser Auszeichnung aufs herzlichste.

Wer das Theaterleben vergangener Jahrzehnte in diesem Hause genießen konnte, wird, was er erlebte und fühlte, was er genoß und verehrte, der Jugend nicht vorenthalten, sondern auch als bloßer Theaterfreund und kunstfreudiger Mensch wegweisend in die Zukunft deuten. Ministerpräsident Dr. Eduard Taaffe, der 1889 der Eröffnungszeremonie beiwohnte, verwies auf die vielen Türen des Zuschauerraumes, die man aus Sicherheitsgründen geschaffen hatte, und meinte etwas sarkastisch: "Türen wären ja genug, daß die Leute hinauskommen. Die Direktion sorge nur dafür, daß das Publikum sie auch zum Hereinkommen benütze." Die Türen weisen nach außen, und es ist fast wie ein symbolischer Akt, die Bühne des Volkstheaters hinauszutragen in die Außenbezirke Wiens, um allen jenen, die nicht kommen können, Gelegenheit zu geben, an der Darstellungsfreude,

./.

am Genuß des Schauspiels teilnehmen zu können. Ich glaube mit Recht sagen zu dürfen, daß nun das Volkstheater zum richtigen Theater des Volkes geworden ist. Möge in den künftigen Jahrzehnten das Ensemble dieses Hauses den Idealen seiner Gründer treu bleiben, um unter Vermeidung alles Niedrigen, alles dessen, was die Nachtseiten der Seele des Menschen anspricht, zu bieten, was kunstfreudige Darsteller geben können. Es möge aber auch zwanglos und frei in lebenden Bildern zeigen, was die Menschen bewegt, dem Dichterwort folgend, das Ferdinand von Saar in einem Prolog zur Eröffnung des Theaters niedergeschrieben hat: ... zu spielen, was der gesunde Sinn des Volkes verlangt."

\- - -

Adalbert Prey zum Gedenken

19. Dezember (RK) Auf den 22. Dezember fällt der 10. Todestag des Astronomen Univ.-Prof. Dr. Adalbert Prey.

Am 16. Oktober 1873 in Wien geboren, wurde er nach Absolvierung der Studien Assistent der Universitätssternwarte, wo ihm Zeitdienst und Uhrenkontrolle anvertraut war. Weiters beschäftigte er sich mit Beobachtungen zur Bestimmung der Polschwankungen und mit Gradmessungen. 1902 erfolgte seine Habilitierung, 1907 seine Berufung an die Universität Innsbruck. In dieser Zeit befaßte er sich vor allem mit geophysikalischen Problemen. In der Folge wirkte er an der Deutschen Universität in Prag, von wo er 1930 als Ordinarius für theoretische Astronomie nach Wien zurückkehrte. 1946 emeritierte er, übte aber bis zu seinem Tod das Lehramt als Honorarprofessor weiter aus. Adalbert Prey hat auf seinen beiden Forschungsgebieten zahlreiche Aufsätze und auch umfassende Arbeiten veröffentlicht. Er war wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Sekretär der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, Vorsitzender der Österreichischen Kommission für internationale Erdmessung und Angehöriger verschiedener Fachvereinigungen des In- und Auslandes.

\- - -

8. Hauptstück - Öffentliche Einrichtungen

Über die Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, referierte Stadtrat Koci (SPÖ): Die Vielfalt der Aufgaben dieser Gruppe und nicht zuletzt die alljährlich notwendig erforderlichen Investitionen rechtfertigen die im Budget ausgewiesenen Ausgaben. Der Gebarungsabgang des 8. Hauptstückes laut Voranschlag beträgt 387,924.000 Schilling. Selbstverständlich ist dies nicht der reine Betriebsabgang der als Betrieb organisierten, beziehungsweise betriebsmäßig geführten Magistratsabteilungen, da die einmaligen Investitionen - die im Jahre 1960 allein 188 Millionen Schilling betragen werden - nicht zum Betriebsaufwand gehören. Trotzdem hat die Verwaltungsgruppe laut den angeführten Budgetansätzen einen Betriebsabgang von rund 199 Millionen Schilling. Den größten Gebarungsabgang im kommenden Jahr weist die Magistratsabteilung 48 - Stadtreinigung und Fuhrpark - mit 200,347.000 Schilling auf, gefolgt von der Magistratsabteilung 31, Wasserwerke, mit 121,521.900 Schilling.

Zu einem der wichtigen Faktoren für die Volksgesundheit muß man die Kanalisation und die Wasserversorgung zählen. Die Gemeindeverwaltung wendet alljährlich für diese Zwecke Millionenbeträge auf, die manchen aber trotzdem als zu gering erscheinen. Vor allem klagen die Bewohner jener Gebiete von Wien, die noch nicht an das Wiener Kanalnetz angeschlossen und auch noch nicht im Genusse des Wiener Trinkwassers sind, so Bezirksteile des 21. und 22. Bezirkes, die früher oder später aufgeschlossen werden müssen. Es muß dort zuerst mit den Kanalbauten begonnen werden, bevor diese Gebiete an das Trinkwassernetz angeschlossen werden können. Die voraussichtlichen Kosten für diese notwendigen Tiefbauarbeiten werden nach den heutigen Berechnungen hunderte Millionen Schilling erfordern.

Für sonstige Kanalbauten, wurden für 1960 mehr als 20 Millionen Schilling bereitgestellt. Im laufenden Budgetjahr wurden dafür 22 Millionen ausgegeben, davon ist besonders der Ausbau des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanales zu erwähnen, dessen Länge bereits 2.345 Meter erreicht hat und dessen Kosten sich bis jetzt auf 8,5 Millionen belaufen. ./.

Für die Fortsetzung und Weiterführung des Ausbaues ist auch im Budget 1960 mit zwei Millionen vorgesort.

Ebenso notwendig wie der Ausbau des Kanalnetzes ist der weitere Ausbau unserer Wasserversorgungsanlagen. Es gehört zu den Hauptaufgaben der Wasserwerke nach neuen Wasserentnahmegebieten zu forschen. Erstmals sind im Voranschlag 1960 auf Grund der langjährigen Vorarbeiten der Studienkommission für die Wasserversorgung der Stadt Wien für die 3. Wiener Wasserleitung acht Millionen Schilling vorgesehen. Sie sollen für den Ausbau von Wasserfassungsanlagen, Großpumpversuchen und Brunnenbauten verwendet werden. 1959 haben die Wasserwerke für die Wasserfassung der 3. Wiener Wasserleitung im südlichen Wiener Becken - im Raum von Moosbrunn und Ebreichsdorf - 3 Horizontalbrunnen errichtet. Horizontalbrunnen deshalb, weil bei diesem System der Wasserfassung das kleinstmögliche engere Brunnenschutzgebiet erforderlich ist, wodurch bedeutende Ersparnisse bei Grundstückskäufen erzielt werden.

Eine weitere Maßnahme für zusätzliche Wassergewinnung ist der Ausbau des Grundwasserwerkes Freudenau mit einer Leistungsfähigkeit von 30.000 Kubikmeter pro Tag.

Weiter sind im Voranschlag fünf Millionen Schilling für den Bau einer modernen Schnellfilteranlage der Wientalwasserleitung enthalten, wodurch das Doppelte der bisherigen Leistung erzielt werden soll.

Die Pumpversuche in der Schwarzlackenau werden fortgesetzt.

Der Magistratsabteilung 31 werden im kommenden Jahr insgesamt fast 20 Millionen Schilling für zusätzliche Wasserbeschaffung und für den Ausbau der Wassergewinnungsanlagen zur Verfügung stehen.

Die Stadtverwaltung muß auch Sorge tragen, daß Industriegebiete, mit den für ihren Betrieb notwendigen Wassermengen versorgt werden können. So sind zum Beispiel in dem schon während des Krieges geplanten Industriegebiet in Liesing Wasserversorgungsanlagen erforderlich. Für den ersten Ausbau sind drei Millionen Schilling vorgesehen. Der Endausbau wird auf sieben Millionen Schilling geschätzt. Die besondere Obsorge gilt der Erhaltung des Gemeindevermögens. Die finanzielle Lage der Stadt Wien machte es bisher nicht möglich, alle laufenden, notwendigen Erhaltungsarbeiten an den Wasserversorgungsanlage durchzuführen.

./.

Der Wasserverbrauch betrug bis Ende Oktober 1959 122,887.000 Kubikmeter. Das ergibt ein Tagesmittel von 404 Millionen Liter, um 10 Millionen Liter mehr als 1958. Die täglich verbrauchte Wassermenge pro Kopf betrug heuer durchschnittlich 260 Liter, gegenüber 254 Liter im Jahre 1958. Der Tageshöchstverbrauch wurde am 13. Juli mit 334 Liter gemessen, wobei die Höchstspitzen mit über 300 Liter in den Monaten Mai bis September zu verzeichnen waren. Durch die um den Großbehälter in Neusiedl vermehrte Speicherungsmöglichkeit war es möglich, die Folgen der lang andauernden Trockenheit von mehreren Wochen im Herbst dieses Jahres ohne Verbrauchseinschränkungen zu überwinden.

Die städtischen Bäder erwarten für 1960 einen Betriebsabgang von 20,8 Millionen Schilling. Das heißt: rund 50 Prozent der Betriebskosten müssen aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden. Man muß bei der Preisgestaltung der Bäderbesuchsgebühren wahrlich von einer Sozialeinrichtung der Gemeindeverwaltung sprechen.

Der Besuch der städtischen Bäder hat sich im Vergleich zum Vorjahr bis Ende Oktober wie folgt entwickelt: Während die Dampfbäder um 17.636 Besucher und die Wannenbäder um 15.222 Besucher mehr aufzuweisen hatten, ging der Besuch der Brausebäder neuerlich um 111.904 und der der Schwimmhallen um 56.455 Badegäste zurück. Die Sommerbäder hatten trotz des nicht besonders guten Sommerwetters doch fast den gleichen Besuch wie im Vorjahr.

Das Sommerbad Laaer Berg, welches am 15. August eröffnet wurde, hatte in der kurzen Badesaison bis 13. September 73.224 Badegäste und ich freue mich, daß außerdem 19.950 Personen diese neue Anlage besichtigt haben.

Der Besuch der Kinderfreibäder war mit 571.000 Kindern durch das schlechte Sommerwetter um 11.358 geringer als im Vorjahr.

Die Gemeindeverwaltung wird 18,95 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen an den Bädern verwenden, unter anderem soll das Strandbad "Alte Donau" vollständig neue gebaut, das Amalienbad modernisiert und Saunaräume eingebaut werden.

Für ein neues Hallenschwimmbad in Floridsdorf werden Projektierungsarbeiten und Grunduntersuchungen vorgenommen, für die Kinder von Strebersdorf wird mit dem Bau des 32. Kinderfreibades begonnen. (Beifall).

./.

Das 30. und 31. Kinderfreibad - in Kagran und Inzersdorf - werden 1960 fertiggestellt und zur Badesaison den Kindern zur Benützung übergeben werden.

In der Zentralwäscherei, der insbesonders die Wäschereinigung für den Großteil der städtischen Spitäler, Wohlfahrtsanstalten, Kindergärten, Ämter und Betriebe obliegt, hat in den Monaten März, April, Juli, August und Oktober die Waschleistung die 500.000 kg-Grenze überschritten und im Monat April war die Höchstleistung mit 518.900 kg Wäsche zu verzeichnen.

Der Betrieb ist überaltert und es ist beabsichtigt, im Anschluß an die neu zu errichtende Kehrichtverbrennungsanlage einen Neubau der Zentralwäscherei vorzusehen, da dieser Betrieb dem kontinuierlichsten Wärmeabnehmer vom Fernheizwerk der Kehrichtverbrennungsanlage darstellen wird.

25 Millionen Quadratmeter Straßenfläche sind ganzjährig zu pflegen. Dabei wird die Reinigung der Straßen durch den ruhenden und rollenden Verkehr immer schwieriger. Ein maschineller Einsatz - vor allem mit den Spezialfahrzeugen im Winter - stößt auf immer größere Schwierigkeiten. Für den Wintereinsatz stehen folgende Spezialfahrzeuge und Maschinen zur Verfügung: 2 Großschneeladegeräte, 17 Kleinschneeladegeräte, 2 Frontlader, 60 Sandstreuer und 218 Schneepflugeinrichtungen verschiedener Art.

Die Einsammlung und Abfuhr des Kehrichts - der Kehrichtanfall beträgt 1959 rund 710.000 m^3 - erfordert 89 Großraummüllwagen, 5 Bergmüllwagen und mehr als 200.000 Gefäße.

Als 2. Baurate für die Errichtung der Müllverbrennungsanlage - mit dem Bau wurde bereits anfangs Dezember begonnen - sind 73 Millionen Schilling bereitgestellt, da die Inbetriebnahme für Mitte 1963 vorgesehen ist. Die Gesamtkosten werden 240 Millionen Schilling betragen. Mit der Errichtung dieser Kehrichtverbrennungsanlage hat die Wiener Stadtverwaltung nicht nur einen neuen Weg der Kehrichtbeseitigung beschritten, sondern auch einen neuen Markstein für die Hygiene dieser Stadt gesetzt. Wien wird mit dieser neuen modernen Anlage wieder wie im Jahre 1923 mit der Einführung der staubfreien Hauskehrichtabfuhr - für die Großstädte Europas beispielgebend sein. (Beifall) ./.

Von Bedeutung ist der Ansatz von 500.000 Schilling für die Instandhaltung und Beschaffung von Straßentafeln.

Der städtische Fuhrpark wird für die Erneuerung und Modernisierung seines Fahrparkes sowohl für die Straßenreinigung als auch für die Kehrichtabfuhr Fahrzeuge und Maschinen in der Höhe von 12 Millionen Schilling ankaufen.

Abschließend spricht Stadtrat Koci allen Arbeitern und Angestellten, allen Abteilungsleitern, sowie leitenden Beamten seiner Abteilungen für das Geleistete und für ihre Pflichterfüllung den herzlichsten Dank aus. Besonders dankt er jenen Bediensteten, die nach den katastrophalen Regenfällen im Juli und August dieses Jahres im ununterbrochenen Einsatz gestanden sind. (Beifall).

Debatte über Öffentliche Einrichtungen

Als erster Redner zum Kapitel Öffentliche Einrichtungen spricht GR. Maller (KLS). Er beschäftigt sich zunächst mit einigen Unzulänglichkeiten bei der Ausübung der Obliegenheiten dieser Geschäftsgruppe, so zum Beispiel mit dem Leopoldauer Sammelkanal. Er stellt fest, daß in diesem Kanal oft Benzol-Abfälle mit starker Geruchbelästigung für die Bevölkerung abgeführt werden. Mit einer von Zeit zu Zeit von der Feuerwehr durchgeführten Durchspülung des Kanals könne man sich nicht zufrieden geben. Er glaubt, daß man endlich einmal den "da kann man nichts machen-Standpunkt" aufgeben sollte. Er gibt dann seiner Genugtuung über die Inbetriebnahme des Wasserbehälters auf dem Steinfeld Ausdruck, zugleich stellt er aber fest, daß das Problem der Wiener Wasserversorgung nur durch den Bau einer dritten Wasserleitung gelöst werden kann. Er begrüßt, daß für Vorarbeiten bereits der Betrag von acht Millionen Schilling freigegeben wurde. GR. Maller erinnert daran, daß er seit Jahren die Einstellung der Chlorierung des Wiener Wassers verlangt habe, und bemängelt, daß bisher in dieser Hinsicht noch nichts unternommen wurde.

Zur Straßenreinigung sagt der Redner, daß sich die noch bestehenden Müllablagerungsstätten am Stadtrand heute bereits mitten in verbauten Wohngebieten befinden und von der Bevölkerung als Belästigung empfunden werden. Er regt an, man solle sich schon heute Gedanken darüber machen, wo man einmal die zweite oder die dritte Wiener Müllverbrennungsanlage bauen wird (Zwischenruf Stadtrat Sigmund: das ist schon längst geschehen!) ./.

Die Zahl der Koloniakübel findet er als zu gering und meint, die Gemeinde Wien sollte bei der Bereitstellung von Müllgefäßen in den Wohnhäusern nicht so kleinlich vorgehen. Er begrüßt die Errichtung der Badeanlage auf dem Laaer Berg, ebenso den projektierten Bau eines Bades für Floridsdorf.

Zur Straßenpflege stellt er fest, daß auf dem Gebiet der Schneesäuberung einige Jahre Ruhe gewaltet hat, richtet aber an den Referenten die Frage, was geschehen wird, wenn sich einmal keine Schneearbeiter melden werden. Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß zum Beispiel in Moskau und in Prag die Schneesäuberung mit modernsten Maschinen durchgeführt wird. Eine Stunde nach dem Schneefall, sagt GR. Maller, sind dort die Straßen gesäubert. (Allgemeine Heiterkeit.) Der Redner erklärt, daß seine Fraktion den Ansätzen für Öffentliche Einrichtungen die Zustimmung erteilen wird.

GR. Peter (FPÖ) stellt fest, daß es nicht die Aufgabe einer Opposition sei, unbedingt Kritik zu üben und auf jeden Fall zu kritisieren. Die Opposition habe jenen Teil der Bevölkerung zu vertreten, der nicht den großen Parteien angehört. Ohne Opposition gebe es auch keine Demokratie. Bei der Geschäftsgruppe VIII erübrige sich eine Kritik, es sollen lediglich einige Anregungen gegeben werden. So müßte auf dem Gebiet der Rattenbekämpfung viel mehr unternommen werden. Vielleicht könnte man die Kanäle rattensicher machen, es sollen hiezu bereits Möglichkeiten vorhanden sein. Der Redner begrüßt den Bau der dritten Wasserleitung und die Errichtung von weiteren Kinderfreibädern. Auf dem Gebiete der Stadtreinigung regt er an, den Märkten bei der Müllabfuhr größeres Augenmerk zuzuwenden. Auch in Mauer lasse die Müllabfuhr sehr zu wünschen übrig. Die Bewohner haben dort nur kleine Müllgefäße, die sie selbst auf die Straße tragen müssen. Außerdem erfolgt dort die Müllabfuhr nur einmal in 14 Tagen. Vermehrt müßten auch die Straßentafeln werden und vor allen Dingen sollten sie auch nicht zu hoch angebracht werden. Zur Entlastung des Gemeinderates, damit dieser seine Zeit besser verwenden könnte, regt der Redner die Schaffung einer Beschwerdestelle an. Eine solche Stelle könnte die Beschwerden der Bevölkerung entgegennehmen und für die Abstellung von Unzulänglichkeiten sorgen. Vielfach seien es doch nur kleine Dinge. Im übrigen werde die FPÖ den Ansätzen des 8. Hauptstückes ihre Zustimmung geben.

./.

GR.Titze (ÖVP) begrüßt den beabsichtigten weiteren Ausbau des Kanalnetzes. Er anerkennt ferner, daß die Vorarbeiten für die dritte Wasserleitung gebonnen werden können. Er hofft, daß in den nächsten Jahren die Wasserversorgung Wiens sichergestellt werden kann. Der Redner regt schließlich an, jene Gebiete, die noch nicht mit Hochquellenwasser versorgt sind, endlich an das Versorgungsnetz anzuschließen.

Ein altes Verlangen der ÖVP-Fraktion sei noch immer nicht erfüllt, nämlich in den dichtverbauten Bezirken Wiens endlich ein Kinderfreibad zu errichten. Im übrigen sei es auch bedauerlich, daß die Kinderfreibäder an Samstagnachmittagen geschlossen sind. Die städtischen Warmbäder sollten gründlich renoviert werden, da sie nicht mehr den Erfordernissen unserer Zeit entsprechen.

Von den städtischen Wäschereien könne man nur Positives sagen; sie entsprechen voll und ganz allen Anforderungen.

Die Straßenreinigung kann in den inneren Bezirken, besonders im ersten Bezirk, als gut bezeichnet werden, jedoch bleibt in den Außenbezirken noch mancher Wunsch offen. Für die Schneesäuberung wurden viele neue Maschinen angeschafft, wollen wir hoffen, daß diese Maschinen auch rechtzeitig eingesetzt werden.

Zu dem beabsichtigten Bau der Müllverbrennungsanlage bemerkt der Redner, daß man mit Baukosten von einer Viertelmilliarde Schilling rechnet. Die ÖVP habe schon vor fünf Jahren die Errichtung einer solchen Anlage angeregt. Damals hätte sie, so meint der Redner, nur 130 Millionen Schilling gekostet. Trotzdem ist der Bau der neuen Müllverbrennungsanlage zu begrüßen.

Abschließend stellt er fest, daß die Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß für Öffentliche Einrichtungen stets fruchtbringend gewesen ist, er hoffe, daß diese gedeihliche Zusammenarbeit weiter anhalten werde..

Seine Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe VIII zustimmen.

./.

GR. Fucik (SPÖ) verweist auf die Schwierigkeiten bei der Müllablagerung und begrüßt aus diesem Grunde den Bau der Müllverbrennungsanlage. Er gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß nun auch die ÖVP sich dazu bekennt. Sie war aber nicht immer dafür. Ich habe den Verdacht, sagte GR. Fucik, daß ihre Gegnerschaft gegen dieses Projekt auch daher stammte, daß sie glaubte, damit die Mehrheitspartei dieses Hauses bei der Bevölkerung ausspielen zu können. Das ist nicht geglückt. Gerade in dem Teil von Ottakring, wo diese Anlage errichtet wird, hat die Sozialistische Partei bei der Wahl sehr gut abgeschnitten. Das zeigt, daß die Bevölkerung bei der Lösung dieses Problems auf die Sozialisten vertraut. (GR. Walzer: Wir waren aber nie dagegen!) Der Erfolg dieser Anlage wird so groß sein, daß in Wien noch andere folgen werden. (Beifall bei der SPÖ).

Der Redner hebt dann die Bedeutung des Amalienbades in Favoriten hervor, das modernisiert wird. Er verweist darauf, daß bereits 1875 die Errichtung eines Kommunalbades in diesem Teil Wiens verlangt wurde, der Bau des Bades aber erst nach dem ersten Weltkrieg, als die Sozialdemokraten die Mehrheit hatten, beschlossen und 1926 der Bevölkerung zur Benützung übergeben wurde. Das zeigt, daß sich die Gründerzeit nicht nur in Häuser- und Wohnungsspekulation ausgewirkt hat, sondern daß man auch für die Bedürfnisse der Bevölkerung wenig Verständnis hatte.

Wir begrüßen den Neubau des Strandbades Alte Donau, das nach dem Umbau eine richtige Entlastung für das Gänsehäufel sein wird, wir begrüßen auch den Ausbau der Grundwasserwerke und die Vorbereitungen für die dritte Wiener Wasserleitung. Wenn wir alles das betrachten, dann dürfen wir wohl sagen, daß auch in dieser Geschäftsgruppe das Menschenmögliche getan wird, um die Probleme unserer Stadt zu meistern und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, daß alles getan wird, damit Wien schöner und besser wird. (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Koci dankt in seinem Schlußwort den Rednern für ihre Ausführungen und spricht zugleich auch den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses seiner Verwaltungsgruppe den Dank für die gedeihliche Zusammenarbeit aus. Er kommt sodann auf einige Kritiken zu sprechen, so auf den von GR. Maller gebrachten Vorwurf, daß in der Angelegenheit der Benzol-Abfälle im Leopoldauer Sammelkanal nichts unternommen wurde. ./.

Der Stadtrat erklärt, daß er in diesem Zusammenhang bei allen zuständigen Stellen interveniert habe und auf die Unzulässigkeit der Ableitung von Abgasen in den Sammelkanal aufmerksam gemacht hat. Die Bedeutung der Wasserversorgung in Wien behalten die Wasserwerke stets im Auge. Seit Jahren beschäftigt sich eine Studienkommission mit allen Problemen der Wasserversorgung sowie auch mit den Aufgaben, die uns auf diesem Gebiet in der Zukunft bevorstehen. Die Chlorierung des Wassers, sagt er weiter, ist ebenfalls eine Aufgabe, die man den Fachleuten überlassen müsse. Ihre Ansicht, daß die Chlorierung des Wassers im Interesse der Gesundheit der Wiener Bevölkerung notwendig ist, müsse respektiert werden. Zur Anregung, man solle sich schon jetzt mit der Planung weiterer Müllverbrennungsanlagen beschäftigen, bemerkt er, daß auch in dieser Hinsicht nichts vernachlässigt wurde. Wenn darüber nicht viel gesprochen wird, dann nur deswegen, damit der Spekulation nicht Vorschub geleistet wird. Er versichert GR. Maller, daß für die Schneeräumung, auch bei unvorausschbaren Schneefällen größeren Ausmaßes, vorgesorgt ist.

Was die von den Kommunisten angeführten Beispiele des Auslandes betrifft, so könne man in Rußland zum Schneeschaufeln die gesamte Bevölkerung abkommandieren. In Wien ist so etwas nicht möglich.

Zur Rattenbekämpfung ist zu sagen, daß alle neugebauten Kanäle in Wien rattenfrei sind. Die alten gemauerten Hausziegelkanäle können jedoch nicht erneuert werden. Die Gesellschaft, die für die Rattenbekämpfung zuständig ist, legt nicht nur Köder aus, sondern geht vielfach mit Giftgasen vor.

Bestrebungen zum Bau der dritten Wasserleitung sind seit Jahren vorhanden. Vor der Errichtung sind jedoch noch viele Vorarbeiten notwendig. Sehr gut hat sich bereits der neue Wasserbehälter auf dem Steinfeld bewährt. Er war während des ganzen Jahres in Verwendung. Ohne sein Vorhandensein hätten die Instandsetzungsarbeiten an der I. Hochquellenleitung überhaupt nicht durchgeführt werden können.

Bezüglich der Kritik an der Müllabfuhr in Mauer ist zu sagen, daß dort 30-Liter-Kübel in Verwendung stehen. Dies wurde von der Bevölkerung so gewünscht. Nach dem Gebührengesetz wird hiefür auch weniger bezahlt. Es wurde auch erwähnt, daß in man-

./.

chen Häusern die Coloniakübel nicht ausreichen. Es steht jedem Hausverwalter die Möglichkeit offen, zusätzliche Kübel anzufordern. Natürlich muß dafür die vorgeschriebene Gebühr entrichtet werden. Bei den Straßentafeln können wir sagen, daß hier ein sehr großer Nachholbedarf vorhanden war, der in den letzten Jahren weitgehend aufgeholt wurde. Die Leistungsfähigkeit der Industrie auf diesem Sektor wurde voll ausgenützt. Daß es noch viele Siedlungsgebiete ohne die nötigen Kanalanschlüsse gibt, sei richtig. Es werden hier noch viele Millionen aufgewendet werden müssen, um zum erwünschten Ziel zu kommen. Die Trinkwasserversorgung von Kaiser-Ebersdorf wird erst nach dem Neubau des Grundwasserwerkes erfolgen können. Die Erfüllung des Wunsches nach Errichtung von Kinderfreibädern in den inneren Bezirken scheitert daran, daß keine ausreichenden Grundflächen vorhanden sind. Es wäre kaum zweckmäßig, an Stelle einer ohnedies nur kleinen Parkanlage ein Kinderfreibad zu errichten. Überall dort, wo hierzu die Möglichkeit besteht, hat die Gemeinde Wien ohnedies schon Kinderfreibäder errichtet. An Samstagen und Sonntagen sind die Kinderfreibäder aus Personalersparungsgründen nicht geöffnet, da die Kinder an diesen Tagen ohnedies die Möglichkeit haben, kostenlos die städtischen Sommerbäder in Begleitung ihrer Eltern zu besuchen. Zur Schneeräumung ist zu sagen, daß die Straßenreinigung selbstverständlich bemüht ist, alles zur Abwicklung des klaglosen Verkehrs zu tun. Für die Reinigung der Schienenstraßen sind jedoch die Verkehrsbetriebe zuständig. Als Zuschuß für die Schneereinigung in jenen Straßenzügen, in denen die Straßenbahn fährt, sind drei Millionen Schilling veranschlagt. Abschließend dankt Stadtrat Koci allen Diskussionsrednern und bittet, den Ansätzen des 8. Hauptstückes die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 8. Hauptstückes einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Dr. Ing. Hengl unterbricht hierauf um 13.50 Uhr die Sitzung. Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien werden Montag, den 21. Dezember, um 9 Uhr, mit der Verhandlung des 9. Hauptstückes, Wohnungswesen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Glaserer.

\- - -

Weihnachtsfreude für Wiener Lehrlinge

19. Dezember (RK) Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat der städtischen Wohlfahrtsreferentin, Stadtrat Maria Jacobi, 20.000 Schilling mit dem Wunsche übergeben, sie möge damit für Lehrlinge in den Wiener städtischen Lehrlingsheimen Weihnachtsgeschenke kaufen. Stadtrat Jacobi hat sich für die Spende bedankt und wird das Geld für solche Lehrlinge verwenden, die ein wenig mehr an Weihnachtsfreude am nötigsten haben.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Unsere Betriebe und Unternehmungen

21. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 20. Dezember, über die Wichtigkeit der städtischen Betriebe und Unternehmungen.

"Vor zwei Wochen gab ich einen Überblick über unsere wirtschaftliche Situation und gleichzeitig einen Bericht über die Entwicklung unserer Stadt im Jahre 1959. Ich informierte Sie über die Lage auf dem Arbeitsmarkt und über den Stand der Spareinlagen, über den weiteren Fortschritt der Motorisierung und über die leider sehr hohen Unfallzahlen im Straßenverkehr. Dann sprach ich noch über die erfreulicherweise anhaltende Steigerung der Geburtenzahlen; die große Bedeutung der Arbeitsbeschaffungspolitik der Gemeinde Wien erläuterte ich mit einigen Angaben über den Straßenbau und über den Wohnungsbau. Zum Abschluß zählte ich dann einige der wichtigsten Schöpfungen der Gemeindeverwaltung auf, die heuer der Öffentlichkeit übergeben werden konnten.

Weil dieser Bericht wegen der Kürze der Zeit nicht vollständig sein konnte, will ich ihn heute ergänzen und abrunden. Die großen Aufgaben und Leistungen jener städtischen Dienststellen, die die Bevölkerung mit Wasser, mit Gas und Elektrizität versorgen, sind so bedeutend, daß es eine wirkliche Unterlassungssünde wäre, darüber nicht zu berichten. Das gleiche gilt von den großen Anstrengungen, die die städtischen Verkehrsbetriebe im Interesse der Wiener Bevölkerung in fast pausenloser Arbeit vollbringen.

Lassen Sie mich mit der Wasserversorgung beginnen. Vor zwei Wochen brachte ich in Erinnerung, daß heuer der große Wasserbe-

./.

hälter in Neusiedl am Steinfeld in Betrieb genommen werden konnte, der 600.000 Kubikmeter faßt. Am Leitungsrohrnetz in Wien wurden wieder einige Erweiterungen und umfangreiche Umbauten von zu alten oder zu klein gewordenen Leitungsrohren vorgenommen, um die Wasserversorgung mancher Gebiete zu verbessern. Große Umlegungsarbeiten waren notwendig im Zusammenhang mit dem Schnellbahnbau. Diese Arbeiten erstrecken sich bis zum Hauptzollamt. Die großen Straßen- und Verkehrsumbauten in der Währinger Straße und Kinderspitalgasse, dann bei der Schottentorkreuzung und bei der Babenbergerstraße, verursachen ebenfalls sehr weitreichende Umlegungen der Leitungen. In der Regel machen sich unsere lieben Wienerinnen und Wiener keine Vorstellung vom Umfang des Rohrnetzes für die Wasserversorgung. Es hat die respektable Länge von 2.150 Kilometern, das ist beinahe doppelt so lang wie die Entfernung Wien - Rom. An das städtische Wasserleitungsnetz sind ungefähr 77.000 Wohnhäuser und Betriebe angeschlossen. Es ist anzunehmen, daß heuer der Wasserverbrauch wieder einen Rekord bringen wird, und zwar rechnet man mit ungefähr 148 Millionen Kubikmeter. Wir sind über die Sommermonate verhältnismäßig gut hinweggekommen, so daß wir keine ernsten Wassersorgen hatten. Da aber der Verbrauch wahrscheinlich auch weiterhin steigen wird, muß die Gemeinde in den kommenden Jahren versuchen, zusätzliches Wasser für Wien aufzutreiben.

Der steigende Wasserverbrauch ist ein Maßstab für den Lebensstandard der Bevölkerung und für die Ausweitung der Wirtschaft. Aber nicht nur der Wasserverbrauch allein, sondern auch der Verbrauch an Gas und Elektrizität zeigt an, daß die Ansprüche der Haushalte und Betriebe ständig steigen. Das ist ein außerordentlich gutes Zeichen, aber für die städtischen Unternehmungen bedeutet das eine unerhört große Anstrengung. Das Gaswerk versorgt 621.000 Wohnungen, 34.000 Geschäfte, Gewerbe- und Industrieanlagen und 6.300 Ämter und Anstalten. Seit dem vergangenen Jahre ist eine neuerliche Steigerung des Gasverbrauches um rund 26 Millionen Kubikmeter eingetreten. Die Gesamtmenge, die heuer von den Wienern verbraucht wird, wird bis zum Jahresende 510 Millionen Kubikmeter überschreiten. Um diese ungeheuren Mengen trans-

./.

portieren zu können, ist wieder - ähnlich wie bei der Wasserversorgung - ein sehr dichtes und umfangreiches Rohrnetz notwendig. Die Gesamtlänge der Rohrleitungen beträgt 2.280 Kilometer. Die Gaswerke arbeiten ständig an Verbesserungen, um die Versorgung der Bevölkerung noch reibungsloser zu gestalten. Zu diesem Zweck wird beispielsweise jetzt auf dem Wiener Berg ein großer Gasbehälter errichtet, der 300.000 Kubikmeter Gas speichern kann, wodurch für das dortige Gebiet vor allem der Gasdruck auf einer gleichmäßigen Höhe gehalten werden kann. Der neue Gasbehälter wird ungefähr 50 Millionen Schilling kosten. Auch die Gaswerke müssen ständig an ihrem Rohrnetz arbeiten. Große Verkehrsbauten bedingen Umlegungen der Rohre, schadhafte Rohre müssen ausgewechselt werden und in Gegenden, in denen der Bedarf besonders stark wächst, müssen Rohre mit größerem Durchmesser gelegt werden. So ist es zu verstehen, daß die Gaswerke für diese Arbeiten beträchtliche Summen ausgeben müssen.

Beim Elektrizitätsverbrauch hat sich die stürmische Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre etwas verlangsamt, doch ist noch immer eine jährliche Konsumsteigerung von sieben Prozent zu verzeichnen. Seit dem vergangenen Jahre ist der Verbrauch um mehr als 100 Millionen Kilowattstunden gestiegen und beträgt jetzt für das Jahr 1959 ungefähr eine Milliarde und 560 Millionen Kilowattstunden. Auch hier wieder einige Angaben über die Leitungen und Anschlüsse: Das Kabel- und Freileitungsnetz der Wiener Elektrizitätswerke hat eine Länge von 10.500 Kilometer, und es versorgt rund 750.000 Haushalte und Betriebe. Auch das Elektrizitätswerk ist durch den steigenden Verbrauch gezwungen, seine Anlagen zu verstärken und zu modernisieren. Heuer konnte durch die Inbetriebnahme der Umspannwerke in der Kaunitzgasse in Mariahilf und in der Neubadgasse im 1. Bezirk die Versorgung der umliegenden Gebiete beträchtlich verbessert werden.

Eine auffällige Entwicklung ist bei den städtischen Verkehrsbetrieben zu beobachten. In den letzten Jahren war man es schon gewohnt, daß die steigende Motorisierung zu einer Frequenzverminderung bei den Verkehrsbetrieben führte. Die Zahl der Fahrgäste sank jedes Jahr um einige Millionen. Im vergangenen Jahr war erstmalig wieder ein Steigen festzustellen und diese Entwick-

./.

lung setzte sich auch heuer wieder fort. Die Zahl der Fahrgäste auf Straßenbahn, Stadtbahn und Autobus betrug vom 1. November 1958 bis 31. Oktober dieses Jahres 512 Millionen, während in den vorhergehenden zwölf Monaten um 5 Millionen Fahrgäste weniger waren. Es muß also nicht unbedingt wahr sein, daß die Motorisierung die Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel verringert. Im Gegenteil! Je schwieriger der sogenannte Individualverkehr wird, um so wichtiger werden wieder die öffentlichen Verkehrsmittel. Schon die Tatsache allein, daß sie 512 Millionen Fahrgäste im Jahr befördern, zeigt, daß die gesamte Wirtschaft und das gesamte Leben in unserer Stadt von den städtischen Verkehrsbetrieben abhängt. In Städten mit hohem Motorisierungsgrad hat es sich für viele Autofahrer bereits als zweckmäßig erwiesen, bei Schnee den Wagen zu Hause zu lassen und dafür die öffentlichen Verkehrsmittel zu benützen. Vermutlich wird dieser Zustand in Wien auch bald erreicht sein.

Es ist Ihnen bekannt, daß die Verkehrsbetriebe schon darangegangen sind, den Verkehr schrittweise von Straßenbahn auf Autobus umzustellen. Das war nicht immer leicht und hat nicht überall zu dem gewünschten Erfolg geführt. Ja, diese Umstellung hat nicht einmal in allen Bevölkerungskreisen Anklang gefunden. Vor allem scheinen unsere älteren Mitbürger mit dem Autobus keine guten Erfahrungen gemacht zu haben. Sie klagen, daß das Ein- und Aussteigen im Autobus beschwerlicher ist und daß sie viel stärker durcheinandergerüttelt werden, also unbequemer fahren als in der Straßenbahn.

Der Dienst der städtischen Verkehrsbetriebe erstreckt sich auf das gesamte Stadtgebiet, ja in einigen Fällen sogar über die Stadtgrenzen hinaus. Dem entspricht auch die große Ausdehnung der Geleiseanlagen, nämlich 660 Kilometer. Derzeit stehen den Verkehrsbetrieben 3.000 Triebwagen und Beiwagen für Straßenbahn und Stadtbahn zur Verfügung und 230 Autobusse für die motorisierten Linien. Die Erneuerung und Modernisierung des Wagenparks stellt an die Verkehrsbetriebe außerordentlich große finanzielle Anforderungen, die nur durch Überwindung größter Schwierigkeiten noch gemeistert werden können.

./.

Durch die gesetzliche Verpflichtung, bis Ende 1960 alle Wagen mit Schienenbremsen zu versehen, ist das Wagenbauprogramm besonders dringend geworden. Obwohl alle in den letzten Jahren gelieferten neuen Wagen und auch eine große Zahl alter schon mit Schienenbremsen ausgestattet sind, gibt es doch noch eine Reihe anderer, bei denen dies nur mit hohen Kosten möglich wäre. Es war daher zu überlegen, ob der Umbau dieser Wagen noch rentabel erscheint. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, eine größere Anzahl Wagen wegen Unwirtschaftlichkeit auszuscheiden und durch neue, allen Anforderungen entsprechende Wagen zu ersetzen. Daher sind derzeit bei der österreichischen Industrie mehr als 600 Triebwagen und Beiwagen in Bestellung. Dazu kommt noch der Umbau von 37 Triebwagen und 51 Beiwagen für die Stadtbahn, der im kommenden Jahr abgeschlossen sein wird. Die heimische Industrie ist mit diesen Aufträgen bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgelastet, und sie wird sich sehr bemühen müssen, zeitgerecht alle diese Wagen zur Auslieferung zu bringen.

Die Verkehrsbetriebe bemühen sich, mit dem Einsatz neuer Autobustypen den Wienern die öffentlichen Verkehrsmittel schmackhaft zu machen und den gesteigerten Ansprüchen entgegenzukommen. Schon in wenigen Wochen wird der erste im Inland erzeugte Doppeldeckautobus seine Probefahrten unternehmen. Mit der Modernisierung und mit der stärkeren Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsmittel wird vor allem die Parkraumnot am wirksamsten bekämpft. Denn im Gegensatz zum privaten Kraftfahrzeug hat das öffentliche Verkehrsmittel kein Parkbedürfnis, weil es ständig unterwegs ist.

Sie ersehen schon aus diesen wenigen Angaben, daß auch diese Aufgabengebiete der Stadt voller Probleme stecken. Obwohl wir mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, sind wir aber doch froh, daß sie nicht von einer Schrumpfung, sondern im Gegenteil von einer ständigen Ausweitung der Wirtschaft und von einer erfreulichen Hebung der Lebenshaltung verursacht sind. Wir dürfen uns freuen, daß für die Bewältigung der gezeigten Aufgaben in den städtischen Werken Menschen tätig sind, die mit großem Verantwortungsbewußtsein ihre Pflicht erfüllen und für die Wiener Bevölkerung sorgen und arbeiten. Leider ist auch ihre Arbeit nicht ohne Gefahren, wie die tödlichen Betriebsunfälle dieses Jahres zeigen.

./.

Frohe Weihnachten!

In wenigen Tagen feiern wir Weihnachten. Dieses Fest ist ein richtiges Familienfest geworden, dem besonders die Kinder mit großen Erwartungen entgegensehen. Wir schätzen die Weihnachtszeit als die Tage der inneren Sammlung und der Besinnung. Die Hilfsbereitschaft, die Gebefreudigkeit und das Verständnis für die Nöte der Mitmenschen sind gerade zum Weihnachtsfest besonders groß. Das soll und kann ein schöner Ausgleich sein für die Unachtsamkeiten und Vernachlässigungen, ja vielleicht sogar Unfreundlichkeiten und Lieblosigkeiten, die wir uns in der hastig gewordenen Zeit gegenseitig unabsichtlich zufügen. Wir sollen in diesen Tagen wieder zu uns zurückfinden und uns darauf besinnen, wie unendlich wertvoll Freundschaft und Liebe im Kreise der Familie und im Kreise der Freunde sind.

Wenn wir gesund sind und das Glück haben, die Festtage zu Hause in unserem Heim verbringen zu können, so sollen wir das besonders schätzen, und uns dieses Glückes wirklich erfreuen. Aber gerade deshalb sollen wir zur Weihnachtszeit an alle jene denken, die durch die Ungunst des Schicksals, durch ein Unglück, das sie persönlich betroffen hat, mit Sorgen besonders beladen sind. Vor allem dürfen wir jene nicht vergessen, die aus irgendeinem Grunde einsam sind und niemanden haben, mit dem sie die Sorgen und die Freuden teilen können. Wir sollten in unser weihnachtliches Gedenken auch jene Mitbürger einschließen, die krank und leidend sind, und in einem Krankenhaus wieder ihre Genesung erhoffen. Mit einem Wort, die Glücklichen, die Satten und Gesunden dürfen nicht vergessen, daß mitten unter uns Menschen leben, denen das Schicksal eine schwere Last aufgebürdet hat und denen wir, die Gemeinschaft, nach besten Kräften beistehen sollen. Das Leben darf uns nicht hart und gleichgültig machen gegen die Not unserer Mitmenschen. Und so wie man früher vom "Goldenen Wienerherz" gesprochen hat, so sollen echte Menschenfreundlichkeit und selbstlose Hilfsbereitschaft eine der schönsten Eigenschaften der Wiener von heute sein. In diesem Sinne wünsche ich allen Wienerinnen und Wienern ein frohes und glückliches Weihnachtsfest!"

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus

9. Hauptstück: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen

21. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas wurden heute früh die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien mit der Behandlung des Kapitels IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, fortgesetzt. Vorher wurde ohne Debatte der Nachtrag zur Tagesordnung - ingesamt 22 Geschäftsstücke - angenommen.

Hieraus referierte Stadtrat Glaserer über die Ansätze seiner Geschäftsgruppe. Die Magistratsabteilung 50 war, sagte er einleitend, solange es irgend eine gesetzliche Regelung auf dem Gebiete des Wohnungswesens gab, das Wiener Wohnungsamt. Dieses hatte auch, solange das Wohnungsanforderungsgesetz bestand, große Rechte, um seinen ebenfalls großen gesetzlichen Verpflichtungen einigermaßen nachkommen zu können. Es ist allgemein bekannt, daß dieses Gesetz Ende 1955 abgelaufen und vom Nationalrat nicht mehr verlängert wurde.

Es kam dann im Dezember 1956 zur Schaffung des Neuvermietungsgesetzes. Aber selbst dieses Gesetz, das man wirklich nicht als ein Bewirtschaftungsgesetz bezeichnen konnte, wurde von den Hausbesitzerverbänden und den ihnen verbundenen Politikern auf das Heftigste bekämpft und wurde auch dieses Gesetz Ende Juni 1958 zu Fall gebracht.

Seit 1. Juli 1958 gibt es demnach, von Bestimmungen geringerer Bedeutung abgesehen, keine gesetzliche Regelung im Wohnungswegen unserer Stadt. Also gibt es auch kein Wohnungsamt.

Die Kritik aber nimmt dies alles einfach nicht zur Kenntnis. Die Kritik verhält sich so, als ob nach wie vor die dringenden Wohnbedürfnisse - alle Notwendigkeiten - durch die Magistratsabteilung 50 gelöst werden könnten.

Wenn man aber nicht einmal diese bescheidenen Bestimmungen des Neuvermietungsgesetzes zum Schutze der wirklichen wohnungsbedürftigen Familien besitzt, dann ist niemand in der Lage, anfallenden Notstand zu beseitigen.

Sein Referat, erinnert der Referent, habe wiederholt nach Ablauf des Neuvermietungsgesetzes auf die nachteiligen Folgen für die Wohnungssuchenden hingewiesen.

./.

Heute liegen die Erfahrungen von 18 Monaten vor und diese beweisen, daß seine damaligen Befürchtungen allzu richtig waren. Auf dem privaten Sektor werden jährlich rund 10.000 Wohnungen mietrechtlich frei. Für die Vergebung dieser Wohnungen gibt es derzeit keinen sozialen Beweggrund und keinen Bedürftigkeitsgrad. Diese Wohnungen werden nur mehr nach rein merkantilen Gesichtspunkten vergeben. Das heißt: verfügt der noch so bedürftige Wohnungssuchende nicht über entsprechende Mittel, kann er keine Wohnung bekommen. Eher bleibt die Wohnung leer stehen, als daß auf eine entsprechend hohe Ablösesumme verzichtet wird. Eher werden die Wohnräume in Büros, Werkstätten, Lagerräume oder dergleichen umgewandelt. Vielfältig sind die Möglichkeiten, die alle zur Zweckentfremdung von Wohnraum führen. Die hohen Ablösen kann kaum jemand bezahlen.

Es wenden sich daher die wohnungssuchenden Familien nur an die Gemeinde Wien. So ist es auch verständlich, da dem wirklich Wohnungsbedürftigen auf dem privaten Sektor kaum geholfen wird, daß im Jahre 1959 trotz der rigorosen Vormerkungsbestimmungen 9.000 Ansuchen neu in Vormerkung genommen werden mußten.

Die Stadt Wien war immer, und wird weiterhin bemüht sein, erklärt der Stadtrat, durch ihre Bautätigkeit die Wohnungsnot zu lindern. Es ist aber unmöglich, alle Bedürfnisse der Wohnungssuchenden auf dem Gemeindesektor zu lösen.

Der Stand der Vormerkungen Ende 1959 ist um 3.000 Fälle höher als Ende 1958. Es bedarf daher keiner hellseherischen Begabung um vorauszusagen, daß die Zahl der Vormerkungen auch im Jahre 1960 weiter ansteigen wird. Der Referent glaubt daher, daß eine rasche und wesentliche Linderung der Wohnungsnot ohne gesetzliche Bestimmungen nicht möglich ist. Seiner Ansicht nach müßte jeder, der es ehrlich mit den Obdachlosen und Wohnungsbedürftigen meint, dieser Auffassung beitreten.

Wie groß das Ausmaß dieser Wohnungsnot ist, beweisen nachfolgende Zahlen: Es waren am 30. November 1959 die Wohnungssuchenden aus folgenden Gründen vorgemerkt: Einsturzgefahr 1.006, bestehende Obdachlosigkeit 3.939, drohende Delogierung 5.743, schwere Gesundheitsgefährdung 131, Überbelag 15.736, gesundheitsschädliche Wohnung 8.461, getrennter Haushalt 1.606, zusammen 36.622.

./.

Am 30. November 1958 waren 33.718 Wohnungssuchende vorgemerkt. Somit ist die Zahl der Vormerkungen gegenüber dem Vorjahr um fast 3.000 Fälle gestiegen.

Die Stadtverwaltung war bemüht, mit den auf dem Gemeindesektor anfallenden Neubauwohnungen und den in städtischen Wohnhäusern mietrechtlich freigewordenen Wohnungen, den dringendsten Notstand zu beheben. Es wurden zugewiesen an Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen 588, obdachlose Familien aus den städtischen Herbergen und sonstigen Notunterkünften 797, von Obdachlosigkeit bedrohte Familien 741, Fälle wegen Tbc 96, Mieter aus freizumachenden Objekten (Assanierung und Bauvorhaben der Gemeinde Wien) 648, Familien aus überbelegten Wohnungen 1.974, Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen 830, Ehepaare, die getrennt wohnen mußten, 150, Fälle wegen sozialen Notstandes 1.615, alte Leute und alleinstehende Personen, die eine große gegen eine kleine Wohnung wechselten 54 und Ordinationswohnungen 46, zusammen 7.539 Wohnungen.

Die soziale Stellung der zugewiesenen Wohnwerber ergibt folgendes Bild: Bundesangestellte 716, Gemeindeangestellte 808, Arbeiter der Privatwirtschaft 3.370, Angestellte der Privatwirtschaft 946, Pensionisten und Renter 1.319, Freiberufliche und Selbständige 380.

Wenn auch das Hauptproblem des Wiener Wohnungswesens der qualitative Notstand ist, da heute noch rund 250.000 Familien in mehr oder weniger schlechten Zimmer-Küchen-, oder Kabinett-Küchen-Wohnungen leben müssen, so beweisen die oben genannten Vormerkungs- und Zuweisungszahlen, wie groß der akute Notstand in unserer Stadt ist.

Neben der Absiedlung von Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen und der Assanierung hat die große Wanderbewegung Hauptschuld an dem akuten Wohnungsnotstand.

In den Jahren 1952 bis einschließlich 1958 sind rund 550.000 Menschen aus den Bundesländern nach Wien übersiedelt, während im gleichen Zeitraum nur 405.000 Personen aus der Stadt weggezogen sind. Die Differenz in diesen sieben Jahren zwischen Zuzug und Abgang ergibt 145.000 Personen, die zusätzlich in der Stadt verblieben sind, also einen jährlichen Überschuß von rund 20.000.

./.

Stadtrat Glaserer macht darauf aufmerksam, daß es sich bei den Wegziehenden meist nur um Familienteile handelt. Das heißt, daß durch den Wegzug fast keine Wohnungen frei werden, weil ein Teil der Familie in der Wohnung zurückbleibt. Hingegen brauchen die Zuziehenden ein Obdach. Diese ziehen nicht ganz ungern in die schlechtesten Wohnungen. Aus diesen gesundheitsschädlichen Elendswohnungen - so spekulieren diese Menschen - müssen sie ja doch herausgenommen werden. Und so kommen sie doch zu dem was sie wollen, zur modernen Gemeindewohnung.

Die ganze Entwicklung des Wohnungswesens in der Zweiten Republik und insbesondere die in der gesetzlosen Zeit der letzten eineinhalb Jahre, beweist deutlich, daß mindestens zur Zeit ohne einer brauchbaren gesetzlichen Regelung, der akute Wohnungsnotstand nicht beseitigt werden kann.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung wird durch die Fertigstellung von Wohnhausanlagen von Jahr zu Jahr größer und verwaltet derzeit insgesatm 135.917 Mietobjekte. Im Jahre 1959 wurden 4.267 Wohnungen und 285 Geschäftsräume, davon erstmalig ein geringer Teil Wohnungen mit besserer Ausstattung in die Verwaltung übernommen. Der Jahresgrundzins für diese besser ausgestatteten Wohnungen wurde durch den zuständigen Gemeinderatsausschuß mit zwei Prozent der Baukosten festgesetzt.

Der Voranschlag 1960 weist für städtische Wohnhäuser Gesamteinnahmen in der Höhe von 165,914.300 Schilling auf, denen Gesamtausgaben im Betrag von 215,509.100 Schilling entgegenstehen. Läßt man die Wertabschreibung von 54,057.000 Schilling außer Betracht, so darf man wohl von einem ausgeglichenen Budget der Häuserverwaltung sprechen.

Die Gemeindeverwaltung war seit Jahren nicht nur bemüht, sagt der Referent, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die notwendigen Instandhaltungsarbeiten durchzuführen, sondern auch bestrebt, technische Neuerungen in den Wohnhausanlagen für die Mieter und insbesondere für Hausfrauen zu schaffen. So beträgt die Zahl der maschinell ausgestatteten Waschküchen mit Ende November 2.459, hievon entfallen auf die nach 1945 neu errichteten Bauten 1.701 Waschküchen, während 758 Waschküchen nachträglich maschinell ausgestattet wurden.

./.

Im Haushaltsplan 1960 sind weitere zwei Millionen Schilling für den Einbau von maschinellen Einrichtungen in Waschküchen bestehender Wohnhäuser veranschlagt. Im nächsten Jahr sollen dort, wo es sich in den älteren Wohnhausanlagen als notwendig erweist, zusätzlich weitere Waschküchen maschinell ausgestattet werden. Im Jahre 1958 waren in den städtischen Wohnhausanlagen 184 Aufzüge in Betrieb, Ende November 1959 sind es schon 301 Aufzüge. Die Erneuerung bzw. die Verstärkung der elektrischen Steigleitungen in einer Anzahl von Wohnhausanlagen wird fortgesetzt, da diese bei der immer mehr zunehmenden Verwendung von elektrischen Haushaltgeräten in vielen Fällen nicht mehr genügen.

Die Gruppe Amtshäuser verwaltet derzeit 128 gemeindeeigene Objekte und zwar befinden sich davon 121 Objekte in Wien und sieben Objekte außerhalb Wiens.

Ungemein groß ist das Verlangen, erklärt der Referent, städtische Grundflächen im Baurecht zu erhalten. Dies gilt sowohl für Genossenschaften, wie für Einzelbauwerber. Die Wohnbauförderung und die Neue Wiener Wohnbauaktion mit ihren günstigen Kreditmöglichkeiten steigern noch dieses Verlangen. Obwohl der zuständige Gemeinderatsausschuß auch in diesem Jahre wieder eine große Anzahl von Baurechtsansuchen genehmigte, konnte doch nur ein geringer Teil der Baurechtswerber befriedigt werden. Bis jetzt wurden insgesamt 5,250.000 Quadratmeter städtischer Grundbesitz im Baurecht vergeben.

Für Kleingartenzwecke standen zu Beginn des Jahres 1959 6,260.000 Quadratmeter gemeindeeigene Gründe zur Verfügung. Hievon mußten im Berichtsjahr 60.000 Quadratmeter für das eigene Bauprogramm sowie für Baurechtsbestellungen freigemacht werden. Dennoch konnten durch Ankauf von Gründen die für Kleingartenzwecke in Bestand gegebenen Flächen vermehrt werden. Im Jahre 1959 sind auch mehr als 150.000 Quadratmeter Erntelandflächen für Wohn- und Industriebauten freigemacht worden. Trotzdem sind noch immer, obwohl die Erntelandaktion vor fast zwanzig Jahren nur aus kriegsbedingten Gründen ins Leben gerufen wurde, 780.000 Quadratmeter städtischer Grundbesitz als Ernteland in Verwendung.

Im März 1959 wurde nach langwierigen Verhandlungen das Wiener Kleingartengesetz vom Wiener Landtag beschlossen. Wir

./.

dürfen hoffen, daß dieses Gesetz mit seinen, den neuen Erfordernissen entsprechenden Bestimmungen mithilft, einer echten und modernen Kleingartenbewegung - die sich sinnvoll in das Stadtganze einfügt - den Weg zu bereiten.

Zum Abschluß dankt Stadtrat Glaserer den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses IX und den Mitarbeitern seines Ressorts für die loyale und gute Zusammenarbeit.

Die Debatte über Wohnungswesen

GR. Hausner (KLS) erklärt, der Bericht des Amtsführenden Stadtrates habe gezeigt, wie berechtigt die Kritik an der Wiener Wohnungspolitik sei. Die Sozialisten hätten gerade auf dem Gebiet der Wohnraumbeschaffung der ÖVP nicht nachgeben dürfen. Das Wohnungsanforderungsrecht der Gemeinden hätte geschützt werden müssen. Es hätte wesentlich zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen. Der Redner verlangt die Wiedereinführung des Wohnungsanforderungsgesetzes, steigt doch die Zahl der Wohnungssuchenden ständig. Auch das angekündigte Obdachlosenschutzgesetz sei bis jetzt nicht beschlossen worden. Derartige Gesetze wären jedoch dringend notwendig, da ohne gesetzliche Regelungen die Hauseigentümer nicht bereit sind, auf ihre Vorteile zu verzichten. Der Redner kommt sodann auf die derzeitigen Mietzinse zu sprechen. Er stellt fest, daß die Zinse in vielen Althäusern infolge von Reparaturen viel zu hoch sind. Die Qualität dieser Wohnungen stehe in keinem Verhältnis zu den Mietzinsen. Er tritt für die Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds ein. Diese Frage müßte endlich gelöst werden. Die Sozialisten müßten der Volkspartei gegenüber die Interessen der Mieter vertreten. Eine von der Volkspartei geplante Mietzinserhöhung müßte unbedingt verhindert werden. Keine der Novellierungen der Mietengesetze habe bisher eine Entlastung auf dem Wohnungssektor gebracht. Für die Hauseigentümer wäre dabei aber immer eine Kleinigkeit abgefallen. Eine Diskussion dürfe es nicht über die Zinsfrage, sondern nur über die Wiedereinführung des Wohnungsanforderungsgesetzes und die Schaffung eines zentralen Reparaturfonds geben.

./.

Der Redner lehnt auch den höheren Zins für die besser ausgestatteten Gemeindewohnungen ab. Man müßte den Mietern die Möglichkeit geben, diese bessere Ausstattung in Raten zu bezahlen, dürfe aber nicht die Zinse für ewige Zeiten derart hoch ansetzen. Auch die für Annuitätenzuschüsse zur Verfügung gestellten Mittel hätten zweckmäßiger für den sozialen Wohnhausbau verwendet werden müssen. Der soziale Wohnungsbau müßte vergrößert werden, denn woher sollte die Bevölkerung eine Wohnung bekommen. Die große Zahl der arbeitenden Menschen sei kaum in der Lage, eine Eigentumswohnung zu erwerben. Eine soziale Verwaltung sei aber dazu verpflichtet, allen Menschen bei geringster Belastung eine menschenwürdige Wohnung zur Verfügung zu stellen.

Der Redner übt dann Kritik an der Vergebung der Wohnungen und erklärt, daß eine Veränderung des Systems unbedingt notwendig ist. Man solle wieder zurückkehren zum System der Qualifizierung der Fälle.

Weiter fordert der Redner eine öffentliche Kontrolle, eine größere Toleranz gegenüber Tuberkulosen und Infektiösen und eine Hilfe für alt gewordene Hausbesorger, die ihre Hausbesorgerwohnungen verlassen müssen. Schließlich legt er zwei Anträge vor. Nach dem ersten soll der Gemeinderat an die Bundesregierung und alle Nationalräte appellieren, ehestens gesetzgeberische Maßnahmen zu beschließen, die den § 7 des Mietengesetzes außer Kraft setzen und die Schaffung eines Reparaturfonds gewährleisten. Dieser Reparaturfonds soll aus Zinsüberschüssen, Bundesmitteln und Gemeindezuschüssen gespeist werden. Nach dem zweiten Antrag soll der Stadtrat der Verwaltungsgruppe IX beauftragt werden, dem Gemeinderat ehebaldigst den Entwurf eines Wohnungsanforderungsgesetzes vorzulegen, und der Stadtsenat soll nach der Beratung des Entwurfes alles tun, um vom Parlament die rasche Verabschiedung eines solchen Gesetzes zu erreichen. Weiter soll der Stadtrat beauftragt werden, neue Richtlinien für die Vergebung aus Gemeindemittel erbauter Wohnungen auszuarbeiten. Diese Richtlinien sollen eine Qualifizierung der Wohnungswerber ermöglichen und eine öffentliche Kontrolle der Wohnungsvergebung bieten.

Seine Fraktion wird gegen diese Budgetgruppe stimmen.

./.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß sich die dringendsten Probleme unserer Bevölkerung und unseres Staates nur durch Bereinigung der Wohnungsfrage lösen lassen. Das Glück unseres Volkes hängt von einem gesunden, lichten Heim ab. Die Wohnungsfrage ist heute nicht eine Frage unseres Landes allein. Leider aber muß man feststellen, daß sie nirgends unsachlicher und demagogischer behandelt wird als bei uns. Die herrschende Regierungskoalition war bis jetzt nicht in der Lage, diesen Fragenkomplex aus der Unsachlichkeit des parteipolitischen Gezänks, des Parteistreits, auf die Ebene einer sachlichen Betrachtung zu stellen. Diese Koalition ist nicht in der Lage, diese Frage auch nur andeutungsweise zu klären.

Wir erleben es, daß bei steigender Bautätigkeit die Zahl der Wohnungsuchenden zunimmt. Die Lösung dieser Frage liegt nicht nur beim Wohnungsneubau, sondern hängt auch ab von einer möglichst gerechten Verteilung des bestehenden Wohnraums. Hier prallen die Gegensätze nach wie vor hart aufeinander. Auf der einen Seite der Standpunkt der Hausbesitzervereinigungen, daß sich mit der Zeit durch die Spielregeln des freien Marktes die Verhältnisse stabilisieren werden, auf der anderen Seite jener der Sozialistischen Partei, die das Allheilmittel in der Bewirtschaftung dieses Wohnraumes sucht. Das eine Argument wird in der Praxis durch den Wohnungssucher widerlegt, auf der anderen Seite erleben wir, daß auch die Bewirtschaftung die Dinge nicht zu regeln vermochte.

Wir Freiheitlichen wollen, daß endlich eine volkswirtschaftliche - nicht parteipolitische - Durchdenkung dieses Fragenkomplexes Platz greift. Wir glauben, daß eine generelle Lösung des Wohnbauproblems stattfinden müßte. Dazu gehört auch die Rettung des Althausbesitzes. Wir lehnen eine allgemeine Erhöhung der Mietzinse ab, falls nicht damit ein entsprechender Ersatz für die den Mietern entstehenden Lasten gewährleistet wird. Darüber hinaus sind wir ebenfalls für Maßnahmen, die geeignet sind, die ins Unerträgliche steigenden Bodenpreise zu reduzieren.

Keine Stellung ist heikler und undankbarer, als die eines Stadtrates des Wohnungswesens. Aber die Kritik an der Tätigkeit des Wiener Wohnungsamtes geht weit über das normale Maß hinaus. Die Klagen der Bevölkerung und ihre Erbitterung sind sehr stark.

./.

Wenn die Bevölkerung das Gefühl hätte, es sei wirklich nur die Wohnungsbedürftigkeit der einzige Maßstab, dann würden sich alle die Bitten und Wünsche, die an die Parteipolitiker herangetragen werden, erübrigen. Die Bevölkerung hat eben dieses Gefühl nicht.

Die Wohnungen werden aus den Steuermitteln der Bevölkerung gebaut. Warum sollte dann die Bevölkerung kein Recht haben, eine öffentliche Kontrolle auszuüben? Warum kann man nicht auch in Wien ein Punktesystem ausarbeiten? Würde ein solches System eingeführt werden, dann würden verschiedene Klagen über Protektion reduziert werden. Leider haben wir in den Ausführungen des Herrn Stadtrates nichts Derartiges gehört. Die FPÖ-Fraktion ist daher nicht in der Lage, diesem Kapitel die Zustimmung zu geben.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) stellt der Tatsache, daß über 36.000 Wohnungswerber vorgemerkt sind, die Zahl von 4.500 Wohnungen, die im Jahre 1960 gebaut werden sollen, gegenüber, und erklärt, obwohl die Gemeinde 530 Millionen für den Wohnungsbau ausgeben wird, kommen wir der Lösung des Wohnungsproblems doch nicht näher. Wir bekennen uns zum sozialen Wohnungsbau und wir freuen uns über jede Wohnung, die vergeben werden kann; aber außerdem müssen alle Arten des Wohnungsbaues gefördert werden. Wir finden die Bezeichnung sozialer Wohnungsbau jedoch nur dann gerechtfertigt, wenn diese Wohnungen nur an solche Wohnungsuchende vergeben werden, denen es ihre pekuniäre Lage nicht erlaubt, selbst zur Schaffung einer Wohnung beizutragen (Beifall bei der ÖVP). Die Rednerin meint auch, daß man durchaus nicht davon sprechen könne, daß die Wohnungsnot in Wien nur mehr eine qualitative sei, wenn auch nicht bestritten werden kann, daß es viele Fälle von qualitativer Wohnungsnot gibt. Es ist jedoch ungerechtfertigt, Leute in neue Wohnungen einzuweisen, die sich nur "verbessern" wollen.

Wir verurteilen auch den Wucher mit Wohnraum auf das schärfste. Man muß aber das Problem als Ganzes sehen. Es gibt in allen Schichten der Bevölkerung und bei allen Parteien anständige Menschen, aber leider auch solche, die es nicht sind. Nicht nur die Hausherren, sondern auch die Mieter verlangen manchmal, wenn sie aus einer Wohnung ausziehen, weit höhere Summen, als durch die Investitionen gerechtfertigt wäre. Auch hat die Mehrheit dieses Hauses hier schon vom Problem der Untermieten gesprochen.

./.

Wir brauchen ein Gesetz, das den ganzen Fragenkomplex zu regeln imstande ist. Im Obdachlosenschutzgesetz von Nationalrat Prinke liegt ein solcher Gesetzentwurf vor.

Die Rednerin spricht dann über die Einweisungen in Gemeindewohnungen und meint, wir müssen nicht nur familiengerecht bauen, sondern auch familiengerecht einweisen. (Beifall bei der ÖVP.) Die Altenwohnungen sollte man so anlegen, daß man in jedem Neubau im Parterre solche Wohnungen einbaut.

Schließlich gibt GR. Dr. Helene Stürzer einige Anregungen. Sie verweist darauf, daß gegenwärtig Wachebeamte keinen Vormerkschein bekommen, wenn sie als Wohnort die Kaserne angeben. Erfreulicherweise ist dies bei den Krankenschwestern nun nicht mehr der Fall. Gesundheitsschädliche Wohnungen sollten gesperrt werden, damit sie nicht wieder bezogen werden. Bei den Assanierungen sollte dafür Vorsorge getroffen werden, daß mehr Lokale auch für kleine Gewerbetreibende geschaffen werden und nicht nur Großbetriebe und Konsumvereine berücksichtigt werden. Die Mansardenwohnungen sollten in eine niedrigere Type eingereiht werden, da die schrägen Wände nicht so wie bei Normalwohnungen ausgenützt werden können.

Abschließend gibt die Rednerin in Namen ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe.

GR. Windisch (SPÖ) führt aus, die Vermehrung der Zahl der Wohnungssuchenden sei ein Alarmzeichen dafür, daß wieder eine quantitative Wohnungsnot im Entstehen begriffen ist. Wir haben gehört, daß derzeit 11.000 Notstandsfälle vorgemerkt sind. Der kommunale und der genossenschaftliche Wohnungsbau allein sind nicht in der Lage, die Wohnungsnot zu beheben. Dabei stehen nach vorsichtigen Schätzungen von Fachleuten in Wien heute 4.000 Wohnungen leer, weil die Menschen nicht mehr bereit sind, für alte und abgewohnte Wohnungen Beträge zu zahlen, die für sie unerschwinglich wären. So werden für eine Zweieinhalbzimmerwohnung 40.000 bis 60.000 Schilling verlangt. Ein ebenso hoher Betrag ist dann meistens für die Renovierung der Wohnung erforderlich.

Der Redner kommt dann ebenfalls auf den Bundestag der Haus- und Grundbesitzer zu sprechen. Er zitiert aus dem offi-

./.

ziellen Bericht über die Tagung, in dem es heißt, daß der Abgeordnete Mayr im Namen des Nationalratsklubs der ÖVP erklärt habe, die Volkspartei werde einem Bodenbeschaffungsgesetz nur im Rahmen einer Generalmietenreform zustimmen.

GR. Windisch beschäftigt sich dann mit einigen Bemerkungen seiner Vorredner und hält fest, daß die Vormerkungen beim Wohnungsamt auf Grund der zuletzt geltenden Bestimmungen erfolgen. Das heißt, daß nur solche Leute vorgemerkt werden, bei denen bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Der Sprecher der ÖVP hat in der Generaldebatte gefragt, warum man seiner Partei nicht die Chance gegeben habe, das Wohnungsamt zu übernehmen. GR. Windisch verweist darauf, daß die ÖVP diese Chance schon einmal hatte, und zwar in den Jahren 1934 bis 1938. (StR. Lakowitsch, ÖVP: "Konstruieren Sie keine Verwandtschaften!") Es wurden jedoch nur Familienasyle gebaut. Es fehlt daher der ÖVP jede Berechtigung, am Wiener Wohnbauprogramm Kritik zu üben. (GR. Mühlhauser, ÖVP: "Wir haben dazugelernt, Ihr aber nicht, das ist der Unterschied!") Ich darf wohl sagen, fährt der Redner fort, daß nicht nur die Sozialisten, sondern die ganze Wiener Bevölkerung dagegen wäre, daß die ÖVP das Wohnungsamt führt. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Windisch kommt dann auf die Vorwürfe zu sprechen, daß in die Gemeindewohnungen nur Mitglieder der Sozialistischen Partei eingewiesen werden. Er sagt, daß er ab 1958 in seinem Wahlgezirk eine Statistik über die Zuweisungen aus den Reihen der Sozialisten vornimmt und dabei festgestellt hat, daß von allen Wohnungssuchenden auf der Wieden, die eine Wohnung bekamen, 41 Prozent Mitglieder der Sozialistischen Partei gewesen sind. Er nimmt auch Stellung zu dem im Wahlprogramm der ÖVP enthaltenen Vorwurf, daß von 59 sozialistischen Gemeinderatsmitgliedern 33 in Gemeindewohnungen wohnen, obwohl es sich hier, wie behauptet wurde, um Mieter handeln soll, die ein monatliches Einkommen von mindestens 20.000 Schilling haben. Er fragt in diesem Zusammenhang bei der ÖVP an, ob er sich die Differenz auf die 20.000 Schilling bei ihr holen könne. (Heiterkeit) Er selbst, fügt er dem hinzu, lebt mit seiner Familie in einer Zimmer-Küche-Gemeindewohnung, die er als Ausgebombter nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft erhielt. Zu dieser Zeit war er

./.

noch nicht Mitglied der Sozialistischen Partei. Zu den Ausführungen des GR. Hausner stellt er fest, daß er diese alle Jahre im Gemeinderat vorbringe. Er müsse ihn auch diesmal darauf aufmerksam machen, daß die SPÖ für die Ab chaffung der Wohnraumbewirtschaftungsgesetze nicht die Verantwortung trage. Er stellt in diesem Zusammenhang fest, daß das seinerzeitige Wohnungsamt in der Zeit der Gültigkeit des Neuvermietungsgesetzes, also innerhalb von zehn Jahren, 100.000 Wohnungen zuweisen konnte. Solange der freiwerdende Wohnbestand, sagt er, nicht gerecht verteilt werden kann, solange werden wir gegen die Wohnungsnot nichts Entscheidendes erreichen können. Er stellt abschließend fest, daß wir gegenwärtig leider zusehen müssen, wie die ÖVP die Wohnungsfrage zu junktimieren versucht (Beifall bei der SPÖ). Er appelliert an alle, insbesondere an die ÖVP, mitzuhelfen, die betrüblichen Zustände im Wohnungswesen abzuschaffen. Seine Fraktion wird den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX die Zustimmung erteilen.

Stadtrat Glaserer nimmt im Schlußwort zunächst Stellung zur Kritik von GR. Hausner über die Abschaffung des Neuvermietungsgesetzes. Er erklärt, daß die Sozialisten zwar das Neuvermietungsgesetz niemals als ein Bewirtschaftungsgesetz angesehen haben, immerhin aber als die Möglichkeit, die Zweckentfremdung des Wohnraumes zu verhindern. Er stellt fest, daß zum jetzigen Zeitpunkt die Zweckentfremdung von Wohnungen ins Unendliche gestiegen ist, was die 18 Monate seit der Abschaffung des Neuvermietungsgesetzes bewiesen haben. Auf dem privaten Sektor wird jetzt überhaupt kein Wohnungsnotfall mehr gelöst. Zu der Behauptung, daß bei der Gemeinde Wien Mietenerhöhungen durchgeführt wurden, stellt er fest, daß es nirgends der Fall gewesen ist. Wir haben, sagt er, eine völlig neue Type mit völlig neuer Wohnungsausstattung geschaffen und hiefür neue Mieten festgesetzt. Wir halten es nach wie vor für gerecht, daß für diese neuen Wohnungen eine neue Mietzinsbildung erfolgt. Was die Anschuldigung betrifft, daß bei der Vergebung von Wohnungen in der Magistratsabteilung 50 Protektion geübt wird, erklärt er, er müsse eine solche Kritik ablehnen. Wir haben zum Beispiel, so führt er weiter zu diesem Kapitel aus, 15.000 Wohnungssuchende vorgemerkt, die bis jetzt in überbelegten Zimmer-Küche-Wohnungen wohnen. Es ist klar, daß man diese Fälle nicht in einem Zuge lösen kann. ./.

Um nicht in den Verdacht zu kommen, Protektion zu üben, dürfte man überhaupt keinen dieser 15.000 Fälle lösen. Er meint, daß solange wir es mit einem Notstand zu tun haben, solange wird man auch nicht das Gerede von Protektion verhindern können. In seinem Ressort wird nach bestem Wissen und Gewissen bei der Zuweisung gehandelt. Zu den Vorwürfen über den Überbelag in den Wohnhausanlagen des sogenannten Schnellbauprogramms, wie sie von GR. Stürzer vorgetragen wurden, stellt der Referent fest, daß in diesen Gemeindehäusern 5.000 Familien mit je einem Kind untergebracht sind. Die Familien mit zwei Kindern werden aus diesen Wohnhausanlagen ständig herausgenommen und in größere Wohnungen eingewiesen. Sollten wir aber auch schon Familien mit einem Kind herausnehmen, was wir sicher gerne täten, würden wir wieder damit Vorschub zum Vorwurf der Protektion geben.

Zum Vorwurf des FPÖ-Gemeinderates Dr. Schmidt, daß mit dem Wohnbau allein nicht das Wiener Wohnungsproblem gelöst werden kann, sagt er, daß diese Meinung nur zum Teil stimmt. Er ist dagegen der Ansicht, daß man nur durch den Bau neuer Wohnungen und dem Umbau des bestehenden Wohnraumes diese schwierige Fragen lösen kann. Er gibt zu bedenken, daß wir es nicht nur mit den sogenannten Bassenawohnungen aus der Gründerzeit zu tun haben, sondern daß wir noch sehr viele Wohnungen mit Wasser und Klosett im Hof haben. Man könne eben nicht Qualität und Quantität zusammenmengen und dann ein allheilendes Rezept suchen. Der qualitative Notstand kann mit keinem Gesetz abgeschafft werden, der quantitative Notstand dagegen könnte mit einem brauchbaren Gesetz einer Lösung zugeführt werden. Und man sollte, setzt der Referent seine Ausführungen fort, mit der Not unserer Wohnungssuchenden keine Politik machen, denn so eine Politik wird niemandem Zinsen tragen (Beifall bei SPÖ). Stadtrat Glaserer sagte, er ist nicht gegen eine Diskussion über ein neues Punktesystem, er erklärt aber zugleich, daß durch eine neue Zuweisungspraxis nicht mehr Wohnraum geschaffen werden kann. Die Erhebungen bei der Behandlung der Gesuche wird von dem Beamten seines Ressorts gewissenhaft durchgeführt, man möge aber bedenken, daß diese Beamten keine Kriminalpolizisten sind, und nichts dafür können, wenn manchmal eine Wohnung auf Grund

./.

von falschen Angaben vorgenommen wird. Der Redner meint, man müßte sich auch einmal mit den Lagerinsassen unserer Obdachlosenheime zu beschäftigen haben, die selbst das geringste Entgelt nicht bezahlen wollen. Zum Schluß seiner Ausführungen glaubt Stadtrat Glaserer, es wäre nicht am Platze, die Wohnungszuweisungen als "heißes Eisen" zu bezeichnen. Wenn wir bedenken, daß bei zwei Drittel aller Wohnungsvergebungen durch die Gemeinde Wien krasseste Notfälle sind, dann könne eine solche Bezeichnung nicht stimmen. Er nimmt dann Stellung zu den Vorwürfen des FPÖ-GR. Dr. Schmidt, daß Mandatare in Wohnungsangelegenheiten intervenieren. Der Gemeinderat, sagt er, wurde in einem Wiener Bezirk gewählt, und zwar durch das Vertrauen seiner Wähler. Es ist selbstverständlich, daß er auch mit seinen Wählern zusammenkommt. Der Mandatar kann dabei nicht verhindern, daß ihm auch Wohnungssorgen vorgetragen werden. Er stellt fest, daß nur ein sehr geringer Teil von Interventionen in seiner Geschäftsgruppe Erfolg habe. Er selbst habe es als Stadtrat für das Wohnungswesen stets entschieden abgelehnt, in den Sprechstunden des Parteisekretariates seines Bezirkes Wohnungsangelegenheiten zu behandeln, um sich keinen Vorwürfen auszusetzen.

Die Forderung, bei den Vormerkungen etwas großzügiger zu sein, müsse zurückgewiesen werden. Schließlich will man ja alle Vormerkungen erledigen und die Leute nicht zum Besten halten. Je mehr Leute vorgemerkt sind, umso weniger rasch können die wirklich dringenden Fällen erledigt werden. GR. Dr. Stürzer meinte, daß vielfach zwei Generationen in einer Wohnung wohnen müssen. Das sei richtig und auch der Grund, warum so viele Familien von der Obdachlosigkeit bedroht sind. Es lassen nämlich in sehr vielen Fällen die Eltern ihre eigenen Kinder delogieren, oft auch dann, wenn die Wohnungen nicht gerade klein sind. Die Gemeinde könne daher diese sogenannten Gefälligkeitsdelogierungen nicht immer berücksichtigen. Es wurde auch über familiengerechtes Bauen gesprochen. Dazu ist zu sagen, daß heute bereits familiengerecht gebaut wird. Die Ausführungen der GR. Dr. Stürzer, man möge doch mehr Geschäftslokale für Private und weniger für den Konsum bauen, kann man mit Zahlen entkräften.

./.

Während in der Zwischenkriegszeit in den Gemeindebauten auf 95 Geschäftslokale fünf Konsumvereinslokale kamen, ist das Verhältnis jetzt 97 : 3. Der Stadtrat erklärte sich bereit, auch über die quadratmetermäßige Verteilung demnächst genaue Zahlen bekanntzugeben. Zur Frage der Mandatare in Gemeindewohnungen ist zu sagen, daß selbstverständlich auch ein Mieter einer Gemeindewohnung zum Gemeinderat gewählt werden kann. Außerdem könne kein Mitglied des Gemeinderates wissen, ob er während der nächsten Wahlperiode noch als Abgeordneter fungiert. StR. Glaserer stellt fest, daß es ihm persönlich nur angenehm gewesen wäre, würde das Wohnungsamt von einem ÖVP-Stadtrat verwaltet werden. Seine Parteifreunde haben jedoch gefunden, daß es in seinen Händen noch immer sicherer sei, als in denen eines ÖVP-Stadtrates. (Beifall bei der SPÖ.) Die Anträge des GR. Hausner ersucht der Referent dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zuzuweisen. Den einzelnen Debattenrednern dankt er für die Diskussion, denn sie haben dieses heikle Thema mit Ernst und Sachlichkeit behandelt. Im übrigen bittet er um Annahme der Ansätze. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 9. Hauptstückes ohne die Stimmen der FPÖ und KLS angenommen. Die beiden Anträge wurden einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

21. Dezember (RK) Donnerstag, den 24. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Anton Schwaiger.

\- - -

Straßenbahnfahrpreis zu den Feiertagen

21. Dezember (RK) Am Freitag, dem 25., (Christtag), und Samstag, dem 26. Dezember, (Stephanitag), sowie am Freitag, dem 1. Jänner, (Neujahr), gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine zu 4.- Schilling im Tarifgebiet I oder II und auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit.

Die Kurz-, Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesen Tagen ungültig. Auch auf den Autobuslinien sind sämtliche Wochenkarten ungültig, es gelten aber die Übergangsfahrscheine Straßenbahn (Stadtbahn) - peripherer Autobus zum Preise von 3.20, 3.60 und 4.- Schilling.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 2.20 Schilling-Fahrschein (im Vorverkauf 2.- Schilling).

Die Vorverkaufsstellen sind am Donnerstag, dem 24. Dezember, von 6.30 bis 14 Uhr, am Donnerstag, dem 31. Dezember, ganztägig und am Freitag, dem 1. Jänner, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Freitag, dem 25., und Samstag, dem 26. Dezember, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse, Wien 6, Rahlgasse 3, ist am Donnerstag, dem 24. Dezember, von 8 bis 12 Uhr und am Donnerstag, dem 31. Dezember, von 8 bis 15 Uhr geöffnet, hingegen am Freitag, dem 25., Samstag, dem 26., Sonntag, dem 27. Dezember, und Freitag, dem 1. Jänner, geschlossen.

\- - -

Weihnachten in städtischen Anstalten

21. Dezember (RK) In den städtischen Spitälern, Pflegeanstalten und Heimen herrscht seit Tagen weihnachtliche Stimmung. Wie alle Jahre kommen die Stadtväter mit dem Bürgermeister, den Vizebürgermeistern und den Stadträten an der Spitze in die Krankenzimmer, in die Tagräume der Pfleglinge in den Altersheimen und in die Erziehungsheime, um allen unseren Mitbürgern, die das Fest der Familie nicht zu Hause feiern können, im Namen der Stadt die Weihnachts- und Neujahrswünsche zu überbringen. In den letzten acht Tagen nahmen die Vertreter der Stadtverwaltung an mehr als 100 Weihnachtsfeiern in den städtischen Anstalten teil.

\- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner

21. Dezember (RK) Im Jänner sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,
Getränkesteuer für Dezember,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Dezember.

14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,
Ortstaxe für Dezember.

15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.

25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Jänner.

\- - -

10. Hauptstück: Wirtschaftsangelegenheiten

Stadtrat Bauer (ÖVP) referierte sodann über die Ansätze der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten.

Nach den Ansätzen für das Jahr 1960 werden die Ausgaben in dieser Gruppe 142,999.200 Schilling betragen, das ist um 9,997.500 Schilling mehr als im Jahr 1959 im Voranschlag enthalten waren. Es ergibt sich daher eine Ausgabensteigerung von ungefähr 7.4 Prozent. Dem stehen voraussichtlich Einnahmen von 83,423.400 Schilling gegenüber. Das sind um 2,137.200 Schilling mehr als im Voranschlag 1959 präliminiert waren. Die Steigerung beträgt hier 2.6 Prozent.

Stiefmütterlich bedacht wurden die Ansätze für bauliche Herstellungen. Die Magistratsabteilung 54, Beschaffungsamt, kann 140.000 Schilling und die angeschlossene Bäckerei 100.000 Schilling für diesen Zweck ausgeben, die Magistratsabteilung 59, Märkte, 4,062.000 Schilling, die Magistratsabteilung 60, Veterinärwesen 5,280.000 Schilling. Marktamt und Veterinäramt werden von den angeführten Beträgen für den Schlachthof und Zentralviehmarkt etwa sechs Millionen Schilling ausgeben. Damit können selbstverständlich nur die allerdringendsten Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden.

Es wäre von der Stadtplanung doch zu überlegen, ob es überhaupt zweckmäßig ist, noch größere Beträge in den jetzigen Viehmarkt und in das Schlachthaus zu investieren. Bei dieser Gelegenheit muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß für die Anlagen in St. Marx auch eine weitere Gefahr besteht. Man hat in den letzten Jahren Wohnhäuser der Gemeinde Wien so nahe an St. Marx gebaut, daß schon jetzt berechtigte Beschwerden von den dort befindlichen Mietern wegen Geruchsbelästigung an die Stadtverwaltung herangetragen werden. Wenn man in Betracht zieht, daß Viehmarkt und Schlachthof ein Areal von 397.076 Quadratmetern bedecken, muß man denn doch die Frage aufwerfen, ob nach den heutigen Erfahrungen für die Fleischversorgung Wiens so ausgedehnte Märkte und Schlachthäuser überhaupt notwendig sind.

./.

Sollte sich die Stadtplanung aber doch entschließen Viehmarkt und Schlachthof in St. Marx zu belassen und etwa auch den Großhandel mit Fleisch von der Großmarkthalle nach St. Marx zu verlegen, müßte man im Interesse der Mieter verhindern, daß weitere Wohnhausanlagen in der Nähe von St. Marx errichtet werden.

Für die Planung eines Obst- und Gemüsegroßmarktes wurden für 1960 150.000 Schilling ins Budget eingesetzt. Es ist zu hoffen, daß der von so vielen Körperschaften gewünschte Obst- und Gemüsegroßmarkt nun doch bald errichtet werden kann.

Die Magistratsabteilung 54, die mit der Beschaffung für die in der Geschäftseinteilung vorgesehenen Waren zuständig ist, konnte alle Erfordernisse für die städtischen Ämter, Anstalten, Betriebe und Schulen bereitstellen. Außerdem besorgt sie die Verwaltung und den Abverkauf aller im städtischen Haushalt nicht mehr verwendbaren Materialien mit Ausnahme der Kraftfahrzeuge. Für die vom Beschaffungsamt gekauften Lebensmittel wurden bis 31. Oktober 1959 17,963.068'17 Schilling ausgegeben. Textilien und Lederwaren wurden um zirka 12,52 Millionen Schilling angekauft und darüber hinaus noch verschiedene Lohnarbeiten in Auftrag gegeben. Bei verschiedenen Artikeln der Reinwoll- und Lederindustrie haben sich bedeutende Preiserhöhungen ergeben. Preiserhöhungen gab es auch im Reinigungsgewerbe (16 Prozent), bei den Transportarbeiterbeistellungen (vier Prozent) und bei den Fertigprodukten der Holzverarbeitungsbetriebe sieben Prozent. Durch das teilweise Nachziehen des österreichischen Eisenpreises an den Weltmarktpreis traten Preiserhöhungen bei Eisenwaren bis zu zehn Prozent ein. An Wirtschafts-, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren wurden Waren im Werte von 14,3 Millionen Schilling eingekauft. Für Papier- und Kanzleimaterialien wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1959 2,955.000 Schilling ausgegeben. Weiters wurden 8.458 Druckaufträge im Gesamtbetrage von 4,417.776 Schilling vergeben. Für sonstige Kanzleimaterialien wurden 1,166.600 Schilling verbraucht. Im Zuge der Modernisierung und der Fortsetzung der Mechanisierung in den städtischen Dienststellen wurden für Büromaschinen 925.742'98 Schilling aufgewendet.

./.

Weiters wurde in der Berichtszeit ein Mietvertrag über die Aufstellung einer Lochkartenmaschinenanlage abgeschlossen. Die Lochkartenmaschinenanlage soll vorerst zur Verrechnung der Löhne und Gehälter, in weiterer Folge auch für andere Aufgaben (Wassergebührenverrechnung, Stimmlisten, Materialverrechnung) herangezogen werden.

Was die Beschaffung von Brennstoffen betrifft, konnte auch hier die reibungslose Auslieferung durch eine entsprechende Vorratswirtschaft bewerkstelligt werden. Bis 31. Oktober 1959 wurde an städtische Verbrauchsstellen insgesamt 71.992 Tonnen Brennstoffe abgegeben. Die Stadt Wien war in ihrem Bereich durch zunehmende Verwendung heimischer Brennstoffe bemüht, die schwierige Lage der österreichischen Bergbaue erleichtern zu helfen.

Die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen erforderte etwas über 12 Millionen Schilling. Die Kosten der laufenden Instandsetzung betrugen 570.000 Schilling. Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial beläuft sich auf ungefähr 2,3 Millionen Schilling.

Für die Erneuerung und Verbeserung von Einrichtungsgegenständen, Lehr- und Lernmitteln für Schulen wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober 1959 wieder beträchtliche Mittel aufgewendet. Neben der Sonderschule für Körperbehinderte in Währing wurden noch die Schulneubauten in Hadersdorf-Weidlingau und Max Winter-Platz eingerichtet. Eine weitere Reihe von Lehrerzimmern konnten unter Beiziehung von Architektenteams der Magistratsabteilung 19 neu ausgestattet werden. Da die Erneuerung der Lernbücher im wesentlichen abgeschlossen ist und derzeit nur auf einzelnen Gebieten Neuanschaffungen getätigt werden, werden nunmehr auf dem Gebiet der Lehrmittel laufend Neuanschaffungen durchgeführt und Reparaturen großen Ausmaßes vorgenommen.

Die Bäckerei wird, soferne die Voranschlagssätze eingehalten werden können, 500.000 Schilling Mehrertrag erbringen.

Dieser Geschäftsgruppe obliegt auch die administrative Praterverwaltung.

Erfreulicherweise verschwinden im Prater die letzten Ruinen.

./.

Der Kaisergarten, durch dessen Neugestaltung lichtscheue Elemente ihre Unterkunft verloren haben, wird einen repräsentativen Zugang zum Prater schaffen, in dem jetzt wieder - im Gegensatz zu früheren Jahren - normals Sicherheitsverhältnisse herrschen. Bei dieser Gelegenheit muß man den Schaustellern und Gastwirten danken, die schon knapp nach 1945 unter unglaublichen Schwierigkeiten ein großes Aufbauwerk geleistet und mit dazu beigetragen haben, daß der Wiener Prater für die Wiener Bevölkerung aber auch für unsere ausländischen Gäste zu jenem Begriff wurde, der er vor 1938 war.

Der städtische Grundbesitz umfaßte am 31. Dezember 1958:

	in Wien	außerhalb Wiens
Alleinbesitz	1,728.297'16 ar	2,054.413'87 ar
Mitbesitz	66.453'39 ar	4.482'-- ar
Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung	2.425'23 ar	---

Damit ist die Gemeinde Wien zu einem der größten Grundbesitzer Österreichs geworden.

In der ertragbringenden Verwaltung werden die Bestandzinse nach Möglichkeit weiterhin erhöht werden, soweit sie den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß dies, da es sich um zweiseitige Verträge handelt, nur im Einvernehmen mit den Vertragspartnern möglich ist. Derartige Verhandlungen dauern oft sehr lange. Außerdem ist besonders darauf hinzuweisen, daß Erhöhungen bei landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genützten Bestandflächen nur im Rahmen der Richtsätze der Landwirtschaftskammer möglich sind. Diese Pachtzinse können keinesfalls eine Amortisation des Kaufpreises eines zum Beispiel als Baugrund gekauften Grundstückes herbeiführen.

Von großer Bedeutung für den Wiener Fremdenverkehr ist der Wiener Buschenschank, der unter dem Begriff "Heuriger" weltbekannt wurde. Das Buschenschankwesen ist derzeit durch eine Verordnung aus dem Jahre 1939 geregelt und ist nicht zuletzt aus dem Grunde, daß diese Regelung aus der Zeit der deutschen Besetzung stammt, reformbedürftig. Der Magistrat hat nunmehr den 1.Entwurf eines neuen Buschenschankgesetzes den Interessenvertretungen zur Stellungnahme zugeleitet.

./.

Die Vorarbeiten für ein Tierzuchtförderungsgesetz, das durch die Vorschreibung der Körpflicht nur geeignete Vatertiere zur Tierzucht zulassen und als Anreiz zu deren Haltung Subventionen vorsehen soll, sind bereits weit gediehen.

In Ausführung der der Land- und Forstwirtschaftsinspektion durch die Wiener Landarbeitsordnung gestellten Aufgaben wurden im Berichtszeitraum 1314 land- und forstwirtschaftliche Betriebe einer Kontrolle unterzogen. Zum Zeitpunkt der einzelnen Betriebskontrollen waren in den besuchten Betrieben 2959 familieneigene und 785 familienfremde Arbeitskräfte ständig beschäftigt. Das Schwergewicht der von den Organen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion ausgeübten Tätigkeit lag entsprechend der gesetzlichen Anweisung auf der Beratung der Dienstgeber und Dienstnehmer in arbeits- und sozialrechtlichen Belangen und vor allem in Angelegenheiten der Unfallverhütung. Es wurde festgestellt, daß die Betriebsinhaber zumeist selbst schon darauf bedacht sind, Beanstandungen dadurch aus dem Wege zu gehen, daß sie den bei früheren Kontrollbesuchen erteilten Aufklärungen und Beratungen sowie den Aufforderungen zur Behebung von Mängeln und zur Abstellung von Unzulänglichkeiten weitgehend nachkommen.

Abschließend wird hiezu noch erwähnt, daß die Aufgaben und Befugnisse der Land- und Forstwirtschaftsinspektion durch die Landarbeitsordnungsnovelle 1958, mit der die Mutterschutzbestimmungen für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Frauen verbessert wurden, in den darin geregelten Belangen eine nicht unbedeutende Erweiterung erfahren haben.

In Anlehnung an die im Land Niederösterreich geltenden Schonzeiten wurde die Schonzeit für Rehgaißen und Kitze verkürzt und auf den Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. August festgesetzt. Die seinerzeit festgestellten Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete haben keine Änderung erfahren.

Derzeit bestehen 28 anerkannte Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2376,6 ha. Die Fischereireviere werden von 80 Fischereiaufsehern beaufsichtigt.

./.

Die die Zulassung und Pflichten der Markthelfer regelnden Magistratskundmachungen wurden einer Novellierung unterzogen, wonach nunmehr die Zulassung der Markthelfer, deren Lizenzen bisher in Abständen von ein bis drei Jahren erneuert wurden, ohne zeitliche Beschränkung vorgenommen und nur im Falle schwerer Verfehlungen der Lizenzinhaber zurückgenommen wird. Gleichzeitig wurde auch den Markthelfern durch Wegfall der jährlich vorzunehmenden Vergebührung der Bewilligungen eine finanzielle Erleichterung zuteil.

Im Hinblick auf die Wiener Ladenschlußverordnung, LGBl. Nr. 1/1959, ist es auch notwendig geworden, die Verkaufszeiten auf den Wiener Märkten neu zu regeln. Der diesbezügliche Entwurf einer Magistratskundmachung ist bereits fertiggestellt. Es wird, wenn es auch nicht möglich ist, den Wünschen aller Interessenten nachzukommen, getrachtet, mit der Neuregelung der Marktverkehrszeiten im öffentlichen Interesse nicht nur der besonderen Bedeutung der Märkte für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und den Erfordernissen der Marktverwaltung, sondern auch den verständlichen Forderungen der Markthändler einerseits und der Angestellten andererseits, weitgehend gerecht zu werden.

Von den in den Angelegenheiten des Schiffahrtswesens bearbeiteten Geschäftsstücken betrafen 110 die Schiffahrt selbst, darunter 13 Nachrichten für die Schiffahrttreibenden, betreffend die Behinderung der Schiffahrt auf der Donau, während 384 Fälle auf die Ausstellung oder Verlängerung von Schiffspatenten und Fahrtüchtigkeitszeugnissen entfielen und 140 Fälle die Zulassung von Schiffen zum Verkehr sowie die Ausgabe von Kennzeichen und 55 Fälle die Bewerbung um Schiffsführerpatente zum Gegenstand hatten.

Im Berichtszeitraum hatten insgesamt 540 Motorboote ihren Standort in Wien. Davon stehen 457 im Besitz von Privatpersonen und 83 in Verwendung des öffentlichen Dienstes wie Feuerwehr, Polizei, Bundesstrombauamt.

Der Stadtrat kommt dann auf die Märkte zu sprechen und führt aus: Der vordringliche Wiederaufbau zerstörter oder durch Kriegseinwirkung beschädigter Anlagen hatte jahrelange Einschränkungen der Aufwendungen zur Erhaltung der Marktobjekte zur Folge.

./.

Die zum überwiegenden Teil dem Wiederaufbau dienenden Mittel können daher im vollen Ausmaße der Behebung von Zeitschäden, der Steigerung der Verkehrssicherheit auf Marktflächen, der Modernisierung, der zweckmäßigen Umgestaltung, der Verbesserung eine Steigerung von rund 425.000 Schilling erfahren.

In diesem Zusammenhang ist die Verlegung des Marktes "Am Hundsturm" an den Rand einer in unmittelbarer Nähe befindlichen Grünanlage vorgesehen. Mit der Verschiebung wird nicht nur Verkehrsrücksichten, sondern auch der Sorge für die körperliche Sicherheit der Marktbesucher Rechnung getragen. Die Errichtung eines Wohnhausbaues auf den seinerzeitigen Gründen des Reservegartens im 2. Wiener Gemeindebezirk macht die Verlegung des Marktes in der Vorgartenstraße in die Ennsgasse notwendig.

Der Hannovermarkt im 20. Bezirk erfreut sich eines ständig steigenden Zuspruches. Es ist eine Erweiterung der Marktfläche zur Errichtung gewerblicher Betriebe und der Bau einer Gemüsewaschanlage vorgesehen.

Umfangreiche Instandsetzungen und Erneuerungen sind an und in der für die Fleischversorgung Wiens wichtigen Großmarkthalle notwendig, damit auch dieses Objekt gesteigerten wirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden kann. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Zentralviehmarkt. Hier sind es die veralteten Auswiege- und Registriergeräte, die einen Umbau auf Waagen nach dem Rollgewichtssystem zweckdienlich erscheinen lassen.

Mit Rücksicht auf die vorgesehene Führung der Trasse der Autobahn "West", bzw. einer Schnellstraße, im Wiental sind für die Verlegung des Obst- und Gemüsegroßmarktes vom Gelände des Naschmarktes in Wien 4, nach dem möglichen zukünftigen neuen Standort genauere Studien zur Auswahl der wirtschaftlichen Möglichkeiten, der Bodenverhältnisse, zur Abschätzung der Gesamtkosten als Grundlage für die Ausarbeitung von Detailprojekten, genaue vermessungstechnische Lage- und Höhenpläne des betreffenden Erschließungsgebietes notwendig.

Die Versorgungslage und Marktbeschickung wird im Zusammenhang mit der Preisbewegung vom Marktamte einer laufenden Beobachtung unterzogen und deren Ergebnis in periodischen Berichten veröffentlicht.

./.

Zu diesem Zwecke werden umfassende Wochenberichte über das Marktgeschehen sowie über die Preislage der wichtigsten Lebensmittel- und Verbrauchsartikel verfaßt, die nach wie vor von amtlichen und anderen interessierten Stellen für Informationszwecke herangezogen werden. Weiters gibt eine jeweils zum Wochenende verfaßte Kurzübersicht der Händlerschaft und den Konsumenten Aufschluß über die Angebots- und Preislage sowie über die Absatzverhältnisse. Sie stellt für die Verbraucher einen wertvollen Beratungsbehelf bei ihren Einkäufen dar. Weiters sei darauf hingewiesen, daß täglich im Rundfunk die auf dem Naschmarkt geltenden Verbraucherpreise der wichtigsten Gemüsesorten verlautbart werden.

Zu Beginn des heurigen Jahres zeigten sich auf dem Preissektor - vorerst bei Gemüse - später auch bei Obst und Fleisch unliebsam empfundene Preiserhöhungen, welche bei Obst und Gemüse auf das katastrophale Schlechtwetter dieses Jahres zurückzuführen waren. Die schwere Regenperiode und die später einsetzende ungewöhnliche Trockenperiode bei Sommerschluß, haben nicht nur bei uns, sondern auch in den für uns in Betracht kommenden Importländern schwere Schäden im Gefolge gehabt. Das abnormale Wetter brachte nicht nur große Ausfälle in Erstlingsgemüsen, sondern verzögerte auch die Anlieferung von Obst und Gemüsse im stärksten Maße. Die Folge der nicht befriedigbaren Nachfrage waren stärkere Preiserhöhungen bei allen Gemüsesorten. Konnten diese Preiserhöhungen im späteren Jahresverlauf bei Gemüse gemildert werden, so zeigte sich die Preisauftriebstendenz bei Obst infolge des andauernd abnormalen Wetters im verstärkten Ausmaße. Fast bei allen Obstarten waren große Mindererträge festzustellen, die auf die Preisgestaltung nachteiligen Einfluß übten.

Auch in der Fleischversorgung der Stadt traten in den Sommermonaten starke Engpässe auf. Der zunehmende Fremdenverkehr brachte natürlicherweise eine fühlbare Steigerung des Fleischkonsums mit sich. Die Inlandzufuhren auf dem Wiener Schweinemarkt sanken in dieser Zeit von rund 7.000 Stück Schweine auf 2.000 Stück in der Woche ab, also eine Minderanlieferung von 5.000 Stück pro wöchentlichem Markttag.

Mit großen Anstrengungen gelang es vorerst, die Minderbelieferung des Marktes durch starke Importe auszugleichen.

./.

Kritisch wurde die Situation, als in Bulgarien die Maul- und Klauenseuche ausbrach und die Gefahr bestand, daß die getätigten Abschlüsse infolge der drohenden Einfuhrsperre nicht durchgeführt werden könnten. Auch diese kritische Situation konnte schließlich überbrückt werden. Sie zeigte aber deutlich die Gefahren auf, welche in der Versorgung der Stadt eintreten können, wenn der Fleischbedarf in zu großem Ausmaß nur durch Importe, also aus dem Ausland gedeckt werden muß. Auf dem Zentralviehmarkt traten an einigen Markttagen wieder als Alarmzeichen die "Schlachtgewichtspreise" in Erscheinung.

Für die Wiener Bevölkerung ergab sich als Folge der geschilderten Umstände die unangenehme Tatsache, daß auch die Detailpreise, insbesondere bei Kalb- und Schweinefleisch, spürbar erhöht wurden. Mit Abflauen des Reiseverkehrs klangen diese Preiserhöhungen wieder ab und heute stehen die Vorsaisonpreise wieder in Geltung.

Es wäre sehr zu wünschen, wenn durch geeignete Maßnahmen die inländische Schweinezucht wieder gehoben werden könnte, damit Wien nicht eines Tages von einer noch unangenehmeren Situation überrascht wird.

Aus der ständigen Marktbeobachtung ergibt sich auch die Möglichkeit, bei den hiefür zuständigen Bundesministerien rechtzeitig die Einfuhr von lebenswichtigen Nahrungsmitteln anzuregen, sowie auch zu den geplanten Exporten solcher Waren Stellung zu nehmen. Ihre Ein- und Ausfuhr ist oftmals von ausschlaggebender Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Preislage dieser Waren im Inland.

Beachtlich ist auch die Mitarbeit des Marktamtes bei der Erstellung der Amtlichen Österreichischen Preisstatistik (Preis-Index des Österreichischen Statistischen Zentralamtes). Es müssen hiebei allmonatlich in etwa 200 Kleinhandelsgeschäften die Verbraucherpreise für mehr als 100 verschiedene lebenswichtige Artikel - (Lebens- und Genußmittel, Bekleidungsgegenstände, Schuhe, Geschirr usw.) - festgestellt und statistisch erfaßt werden.

./.

Im Rahmen der lebensmittelpolizeilichen Tätigkeit des Wiener Marktamtes sind rund 20.400 Lebensmittelkleinhandels- sowie 1.500 Großhandels- und Erzeugerbetriebe zu überwachen. Im letzten Jahre wurden hiebei rund 34.000 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes abgenommen und zum Teil im eigenen Wirkungsbereich einer Begutachtung unterzogen, zum Teil der Untersuchung und Begutachtung durch die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung zugeführt. Die wichtigsten Importe von Lebensmitteln werden nach wie vor auf ihre Eignung noch vor ihrer Inverkehrsetzung stichprobenweise überprüft. Auf diese Art wird nicht nur der Konsument vor einer etwaigen Überverteilung geschützt, sondern auch der Importeur selbst, bzw. der Groß- und Kleinhändler weitgehend vor Schaden und Unannehmlichkeiten bewahrt.

Durch kommissionelle Begutachtungen unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Innungen wurden auch im abgelaufenen Jahre die Brotqualität sowie die Güte der Wurstwaren ständig kontrolliert. Hiedurch wurde bisher eine Beschaffenheit dieser so wichtigen Lebensmittel erreicht, die nicht nur im Interesse einer berechtigten Verbrauchererwartung, sondern auch in der des Erzeugers selbst gelegen ist. Ferner wäre auf die Pilzkontrolle hinzuweisen. Die vom Marktamte in den letzten Jahren sehr erfolgreich durchgeführte Weinkontrolle wurde auch im Berichtsjahre auf breiter Basis fortgesetzt. Was den lebensmittelpolizeilichen Sektor betrifft, kann zusammenfassend festgestellt werden, daß im vergangenen Jahre 933 Anzeigen an Gerichte und Verwaltungsbehörden erstattet werden mußten.

Im Einvernehmen mit dem Marktamt ist die Stadtplanung bestrebt, zur Entlastung des immer mehr zunehmenden Verkehrs an besonders neuralgischen Verkehrspunkten gelegene Marktobjekte in ruhigere Verkehrsgebiete zu verlegen. Hiebei wird auf die Erfordernisse des betreffenden Marktes in jedem einzelnen Fall größtmöglichste Rücksicht genommen.

In gewerbepolizeilicher Hinsicht werden von den Organen des Marktamtes laufend die Gewerbebetriebe im Stadtgebiet von Wien überprüft. Der Hausier- und Wanderhandel wird auf den Straßen und Plätzen des Stadtbereiches ständig überwacht.

./.

Die Organe des Marktamtes sind auch mit der Überwachung der unbefugten Abgabe von geschützten Pflanzen in Ladengeschäften, auf Straßen- und Marktständen und bei Wanderhändlern beschäftigt. In Tierhandlungen wieder werden Kontrollen bezüglich des Feilbietens geschützter Tierarten vorgenommen.

Auf all den genannten Gebieten wurde eine umfangreiche Tätigkeit vom Marktamte durchgeführt und größere Versorgungsstockungen irgendwelcher Art sind nicht in Erscheinung getreten.

Der Referent stellte dann die umfangreiche Tätigkeit des Veterinäramtes dar und verweist darauf, daß sich der Schlachthofbau derzeit im Stadium einer stürmischen Entwicklung befindet. Es wird Aufgabe aller zuständigen Stellen sein, das Schlachthof-Problem einvernehmlich zu lösen. Dabei wird man auch die Interessen des Viehhandels und des Fleischergewerbes zu berücksichtigen haben. Vertreter dieser beiden für die Versorgung der Stadt so wichtigen Wirtschaftszweige sollten zeitgerecht eingeladen werden, ihre Wünsche zu äußern, wenn mit der Planung eines neuen, modernen Schlachthofes begonnen wird.

Zusammenfassend erklärt der Stadtrat, daß diese Geschäftsgruppe wohl nicht zu den größten, doch aber zu den wichtigsten zählt. An Hand des gelegten Berichtes ist der stetige Aufstieg der Bundeshauptstadt festzustellen, an dem - das darf mit Dankbarkeit und Freude vermerkt werden - die freie Wirtschaft einen überaus wichtigen Anteil nimmt. Die selbständigen Handels- und Gewerbetreibenden sind es, die der Gemeinde durch die von ihnen abgeführten Steuern und Abgaben oft überhaupt erst die Mittel für Maßnahmen verschiedenster Art zur Verfügung stellen. Die Arbeit unserer Unternehmer für unsere Stadt sollte von dieser Stelle aus vor allem auch deshalb gewürdigt werden, weil es oft Stimmen gibt, die an dem Selbständigen kein gutes Haar lassen.

./.

Gerade der kleine und mittlere Unternehmer, der gelegentlich auch als Kontrahent der Stadt Wien beschäftigt wird, erfüllt nicht nur gegenüber seinen Arbeitern sondern auch gegenüber der Allgemeinheit in vorbildlicher Weise seine Pflicht. Er verdient es wohl nicht, als "Ausbeuter" hingestellt zu werden.

Lassen Sie mich, sagt der Redner, von dieser Stelle aus auch noch kurz darauf hinweisen, daß wieder einmal ein Jahr hinter uns liegt, in dem wir, trotz aller Verschiedenheit der Auffassungen über wirtschaftliche Dinge, einen weiteren Schritt nach vorwärts getan haben. Daß unsere Märkte ausreichend beschickt sind und die Hausfrau im großen und ganzen durchaus preisgünstig einkaufen kann, ist nicht zuletzt ein Verdienst der gesamtösterreichischen Wirtschaftspolitik, in der die freien Bauern und Gärtner, in der der freie Handel mit all seinen Verästelungen und unsere Gewerbetreibenden gemeinsam mit den Arbeitern für eine ausreichende Versorgung der Konsumenten beitragen. Alles in allem: Es geht uns zwar durchaus noch nicht glänzend, aber es geht uns doch ganz gut, denkt man etwa an die Zeit von 1938 bis 1945, an den bayrischen Hilfszug, oder an die Jahre unmittelbar nach Kriegsende. Bei uns kann man zwar vielleicht nicht alle Tage Butter essen - immerhin ist sie bei uns im Gegensatz zu einem ganz bestimmten, angeblich sozialistischen Staat, in Hülle und Fülle vorhanden. Zum Schluß: Wir wollen, daß unsere Wiener gut und in Frieden leben, wir wollen sie geschützt sehen vor ungerechtfertigten Preisforderungen, wir wollen sie versorgt wissen mit erstklassigen Waren. Meine Geschäftsgruppe ist bemüht, der Wiener Wirtschaft zu helfen, wo immer dies möglich ist. Nur dort nämlich, wo sich die Wirtschaft freizügig und in voller Verantwortung um ihre gesellschaftliche, um ihre soziale Funktion entfalten kann, gibt es ein Leben in Freiheit. Dieses Leben wollen wir alle unseren Wienern garantieren.

Schließlich dankt Stadtrat Bauer allen seinen Mitarbeitern für ihre mustergültige Arbeit und bittet um Annahme der Ansätze. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

./.

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Lauscher (KLS) erklärt, daß beim Bäckereibetrieb und auf den Schlachthöfen Fehlinvestitionen vorgenommen wurden, die bei den Schlachthöfen in die Millionen Schilling gehen. Es scheint, sagt er, daß man hier etwas leichtfertig vorgeht, etwas planlos wirtschaftet, Das müsse man aufs schärfste verurteilen.

Seit Jahren, führt er weiter aus, haben die Lohnschlächter in St. Marx Forderungen auf Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gestellt. Vor allem wurde die Anschaffung elektrischer Schlachtwinden verlangt. In den letzten fünf Jahren wurde nur eine angeschafft. Nun plötzlich sieht der Voranschlag die Anschaffung von 84 elektrischen Schlachtwinden vor. Da muß hinter den Kulissen etwas passiert sein. Die Lohnschlachter werden sich wirklich freuen. Aber dabei soll man nicht stehenbleiben. Die Erneuerung und Modernisierung der technischen Einrichtungen soll fortgesetzt werden. Die Arbeitsbedingungen der Häutearbeiter seien ein Skandal, und es müssen Maßnahmen eingeleitet werden, diesen Mißständen ein Ende zu bereiten.

Der Redner wendet sich dem Problem der Versorgung der Bevölkerung durch die Märkte und der Preisgestaltung zu. Er erklärt: Indem man der Volkspartei die Aufgabe übertragen hat, die Konsumenten zu schützen, die Preisüberwachung durchzuführen, hat die Mehrheit dieses Hauses den Bock zum Gärtner gemacht. Wir lehnen jede Preiserhöhung bei Brot und Gebäck ab. Unsere Märkte haben ihre Funktion als Preisregulator eingebüßt, weil die Märkte immer weniger direkt beliefert werden, da sich überall der Zwischenhandel eingeschaltet hat. Die Arbeiterfrau sieht dann, daß die Lücke im Arbeiterhaushalt wieder größer geworden ist. Trotz der Konjunktur muß aber der Arbeiterhaushalt mit jedem Schilling rechnen, wenn man sich auch dauerhafte Konsumgüter anschaffen soll. Die Löhne und Gehälter unserer Arbeiter und Angestellten erlauben keine großen Sprünge. Nach einer Statistik der Wiener Gebietskrankenkasse liegt der Durchschnittsverdienst heute bei etwa 1.600 Schilling monatlich. 80 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger in Österreich beziehen dieses Durchschnitseinkommen.

./.

Dagegen verdient eine relativ kleine Schicht von Großverdienern in Österreich schwer. Die Aktionäre haben die sechszehnfache Valorisierung, nicht aber die Arbeiter und Angestellten. All das zeigt, daß die Arbeiter und Angestellten benachteiligt werden, und daß es notwendig ist, daß die Stadtverwaltung die Bestrebungen dieser Arbeiter und Angestellten nach einem größeren Anteil an der Konjunktur unterstützt.

Deshalb sollte die Verwaltungsgruppe für die Wirtschaftsangelegenheiten energisch gegen die Preistreiber vorgehen. Sie sollte alles tun, damit die Märkte als Preisregulator mehr in Funktion kommen. Das bedeutet, daß Wien mehr Detailmärkte braucht. Die Erzeuger, besonders auch die landwirtschaftlichen Produzenten, müßten ermuntert werden, ihre Waren direkt auf die Märkte zu bringen und ihre Waren zu niedrigen Preisen der Bevölkerung anzubieten.

Schließlich fragt der Redner den Stadtrat, wo der neue Gemüse- und Obstgroßmarkt errichtet werden soll, und erklärt, daß seine Fraktion aus den angeführten Gründen nicht in der Lage ist, dieser Geschäftsgruppe die Zustimmung zu geben.

GR. Peter (FPÖ) meint, daß die Budenmärkte in Wien, die nicht gerade zur Verschönerung unseres Stadtbildes beitragen und vielfach ein Verkehrshindernis geworden sind, endlich verschwinden sollten. Der Redner bedauert die Auflösung des Praterkommissariats. Die zuständige Bezirksvertretung hatte keine Möglichkeit zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Dies ist sehr bedauerlich, denn gerade die Bezirksvertretung soll ja die direkte Verbindung zur Bevölkerung herstellen. Nun war der Prater seit eh und je leider eine Gegend, in der sich viel Gesindel herumgetrieben hat. Die Bevölkerung ist daher wegen der Auflösung des Kommissariats in Unruhe versetzt worden.

GR. Peter setzt sich für die Abschaffung der Getränkesteuer bei alkoholfreien Getränken ein und bedauert, daß es zu wenig Flurwächter gibt, die darauf achten, daß die Ausflügler im Wienerwald die Naturschutzbestimmungen einhalten.

Abschließend erklärt der Redner, daß es sich hier um eine Geschäftsgruppe handelt, bei der es nicht sehr viel zu kritisieren gibt. Er freue sich darüber und könne daher im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu diesem Kapitel geben. ./.

GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) stellt fest, daß nach dem Statistischen Jahrbuch der Arbeiterkammer die ausländischen Waren an Obst und Gemüse nicht immer billiger sind als die inländischen Produkte, sondern in vielen Fällen sogar beträchtlich teurer. Es wäre überhaupt notwendig, daß die Hausfrauen in der Großstadt, vor allem jene Waren kaufen, die gerade in großen Mengen und preiswert auf dem Markt sind.

Mit Genugtuung vermerkt der Redner, daß bei der Land- und Forstwirtschaftsinspektion fast keine Beanstandungen vorgekommen sind. Hingegen bedauert er, daß der Gesetzentwurf für das neue Buschenschankgesetz nicht zufriedenstellend ist. Er hofft, daß es gelingen wird, eine bessere Lösung zu finden. Überhaupt wäre noch eine Reihe anderer landwirtschaftlicher Gesetze für Wien erforderlich.

Wir hatten heuer im August große Unwetterschäden an den Wirtschaftswegen in den landwirtschaftlichen Gebieten. In dankenswerter Weise wurden diese Wege, die damals zerstört oder beschädigt worden sind, rasch wiederhergestellt, sodaß die Einbringung der Ernte klaglos möglich war.

Zur Tätigkeit des Marktamtes äußert GR.Dr.Ing. Hengl den Wunsch, daß man bei der Auswahl der Geschäfte zur Beurteilung der ortsüblichen Preise auch die besser ausgestatteten Geschäfte heranziehen sollte, die wegen ihrer höheren Spesen auch höhere Preise haben müssen.

Der Redner findet dann auch lobende Worte für die Tätigkeit des Veterinäramtes der Stadt Wien.

Abschließend erklärt GR. Dr.Ing. Hengl, daß es bei dieser Geschäftsgruppe wirklich um eminent wichtige wirtschaftliche Angelegenheiten der Großstadt gehe. Er hoffe, daß die Zusammenarbeit im zuständigen Ausschuß weiterhin so gut sein wird wie bisher. Seine Fraktion stimme den Ansätzen dieses Kapitels zu. (Beifall bei der ÖVP.)

Als nächster Debatteredner sprach GR. Jodlbauer (SPÖ). Er begrüßte einleitend die Durchführung der in den Ansätzen der Verwaltungsgruppe IX für das Jahr 1960 geplanten Arbeiten. Er setzt sich dann mit den von Stadtrat Bauer in seinem Referat vertretenen Formen der freien Wirtschaft auseinander, denen er die Ansichten der Sozialisten gegenüberstellt. Die

./.

Sozialisten stehen nach wie vor zum Grundsatz einer umfassenden demokratischen Freiheit der Wirtschaft bei gerechter Verteilung des Sozialproduktes. Zur ÖVP gewendet bittet er, in Zukunft bei der Betrachtung der sozialistischen Ziele mehr Objektivität walten zu lassen. Im Zusammenhang erinnert er daran, daß bei den Budgetberatungen 1957 im Rathaus die Konjunktur von der ÖVP als ein Alleinverdienst von Raab und Kamitz dahingestellt wurde. Die Sozialisten behaupten, daß an der gegenwärtigen Wirtschaftslage die gesamte Bevölkerung ein Verdienst hat. Er äußert dann einige grundsätzliche Gedanken über den Produzenten und den Käufer, wobei er hervorhebt, daß die Bedarfsdeckung der Konsumenten im Vordergrund stehen müsse. Das entscheidende auf den Märkten müssen Qualität und Preiswürdigkeit sein. Vielfach werde das kaufende Publikum ausgebeutet, was nicht der Sinn unseres Wirtschaftens sein kann. Hinsichtlich Rabatte muß gleiches Recht für alle herrschen. Man müsse dem Käufer dienen und damit die soziale Sicherheit und die soziale Ruhe hüten. Er meint, die gegenwärtige Konjunktur kann nur dann bestehen bleiben, wenn zugleich auch die Sparsicherheit gestützt wird. Für die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft sei es von großer Bedeutung, wenn die Konsumenten nach der Qualität, nach den Preisen und im richtigen Kaufmoment einkaufen werden können. Bei der heutigen Situation können die Konsumenten nicht immer die Preiswürdigkeit erkennen und den Kaufmoment erfassen. Er begrüßt daher die Einrichtung der Konsumentenberatung, und meint, in Wien müßten in dieser Hinsicht alle Kräfte, auch die der Privatwirtschaft, zusammenarbeiten. Den Hausfrauen, die jährlich 60 Milliarden Schilling unseres Volkseinkommens ausgeben, könnten so neue Wege gezeigt werden. Wenn sie nur ein Prozent davon ersparen, haben wir in Österreich 60 Millionen Schilling erspart und den Hausfrauen geholfen, den Lebensstandard ihrer Familien zu erhöhen. Denn bei Lohn- und Gehaltserhöhungen, sagt der Redner, haben meistens nur einige Gruppen etwas davon, bei einer Verbilligung der Marktprodukte profitiert die Gesamtheit.

Er beschäftigt sich dann mit der vieldiskutierten Frage der Einkaufzentren und mit den Beweggründen, aus denen eine solche Marktform propagiert wird.

./.

Er glaubt, man müsse diesem Problem mehr Aufmerksamkeit schenken, um herauszubekommen ob Einkaufszentren für Wien brauchbar sind. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat sich bereits mit der Seite der Finanzierung und der Rentabilität solcher Märkte beschäftigt und ist im Besitz von Gutachten des Institutes für Raumplanung und des Institutes für Welthandel. In den Gutachten wird die Errichtung eines Verkaufszentrums in Hietzing befürwortet. Der Redner bezeichnet es als interessant, daß sich bei einer Befragung der Hietzinger Geschäftsleute gezeigt hat, daß von 54 befragten Geschäftsinhabern nur zehn Prozent gegen die Errichtung eines solchen modernen Verkaufszentrums sind. Was an Kritik der Sauberkeit unserer Märkte von Seiten der FPÖ vorgetragen wurde, verweist GR. Jodlbauer auf gewisse Bestrebungen, unsere Märkte zu diskreditieren, wobei auch der Gedanke eine Rolle spielen dürfte, die Notwendigkeit von Supermärkten hervorzuheben. Er meint, man sollte im Gemeinderat solche Tendenzen nicht unterstützen. Am Schluß seiner Ausführungen dankt GR. Jodlbauer allen in den Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe X tätigen Beamten für ihre aufopfernde Arbeit. Seine Fraktion wird den Ansätzen die Zustimmung erteilen.

Stadtrat Bauer kommt in seinem Schlußwort auf die Kritik von GR. Lauscher zu sprechen. Dieser bemängelte, daß in der Bäckerei 1957 ein Kessel errichtet wurde, der jetzt bereits ausgewechselt wurde. Dazu ist zu sagen, daß dieser Hochdruckkessel im Jahre 1957 errichtet werden mußte, da ein alter vollkommen unbrauchbar geworden war. Man wußte damals zwar schon, daß die Bäckerei umgebaut werden würde, hatte jedoch räumlich nicht die Möglichkeit dazu. Zur Kritik an den Schlachthöfen ist zu sagen, daß gerade in St. Marx viel geschehen ist. Die Schlachthöfe waren leider durch den Krieg in einem schrecklichen Zustand. Für die Markthelfer wurde eine neue Garderobe eingerichtet, für die Lohnschlächter wurden eine Reihe von Verbesserungen durchgesetzt und es gebe Räume, in denen die Beschäftigten ihr Essen einnehmen können. Daß in der Kälberhalle Autos eingestellt werden, liege daran, daß heute fast keine lebenden Kälber mehr nach St. Marx kommen. Für das Einstellen der Autos werde jedoch bezahlt.

./.

Im übrigen wird diese Halle wieder einmal einer zweckentsprechenden Verwendung zugeführt werden. Wenn die Lohnschlächter auch keine leichte Arbeit haben, so könne man doch keineswegs von unmöglichen Arbeitsbedingungen sprechen. Es kommen pro Tag auf einen Lohnschlächter durchschnittlich zwei Rinder. Auch die Preisentwicklung sei nicht so, wie GR. Lauscher sie dargestellt habe. Es gebe wohl gewisse Spitzenzeiten, doch seien nach den amtlichen Statistiken die Preise im allgemeinen stabil geblieben. Über die Milchausgleichfonds und ob Brot und Milch teurer werden sollen, erübrige es sich hier zu debattieren, da der Gemeinderat hiefür nicht zuständig ist. Dasselbe gelte bezüglich der Auflassung des Praterkommissariats, der Hagelversicherung usw. Dem Verlangen, Straßenstände für Bauern zu bewilligen, könne gleichfalls nicht entsprochen werden, da es für diese Waren dann keine Kontrolle bezüglich Qualität und Preis gäbe. Wir haben aber Landparteienmärkte, auf denen diese Überwachung im Interesse der Bevölkerung erfolgt. Zur Kritik an den Märkten ist zu sagen, daß sich die Stadtverwaltung ehrlich bemühe, die Märkte besser auszugestalten. Als Beispiel kann man den Dornermarkt im 17. Bezirk nehmen. Es sei jedoch nicht immer leicht, mit den Besitzern der Marktstände übereinzukommen. Alle Neuerungen können jedoch nur im Einvernehmen mit den Standinhabern durchgeführt werden. Der Referent vertritt die Ansicht, daß es zweckmäßig wäre, durch die Gemeinde Wien Marktstände zu errichten und diese an sogenannte Bestandnehmer zu vergeben.

Bezüglich Cobenzl müssen die Rechtsverhältnisse er geklärt werden. Die Gemeinde wird jedoch so bald sie die Möglichkeit dazu hat, diesen Schandfleck beseitigen.

StR. Bauer kommt sodann auf die Marktversorgung zu sprechen und stellt fest, daß die ausländische Ware vielfach zu einer Erhöhung der Inlandpreise führe. Er tritt dafür ein, nur so viel zu importieren, als unbedingt notwendig ist. Auf dem Gebiete der Fleischversorgung bestehe die Schwierigkeit, daß Schmalz heute fast nicht mehr anzubringen ist. Diese Tatsache wirke sich selbstverständlich auf dem Fleischpreis aus. Speck ist heute vielfach um die Hälfte billiger als vor einigen Jahren.

./.

Der Buschenschankentwurf kann nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gemacht werden. Ob es möglich ist, diesen Entwurf abzuändern, werden die Verhandlungen ergeben. Es sollen selbstverständlich alle Interessenvertreter hierbei zu Worte kommen und ihre Wünsche so weit wie möglich berücksichtigt werden. Bezüglich der Flächenwidmung hat der Stadtplaner großes Verständnis gezeigt und man kann überzeugt sein, daß diese landwirtschaftlichen Schutzgebiete geschaffen werden. Dem Verlangen, die Konsumentenberatung zu unterstützen, wurde bereits inoffiziell Rechnung getragen. Es müßten jedoch auch die Volkshochschulen hier beratend eingreifen und Vorträge für die Hausfrauen halten.

Abschließend dankt StR. Bauer allen Ausschußmitgliedern für ihre vorbildliche Tätigkeit. Es habe in der abgelaufenen Periode keine Differenzen gegeben und es wurde sachlich zusammengearbeitet. Er bittet den Ansätzen die Zustimmung zu geben.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der KLS angenommen.

\- - -

11. Hauptstück: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referierte über die Gruppe "Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten". Wie er ausführte, sind im Voranschlag für das Jahr 1960 258,459.900 Schilling vorgesehen. Das bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1959 von 70,9 Millionen. Die Stadt Wien hatte bisher einen Beitrag zu den Kosten der Bundespolizei von 20 Schilling je Kopf der Bevölkerung zu leisten. Auf Grund des neuen Finanzausgleichs, der für fünf Jahre abgeschlossen wurde, hat Wien einen Betrag von 60 Schilling je Kopf der Bevölkerung als Bundespolizei-Beitrag zu bezahlen.

In der Magistratsabteilung 61, Bevölkerungswesen, wurden vom 1.Jänner bis 30.November 115.373 Staatsbürgerschaftsnachweise und Heimatrollenauszüge ausgestellt. Die Zahl der Eheschließungen betrug in den ersten elf Monaten 12.317, die der Geburten 17.829 und die Anzahl der Sterbefälle 23.652. Untersucht man nun diese Zahlen, so kommt man zu folgendem erfreulichen Resutat, Die Zahl der Eheschließungen hat gegenüber 1954 um 638 oder 5.5 Prozent zugenommen, die der Geburten um 5.206 oder 41.2 Prozent und die der Sterbefälle um 6.371 oder 2.8 Prozent. Damit ist der Beweis erbracht, daß Wien nicht nur auf wirtschaftlichem Sektor sondern auch auf bevölkerungspolitischem Gebiet eine aufwärtsstrebende Stadt ist.

Das wichtigste Aufgabengebiet der Magistratsabteilung 62, Wahlen, Polizeiwesen, Verschiedenes, ist die Durchführung von Wahlen und die Führung ständiger Wählerverzeichnisse. Heuer waren zwei Wahlen, die Nationalratswahl am 10. Mai und die Gemeinderatswahlen am 25. Oktober, durchzuführen. Obwohl das ständige Wählerverzeichnis am 1. Februar vorschriftsmäßig für zehn Tage zur öffentlichen Einsicht aufgelegt worden ist, war es dennoch notwendig, durch ein Sondergesetz eine neuerliche Auflegung am 15. April für fünf Tage anzuordnen, weil die Wählerschaft erst vor Wahlen auf breiterer Basis das notwendige Interesse zeigt, in die Stimmliste auch wirklich Einsicht zu nehmen.

./.

Dieses geringe Interesse der Wahlberechtigten war auch der Grund dafür, daß das Bundesministerium für Inneres eine Wählerevidenz ausgearbeitet hat, die an Stelle des Stimmlistengesetzes treten soll. In diesem neuen Gesetzentwurf wird von der Auflegung der Stimmlisten im Februar jeden Jahres Abstand genommen und die Führung der Wählerevidenz in Karteiform vorgesehen.

Da die bisherige Stimmliste in Wien und in den meisten anderen größeren Gemeinden schon jetzt in Karteiform geführt wird, kann sie auch im Sinne des neuen Gesetzes als Wählerevidenz gelten. Der Entwurf des neuen Gesetzes sieht auch eine ständige Reklamationsmöglichkeit durch die Wahlberechtigten vor.

Die polizeilichen Angelegenheiten sind zum größten Teil Agenden, die für den Sicherheitsdirektor besorgt werden, nämlich Vereinsangelegenheiten und Entscheidungen über Berufungen in Polizeisachen. Seit 1. Jänner 1959 wurden 345 Vereinsanmeldungen, 316 Statutenänderungen und 287 freiwillige Vereinsauflösungen behandelt, in elf Fällen wurde die Vereinsbildung oder Vereinsumbildung untersagt. 47 Vereine wurden behördlich aufgelöst.

Das Jahr 1959 brachte auf dem Gebiet des Gewerbewesens für die Magistratsabteilung 63 keine bedeutsamen Änderungen. Dennoch verdienen einige Tatsachen eine nähere Erläuterung. In einigen Tagen wird im Landesgesetzblatt eine Verodnung des Landeshauptmannes über den Kleinverkauf von Waren auf Campingplätzen an Sonn- und Feiertagen kundgemacht werden. Damit wird im Interesse des Fremdenverkehrs auch an gesetzlichen Ruhetagen die Versorgung der Gäste mit Lebensmitteln und sonstigen Artikeln durch die auf Campingplätzen befindlichen Kleinhandelsbetriebe möglich sein. Ferner wird eine Verordnung des Landeshauptmannes folgende Regelung treffen: wenn in der kalten Jahreszeit, vom 1. Oktober bis 24. April, zwei oder drei gesetzliche Ruhetage aufeinanderfolgen, ist am zweiten Ruhetag der Verkauf von Milch und flüssigen Milchprodukten in der Zeit von 7 bis 9 Uhr früh zulässig.

In der Zeit vom 1. Dezember bis 30. November wurden 723 freie Gewerbe, 3.467 gebundene Gewerbe, 1.231 handwerksmäßige

./.

Gewerbe und 1.161 konzessionierte Gewerbe, somit insgesamt 6.582 neue Berechtigungen im Gewerberegister verzeichnet. In dem gleichen Zeitraum wurden 908 freie Gewerbe, 3.867 gebundene Gewerbe, 2.354 handwerksmäßige Gewerbe und 1.059 konzessionierte Gewerbe, somit insgesamt 8.188 Berechtigungen gelöscht. Die Zahl der neuen Gewerbeberechtigungen ist im Berichtsjahr um zwei Prozent, die Zahl der Gewerbebeendigungen um 12 Prozent niedriger als im Vorjahr.

In der konstituierenden Sitzung des Wiener Landtages hat Landtagspräsident Marek die Vorbereitung einer tauglichen Rechtsgrundlage für Umlegungen und Kommassierungen im Bauland sowie die Schaffung eines neuen Straßenverwaltungsgesetzes und eines neuen Wiener Elektrizitätsgesetzes als besonders dringlich hervorgehoben. Ich darf dazu berichten, daß die hiefür notwendigen Vorarbeiten von der Magistratsabteilung 64 bereits eingeleitet wurden.

Magistratsabteilung 65, Grundtransaktionen und Zivilrechtsangelegenheiten: Im Voranschlag für das Jahr 1960 sind für Grunderwerbungen 70 Millionen Schilling vorgesehen. Mit den für das laufende Jahr präliminierten 70 Millionen konnte das Auslangen nicht gefunden werden. Es wurde im Oktober dieses Jahres ein Zuschußkredit in der Höhe von 25 Millionen benötigt und auch genehmigt. Der Gesamtkredit für das Jahr 1959 ergab demnach einen Betrag von 95 Millionen. Bis zum 10. Dezember wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaß von 1,081.977 Quadratmetern um den Gesamtkaufpreis von 82,9 Millionen erworben. In den meisten Wiener Gemeindebezirken wurden Grundflächen in beträchtlichem Ausmaße erworben. In erster Linie waren es Baugründe, die zur Bebauung im Rahmen des städtischen Wohnbauprogrammes in Betracht kommen. Da jedoch die Gründe meist nicht bestandfrei sind und vor ihrer widmungsgemäßen Verwendung freigemacht werden müssen, ergibt sich wiederholt die Notwendigkeit der Beschaffung von Ersatzgrundstücken. Zur Absiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben und von Kleingärtnern werden geeignete Grundflächen größeren Ausmaßes benötigt, für deren Beschaffung gesorgt werden muß.

./.

Die Grunderwerbungen in den städtischen Assanierungsgebieten schreiten fort, stoßen aber immer wieder auf beträchtliche Schwierigkeiten. Es handelt sich bei den zu erwerbenden Objekten oft um Liegenschaften, die in Eigenbenützung des Eigentümers stehen und für gewerbliche Zwecke genutzt werden, weshalb mit der Erwerbung auch langwierige Absiedlungs- und Freimachungsverhandlungen verbunden sind. Manche Grundeigentümer sind überhaupt nicht verkaufsbereit oder trachten, aus der im öffentlichen Interesse liegenden Assanierung einen unangemessenen hohen Gewinn für sich zu erzielen. Hier macht sich immer wieder der Mangel eines modernen Assanierungsgesetzes empfindlich bemerkbar. Neben der Erwerbung von Grundstücken für die Bauvorhaben der Stadt Wien werden Baugrundstücke zum Zwecke der Vergebung im Baurecht an gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften erworben. Auch Baugrundstücke im Industriegebiet werden zum Zwecke der Weiterveräußerung an Industrieunternehmen oder Gewerbebetriebe im Zuge der Industrieförderung gekauft. Auch die Grundbeschaffung für die anderen öffentlich rechtlichen Aufgaben der Wiener Stadtverwaltung wurden nicht vernachlässigt. Im Zusammenwirken mit der Stadtplanung erfolgten umfangreiche Grundkäufe zur Schaffung von Kulturzentren, zur Durchführung der Verkehrsplanung, für Straßenneubauten und Straßenregulierungen, zur Regulierung von Wasserläufen, zur Schaffung von Gartenanlagen, zur Errichtung von Schulen, Sport- und Spielplätzen, zu Friedhofserweiterungen und nicht zuletzt zum Schutze des Wald- und Wiesengürtels und für vieles andere mehr.

Der Bevölkerungsstand am 1. Jänner 1959 betrug 1,649.311, am 31. Oktober 1,663.077, was eine Zunahme von 14.746 oder 0.8 Prozent ergibt. Der Wanderungsüberschuß, resultierend aus Zu- und Abwanderungen, beträgt 22.119 oder 13.4 Prozent. Das ergibt gegenüber dem Vorjahr ein Plus. Interessant ist die Betrachtung der Zahlen der Arbeitnehmer dieser Stadt. Unselbständig beschäftigt sind 761.337. Das ergibt gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 14.450 oder 1.9 Prozent. Davon sind 427.423 Arbeiter und 333.914 Angestellte. Interessant ist, daß die Zunahme bei den Angestellten mit 2.7 Prozent stärker ist als die bei den Arbeitern mit 1.3 Prozent.

./.

Eine der Hauptarbeiten des Statistischen Amtes der Stadt Wien, Magistratsabteilung 66, ist die Herstellung des Jahrbuches der Stadt Wien. Das jeweils erscheinende Jahrbuch wird vor Beginn der Budgetdebatte der Öffentlichkeit übergeben. Die periodischen Druckwerke, das sind die "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung" und "Das Statistische Taschenbuch", erfreuen sich eines allgemeinen Ansehens. Für die im Jahre 1961 durchzuführende Volkszählung sind jetzt schon umfangreiche Vorarbeiten zu leisten.

Die Verkehrsangelegenheiten fallen in rechtlicher Hinsicht in den Aufgabenkreis der Magistratsabteilung 70. Die zunehmende Motorisierung war ein Grund dafür, daß neue Wege zur Regelung des Verkehrsproblems gefunden werden mußten. Es kam daher im Jahre 1959 zur Einführung der Kurzparkzonen in bestimmten Teilen des ersten Wiener Gemeindebezirkes, wobei auf das bewährte Vorbild der Pariser "blauen Zone" zurückgegriffen wurde. Allerdings wurde für Wien eine eigene Parkscheibe vorgesehen, vom Stadtbauamtsdirektor Prof.Dr. Pecht entworfen. Sie weist gegenüber der in Paris und Salzburg verwendeten Parkscheibe den großen Vorzug auf, daß sie dank ihrer uhrenförmigen Form auch aus großer Entfernung eine leichte Kontrolle ermöglicht. Die zweite Maßnahme ist die mit 1. Jänner 1959 erfolgte Einführung des Parkverbotes auf allen Fahrbahnen mit Straßenbahngleisen. Beide Maßnahmen haben sich nach Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten ausgezeichnet bewährt und man könnte sich den Wiener Verkehr ohne diese Regelung nicht mehr vorstellen. Besonders durch das Parkverbot auf Schienenstraßen konnte eine bedeutende Verflüssigung des Verkehrs und eine Erhöhung der Sicherheit auf diesen Straßen, die vor allem auch dem Fußgänger zugute kommt, erreicht werden. Der Verfassungsgerichtshof hat allerdings mit Erkenntnis vom Oktober 1959 das Wiener Schienenparkverbot als gesetzwidrig aufgehoben und für das Außerkrafttreten der Verordnung eine Frist bis zum 15. April 1960 gewährt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird eine Verordnung ausgearbeitet werden, die unter Berücksichtigung der Rechtsansicht des Verfassungsgerichtshofes das Parkverbot in jenen Straßen anordnet, wo durch das Parkverbot einer Behinderung des Verkehrs vorgebeugt wird. Die Rechtsansicht des

./.

Verfassungsgerichtshofes bedeutet, daß auch die bestehenden Ladezonen und die sogenannten Privatparkplätze, das sind Parkplätze zugunsten diplomatischer Vertretungen, Behörden, Fluggesellschaften und sonstiger Organisationen, auf ihre Gesetzmäßigkeit überprüft werden müssen. Eine Kommission des Magistrates, der auch die Vertreter der Bundespolizeidirektion Wien und der Interessenvertretungen beigezogen werden, wird alle bestehenden Halte- und Parkverbote gewissenhaft überprüfen und solche, die mit dem Gesetz nicht in Einklang stehen, der Wiener Landesregierung zur Aufhebung vorschlagen. Außerdem ergibt sich aus dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, daß sämtliche Halte- und Parkverbote schriftlich kundgemacht werden müssen, was eine weitere Arbeitsvermehrung bedeutet. Die Anordnung neuer Verkehrsbeschränkungen verursacht zusätzliche Arbeit auf dem Strafsektor, weil der Zweck solcher Maßnahmen nur dann erreicht wird, wenn Übertretungen entsprechend geahndet werden.

Für die Feuerwehr der Stadt Wien sind für das Jahr 1960 82,9 Millionen Schilling vorgesehen. Von diesem Ansatz entfallen auf den Personalaufwand 68,6 Millionen und auf den Sachaufwand 14,3 Millionen Schilling. Für die technische Ausgestaltung der Feuerwehr ist ein Betrag von 2,6 Millionen Schilling bereitgestellt. Am 10. Februar 1959 wurde die neuerrichtete Feuerwache Weidlingau mit zwei Löschfahrzeugen (Tanklöschwagen und Pumpenwagen) und einer Löschgruppe besetzt. Gleichzeitig wurde die Feuerwache St. Veit aufgelassen. Im September 1959 wurde die wiederaufgebaute Hauptfeuerwache Döbling von Herrn Bürgermeister ihrer Bestimmung übergeben. Mit der Fertigstellung dieses modernen, für den feuerwehrtechnischen Dienst besonders ausgestatteten Feuerwehrgebäudes ist die Behebung der Kriegsschäden abgeschlossen. Nach Aufnahme des vollen Dienstbetriebes in der neuen Hauptfeuerwache Döbling ist, ohne Beeinträchtigung des Brandschutzes, die Auflassung der Feuerwache Nußdorf möglich geworden.

./.

Für das Jahr 1960 ist die Anschaffung von zwei Löschfahrzeugen, eines Kommandantenwagens, eines Inspektionsrauchfangkehrerwagens und eines Drehleitersatzes mit 30 Meter Steighöhe vorgesehen. Außerdem sollen verschiedene kleinere Ausrüstungsstücke angeschafft werden. In den Hauptfeuerwachen Mariahilf und Floridsdorf sowie der Feuerwache Steinhof sind für das Jahr 1960 umfangreiche Adaptierungs- und Instandsetzungsarbeiten vorgesehen. Der Personalstand der Feuerwehr in der Zeit vom 1. November 1958 bis 31. Oktober 1959 betrug 1.242 Mann, die zu sieben Großbränden, 62 Mittelbränden, 1.322 Kleinbränden und zu 79 Rauchfangbränden ausgerückt sind. Die Zahl der Ausrückungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 145 erhöht. Die Ausrückung durch Fehlanzeigen erfolgte 226mal und hat sich damit um 40 gegenüber dem Vorjahr verringert. Die Summe der Alarmfälle beträgt 6.204 gegenüber 5.463 im Vorjahr.

Die Pressestelle der Stadt Wien hat für das kommende Jahr Einnahmen in Höhe von 2,229.800 Schilling und Ausgaben in Höhe von 2,124.300 Schilling eingesetzt. Hiezu kommen noch der anteilige Personalaufwand und der Sachaufwand. Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint täglich dreimal. Die Meldungen werden dem Verteilerbüro der Börse zugestellt. Das "Amtsblatt der Stadt Wien" erscheint wöchentlich zweimal, mit durchschnittlich 19 Seiten pro Nummer. Die Auflage für das kommende Jahr wird mit durchschnittlich 4.350 Stück angenommen. Davon sind mehr als 2.200 zahlende Abonnenten, was eine Erhöhung um rund 100 gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Das "Landesgesetzblatt für Wien" hat eine Auflage von 1.700 Stück. Sein Umfang läßt sich nicht bestimmen, weil er von der Zahl und dem Umfang der zu beschließenden Gesetze abhängig ist. Die Auflage des "Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers" wird für das nächste Jahr mit 4.380 Stück angenommen. Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird im kommenden Jahr im bisherigen Rahmen seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse sowie die 52, zumeist an Magistratischen Bezirksämtern angebrachten Bilderkästen, mit aktuellen Fotos versorgen.

./.

Im Jahre 1959 fanden aus Anlaß von 20 Kongressen, von 36 Internationalen Tagungen und 65 verschiedenen anderen Anlässen 121 Empfänge statt. Die Zahl der Gäste, die an diesen Empfängen teilnahmen, erreichte 17.170 Personen, darunter 11.517 Ausländer. Bei Führungen, Pressekonferenzen, Exkursionen, wurden außerdem noch 1.327 Personen bewirtet.

Besondere Vorbereitungsarbeiten sind dem Präsidialbüro anläßlich der Überreichung des Europa-Preises an die Stadt Wien am 27. Mai 1959 sowie die Vorbereitung der Europa-Gespräche im gleichen Jahr entstanden. Als bedeutsamstes Ereignis des vergangenen Jahres darf das Jubiläum "40 Jahre dänische Kinderaktion" bezeichnet werden. 1.600 dänische Pflegeeltern waren am 15. September 1959 im Festsaal des Rathauses gleichzeitig Gäste des Bürgermeisters. Außerdem wurden vom Präsidialdienst 41 Gruppen in- und ausländischer Sportler, Studenten und Wissenschaftler betreut, die vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter begrüßt wurden. Die Teilnehmerzahl betrug 2.775. Im Rahmen der Aktion "Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt Wien kennen" machten 19.500 Schüler Rundfahrten durch Wien. 28.730 Personen, davon 16.880 Schüler, besichtigten das Wiener Rathaus. An die Gäste Wiens wurden 15.500 Bücher und andere kunstgewerbliche Gegenstände überreicht.

Das Stenographenbüro besorgte im vergangenen Jahr die stenographische Aufnahme von sechs Sitzungen des Landtages sowie 11 Sitzungen des Gemeinderates, in der Gesamtdauer von 77 Stunden, wovon die Beratungen des Voranschlages 1959 allein 49 Stunden und 55 Minuten in Anspruch nahmen. Außerdem besorgte das Stenographenbüro verschiedene Sonderaufnahmen.

Abschließend dankt Stadtrat Sigmund den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses XI für ihre tatkräftige und sachliche Mitarbeit im Rahmen der Verwaltungsgruppe und allen Beamten, Mitarbeitern und Feuerwehrmännern für ihre verständnisvolle und pflichtbewußte Zusammenarbeit (Beifall). Den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XI des Voranschlages für das Jahr 1960 bittet der Referent anzunehmen.

./.

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

GR. Hausner (KLS) unterstreicht die Bedeutung der Bezirksvertretungen und vertritt die Meinung, daß dieser Körperschaft zu wenig Möglichkeit gegeben wird, auf breiter Basis die Probleme des städtischen Lebens zu diskutieren. Darum wäre die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen zu novellieren. Der Redner kritisiert dann die Führung der Stimmlisten und bittet, in Zukunft mehr Sorgfalt darauf zu verwenden. Gegenüber der Behauptung, daß seiner Fraktion mit dem Wahlgesetz etwas geschenkt worden wäre, vertritt er die Meinung, daß die Forderung nach einer gleichen Verteilung der Stimmen berechtigt ist, wenn man von einem gleichen Wahlrecht spricht.

Er bemängelt, daß die Volkspartei die Möglichkeit eines Vetos gegen Enteignungen hat, und erklärt, daß es auf die Dauer nicht möglich sei, Millionen von Schillingen auszugeben, damit sich einige Profitjäger einen Verdienst schaffen. Es wäre an der Zeit, der Bodenspekulation einen Riegel entgegenzusetzen. GR. Hausner bringt einen Antrag ein, nach dem der Stadtrat dieser Verwaltungsgruppe beauftragt werden soll, ehebaldigst den Entwurf eines den Wiener Verhältnissen entsprechenden Bodenbeschaffungsgesetzes vorzulegen. Nach der Beratung dieses Entwurfes soll er an alle in Wien gewählten Nationalräte ausgesendet und der Wiener Stadtsenat beauftragt werden, bei der Bundesregierung auf die rasche Verabschiedung dieses Gesetzes im Parlament zu dringen.

Weiter spricht sich der Redner dafür aus, die Feuerlöschbrunnen jederzeit einsatzbereit zu halten.

Der Redner stellt mit Befriedigung fest, daß verschiedene Wünsche der Feuerwehr der Stadt Wien in den letzten Jahren erfüllt wurden. Er hoffe, daß auch die noch offenen Fragen so gelöst werden, daß die Mannschaf zufriedengestellt wird. Der Personalstand ist noch immer unter dem normierten Stand: es fehlen 64 Bedienstete. Der Redner führt dann noch einige andere Mängel bei der Feuerwehr an, gibt jedoch im übrigen seine Zustimmung zu den Ansätzen des 11. Hauptstückes.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) sprach zuerst zur Frage der Bezirksvertretungen, die seiner Ansicht nach nicht in die Verwaltungsgruppe XI gehören, weil die Bezirksräte gewählte Mandatare sind. Die Stellung der Bezirksräte sollte in der Verfassung der Stadt Wien neu verankert werden.

./.

Bezüglich der Handhabung der Gewerbeordnung verweist der Redner auf verschiedene Probleme im Zusammenhang mit der Genehmigung von Betriebsanlagen und bringt dann noch einige kleinere Anregungen und Beschwerden vor.

Der Beitrag der Stadt Wien für die Bundespolizei wurde erhöht, er hoffe, daß sich nun auch die Sicherheitsverhältnisse in Wien bessern werden.

Die ständig steigende Motorisierung ist ein großes Problem in Wien. Er sei aber nicht der Meinung, daß sich alle Verkehrsverbote und sonstigen behördlichen Maßnahmen wirklich bewährt haben. Bei allen Verordnungen und Verboten müsse ein eindeutige Rechtslage bestehen. Dies ist, wie das letzte Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes gezeigt hat, nicht der Fall. Es wäre auch zu überprüfen, ob eine rechtliche Möglichkeit für die Lärmbekämpfung vorhanden ist.

Abschließend gibt Dr. Broesigke die Zustimmung seiner Fraktion zu dieser Geschäftsgruppe.

GR. Dr. Fiedler (ÖVP) weist zunächst darauf hin, daß auf Grund der Parteienverhandlungen im Wiener Rathaus eine Abteilung dieser Verwaltungsgruppe eine wesentliche Vergrößerung ihres Aufgabenbereiches erfahren hat. Er kommt dann auf die Wahl zu sprechen und hebt hervor, daß am 10. Mai 108.000 Wahlberechtigte nicht gewählt haben, während die Zahl der Nichtwähler am 25. Oktober 190.000 betrug. Sicher ist ein Teil der Nichtwähler am 25. Oktober absichtlich nicht zur Wahlurne gegangen. Aber es dürfte auch viele Leute gegeben haben, die verhindert gewesen sind, wählen zu gehen. Der Redner regt daher neuerlich die Briefwahl an, die nach einer Erklärung des verstorbenen Vizebürgermeisters Honay, für die Sozialisten keine politische Frage darstellt. Die seinerzeitige Ablehnung des Vorschlages der Volkspartei basiert auf verfassungsrechtlichen Bedenken. In der Zwischenzeit habe er, führte GR. Dr. Fiedler aus, den damaligen Antrag der ÖVP durch den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes überprüfen lassen. Dabei wurde festgestellt, daß der Antrag eine durchaus brauchbare Basis für weitere Verhandlungen darstellt. Der Redner kündigt daher für eine der nächsten Landtagssitzungen einen neuerlichen Antrag seiner Fraktion an. Auch bezüglich der Wahlzeit wären Korrekturen günstig. Dr. Fiedler schlägt eine Erweiterung bis 21 Uhr vor.

./.

GR. Dr. Fiedler verweist dann auf den oft uneinheitlichen Vorgang bei den Vorbereitungen der Landesgesetze. Als das wichtigste Landesgesetz, das im Landtag zu beschließen wäre, nennt er eine neue Verfassung der Stadt Wien. Die jetzige ist schon 30 Jahre alt und sollte umgearbeitet werden. Er regt im Zusammenhang die Einberufung einer Enquete an, die sich mit der Neufassung der Wiener Verfassung beschäftigen soll.

Im Sektor der Gewerbeordnung bezeichnete er die Intensivierung der Bekämpfung des Pfuscherwesens als eine weitere Notwendigkeit. Für seine Fraktion möchte er festhalten, daß sich die diesbezüglichen Maßnahmen vor allem gegen Pfuscher richten sollten, die ihre die Gewerbetreibenden schädigende Tätigkeit ständig ausüben. Er beschäftigt sich dann kurz mit der Erweiterung der Obliegenheiten der Magistratsabteilung 65 und erinnert daran, daß diesem Amt bereits 1954 die Erwerbung der Liegenschaften durch Kauf und Tausch überwiesen wurde. Die Mehrheit des Gemeinderates, sagt er, hat sich dadurch praktisch die Entscheidung über alle Grunderwerbungen zugesprochen. Der Redner stellt die Frage, ob ein solcher Vorgang im Hinblick auf die Verantwortung und die Kontrolle als nützlich angesehen werden kann. Er richtet an den Stadtrat die Bitte, das Floridsdorfer Realgymnasium beim Erwerb eines Grundstückes für die Errichtung eines Schulgebäudes wohlwollend zu unterstützen. Er regt ferner an, im Sinne der Verwaltungsvereinfachung die Kompetenzen bei der Erteilung von Konzessionen für Tankstellen bei der Baupolizei zu vereinen. GR. Dr. Fiedler begrüßt, daß nun der Ausbau bei der Feuerwehr abgeschlossen wurde. Nun müßte der Ausrüstung das Augenmerk zugewendet werden, wobei die neueste Standardisierung der Löschgeräte zu berücksichtigen wäre. Die Aufgaben der Feuerwehr, sagt er, sind nicht mehr in erster Linie die Brandbekämpfung, sondern der Einsatz bei Naturkatastrophen. Er stellt fest, daß die Feuerwehr erst im vergangenen Sommer bei der Unwetterkatastrophe in Döbling und Sievering großartige Leistungen vollbracht habe. Er spricht ihr dafür den Dank aus.

Er kommt dann auf die Verkehrsprobleme Wiens zu sprechen und stellt fest, daß 1959 auf dem Sektor des Verkehrs Maßnahmen entscheidender Natur getroffen wurden. Vom Verfassungsgerichtshof wurden allerdings einige dieser Maßnahmen, so das Schienenparkverbot als nicht mit dem Gesetz in Einklang stehend erklärt.

./.

Beim Schienenparkverbot, sagt er weiter, wurde nicht auf die wirtschaftliche Notwendigkeiten einiger Wirtschaftszweige Rücksicht genommen und auch bei der Einhebung von Strafmandaten wird nicht überall einheitlich vorgegangen. Der Redner gibt zu, daß durch das Schienenparkverbot die Verflüssigung des Verkehrs eingetreten ist, bemängelt aber, daß Wirtschaftstreibenden dadurch Schaden zugefügt wurde. Er stellt dann fest, daß es auf öffentlichem Grund keine Privatparkplätze und somit auch keine privatrechtlichen Vorteile geben kann. Er begrüßt die Einführung der Kurzparkzone anstatt der Parkometer und glaubt, daß auch im Bereich der unteren Mariahilfer Straße demnächst eine Kurzparkzone eingeführt werden müßte. Ebenso begrüßt er es, daß der Amtsführende Stadtrat erst vor kurzem die Presse über wichtige Verkehrsfragen informiert hat.

Zum Schluß kommt er noch auf die Bezirksvertretungen zu sprechen und tritt für die Erweiterung ihrer Befugnisse ein. Bisher mußten die Bezirksräte bei Lokalaugenscheinen und anderen Verpflichtungen viel zeitraubende Arbeit leisten, und er finde daher ihre Kritiken als verständlich. Er glaube auch, es müßte mehr als bisher darauf Wert gelegt werden, daß die Bezirksvorsteher in Belangen ihrer Bezirke auch im Gemeinderat das Wort ergreifen. Dadurch würde auch die Bedeutung der gewählten Bezirksvertretungen unterstrichen werden. GR. Dr. Fiedler erklärte abschließend, daß seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe XI die Zustimmung erteilen wird.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) stellt fest, daß in der Geschäftsgruppe XI Ausgaben in der Höhe von rund 238,5 Millionen Schilling veranschlagt sind. Durch den Finanzausgleich muß die Stadt Wien nunmehr zu den Kosten der Bundespolizei, statt wie bisher 20 Schilling pro Kopf der Bevölkerung, 60 Schilling beitragen. Nachdem seine Fraktion dem Finanzausgleich zugestimmt habe, müsse sie auch diese Mehrausgabe im Interesse der Wiener Bevölkerung auf sich nehmen. Er könne die Meinung des FPÖ-GR. Dr. Broesigke nicht teilen, daß die Sicherheitsverhältnisse Wiens im argen liegen. Es werden nur vielfach einzelne Fälle von der Presse riesig ausgeweitet. Gerade die Bewohner der Randbezirke Wiens wissen, daß es von ungeheurem Vorteil war, daß bei der Bundespolizei ein Streifendienst eingeführt wurde. ./.

Viel wurde auch über die Feuerwehr gesprochen. Die Erhöhung des Personalstandes wird dazu führen, die Schlagkraft der Feuerwehr noch zu vergrößern. Es wird sich auch der weitere Ausbau einiger Feuerwachen notwendig erweisen, so zum Beispiel im Gebiete des Ölhafens, des Winterhafens usw. und im Süden unserer Stadt, verursacht durch die Ausweitung der Industriegebiete, der Schaffung des Eisenstadtplatzes, der Erweitertung der Per Albin Hansson-Siedlung usw. Auch die Industrie schätzt die Schlagkraft unserer Feuerwehr besonders hoch ein. Industriebetriebe außerhalb Wiens schließen vielfach Verträge mit der Wiener Feuerwehr zwecks Hilfeleistung in Katastrophenfällen ab. Die Ansätze für die Feuerwehr in der Höhe von 82 Millionen Schilling sind also absolut gerechtfertigt.

Für Grundtransaktionen sind 70,5 Millionen Schilling angesetzt. Diesem Problem kommt große Bedeutung zu, hängt doch der soziale Wohnungsbau von der ausreichenden Baulandbeschaffung ab. Der Redner tritt in diesem Zusammenhang für die Beschließung eines Baulandbeschaffungsgesetzes ein. Auch die Baugenossenschaften leiden unter der Not an Bauland. Zu diesem Zweck ist es notwendig, auf dem Gebiet des Grundkaufes aktiv vorzugehen. Es sollen doch schließlich für alle Mitbürger Wohnungen zu tragbaren Mietzinsen errichtet werden. Es sei dem einzelnen auch nicht zumutbar, als Grundpreis für eine von einer Wohnungsgenossenschaft erbaute Wohnung bis zu 30.000 Schilling zahlen zu müssen.

Der Redner kommt sodann auf die Bezirksvertretungen zu sprechen. Er hält es für notwendig, daß in Zukunft über die Funktion und über die Zahl der Bezirksräte Überlegungen angestellt werden. Besonders in den Randbezirken wird es dem einzelnen Bezirksrat unmöglich, die ihm zugeteilten Aufgaben zu erfüllen, weil er von der Fülle buchstäblich erdrückt wird. Es wäre daher zu überlegen, die Zahl der Bezirksräte mit der Zahl der Bewohner des Bezirkes in Einklang zu bringen.

Abschließend stellt GR. Fürstenhofer fest, daß seine Fraktion den Ansätzen zustimmen werde.

./.

In seinem Schlußwort kommt Stadtrat Sigmund zunächst auf die Wünsche hinsichtlich der Bezirksvertretungen zu sprechen und erklärt, daß er die Verwaltung nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen führen kann. Sollten Änderungen beschlossen werden, dann wird er dafür sorgen, daß der veränderten Lage auch in den Bezirksvertretungen Rechnung getragen wird.

Zu den Ausführungen des GR. Hausner über das Wahlsystem und die Mandatsverteilung erklärt der Stadtrat, daß alle vier Parteien die gleichen Voraussetzungen der Werbung und der Aufklärung und des Versuches, möglichst viele Wählerstimmen auf sich zu vereinigen, hatten. Wenn es einzelnen Parteien nicht gelungen ist, mehr Stimmen auf sich zu vereinigen, so scheint mir das kein Nachteil der Demokratie zu sein, sondern lediglich der Ausdruck dessen, wem am Wahltag der Wähler für die nächste Wahlperiode das Vertrauen gibt.

Wenn wir auch festgestellt haben, daß der Wiederaufbau aller Feuerwachen beendet ist, so heißt das nicht, daß auf diesem Gebiet keine weiteren Verbesserungen durchgeführt werden sollen. Wir meinen, daß die ganz kleinen Feuerwachen nicht mehr der heutigen Zeit entsprechen, weil sie nicht genügend verschiedene Ausrüstungsfahrzeuge haben. Wir beabsichtigen, im zehnten Bezirk eine größere Feuerwache zu errichten und dort die bisherigen Feuerwachen Rudolfshügel und Wiener Berg zusammenzuziehen.

In Erwiderung auf die Ausführungen über Verkehrsprobleme verweist der Redner auf die Schwierigkeiten, die einzelnen Interessen aufeinander abzustimmen. Er beabsichtigt daher, zunächst Besprechungen mit den Vertretern der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeiterkammer zu führen. Zuerst soll der Umfang und die Art des Problems genau erfaßt werden, dann wird das Notwendige veranlaßt werden.

Zum Kapitel Wahlen, das GR. Dr. Fiedler behandelt hat, meint der Referent, daß man diese Materie überlegen und besprechen sollte.

Die Pfuscherbekämpfung werden wir selbstverständlich durchführen.

Was den Wunsch nach einem Grundstück für das Mädchenrealgymnasium im 21. Bezirk betrifft, so ist es nach längerer

./.

Verhandlung mit dem Stift Klosterneuburg gelungen, einen Verkauf durchzuführen. Die Entscheidung darüber, was nun dort hinkommt, liegt aber nicht mehr in meinem Ressort, betonte Stadtrat Sigmund. Er wisse aber, daß der Bau des Realgymnasiums dort beabsichtigt ist.

Er freue sich, daß die Arbeit der Feuerwehr anläßlich der Naturkatastophe in den westlichen Gebieten Wiens Anerkennung gefunden hat.

Mit einer Erleichterung des Schienenparkverbotes wird man sich beschäftigen. Ebenso mit der Frage, ob eine Kurzparkzone im 7. Bezirk gemacht werden soll.

Dem Sprecher der Sozialisten dankte StR. Sigmund abschließend für seine Anregungen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des 11. Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag des KLS wird einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien angenommen

Da Vizebürgermeister Slavik bereits in seinem Referat die entsprechenden Anträge über Bilanz und Bedeckung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 gestellt hat, bringt nun der Vorsitzende, GR. Helene Potetz die Anträge zur Abstimmung. Das Budget der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 wird mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Der Vorsitzende unterbricht hierauf um 18.07 Uhr die Sitzung des Wiener Gemeinderates. Morgen, Dienstag, den 22. Dezember, um 9 Uhr, wird die Sitzung mit den Beratungen über die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für 1960 fortgesetzt werden. Ferner stehen einige Geschäftsstücke auf der Tagesordnung, über die der Gemeinderat morgen noch zu beschließen haben wird.

\- - -

Rindermarkt vom 21. Dezember

21. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 1 Ochse, 48 Kühe, Summe 49. Neuzufuhren Inland: 88 Ochsen, 129 Stiere, 518 Kühe, 96 Kalbinnen, Summe 831. Ungarn 5 Stiere, 45 Kühe, Summe 50. Polen 84 Stiere, Summe 84. Gesamtauftrieb: 89 Ochsen, 218 Stiere, 611 Kühe, 96 Kalbinnen, Summe 1.014. Unverkauft blieben: 1 Ochse, 7 Stiere, 3 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 16.

Preise: Ochsen 9.50 bis 12.- S, Extremware 12.30 bis 13.- S, Stiere 11.- bis 12.60 S, Extremware 12.70 bis 13.30 S, Kühe 7.10 bis 10.20 S, Extremware 10.40 bis 11.- S, Kalbinnen 8.60 bis 12.40 S, Extremware 12.50 bis 13.- S, Beinlvieh Kühe 6.50 bis 8.50 S, Ochsen und Kalbinnen 8.60 bis 10.- S.

Der Durchschnittspreis für Inlandrinder ermäßigte sich für Ochsen um 18 Groschen, für Stiere um 25 Groschen, für Kühe um 37 Groschen, für Kalbinnen um 6 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 10.89 S, Stiere 11.86 S, Kühe 8.78 S, Kalbinnen 11.47 S.

Ungarische Stiere notierten mit 11.50 bis 12.70 S, ungarische Kühe 8.- bis 11.- S, polnische Stiere 11.- bis 12.40 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen

22. Dezember (RK) Heute früh setzte der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas seine Beratungen mit der Behandlung der Wirtschaftspläne für die Städtischen Unternehmungen im Jahr 1960 fort.

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) wies in seinem Referat zunächst auf die grundverschiedenen finanziellen Verhältnisse zwischen Hoheitsverwaltung und Wiener Stadtwerke hin. Das geht schon daraus hervor, daß die Hoheitsverwaltung nicht nur ein ausgeglichenes Budget aufweist, sondern auch noch 100 Millionen Schilling für unvorhergesehene Ausgaben als Reserve zur Verfügung hat; das Budget der Stadtwerke hingegen hat ein erhebliches Defizit und muß in seinen Investitionsplan in erheblichem Ausmaß Sperren einbauen, weil die erforderlichen Gelder nicht zur Verfügung stehen.

Diese latente finanzielle Notlage der Wiener Stadtwerke hat noch andere, meiner Ansicht nach besorgniserregende Folgen. Statt in Zeiten der Hochkonjunktur wie andere vernünftig geführte wirtschaftliche Unternehmungen Fett ansetzen zu können, um damit Zeiten von Kunjunkturschwankungen leicht überbrücken zu können, bezw. um in Zeiten des Konjunkturrückganges zehren zu können. will und will es den Wiener Stadtwerken trotz allergrößter Anstrengungen nicht gelingen, solches Fett für Krisenzeiten anzusetzen. Es zeigt sich gerade das entgegengesetzte Bild. Die Wiener Stadtwerke leiden an schleichender Auszehrung, und ihre Substanz wird von Jahr zu Jahr geringer. In den letzten zehn Jahren haben die Wiener Stadtwerke weit mehr als eine Milliarde an Substanz verloren.

Und diese Tatsache ist umso betrüblicher, als zumindest für zwei große Teilunternehmungen, für E- und Gaswerk das Geld geradezu auf der Straße liegt. Beide Werke sind wohl in der Lage, im Großen und Ganzen gesehen, die Nachfrage durch das entsprechende Angebot zu befriedigen, aber die steigende Konjunktur ließe meiner Ansicht nach ohne weiteres über die wohl von Jahr zu Jahr steigenden Gas- und Stromabgaben hinaus noch größere Abgabemengen erzielen, wenn die entsprechende Erzeugungs- und Lieferungskapazität gegeben wäre. Dies würde ohne Zweifel einen weiteren Schritt zur Sanierung unserer Stadtwerke darstellen, denn wir kennen doch alle den volkswirtschaftliche Grundsatz: Je höher der Umsatz umso größer der Nutzen. 50 Prozent der Stromlieferungen des E-Werkes erfolgen zum Beispiel durch Fremdbezug. Wenn es möglich wäre, unser Erdgasnetz großzügig auszubauen, möchten sich sicherlich viele Industriebetriebe gerne auf Erdgas umstellen und damit den Absatz und damit wieder den Nutzen des Gaswerkes wesentlich steigern.

Es fehlt aber, sowohl dem Gaswerk als auch dem E-Werk die notwendige Kraft, dieses für sie auf der Straße liegende Geld aufzuheben, weil sie im Weg der Subventionierung der Verkehrsbetriebe stärkste finanzielle Aderlässe über sich ergehen lassen müssen.

Diese Subventionspolitik an die Verkehrsbetriebe, darf und kann aber niemals der Weisheit letzter Schluß für die endgültige Sanierung der Wiener Stadtwerke sein! Die älteren Mitglieder des Wiener Gemeinderates kennen die verschiedene, gegensätzliche Haltung, die die beiden die Verantwortung in diesem Hause tragenden Parteien zu diesem Problem im Gesamten gesehen seit jeher eingenommen haben. Während die ÖVP immer wieder an die Hoheitsverwaltung appellierte, zumindest alle ungerechtfertigten Belastungen durch die Hoheitsverwaltung den Stadtwerken abzunehmen und durch eine großzügige Kreditoperation wirklich unaufschiebbar gewordene Investitionen und für den Erfolgsplan entscheidend ins Gewicht fallende Rationalisierungsmaßnahmen zu ermöglichen, zeigte die sozialistische Fraktion vorerst vor allem unter der Ägide des um unsere Stadt sicherlich verdienten Finanzreferenten Resch, obwohl er vorher Generaldirektor der städtischen Unternehmungen war, allen unseren Wünschen die kalte Schulter.

./.

Gestatten Sie mir ein offenes Wort: ich hatte immer den Eindruck - und kann ihn auch heute bei schon wesentlich geänderten Verhältnissen noch nicht ganz los werden -, als ob Sie es ganz gerne gesehen hätten, wenn es bei der Führung der Städtischen Unternehmungen, die seit 1946 von einem ÖVP-Stadtrat geführt wurden, Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gab und gibt, während es in der Hoheitsverwaltung restlos klappt, um vielleicht in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß die eine Fraktion besser und die andere schlechter verwalte. Wenn dieser mein Eindruck richtig sein sollte, so möchte ich an die sozialistische Fraktion die Bitte richten, diese Gedankengänge ein für allemal fallen zu lassen. Die Wiener Stadtwerke können genauso wie jede andere Verwaltungsgruppe nicht Sache der einen oder der anderen Partei sein, sie sind Angelegenheit der gesamten Wiener Bevölkerung, sie sind eine Angelegenheit dieser unserer Stadt Wien und wir haben sie alle gemeinsam getreu dem Gelöbnis, das wir vor kurzem dem Herrn Bürgermeister abgelegt haben, nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse der gesamten Wiener Bevölkerung und nicht im Interesse einer Partei zu verwalten.

Aber wie schon gesagt, die Verhältnisse haben sich hier gottlob wesentlich geändert. Beide Parteien haben Wasser in ihren Wein geschüttet und der erste Grundstein zur Sanierung der Wiener Stadtwerke wurde gelegt. Auf der einen Seite wurde eine in erträglichem Rahmen sich bewegende Tariferhöhung beschlossen, auf der anderen Seite den Stadtwerken wesentliche, allerdings bei weitem noch nicht alle ungerechtfertigten Belastungen abgenommen und vor allem die Voraussetzungen für den Fünf-Jahres-Investitionsplan geschaffen. Mein Herzenswunsch kann es nur sein, daß das Verständnis für die noch bestehenden Schwierigkeiten der Wiener Stadtwerke bei der Mehrheit dieses Hauses, vor allem aber beim Finanzreferenten wach bleibt, dann werden sich sicherlich bei gegenseitigem Verständnis alle noch offenen Fragen einvernehmlich lösen lassen.

Und nun einige Zahlen aus dem Voranschlag für 1960. Der Voranschlag 1960 weist Gesamtausgaben von 3.114,725.000 S aus, dem Einnahmen von 2.916,960.000 S gegenüberstehen, womit ein Defizit in der beachtlichen Höhe von 197,765.000 S aufscheint. Dieses ist allerdings um neun Millionen Schilling geringer als im Vorjahr und wäre noch wesentlich geringer, wenn uns 1959 nicht wieder zwei Dinge auf den Kopf gefallen wären, die die Bilanzen der Wiener Stadtwerke wieder wesentlich belasten.

./.

Sie wissen, daß das Jahr 1959 die Erfüllung zweier berchtigter Forderungen der Arbeiter- und Angestelltenschaft, nämlich den 14. Monatsbezug und die 45 Stundenwoche gebracht hat. Daß sich die Verwirklichung dieser beiden sozialen Forderungen bei den Wiener Stadtwerken mit ihren über 19.500 Arbeitern und Angestellten sehr stark auswirken, ist einleuchtend. Der 14. Monatsbezug kostet 68 Millionen Schilling, die 45-Stundenwoche 16 Millionen Schilling, sodaß sich aus diesem Titel allein Mehrbelastungen von 84 Millionen Schilling ergeben. Wären diese beiden neuen Belastungen nicht aufgetreten, würde der Abgang nicht 197, sondern nur 112 Millionen Schilling betragen. Wenn wir die Zahl mit den Abgängen 1959 von 206 Millionen Schilling und 1958 von 242 Millionen Schilling vergleichen, sehen wir deutlich die aufwärts strebende Tendenz in den Bilanzen der Wiener Stadtwerke. Die Erträge der Wiener Stadtwerke steigen gegenüber 1959 um rund 33 Millionen, wovon 88 Millionen auf die E-Werke, 15.5. Millionen auf die Verkehrsbetriebe und 3.5 Millionen auf die Bestattung entfallen, während beim Gaswerk ein Mindererlös um 73 Millionen eintritt.

Der Abgang der Stadtwerke von 198 Millionen Schilling verteilt sich auf die einzelnen Unternehmungen wie folgt: E-Werke 3.5 Millionen, Gaswerke 21.5 Millionen, Verkehrsbetriebe 173 Ohne die Subventionen von 130 Millionen, die die E-Werke und Gaswerke gewähren, würden die Verkehrsbetriebe einen Verlust von 303 Millionen Schilling aufweisen.

Die Elektrizitätswerke rechnen mit einer Strommenge von circa 1.880 Millionen Kilowattstunden; dies entspricht einem täglichen Durchschnitt von rund 5.150.000 Kilowattstunden. Davon stammen 45.2 Prozent aus den Wiener Dampfkraftwerken. Aus der Stromabgabe ergibt sich eine Einnahme von insgesamt 1.072 Millionen Schilling.

Die Gaswerke veranschlagen eine Gasabgabe von 541,000.000 m^3 mit einer Einnahme von 438 Millionen Schilling. Der Anfall des für den Verkauf bestimmten Kokses wurde mit 200.000 Tonnen mit einem geschätzten Verkaufswert von 140 Millionen Schilling angenommen. Die Preise für Koks, die dem Voranschlag 1960 zugrunde gelegt wurden, sind relativ günstig.

./.

Bei den Verkehrsbetrieben wird eine Steigerung der Beförderungsleistung erwartet. Auf Straßenbahn und Stadtbahn sollen 483 Millionen Personen befördert werden, während im Voranschlag für 1959 mit 472 Millionen Personen gerechnet wurde. Im Kraftverkehrsbetrieb soll die Zahl der beförderten Fahrgäste 35 Millionen Personen betragen. Der für das laufende Jahr angesetzte Durchschnittsfahrpreis je Fahrgast von 1.45 Schilling auf Straßenbahn und Stadtbahn konnte auf Grund der bisherigen Erfahrungen nicht gehalten werden und ist für 1960 auf 1.43 Schilling herabgesetzt worden. Hingegen konnte die Durchschnittseinnahme je Fahrgast im Kraftverkehrsbetrieb von 1.46 auf 1.47 Schilling erhöht werden. Auf Grund dieser Annahmen ergibt sich eine geschätzte Einnahme aus dem Personenverkehr von 745,3 Millionen Schilling, das ist gegenüber dem Voranschlag 1959 eine Mehreinnahme von 10,4 Millionen.

Die Bestattung soll einen Gewinn von 344.000 Schilling ergeben. Die Zahl der Bestattungsfälle ist mit 26.800 angenommen. Die Einnahmen aus der Bestattung sind mit 78,7 Millionen präliminiert.

Die Wiener Stadtwerke präliminieren für 1960 einen Personalstand von 19.537 Bediensteten, von denen 3.961 auf die E-Werke, 2.242 auf die Gaswerke, 12.786 auf die Verkehrsbetriebe und 548 auf die Bestattung entfallen. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1959 ergibt sich eine Gesamtsteigerung um 485 Bedienstete. Die Erhöhung bei den Verkehrsbetrieben um 580 Bedienstete geht fast ausschließlich auf die Auswirkung der 45-Stundenwoche im Fahrdienst zurück. Es erscheint allerdings noch fraglich, ob bei den derzeitigen Arbeitsmarktverhältnissen Neuaufnahmen in dem erforderlichen Ausmaß möglich erscheint, bezw. ob das Unternehmen nicht gezwungen sein wird, an Stelle einer Freizeitgewährung Überstunden bezahlen zu müssen. Die Zahl der Pensionisten beträgt 19.531. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten umfaßt 39.068, das ist um 672 Personen mehr als 1959. Bei den Verkehrsbetrieben entfallen auf 100 Aktive bereits 115 Pensionsparteien.

Der Investitionsplan

Die Zusammenfassung der Investitionspläne der vier Teilunternehmungen zeigt, sagt der Referent, daß für das Jahr 1960 ein Gelderfordernis von insgesamt 1.035,2 Millionen Schilling sicherzustellen wäre. Dieser Betrag ist nicht zur Gänze verfügbar, sodaß Sperren im Gesamtbetrag von 132,2 Millionen Schilling angeordnet werden mußten.

./.

Es steht somit ein freier Betrag von 903 Millionen Schilling zur Verfügung, der sich auf die Teilunternehmungen wie folgt verteilt: Elektrizitätswerke 368,8 Millionen Schilling, Gaswerke 129, 6 Millionen Schilling, Verkehrsbetriebe 400.6 Millionen Schilling, Bestattung 4 Millionen Schilling. Gegenüber dem freien Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke für 1959 von rund 702 Millionen Schilling ergibt sich also eine namhafte Steigerung von 201 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag 1959 zeigt sich bei den E-Werken eine Steigerung um 105 Millionen Schilling, bei den Gaswerken um 19.2 Millionen Schilling und bei den Verkehrsbetrieben um 77.6 Millionen Schilling. Entsprechend dem noch immer ansteigenden Verbrauch an elektrischer Energie wird auch im Jahre 1960 der Bau von Umspann- und Unterwerken im gesteigerten Maße fortgesetzt. Fertiggestellt werden voraussichtlich die Umspannwerke Leopoldstadt und Traiskirchen. Auch für die Ausgestaltung der Energieversorgung der Verkehrsbetriebe ist wieder ein Betrag von 10.1 Millionen Schilling vorgesehen, wovon ein weiterer freier Teilbetrag von 4.5 Millionen Schilling auf die Errichtung des Unterwerkes Großmarkthalle entfällt, das einen Gesamtaufwand von 10.5 Millionen Schilling beanspruchen wird.

Bei den Gaswerken müssen von den vorgesehenen 140.4 Millionen Schilling 10.8 Millionen Schilling mangels Bedeckung gesperrt werden. Im Rahmen des Fünfjahresplanes werden u.a.40 Millionen S für den weiteren Ausbau der Erdgasspaltanlagen, den Bau des Gasbehälters am Wienerberg und den Ausbau und die Erneuerung von Rohrleitungen bereitgestellt. Besonders bemerkenswert unter diesen Investitionen der Gaswerke ist der Anteil für die Legung neuer Rohrleitungen und für die Auswechslung veralteter Rohrstränge.

Bei den Verkehrsbetrieben sind Investitionen von insgesamt 422.8 Millionen Schilling geplant, wovon 22.2. Millionen Schilling gesperrt sind. Der Bedarf der Straßenbahn ist im Jahre 1960 deswegen so hoch anzusetzen, weil die Straßenbahnverordnung 1957 den Einbau von Schienenbremsen verlangt, der bis zum 1.Jänner 1961 zur Gänze durchgeführt werden soll. Daher sind für die Straßenbahn im Vergleich zum Voranschlag 1959 um 56.1 Millionen Schilling und für den Autobusbetrieb um 30 Millionen Schilling mehr angesetzt. Hingegen ist für die Stadtbahn um 8.3 Millionen Schilling weniger vorgesehen, weil der Umbau der alten Wagen fast beendet ist.

./.

Für Gleisanlagen der Straßenbahn sind im Zusammenhang mit den Projekten der Stadtplanung und im Zusammenhang mit der Schnellbahn 46,4 Millionen Schilling vorgesehen. Für die Erneuerung des Fahrparkes werden insgesamt 288 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, wovon auf die Straßenbahn 211,3 Millionen Schilling, auf die Stadtbahn 30,6 Millionen Schilling und den Autobusbetrieb 46,1 Millionen Schilling entfallen. An neuen, bezw. total umgebauten Wagen können hiefür beschafft werden: für die Straßenbahn 238 Trieb- und Beiwagen, darunter sechs vierachsige Gelenktriebwagen, 16 sechsachsige Gelenktriebwagen und 77 Großraum-Beiwagen, für die Stadtbahn 69 umgebaute Trieb- und Beiwagen, für den Autobusbetrieb 30 Großraum-Autobusse und 30 Doppeldecker. Die Anschaffung der letzteren kommt allerdings nur dann in Frage, wenn der erste Prototyp, der voraussichtlich im Februar 1960 fertig sein wird, sich im Verkehr bewährt hat.

Der Investitionsplan sieht den zweigleisigen Ausbau der Linie 167, eine Umkehrschleife in Pötzleinsdorf, den Umbau und die Mittellage in der Prager Straße - Eisenbahnerberg, die Anschaffung von 20 Wochenkarten-Automaten, die Genehmigung des zweiten Bauabschnittes der neuen Zentralwerkstätte (85 Millionen Schilling), die Errichtung der ersten automatischen Waschanlage für Autobusse in der Garage Vorgarten, diverse Gleisanlagen (Schottentor, Uhlplatz, Schöpfleuthnergasse - Schloßhofer Straße und Anlage Rennweg - Ungargasse - Fasangasse), die Herstellung der Bahnsteige und Einbau von zwei Rolltreppen in der Haltestelle Hauptzollamt und weitere Einrichtungen vor. Bei termingemäßer Lieferung der für das kommende Jahr vorgesehenen 60 neuen Autobusse werden außer der Linie 73 (nach Kaiser-Ebersdorf) auch die Linien 61 (anfangs 1960) und 13 (Ende 1960) auf den Autobusbetrieb umgestellt werden. Auf letzterer ist der Einsatz von 30 Doppeldecker-Autobussen geplant.

Die Bestattung sieht Investitionen von insgesamt vier Millionen Schilling vor, wobei der Großteil von 1,6 Millionen S auf die Ausstattung von Aufbahrungshallen und ein Betrag von fast einer Million S auf die Nachschaffung von Kraftwagen und verschiedenen Transportmittel entfällt. Dieses gigantische Investitionsvolumen in der Gesamtsumme von rund 903 Millionen, das jenes von 1959 um 201 Millionen übersteigt, ist jedoch leider nicht zur Gänze gedeckt, da dem im Finanzplan ausgewiesenen Gelderfordernis von 1.433,3 Millionen eine Geldbedeckung von nur 1.301,1 Millionen gegenübersteht.

./.

Die Richtigkeit des Wirtschaftplanes 1960 ist im hohen Maße davon abhängig, daß die beiden wichtigsten Rohstoffe Kohle und Erdgas in ihren Preisen stabil bleiben und sich der Kokspreis nicht weiterhin noch abwärts bewegt. Das große Investitionsvolumen von 903 Millionen wird mit 426 Millionen Schilling aus fremden Krediten und mit 477 Millionen Schilling aus eigenen Geldern finanziert. Die Erfüllung dieses großen Ausbauprogramms wird ohne Zweifel weitere Möglichkeiten der Rationalisierung gewährleisten, die sich in Zukunft in einer noch verbesserten Gebarung auswirken werden. Stadtrat Schwaiger appelliert an die großen lieferfirmen alles daransetzen, die übernommenen Aufträge auch tatsächlich termingerecht zu liefern. Abschließend dankt er allen Mitarbeitern, vor allem dem ausgeschiedenen Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er glaube, nicht nur im Namen seiner Fraktion, sondern im Namen des ganzen Wiener Gemeinderates zu sprechen, wenn er ihm als sein Nachfolger in diesem schweren Amt den Dank für seine Leistungen übermittelt.

Von einer Sanierung der Wiener Stadtwerke, sagt er zum Schluß, kann erst dann die Rede sein, wenn das Entstehen neuerlicher Verluste verhindert und dem Unternehmen die Möglichkeit geboten wird, die zur Finanzierung des großen Aufbaus aufgenommenen Fremdmittel wieder zurückzuzahlen oder doch wenigstens in eine andere Form umzuwandeln, um die große Zinsenlast, die derzeit fast den gesamten Erfolg der bisher durch die Investitions- und Rationalisierungsmaßnahmen erzielten Einsparungen aufzehrt, zu beseitigen.

Sein Ziel sieht Stadtrat Schwaiger darin, die drei großen Komponenten, die Erfüllung der berechtigten Wünsche, die die Wiener Bevölkerung an die Unternehmungen stellt, die Erreichung und Erhaltung des sozialen Friedens in der gesamten Beamten- und Arbeiterschaft und das Blühen und Gedeihen unserer Werke und Betriebe auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

./.

Die Debatte über die Städtischen Unternehmungen

Als erster Debatteredner spricht GR. Maller (KLS). Er gibt eingangs der Erwartung Ausdruck, daß Stadtrat Schwaiger nun alle Anregungen und Forderungen, die er in den vergangenen Jahren als Gemeinderat gestellt hat, in die Tat umsetzen wird. Er stellt fest, daß der Voranschlag für diese Geschäftsgruppe wie immer die gleichen Eigenheiten aufweist, wenn auch diesmal die pessimistische Note darin nicht enthalten ist. Auch diesmal war man aber bemüht, einen Abgang auszurechnen, allerdings mit der Begründung, daß der 14. Monatsgehalt am Defizit schuld ist. Der Redner fragt, warum man andererseits den durch die Mehrleistungen der Bediensteten der Stadtwerke eingebrachten Gewinn nicht berücksichtigt. Er meint, der Voranschlag müßte ein wesentlich günstigeres Aussehen bekommen, würde die Gemeinde Wien auf die vielen Abgaben verzichten, die sie von den Stadtwerken einnimmt.

Die Wiener Stadtwerke seien kein kaufmännisches, sondern ein soziales Unternehmen, das im Dienste der Allgemeinheit zu stehen hat. Die Gemeinde Wien und auch der Bund haben ihnen gegenüber Verpflichtungen. Die vorgesehenen Investitionen sind zwar groß und eindrucksvoll, aber es wird im kommenden Jahr kein einziges großes Unternehmen begonnen, sondern man wurstelt mit Millionenbeträgen weiter. Es fehle die großzügige und vorausblickende Planung. Zu einer solchen würden gehören der Ausbau der Schnellbahn, Vorkehrungen für die Einführung des Einheitstarifes, eine großzügige Sicherstellung der Energieversorgung und vor allem ein Generalverkehrsplan.

In einem Antrag verlangt der Redner die eheste Vorlage des Generalverkehrsplanes an den Gemeinderat. In einem weiteren Antrag fordert er zur Sanierung der Stadtwerke und vor allem der Verkehrsbetriebe, die Gemeinde solle für zehn Jahre auf sämtliche Gebühren, Abgaben und Steuern bei diesen Betrieben verzichten und von der Bundesregierung einen Zuschuß für die Wiener Verkehrsbetriebe verlangen, wie dies in den meisten europäischen Staaten für die öffentlichen Verkehrsunternehmen der Hauptstädte geschieht.

Ein besonders wichtiges Anliegen der Wiener sei der Einheitstarif auf Straßenbahn, Stadtbahn, Autobus und Schnellbahn. In einem weiteren Antrag verlangt GR. Maller, daß der Fahrgast mit der jetzt gültigen Tagesfahrkarte zu 2.20 Schilling alle diese Verkehrsmittel benützen darf.

./.

Die Wiener Verkehrssituation erfordert den raschen Ausbau der Schnellbahn und die Einbeziehung der Vororte-, Verbindungs- und Ländebahn. Auch in dieser Hinsicht stellt der Redner einen Antrag.

Die Einnahmen der Stadtwerke genügen, um den Betrieb und auch die Investitionen zu decken. Abgaben an die Gemeinde und Riesenabschreibungen ergeben auf dem Papier einen Abgang, aber in Wirklichkeit sind die Voranschläge der Stadtwerke ausgeglichen. Die Verkehrsbetriebe subventionieren überdies noch den Straßenverkehr, indem sie wesentlich zum Umbau von Kreuzungen und ähnlichen Einrichtungen beitragen. Der Einbau von Schienenbremsen in Straßenbahnwagen gehe nur schleppend vor sich. Nach Unfällen sitzen dann die falschen Leute auf der Anklagebank und das Personal muß die Zeche für die Schuld der Verantwortlichen zahlen.

Mit Genugtuung begrüßt der Redner die vorgesehene Anschaffung neuer Straßenbahnwagen und Autobusse. Als schönen Erfolg der Favoritner bezeichnet er den in Aussicht genommenen zweigeleisigen Ausbau der Linie 167. Erfreulich ist auch, daß endlich die museumsreife Straßenbahnlinie 13 auf den Autobusbetrieb umgestellt werden soll. Die Anschaffung von 20 Wochenkartenautomaten ist gleichfalls zu begrüßen. Vielleicht könnte man auch Automaten für Kurzstreckenkarten aufstellen.

Der Personalreferent Stadtrat Riemer hätte sich vor dem Gemeinderat als Menschenverächter und als Gegner des Personals entpuppt. Er beschuldige die Kommunisten, im Gemeindedienst Sabotagearbeit zu leisten. Das ist, sagt der Redner eine starke Unverfrorenheit diesen Menschen gegenüber. Stadtrat Riemer werde noch Gelegenheit haben, den Beweis für seine Behauptungen vor österreichischen Gerichten zu erbringen. Wir werden diese Schmach nicht auf uns sitzen lassen. Die Kommunisten haben zu einer Zeit, als Stadtrat Riemer sich versteckt hat, die Fahne Österreichs aufgenommen, um für ein freies und unabhängiges Österreich zum kämpfen. (Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Da in den vorliegenden Wirtschaftsplänen der Stadtwerke nichts darauf schließen läßt, daß sich die Politik der Gemeindeverwaltung im nächsten Jahr ändern wird, können die Kommunisten den Ansätzen nicht zustimmen.

./.

GR. Peter (FPÖ) stellt fest, er habe während der Ausführungen von Stadtrat Schwaiger das Gefühl gehabt, daß sich dieser bei der Referierung der Ansätze selber nicht besonders wohl fühlte. Beitragen dürfte hierzu vor allen Dingen das Riesendefizit bei den Verkehrsbetrieben. Durch sachliche Überlegungen und Planungen für die Zukunft müßte man jedoch auch auf dem Verkehrssektor zu einer Lösung kommen können. Der Redner fordert in diesem Zusammenhang die endliche Erstellung eines Generalverkehrsplanes, da bis heute ein solcher Plan nicht vorliege. Die Stadt Graz zum Beispiel sei augenblicklich daran, die Verkehrsbetriebe zu kommerzialisieren. Man müßte derartige Versuche anderer Städte im Auge behalten und Nutzen für die Stadt Wien daraus ziehen. Auch im Bericht des Kontrollamtes über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1958 wird festgestellt, daß die Finanzlage der Stadtwerke weiterhin angespannt ist und zu einer endgültigen Lösung der Schwierigkeiten noch entscheidende Schritte notwendig sein werden.

Bei den E-Werken wurde vom Rechnungshof und von der Verbundgesellschaft festgestellt, daß der Zustand des Wiener Versorgungsnetzes eine höhere Stromabgabe nicht mehr zuläßt. Die Benützung stärkerer Elektrogeräte wird dadurch in vielen Haushalten unmöglich gemacht. Durch eine vermehrte Stromabgabe könnten die E-Werke aber bedeutende Mehreinnahmen erzielen. Einer gründlichen Sanierung bedürfe auch das Rohrnetz der Gaswerke. Bei den Verkehrsbetrieben müßte der Wagenpark dringend erneuert werden. Auch die Einführung größerer Intervalle zwischen den einzelnen Straßenbahnzügen bringe keine tatsächliche Verringerung der Ausgaben. Die Bevölkerung wird durch solche Maßnahmen nur verärgert. Auch die Fahrpläne müßten zweckmäßiger gestaltet werden. Der Redner bedauert es, daß es in Wien keine Schnellbahn gibt. Es sei dies jedoch bereits eine Sünde der Vergangenheit. Heute wäre es fraglich, ob der Bau einer U-Bahn von der Bevölkerung begrüßt würde, wäre doch der Verkehr durch den U-Bahnbau für eine Zeit von zehn Jahre sehr gestört. Der Redner fordert, man möge Fachleute beauftragen, alles das auszuarbeiten, was auf dem Verkehrssektor geschehen soll.

./.

Diese Vorschläge der Fachleute müßten dann mit den Gegebenheiten in Einklang gebracht werden. Als unmöglich bezeichnet es der Redner, daß die Verkehrsbetriebe von jenen Unternehmungen saniert werden müssen, die einen Gewinn abwerfen. Diese Unternehmen aber müssen für ihre Investitionen teure Kredite aufnehmen. Eine Möglichkeit zur Sanierung der Verkehrsbetriebe wäre es, die ungeheure Belastung durch die Pensionisten abzuwälzen. Es wäre vielleicht diskutabel, eine Art Entpragmatisierung vorzunehmen, ohne die Angestellten und Arbeiter der Verkehrsbetriebe dadurch zu schädigen. Die Pensionslasten müßten dann vom Sozialministerium übernommen werden und die Gemeinde könnte eine Art Zuschußrente geben. Durch eine derartige Maßnahme könnten auch die Gehälter der Bediensteten der Verkehrsbetriebe wieder verbessert werden, war es doch früher so, daß im Volksmund ein Straßenbahner wegen seines guten Gehaltes gleich nach dem Hofrat rangierte.

Kritik übt der Redner an der Uniformierung der Leichenträger. Sie könnte etwas geschmackvoller sein.

Abschließend gibt GR. Peter der Hoffnung Ausdruck daß alles unternommen wird, um die Verkehrssituation in Wien wirklich großstädtischen Verhältnissen anzupassen, damit Wien auch auf dem Gebiet Anschluß an das moderne Europa findet.

Gr. Walzer (ÖVP) sagte einleitend, er habe den Eindruck, daß man sich in der Debatte vielzuviel mit der Vergangenheit beschäftigt habe. Er wolle dies nicht tun, denn er sei der Auffassung, man sollte eher versuchen, das Heute zu meistern und nicht nach dem ewig Gestrigen blicken.

Der neue Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen hat uns die Wirtschaftspläne für das Jahr 1960 vorgelegt, und man kann bei genauem Studium gegenüber dem letzten Jahr feststellen, daß sich - wenn auch langsam - so doch eine Konsolidierung abzeichnet. Die E-Werke und Gas-Werke sind wirtschaftlich durchaus in Ordnung. Durch die Verwendung von Erdgas ist es möglich, den Gas- und Strompreis so niedrig zu halten. Die in den Investitionsplänen vorgesehene Erweiterung der Produktionsanlagen garantiert dafür, daß die Erzeugung der beiden Werke auch in Zukunft reibungslos vorsichgehen wird. Der größere Verbrauch an Strom und Gas bedingt allerdings weiterhin enorme Investitionen.

./.

Die Elektro- und Gasgeräteaktion wirkt sich weiterhin günstig auf den Verbrauch aus. Der Umsatz dieser Aktionen beläuft sich noch immer auf 70 Millionen Schilling jährlich.

Zum Verrechnungssystem der beiden Werke gibt der Redner die Anregung, nur eine effektive Abrechnung zum Jahresende durchzuführen. In den übrigen Monaten sollten bloß gleichbleibende Zahlungen geleistet werden. Ein solches System habe sich in Hamburg bereits bewährt.

Ferner regt GR. Walzer an, auch für Gas- und E-Werk eine ähnliche Regelung bei Straßenumbauten zu treffen, wie dies bei Gleisverlegungen der Verkehrsbetriebe geschieht. Hier trägt die Hoheitsverwaltung 50 Prozent des Aufwandes. Auch der Verrechnungspreis für Strom und Gas für die öffentliche Beleuchtung sollte neu geregelt werden, da die jetzigen Preise nicht einmal die Selbstkosten decken.

Die Verkehrsbetriebe stehen noch immer vor sehr schwierigen Aufgaben. Die 45-Stunden-Woche zwingt auch zur Neuaufnahme von 500 Bediensteten, was bei der jetzigen Beschäftigungslage kaum möglich sein wird. Das vorhandene Personal wird also Überstunden leisten müssen und damit zwar höher bezahlt sein, aber nicht in den Genuß von mehr Freizeit kommen. Übrigens wäre auch eine Reform der rigorosen Aufnahmebedingungen für den Fahrdienst wünschenswert. Gegenwärtig ist es nicht möglich, Leute aufzunehmen, die Brillenträger sind. So sind die Verkehrsbetriebe gezwungen, Bewerber mit geringen Vorstrafen aufzunehmen, nur um den notwendigen Personalstand zu erreichen.

In der Bevölkerung besteht vielfach die Meinung, daß für den Einbau von Schienenbremsen nur sehr wenig getan werde. Es soll daher in aller Offenheit festgestellt werden, welch große finanzielle Belastung dieses Vorhaben darstellt. 480 Millionen Schilling sind für die Verkehrsbetriebe keine Kleinigkeit. Im Voranschlag 1960 sind 164 Millionen für den Schienenbremseneinbau vorgesehen, die durch Kredite aufgebracht werden sollen. Der Redner schlägt vor, statt dessen die Gebrauchsgebühr der E- und Gaswerke von 45 Millionen durch Finanzierung des Schienenbremsenprogrammes heranzuziehen. Weiter könnten die 45 Millionen, die durch den Verkauf des Brauhaues eingenommen werden, für diesen Zweck Verwendung finden. Nach wie vor ist die Straßenbahn das leistungsfähigste Massenbeförderungsmittel. Wir müssen daher alles tun, um die Sicherheit der Wiener Bevölkerung auf der Straßenbahn zu gewährleisten.

./.

Zu dem Problem der Umstellung von Straßenbahn auf Autobusbetrieb fragt der Redner den Stadtrat, warum die Umstellung so langsam vor sich geht. Es wäre notwendig der Bevölkerung die Gründe dafür zu sagen. Er glaube, daß dafür in erster Linie der Mangel an Garagen verantwortlich ist.

Zur Tarifpolitik der Verkehrsbetriebe meint GR. Walzer, man müsse mehr für die Popularisierung der Kurzstreckenfahrscheine tun. Er regt die Aufstellung von Automaten an, oder wenn dies nicht möglich ist, den Verkauf der Ein-Schilling-Fahrscheine in den Trafiken.

Wiederholt wurde über die Kompliziertheit unseres Tarifsystems gesprochen. Auch die Volkspartei setzt sich hier für eine baldige Lösung ein. In Frage kommen das Carnetsystem oder die Einführung eines Normalfahrscheines mit Umsteigzuschlag.

Zur zweiten Verkehrsebene führt GR. Walzer aus, daß man sich der Behandlung einer so grundsätzlichen Frage nicht mehr entziehen könne. Der ständig wachsende Straßenverkehr zwingt uns dazu, Taten zu setzen. Jede Fraktion und jedes einzelne Mitglied des Wiener Gemeinderates ist dazu verpflichtet nach bestem Wissen und Gewissen das Seine zur Lösung dieser Frage beizutragen. Ob es sich nun um eine U-Bahn oder um eine Unterpflasterstraßenbahn handeln soll, ist nicht wesentlich. Wichtig ist es, daß man die Vorschläge mit den zuständigen Fachleuten bespricht, um die bestmögliche Lösung für die Bevölkerung zu erreichen (Beifall bei der ÖVP). Der Redner verweist allerdings darauf, daß die Unterpflasterstraßenbahn keine Leistungssteigerung gegenüber dem Oberflächenverkehr aufweisen wird. Mehr als 12.000 Fahrgäste in einer Richtung kann eine Straßenbahn nicht befördern.

Zur Schnellbahn habe schon der Generalredner der Volkspartei positiv Stellung genommen. Er möchte wiederholen, sagte GR. Walzer, daß die Volkspartei am raschen Ausbau der Schnellbahn interessiert ist. Was sie dazu beitragen kann, das wird sie sicher tun. Der Redner vertritt in diesem Zusammenhang die Ansicht, daß auch der Ausbau der Nord- und Südtrasse der Stadtbahn notwendig wäre.

./.

Schließlich verweist GR. Walzer darauf, in der Bevölkerung sei die Meinung verbreitet, daß man nie zu seinem Recht kommt, wenn man mit der Straßenbahn einen Unfall hat. Er ersucht Stadtrat Schwaiger zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Abschließend erklärt GR. Walzer, es zeige sich, daß trotz noch vorhandenen Schattenseiten die Stadtwerke im abgelaufenen Jahr Gewaltiges geleistet haben. Die Vorhaben für 1960 können als gigantisch bezeichnet werden. Er danke daher allen für ihren Eifer, mit dem sie für die Stadtwerke gearbeitet haben, vor allem dem ehemaligen Stadtrat Dkfm. Nathschläger (Beifall). Im übrigen gab er die Zustimmung seiner Fraktion zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe.

Als letzter Debatteredner ist GR. Liwanec (SPÖ) zu Worte gemeldet. Er stellt fest, daß die Ansätze der Verwaltungsgruppe XII mit einem Budgetvolumen in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling von außerordentlicher Bedeutung für die gesamte Bevölkerung sind. Er bedauert, daß der Referent nicht ausführlich genug über die zweifellos vorhandenen positiven Dinge der Wiener Stadtwerke gesprochen habe, deren Aufgabe es immer war, den Bedürfnissen der Wiener Bevölkerung gerecht zu werden. Er stellt fest, daß die Leistungen der städtischen Unternehmungen als durchaus positiv zu werten sind. Der Redner gibt dann der Meinung seiner Fraktion Ausdruck, daß der neue Stadtrat bei der Ausübung des Amtes seine Einstellung als Parteisekretär soweit zurückstellt, daß er nicht in einen Gegensatz zu seinen Stadtrataufgaben kommt. Zu den Vorwürfen, die von der ÖVP gegen die Städtischen Unternehmungen vorgebracht werden, stellt er fest, daß diese Geschäftsgruppe seit 1945 ununterbrochen von Mandataren der ÖVP verwaltet wurde. In diesem Zusammenhang weist er entschieden die Behauptung zurück, daß für die gegenwärtige Lage der Wiener Verkehrsbetriebe der ehemalige Finanzstadtrat Resch die Verantwortung trage (Beifall bei SPÖ). Die ÖVP, sagt er, hat im Laufe der Jahre an einem Gedeihen der Verkehrsbetriebe wenig Interesse gezeigt und nicht selten wurden die vom ehemaligen Stadtrat Dkfm. Nathschläger unternommenen Bemühungen zunichte gemacht. Er stellt fest, daß jeder verantwortliche Stadtrat die Verpflichtung übernimmt, dafür zu sorgen, daß in seiner Verwaltungsgruppe alles in Ordnung geht.

./.

Daß es den Wiener Stadtwerken nicht gelungen ist, in den Jahren der Konjunktur zu "Fettansätzen" zu kommen, vermerkt der Redner mit besonderem Bedauern. Er bedauert auch, daß Stadtrat Schwaiger in seinem Referat nichts über die Entwicklung der letzten Jahre gesagt hat, so über die Bemühungen der Hoheitsverwaltung zugunsten der Stadtwerke und auch nicht über das, was on seiten des Bundes für die Verkehrsbetriebe getan werden sollte.

Zu den vom Stadtrat an die Bediensteten seiner Geschäftsgruppe gerichteten Dankesworten bemerkt der Redner, daß er sich damit eindeutig im Gegensatz zum Wahlprogramm seiner Partei gestellt hat, die noch vor ganz kurzer Zeit mit diffamierenden Anschuldigungen dieser Bediensteten nicht sparte.

GR. Liwanec erklärt dann, man habe im Verlauf der diesjährigen Budgetdebatte sehr oft und zu Unrecht mit dem Begriff "heißes Eisen" operiert. Für die SPÖ, sagt er, gebe es kein "heißes Eisen", denn sie ist gewohnt, über jede wichtige Frage in der Verwaltung mit der Bevölkerung demokratisch zu sprechen. So will sie es auch bei der Frage der U-Bahn tun, denn sie ist nach wie vor überzeugt, daß eine Untergrundbahn zu einem Experiment werden kann, das der Wiener Bevölkerung wahrlich sehr teuer kommen könnte. Er wiederholt, daß seine Fraktion nicht gegen eine Untergrundbahn ist, aber in ihr auch nicht die Lösung aller gegenwärtigen Verkehrsprobleme sehe. Von der ÖVP, erinnert er, wurde übrigens immer noch kein einziges Wort über die Finanzierungsmöglichkeiten gesagt. GR. Liwanec ist der Meinung, daß man gerade über die Untergrundbahn mit der Bevölkerung deutlich sprechen müßte.

Die ÖVP will für den Ausbau und die Sanierung der Verkehrsbetriebe immer neue Anleihen aufnehmen und die Lasten auf mehrere Generationen aufteilen. Die gegenwärtige Verschuldung der Verkehrsbetriebe beläuft sich bereits auf fast 900 Millionen Schilling; im nächsten Jahr werden allein 34 Millionen für Zinsen aufgewendet werden müssen. Daher ergibt sich die Frage, ob und inwieweit es volkswirtschaftlich vertretbar erscheint, über den Rahmen des Fünfjahresinvestitionsplanes hinaus weitere Kredite aufzunehmen. Die beiden Tarifregulierungen der letzten Jahre bringen für die Verkehrsbetriebe jährlich eine Mehreinnahme von 240 Millionen Schilling. In der jetzigen Situation wird wohl niemand glauben, daß man heute noch um 1.30 Schilling auf der Straßenbahn fahren könnte. ./.

Aber die ÖVP hat damals aus wahltaktischen Gründen wegen dieser Tarife einen Wirbel inszeniert. Die Straßenbahnen wären in eine wirkliche Gefahr hineingeraten, wenn die sehr opportunistische Meinung Meinung der ÖVP-Fraktion im Gemeinderat ausschlaggebend gewesen wäre.

Die Ausstattung der Straßenbahnwagen mit Schienenbremsen wird planmäßig durchgeführt. Leider kommt es sowohl in Wien wie in anderen Großstädten auch bei Vorhandensein von Schienenbremsen noch immer zu Unfällen. Die Schienenbremse allein ist noch lange kein Garant dafür, daß Unfälle auf jeden Fall auszuschließen wären.

Die Entwicklung der Wiener Stadtwerke ist positiv. Die Städtischen Unternehmungen sind ihrer Verpflichtung, die Versorgung der Wiener Bevölkerung zu gewährleisten, auf allen Gebieten nachgekommen. Dafür gebührt allen, die seit 1945 unter den schwierigsten Umständen immer bereit waren, im Interesse der Bevölkerung die manchmal sehr schwere Arbeit bei diesen Betrieben zu leisten hat, herzlicher Dank (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Wenn Stadtrat Schwaiger in seinem Amt die Arbeit im Interesse der gesamten Bevölkerung leistet und dabei Parteiinteressen zurückstellt, dann wird es auch an der nötigen Zusammenarbeit nicht fehlen. Aber Formulierungen, die er am Anfang seiner heutigen Rede gebraucht hat und die eine sehr einseitige Stellungnahme eines Politikers waren, dienen dieser Zusammenarbeit nicht.

Die Fraktion der sozialistischen Gemeinderäte wird auch den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe zustimmen (Beifall bei SPÖ).

Stadtrat Schwaiger tritt in seinem Schlußwort zunächst der Behauptung des GR. Maller entgegen, daß die Verkehrsbetriebe ihren sozialen Verpflichtungen nicht nachkämen. Für die Straßenbahn besteht wohl auf dem Papier ein Tarif von 2.20 Schilling, in der Praxis erhalten die Verkehrsbetriebe für eine Fahrt durchschnittlich nur 1.44 Schilling, weil sie eben eine Reihe von Sozialtarifen gewähren.

Was die U-Bahn betrifft, so hat die ÖVP immer verlangt, daß man möglichst rasch darangehen müsse, eine zweite Verkehrsebene zu schaffen, die Wien dringend braucht. Was würde Paris tun, wenn es keine U-Bahn hätte? (VBgm. Slavik: Dann hätte es die gleichen Verkehrsschwierigkeiten!) Das kann doch nicht richtig sein, denn es steht eindeutig fest, daß die U-Bahn das leistungsmäßig stärkste Verkehrsmittel innerhalb einer Stadt ist. (VBgm. Slavik: Die ÖVP will scheinbar unter die Erde! - Heiterkeit.)

./.

Die Erfüllung des gesamten Schienenbremsen-Programms wird die Verkehrsbetriebe mehr als 480 Millionen Schilling kosten. Dies ist eine Investition, die sehr stark ins Gewicht fällt. Bis Ende 1960 werden von den in Betrieb befindliche 880 Triebwagen bereits 790 und von den 1000 Beiwagen 816 mit Schienenbremsen versehen sein.

Stadtrat Schwaiger kommt sodann auf die Ausführungen des FPÖ-Gr. Peter zu sprechen. Wenn wir heute bei den Städtischen Unternehmungen so eine schlechte finanzielle Situation haben, so sei dies eine Folge des letzten Krieges, der die Wiener Stadtwerke in einem devastierten Zustand zurückgelassen hat. Man dürfe nicht vergessen, daß die Städtischen Unternehmungen ungeheuer viel nachholen müssen. Wenn man das betrachtet, müsse man daraufkommen, daß die finanzielle Situation in Wirklichkeit gar nicht so trostlos ist. Viele dieser geballten Investitionen nehmen in absehbarer Zeit ein Ende. So hat das Problem der Altpensionisten eine sinkende Tendenz. Heute müssen für diesen Zweck im Jahr noch rund 255 Millionen Schilling aufgewendet werden. Im Jahre 1963 wird die Umschaltung von Gleichstrom- auf Wechselstrom abgeschlossen sein. Sie wird dann insgesamt 330 Millionen gekostet haben. Die große Ausgabe für die Wagenerneuerung, die 1961, spätestens 1962 abgeschlossen sein dürfte, wird alles in allem Kosten von 1.200 Millionen Schilling verursacht haben. Diese Riesenbeträge mußten jetzt innerhalb weniger Jahre aufgebracht werden. Es ist daher selbstverständlich, daß man das zu spüren bekommt. Zur Kritik am Rohrnetz ist zu sagen, daß bis jetzt 293.000 Meter Rohre ausgewechselt wurden. Für die Erneuerung des Wagenparks sind 330 Millionen im Investitionsprogramm enthalten. Es geschieht also doch sehr viel, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Gr. Peter hat auch die Intervalle bei der Straßenbahn kritisiert und daß die Anschlußzüge nicht warten. Die Intervalle mußten aus betriebswirtschaftlichen Gründen erstellt werden, und zwar unter aller Berücksichtigung des Kunden. Schließlich müssen sich aber die Intervalle auch nach der Frequenz richten. Im Fahrplan wurde dem Rechnung getragen, daß die Anschlüsse berücksichtigt werden. Leider sei es aber durch die Verkehrsverhältnisse für die Fahrer sehr schwierig, die Fahrzeiten minutiös einzuhalten. ./.

Der allergrößte Teil der Straßenbahner erfüllt jedoch treu und ehrlich seine Pflicht, trotzdem es sich wahrlich um keinen leichten Dienst handelt (Beifall).

Zur Kritik an der Uniform der Leichenträger ist zu bemerken, daß diese Uniform mit den kirchlichen Stellen und mit Fachmännern abgesprochen wurde. Es sei immer so, daß dem einen etwas gefalle, dem andern aber nicht.

GR. Walzer habe über den Rückgang der Gasgeräteaktion gesprochen und diesen damit begründet, daß viele ausländische Fabrikate angeboten werden. Stadtrat Schwaiger stellt fest, daß es kaum Aufgabe der E-Werke sein wird, für inländische Fabrikate eine Werbeaktion zu starten. Das wäre eine Aufgabe der Produzenten, der Händler und der Wirtschaftsnehmer. Die E-Werke werden aber gerne bereit sein, wenn sie können, hier in irgendeiner Form mitzuhelfen.

Das Verrechnungssystem für Gas und Strom so abzuändern, daß monatlich nur Teilbeträge und mit Jahresende eine Schlußabrechnung erfolgt, sei wahrscheinlich nicht angezeigt. Es könnte dadurch zum Jahresende eine ziemlich hohe Rechnung herauskommen, die manche Familie zu sehr belasten würde. Man werde jedoch den Vorschlag prüfen.

Bezüglich der Aufnahmebestimmungen für Straßenbahner wird die Möglichkeit geschaffen, daß auch Brillenträger in den Gemeindedienst aufgenommen werden können. Wegen der Mittel für die Ausstattung der Straßenbahnwagen mit Schienenbremsen müsse noch mit Vizebürgermeister Slavik unterhandelt werden. Zur Umstellung der Straßenbahn auf Autobusbetrieb ist zu sagen, daß dies keinesfalls auf einmal wird vorgenommen werden können. Hinsichtlich der Qualität der Autobusse gibt es von Seiten der Bevölkerung auch noch Klagen. Eine verstärkte Propaganda für den Kurzstreckentarif wäre bestimmt wünschenswert. Durch die Aufstellung von Automaten könnte vielleicht ein Erfolg erzielt werden. Es ist auch daran gedacht, die Trafiken für den Verkauf heranzuziehen. GR. Walzer hat auch darauf hingewiesen, daß eine Verbindung zwischen Stadtbahn und Schnellbahn hergestellt werden müßte. Das sei ein Problem, mit dem man sich beschäftigen müsse.

./.

Daß die Verkehrsbetriebe bei Verkehrsunfällen immer freigesprochen werden, sei nicht richtig. So mußten die Verkehrsbetriebe im Jahre 1958 1.7 Millionen Schilling an Schadensvergütung und 1959 bis jetzt 1.5 Millionen Schilling bezahlen.

Stadtrat Schwaiger kommt sodann auf die Ausführungen des GR. Liwanec zu sprechen und stellt fest, daß dieser ihn falsch verstanden haben müsse. Er anerkenne die Verdienste des auch von ihm sehr geschätzten Stadtrates Resch. Die Volkspartei habe nie damit hinter dem Berg gehalten, daß sie in Stadtrat Resch einen wirklichen Fachmann gesehen habe. Es wurde nur davon gesprochen, daß sich die Meinungen der beiden Parteien während der Ära des Stadtrates Resch auf dem Verkehrssektor gegenübergestanden sind. Beide Parteien sind dann aber zu einer vernünftigen Regelung gekommen. Die Verdienste, die sich Stadtrat Resch um die Gemeinde Wien erworben hat, sollen dadurch in keiner Weise geleugnet werden. Der Redner stellt fest, daß sich auch seine Partei immer bemüht habe, nach bestem Wissen und Gewissen alles zu tun, was nicht nur den Stadtwerken, sondern der gesamten Verwaltung dieser Stadt und ihrer Bevölkerung dienlich und nützlich ist. Seine Fraktion werde auch in Hinkunft das gleiche tun (Beifall bei der ÖVP). Und wenn nun behauptet wurde, daß Stadtrat Nathschläger manschmal etwas für die Wiener Stadtwerke und die Verkehrsbetriebe tun wollte, er aber von der Volkspartei daran gehindert wurde, muß das entschieden zurückgewiesen werden. Alle Beschlüsse, auch die für die Wiener Stadtwerke und die Verkehrsbetriebe, wurden von allen Mitgliedern des Hauses und nicht von einem Stadtrat gefaßt.

Ich habe niemals Investitionen von der Hoheitsverwaltung verlangt, betont der Referent. Ich habe nur auf unser aller Bestreben hingewiesen, den Wiener Stadtwerken alle ungerechtfertigten Belastungen abzunehmen. (Vizebürgermeister Slavik: "Haben wir keine!"). Es gibt noch etliche, Herr Vizebürgermeister. Aber vielleicht können wir auch hier auf beiden Seiten Wasser in unseren Wein schütten.

Stadtrat Schwaiger gibt zu, daß es leider nicht gelungen ist, alle Forderungen der Stadtwerke gegenüber dem Bund durchzusetzen, vor allem die Stundung der Beförderungssteuer, die vom Finanzminister noch immer abgelehnt wird. ./.

Zerstören wir aber das Märchen, daß Kamitz den Weiterbau der Schnellbahn verhindert, fuhr der Referent fort. (Gegenrufe bei den Sozialisten) Ich möchte feststellen: Finanzminister Kamitz hat einen Budgetrahmen erstellt, und innerhalb dieses Rahmens ist es den einzelnen Ressortministern freigelassen, was sie mit den ihnen zur Verfügung gestellten Geldern tun. Genau so wie Minister Waldbrunner die Jauntalbahn in Kärnten baut, genauso hätte er die Gelder zum Weiterbau der Wiener Schnellbahn verwenden können. (Beifall bei der ÖVP. Heftige Gegenrufe bei der SPÖ. Vizebürgermeister Slavik: "Völlig falsch! Sie haben doch keine Ahnung von den Dingen! Das sind Kreditaktionen, die nur mit dem Finanzministerium gemacht werden können! Als Stadtrat müssen Sie doch den Mut zur Wahrheit haben!").

Auch bei den Sozialtarifen, die durch den Bund gewährt werden, könnte uns der Sozialminister entgegenkommen und im Rahmen des ihm zur Verfügung stehenden Budgets die Belastung von den Verkehrsbetrieben nehmen.

GR. Liwanec hat erklärt, daß der Fünfjahresinvestitionsplan für die Stadtwerke zu unrecht als ein Herzenswunsch von Stadtrat Nathschläger bezeichnet wurde. Es sei vielmehr ein Slavik-Fünfjahresplan gewesen. Ich glaube, betont der Referent, es kann kein Mensch in diesem Haus ableugnen, daß sich Stadtrat Nathschläger um das Zustandekommen dieses Planes sehr bemüht hat. Es ist aber selbstverständlich Aufgabe des Finanzreferenten, die erforderlichen Mittel für die Durchführung bereitzustellen. Wir sind jedoch nicht so kleinlich. Nennen wir ihn meinetwegen einen Nathschläger-Slavik-Plan! Jedenfalls wäre ungerecht, die Verdienste, die sich Stadtrat Nathschläger hier erworben hat, einfach abzuleugnen (Beifall bei der ÖVP. Gr.Leinkauf (ÖVP):"Bitte nicht klatschen, wenn es Slavik nicht erlaubt hat!")

Abschließend ersucht Stadtrat Schwaiger nochmals um die Annahme seiner Anträge. Den Antrag der KLS über die Schnellbahn empfiehlt er der Ablehnung, die übrigen Anträge der KLS sollen den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen werden.

Der Vorsitzende Bürgermeister Jonas erteilt hierauf Vizebürgermeister Slavik zu einer tatsächlichen Berichtigung das Wort. (Heftige Gegenrufe bei der ÖVP:"Die Debatte ist schon geschlossen!").

./.

Der Vorsitzende stellt fest, daß nach der Geschäftsordnung zu tatsächlichen Berichtigungen das Wort nach dem Schlußwort des Berichterstatters zu erteilen ist.

Vizebürgermeister Slavik führt aus, er habe sich deshalb zu Wort gemeldet, weil er der Meinung sei, daß der Wiener Gemeinderat nicht falsch unterrichtet werden dürfe. Der Bau der Jauntalbahn wird aus einem Separatfonds finanziert und zwar aus dem Fonds für die unterentwickelten Gebiete, der vom Parlament zur Verfügung gestellt wurde. Darüber verfügt ausschließlich das Finanzministerium.

Zweitens möchte er feststellen, daß eine Vereinbarung zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Finanzministerium getroffen wurde.

Darüber wurde in der Bundesregierung berichtet, und die Bundesregierung hat diesen Bericht zur Kenntnis genommen. Diese Vereinbarung beinhaltet die Durchführung der Vorfinanzierung für die Schnellbahn. Leider hat das Finanzministerium die Fortführung für 1960 nicht gebilligt. Deshalb kann die Aktion nicht weitergeführt werden und damit kommt der Bau der Schnellbahn zur Einstellung. (Beifall bei der SPÖ).

Hierauf erteilt der Vorsitzende zu einer tatsächlichen Berichtigung GR. Weinberger das Wort. Als Teilnehmer an den Koalitionsberatungen, die am Ende auch die Frage der Weiterführung des Schnellbahnbaues zum Thema hatten, stelle ich folgendes fest, sagt der Redner: Minister Waldbrunner hat mir sehr dafür gedankt, daß wir uns alle dafür eingesetzt haben, daß am Ende dieser Beratungen eine Lösung gefunden wurde, die es möglich machte, den Bau der Schnellbahn in Wien fortzusetzen und durchzuführen. Auch in der Wahlnacht hat mir Minister Waldbrunner gesagt, wenn das, was durch meine Initiative geschehen ist, schon früher geschehen wäre, hätten wir uns manche Schwierigkeiten erspart.(Beifall bei der ÖVP).

Der Vorsitzende Bürgermeister Jonas stellt fest, daß GR. Weinberger Bestimmungen der Geschäftsordnung in Anspruch genommen hat, die er selbst wenige Minuten vorher noch bestritt.

Hierauf erfolgt die Abstimmung über das Kapitel XII, Städtische Unternehmungen. Die Anträge des Referenten werden mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Antrag der KLS bezüglich der Schnellbahn mit den Stimmen der SPÖ. ÖVP und FPÖ abgelehnt, die übrigen Anträge der KLS werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen. ./.

Die restliche Tagesordnung

In Erledigung der restlichen Tagesordnung referiert hierauf GR. Fürstenhofer (SPÖ) über vier Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen. GR. Sagmeister (SPÖ) berichtet über drei Anträge über den Kauf von Liegenschaften; zwei weitere Anträge über Liegenschaftskäufe referiert GR. Stroh (SPÖ). Schließlich berichtet noch StR. Riemer (SPÖ) über einen Antrag, den Bediensteten der Gewista eine Sonderzahlung zu gewähren und über einen Antrag, die Dienstanweisung für die Ärzte zu ändern.

Alle Anträge, die nur aus formalen Gründen referiert werden mußten, wurden einstimmig und ohne Debatte angenommen.

Stellungnahme des Personalreferenten

Vor Schluß seines letzten Referates nimmt StR. Riemer zu den Vorwürfen der Fraktion der KLS Stellung. Wenn man mich einen Feind des Personals genannt hat, sagt StR. Riemer, so muß ich sagen, das würde mich schwer treffen, wenn dies jemand anderer als die Kommunisten gesagt hätten. Ich überlasse das Urteil darüber aber der Mehrheit des städtischen Personals (Beifall bei SPÖ).

Der Stadtrat nimmt dann zu den Anschuldigungen Stellung, er hätte die kommunistischen Gemeindebediensteten beschuldigt, daß sie alle Sabotagearbeit leisten. Er wiederholt an Hand des stenografischen Protokolls seine Ausführungen im Schlußwort zum Kapitel Personalwesen. Der Stadtrat hatte damals erklärt: wir haben sehr stark den Eindruck, daß Prerovsky das bewußt herbeigeführt hat. Deshalb ist er ja auch verurteilt worden. Das ist eine Sabotage des Bediensteten am Eigentum der Gemeinde Wien....und ich kann hier mitteilen, daß wir unter Ihren Parteifreunden mehrere Bedienstete haben, denen wir nur nicht buchstäblich nachweisen können, wie sie Sabotage betreiben.

StR. Riemer erklärt jedoch, es stehe nicht an zu sagen, daß er persönlich unter den kommunistisch denkenden Gemeindebediensteten etliche kenne, die er als anständige Menschen achte und sein Leben lang auch entsprechend behandelt habe.

GR. Maller hat heute auch behauptet, fuhr Stadtrat Riemer fort, er habe sich im Krieg versteckt, während die Kommunisten Widerstandsarbeit geleistet haben. Stadtrat Riemer stellte demgegenüber fest, daß er zu dieser Zeit Beamter der Städtischen Versicherung war und von den Nazis degradiert wurde, weil er als "Säule der Roten in der Anstalt" gegolten habe.

./.

Jahr 1960 im Zeichen friedlicher Arbeit

Bürgermeister Jonas dankt dem Volk von Wien

22. Dezember (RK) Nach Erledigung der Tagesordnung des Wiener Gemeinderates ergriff der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, zum Abschluß der Budgetberatungen noch einmal des Wort. Er führte aus: "Bei der Wahl vom 25. Oktober ist uns vom Wiener Volk das verantwortungsvolle Recht übertragen worden, in seinem Namen die Selbstbestimmung und die Selbstverwaltung innerhalb der österreichischen Bundeshauptstadt auszuüben. Jedem von uns ist es eine besondere Ehre, in diesem ehrwürdigen Haus die mannigfach verzweigten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebensinteressen der Wiener Bevölkerung zu vertreten, in gut demokratischer Weise so weit als möglich aufeinander abzustimmen und auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Für fünf Jahre neu gewählt, hat in diesen Tagen der Gemeinderat der Stadt Wien von seinem höchsten Recht, die Art und Höhe der Einnahmen und Ausgaben zu bestimmen, sachlichen Gebrauch gemacht. Mit der Beratung und Genehmigung des vorgeschlagenen Haushaltsplanes hat er seine Funktionsperiode eingeleitet und ein Zeugnis seines Verantwortungsbewußtseins abgelegt.

Ihnen allen danke ich aufrichtig für Ihr schwieriges Bemühen um einen wohlausgewogenen Haushaltsplan. Dieser sichert uns entsprechend den Rang der Bedürfnisse und Notwendigkeiten, die Mittel zur Verwirklichung von Vorhaben, die unser Gemeinwesen auch im neuen Geschäftsjahr weiter verschönern, gesünder gestalten, modernisieren und bereichern werden. Etwaigen Skeptikern halte ich meinen festen Glauben entgegen, daß auch dieser Voranschlag beitragen wird, unsere aus tiefstem Elend wieder auferstandene Stadt zu einer Weltstadt von wahrhaft sozialen und kulturellen Gepräge zu machen.

So danke ich allen, die an der Erstellung dieses Haushaltsplanes mitgewirkt haben. Besonders hebe ich dabei die Arbeit unseres Finanzreferenten, des Herrn Vizebürgermeisters Felix Slavik hervor. Die Herren Amtsführenden Stadträte der einzelnen Verwaltungsressorts haben ihm dabei wertvolle Hilfe geleistet,

./.

nicht zu vergessen auch die Hilfe, die er von Seite des Magistratsdirektors, des Kontrollamtsdirektors, des Generaldirekors der Wiener Stadtwerke und aller übrigen fach- und rechtskundigen Beamten der Hoheitsverwaltung und der Betriebe erfahren hat. Dank gebührt aber auch den Stenographen, dem Präsidialbüro, der Pressestelle und den Lokalberichterstattern, die vieles zum ordentlichen und reibungslosen Ablauf der Budgetberatungen beigetragen haben.

Der höchste Dank gebührt aber, wie immer, dem Wiener Volk. Ohne seine Opferbereitschaft, sein Verständnis und seinen Gemeinsinn wären die erzielten Leistungen niemals möglich geworden, wie auch die kommunale Arbeit der kommenden Jahre immer auf den vielen und wertvollen Kräften beruhen wird, die im Wiener Volke lebendig sind. Diesem Wiener Volk, das zu vertreten wir die Ehre haben, danken wir am besten, wenn wir mit den Ergebnissen seines Arbeitsfleißes immer sauber und sparsam gebaren und dabei doch für das allgemeine Wohl ein Höchstmaß an Fortschritten bewirken.

Die ordnungsgemäße Verabschiedung des städtischen Voranschlages für das Jahr 1960 gewährleistet die pausenlose Fortsetzung der Wiener kommunalen Tätigkeit im gleichen Geiste wie bisher.

Allen unseren Mitbürgern und auch Ihnen, verehrte Mitglieder des Wiener Gemeinderates, wünsche ich beim Abschluß dieser Verhandlungen ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr! Ich hege dabei die feste Zuversicht, daß auch das Jahr 1960 im Zeichen der friedlichen Arbeit, der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit stehen und für unsere Stadt einen weiteren Aufstieg bedeuten wird!"

Hierauf begaben sich die Klubobleute der Gemeinderatsfraktionen zum Platz des Vorsitzenden, um ihm die Glückwünsche für die kommenden Feiertage zu entbieten: GR. Dr. Stemmer für die SPÖ, GR. Mühlhauser für die ÖVP, GR. Dr. Broesigke für die FPÖ und GR. Lauscher für die KLS.

\- - -

Neues Landesgesetzblatt

22. Dezember (RK) Das neue Landesgesetzblatt für Wien enthält eine Kundmachung des Amtes der Wiener Landesregierung über eine Änderung der Ambulatoriumsbeiträge für die Wiener städtischen Krankenanstalten. Ferner enthält das neue Landesgesetzblatt eine Verordnung über die Milchverkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen und eine Verordnung über den Kleinverkauf von Waren auf Campingplätzen an Sonn- und Feiertagen.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Neues Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

\- - -

Weihnachtliches Ständchen für Bürgermeister Jonas

22. Dezember (RK) Zwei Dutzend kleine Sänger aus dem Konservatorium der Stadt Wien überbrachten heute früh Bürgermeister Jonas im Roten Salon des Wiener Rathauses ihre musikalischen Feiertagsgrüße. 23 Mädchen und ein Bub sangen, begleitet von Blockflöten, alte Weihnachtslieder. Die Weihnachtswünsche des Lehrkörpers und der Schüler des Konservatoriums übermittelte der nun scheidende Direktor Regierungsrat Prof. Lustig-Prean. Der Bürgermeister dankte für die klingende Weihnachtsbescherung und wünschte dem Konservatorium auch für das kommende Jahr die besten Erfolge.

\- - -

Weihnachts- und Silvesterfeiern für einsame Menschen

22. Dezember (RK) Den Heiligen Abend und die Silvesternacht verbringt man im Kreise der Familie oder mit Freunden. Aber viele Menschen in unserer Stadt sind einsam und allein, ganz besonders jedoch an diesen Tagen. Das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien wird deswegen heuer zum ersten Male in einigen Tagesheimstätten Weihnachts- und Silvesterfeiern veranstalten, um auch diesen Menschen Gemeinschaft und Geborgenheit zu vermitteln. Der Besuch dieser Tagesheimstätten ist für alle jene frei zugänglich, die am Heiligen Abend oder zu Silvester allein wären, unabhängig von Alter und Einkommen.

Es werden daher am Heiligen Abend die Tagesheimstätten 7, Neustiftgasse 66, von 15 bis 19 Uhr, 16, Wurlitzergasse 59, von 13 bis 19 Uhr, 17, Jörgerstraße 38, von 14 bis 19 Uhr, und 22, Erzherzog Karl-Straße 65, Stiege 20, von 15 bis 19 Uhr, offen gehalten. Zu Silvester sind die Tagesheimstätten 7, Neustiftgasse 66, von 15 bis 19 Uhr, 16, Wurlitzergasse 59, von 13 bis 19 Uhr, und 21, Ostmarkstraße 51, von 15 bis 19 Uhr geöffnet.

\- - -

Wiener Schulkinder schenken Weihnachtsfreude

22. Dezember (RK) Primarius Dr. Jonas übernahm heute im Verlaufe einer Weihnachtsfeier im Mautner Markhofschen Kinderspital, an der auch Stadtschulratspräsident Dr. Zechner teilnahm, zahlreiche Spielsachen, die von Wiener Schülern für kranke Kinder im Rahmen des Handarbeitsunterrichtes hergestellt wurden. In wochenlanger, emsiger Arbeit wurden in den Wiener Haupt- und Sonderschulen entzückende Überraschungen vorbereitet. Insgesamt konnten in diesen Tagen 1.250 Spielsachen an die Spitäler, ferner an das Blindeninstitut und an die Kinderübernahmestelle übergeben werden. Die Kinder haben diese Arbeiten mit besonderer Begeisterung ausgeführt. Die Schule ist auch durch diese Aktion bemüht, in den Kinderherzen Verständnis für den Mitmenschen zu erwecken und zu pflegen.

\- - -

Kleine Statistik der Budgetdebatte

22. Dezember (RK) Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen für das Jahr 1960, die heute abgeschlossen wurden, dauerten insgesamt 47 Stunden und 25 Minuten. Die längste Sitzung war Donnerstag, den 17. Dezember. Sie dauerte zehn Stunden und 20 Minuten, die kürzeste heute, Dienstag, den 22. Dezember, mit vier Stunden und 35 Minuten. Insgesamt wurden (einschließlich der Referate und der Schlußworte der Referenten) 72 Reden gehalten. Dazu kommen noch die zwei Wortmeldungen zu einer tatsächlichen Berichtigung am letzten Tag. Die kürzeste Debattenrede hielt Gemeinderat Nesset (FPÖ), der zur Gruppe Wohlfahrtswesen sprach, die längste Debattenrede Gemeinderat Maller (KLS), dessen Ausführungen zur Geschäftsgruppe XII - Städtische Unternehmungen - eine Stunde dauerten. Das längste Referat hielt Stadtrat Heller mit eineinhalb Stunden, das kürzeste Referat, das Stadtrat Koci erstattete, dauerte 20 Minuten.

\- - -

Das Rathaus-Glockenspiel zu den Feiertagen

22. Dezember (RK) Am 24. Dezember wird das Glockenspiel des Wiener Rathauses von 18 bis 18.15 Uhr Weihnachtsmusik, gespielt von Kapellmeister Paul Angerer, zu Gehör bringen. Am 31. Dezember wird Kapellmeister Angerer in den letzten zehn Minuten des alten Jahres Silvesterlieder auf dem Glockenspiel vortragen, das nach einer Pause von 20 Sekunden mit 12 Glockenschlägen den Beginn des Neuen Jahres verkünden wird, das dann mit dem Walzer "An der schönen blauen Donau" von Johann Strauß musikalisch beginnt.

Am 31. Dezember musiziert von 18 bis 18.30 Uhr der Trompeterchor der Stadt Wien auf der Loggia des Rathausturmes. Nach diesem Turmblasen wird die Neujahrsansprache von Bürgermeister Jonas durch die Lautsprecheranlage auf den Rathausplatz übertragen.

\- - -

Weiterer Verkaufserfolg für "Das gute Bild für jeden"

22. Dezember (RK) Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die heuer zum zehnten Male vom Kulturamt der Stadt Wien in der Secession veranstaltet wird, hat in ihrem bisherigen Verkaufserlös die Vergleichsziffern des Vorjahres nahezu um 20.000 Schilling überschritten. Seit 2. Dezember kamen 30.000 Besucher in die Secession und kauften fast 500 Bilder oder Keramiken im Gesamtwert von 160.000 Schilling. Da die Ausstellung bis Silvester täglich geöffnet sein wird, ist heuer mit einem besonderen Erfolg dieser Aktion zu rechnen.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 22. Dezember

22. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: Polen 50. Neuzufuhren: Inland 3.450, Polen 2.318, Ungarn 152, DDR. 150, Jugoslawien 55, Summe 6.125. Gesamtauftrieb: 6.175. Unverkauft: Polen 38, Ungarn 51, Summe 89. Verkauft: 6.086. Auslandsschlachthof: 1.656 bulgarische Schweine, Preis 12.20 bis 13.30 S, 102 rumänische Schweine, Preis 12.30 bis 12.50 S.

Preise: Extremware 14 S, 1. Qualität 13.50 bis 14 S, 2. Qualität 13 bis 13.50 S, 3. Qualität 12.40 bis 13 S, Zuchten 12 bis 12.50 S, Altschneider 11 bis 11.50 S; DDR. 13 bis 13.50 S, Jugoslawien 12 S, Polen 12.70 bis 13.50 S, Ungarn 12.60 bis 13.20 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um vier Groschen je Kilogramm und beträgt 13.42 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 12 Groschen je Kilogramm und beträgt 13.26 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Weihnachtswünsche für den Wiener Bürgermeister

23. Dezember (RK) Heute früh überbrachten mehrere Abordnungen aus den städtischen Kindergärten und Schulen Bürgermeister Jonas die Weihnachtswünsche der Wiener Jugend. Den Gratulationsreigen in seinem Arbeitszimmer eröffnete der Direktor der Modeschule der Stadt Wien, Prof. Liewehr, mit drei Modeschülerinnen, die dem Bürgermeister mit den Feiertagswünschen ihrer Kolleginnen auch ein Geschenk der Textilklasse überreichten.

Der Schülerchor der städtischen Knabenhauptschule Arzbergasse, der als der beste österreichische Schülerchor bewertet wurde, erfreute den Bürgermeister unter der Leitung seines Chormeisters Anton Gröhs mit Weihnachtsliedern. Bezirksschulinspektor Regierungsrat König überbrachte bei dieser Gelegenheit dem Stadtoberhaupt die Grüße der Schuljugend und der Lehrerschaft aus Hernals.

Einen geschmückten Weihnachtsbaum schenkten dem Bürgermeister diesmal die Kinder aus dem städtischen Kindergarten Gredlerstraße. Der Leiter des Wiener Jugendamtes, Senatsrat Prof. Tesarek und Zentralinspektor Obermagistratsrat Dr. Kothbauer übermittelten dabei die Feiertagsgrüße im Namen der 8.000 Kinder aus den städtischen Kindergärten und ihrer Betreuer.

Weitere Weihnachtsgrüße überbrachten Abordnungen des Wiener Jugendhilfswerkes und von "Jugend am Werk". Bürgermeister Jonas dankte den Gratulanten für die Grüße und wünschte den Kindern und den Jugendlichen sowie auch ihren Eltern ein frohes Weihnachtsfest und viele Erfolge im neuen Jahr.

\- - -

Bürgermeister Jonas kondolierte Vizekanzler Dr. Pittermann

23. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas übermittelte Vizekanzler Dr. Pittermann in einem Telegramm die innigste Anteilnahme zum Ableben seiner Mutter.

\- - -

Weihnachtsbescherung für körperbehinderte Schüler

23. Dezember (RK) Die Gattin des amerikanischen Botschafters H. Freeman Matthews und mehrere Amerikanerinnen statteten gestern der neuen städtischen Schule für körperbehinderte Kinder in Währing überraschend einen Besuch ab. Sie verteilten bei dieser Gelegenheit an die Schülerinnen und Schüler viele schöne Spielsachen und andere Weihnachtsgeschenke. Bürgermeister Jonas übermittelte dem amerikanischen Botschafter und allen, die an dieser schönen Weihnachtsaktion teilgenommen haben, seinen herzlichsten Dank.

\- - -

Medizinalratstitel-Verleihung

23. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat Dr. Anton Hasieber den Titel Medizinalrat verliehen. Landeshauptmann Jonas überreichte ihm heute vormittag in seinem Arbeitszimmer im Wiener Rathaus das Dekret.

\- - -

Infektionskrankheiten im November

23. Dezember (RK) Im Tätigkeitsbericht des Gesundheitsamtes der Stadt Wien über die anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten im November werden eine Diphtherieerkrankung (Vormonat fünf), 203 Scharlachfälle (Vormonat 176) und drei Erkrankungen an Typhus (Vormonat vier) ausgewiesen. An Dysenterie sind zwei Personen (Vormonat fünf), an Kinderlähmung zwei (Vormonat zwei) und an Keuchhusten 17 Personen (Vormonat 21) erkrankt.

Bei einer Gesamtzahl von 8.073 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 1.605 (Vormonat 1.874). In 115 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt (Vormonat 121). Im Berichtsmonat wurden in den Tbc-Fürsorgestellen insgesamt 5.726 Röntgendurchleuchtungen und 653 Röntgenaufnahmen gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 2.978. Von 496 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 16, von 120 untersuchten Geheimprostituierten 22 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 162 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 54 Mutterberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden 9.327 ärztliche Beratungen durchgeführt. In 779 Fällen wurde Vitamin D zur Rachitisvorbeugung verabreicht. In den fünf Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden im November 761 Frauen untersucht.

Der Schulärztliche Dienst weist für den November 15.474 Untersuchungen aus. In den Kindergärten wurden 1.033 Kinder, in der Augenärztlichen Zentrale 655 Kinder untersucht. In den Schulzahnkliniken wurden 8.051 Kinder untersucht und 1.702 Kinder behandelt.

In der Gesundenuntersuchung des Krebsreferates wurden 650 Personen, darunter 192 Männer, untersucht. Bei 50 Personen wurden Erkrankungen festgestellt, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungungsstelle wurden 145 Sportler untersucht.

\- - -

Linden und Pappeln verschönern Wien

23. Dezember (RK) Der Magistrat der Stadt Wien hat die große Winterlinde in der Fröschelgasse 12, im 19. Bezirk, zum Naturdenkmal erklärt und ihren gesetzlichen Schutz durch Eintragung in das Grundbuch und Naturschutzbuch gewährleistet. Dieser besonders schöne Baum steht vor der genehmigten Baulinie und wird dadurch immer wieder bei den Regulierungsarbeiten zur Fällung vorgesehen. Andererseits bedeutet die durch ihn verursachte Schmälerung der Fahrbahn kein nennenswertes Hindernis.

Ein weiteres landschaftliches Wahrzeichen stellt die 80jährige Linde auf einem Lagerplatz bei der Haslingergasse 74, im 17. Bezirk dar, die fast 20 Meter hoch ist und einen Kronendurchmesser von 12 Meter aufweist. Auch diesen Baum hat der Magistrat unter Naturschutz gestellt und seine Eintragung in das Naturschutzbuch vorgenommen.

Am Küniglberg in Wien 13, erhebt sich eine 15 Jahre alte Pyramidenpappel, die 14 Meter hoch ist, und im 16. Bezirk, Baumeistergasse 18, befindet sich eine 22 Meter hohe Pappel mit einer Krone von fünf Meter Durchmesser. Beide Bäume sind vom Magistrat der Stadt Wien zum Naturdenkmal erklärt worden.

\- - -

Pferdemarkt vom 22. Dezember

23. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 79 Stück, hievon sieben Fohlen. Als Schlachttiere wurden 67, als Nutztiere sechs verkauft, unverkauft blieben sechs Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 41, Oberösterreich 15, Burgenland 10, Steiermark 7, Kärnten 5, Salzburg 1.

Preise: Schlachttiere, Fohlen 13.- bis 14.70 S, Extremware 7.10 bis 7.30 S, 1. Qualität 6.80 bis 7.- S, 2. Qualität 6.50 bis 6.70 S, 3. Qualität 5.90 bis 6.40 S, Nutztiere 6.- bis 9.50 S.

Auslandsschlachthof: 56 Stück aus der UdSSR, Preis 6.- S, 16 bulgarische Maultiere, Preis 3.50 S je Kilogramm.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für Schlachtpferde um zwei Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 6.94 S, für Schlachtfohlen um zwei Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.60 S je Kilogramm. Gesamtdurchschnittspreis: Pferde 6.94 S.

\- - -

Tödlicher Unfall in der Simmeringer Hauptstraße

23. Dezember (RK) Heute, Mittwoch, um 10.30 Uhr, ist in der Simmeringer Hauptstraße bei der Haltestelle Geystraße, die 60jährige Maria Kominek, 11, Simmeringer Hauptstraße 1, vier bis fünf Meter vor dem in die Haltestelle einfahrenden Zug der Linie 71 von der Haltestelleninsel auf das befahrene Geleise heruntergestiegen. Sie wurde von der rechten Bugseite des Triebwagens erfaßt und nach rechts zur Seite geschleudert. Sie erlitt einen Schädelgrundbruch, eine Quetschung des rechten Unterschenkels und Hautabschürfungen. In bewußtlosem Zustand wurde sie wenige Minuten später vom städtischen Rettungsdienst übernommen, der sie in die I. Unfallstation bringen wollte. Auf dem Wege dorthin ist sie aber gestorben. Die Leiche wurde in das Gerichtsmedizinische Institut Sensengasse gebracht.

\- - -

Unsere Alten sahen die Wiener Eisrevue

23. Dezember (RK) Die Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien waren heute nachmittag Gäste des städtischen Wohlfahrtsamtes bei der schon traditionellen Eröffnungsvorstellung der Wiener Eisrevue in der Wiener Stadthalle. Die mit freudiger Erregung erwarteten Darbietungen des einmaligen Ensembles wurden auch diesmal vom vollbesetzten Haus lebhaft bedankt. Nach jeder einzelnen Szene auf dem riesigen Eisparkett brauste durch die Halle frenetischer Applaus. Vor Beginn der Sondervorstellung übermittelte Stadtrat Maria Jacobi den Zuschauern die Wünsche der Stadtverwaltung zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel. Der Vorstellung wohnten auch die Stadträte Bauer, Lakowitsch und Sigmund sowie zahlreiche Mitglieder des Gemeinderatsausschusses für das Wohlfahrtswesen bei.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wiener Fremdenverkehr im November

24. Dezember (RK) Wie dem Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien über den Fremdenverkehr im November entnommen werden kann, wurden von den Wiener Beherbergungsbetrieben 124.626 Übernachtungen gemeldet, darunter 4.590 von den Jugendherbergen. Insgesamt wurden von den Beherbergungsbetrieben im November der Aufenthalt von 45.998 Fremden ausgewiesen. Darunter befanden sich 24.306 Gäste aus dem Ausland. Besucher Wiens, die bei Verwandten und Bekannten wohnten oder sonstige Privatquartiere genommen haben, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Die meisten ausländischer Besucher kamen aus der Deutschen Bundesrepublik, nämlich 5.794. Aus den Vereinigten Staaten sind 3.908, aus Italien 1.697, aus der Schweiz 1.299 und aus Großbritannien 1.181 Gäste nach Wien gekommen. Unter den 1.468 in den Jugendherbergen einquartierten Jugendlichen befanden sich 484 Ausländer.

\- - -

Weihnachtsgrüße aus der Lungenheilstätte

24. Dezember (RK) Heute früh überbrachten ein Mädchen und ein Bub für Bürgermeister Jonas die Weihnachtsgrüße der Kinder aus der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe. Die Wünsche des Pflege- und Anstaltenpersonals übermittelten eine Krankenschwester und der Verwalter. Der Bürgermeister wünschte allen kleinen Patienten auf der Baumgartner Höhe eine baldige Gensung. Wie alle Jahre schickte er den Kindern in der Lungenheilstätte als Weihnachtsgeschenk viele schöne Bücher für ihre Bibliothek.

\- - -

Anton Schurz zum Gedenken

24. Dezember (RK) Auf den 28. Dezember fällt der 100. Todestag des Schwagers und Biographen von Nikolaus Lenau, Anton Schurz.

Am 2. September 1794 in Asparn an der Zaya, Niederösterreich, geboren, wurde er für das Bergfach herangebildet und trat in die k.k. Münz- und Bergwesen-Hofbuchhaltung in Wien ein. In diesem Amt blieb er bis zu seinem Lebensende. 1814 heiratete er die Schwester des Dichters und wurde dessen treuer Freund. 1853 erschien sein zweibändiges Werk "Lenaus Leben. Größtenteils aus des Dichters eigenen Briefen", eine unschätzbare Quellensammlung, die für das Verständnis des großen österreichischen Poeten von höchster Bedeutung ist. Anton Schurz ist selbst literarisch und fachschriftstellerisch auf dem Gebiet des Bergwesens hervorgetreten. Seine letzten Jahre verbrachte er im Sommer immer in Weidling, wo er auch an der Seite von Nikolaus Lenau begraben wurde.

\- - -

Stefan Meyer zum Gedenken

24. Dezember (RK) Auf den 29. Dezember fällt der 10. Todestag des Physikers und Radiumforschers Univ.-Prof. Dr. Stefan Meyer.

Am 27. April 1872 in Wien geboren, studierte er Physik, Chemie und Mathematik und beschäftigte sich schon frühzeitig mit dem Einfluß magnetischer Ströme auf radioaktive Substanzen. Sehr wichtig waren auch seine Untersuchungen der von den Elementen Polonium und Radium ausgesendeten Strahlen. 1900 erfolgte seine Habilitierung an der Wiener Universität. 1910 fand er am neugegründeten Institut für Radiumforschung einen fruchtbaren Wirkungskreis. Gleichzeitig wurde er Mitglied der Internationalen Standardkommission für Radiumforschung. Seine wissenschaftlichen Arbeiten betrafen alle Kapitel der Radioaktivität. Von ihm stammen exakte Meßmethoden und die Bestimmung der Konstanten radioaktiver Substanzen. Er befaßte sich mit der Wärmewirkung, der Ionisation, mit Verfärbungs- und Lumineszenzerscheinungen sowie mit dem Problem der radioaktiven Altersbestimmung. Er wies als erster auf die Zusammenhänge zwischen Atomkern und Atomhülle hin. Das von ihm und Egon Schweidler herausgegebene große Lehrbuch über Radioaktivität ist in die klassische Literatur der physikalischen Fachwelt eingegangen. Stefan Meyer war Ordinarius und Vorstand des Institutes für Radiumforschung sowie wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Die Zeit des Nationalsozialiusmus verbrachte er in Bad Ischl mit privaten Studien. Nach seiner Rehabilitierung trat er 1947 in den Ruhestand.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

24. Dezember (RK) Dienstag, den 29. Dezember, und Dienstag, den 5., sowie am 12. Jänner, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Maria Jacobi.

\- - -

Das Große Goldene Ehrenzeichen für den Wiener Kontrollamtsdirektor

24. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat Kontrollamtsdirektor Dr. Ernst Lachs das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Heute mittag überreichte Bürgermeister Jonas im Rathaus in Anwesenheit von Stadtrat Riemer und Obersenatsrat Dr. Ledl dem verdienten Beamten die hohe Auszeichnung.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Zu den Festwochen:

Meisterkurs für Klavier in Wien

28. Dezember (RK) Vom 3. bis 25. Juni findet im Rahmen der Wiener Festwochen erstmals ein Meisterkurs für Klavier statt, den die Pianisten Paul Badura-Skoda, Alfred Brendel und Jörg Demus leiten. Bekanntlich haben ähnliche Lehrgänge während anderer europäischer Festveranstaltungen großes Interesse erregt.

Die drei Leiter des Kurses werden abwechselnd unterrichten. Die Zahl seiner Teilnehmer muß ebenso wie die Zahl seiner Zuhörer in Grenzen gehalten werden. Für die Zulassung der Teilnehmer ist daher ein Nachweis der Konzertreife und die Einsendung eines kurzen Lebenslaufes notwendig. Die Kursgebühr beträgt 1.500 Schilling, die Hörergebühr 500 Schilling. Anmeldungen sind bis spätestens 30. April an die Intendanz der Wiener Festwochen, Wien 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, zu richten, die auch auf alle einschlägigen Fragen Auskunft erteilt.

\- - -

Am Silvesterabend: Bläserkonzert vom Rathausturm

28. Dezember (RK) Auch heuer wird am Silvesterabend der Trompeterchor der Stadt Wien unter Leitung von Josef Hadraba von 18 bis 18.30 Uhr auf der Loggia des Rathausturmes musizieren. Den Auftakt bildet die Philharmoniker-Fanfare von Richard Strauss, es folgt der Marsch der Priester aus der Oper "Die Zauberflöte" von Wolfgang Amadeus Mozart. Nach einer Konzertfanfare von Josef Hadraba wird ein großes Potpourri bekannter Weihnachtslieder und Volksweisen gespielt. Den Abschluß bildet die Johann Strauß-Fanfare, ein Arrangement beliebter Strauß-Melodien.

Nach dem Turmblasen wird die Neujahrsansprache von Bürgermeister Jonas durch die Lautsprecheranlage auf den Rathausplatz übertragen.

\- - -

Die Straßenbahn in der Silvesternacht

28. Dezember (RK) In der Silvesternacht vom 31. Dezember 1959 auf den 1. Jänner 1960 wird wie alljährlich auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachtfahrpreis beträgt für jede Person 4.40 Schilling. Tagesfahrscheine, Kinderfahrscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit.

\- - -

Städtische Bücherei in neuer Ausstattung

28. Dezember (RK) Die Städtische Bücherei in Simmering in der Geiselbergstraße 64, übersiedelt in den Neubau Lorystraße 35-37 im gleichen Bezirk. Für die Anpassung der vorhandenen Einrichtungen an die neuen Bibliotheksräume bzw. für diverse Neuanschaffungen wurden vom Kulturausschuß 52.300 Schilling bewilligt. Die Städtische Bücherei wird sich den Besuchern mit neuen Kleideranlagen, Wandregalen, Ausleihepulten und Katalogtischen präsentieren.

\- - -

Eine Vortragsreihe der Modeschule

28. Dezember (RK) Die Leitung der Modeschule der Stadt Wien ist mit der Ausarbeitung einer Vortragsreihe beschäftigt, die mit entsprechenden Lichtbildern ausgestattet, grundlegende Kenntnisse über das Thema Mode bzw. modische Gestaltung vermitteln soll. Diese Vortragsreihe soll sowohl zur Schulung des modischen Geschmacks der Schülerinnen der eigenen Anstalt als auch für andere Lehranstalten des In- und Auslandes dienen.

\- - -

Wien im November

28. Dezember (RK) Nach dem Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien wurden im November in Wien 933 Eheschließungen, 1.406 Geburten und 2.108 Sterbefälle gezählt. Ein Vergleich dieser Zahlen mit denen vom November des Vorjahres zeigt ein erfreuliches Ansteigen der Geburten. Es wurden um 223 Kinder mehr geboren als im November 1958. Bei den Eheschließungen und Sterbefällen sind die Unterschiede zum Vorjahre nur sehr gering; es wurden im abgelaufenen Monat um drei Eheschließungen und 28 Sterbefälle mehr registriert als im November des Jahres 1958.

Im November sind nach Wien 6.778 Personen zugewandert, 4.566 Personen haben Wien verlassen. Diesem Wanderungsgewinn von 2.212 Personen steht ein Geburtenabgang von 702 Personen gegenüber, sodaß die tatsächliche Bevölkerungszunahme 1.510 Personen betrug. Damit ist die Bevölkerungszahl Wiens mit Ende November auf 1,664.587 Personen angestiegen; davon waren 741.641 männlichen und 922.946 weiblichen Geschlechts.

\- - -

Noch drei Tage "Das gute Bild für jeden"

28. Dezember (RK) Die vom Kulturamt der Stadt Wien gemeinsam mit den Künstlerverbänden veranstaltete Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Secession, hält bis zu Silvester die Pforten geöffnet. 35.000 Besucher haben schon bis heute weit mehr als 500 Bilder und Keramiken gekauft. Im Vorjahr sind bei gleicher Gelegenheit insgesamt 462 Arbeiten erstanden worden. Der Verkaufserlös beträgt bis jetzt fast 170.000 Schilling. Es ist anzunehmen, daß morgen, übermorgen und wahrscheinlich auch noch am letzten Tag des Jahres viele Wiener in die Secession kommen werden, um künstlerisch wertvolle Arbeiten zu mäßigen Preisen zu erwerben.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 28. Dezember

28. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche 1 Ochse, 7 Stiere, 3 Kühe, 5 Kalbinnen, Summe 16. Inland Neuzufuhren: 83 Ochsen, 139 Stiere, 328 Kühe, 57 Kalbinnen, Summe 607. Neuzufuhren Ausland: Ungarn: 28 Ochsen, 25 Kühe, 13 Kalbinnen, Summe 66. Polen: 58 Stiere, 66 Kühe, 28 Kalbinnen, Summe 152. Gesamtauftrieb: 112 Ochsen, 204 Stiere, 422 Kühe, 103 Kalbinnen, Summe 841. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 10 bis 12.40 S, extrem 12.50 bis 13 S, Stiere 11.50 bis 13S, extrem 13.10 bis 13.50 S; Kühe 7.70 bis 10.40 S, extrem 10.50 bis 11 S; Kalbinnen 9 bis 12.50 S, extrem 12.70 bis 13 S. Beinlvieh Kühe 7 bis 9 S, Ochsen und Kalbinnen 9.50 bis 10.50 S.

Der Durchschnittspreis für Inlandrinder erhöhte sich bei Ochsen um 43 Groschen, bei Stierenum 33 Groschen, bei Kühenum 52 Groschen und bei Kalbinnen um 36 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Ochsen 11.32 S, Stiere 12.18 S, Kühe 9.30 S und Kalbinnen 11.82 S. Beinlvieh verteuerte sich um 60 Groschen. Ungarische Ochsen 10.60 bis 11.80 S, Kühe 9 bis 11 S, Kalbinnen 10.20 bis 11.80 S; polnische Stiere 11.80 bis 12.50 S, Kühe 9 bis 10.90 S, Kalbinnen 10 bis 11 S.

\- -+-

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Ballsaison beginnt

29. Dezember (RK) Schon in der Silvesternacht wird in Wien mit mehreren Tanzveranstaltungen die Ballsaison 1960 eingeleitet. Diesmal findet der Fasching am 1. März sein offizielles Ende, doch ist im Ballkalender 1960, den die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien herausgebracht hat, noch am 2. April eine Ballveranstaltung vorgemerkt. Nach den Erfahrungen des Vergnügungssteuerreferats im Wiener Rathaus ist auch in der Ballsaison 1960 mit mehr als 2.000 Veranstaltungen in Wien zu rechnen, umsomehr als im Neuen Jahr der offizielle Fasching um einige Wochen länger dauert als heuer. Bis gestern wurden schon insgesamt 205 Tanzveranstaltungen zur Vergnügungssteuer angemeldet. Darunter befinden sich 131 repräsentative Bälle. Insgesamt stehen den Tanzlustigen 24 große Ballokale in Wien zur Verfügung.

Geehrte Redaktion!

So wie in den Jahren vorher werden wir auch diesmal auf Grund der im Vergnügungssteuerreferat angemeldeten größeren Ballveranstaltungen einen "Ballkalender" herausbringen, der jeweils zum Wochenende über die Bälle der folgenden Woche informiert. Den ersten "Ballkalender" bringen wir am 31. Dezember.

\- - -

25. Todestag von Stefan Großmann

29. Dezember (RK) Am 3. Jänner 1935 starb in seiner Heimatstadt Wien der Schriftsteller und Theaterdirektor Stefan Großmann.

Am 18. Mai 1875 geboren, wurde er schon frühzeitig mit der Not der Arbeiterschaft, aber auch mit ihrem Streben nach einer neuen Gesellschaftsordnung vertraut. In Paris lernte er einen Kreis radikaler Sozialisten kennen, in Berlin betätigte er sich als Journalist. Über Brüssel kehrte er nach Wien zurück und trat in die Redaktion der Arbeiterzeitung ein. In dieser Zeit erstanden die meisten seiner kleinen Erzählungen und literarischen Porträts, Skizzen und Plaudereien. Eine selbständige Aufgabe erwuchs ihm durch die Übernahme der Schriftleitung des politisch-satirischen Wochenblattes "Die Glühlichter". Sehr fruchtbar war auch sein Wirkungskreis an der neugegründeten "Freien Volksbühne", für die er eine gut funktionierende Besucherorganisation aufbaute. Diese zog in den Jahren 1906 bis 1913 rund 150.000 Gäste aus der arbeitenden Bevölkerung in das Haus und vermittelte ihnen in fast 600 Vorstellungen klassische und moderne dramatische Literatur. Dem Ensemble gehörten unter anderem Rudolf Forster, Ernst Deutsch, Maria Mayer und Fritz Kortner an. Die Zeitschrift "Der Strom" begleitete die Tätigkeit des Theaters und ließ auch die junge österreichische Dichtergeneration zu Wort kommen. Später ging Großmann wieder nach Berlin, wo er beim Mosse-Verlag und bei der von diesem erworbenen "Vossischen Zeitung" arbeitete. Nach dem ersten Weltkrieg gab er eine eigene Zeitschrift, das "Tagebuch" heraus, die unter intellektuellen Lesern sehr verbreitet war. Die letzten 15 Jahre seines Lebens war Stefan Großmann nur mehr schriftstellerisch tätig. Am bekanntesten wurde sein Schlüsselroman "Chefredakteur Roth führt Krieg", der in der Presse- und Theaterwelt spielt. Auch als Dramatiker ist er hervorgetreten. Die kulturhistorisch interessante Autobiographie "Ich war begeistert" schildert das politische und literarische Leben Wiens in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

\- - -

Der Bürgermeister überreichte Diplome an Kinderpflegerinnen

29. Dezember (RK) In der Kinderkrankenschwesternschule, die dem Preyerschen Kinderspital in Favoriten angeschlossen ist, fand heute vormittag die Diplomfeier statt. 11 Schwesternschülerinnen erhielten im Rahmen einer Feierstunde aus der Hand von Bürgermeister Jonas ihr Diplom. Der Direktor der Anstalt, Gemeinderat Primarius Dr. Eberle, konnte unter den Festgästen auch Bezirksvorsteher Wrba und den Leiter des Anstaltenamtes, Obersenatsrat Dr. Weber, begrüßen.

In seiner Ansprache bei der Diplomüberreichung, sagte Bürgermeister Jonas, er habe den großen Wunsch, daß die neuen Schwestern der Stadt, in der sie gelernt haben, nicht verloren gehen, daß sie vielmehr in Wien bleiben mögen. In der ganzen Welt mangelt es heute an Krankenschwestern. Diesen jungen Schwestern aber sind Patienten besonderer Art anvertraut, die Jüngsten, die kaum in der Lage sind, zu sagen, wo es ihnen fehlt. Es ist eine besondere Kunst der Schwester notwendig, die kranken Kinder zu pflegen. Der Bürgermeister sagte, er sei überzeugt, daß die Kenntnisse, die sie hier in der Schule erworben haben, die Schwestern befähigen werden, ihren Dienst gut zu erfüllen; haben die Wiener Schwesternschulen doch einen international guten Ruf.

Abschließend gratulierte der Bürgermeister den frischgebackenen Diplomschwestern zu der erfolgreich abgelegten Prüfung und überbrachte ihnen seine besten Wünsche für ihren weiteren Berufsweg.

\- - -

Silvesternachtverkehr auf der Autobuslinie 22

29. Dezember (RK) In der Silvesternacht, vom 31. Dezember 1959 auf den 1. Jänner 1960, wird außer dem alljährlich geführten und in den Wagen affichierten Silvesternachtverkehr auch die Autobuslinie 22 betrieben. Abfahrt ab äußerer Währinger Gürtel, Stadtbahnstation Nußdorfer Straße um 0.30, 1.30, 2.30 und 3.30 Uhr. Abfahrt ab Salmannsdorf um 1, 2, 3 und 4 Uhr. Der Fahrpreis beträgt für die Strecke Währinger Gürtel-Langenau bzw. Langenau-Salmannsdorf 2 Schilling, für die Strecke Währinger Gürtel-Salmannsdorf 3.50 Schilling.

\- - -

177.000 Schilling für den Wiener Sport

29. Dezember (RK) Der Kulturausschuß hat vor kurzem für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen oder deren Einrichtung bzw. für den Ankauf von Sportutensilien und für die Durchführung des Sportbetriebes sowie für Ausbildungslehrgänge und Propaganda insgesamt 177.000 Schilling an 35 Vereine zur Verfügung gestellt. Die den einzelnen Organisationen bewilligten Zuschüsse werden ihren zuständigen Verbänden, welche die widmungsgemäße Verwendung zu überwachen haben, zur treuhändigen Übernahme und Weiterleitung überwiesen.

\- - -

Schweinemarkt vom 29. Dezember

29. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: Polen 38, Ungarn 51 Stück. Neuzufuhren Inland: 4.065; Polen 2.122, Ungarn 145, DDR, 275, Gesamtauftrieb: 6.696. Verkauft wurde alles.

Auslandsschlachthof: 2.163 bulgarische Schweine, Preis 12.20 bis 13.30 S, 547 rumänische Schweine, Preis 12.20 bis 12.50 S.

Preise: Extremware 14.- S, 1. Qualität 13.50 bis 14.- S, 2. Qualität 13.- bis 13.50 S, 3. Qualität 12.- bis 13.- S, Zuchten 12.50 bis 12.60 S, Altschneider 11.- bis 11.50 S. Ausländische Schweine notierten: DDR 13.20 bis 13.50 S, Polen 13.20 bis 13.50 S, Ungarn 13.- bis 13.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um sechs Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.68 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 10 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.36 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Neue Verkaufszeiten auf Märkten

30. Dezember (RK) Ab 1. Jänner gelten auf den Wiener Märkten neue Verkaufszeiten für den Kleinhandel.

Auf den offenen Märkten wird in der Zeit vom 15. Oktober bis 14. April montags bis freitags in der Zeit von 6 bis 18.30 Uhr und samstags von 6 bis 15 Uhr bzw. in der Zeit vom 15. April bis 14. Oktober von 6 bis 16 Uhr verkauft.

Die Kleinverkaufsstände in der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren sind montags bis donnerstags von 7 bis 13 Uhr, freitags von 7 bis 14 Uhr, samstags und an Werktagen vor gesetzlichen Feiertagen von 7 bis 14.30 Uhr geöffnet; in allen anderen Markthallen montags bis freitags von 6 bis 15 Uhr und an Samstagen von 6 bis 16 Uhr.

\- - -

Stellenausschreibung

30. Dezember (RK) In der Krankenanstalt Rudolfstiftung der Stadt Wien gelangt eine Facharztstelle für Anästhesiologie zur Besetzung. Bewerbungsgesuche um die Stelle sind bis 15. Februar bei der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Gonzagagasse 23, 3. Stock, Zimmer 345, einzubringen.

\- - -

Entfallende Sprechstunden

30. Dezember (RK) Donnerstag, den 31. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Anton Schwaiger.

\- - -

Franz Wild zum Gedenken

30. Dezember (RK) Auf den 1. Jänner fällt der 100. Todestag des berühmten Tenors Franz Wild, der einer der größten Gesangskünstler seiner Zeit war.

Am 31. Dezember 1792 in Niederhollabrunn geboren, kam er mit sieben Jahren als Sängerknabe ins Stift Klosterneuburg und wurde dann in die Wiener Hofkapelle aufgenommen. Nach dem Stimmwechsel begann er als Chorist im Leopoldstädter Theater und in der Hofoper. Als Mitglied der fürstlich Esterházyschen Kapelle in Eisenstadt errang er erstmals Solistenehren. Von dort wurde er an das Theater an der Wien und schließlich an die Hofoper verpflichtet. Auslandsgastspiele und ein Studienaufenthalt bei Rossini in Paris folgten. Über das Hoftheater in Darmstadt und über Kassel fand er wieder in den Verband der Wiener Oper zurück, dem er fortan angehörte. Franz Wild war stimmlich, musikalisch und schauspielerisch gleich hervorragend begabt und blieb bis ins hohe Alter im Vollbesitz seines Könnens. Sein Opernrepertoire umfaßte 120 Hauptpartien.

\- - -

Pferdemarkt vom 29. Dezember

30. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 168 Stück, hievon 8 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 144, als Nutztiere 13 Stück verkauft, unverkauft blieben 11 Stück.

Herkunft der Tiere: Wien 5, Niederösterreich 100, Oberösterreich 12, Burgenland 33, Steiermark 11, Kärnten 7.

Preise: Schlachttiere, Fohlen 13.60 bis 14.50 S, Extremware 7.20 bis 7.80 S, 1. Qualität 6.90 bis 7.10 S, 2. Qualität 6.50 bis 6.80 S, 3. Qualität 6.- bis 6.40 S; Nutztiere 6.50 bis 7.60 S.

Auslandsschlachthof: kein Auftrieb.

Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde erhöhte sich um 9 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 7.03 S. Der Durchschnittspreis für Schlachtfohlen erhöhte sich um 36 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.96 S. Gesamtdurchschnittspreis: Pferde 7.03 S je Kilogramm.

\- - -

Zum Jahresende noch Drillinge in Wien

30. Dezember (RK) Heute früh erblickten im Franz Josef-Spital in Favoriten Drillinge das Licht der Wiener Welt. Es handelt sich um drei Buben, die es ein bißchen eilig hatten. Die Ärzte rechneten erst im Februar mit dem freudigen Ereignis.

Das Glück der Mutter, die 19jährige Kontoristin Inge Suhrada, wurde allerdings etwas getrübt, da einer der drei Buben kurz nach der Geburt gestorben ist. Das erste Kind kam um 1 Uhr zur Welt und ist 46 Zentimeter lang und 1.850 Gramm schwer, das zweite Kind, das dann starb, kam um 1.10 Uhr, war 45 Zentimeter lang und 1.650 Gramm schwer, das dritte Kind kam um 1.20 Uhr und wiegt bei 43 Zentimeter Länge 1.650 Gramm. Die beiden lebenden Buben wurden in die Kinderklinik Glanzing gebracht, wo sie im Brutkasten versorgt werden.

Die Drillinge haben die Bevölkerungsstatistik des zu Ende gehenden Jahres noch überraschend bereichert. 1959 gab es nämlich noch keine einzige Drillingsgeburt in Wien, während 1958 vier Drillingsgeburten verzeichnet wurden. 1957 waren es zwei und 1956 eine Drillingsgeburt. Das Jahr 1955 blieb "drillingslos", sodaß also in den letzten fünf Jahren in Wien achtmal Drillinge zur Welt gekommen sind.

\- - -

Abraham a Sancta Clara-Ausstellung noch bis 15. Jänner

30. Dezember (RK) Wegen des andauernd guten Besuches wird die Ausstellung anläßlich des 250. Todestages Abrahams a Sancta Clara im Lesesaal der Wiener Stadtbibliothek noch bis 15. Jänner offengehalten. Besuchszeit an allen Werktagen montags bis freitags von 9 bis 18.30 Uhr, im Rathaus, 1. Stock, Tür 333. Die Ausstellung ist frei zugänglich.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Gesperrt bis 18 Uhr:

"Zur weiteren friedlichen Arbeit!"

Silvesteransprache von Bürgermeister Jonas

31. Dezember (RK) Heute abend hielt Bürgermeister Jonas im Österreichischen Rundfunk folgende Silvesteransprache, die auch auf dem Rathausplatz zu hören war:

"Liebe Wienerinnen und Wiener! In wenigen Stunden nehmen wir Abschied vom alten Jahr. Von allen Türmen in Stadt und Land werden die Glocken den Anbruch des neuen Jahres verkünden. Nach altem Brauch verbringen viele Menschen diese Stunden in fröhlicher Geselligkeit. Für alle aber sind sie ein Anlaß zur Besinnung und Rückschau, ob das verflossene Jahr unsere Hoffnungen und Erwartungen erfüllt hat.

Die Jahreswende bietet mir als Bürgermeister den willkommenen Anlaß, die Fortschritte des Jahres 1959 zu würdigen. Wohl mag vielen unserer Mitbürger persönliches Leid widerfahren sein, durch Krankheit oder durch den Verlust eines lieben Anverwandten. Aber für unsere Gemeinschaft, für die große Familie aller Wiener, war 1959 ein gutes Jahr. Natürlich gab es auch heuer wieder Aufregungen und Sorgen, die unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Schließlich hatten wir auch zwei bedeutende politische Wahlen, nämlich zum Nationalrat und zum Wiener Gemeinderat. Entscheidend war, daß wir den Frieden behielten und daß wir viel erfolgreiche Arbeit leisten konnten.

Wer auch nur flüchtig Umschau hält, kann feststellen, daß die Stadtverwaltung von Wien im Jahre 1959 wieder eine sehr fruchtbare Tätigkeit entwickelt hat. Das Antlitz unserer Stadt

./.

hat sich weiter verschönt. Das Leben und die Gesundheit ihrer Bewohner haben sich dank einer optimalen Vollbeschäftigung weiter verbessert. Der soziale Wohnungsbau wurde erfolgreich weitergeführt und bietet einer immer größeren Zahl von Familien ein gesundes und glückliches Heim. Zur Bewältigung der Verkehrsschwierigkeiten wurden große Arbeiten durchgeführt, beispielsweise das gewaltige Verkehrsbauwerk am Südtiroler Platz. Für die günstigere Wasserversorgung unserer Stadt haben wir den großen Wasserspeicher in Neusiedl am Steinfeld in Betrieb genommen. Neue Schulen wurden gebaut, darunter jene für körperbehinderte Kinder. Am Karlsplatz ist das Historische Museum der Stadt Wien, eine neue Zierde für unser Kulturleben, eröffnet worden. Für unsere blinden Mitbürger wurde in Döbling ein Blindengarten - der erste seiner Art in Europa - geschaffen, und das neue Sommerbad am Laaer Berg hat für zehntausende Menschen neue Lebensfreuden erschlossen. Dies alles sind nur einige Beispiele für die umfangreiche kommunale Tätigkeit des vergangenen Jahres.

Wir dürfen uns über den großen Fortschritt, den wir in unserer Stadt neuerlich erreicht haben, ehrlich freuen. Er ist ein Erfolg aller Wiener, die durch eine große Gemeinschaftsleistung wieder dafür gesorgt haben, daß Wien noch schöner wird, für die Wiener selbst und für alle Freunde Wiens. Für dieses große Verantwortungsbewußtsein, das Sie, liebe Wienerinnen und Wiener, stets gezeigt haben, will ich Ihnen als Bürgermeister aufrichtig und herzlich danken.

Aber die Arbeit geht weiter! Es darf keinen Stillstand geben! Die begonnenen Arbeiten müssen fertig werden und schon sind neue Aufgaben anderer und noch größerer Art in Vorbereitung. Auch sie können wieder nur ein Ergebnis unserer gemeinsamen Anstrengungen sein. Wir wissen sehr genau, daß wir nur das besitzen können, was wir uns selbst erarbeiten. Und so soll sich auch im kommenden Jahr jeder einzelne der Verantwortung bewußt sein, die er gegenüber der Gemeinschaft, gegenüber der großen Familie aller Wiener hat.

Wir haben in den schwersten Jahren den Glauben an Wien nicht verloren und haben unverdrossen an seinem Wiederaufbau gearbeitet. Wir sind dafür überreichlich belohnt worden. Bei aller

./.

Bescheidenheit, die uns als kleines Land geziemt, dürfen und können wir stolz sein auf unsere schöne Heimat und auf den errungenen sozialen und kulturellen Fortschritt. Aber vor allem sollen wir stolz sein auf unsere demokratische Freiheit, auf dieses kostbare Gut, das wir keiner Gefahr und keinem Abenteuer aussetzen dürfen.

Somit grüße ich in den letzten Stunden dieses Jahres alle Wienerinnen und Wiener, alle Landsleute in den österreichischen Bundesländern, alle Wiener in der weiten Welt und alle Freunde Wiens. Jedem einzelnen von ihnen wünsche ich eine möglichst gute Gesundheit und viel Freude. Mein Wunsch und meine Hoffnung ist: Friede für uns und für alle Menschen in der Welt! Möge das Jahr 1960 für uns alle glücklich und reich an Erfolgen sein!

Glück auf zur weiteren friedlichen Arbeit!"

\- - -

Neujahrsgrüße der Wiener Rauchfangkehrer

31. Dezember (RK) Eine Abordnung der Wiener Rauchfangkehrerinnung überbrachte heute vormittag Bürgermeister Jonas im Wiener Rathaus mit einem großen rotweißen Nelkenstrauß die besten Wünsche für das neue Jahr. Bürgermeister Jonas dankte der Abordnung, die unter Führung von Innungsmeister Sikula erschienen war, für ihre guten Wünsche. Er wisse, daß man das Glück nicht erzwingen kann, sondern erarbeiten muß, sagte der Bürgermeister. Er freue sich aber, daß die Rauchfangkehrer als symbolische Glücksbringer das Rathaus besucht hätten.

\- - -

Ballkalender

31. Dezember (RK) In der Woche vom 4. bis 10. Jänner finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Dienstag: Hofburg (Betr.Gr. des ÖAAB. Creditanstalt-Bankverein), Volksgartenrest (J.M. Maritzek), Sofiensaal (Polizeimusik Wien), Messepalast (Verband der Zollwachebeamten Österreichs), Grünes Tor (K.Ö. Burschenschaft Ostgau), Gschwandner (Post- und Telegraphen-Bedienstete VII).

Donnerstag: Simmeringer Hof (ÖVP Simmering).

Freitag: Hofburg (Wiener Cartellverband), Sofiensaal (Akademikergruppe des N.Ö. Bauernbundes), Grünes Tor (Touristenverein Naturfreunde).

Samstag: Kursalon, Stadtpark (F.K. Austria), Schwechater Hof (Fachgruppe Installateure im Freien Wirtschaftsverband), Sofiensaal (Konsumgenossenschaft Wien), Messepalast (Sportklub "Gerngroß") Wimberger (Personalvereinigung der Firma Wilhelm Flesch's Söhne), Grünes Tor (Männergesangverein "Ottakringer Liedertafel"), Simmeringer Hof (Trachten- und Geselligkeitsverein "Berghoamat"), Weißer Engel (Frauenoberschule IV), Parkhotel Hietzing (ÖVP Hietzing), Gschwandner (Sängerbund "Liedestreu"), Klein (Verein "Hochwald und Böhmerwald), Zögernitz (Touristenverein Naturfreunde XIX).

Sonntag: Wimberger (Pfarre St. Josef), Palais Auersperg (Pfarre Maria Treu).

\- - -

Interesse für die weite Welt

31. Dezember (RK) Das große Interesse, das die heutige Jugend den Arbeiten österreichischer Forscher und Entdecker entgegenbringt, wird durch den Vortragserfolg des bekannten Bergsteigers Ing. Fritz Moravec unterstrichen. Ing. Moravec berichtete in der Wiener Stadthalle im Rahmen des vom Kulturamt eingeführten Jugendabonnements über die Österreichische Himalaya-Dhaulagiri Expedition 1959. Bei seinen sechs Vorträgen waren von den insgesamt 14.820 Beziehern des Jugendabonnements 14.500, das sind fast 98 Prozent, anwesend.

Ing. Moravec erklärte nicht nur die bergsteigerischen Bemühungen am Dhaulagiri, sondern schilderte auch geographische, völkerkundliche, soziale und politische Einzelheiten aus Nepal. Der Vortragende behandelte überdies seine Zusammenarbeit mit den Kulis und Sherpas und entwarf so ein kulturelles Gesamtbild, das seine jugendlichen Zuhörer stark beeindruckte.

\- - -

Neujahrswünsche der leitenden Beamten

31. Dezember (RK) Die leitenden Beamten der Stadtverwaltung und der Städtischen Unternehmungen, an der Spitze Magistratsdirektor Dr. Kinzl, überbrachten heute mittag Bürgermeister Jonas im Roten Salon des Wiener Rathauses ihre Neujahrswünsche.

Magistratsdirektor Dr. Kinzl erinnerte an die Wiederwahl des Bürgermeisters, die vor wenigen Wochen erfolgte. Zugleich haben sich die beiden großen Parteien wieder zur Koalition bekannt. Die Beamten der Stadtverwaltung begrüßen dies, denn Österreich und die Stadt Wien, daß habe die Vergangenheit bewiesen, können nur bestehen, wenn die großen Parteien zusammenarbeiten und den Staat lenken. Der Gemeinderat hat im Dezember aber auch das Budget für das kommende Jahr beschlossen. Man darf sagen, daß dieses Budget die Vollbeschäftigung in Wien garantiert und damit den weiteren wirtschaftlichen Wohlstand.

./.

Abschließend versicherte der Magistratsdirektor, daß die Beamten in gewohnter Treue alles daransetzen werden, um zum Wohle Wiens und seiner Bevölkerung auch im neuen Jahr ihr Bestes zu geben.

Bürgermeister Jonas dankte seinen Mitarbeitern für die Glückwünsche und würdigte die treuen Dienste, die, wie er betonte, seine Arbeit erst ermöglichten. Er erbat sich auch für die Zukunft von den leitenden Beamten die gleiche Mitarbeit wie bisher. Wir dürfen uns, so sagte der Bürgermeister, über die Erfolge im abgelaufenen Jahr wirklich freuen. Wir haben viel gearbeitet, wir haben aber auch viel Glück gehabt.

Für das neue Jahr habe er vor allem zwei Wünsche: erstens, daß das Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz Wirklichkeit werde, das die österreichischen Städte so dringend brauchen und zweitens, daß die demokratische Sicherheit in unserem Staat und das demokratische Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen Staatsbürgers weiter gestärkt werde.

Seinen Mitarbeitern wünschte der Bürgermeister für das Jahr 1960 viel erfolgreiche Arbeit im Interesse der Bevölkerung. Er hoffe, daß die gute Entwicklung in Wien auch im kommenden Jahr anhalten werde und daß uns in Österreich und in der ganzen Welt das Glück treu bleiben möge.

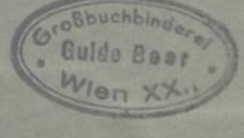
\- - -

Geehrte Redaktion!

Die "Rathaus-Korrespondenz" wünscht allen Kollegen ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

\- - -


60984 81800


Großbuchbinderei
Guido Beer
Wien XX..